Willy Klages

Glanz und Elend der deutschen Geschichte von 1949 bis … in drei Bänden Band 12/1

Das Geheimprojekt der Neuen Weltordnung: Zerstörung Deutschlands durch den eigenen Staat





Glanz und Elend der deutschen Geschichte
von 1949 bis …
Band 12/1

Das Geheimprojekt der Neuen Weltordnung:
Zerstörung Deutschlands durch den eigenen Staat

Inhaltsverzeichnis Band 12/1	**Seite**
Danksagung und Widmung	4
Anstatt eines Vorwortes	5-6
Deutschland während des Kalten Krieges Von der Abtretung des Rheinlandes bis zum Ruhrstatut und der Gründung der Montanunion bzw. der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl Das Besatzungsstatut der westlichen Siegermächte Die Verfassung für Westdeutschland Die Verfassung für Mitteldeutschland	7-54
Die "Frankfurter Schule": Die Inquisition der antifaschistischen Gutmenschen	55-196
Schuldkult und einseitige Erinnerungskultur	197-314
Der NWO-Moloch "Nordatlantische Verteidigungsgemeinschaft" (NATO)	315-339
Der NWO-Moloch "Europäische Union" (EU), Teil 1	340-376
Inhaltsverzeichnis Band 12/2	**Seite**
Der NWO-Moloch "Europäische Union" (EU), Teil 2	3-77
Vom Naturrecht zu den Pseudo-Menschenrechten der totalitären Neuen Weltordnung (NWO) Die Entwicklung des Naturrechts Gründung einer "Neuen Weltordnung" Der Völkerbund Der NWO-Moloch "Vereinte Nationen" (UN) Angriffe auf das Naturrecht Altbewährte kommunistische Gleichschaltungs- und Umformungsmethoden Genderismus Widerstand gegen die totalitäre "New World Order" bzw. "Neue Weltordnung"	78-191
Zerstörung Deutschlands durch den eigenen Staat, Teil 1 Der Niedergang des Christentums Die Zerstörung des deutschen Bildungssystems Die Gender-Ideologie Die Abschaffung der traditionellen Familie Errichtung einer multikulturellen Gesellschaft: Gastarbeiter, Islamisierung und Massenmigration, Teil 1	192-370
Inhaltsverzeichnis Band 12/3	**Seite**
Zerstörung Deutschlands durch den eigenen Staat, Teil 2 Errichtung einer multikulturellen Gesellschaft: Gastarbeiter, Islamisierung und Massenmigration, Teil 2	3-171

Friedliche Nutzung der Kernenergie Rettung des Weltklimas Die "Energiewende" Vereinigung Mittel- und Westdeutschlands → BRD + DDR = DDR 2.0 Die repräsentative deutsche Scheindemokratie: Fremdbestimmte Parteien und Politiker bzw. verdeckte Herrschaft der Wirtschaftslobbyisten	
Der völkerrechtliche Status des Deutschen Reiches von 1871-2018	172-198
Das NWO-Geheimprojekt: "Die Versklavung und Vernichtung Deutschlands" 1. – 7. Phase des NWO-Geheimprojektes: … Schlüsselereignisse von 1914-2020	199-345
Das Widerstandsrecht der Deutschen: Die Hoffnung stirbt zuletzt - Noch ist Deutschland nicht verloren	346-362
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis Bildnachweis	363-371

Danksagung und Widmung

> Die größte Gefahr im Leben ist, daß man zu vorsichtig wird.
> *Alfred Adler (1870-1937, österreichischer Arzt)*

Mein Dank gilt allen Historikern, Schriftstellern, Journalisten und Zeitzeugen, die dieses Buch überhaupt erst ermöglichten. Ihre Berichte und wissenschaftlichen Publikationen haben entscheidend dazu beigetragen, daß auch unbequeme historische Tatsachen nicht in Vergessenheit geraten sind.

Besonders danke ich:
Hamed Abdel-Samad, Konrad Adenauer, Hugo Andreae, Rudolf Augstein, James Bacque, Nicholson Baker, Bruno Bandulet, André Barmettler, Josephine Barthel, Reinhart Beck, Mathias Beer, Hans Joachim Berbig, Ludwig Biewer, Sonja van Biezen, Philipp von Bismarck, Georg Bluhm, Dieter Blumenwitz, Günter Böddeker, Erhard Bödecker, Wilfried Böhm, Johannes Bökmann, Wolfgang Borowsky, Hans Werner Bracht, Paul Carell, Werner Conze, Stèphane Courtois, Herbert Czaja, Hellmuth Günther Dahms, Alexander Demandt, Karlheinz Deschner, Hans Dollinger, Klaus Dorst, Alfred Dregger, Hans Ebeling, Irenäus Eibl-Eibesfeldt, Jürgen Elsässer, Frank Fabian, Norman G. Finkelstein, Jan von Flocken, Andrew Follett, Lothar Gassmann, John Gimbel, Hermann Glaser, Jonas Glaser, Gilbert Gornig, Peter Gosztony, Wilhelm von Gottberg, Hermann Graml, Des Griffin, Richard Grill, Lothar Groppe, Alfred Grosser, Hermann Grote, Frank Grube, Sebastian Haffner, Peter Haisenko, Hartmut Hausmann, Daniel Hecker, Eva Herman, Andreas Hillgruber, Helga Hirsch, Hermann Hitthaler, Rolf Hochhuth, Walter Hoeres, Joachim Hoffmann, Georg Holmsten, Klaus Höpcke, Klaus Hornung, Wolfgang Hug, Gerhard Hümmelchen, Georg Huntemann, Peter Hüttenberger, Bernhart Jähnig, Karl Jaspers, Karl Jering, Barbara Johr, Robert Jungk, Wanda Kampmann, Linus Kather, Günter Keil, Günter Kießling, Otto Kimminich, Manfred Kittel, Michael Klonovsky, Tilman Knechtel, Horst Koch, Kurt E. Koch, Erich Kosthorst, Franz Kromka, Erik von Kuehnelt-Leddihn, Ekkehard Kuhn, Samuel R. Külling. Rolf Lasius, Ryszard Legutko, Hubertus Prinz zu Löwenstein, Konrad Löw, Domenico Losurdo, Horst-Joachim Lüdecke, Herbert Ludwig, Heinrich Lummer, Günter Maschke, Sonja Margolina, Ludwig Martin, Werner Maser, Iris N. Masson, Rainer Mausfeld, Lennart Meri, Jochen Mitschka, Horst Möller, Martin Müller-Mertens, Norman N. Naimark, Heinz Nawratil, Ernst Nolte, Elisabeth Nussbaumer, Viktor Orban, Henry Paul, Hans Penner, Tino Perlick, Hermann Pfister, Daniell Pföhringer, Karl Ploetz, Walter Post, Hubert Recker, Gerhard Reichling, Klaus Rainer Röhl, Helke Sander, Ulrich Schacht, Guntram von Schenck, Alfred Schickel, Theodor Schieder, Ingrid Schlotterbeck, Carlo Schmidt, Heinz Dieter Schmid, Franz Scholz, Caspar Freiherr von Schrenck–Notzing, Sigurd Schulien, Thorsten Schulte, Gerd Schultze-Rhonhof, Kurt Schumacher, Gabriele Schuster-Haslinger, Eva Schweitzer, Hans-Werner Sinn, Klaus Sojka, Hubert Speidel, Erika Steinbach, Gabor Steingart, Werner Stein, Alexandra Stiglmayer, Arno Surminski, Robert H. Tenbrock, Karl Teppe, Alfred Theisen, Bernhard Thiersch, Jürgen Thorwald, Wolfgang Thüne, Eberhard Troeger, Otto Uhlitz, Udo Ulfkotte, Karlheinz Weißmann, Jan Werner, Rosemarie Wildermuth, Rudolf Willeke, Willy Wimmer, Konrad Windisch, Amelie Winther, Klaus Wippermann, Gerhard Wisnewski, Robert Wistrich, Michael Wolffsohn, Alfred Maurice de Zayas und Christian Zentner und Rainer Zitelmann.

Dieses Buch ist meiner Frau Angelika gewidmet, die leider viel zu früh von uns gehen mußte.

Anstatt eines Vorwortes

> Wenn du die Menschen dazu bringst, zu denken, daß sie denken, dann werden sie dich lieben. Wenn du sie wirklich zum Denken bringst, werden sie dich hassen.
> *Donald R. Perry Marquis (1878-1937, amerikanischer Schriftsteller)*

In diesem Buch über Glanz und Elend der deutschen Geschichte geht es um die Erinnerung an Tatsachen. Dieses Buch beschränkt sich auf die Erläuterung von wesentlichen geschichtlichen Fakten und Problemen der entsprechenden Zeiträume.
Deutschland zählt seit dem Abschluß des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November 1918 zu den wirtschaftlich und politisch entmündigten Staatsgebilden (Staaten ohne Selbstbestimmung). Die Deutschen besitzen seither keine frei gewählte Verfassung und keinen souveränen Staat (Staatsgebiet, Staatsvolk, Staatsgewalt).
Obgleich die Deutschen seit über 100 Jahren planmäßig bevormundet, versklavt und ausgeplündert werden, berichtete bisher kein deutscher Historiker und kein deutscher Journalist über diesen unfaßbaren Zustand. Anstatt das sogenannte Volk der "Dichter und Denker" über die historische Wahrheit und Realität zu informieren, wurden die Deutschen systematisch zu einem "Volk der Täter" umerzogen und ihre mehr als tausendjährige deutsche Rechts- und Verfassungsgeschichte fast auf die unsäglichen 12 Jahre des NS-Regimes reduziert.
Der kanadische Journalist James Bacque berichtete später über die Manipulation der öffentlichen Meinung im besetzten Westdeutschland (x131/177-178): >>Ein Land durch Generäle verwalten zu lassen, ist genauso töricht, wie eine Armee von Politikern führen zu lassen.
... Nach 1945 gab es in Deutschland Millionen von Biographien; aber Geschichte gab es nicht. Als die Nation in vier Zonen geteilt wurde, da wurde auch ihre Geschichte zerbrochen durch die politische Teilung, durch die Zensur, durch Tarnung und Vertuschung, durch die Angst davor, die USA und Frankreich zu kritisieren. Es bildete sich keine öffentliche Meinung ...
Die Besetzung Deutschlands führte zur Entstehung einer Besetztenmentalität, die sich bemühte, jede Vernunft einer vernunftlosen Disziplin zu unterwerfen, so, wie die Nation von den Nazis unterworfen worden war.
Erleichtert wurde das durch die bedingungslose Autoritätsgläubigkeit, die den Deutschen anerzogen ist ...
Nachdem die Besatzungszonen und die offene Zensur abgeschafft worden waren, kam es zu keiner wesentlichen Verbesserung der Situation, weil Haltung und Einstellung, die sich unter jenem Regime gebildet hatten, schon zu Geschichte geworden waren. ...<<
Nach dem Zweiten Weltkrieg übernahmen viele deutsche Historiker im Rahmen der systematischen "Umerziehung" zwangsweise die vorgegebenen subjektiven Aussagen und verzerrten historischen Wertungen der alliierten Siegermächte. Die Geschichte der deutschen Verlierer wurde dementsprechend einseitig dargestellt und wichtige historische Fakten blendete man nicht selten kurzerhand aus, um den politischen Vorgaben der Sieger zu entsprechen.
Der deutsche Schriftsteller Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing schrieb später in seinem Buch "Charakterwäsche. Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen" über die einseitige politische Geschichtsschreibung (x306/16-18): >>... Historische Wertungen werden heute mit dem gleichen dogmatischen Eifer umfochten wie theologische Lehrsätze im 16. Jahrhundert. Es breitet sich behende eine Geschichtsinquisition aus, die bereits daran gegangen ist, historische Forschungen in die beiden Kategorien "volkspädagogisch willkommen" und "volkspädagogisch unwillkommen" einzuteilen. Glaubte man einst, daß das Geschick der Völker auf den Schlachtfeldern oder in den Parlamenten entschieden werde, so sieht man es heute durch die Portale der Volkshochschulen schreiten.
Als "volkspädagogisch willkommen" gilt derzeit alles, was irgendwie im negativen Sinne mit

dem "Dritten Reich" in Verbindung gebracht und somit der "Bewältigung der Vergangenheit" dienstbar gemacht werden kann. ...
Deutschland war 1945 keine leere, sondern eine dicht beschriebene Tafel. Nur daß die Eintragungen nicht in deutscher, sondern in englischer, russischer und französischer Sprache gemacht worden waren. Die geschichtlichen Dominanten unserer Gegenwart liegen seither weniger in der deutschen als in der russischen und amerikanischen Geschichte. Washington und Lenin sind ungleich mehr Gestalten der Geschichte des heutigen Deutschlands als Bismarck und Friedrich der Große.
Die Entwicklungen der amerikanischen Innenpolitik spielen für das westliche Deutschland heute eine ähnlich entscheidende Rolle wie vor 60 Jahren die der englischen Innenpolitik für Indien. Der Unterschied ist, daß sich die Inder über diese Situation im klaren waren und die mit ihr gegebenen Chancen nutzten. Allerdings hat sich seither die Herrschaftstechnik erheblich verfeinert und ist von der Zensur der Antworten zur Suggestion der Fragen fortgeschritten.
Die besatzungsgeschichtlichen Ursprünge unserer Gegenwart sind tabu, und in den von Bonn und Ostberlin aus verwalteten Teilen Deutschlands wird mit gleichem Eifer an der Legende der autonomen Entstehung deutscher Nachkriegsstaaten gearbeitet. ...<<

Wer nur für Gewinn kämpft, erntet nichts, wofür es sich lohnt, zu leben.
Antoine de Saint Exupery, eigentlich Marie Roger Comte (1900-1944, französischer Schriftsteller)

Glücklicherweise gab es zu allen Zeiten mutige, gerechte und wahrheitsliebende Geschichtsschreiber, Historiker, Journalisten, Schriftsteller und andere Zeitzeugen, die sich um eine vollständige, wahrheitsgetreue Geschichtsschreibung bemühten, so daß die "Geschichte der Besiegten" zwar vorübergehend verschwiegen, aber letzten Endes nicht ausgelöscht werden konnte.
Im Gegensatz zu der heute besonders ausgeprägten einseitigen politischen Geschichtsschreibung der Sieger berichtet dieses Buch auch aus der Sichtweise der Verlierer, denn wenn man nicht alle Positionen objektiv und angemessen berücksichtigt, sondern wichtige historische Zusammenhänge und unbequeme Tatsachen bewußt verschweigt oder unterschlägt, werden geschichtliche Ereignisse manipuliert und zwangsläufig unkorrekt dargestellt.

Deutschland während des Kalten Krieges

Von der Abtretung des Rheinlandes bis zum Ruhrstatut und der Gründung der Montanunion bzw. der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl

> Politik ist die Fortsetzung des Krieges mit gefährlichen Drohungen.
> *Alexander Roda Roda, eigentlich Alexander F. Roda (1872-1945, österreichischer Schriftsteller)*

Der französische Ministerpräsident de Gaulle forderte am 9. September 1945 während einer Pressekonferenz die Abtrennung des Rheinlandes und des Ruhrgebietes (x156/32-33): >>Gemäß den Beschlüssen von Potsdam wurde Deutschland im Osten, nicht aber im Westen amputiert. Der Strom der deutschen Vitalität richtet sich damit nach Westen. Eines Tages könnte sich auch die deutsche Aggressivität gegen Westen wenden. Deshalb muß im Westen eine Regelung gefunden werden, die ein Gegengewicht zu jener im Osten darstellt.
Die Schlüsselzonen sind das Rheinland und das Ruhrgebiet. Für jede sollte eine Sonderregelung ausgearbeitet werden. Das Rheinufer, d.h. das linke Rheinufer, stellt ein Grenzland dar, das Köln einschließt und sich bis zur Schweizer Grenze ausdehnt.
Die militärische Sicherheit Frankreichs, Belgiens, Hollands und Großbritanniens erfordert die Unterstellung des Rheinlands unter ihre gemeinsame strategische und politische Kontrolle. Sie erfordert, daß es ein für allemal vom deutschen Staat in solcher Weise abgetrennt wird, daß seine Bewohner wissen, daß ihre Zukunft nicht in Deutschland liegt. Die Aufgabe des Rheinlands durch Frankreich war das Vorspiel zu diesem Kriege. ...<<
Der französische Ministerpräsident Charles de Gaulle forderte am 23. September 1945 in einer Rundfunkansprache die Internationalisierung des Ruhrgebietes durch ein gemeinschaftliches Kontrollregime. Ferner sprach er sich für eine dauernde militärische Besetzung Deutschlands entlang der Rheinlinie durch die Franzosen aus (x156/33).<<
Das französische Kabinett verlangte am 4. Dezember 1945 für ihre Zustimmung zur Errichtung einer deutschen Zentralregierung die Abtretung des Rheinlandes und des Ruhrgebietes (x111/110).
Am 12. Dezember 1945 erklärte der französische Außenminister Bidault während einer Pressekonferenz erneut, daß man der Errichtung einer deutschen Zentralregierung nur zustimmen könnte, wenn man das Rheinland und das Ruhrgebiet vom Deutschen Reich abtrennen würde (x111/113).
Die "Berliner Zeitung" veröffentlichte am 27. Februar 1946 folgende Meldung der britischen Nachrichtenagentur "REUTERS" (x043/119): >>... General Koenig. französischer Oberbefehlshaber in Deutschland, erklärte, Frankreich bestehe darauf, daß, bevor die zentrale Verwaltung gebildet wird, die westlichen Grenzen Deutschlands festgelegt werden, wie es im Osten der Fall gewesen sei.
Wenn dies geschehe, werde es nicht nötig sein, seine Erzeugungskapazität zu beschränken. Die Produktion Deutschlands, insbesondere die Kohlenförderung, werde für den Wiederaufbau Deutschlands selbst und der alliierten Länder dienen, während die Produktionsüberschüsse die Bezahlung der Einfuhr fördern würden.
Das Rheinland, das im Laufe der letzten 75 Jahre der Ausgangspunkt der 3 deutschen Angriffskriege gegen Frankreich gewesen sei, müsse auf längere Zeit hinaus militärisch besetzt werden.
"Wenn das Ruhrgebiet in Zukunft nicht einer internationalen Kontrolle unterstellt wird", erklärte Koenig, wird Frankreich die restlose Zerstörung des gesamten Wirtschaftspotentials mit Ausnahme dessen fordern, was für die lebensnotwendigsten Bedürfnisse Deutschlands gebraucht wird.
Wenn das Ruhrgebiet internationalisiert wird, wünscht Frankreich die Ausnützung der gesam-

ten industriellen Möglichkeit dieses Gebietes für die Bedürfnisse Europas.<<
Feldmarschall Montgomery forderte am 2. Mai 1946, den Status des Saar- und Ruhrgebietes sowie des Rheinlandes zu klären (x114/1.143): >>Wir müssen uns entscheiden, was es heißt, ein neues Deutschland aufzubauen. Seine Ostgrenze wurde in Potsdam vereinbart. Die Festlegung seiner Westgrenze steht jedoch noch aus; dieses Problem läßt sich kurz mit dem Namen Saar-, Ruhrgebiet und Rheinland umreißen. Wir müssen aber dem deutschen Volk endlich sagen, was zu seinem Lande gehören soll und was nicht.
Den Menschen, die in diesem Deutschland wohnen, müssen wir einen erträglichen Lebensstandard geben und die Hoffnung auf eine lebenswerte Zukunft. Ein solcher Lebensstandard läßt sich auch mit der vereinbarten Industrieleistung vereinbaren, aber nur unter bestimmten Bedingungen.
Die wichtigste ist, daß Deutschland als wirtschaftliches Ganzes behandelt wird. Das geschieht zur Zeit nicht, einmal weil die Franzosen dagegen sind und zweitens wegen der Haltung der Russen. Ich bin nicht sicher, ob die Russen überhaupt jemals Deutschland als wirtschaftliches Ganzes behandeln werden, so wie wir das verstehen. Ja, ich bin sogar überzeugt, daß sie es nicht tun werden, es sei denn, wir setzen sie zusammen mit den anderen Alliierten unter Druck. Das ganze Land liegt so im argen, daß es nur in Ordnung kommen kann, wenn wir die Deutschen selbst darauf ansetzen.<<
Der französische Außenminister Bidault forderte am 15. Mai 1946 während einer Konferenz in Paris (x111/169): >>Das Grubengebiet der Ruhr mit 5 Millionen Einwohnern soll internationalisiert und zur Überwachung der dauernden Entmilitarisierung von internationalen Truppen besetzt werden. ...
Zwischen dem Ruhrgebiet und Deutschland muß eine Wirtschaftsgrenze errichtet werden.
Das Rheinland soll von der Pfalz bis einschließlich Köln von französischen und nördlich davon von belgischen, niederländischen und allenfalls angelsächsischen Truppen besetzt werden und entweder als staatsrechtliche Einheit oder in 2-3 neuzuschaffende Staaten aufgeteilt und organisiert werden.
Im Saargebiet sollen die Bergwerke Frankreich übergeben und der Zuständigkeit der alliierten Kontrollkommission entzogen werden. Es muß durch Frankreich dauernd militärisch besetzt werden. Über sein endgültiges politisches Schicksal ist erst später zu entscheiden.<<
Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 16. Juli 1946 über die "Pariser Konferenz" der alliierten Siegermächte (x111/193): >>Das Dunkel, das über der Politik der verschiedenen Mächte gegenüber Deutschland lag, hat sich jetzt gelichtet.
Einigkeit unter sämtlichen Alliierten besteht nur in der Saar-Frage. Bei der Ruhr haben sich Amerika, England und Rußland gegen Frankreich für das Verbleiben dieses Gebietes bei Deutschland erklärt. ...<<
Am 20. Juli 1946 wurde ein Vorschlag der US-Regierung, die Wiedervereinigung der Besatzungszonen anzustreben, im Alliierten Kontrollrat von Frankreich und der Sowjetunion abgelehnt (x009/507).
Ministerpräsident Charles de Gaulle schlug am 28. Juli 1946 "praktische, einfache Deutschland-Lösungen" vor (x156/33-34): >>Deutschland bleibt Deutschland, das heißt, ein großes Volk, konzentriert im Herzen Europas, ein Volk, das sich im Abgrund doch noch seiner Höhepunkte erinnert und das der Dämon des Krieges noch eines Tages dazu verleiten könnte, seine Größe wiederzufinden, wenn man ihm die Möglichkeit gibt, seinen Ehrgeiz mit dem eines anderen Volkes zu verbinden.
Es ist die Aufgabe Frankreichs, zu verhindern, daß Deutschland wieder ein zentralisierter Einheitsstaat, kurz das "Reich" wird, dessen Bewaffnung und Drang immer die Bedingungen seiner kriegerischen Unternehmungen bildeten.
Jetzt, da der Geist des Friedens sich sehr schüchtern bewegt, da die internationale Zusammen-

arbeit noch nicht über die Verfahrensstreitigkeiten hinausgekommen ist und es in die Augen fällt, daß sehr viel Zeit noch vergehen muß, bis eine solche internationale Zusammenarbeit verwirklicht wird, vor allem, da es unter den siegreichen Mächten Differenzen gibt, von denen keiner weiß, wohin sie noch führen können, wie sollen wir da zugeben, daß man jetzt politisch oder wirtschaftlich – was bald auf dasselbe herauskäme – das Instrument wiederherstellt, welches dasjenige Bismarcks, Wilhelm II. und Hitlers war?
Der Vorschlag Frankreichs ist eine ehrliche, praktische, hinsichtlich Deutschlands menschliche und einfache Lösung, und jeder kennt sie. Die verschiedenen traditionsgebundenen deutschen Einheiten: Preußen, Sachsen, Bayern, Württemberg, Baden, Hessen, Pfalz, Provinz Rheinland, die nordwestlichen Provinzen sollen wiedererstehen, sich selbst verwalten und jede sich auf ihre Rechnung und auf ihre Art und Weise einrichten.
Das ungeheure Arsenal der Ruhr soll unter internationale Kontrolle gestellt werden, nicht um die deutsche Bevölkerung des Lebensnotwendigen zu berauben, sondern um unter den Nachbarstaaten die für das wirtschaftliche Leben aller notwendigen Kohle aufzuteilen.
Das Saarbecken, dessen Kohle uns durch den Versailler Vertrag übergeben wurde, deren Ausbeutung sich ganz natürlich an den unserer Erzbergwerke anschließt, soll in die französische Wirtschaft eingegliedert werden.
Polen soll eine Westgrenze bekommen, die den im Osten erlittenen Verlust wiedergutmacht. ...<<
Der ehemalige britische Premierminister Winston Churchill sprach am 19. September 1946 in Zürich über ein geeintes Europa (x067/193): >>... Wir müssen etwas wie die Vereinigten Staaten von Europa schaffen.
Nur so können Hunderte Millionen schwer arbeitender Menschen wieder die einfachen Freuden und Hoffnungen zurückgewinnen, die das Leben lebenswert machen. Das Verfahren ist einfach. Was wir benötigen, ist der Entschluß von Hunderten Millionen Männern und Frauen, Recht statt Unrecht zu tun und als Lohn Segen statt Fluch zu ernten ...
Ich spreche jetzt aus, das Sie in Erstaunen setzen wird. Der erste Schritt bei der Neugründung der europäischen Familie muß eine Partnerschaft zwischen Frankreich und Deutschland sein. Nur auf diese Weise kann Frankreich die moralische Führung Europas wiedererlangen. Es gibt kein Wiederaufleben ohne ein geistig großes Frankreich und ein geistig großes Deutschland.
Die Struktur der Vereinigten Staaten von Europa, wenn sie gut und echt errichtet wird, muß so sein, daß die materielle Stärke eines einzelnen Staates von weniger großer Bedeutung ist. Kleine Nationen zählen ebensoviel wie große und erwerben sich ihre Ehre durch ihren Beitrag zu der gemeinsamen Sache ...
Ich muß Sie aber auch warnen. Die Zeit ist vielleicht knapp. Gegenwärtig haben wir eine Atempause. Die Geschütze schweigen. Der Kampf hat aufgehört, aber nicht die Gefahren. Wenn es uns gelingen soll, die Vereinigten Staaten von Europa oder welchen Namen auch immer sie tragen werden, zu errichten, müssen wir jetzt damit beginnen. ...<<
US-Unterstaatssekretär Hilldung erklärte am 2. Oktober 1946 (x111/223): >>... Deutschland bleibt die Wegkreuzung Europas. ... Wenn Deutschland zur wirtschaftlichen Gesundung Europas wirksam beitragen soll, so muß es ... als ein Land und nicht als vier Länder behandelt werden.<<
General Koenig, von 1945-49 Militärgouverneur der französischen Zone, erklärte am 8. Dezember 1946 vor der Presse (x111/255): >>Frankreich hat kein Interesse an einer Verschmelzung seiner Zone mit der amerikanischen und britischen Zone. ...<<
Anfang 1947 erklärte ein Ausschuß von europäischen Wirtschaftsexperten (x021/472): >>Es gibt drei mögliche Lösungen des deutschen Problems:
a) Man kann die Deutschen verhungern lassen.
b) Man kann ihre Erzeugung niedrig halten und sie durch alliierte Unterstützung vor dem

Verhungern bewahren.
c) Man kann ihnen die Möglichkeit verschaffen, zu arbeiten und wenigstens soviel hervorzubringen, daß sie für die Einfuhren der lebensnotwendigen Nahrungsmittel bezahlen können. ...
Angesichts des jetzigen Zustandes will der Ausschuß lediglich die Tatsache unterstreichen, daß es zwecklos ist, das Huhn, das goldene Eier legt, ums Leben zu bringen. ...
Vor dem Krieg hatte Deutschland eine überragende Stellung in der europäischen Wirtschaft. Der tatsächliche Tiefstand seines wichtigen Ein- und Ausfuhrhandels hat tiefgründige Rückwirkungen auf die hauptsächlichsten seiner ehemaligen Kunden und Lieferanten im Ausland. Wenn ein Land wenig blüht, weil sein Handel mit Deutschland stockt, so wird es auch ein schlechter Markt für die Waren und Dienste anderer Länder sein. ...<<
Der französische Politiker Maurice Schumann erklärte am 11. Januar 1947 während einer Rede in Nordamerika (x156/53): >>... Wenn es sein muß, daß die Lebensinteressen eines von uns beiden durch den Kohlenmangel leiden müssen, dann sollte Deutschland an erster Stelle leiden und dann erst Frankreich. Denn eine solche Reihenfolge wäre für Deutschland der einzig konkrete Weg, zur Wiedergutmachung dessen beizutragen, was es zerstört hat oder was durch seine Schuld zerstört wurde.
Aber – um auf der politischen Ebene zu bleiben – ich glaube, ich habe Ihnen die logische Entwicklung unserer These gezeigt: Um eine europäische Gemeinschaft zu schaffen, müssen die Hilfsquellen, die bisher nur zur Kriegsvorbereitung benutzt wurden, neutralisiert und für ganz Europa ausgebeutet werden anstatt für Deutschland allein. Eine solche Verteilung ist unmöglich, ja sogar unvorstellbar, wenn nicht die Hauptquellen, nämlich die des Ruhrgebietes, einer internationalen Behörde unterstellt werden. ...<<
Der sowjetische Marschall Sokolowski erklärte am 27. Februar 1947 im Verlauf der Sitzung des alliierten Kontrollrats (x111/287): >>... Es taucht die Frage auf, ob nicht mit dem Zweizonenabkommen beabsichtigt wird, die Besetzung Deutschlands dazu zu benutzen, die deutsche Wirtschaft zu verschlingen, sie britischen und amerikanischen Monopolen zu unterwerfen, sie ihrer selbständigen Bedeutung zu berauben und somit Deutschland oder zumindest Westdeutschland zu einem Anhängsel ausländischer Monopole zu machen.<<
Am 22. März 1947 lehnte der sowjetische Außenminister Molotow im Verlauf der 4. Außenministerkonferenz in Moskau die französische Forderung auf Abtrennung des Rheinlandes und des Ruhrgebietes sowie eine Zerstückelung Deutschlands ab (x111/296).
Obwohl das Deutsche Reich total zerschlagen war, vereinbarten Frankreich und England im März 1947 in Dünkirchen einen Sicherheitspakt. Dieser Pakt verpflichtete die Teilnehmerstaaten (ab 1948 = "Brüsseler Pakt") zur gegenseitigen Hilfe "für den Fall der Erneuerung einer deutschen Aggression" (x128/264).
Am 9. April 1947 berichtete der US-Generalstab in einem streng geheimen Dokument bereits über die Wiederaufrüstung Deutschlands (x068/300-301): >>Die potentiell stärkste Militärmacht dieses Gebietes ist Deutschland.
Ohne deutsche Hilfe könnten die übrigen Länder Westeuropas kaum so lange den Armeen unserer ideologischen Gegner widerstehen, bis die Vereinigten Staaten ausreichend große Streitkräfte mobilisiert und ins Feld geführt haben, um ihnen eine Niederlage zu bereiten. ...
Der wirtschaftliche Wiederaufstieg Deutschlands ist daher vom Standpunkt der Sicherheit der Vereinigten Staaten von vorrangiger Bedeutung.<<
Der französische Außenminister Bidault forderte am 10. April 1947 während der 4. Außenministerkonferenz in Moskau nochmals die Internationalisierung des Ruhrgebietes, eine politische Loslösung des Saarlandes von Deutschland und einen autonomen Rheinstaat (x111/305).
Der sowjetische Außenminister Molotow lehnte am 11. April 1947 erneut die französische Forderung auf Abtrennung des Rheinlandes und des Ruhrgebietes von Deutschland ab (x111/306).

Am 24. April 1947 scheiterte die Moskauer Viererkonferenz, weil die Westmächte der Sowjetunion weder die "demokratisch-antifaschistische" Ausrichtung Westdeutschlands noch Reparationen aus laufender Produktion oder die Vier-Mächte-Kontrolle der Ruhr zubilligen wollten (x009/405-406).
Am 29. Januar 1948 erklärte der CDU-Politiker Adenauer während einer Tagung der Europäischen Union christlicher Demokraten (x112/444): >>Ich fühle mich heute in erster Linie als Europäer und erst in zweiter Linie als Deutscher. ...<<
Die Londoner Sechsmächte-Konferenz vom 20. April bis zum 2. Juni 1948 endete mit der Empfehlung, Deutschland am Wiederaufbau Europas zu beteiligen sowie die Errichtung einer internationalen Behörde für die Kontrolle des Ruhrgebietes (x156/55-56): >>Es wurde eine Übereinstimmung erzielt, die Errichtung einer internationalen Behörde für die Kontrolle des Ruhrgebietes zu empfehlen, in der die Vereinigten Staaten, das Vereinigte Königreich, Frankreich, die Benelux-Länder und Deutschland vertreten sein sollen.
Die Errichtung dieser Behörde bedeutet keine politische Abtrennung des Ruhrgebietes von Deutschland. Vorgesehen ist jedoch die Kontrolle über die Verteilung der Kohlen-, Koks- und Stahlproduktion der Ruhr, um einerseits zu verhindern, daß die industrielle Konzentration in diesem Gebiet zu einem Aggressionsmittel wird, und andererseits zu gewährleisten, daß die Produktion allen am europäischen Wirtschaftsprogramm teilnehmenden Ländern einschließlich Deutschlands zugute kommt. ...<<
Konrad Adenauer erklärte am 10. Juni 1948 in der Tageszeitung "Die Welt" (x112/525): >>Deutschland ist bereit, als gleichberechtigtes Mitglied einer Föderation auf einen Teil seiner Souveränitätsrechte zu verzichten, doch glaube ich nicht, daß Deutschland einen Friedensvertrag mit einem einseitigen Verzicht auf wesentliche Souveränitätsrechte unterzeichnen wird. Zu diesen gehören auch die freie Verfügung über Wirtschaft und Außenhandel.
Eines ist gewiß: Sicherheit wird niemals durch Zwang gewährleistet. ...<<
Konrad Adenauer schrieb am 5. Juli 1948 über die sog. "Londoner Empfehlungen" (x095/77): >>... Auf Ihr ...Schreiben vom 25. Juni ... erwidere ich Ihnen ergebenst, daß die "Londoner Empfehlungen" katastrophal sind; der Versailler Vertrag ist dagegen ein Rosenstrauß. Das im einzelnen auseinanderzusetzen, würde zu weit führen. Ich hielt es für nötig, daß die deutschen Parteien, mit Ausnahme der KPD, gemeinsam ihre Ablehnung zum Ausdruck brächten. ...<<
Während der Zonenkonferenz in Minden kritisierte Konrad Adenauer am 10. Juli 1948 das Londoner Abkommen (x112/548): >>... Das Londoner Abkommen ist gegenüber dem Versailler Vertrag viel, viel härter und schwerer.
Eine solche wirtschaftliche Annektion ist noch schlimmer als eine politische Annektion. Bei einer politischen Annektion werden die Menschen gehört, sie werden Bürger, und sie bekommen ihre Abgeordneten, und man beschäftigt sich mit ihnen. So aber arbeiten wir unter Kontrolle und für die andern.
Ob das auf Dauer gutgehen wird, das wage ich zu bezweifeln.<<
Der französische Außenminister Robert Schuman bezeichnete es am 10. Oktober 1948 in Koblenz als selbstverständlich, daß Westdeutschland ein Teil der Europa-Union werden müsse (x112/605).
Beim "Londoner Sechs-Mächte-Abkommen" beschlossen die westlichen Besatzungsmächte und die Benelux-Staaten (Belgien, Niederlande und Luxemburg) am 28. Dezember 1948 die Einsetzung einer Internationalen Ruhrbehörde (Ruhrstatut), um die gesamte Kohlen- und Stahlproduktion des Ruhrgebietes zu kontrollieren (x101/18).
Konrad Adenauer schrieb am 30. Dezember 1948 (x095/84): >>... Dringend nötig ist aber, daß wir so schnell wie möglich eine westdeutsche Bundesregierung bekommen. Die Notwendigkeit der möglichst baldigen Schaffung einer solchen Bundesregierung tritt auch wieder klar zu Tage durch das eben bekannt gewordene Ruhrstatut. Erst wenn eine westdeutsche Bundes-

regierung besteht, werden die Deutschen in der durch dieses Statut geschaffenen Ruhrbehörde mindestens einen gewissen Einfluß ausüben können.
... Es sieht fast so aus, als ob in Amerika wieder Morgenthau-Ideen etwas mehr an Boden gewännen, hoffentlich nur vorübergehender Art. ...<<
Die SPD-Parteizeitung "Neuer Vorwärts" kritisierte am 1. Januar 1949 das "Ruhrstatut" (x112/647): >>Das Statut bedeutet eine große Vertrauenskrise für die Demokratie und die westlichen Siegermächte im deutschen Volk. ...
Die Einigung ist jetzt auf Kosten des deutschen Volkes erfolgt. Durch die vorliegende Regelung wird keine gedeihliche internationale Zusammenarbeit geschaffen. Diese Internationalisierung ist einseitig mit bevorrechtigten Subjekten und dem benachteiligten Objekt Deutschland. ...<<
Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" berichtete am 6. Januar 1949: >>**Das Ruhrstatut**
... In der deutschen Öffentlichkeit hat die Verkündung dieses "Übereinkommens", dessen Inhalt den deutschen Partnern bis dato unbekannt war, Kritik und Niedergeschlagenheit ausgelöst. ...
Vom Morgenthau- bis zum Marshall-Plan haben wir hinsichtlich Industrieplan, Demontage und Stahlquote manche Wandlung erlebt, die eher eine optimistische als eine pessimistische Auslegung rechtfertigt. Und was die Dauer solcher Bestimmungen anbelangt, kann man den Optimismus der Sechsmächtekonferenz nur bewundern, wenn sie in Anlehnung an die Vorschläge von Byrnes die Vision einer vierzigjährigen Lebensdauer der Ruhrbehörde beschwört.
Schließlich sind erst drei Jahre vergangen, seit im Potsdamer Abkommen die Westalliierten und Rußland vereinbarten, eine Entscheidung über die Ruhrindustrie gemeinsam zu treffen. Das war 1945 - im Ruhrstatut von 1948 ist Rußland gar nicht mehr erwähnt.
Es ist ferner zu bedenken, daß die deutsche Stahl- und Kohleindustrie bisher unter angloamerikanischer Kontrolle stand, also in gewisser Weise nur eine Kontrolle durch eine andere abgelöst wird und daß überdies die gesamte deutsche Wirtschaft im Rahmen der Marshall-Planung ohnehin nicht frei ist. Man muß sich allerdings auch darüber klar sein, daß die Handhaben zur Kontrolle der deutschen Wirtschaft, wie sie die Ruhrbehörde - in der Deutschland bekanntlich von 15 Stimmen nur 3 hat - bietet, wirklich allumfassend sind.
In jeder modernen Wirtschaft kann man über die Kontrolle der Grundstoffe: Kohle, Stahl und Roheisen praktisch die gesamte Volkswirtschaft lenken. Wenn außerdem die Ruhrbehörde laut §§ 14 und 15 noch ermächtigt ist, die Qualitäten und Typen bei der Ausfuhr zu bestimmen und die Preise, das Transportwesen, die Zölle und Wirtschaftsmethoden zu überprüfen, so bedeutet dies, daß eine internationale Kommission die Struktur der deutschen Wirtschaft bestimmt, die Höhe des Eigenverbrauchs und den deutschen Lebensstandard.
... Und schließlich erhebt sich noch die politische Frage, kann man die zukünftige deutsche Regierung von vornherein in ihren Kompetenzen so stark einschränken, daß sie eine eigene Wirtschaftspolitik eigentlich gar nicht mehr ausüben kann?
Auf all diese Fragen wird man in den 35 Paragraphen des Ruhrstatuts keine Antwort finden, erst die Durchführung kann sie bringen. Potentiell sind beide Möglichkeiten gegeben: die Ruhrbehörde kann, wie ihre Kritiker sagen, zur kolonialen Ausbeutung Deutschlands führen ...
Bisher hat es sich gezeigt daß die Realitäten und wirtschaftlichen Erfordernisse stärker waren als die Theorien von Mr. Morgenthau, der das Ruhrgebiet in eine Schafweide verwandeln wollte. In Ruhe abwarten, wie die Ruhrbehörde arbeitet und nicht übereilt beitreten wird daher bis auf weiteres die deutsche Aufgabe sein.<<
Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" berichtete am 8. Januar 1949 über das Ruhrstatut: >>**Tedeum des Sieges**
Der französische Ministerrat beeilte sich, den Entwurf des Londoner Ruhrstatuts als erste be-

teiligte Regierung zu billigen. Er tat das "mit Genugtuung". Die Statuten gehen den Franzosen ein wie Honigseim. Die Deutschen schlucken schwer an dem bisher bittersten Tropfen aus dem totalen Kapitulationskelch.

Das Ruhrgebiet bleibt deutsches Eigentum und in deutscher Verwaltung. Daran ändert keiner der 35 Paragraphen des Kontrollstatuts der Engländer, Amerikaner und der Benelux-Staaten etwas. Sonst aber ändert sich manches.

Treu und Glauben.

"Das Ruhrstatut ist der tragische Fehlschlag der Nachkriegszeit", konstatiert Wirtschaftsdirektor Ludwig Erhard in der Höchster McNair-Kaserne. "Die letzte Konsequenz des Statuts ist, daß die soziale Lebensführung, der Lebensstandard des deutschen Volkes, jetzt nicht mehr abhängig ist von deutschen Bestrebungen, deutschem Fleiß und deutscher Sozialpolitik, sondern vom Votum der Interessenten und Konkurrenten der deutschen Wirtschaft."

Den anglo-amerikanischen Versicherungen, die Deutschen müßten sich darauf verlassen, daß die Bestimmungen des Ruhrstatuts von der internationalen Behörde … auf "Treu und Glauben" gehandhabt werden würden, steht Erhard skeptisch gegenüber. ...

In alle Ewigkeit.

Bei entsprechender Abstimmungskonstellation können die westlichen Vertreter praktisch jeden deutschen Exportzweig, der ihrer eigenen Wirtschaft gefährlich zu werden droht, abdrosseln. Ohne den gütigen Geist George C. Marshalls … könnte der gegenwärtige Rohstoffanteil des deutschen Exports (Kohle, Holz und Schrott) in alle Ewigkeit zum Hauptbeitrag der deutschen Ausfuhrproduktion gestempelt werden. ...

Auch die letzten Bayern.

"In der Praxis wird die internationale Ruhrbehörde das künftige westdeutsche Wirtschaftsministerium sein", befürchtet Nordrhein-Westfalens Wirtschaftsminister SPD-Professor Erik Nölting. "Sie wird den Lebensstandard auch des letzten Bayern im Allgäu bestimmen."

"Exterritoriale Vorrechte, wie sie im Ruhrgebiet einer administrativ tätigen Behörde eingeräumt werden, gehörten bislang zum Instrumentarium der Kolonialpolitik."

Besonderen Schutz des Londoner Statuts genießen Betriebe der Grundindustrien, in denen ausländisches Kapital arbeitet. Die Behörde soll den zuständigen Besatzungsmächten den Schutz ausländischer Firmen vor "diskriminierenden Maßnahmen" der deutschen Konkurrenz empfehlen. In den meisten Fällen sind für diese Empfehlung Absender und Empfänger gleich. Das Fremdkapital im kontrollierten Ruhrgebiet ist restlos im Besitz der Westmächte. ...

Offene Fabriktore.

Das Gesetz 75 zur Übergabe der westdeutschen Industrie an deutsche Treuhänder bleibt bestehen. Auch die Kontrollen zur Verhinderung neuer wirtschaftlicher Machtkonzentration bleiben in Kraft. Die Behörde besitzt ein unbedingtes Auskunftsrecht. Die deutschen Betriebe werden regelmäßig Arbeitsberichte einreichen müssen. Den Ruhrkontrolleuren steht jedes Fabriktor offen. ...

Ruhrstatut und Besatzungsstatut sollen Kern einer künftigen Friedensregelung mit Deutschland bilden. Die drei deutschen Stimmen gehören bis zur Bildung einer westdeutschen Regierung einem alliierten Besatzungsvertreter. Sie werden immer nur ein schwaches Stimmchen in dem Chor der anderen Partner sein. Zur Beschlußfassung der Behörde genügen acht Jastimmen. ...

Die sowjetische Behauptung, der Londoner Vertrag enthalte Geheimklauseln über eine Remilitarisierung Deutschlands sowie Sondervereinbarungen in der Eigentumsfrage, wurde von der britischen Regierung dementiert. Rußland bezeichnet das Ruhrabkommen als ungesetzlich und "besonders schändliche Verletzung internationaler Abkommen". ...

Frankreichs Presse singt - mit Ausnahme der Kommunisten - ein "Tedeum des Sieges", wie die Pariser "Le Monde" schreibt. Der französische Außenminister Schuman schmiedete das

Ruhreisen, solange es unter den deutschen Remilitarisierungsdebatten und anderen im Ausland als "Anzeichen nationalistischer Wiedergeburt" gewerteten Diskussionen heiß war.

Nicht über den Weg.

Frankreichs große Befürchtung war eine Ruhrwirtschaft in Form einer amerikanisch-deutschen Holding-Gesellschaft, bei der die deutschen Schwerindustriellen die Managerposten übernehmen sollten. Die Franzosen sind darüber jetzt beruhigt.

... Am schärfsten stehen SPD und KPD in Opposition zu dem Statut. Das heißt aber nicht, daß sie sich in ihrer Opposition einig sind.

"Das Ruhrstatut bedeutet Sklaverei" schrieben Kommunistenhände in roter Farbe an die Fassade des Düsseldorfer Arbeitsamtes. Viele Leute blieben davor stehen. Zu größeren Unruhen kam es nicht. Die Tagesberichte der westdeutschen Polizeireviere vermelden keine besonderen Vorkommnisse.

Nur Köln machte eine Ausnahme. 23 Personen wurden auf der Polizeiwache eingeliefert. Sie hatten einen Arbeiter verprügelt, der die Ansicht vertrat, das Ruhrstatut sei schließlich eine Folge des Hitlerkrieges. Alle 23 gaben zu, noch keine Zeile des Ruhrstatuts gelesen zu haben. ...<<

Das "Ruhrstatut" trat am 22. April 1949 in Kraft. Danach war die Kohlen-, Koks- und Stahlproduktion des Ruhrgebietes einer internationalen Kontrollbehörde unterstellt (x101/19).

In diesem "Ruhrstatut" vom 22. April 1949 hieß es (x243/177): >>... Da die internationale Sicherheit und die allgemeine wirtschaftliche Gesundung erfordern, daß die Hilfsquellen der Ruhr ... nicht für Angriffszwecke verwendet werden, sondern im Interesse des Friedens ("errichten Belgien, Frankreich, Luxemburg, die Niederlande, Großbritannien und die USA) eine internationale Behörde für die Ruhr ... (zur) Aufteilung der Kohle, des Kokses und des Stahls. ...

Sobald eine deutsche Regierung errichtet worden ist, kann sie dem vorliegenden Abkommen beitreten. ...<<

Die zwangsweise europäische Integration (Ruhrstatut) diente hauptsächlich dem Zweck, eine dauerhafte Überwachung und Lenkung der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland zu gewährleisten.

Im sogenannten Potsdamer Protokoll - Mitteilung über die Dreimächte-Konferenz, die vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 in Potsdam stattfand - hieß es z.B. (x101/191-192): >>>... **B. Wirtschaftliche Grundsätze**

... 15. Es ist eine alliierte Kontrolle über das deutsche Wirtschaftsleben zu errichten, jedoch nur in den Grenzen, die notwendig sind:

a) zur Erfüllung des Programms der industriellen Abrüstung und Entmilitarisierung, der Reparationen und der erlaubten Aus- und Einfuhr;

b) zur Sicherung der Warenproduktion und der Dienstleistungen, die zur Befriedigung der Bedürfnisse der Besatzungsstreitkräfte und der verpflanzten Personen in Deutschland notwendig sind und die wesentlich sind für die **Erhaltung eines mittleren Lebensstandards in Deutschland, der den mittleren Lebensstandard der europäischen Länder nicht übersteigt**. - Europäische Länder in diesem Sinne sind alle europäischen Länder mit Ausnahme des Vereinigten Königreiches und der Sowjetunion - ...<<

Am 5. Mai 1949 wurde in London der Europarat - Sitz: Straßburg - gegründet.

Im Petersberger Abkommen vereinbarten die Bundesregierung und die westlichen Besatzungsmächte am 22. November 1949 einen teilweisen Demontagestopp. Die BRD beantragte danach den Beitritt zur internationalen Ruhrbehörde (das Ruhrstatut garantierte die langfristige wirtschaftliche Ausbeutung und politische Unterdrückung Deutschlands).

Im Petersberger Abkommen vom 22. November 1949 hieß es (x067/227-228): >>1. Die Hohe Kommission und die Bundesregierung sind sich darin einig, daß die Beteiligung Deutschlands

an all jenen internationalen Organisationen herbeigeführt werden soll, durch welche die Erfahrung Deutschlands und dessen Unterstützung zum allgemeinen Wohlergehen beitragen können. ...
Sie stellen den auf beiden Seiten ausgesprochenen Wunsch fest, daß die Bundesrepublik bald als ein assoziiertes Mitglied in den Europarat aufgenommen und daß ein bilaterales Abkommen mit der Regierung der USA über die Mithilfe unterzeichnet werden sollte.
2. Die Bundesregierung, in Erwägung der Wünschbarkeit der möglichst engen Mitarbeit Deutschlands bei der Wiedererrichtung der westeuropäischen Wirtschaft, erklärt ihre Absicht, das Gesuch um die Mitgliedschaft bei der internationalen Ruhrbehörde zu stellen. ...
8. In der Demontierungsfrage hat die Hohe Kommission die gegenwärtig Lage im Lichte der Zusicherung der Bundesregierung wiedererwogen und der folgenden Änderung des Programms zugestimmt.
Die folgenden Werke werden von der Reparationsliste ausgenommen und die Demontierung ihrer Ausrüstung eingestellt:
a) Fabriken für synthetisches Öl und Kunstgummi: ...
b) Stahlwerke: ...
Alle Demontierungen in Berlin werden eingestellt.<<
Bundeskanzler Adenauer begründete am 25. November 1949, um 3 Uhr morgens, im Bundestag das Petersberger Abkommen (x243/177): >>... Ich stelle fest, ... daß die sozialdemokratische Fraktion bereit ist, eher die ganze Demontage bis zu Ende gehen zu lassen. –
"Sehr gut!" und "Hört! Hört!" und lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien.
Zuruf von links: "Unerhört so was!"
Gegenruf von rechts: "Ihre englischen Freunde versagen!" –
Zuruf von der SPD: "Eine politische Taktlosigkeit!" ...
Zu dieser Frage muß die Opposition Stellung nehmen.
Lebhafte Stellungnahme bei den Regierungsparteien ... –
das ist die Frage, um die es sich handelt: ... Ist sie bereit, einen Vertreter in die Ruhrbehörde zu schicken, oder nicht?
Und wenn sie erklärt: nein, dann weiß sie auf Grund der Erklärungen, die mir der britische General Robertson abgegeben hat, daß die Demontage bis zu Ende durchgeführt wird.
Dr. Schumacher/SPD: "Das ist nicht wahr!" - ...
Gegenruf bei den Regierungsparteien. – Weitere erregte Zurufe von SPD und KPD. –
Glocke des Präsidenten.
Renner/KPD: "Wo steht denn das?" –
Zurufe von links: "Sind sie noch ein Deutscher? – Sprechen sie als deutscher Kanzler? –
Dr. Schumacher: "Der Bundeskanzler der Alliierten!" ...
Präsident Dr. Köhler schließt nach der unterbrochenen Sitzung um 6.11 Uhr Dr. Schumacher gemäß der Geschäftsordnung des Bundestages für 20 Sitzungstage von den Verhandlungen des Bundestages aus.<<
Die "Neue "Zürcher Zeitung" berichtete am 26. November 1949 über die Sitzung des Deutschen Bundestages vom 24./25.11.1949 (x067/228): >>Im Laufe der Debatte wurde der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Kurt Schumacher, für 20 Sitzungstage vom Bundestag ausgeschlossen, da er in einem Zwischenruf Dr. Adenauer als "Bundeskanzler der Alliierten" bezeichnet hatte.
Der Abgeordnete Adolf Arndt (SPD) nannte den Abschluß des Abkommens vom Petersberg durch den Bundeskanzler einen "autoritären Handstreich" und forderte namens der SPD-Fraktion die Bundesregierung auf, nachträglich die Zustimmung des Bonner Parlaments zum Bonner Protokoll einzuholen. Der Abschluß sei ein neues Glied in der Kette der Versuche, das Parlament auszuschalten. ... Deutschlands Beitritt zum Ruhrstatut beinhalte ein internationales

Abkommen, daß nur durch einen Akt des Bundespräsidenten abgeschlossen werden dürfe.
Der SPD-Abgeordnete Erich Ollenhauer erklärte, daß versucht worden sei, mit Demontageerfolgen andere Dinge zu verschleiern ...
Bundeskanzler Dr. Adenauer verwahrte sich gegen den Vorwurf, einen zu teuren Preis für Zugeständnisse gezahlt zu haben. Wenn die Bundesregierung nicht sofort gehandelt hätte, so wäre das Demontageproblem durch den Abtransport von selbst erledigt worden.<<
Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" berichtete am 1. Dezember 1949 über die Sitzung des Deutschen Bundestages vom 24./25.11.1949: >>**Benehmen wie die Schuster**
... Der Kanzler berichtete von seinem Abkommen mit den Alliierten, das für Deutschland Erleichterungen im Schiffsbau, einen Teilstop der Demontagen und Beitritt zum Ruhrstatut vorsieht. ...
Adenauer schritt zum Pult: "Ich stelle fest, daß die sozialdemokratische Fraktion bereit ist, eher die ganze Demontage zu Ende gehen zu lassen, als an Stelle eines Beobachters einen Vertreter in die Ruhrbehörde zu entsenden." ...
Das Barometer stieg. Adenauer schränkte die Feststellung ein: "Zu dieser Frage muß die Opposition Stellung nehmen: Ist sie bereit, einen Vertreter in die Ruhrbehörde zu schicken oder nicht? Und wenn sie erklärt, nein, dann weiß sie auf Grund der Mitteilung, die mir General Robertson gemacht hat, daß die Demontage bis zum Ende fortgeführt wird" - entweder Beitritt zum Ruhrstatut oder Fortgang der Demontagen.
Aber der abgeschwächte Vorwurf war mit größerer Schärfe und Lautstärke gesprochen worden. SPD-Zuruf: "Sprechen Sie als deutscher Kanzler?"
Schumacher: "Bundeskanzler der Alliierten!"
Tumult. Ollenhauer: "Adenauer hat ihn herausgefordert!"
Pfui von rechts, pfui von links. Die Reihen formierten sich. Ein Strom von rechts ergoß sich mit Antragswünschen auf die Präsidentenbühne. Links war der Blick für die Richtung verlorengegangen. Alte Kämpen erhofften Böses. Und trennten die Bataillone. Eins zur Führersicherung, eins zum Angriff.
Vorneweg SPD-Heiland mit drohenden Fäusten. Andere krempelten noch an ihren Ärmeln. Los ging's auf die Christlichen. Die standen schon und hielten weder die eine noch die andere Backe hin. Urdeutscher Hellwege wippte zwei Ministerzentner auf und nieder.
FDP-Oellers ließ Präsident Köhler in die Formation bimmeln. Er hatte den Antrag auf Vertagung gestellt, nachdem ein Ordnungsruf des Präsidenten gegen Schumacher ungehört verhallt war.
Das Schlachtfeld wurde geräumt. ...
Um sechs Uhr morgens fanden sich die unrasierten Streiter wieder. ...
Die SPD beriet in ihrem Fraktionssaal über das 56. Klingeln des Präsidenten hinaus. Er begann ohne SPD die neue Sitzung und bestrafte den Chef mit 20 Tagen. "Wegen der Schwere der Beleidigung. Dr. Adenauer ist eine Staatsfigur." ...<<
Der englische Sozialist Fenner Brockway schrieb später über den SPD-Politiker Kurt Schumacher (x111/18): >>Ich sehe in ihm die ganze Tragödie Deutschlands. Er verlor seinen rechten Arm im Ersten Weltkrieg. Sein Gesicht zeigt die Spuren zwölfjährigen Aufenthalts im KZ und prägt dessen physische Kennzeichen – seine Augen sind verglast, und seine Zähne wurden ihm von Gestapo-Männern aus dem Munde geschlagen. Seine Nase mutet anomal lang an, weil so wenig Fleisch auf seinen Knochen liegt, Furchen zerpflügen sein Gesicht, seine Lippen sind dünn und geradlinig, seine Schultern gebeugt, sein Körper mager, und er sieht tuberkulös aus.
Wenn ein Filmregisseur einen Menschen braucht, um das Leid zu verkörpern, so könnte er dies nicht eindrucksvoller als durch die Wahl Schumachers tun. ...<<
Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 28. Oktober 2000 über Kurt Schu-

macher (x887/...): >>**"National sein ist Ehrensache!"**
... Seine Polemik kannte kaum Grenzen, so wenn er den Nationalsozialisten androhte: "Eines Tages werden wir die ganze Naziführerbande in die Irrenhäuser einsperren."
Ebenso fanatisch und häufig auch zügellos bekämpfte Schumacher die Kommunisten, für ihn "rotlackierte Doppelausgaben der Nationalsozialisten". Die Kommunistische Partei war für Schumacher "ein stehendes Heer der Sowjetunion auf deutschem Boden".
Er war bald sowohl bei der NSDAP als auch bei der KPD einer der bestgehaßten Parlamentarier.
Nachdem im Januar 1933 die NSDAP als stärkste Partei mit der Regierungsbildung beauftragt worden war, wurde im Juni Kurt Schumacher in Schutzhaft genommen, zunächst in einem Gefängnis, dann in einem wilden KZ und schließlich im KZ Dachau festgehalten. ...
Schumacher wurde krank. Er litt unter Magengeschwüren und einer Darmkrankheit ... Im März 1943 wurde er aus der Haft entlassen nach Hannover zu seiner Schwester, die ihn aufzupäppeln sich bemühte, bis sie ausgebombt wurde. ...
Schumacher: "National sein ist Ehrensache!"
An seine alten Ideen knüpfte er an und kämpfte wiederum gegen Großbesitz, der kein politischer Machtfaktor sein dürfe. Die reine Demokratie war für ihn die politische Idee der Arbeiterklasse.
Mit großer Leidenschaft wandte er sich gegen die Behauptung, das deutsche Volk trüge eine Kollektivschuld. Für ihn war die Schuld nur individuell zu verstehen. Er sah auch deutlich, daß das Versailler-Diktat-System die Lage von 1933 mit verursacht hatte. Alle Deutschen unter 30 Jahren, so forderte er, sollten von der Entnazifizierung ausgenommen werden. Von ihm ist kein Wort der heute so beliebten wie wohlfeilen Reuebekenntnisse bekannt. Selbstbewußt forderte er von den Siegermächten deutsche politische Gleichberechtigung. Nie trat er auf internationalem Parkett als Bittsteller auf.
Er forderte die Beendigung der Demontagen, so als er 1947 als erster deutscher Politiker die USA besuchte, um an einem Kongreß des Dachverbandes der Gewerkschaften … teilzunehmen. Leidenschaftlich wies er auf den Widersinn hin, einerseits im sich anbahnenden Gegensatz zum Bolschewismus die Deutschen als Verbündete gewinnen zu wollen, andererseits ihnen aber nur Lebensmittelzuteilungen von 1.000 Kalorien pro Tag zuzubilligen. ...
In der Diskussion um das Ruhrstatut, eine von den Siegern eingerichtete Institution zur Kontrolle der gesamten deutschen Wirtschaft, kam es zu einem der explosivsten Tage im damals noch jungen Bundestag. Die SPD lehnte es ab, einen deutschen Vertreter in das Generalsekretariat zu entsenden. Adenauer beschuldigte sie daraufhin, dann seien sie schuld daran, wenn die Demontage der deutschen Fabrikanlagen fortgesetzt werde. Ein Tumult brach los. Ein oppositioneller Abgeordneter rief: "Sind Sie noch ein Deutscher?" Ein anderer: "Sprechen Sie hier als deutscher Kanzler?"
"Und dann" - so ein Chronist - "fiel das Wort mitten in die einen Moment lang abflachende Erregung, das Wort von Kurt Schumacher, leidenschaftlich, zischend, voller Verachtung: "Der Bundeskanzler der Alliierten!"
Ein Sturm brach los. Abgeordnete gingen aufeinander los, schrieen sich an, Fäuste wurden geschüttelt, Schlägereien drohten. Die Sitzung mußte unterbrochen werden. Das alles geschah am 25. November 1949 morgens um drei Uhr. Schumacher wurde für 20 Sitzungstage von den Beratungen ausgeschlossen, aber sein Wort wirkte erhellend und nachhaltig gleichsam als sein Vermächtnis bis heute fort. ...
Kurt Schumacher: "Ich erkläre: Die deutsche Sozialdemokratie hat 1945 als erster Faktor Deutschland und der Welt erklärt: Die Oder-Neiße-Linie ist unannehmbar als Grenze. Ich erkläre weiter: Keine deutsche Regierung und keine deutsche Partei kann bestehen, die die Oder-Neiße-Linie anerkennen will. Wir lehnen es ab, uns in die Politik des Nationalverrats

und des Verrats an Menschheitsideen … verstricken zu lassen."<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 21. November 2008 (x887/...): >>**Westbindung gegen wirtschaftliche Vorteile**

Vor 60 Jahren unterzeichneten Adenauer und die Alliierten Hohen Kommissare das Petersberger Abkommen

Vor 60 Jahren hatten der deutsche Bundeskanzler Konrad Adenauer und die Vereinigten Staaten von Amerika ein wichtiges gemeinsames Ziel. Beide wollten die Westbindung der Bundesrepublik einschließlich Teilnahme an der Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit, Europarat und Marshallplan.

Und wie Adenauer hatten auch die USA ein Interesse daran, daß der amtierende Bundeskanzler im Amt blieb. Mit der Alternative, Oppositionsführer Kurt Schumacher, war die geplante Westbindung nämlich kaum zu erreichen. Der sozialdemokratische, patriotische Westpreuße wollte ein sozialistisches, unabhängiges, geeintes Deutschland. Die Bindung an den "kapitalistischen Westen" lehnte er ab, weil sie - zumindest in seinen Augen - zum einen analog zur Ostbindung der DDR die Vereinigung der beiden deutschen Staaten erschwerte und zum anderen der Bundesrepublik ihre vermeintliche Wahlfreiheit zwischen Sozialismus und Kapitalismus nahm.

Adenauer wußte, daß seine Politik der Westbindung in der Bundesrepublik nur politisch mehrheitsfähig und damit durchsetzbar war, wenn sie mit einer Verbesserung der Lebenssituation seiner Mitbürger einherging. Schon aus diesem Grunde mußte er sich für eine Lockerung des Besatzungsregimes mit seinen Demontagen und Beschränkungen etwa der Werftindustrie einsetzen. In den USA sah man durchaus ein, daß man den Bundesbürgern materielle Anreize bieten mußte, wollte man sie als Verbündete in der bipolaren Ordnung mit der Sowjetunion gewinnen.

Abgesehen davon, daß es fünf Jahre nach dem Völkerringen in den USA durchaus noch Ressentiments gegen Deutsche gab, wollten die US-Amerikaner es allerdings verhindern, in dieser Frage von der Bundesregierung gegen ihre Verbündeten und Mitbesatzungsmächte Großbritannien und Frankreich ausgespielt zu werden. Entsprechend reserviert war ihr Entgegenkommen gegenüber der Bundesregierung.

Im Prinzip stellten sich vor 60 Jahren die drei Westmächte zu der in Aussicht stehenden Stärkung der Bundesrepublik genauso wie 40 Jahre später. Die europäischen Mächte Großbritannien und Frankreich reagierten mit Angst. 1949 wurde die Fortsetzung der wirtschaftlich-industriellen Knebelung der Bundesrepublik von Frankreich aus sicherheitspolitischen Gründen gewünscht, damit Deutsche in Feldgrau "nicht ein viertes Mal in hundert Jahren" auf französischem Boden stünden, und von den Briten aus wirtschaftspolitischen, um die deutsche Konkurrenz auf den Weltmärkten nicht zu groß werden zu lassen.

Die USA hingegen reagierten 1949 wie 1989 mit der Souveränität einer Supermacht. Ihnen schien die Bundesrepublik weder sicherheitspolitisch noch wirtschaftspolitisch gefährlich werden zu können. In den USA wußte man 1949 wie 1989, daß eine Stärkung der Bundesrepublik die Stärkung des von ihnen selbst geführten westlichen Lagers bedeutete, sofern denn die Westbindung der Bundesrepublik sichergestellt wäre.

Ein Pfand war den US-Amerikanern dabei das wenige Wochen vor der Verkündung des Grundgesetzes beschlossene Ruhrstatut, das der Bundesrepublik die alleinige Verfügungsgewalt über das wirtschaftliche Herz Deutschlands, wenn nicht gar Europas, das Ruhrgebiet, vorenthielt. Gemäß diesem von den Westalliierten und den Beneluxstaaten beschlossenen Statut sollte eine von den Unterzeichnerstaaten und Deutschland beschickte Ruhrbehörde das Aufsichtsrecht über die westdeutsche Schwerindustrie ausüben.

Von der Bundesregierung erwarteten die Besatzungsmächte nun, daß sie wie die Signatarstaaten Vertreter in die Behörde entsandte und sie damit anerkannte. Für Schumacher war das ge-

nauso wie die gemeinsame Mitgliedschaft mit dem Saarland im Europarat Verrat - und Adenauer ein "Bundeskanzler der Alliierten", denn dieser setzte die Mitarbeit in der Ruhrbehörde wie den Beitritt zum Europarat durch.
Im Gegensatz zu den Franzosen und Briten, aber ähnlich wie die US-Amerikaner verband der Kanzler mit der Ruhrbehörde die Hoffnung, daß von diesem Instrument der einseitigen Diskriminierung der Bundesrepublik eine westeuropäische Integration gleichberechtigter Staaten ausgehen könne. Erleichtert wurde der Bundesregierung die Entscheidung zur Mitarbeit in der Ruhrbehörde durch diverse, insbesondere wirtschaftliche und damit für den Volkswohlstand bedeutende Erleichterungen des Besatzungsregimes: Die Demontagen wurden eingeschränkt, die Beschränkungen im Schiffbau gelockert und die Errichtung von Konsulaten in den westlichen Ländern genehmigt.
Festgezurrt und verbindlich gemacht wurden diese ersten Schritte der Bundesrepublik Richtung Westbindung und die Gegenleistungen der Besatzer durch das Petersberger Abkommen. Vor 60 Jahren, am 22. November 1949, unterzeichneten der deutsche Bundeskanzler auf der einen Seite sowie die drei Alliierten Hohen Kommissare Sir Brian Hubert Robertson, André Francois-Poncet und John Jay McCloy auf der anderen diese erste frei ausgehandelte Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik und ihren Besatzungsmächten auf dem Petersberg, dem Sitz der Alliierten Hohen Kommission.<<
Der französische Außenminister Robert Schuman schlug am 3. Mai 1950 den Plan einer westeuropäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl vor, der später in der Montanunion verwirklicht wurde (x243/218): >>... Der Grund für die Überlegenheit der deutschen Industrie ist die deutsche Stahlproduktion zu Preisen, mit denen Frankreich nicht konkurrieren kann. ...
Mit der vorgeschlagenen Lösung wird das Problem der beherrschenden Stellung der deutschen Industrie ausgeräumt, deren Fortbestand in Europa Furcht verbreiten würde, eine Quelle ständiger Unruhe wäre, schließlich die europäische Einigung vereiteln und abermals den Untergang Deutschlands selbst bewirken müßte.
Diese Lösung schafft gemeinsame Expansionsbedingungen im Wettbewerb, ohne daß sich beherrschende Stellungen ergeben könnten.<<
Am 9. Mai 1950 stellte der französische Außenminister Robert Schumann den Plan einer westeuropäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl vor (x191/200): >>Die Vereinigung der europäischen Nachbarn erfordert, daß der jahrhundertelange Gegensatz zwischen Frankreich und Deutschland ausgelöscht wird. ...
Die französische Regierung schlägt vor, die Gesamtheit der französisch-deutschen Kohle- und Stahlproduktion unter eine gemeinsame Hohe Behörde zu stellen, in einer Organisation, die den anderen europäischen Ländern zum Beitritt offensteht.
Die Zusammenlegung der Kohle- und Stahlproduktion wird sofort die Schaffung gemeinsamer Grundlagen für die wirtschaftliche Entwicklung sichern – die erste Etappe der europäischen Föderation – und die Zweckbestimmung jener Gebiete ändern, die lange Zeit der Herstellung von Waffen gewidmet waren, deren sicherste Opfer sie selbst gewesen sind.
Die Gemeinsamkeit der Produktion, die so hergestellt wird, bekundet, daß jeder Krieg zwischen Frankreich und Deutschland nicht nur undenkbar, sondern materiell unmöglich ist. ...<<
In Paris unterzeichneten Frankreich, Belgien, Italien, Luxemburg, die Niederlande und die Bundesrepublik Deutschland am 18. April 1951 den Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl bzw. Montanunion (x156/73):
>>... Artikel 1
Durch diesen Vertrag begründen die Hohen Vertragsschließenden Teile unter sich eine Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl; sie beruht auf einem gemeinsamen Markt, verfolgt gemeinsame Ziele und hat gemeinsame Organe.

Artikel 2
Die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl ist dazu berufen, im Einklang mit der Gesamtwirtschaft der Mitgliedstaaten und auf der Grundlage eines gemeinsamen Marktes ... zur Ausweitung der Wirtschaft, zur Steigerung der Beschäftigung und zur Hebung der Lebenshaltung in den Mitgliedstaaten beizutragen. ...
Artikel 97
Dieser Vertrag gilt für die Dauer von 50 Jahren vom Zeitpunkt seines Inkrafttretens an.
Artikel 98
Jeder europäische Staat kann einen Antrag auf Beitritt zu diesem Vertrag stellen. Der Antrag ist an den Rat zu richten, der nach Stellungnahme der Hohen Behörde einstimmig Beschluß faßt und ebenfalls einstimmig die Bedingungen für den Beitritt festsetzt. ...<<
Die Montanunion war eine supranationale Behörde mit unabhängiger Entscheidungsbefugnis und verfügte bereits über wesentliche Strukturen der späteren EWG. Durch die Gründung der Montanunion bzw. Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl - der EGKS-Vertrag trat am 23. Juli 1952 in Kraft - wurde angeblich der erste Schritt zur Aussöhnung der "Erbfeinde" Deutschland und Frankreich sowie der Anfang der späteren europäischen Gemeinschaft vollzogen.
Die von den westlichen Siegermächten angeordnete Vergemeinschaftung der kriegswichtigen Grundstoffindustrien Kohle und Stahl sollte in erster Linie die Gefahr von Kriegen zwischen den Signatarstaaten endgültig bannen und gewährleistete zusätzlich eine dauerhafte Überwachung und Lenkung der wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland. Frankreich ging es damals nicht nur um die Kontrolle der deutschen Kohle- und Stahlindustrie, sondern vor allem um die Förderung der eigenen Wirtschaft.
Die Hohe Behörde der Montanunion wurde 1967 durch Fusionsvertrag in die EG integriert. Nach Ablauf des auf 50 Jahre begrenzten Vertrages stellte die Montanunion schließlich am 23. Juli 2002 ihre Tätigkeit ein, ihre Befugnisse und ihr Vermögen gingen danach auf die EG über.
Die Bundesrepublik wurde am 2. Mai 1951 vollberechtigtes Mitglied des Europarates.
Am 9. Juli 1951 beendete die britische Regierung den Kriegszustand mit Deutschland. Frankreich und die USA beendeten am 13. Juli 1951 und am 19. Oktober 1951 den Kriegszustand mit Deutschland.
Bundeskanzler Adenauer erläuterte am 12. Juli 1951 vor dem Deutschen Bundestag den Gesetzentwurf für den Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (x156/74-75): >>Herr Präsident! Meine Damen und Herren!
... Ich bin der festen Überzeugung, daß, wenn dieser Anfang einmal gemacht worden ist, wenn hier 6 europäische Länder, wie ich nochmals betone: freiwillig und ohne Zwang einen Teil ihrer Souveränität
Zuruf von der KPD: Wer lacht denn da?
auf ein übergeordnetes Organ übertragen, man dann auch auf anderen Gebieten diesem Vorgang folgen wird und daß damit wirklich der Nationalismus, der Krebsschaden Europas, einen tödlichen Stoß bekommen wird. ...
Als im Mai des Jahres 1950 Herr Schumann diesen Vorschlag machte,
Zuruf von der KPD: Washington machte ihn!
ging es ihm in erster Linie darum, die althergebrachten Gegensätze zwischen Frankreich und Deutschland dadurch aus der Welt zu schaffen, daß auf dem Gebiete der Grundstoffindustrie gemeinsam gearbeitet und daß dadurch jeder Gedanke, einer wolle gegen den andern rüsten, unmöglich würde. ...
Etwas Weiteres hat sich im Laufe der Verhandlungen ergeben. Ich glaube, daß wohl zum erstenmal in der Geschichte, sicher der Geschichte der letzten Jahrhunderte, Länder freiwillig

und ohne Zwang auf einen Teil ihrer Souveränität verzichten wollen,
Zuruf von der KPD: An die Rüstungsherren!
um die Souveränität einem supranationalen Gebilde zu übertragen.
Zuruf von der KPD: Den Amerikanern unterstellt werden! – Zuruf in der Mitte: Ruhig! - Gegenruf von der KPD: Das gefällt Ihnen nicht!
Das ist – ich betone das ausdrücklich -, wie mir scheint, ein Vorgang von welthistorischer Bedeutung, ein Vorgang, der das Ende des Nationalismus in all diesen Ländern bedeutet.
Beifall bei den Regierungsparteien ...<<
Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" berichtete am 12. Dezember 1951 über den "Schuman-Plan": >>**DIE NEUE RUHRBEHÖRDE**
Der Schumanplan wird von seinen französischen Urhebern und deutschen Anwälten gerne als der erste Baustein für ein neues Europa ausgegeben. Er werde eine Solidarität der Tat schaffen und den jahrhundertealten Gegensatz zwischen Deutschland und Frankreich auslöschen, sagen sie.
Der Plan trägt den Namen des französischen Außenministers, aber es ist bekannt, daß sein geistiger Vater der französische Planungskommissar Jean Monnet ist, dessen Name schon für einen anderen innerfranzösischen Plan vergeben war. Und dieser "Monnetplan" betrifft den Aufbau und Ausbau der französischen Eisen- und Stahlindustrie. ...
Außenminister Robert Schuman hat in einer Rede bei einer Gewerkschaftstagung in Metz selbst erklärt: "In Wahrheit ist dieser Plan die Fortsetzung des Monnetplanes" und, allein "um den französischen Stahlexport zu erleichtern" habe Frankreich "diese Mission übernommen". Diese Rede war allerdings nicht für deutsche Ohren bestimmt!
Wenn Bundeskanzler Adenauer in der ersten Beratung des Bundestages über den Schumanplan am 12. Juli 1951 sagte, die Verwirklichung des Schumanplanes bedeute das Ende des Nationalismus in Europa, so sind zunächst stillschweigend diese nationalwirtschaftlichen Interessen Frankreichs, die dem Schumanplan Pate gestanden haben, übergangen. ...
Nur in einer Zollunion würden die heute so viel berufenen Vorteile eines großen Marktes wirksam werden, die zudem gewaltig überschätzt werden und denen als schwerwiegender Nachteil eine weit stärkere Dynamik des Gesamtsystems mit schweren Krisen, fortgesetzten Umstellungen und Umsiedlungen gegenüberständen. Sie würde eine völlige Freizügigkeit der Arbeitskräfte voraussetzen.
Vielleicht wäre es gut, wenn die naiven Vertreter des Gedankens einer westeuropäischen Staatenverschmelzung einmal statt des sehr andersartigen Gesellschaftsgebildes der Vereinigten Staaten zum Vergleich die alte Donaumonarchie heranziehen würden. Hier hat weder die ökonomische noch die staatliche Einheit eine Gemeinschaft der Völker geschaffen, sondern einen höchst gefährlichen Nationalismus und Nationalitätenkampf, der nicht ruhte, bis der Gesamtstaat zerschlagen war.
Eine westeuropäische Völker- und Staatengemeinschaft ist nur als ein föderatives Gebilde durchführbar. Und ebenso scheint mir die Koordination der zugeordneten Volkswirtschaften nur föderativ denkbar. ...
Die geplante westeuropäische Gemeinschaft stellt sich dar als ein System eines gemeinsamen Marktes unter einer Hohen Behörde, die das Innehalten marktwirtschaftlicher Spielregeln zu gewährleisten hat, und jede Änderung des organisatorischen Aufbaues der Kohlen- und Stahlunternehmen verhindert, die zu Beginn der Union vorliegen. Es handelt sich also um ein neues System der Zwangskonkurrenz. ...
Die Rolle der Hohen Behörde als Kapitalsgeber und Vermittler, wohl vorwiegend amerikanischer Anleihen, gibt ihr eine sehr große Machtstellung. Und damit gewinnen die Stimmverhältnisse in den Organen der Gemeinschaft ihre besondere Bedeutung. Die Hohe Behörde hat neun Mitglieder, nicht mehr als zwei dürfen aus einem Mitgliedstaat stammen. Ihre Mitglieder

dürfen weder Anweisungen ihrer Regierungen annehmen noch einholen. Aber ist es nicht eine gefährliche Fiktion anzunehmen, daß sie aufhören werden, die Interessen ihrer Länder zu wahren, aus deren Montanwirtschaft sie als Sachverständige kommen werden?
Die Hohe Behörde beschließt mit Stimmenmehrheit. … In keinem der Gremien erreicht der Anteil der Stimmen Deutschlands ein Viertel. Der deutsche Anteil an der Kohlenförderung der Unionsländer aber beträgt 51 Prozent, an der Stahlerzeugung 38 Prozent.
Rein formal gesehen, scheint es, als ob Frankreich in ähnlicher Weise einen zu schwachen Einfluß in der Gemeinschaft für Kohle und Stahl haben werde. Aber die Interessen werden wohl fast stets so liegen, daß die westlichen Länder die gleichen Wünsche auf die billigste Belieferung mit deutschen Kohlen und Koks haben, während sie als Stahlproduzenten nicht daran interessiert sind, daß Westdeutschland seine frühere Stahlkapazität wieder erreicht.
Artikel 97 setzte nun die Dauer des Vertrages auf fünfzig Jahre fest. Dies bedeutet eine der schwersten Fesseln des Vertrages, zumal die Revisionsklauseln des Artikels 95 völlig unzureichend sind und praktisch bedeuten, daß eine Revision kaum durchführbar ist. Eine Kündigungsklausel ist überhaupt nicht vorgesehen.
Wenn wir in Deutschland diese Bestimmung als unerträgliche Fesselung ansehen, so kann sie doch nur in den Vertragsentwurf gekommen sein, indem andere Delegationen sich von dem Schumanplan einen Löwenanteil versprachen. Die amerikanische, französische und englische Presse hat auch die Hohe Behörde ganz offen als Ersatz für die Ruhrbehörde bezeichnet. Dann aber spricht nicht für die Annahme des Schumanplanes, daß man mit ihr die Herrschaft der Ruhrbehörde los werde, die politisch auf fünfzig Jahre nicht haltbar ist - wenn überhaupt noch heute, in dem Augenblick, in dem der Westen unsere Beteiligung an der Verteidigung wünscht! ...
Als Grundgedanke des Schumanplanes enthüllt sich so in allem die Absicht, daß die westlichen Länder sich die billigsten Bezüge deutscher Kohle und deutschen Kokses sichern, während die deutsche Stahlerzeugung und Walzwerkserzeugung unter den künstlich geschaffenen ungleichen und unfairen Bedingungen niedergehalten werden soll.
So ist es schwer verständlich und eigentlich ein Zeichen mangelnder politischer Reife und sachlich-kritischen Denken, wenn in Deutschland der Schumanplan als Auftakt einer höheren europäischen Gemeinschaft gepriesen und bejaht wird, jeder sachliche Einwand aber in der billigsten Weise als Nationalismus abgetan wird. Auch in einer europäischen Gemeinschaft wird jede Nation ihre berechtigten Interessen zu wahren haben. Wenn die verantwortlichen Männer das nicht tun, werden sie eines Tages dafür die Rechnung erhalten.
Jeder Vertrag bedeutet eine Bindung, aber er setzt voraus, daß er ohne Druck und Zwang zustande kommt und daß er Rechte und Pflichten gerecht und gleichmäßig verteilt. Vor allem aber ein Vertrag, der beansprucht, an Stelle jahrhundertealter Gegensätze und Feindschaften eine echte Gemeinschaft zu begründen. Sie wird nicht begründet, indem man einem Teilhaber vorher Handschellen anlegt. ...<<
Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (17/1953) berichtete am 22. April 1953 über die EUROPA-VERFASSUNG: >>**Unlösbare Gemeinschaft**
Am 12. Mai sollen die Außenminister der sechs Staaten, die in der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl verbunden und durch ihre Regierungen für ein Bündnis in der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft vorgesehen sind, den Entwurf eines Vertrages über die Satzung der Europäischen Politischen Gemeinschaft prüfen.
Dieser Verfassungsentwurf wurde am 9. März in Straßburg den sechs Ministern überreicht und am 10. März von der sogenannten Ad-hoc-Versammlung der Montanparlamentarier und von zugewählten Abgeordneten der sechs nationalen Parlamente in Straßburg verabschiedet.
Durch den Artikel 102 dieser Straßburger Satzung wird bestimmt: "Erlangt ein Mitgliedsstaat seine Hoheitsgewalt wieder über ein Gebiet, das am 31. März 1937 einen Teil dieses Staates

gebildet hat, so wird diese Satzung lediglich durch die Tatsache der Wiedererlangung der Hoheitsgewalt auf das betroffene Gebiet erstreckt."
Der letzte Satz des Artikels 1 der Satzung lautet: "Sie (die Gemeinschaft) ist unlösbar."
Wenn diese Satzung unverändert in Kraft treten sollte, wäre eine deutsche Regierung nach der Wiedervereinigung der Bundesrepublik mit der sowjetischen Besatzungszone zu einem deutschen Gesamtstaat verpflichtet, einen Vertrag auszuführen, der ihre souveränen Rechte, auf die zu verzichten sie nicht einmal Gelegenheit hatte, wesentlich einschränkt und eine selbständige deutsche Politik unmöglich macht.
Der Artikel 5 der Satzung stellt fest: "Die Gemeinschaft bildet mit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft eine Rechtseinheit ..."
Da diese Bestimmung Inhalt der Satzung ist, würde sie im Falle der Wiedervereinigung Deutschlands die Wirkung des EVG-Vertrages und des Vertrages über die Montan-Union auf ganz Deutschland automatisch ausdehnen. Konrad Adenauer weissagte denn auch in Amerika, auch ein wiedervereinigtes Deutschland werde seiner, des Kanzlers, EVG-Politik anhängen.
Die Unterwerfung des wiedervereinigten deutschen Staates unter die Oberhoheit der Europäischen Politischen Gemeinschaft würde also nach der Satzung automatisch und ohne weiteres kommen, ein entsprechend größeres Gewicht der Deutschen in dieser Gemeinschaft dagegen nicht. Um die deutsche Fraktion in der "Völkerkammer" zu verstärken, bedürfte es eines einstimmigen Beschlusses des Ministerrats unter Zustimmung der Völkerkammer.
Durch dieses Verfahren sind aber die Rechte eines kommenden Vierzonen-Deutschland auf angemessene Vertretung, die sich aus dem Anschluß der deutschen Gebiete außerhalb der Bundesrepublik für die EVG und die Montan-Union ergeben, noch nicht gewährt. Der Ministerrat muß über die Neuverteilung der Stimmgewichte im Rat für Montan-Union und EVG einstimmig entscheiden.
Die Bundesregierung ist dabei durch das Grundgesetz gar nicht ermächtigt, Hoheitsrechte einer kommenden gesamtdeutschen Regierung auf übernationale Autoritäten zu übertragen; denn die Zuständigkeit der Bundesregierung ist auf den Geltungsbereich des Grundgesetzes beschränkt.
Artikel 23 des Grundgesetzes: "Dieses Grundgesetz gilt zunächst im Gebiete der Länder Baden, Bayern, Bremen, Groß-Berlin, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern. In anderen Teilen Deutschlands ist es nach deren Beitritt in Kraft zu setzen."
Diese anderen Teile Deutschlands können aber wiederum nicht zum Geltungsbereich des Grundgesetzes gehören, denn nach dem Schlußartikel des Grundgesetzes tritt dieses außer Kraft, sobald das deutsche Volk in der Lage ist, sich durch eine verfassunggebende Nationalversammlung eine neue Verfassung zu geben.
Mit dieser Bestimmung hat der Parlamentarische Rat 1949 die Möglichkeit des einfachen Anschlusses der jetzt abgetrennten oder sowjetisch besetzten Gebiete an die Bundesrepublik rechtlich unmöglich gemacht und die politische These, die Bundesrepublik sei der Kernstaat eines freien Deutschland, im rechtlichen Sinne zurückgewiesen.
Da der Bund also weder durch das Grundgesetz noch durch allgemein anerkannte Regeln des Staats- oder Völkerrechts ermächtigt ist, Hoheitsrechte über Gebiete abzutreten, die ihm nicht angehören, sind die Artikel 5 und 102 der Satzung für die Europäische Politische Gemeinschaft undurchführbar und die Satzung selbst für eine Regierung einer gesamtdeutschen Republik ebenso unverbindlich wie der EVG-Vertrag, der Vertrag über die Montan-Union oder ein Vertrag über die Europäisierung der Saar.
Die Verfasser der Satzung für die Europäische Politische Gemeinschaft, unter ihnen deutsche Parlamentarier mit dem CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Rechtsanwalt und Notar Heinrich

von Brentano an der Spitze, haben das übersehen. In Bonn wehrten sie sich verzweifelt gegen eine Überprüfung ihrer Arbeit durch Experten der Regierung. Heinrich von Brentano, Präsident der Europäischen Verfassungskommission, erklärte vor der Presse im Kabinettssaal des Palais Schaumburg: "Wir sind selber Rechtsexperten."<<

Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (26/1955) berichtete am 22. Juni 1955 über die MONTANUNION: >>**Umsteigen in den Bummelzug**

In dem schwarzen Citroën, der an einem der ersten Junitage die salutierende Wache des Luxemburger Schlosses passierte und direkt zum "Casino" am Roosevelt-Boulevard fuhr, saß ein erschöpfter, resignierender Mann. Der Abschiedsbesuch, den der scheidende Präsident der Montanbehörde, Jean Monnet, soeben mit seiner Gattin der Großherzogin Charlotte von Luxemburg abgestattet hatte, war kurz und konventionell gewesen. Jetzt erst kam für Monnet das Schlimmste. Im Restaurant "Casino", das neben dem "Hotel Kravat" Schauplatz der wenigen gesellschaftlichen Ereignisse der Luxemburger Kohle- und Stahldiplomatie ist, erwarteten ihn seine Mitarbeiter.

Da standen sie im Vestibül, die es vor zweieinhalb Jahren unternommen hatten, mit dem kleinen Franzosen den ersten politischen Stoßtrupp für die Vereinigten Staaten von Europa zu wagen, und die sich im ersten Überschwang bereits Europa-Pässe ausgestellt hatten, die außer den sechs Ländern niemand anerkennt. Da stand der massige deutsche Vizepräsident Franz Etzel, von dem es auf den Korridoren der Montanbehörde wechselweise hieß, er habe Monnet oder Monnet habe ihn unter seiner Fuchtel. Da zeigte sich der zweite Vizepräsident, der Belgier Albert Coppé, sichtlich gerührt.

Da war der Franzose Pierre Uri, der Vertraute Monnets, der schon im kleinen Speisezimmer des Planungskommissariats Paris dabeigewesen war, als Monnet in Gesprächen erste Gedanken äußerte, die später in den Schumanplan mündeten.

Jener Professor Uri, der seinen anfänglichen Europa-Fahrplan (SPIEGEL 9/1953), nach dem bereits 1956 der gemeinsame europäische Markt für die Landwirtschaft und die Textilindustrie und ein Jahr später die erste europäische Bundesregierung kommen sollten, heute schmerzlich einen "Code philosophique" nennt. Und da drucksten schließlich die Söhne zweier bekannter Politiker herum, die Junioren Pinay und Spaak, die sich unter Monnet ihre europäischen Sporen hatten verdienen wollen.

Franz Etzel hielt die Abschiedsrede. Er feierte Monnet als den Mann, dem es in erster Linie zu verdanken sei, "daß der gewagte Versuch gelungen ist, fünf Jahre nach dem zweiten Weltkrieg sechs Staaten zu einer neuen Gemeinschaft zusammenzuführen". Er schloß nicht ohne Pathos: "Wir können schon jetzt hieraus ableiten, daß es nie wieder einen Krieg zwischen den Weststaaten geben wird."

Als die Familie Monnet am übernächsten Tag Luxemburg verließ, trug der zurückgetretene Präsident in seinem Gepäck das kostbare silberne Geschenktablett mit den eingravierten Namen aller Mitglieder der Hohen Behörde, das Etzel ihm zum Abschied überreicht hatte. Der Schöpfer des Schumanplans zog sich auf seinen Landsitz bei Paris zurück, um für eine Weile den Gesellschaftsanzug mit seinem Wanderzeug, Skihose, Windbluse und Schlägermütze, zu vertauschen.

In Luxemburg blieb das europäische Team zurück und bereitete sich auf den Empfang des neuen Präsidenten René Mayer vor. Die meisten Mitglieder der Hohen Behörde hatten zwar gemeint, wenn Monnet gehe, solle doch - wie Monnet es selbst einmal angeregt hatte - Franz Etzel auf den Stuhl des ersten Präsidenten nachrücken. Aber Etzel hatte Vertrauten erklärt: "Wir Deutschen sind schon wieder so selbstgefällig. Muß ich denn, wenn ich mich mit der Menschheit verkracht habe und jetzt wieder in den Verein aufgenommen bin, gleich anstreben, Vorsitzender zu werden?"

Der ehemalige CDU-Bundestagsabgeordnete, den die Gunst des deutschen Bundeskanzlers in

kurzer Zeit auf den mit rund 50.000 Mark steuerfreiem Jahreseinkommen dotierten Posten des Vizepräsidenten hob, kann auch ohne Präsidentenamt mit seiner Nachkriegskarriere zufrieden sein. Er hat sonst in seinem Leben längere Zeit gebraucht, um sich durchzubeißen: als Junge in seinem Heimatstädtchen Wesel, nachdem das Baugeschäft des Vaters zusammengebrochen war und er aus der Obersekunda in die Kohlenzeche Sterkrade unter Tage mußte. Dann, als er sein Abitur nachbüffeln und sich später das Geld für sein juristisches Studium selbst verdienen mußte, ehe er als Sozius in eine Duisburger Rechtsanwaltsfirma eintreten konnte.
Der heute 52jährige Vizepräsident in Luxemburg hat nach dem Kriege in Duisburg die Kreispartei der CDU gegründet und zeichnete später für das wirtschaftspolitische Programm der Christlich-Demokratischen Union mitverantwortlich. Im ersten Deutschen Bundestag war er Vorsitzender des Wirtschaftspolitischen Ausschusses, der für den Schumanplan federführend war. Von dort kam er direkt als zweiter Mann zur Hohen Behörde.
Das Amt des ersten Mannes in Luxemburg scheint gegenwärtig vielen Beobachtern nicht allzu begehrenswert. Denn seit vor einigen Monaten bekannt wurde, daß Jean Monnet sein Amt aufgibt, muß sich die Montanunion mit einer hartnäckigen Kritik herumschlagen, für die die "Deutsche Zeitung und Wirtschafts-Zeitung" die knappe Formel fand:
- Brauchen wir denn überhaupt noch die Montanunion? Bleibt es bei den Nationalwirtschaften, wie es jetzt aussieht, dann ist kein Platz für supranationale Bevormundungen der nationalen Wirtschaftspolitik souveräner Staaten. Kommt es aber zur wirklichen Vereinigung Europas, also zum "einzigen Markt", dann brauchen wir sie ebensowenig.
- Wenn es von 1950 bis 1955, also mit der starken Bereitschaft einer nicht souveränen Bundesrepublik, nicht gelang, Europas Vereinigung zu betreiben, um wieviel schwieriger muß das nach 1955 sein, da sich alle Länder in Europa wieder an die nationalwirtschaftlichen Daseinsformen gewöhnt haben.
Auf die Frage, wie es heute um Europa stehe, erhält man deshalb von Franz Etzel eine düstere Antwort. Er sagt: "Ich mache mir Sorgen. Das muß man ja, wenn man sieht, wie überall wieder nationalistische Tendenzen im Busche sind. Ich bin auch nicht so sehr überzeugt, daß bei den verantwortlichen Politikern das Gefühl für Europa noch so da ist wie vor zweieinhalb Jahren."
Dabei ist es keineswegs so, daß der am 18. April 1951 durch die Bundesrepublik, Frankreich, Italien und die Benelux-Staaten geschlossene Vertrag über die Kohle- und Stahlgemeinschaft etwa nicht programmgemäß eingehalten worden wäre. Pünktlich und übereinstimmend mit den Vorbesprechungen wurden die einzelnen Etappen zurückgelegt:
- Am 10. Februar 1953 wurde der gemeinsame Markt für Kohle und Erze eröffnet.
- Am 15. März 1953 folgte der gemeinsame Markt für Schrott.
- Am 1. Mai 1953 entstand der gemeinsame Markt für Stahl.
- Am 1. August 1954 wurde der gemeinsame Markt für Edelstähle errichtet.
Seit diesen Tagen kann jeder Geschäftsmann der Montanunion in jedem Land der Gemeinschaft kaufen und verkaufen, als existierten zwischen diesen Ländern keine Grenzen mehr. Für Kohle und Stahl gibt es seitdem keine Zölle mehr, keine unterschiedlichen Inlands- und Auslandspreise (jede Firma muß in Luxemburg eine Preisliste hinterlegen), keine Devisenschwierigkeiten und keinerlei Ex- oder Importrestriktionen. Aus dreißig unterschiedlichen Eisenbahntarifen in ihrem Gebiet machte die Union einen einzigen.
Den Regierungen wurde durch den Vertrag überdies verboten, die Industrie-Unternehmen ihrer Länder zu subventionieren und ihnen Ausnahmetarife bei den Staatsbahnen oder sonstige Beihilfen zu gewähren, die einem echten Wettbewerb zuwiderlaufen. Früher wurden die Frachttarife an den Grenzbahnhöfen für die Inlands- und die Auslandsstrecke getrennt berechnet, heute gibt es "durchgehende" Tarife. Für eine Tonne Ruhrkoks auf dem Wege zu den lothringischen Stahlwerken bedeutet das eine Frachtverbilligung um 9,32 Mark. Umgekehrt

verbilligt sich Lothringer Walzstahl auf dem Wege nach Bayern um bis zu acht Mark Fracht je Tonne.
Die durch eine vierzigjährige Abkapselung der Nationalwirtschaften verbogene Wirtschaftsgeographie beginnt sich wieder einzurenken: Süddeutschland beispielsweise bezieht jetzt mehr Kohle aus den nahegelegenen Saargruben und aus Lothringen Stahlprodukte; Belgien und Holland dagegen verfünfzehnfachten ihre Kohleimporte aus dem Aachener Revier ...
Die Wirtschaftsminister der Mitgliedstaaten der Montanunion haben keinen direkten Einfluß mehr auf diesen neuen Kreislauf der Kohle- und Stahlindustrie ihrer Länder; die nationale Regierungsgewalt für die Schwerindustrie ist durch den Schumanplan-Vertrag auf die supranationale Hohe Behörde in Luxemburg übergegangen.
Ein Heer von Beamten schwärmt ständig von Luxemburg aus, um die mit der revolutionären Umstellung zusammenhängenden Probleme zu regeln. Wirtschaftlicher Hauptzweck der Montanunion ist ein höherer Lebensstandard für die 160 Millionen Menschen der Gemeinschaft, erzielt durch niedrigere Produktionskosten.
Deshalb müssen beispielsweise Kohlengruben in Süd- und Mittelfrankreich stillgelegt werden, denn nach dem Fortfall aller Zölle und Subventionen ist die über den Seeweg hereinströmende belgische Kohle plötzlich billiger. Die Kommissare der Hohen Behörde betreiben die Stillegung dieser unrentabel gewordenen Schächte. Sie leiten die Umsiedlung von 5.000 dadurch arbeitslos werdenden Kumpels ein, und die Montanbehörde zahlt die Kosten: Jeder umgesiedelte Familienvater erhält 2.500 Mark Abfindung.
Auch in der Borinage in Belgien müssen 4.000 Bergarbeiter ihre Heimatorte verlassen, weil ihre Zechen nach dem Ausbleiben der Staatssubventionen nicht mehr mit der jetzt frei hereinströmenden Kohle des gemeinsamen Marktes konkurrieren können. Luxemburger Beamte verhandeln mit den Gewerkschaften und der Regierung, um diese Arbeitskräfte in das Kempener Land umzusiedeln, wo Arbeitskräfte für moderne, rentable Zechen gesucht werden. Das gleiche Schicksal trifft 2.000 französische Stahlarbeiter an der Loire, und in Italien müssen Tausende mit ihren Familien in andere Gebiete und andere Industriezweige verpflanzt werden, weil ihre vorsintflutlichen Eisenwerke jetzt nicht mehr konkurrenzfähig sind.
Die Hohe Behörde verfügt auch über eine Art Gewerbepolizei. Sobald irgendwo ein Verstoß gegen den Vertrag gemeldet wird, schickt Luxemburg den beschuldigten Firmen Prüfer ins Haus. Die supranationalen Beamten stöbern in den Büchern und Lagerhallen umher wie die Steuerfahnder, und die Hohe Behörde zögert nicht, schwere Strafen zu verhängen. Belgische und italienische Stahlfirmen waren die ersten, die wegen Verkaufs zu Dumpingpreisen hohe Geldstrafen zahlen mußten.
Auch die sechs Regierungen bekommen die Autorität der Hohen Behörde zu spüren. Als beispielsweise die französische Regierung das Eindringen billiger belgischer Kohle über den Seeweg nach Frankreich dadurch abzuwenden versuchte, daß sie über eine Ausgleichskasse die Binnenschiffahrtsfrachten subventionierte, griff Luxemburg sofort ein. Die Behörde entschied, daß die Ausgleichskasse der Einführung eines Einfuhrzolls gleichkomme und laut Artikel 4 des Schumanplan-Vertrages verboten sei. Die Kasse wurde aufgehoben.
Von der sizilianischen Stiefelspitze bis zum holländischen Meerbusen überwachen luxemburgische Beamte Europas Schwerindustrie. Zweck dieser Maßnahmen ist es, die alte Arbeitsteilung wiederherzustellen, die in der Zeit vor dem ersten Weltkrieg bestanden hatte.
Die Montanunion geht aber weiter. Sie will die Produktion dort forcieren, wo sie am billigsten ist. Unrentabel arbeitende Fabriken, die im Schatten von Zollschranken und Subventionen entstanden sind, sollen geschlossen und die Preise dadurch gesenkt werden, daß jeder beim billigsten Produzenten einkaufen kann und durch keinerlei staatliche Restriktionen oder private Kartellabsprachen benachteiligt wird.
Immer wieder stieß die Hohe Behörde jedoch bei dem Bemühen, für alle Kohle- und Stahlge-

sellschaften ihres Bereichs gleiche Kostengrundlagen zu schaffen, auf Kompetenzbereiche, die im Schoße der einzelnen Nationalregierungen verblieben waren. Sie stieß auf unterschiedliche Steuergesetzgebung, auf völlig verschieden geartete Systeme der Sozialversicherungen, auf die Arbeitslosen-Fürsorge, auf Exportförderungen; alles Dinge, die die Kostenkalkulation der Fabriken beeinflussen. Sie stieß vor allem auf die unrealistischen Wechselkurse der Währungen, die auch einer effektiv billigeren Ware oft den Weg in das Nachbarland versperren. (Der französische Franc beispielsweise ist gegenüber den anderen Währungen an der wirklichen Kaufkraft gemessen um 15 Prozent überbewertet.)

Monnet hatte von Anfang an gewußt, daß die Montanunion allein kaum lebensfähig sein würde. Er wollte nicht bei Kohle und Stahl stehenbleiben, sondern den Kreis der Branchen, die von Luxemburg aus dirigiert werden, laufend erweitern. Einige Interpreten dieser supranationalen Methode der Teilintegrationen dachten an die Reihenfolge: Kohle und Stahl, Energiewirtschaft und Verkehr, Landwirtschaft (nach dem Plan des französischen Ministers Pflimlin), Textilien, Chemie usw.

Mit der Übertragung aller Regierungsvollmachten für Kohle und Stahl auf die Hohe Behörde war durch den Schumanplan die Gewalt über die Schwerindustrie aus der Verantwortung der Nationalregierungen herausgelöst worden. Auf militärischem Gebiet sollte es nach dem Willen der französischen Politiker, die mit Jean Monnet einig gingen, die Europäische Verteidigungsgemeinschaft sein, der gleichfalls supranationale Vollmachten für eine integrierte Wehrmacht Westeuropas gegeben werden sollten.

Als aber in der Pariser Nationalversammlung über die EVG entschieden wurde, stand an der Spitze Frankreichs ein Mann, der von der Vortrefflichkeit einer Teilintegration ohne England keineswegs überzeugt war. Ministerpräsident Pierre Mendès-France hielt nichts von der Vereinigung Westeuropas zu einem Bundesstaat. Mit Jean Monnet, einem der tatkräftigsten Verfechter dieser Idee, verband ihn außerdem seit der Zeit der französischen Exilregierung in Algier eine persönliche Feindschaft.

Jean Monnet hatte damals auf dem einzigen lebenswichtigen Posten der Exilregierung gesessen; in den USA, an der Quelle aller Unterstützung für den General de Gaulle. Mendès-France war im Exilkabinett Wirtschaftsminister, als Finanzminister fungierte René Pleven, Transportminister war René Mayer. Die engen Freunde Pleven, Mayer und Monnet fanden sich in dieser Zeit zu einem Dreieckspiel zusammen, und Mendès-France kam wegen Monnets glänzender Beziehungen in Washington nie so recht zur Geltung. Nach der Befreiung hatte es dann weitere Unstimmigkeiten gegeben, als Jean Monnet im Planungskommissariat die Marshallplan-Gelder in der Schwerindustrie anlegte und Mendès-France als Präsident des Rechnungshofes sich mit Monnets knappen Auskünften über den Weg und Verwendungszweck der Gelder nicht begnügen wollte.

Am 30. August 1954 tat Mendès-France keinen Handschlag, die sterbende EVG zu retten, der General Aumeran den Fangstoß gab. Damit war eine der beiden supranationalen Säulen, auf denen die Anhänger Jean Monnets das neue Europa errichten wollten, jäh zusammengestürzt. Monnet bekannte: "Ich bin bis in mein Innerstes entsetzt!" Und in der Tat ist die Ablehnung der EVG zu einem Wendepunkt der Integration Europas geworden.

Am 9. November erreichte die Zusammenarbeit zwischen Monnet und dem Pariser Regierungschef ihren Tiefstand. Der Montan-Präsident rief seine engsten Mitarbeiter in Luxemburg zu einer Sondersitzung zusammen. Er teilte ihnen mit, er wolle zurücktreten, um in der französischen Innenpolitik dem bedrohten europäischen Gedanken neuen Rückhalt zu geben. Trotz aller Warnungen (Etzel: "Es gelang uns nicht, ihn umzustimmen") beging Monnet an diesem Tage einen taktischen Fehler. Er schickte einen Kurier mit einem Schreiben an Mendès-France nach Paris. Darin teilte er dem Ministerpräsidenten mit, er werde sein Amt am 10. Februar 1955 niederlegen.

Mit dem Ende der EVG, dem demonstrativen Rücktrittsangebot Monnets und dem Rückzug seines Freundes Marjolin aus der OEEC, dem Europäischen Wirtschaftsrat, waren die supranationalen Paneuropäer um eine weite Strecke zurückgeworfen. Vizepräsident Etzel meint: "Es ist nicht zu leugnen, daß die Zurückweisung der EVG der europäischen Integration einen schweren Schlag versetzt hat." Etzel wendet sich aber leidenschaftlich gegen die seit der Entscheidung des französischen Parlaments auch in der Bundesrepublik lauter gewordenen Kritik an der verbliebenen supranationalen Europa-Säule, der Montanunion.
Manchen Industriellen der Bundesrepublik dagegen erscheint es nicht als Nationalismus, wenn man sich nach der Ablehnung der supranationalen Konzeption ausgerechnet durch die Nation, die seinerzeit den Montanvertrag vorgeschlagen hat, Gedanken über den Wert dieser Institution und ihre Ausdehnungsbestrebungen macht.
Tatsache ist, daß seit Ablehnung der EVG sowohl in Frankreich als auch in Deutschland nationalwirtschaftliche Überlegungen Gewicht gewinnen, und daß damit auch historisch begründete Gegensätzlichkeiten, die schon viel an Bedeutung verloren hatten, wieder aktuell werden. In der Bundesrepublik löste insbesondere die Behandlung des deutschen Kohlenverkaufs-Systems, das schon früher Gegenstand deutsch-französischer Auseinandersetzungen gewesen war, Kritik an der Montanunion aus.
Seit 1893 war an der Ruhr alle Kohle über ein Kartell verkauft worden, das den Namen "Rheinisch-Westfälisches Kohlensyndikat" trug und vor einigen Jahren auf den Namen "Georg" (Gemeinschaftsorganisation Ruhrkohle) getauft wurde. Das Hauptquartier dieser Verkaufsorganisation befand sich in Essen. Ihr hatten alle Kohlenzechen-Gesellschaften freiwillig den Verkauf ihrer gesamten Kohle übertragen. Einer der großen Wirtschaftsführer des Ruhrgebiets, Emil Kirdorf, hatte dieses Kartell Ende des vergangenen Jahrhunderts nach einer schweren Krise gegründet, um für die Zukunft einen Konkurrenzkampf bis aufs Messer, wie er damals herrschte, zu vermeiden.
Mit diesem Kohlensyndikat Kirdorfs war die deutsche Wirtschaft in mehr als fünf Jahrzehnten gut gefahren. Von Essen aus wurden die bei der Förderung an der Ruhr zwangsläufig anfallenden mehr als hundert verschiedenen Kohlesorten zentral erfaßt und an die verschiedenen Verbrauchergruppen geliefert. Dabei lag es in der Macht des Syndikats, etwa einem Verbraucher zu bedeuten, er müsse, wenn er 500 Tonnen Anthrazitkohle wolle, auch 200 Tonnen weniger begehrte Gasflammkohle abnehmen. Durch diesen straff gelenkten Absatz konnte das Syndikat eine gleichmäßige Beschäftigung der Zechen garantieren. Von Essen aus wurden monatlich 950 geschlossene Kohlenzüge von den verladenden Zechen zu den Abnehmern dirigiert.
Für die lothringische Stahlindustrie, die den Koks französischer Zechengesellschaften in ihren Hochöfen nicht verwenden kann, weil er nicht druckfest genug ist, um das Gewicht der Erzfüllung auszuhalten, war der Bezug von Ruhrkohle und Ruhrkoks immer eine Lebensfrage. Auch die französischen Stahlwerke konnten nur von dem Essener Kohlenkartell kaufen. Die Machtstellung des Syndikats war der französischen Industrie deshalb immer ein Ärgernis.
Als die Franzosen 1923 in das Ruhrgebiet einmarschierten, weil einige hundert Tonnen Reparationskohle nicht rechtzeitig geliefert worden waren, besetzten vorauseilende Radfahrtruppen in Essen als erstes das Gebäude des Kohlensyndikats. Aber sie fanden das Haus leer. Am Vorabend hatten Emil Kirdorf und andere führende Männer die Beamtenschaft des Syndikats zusammengetrommelt.
Nach einer Lageschilderung hatten die Beamten nahezu einstimmig beschlossen, das ganze Syndikat zu verlagern. Die Kohlenmänner machten sich noch während der Nacht daran, sämtliche Akten in einen Sonderzug zu verladen, den die Reichsbahndirektion Essen zur Verfügung gestellt hatte. Das Syndikat ging ins Exil, in eine Blumenmarkthalle nach Hamburg.
Nach dieser Flucht machten die Franzosen das Syndikatsgebäude zum Arrestlokal. Während

der "Franzosenzeit" holte sich die lothringische Eisenindustrie ihre Ruhrkohle, ohne das Syndikat befragen zu müssen, direkt von den Zechen. Bergwerksdirektoren, die die Lieferung verweigerten oder auf deren Zechen bereits geförderte Kohle wieder unter Tage geschafft wurde, um sie nicht den Franzosen in die Hände fallen zu lassen, wurden verhaftet. Es folgten Prozesse. Geld- und Gefängnisstrafen wurden verhängt. Erst im Herbst 1923 konnte die Verwaltung aus Hamburg zurückkehren, und noch lange weigerten sich die Franzosen, mit dem Kohlensyndikat zu verhandeln.

An der Ruhr rief es deshalb unangenehme Erinnerungen wach, als nicht nur die Alliierten, sondern auch die Männer der Montanunion Anstalten machten, das Nachkriegssyndikat zu dekartellisieren, weil Kartellabsprachen als wettbewerbshindernd im Schumanplan verboten sind. Die Hohe Behörde setzte es dank ihrer supranationalen Macht durch, daß aus der einen Kohlen-Verkaufsgesellschaft sechs selbständige Unternehmen wurden, die den Verkauf der Kohlenproduktion von jeweils acht bis elf Kohlenzechen übernahmen. Jede Einzelgesellschaft setzt ihre Preise, Rabatte und Verkaufsbedingungen selbständig fest. Absprachen untereinander sind verboten.

Für die alten Kohlenfachleute war es nun eine ausgemachte Sache, daß die Franzosen mit dieser Aufsplitterung in sechs Gesellschaften darauf spekulierten, unter sechs verschiedenen Gruppen werde wahrscheinlich immer eine geneigt sein, die Preise der anderen zu unterbieten, was bei dem alten zentralen Verkaufssystem unmöglich war. Frankreich hoffte, so vermutete man, dadurch preisgünstiger einkaufen zu können und nicht dem alten mächtigen Syndikat als einzigem Verhandlungspartner gegenüberzustehen. Eine solche Hoffnung wäre nicht unbegründet; denn schon der alte Geheimrat Kirdorf war der Meinung, ein Waggon billiger Kohle mache ihm den ganzen Markt kaputt.

Dazu der Präsident der deutschen Wirtschaftsvereinigung Bergbau, Dr. Heinrich Kost: "Die Hohe Behörde hat, wie bisher überhaupt, auch in ihrer Haltung zur Verkaufsorganisation kein Verständnis für unsere Belange gezeigt. Wenn nun die Behörde meint, daß die Versorgungsaufgabe durch den Schumanplan auf sie übergegangen ist, dann müßte sie doch dafür sorgen, daß genügend Energien vorhanden sind. Besonders aus Bayern aber hört man heute große Beschwerden darüber, daß die Versorgung nicht mehr so wie früher klappt."

In Luxemburg dagegen sieht man in der Aufsplitterung der Verkaufsfirmen eine Großtat für den freien Wettbewerb. Franz Etzel kontert Dr. Kosts Vorwürfe mit dem Argument: "Das Kohlensyndikat und auch das frühere Rohstahlkartell waren beides Kartelle der Produzenten, während heute bei uns auch die Arbeiter und die Verbrauchergruppen mitreden können. Daß man an der Ruhr einer verlorenen Macht nachtrauert, ist verständlich. Aber Europa auf der Basis der industriellen Zusammenschlüsse scheint mir doch kein sehr phantasievoller Weg zu sein."

Der deutsche Vizepräsident beklagt sich überhaupt: "Immer wenn etwas schiefgegangen war oder wenn der Umsatz nachließ, hieß es, das komme von der Montanunion. Wenn man aber andererseits auf den gegenwärtigen hohen Produktions- und Beschäftigtenstand an der Ruhr hinweist, dann heißt es, das sei eben die Konjunktur."

Etzel legt Wert darauf, festzustellen, daß Westdeutschland mit der Unterzeichnung des Schumanplan-Vertrages auf dem Wirtschaftssektor Kohle und Stahl bereits zweieinhalb Jahre früher gleichberechtigter Partner der westeuropäischen Staaten wurde als jetzt gesamtpolitisch durch die Rückgabe der Souveränität. Als großen Gewinn für die Bundesrepublik nennt er die von der Hohen Behörde ermöglichte Rekonzentration der zerschlagenen Ruhrkonzerne, die ohne Schumanplan nicht möglich gewesen wäre.

Beginnend mit der Wiederzusammenführung des Mannesmann-Konzerns hat die Hohe Behörde in der Tat die Wiederherstellung vernünftiger Verbundwirtschaften in Deutschland gebilligt, weil derartige Maßnahmen die Gestehungskosten senken und die Wettbewerbslage

verbessern.
Ein zweiter Aktivposten in der Verlust- und Gewinnrechnung, die sich für die Bundesrepublik aus der Teilnahme am Schumanplan ergibt, ist die auf Hochtouren laufende Stahlproduktion. An der Ruhr wurden im vergangenen Jahr 17,4 Millionen Tonnen Stahl produziert (1936: 18,7 Millionen Tonnen im Reichsgebiet). Gegenüber der von den Alliierten für Deutschland ursprünglich vorgesehenen Jahresproduktion von 11,1 Millionen Tonnen Stahl ist das ein großer Aufschwung, wenngleich die deutsche Stahlerzeugung gegenüber dem prozentualen Zuwachs der Stahlproduktion in anderen Mitgliedstaaten der Montanunion noch immer zurückgeblieben ist.
Beispielsweise hat Frankreich seine Stahlerzeugung von 6,7 Millionen Tonnen im Jahre 1936 auf heute 13,4 Millionen Tonnen gesteigert. Da diese Mehrproduktion nie im eigenen Land abgesetzt werden kann, hat sich Frankreich durch den Schumanplan in dem süddeutschen Markt ein wirksames Absatzventil geschaffen (die französischen Lieferungen von Stahl-Walzwerkserzeugnissen nach Deutschland stiegen von 70.057 Tonnen im Jahre 1951 auf 798.966 Tonnen im Jahre 1954, die Lieferungen Belgiens von 2.786 Tonnen auf 241.808 Tonnen).
Auf der Passivseite der deutschen Rechnung steht insbesondere die Tatsache, daß die Bundesrepublik nicht nur fast die Hälfte aller Umlagezahlungen an die Luxemburger Montankasse leistet, sondern darüber hinaus auch noch fast allein die Ausgleichsabgaben für die Betriebsstillegungen in Belgien zahlen muß. In der Finanzabteilung der Hohen Behörde wird die bisherige Leistung der Bundesrepublik mit insgesamt 200 Millionen Mark angegeben.
Es heißt, Westdeutschland sei nun einmal der größte Produzent unter den Partnerstaaten und müsse auch am meisten zahlen.
Auf der Zeche Rheinpreussen dagegen meint Dr. Kost: "Die Umlage ist so hoch, daß man in Luxemburg daraus einen Fonds von 420 Millionen Mark ansammeln will. Das ist, glaube ich, ein Geld, das man lieber den Werken lassen sollte." Auch nach einer inzwischen vereinbarten Senkung der Umlagesätze fordert die westdeutsche Kohlenwirtschaft weitere Beitragsermäßigung; denn es wird an der Ruhr unwillig vermerkt, daß westdeutsche Zechengesellschaften bisher ihren Aktionären kaum Dividenden zahlen konnten, in Belgien aber Dividenden von fünf, sechs und sieben Prozent ausgeschüttet werden. Die Sanierung der unrentablen belgischen Zechen geht mithin nicht zu Lasten der rentablen Zechengesellschaften Belgiens, sondern zu Lasten der deutschen Kohlenindustrie.
Seit einigen Jahren ist andererseits auch die französische Koks-Erzeugung aus deutscher Kohle kräftig angestiegen. Die direkten Kokslieferungen von der Ruhr nach Frankreich gingen 1954 gegenüber dem Vorjahr um eine halbe Million Tonnen zurück. Das bedeutet, daß Frankreich den unbehinderten Zugang zur deutschen Kohle dazu benutzt, möglichst viel Kohle als reinen Rohstoff einzuführen und sie im eigenen Lande zu verkoken. An der Ruhr hat man dafür eine recht einfache Erklärung: An der Verkokung läßt sich durch das dabei anfallende Gas und andere Nebenprodukte mehr verdienen als am Verkauf der Kohle.
Auch die Deutsche Bundesbahn hat durch den Eintritt der Bundesrepublik in die Montanunion schwere Verluste erlitten. Allein 17 Millionen Mark Einnahmen gehen durch die obligatorische Anwendung des Kohleausnahmetarifs 6 B 1, der früher nur zu Gunsten Deutschlands galt, pro Jahr verloren. Rund 36 Millionen Mark Frachtausfall bringen außerdem die seit dem 1. Mai geltenden direkten internationalen Tarife. Ein entsprechender Ausgleich, etwa durch den Bezug von Minetteerzen aus Lothringen, tritt für die deutsche Wirtschaft nicht ein, weil die Stahlwerke der Ruhr weitgehend auf schwedische Erze eingestellt sind.
Dr. Gerhard Schroeder, Vorsitzender der westdeutschen Wirtschaftsvereinigung Eisen und Stahl, erklärt dazu: "Alle bisherigen Wettbewerbsverschiebungen haben sich, soweit wir dies zu übersehen vermögen, zu Gunsten unserer westlichen Nachbarn ausgewirkt. Ich nenne ins-

besondere die Zölle, Frachtangleichungen, Beseitigung der Doppelpreise, Öffnung des süddeutschen Marktes für westeuropäische Lieferanten, erhöhter Bezug deutscher Kohle, Übergangshilfen und sonstige Vergünstigungen.
"Alle diese Verschiebungen haben wir in Zeiten der Flaute ungern gesehen und nur schwer, aber trotzdem neidlos getragen, weil sie im Montanunions-Vertrag vorgesehen waren. Aus dieser großzügigen Einstellung kann aber nicht gefolgert werden, daß nun unablässig neue Wettbewerbsverschiebungen zu Gunsten anderer ausländischer Werke stattzufinden hätten und daß diese Forderungen sogar so weit gehen, daß ihre freudige Erfüllung von unserer Seite als Gradmesser unserer europäischen Gesinnung hingestellt wird."
Diese Stellungnahme der deutschen Stahlindustrie, die Dr. Schroeder am 24. Mai in Gegenwart Franz Etzels in Düsseldorf abgab, war bereits die Antwort auf Erklärungen, die europabegeisterte Montan-Parlamentarier während der Jahrestagung ihrer Gemeinsamen Versammlung abgegeben hatten. Von dieser Tagung im Straßburger Europahaus berichtete die "Frankfurter Allgemeine Zeitung", es sei geradezu bedrückend gewesen, anzusehen, mit welch unkritischer Begeisterung viele Abgeordnete das System der Montanunion als Allheilmittel und Vorbild für den Bau Europas gepriesen hätten.
Die Montan-Abgeordneten, von denen sich ein großer Teil aus Mitgliedern des Europa-Rats rekrutiert, vertraten in ihrer ersten Tagung nach dem Zusammenbruch der EVG-Konzeption die Meinung, es müsse unbedingt wieder etwas für den europäischen Gedanken getan werden. Der deutsche Vizepräsident des Parlaments, Hermann Pünder, versuchte, die europäische Fahne mit einer flammenden Ansprache wiederaufzurichten. Er mahnte, bei einem Rückfall in nationalstaatliches Denken könne sich die auf Kohle und Stahl beschränkte Montanunion als einzige supranationale Organisation Europas nicht halten. Nicht müdes Zurückweichen sei deshalb das Gebot der Stunde, sondern eine Flucht nach vorn.
Nach diesem Motto forderte das Montanparlament die sechs Regierungen auf, als weitere Sachgebiete die Energiewirtschaft, den Verkehr und die Atomkraft unter die supranationale Gewalt der Luxemburger Behörde zu stellen.
Franz Etzel meinte, das sei ein zwar nur kleiner, aber durchaus logischer Schritt und befürwortete eine entsprechende Änderung des Schumanplan-Vertrages. Der noch amtierende Präsident Jean Monnet erklärte sich sogar bereit, auf seinem Posten zu bleiben, wenn die Teilintegration auf diese Weise vorangetrieben werde.
Inzwischen nämlich hatte es sich Jean Monnet mit seinem Rücktritt wieder anders überlegt. Sein Gegner Mendès-France war in Paris gestürzt worden, und außer dem Appell des Montan-Parlaments in Straßburg lag bereits ein weiterer Integrationsvorschlag der Holländer vor, für deren kohleabhängige Exportindustrie und überproduzierende Gemüsebauern ein Vereinigtes Europa geradezu eine Lebensversicherung werden könnte.
Monnet schickte wieder einen Brief nach Paris. Dieses Mal an den neuen Ministerpräsidenten Edgar Faure, in das Pariser Hotel Matignon. Er bot jetzt seine Dienste wieder an:
"Angesichts des Auftriebs, den die europäische Politik der Regierungen erfahren hat, würde man es nicht verstehen, wenn ich mich nicht erneut bereit erklärte, unmittelbar an der Weiterentwicklung des unternommenen Werkes teilzunehmen."
Die Vertreter der für die weitere Integration auserwählten Branchen Energie, Transport und Verkehr aber erhoben in der Bundesrepublik ihre Stimme. Denn so überzeugend hatte die Montanunion auf dem Gebiet von Kohle und Stahl noch nicht funktioniert, daß nun etwa andere Industriezweige voller Ungeduld darauf warteten, auch in das Reich Monnets einverleibt zu werden. Auf dem für die Öffentlichkeit entscheidenden Wertmesser, nämlich auf dem Gebiet des Preisniveaus, hatte sich nach zweieinhalb Jahren gemeinsamen Marktes noch nichts gerührt. Die Verbraucherpreise waren nicht gesunken, sondern im Gegenteil leicht angestiegen. Automobilfabriken, wie das Wolfsburger Volkswagenwerk, kaufen ihre Stahlbleche trotz

der enormen Transportkosten heute noch immer in den USA billiger ein als auf dem gemeinsamen Markt.
Generaldirektor Kost erklärte öffentlich, der Luxemburger Appetit wachse offenbar beim Essen. Der deutsche Kohlenpräsident bestärkte den Widerstand der integrationsbedrohten Branchen: "Die Auflösung der Montanunion kann aus politischen Rücksichten nicht gefordert werden. Gegen die Ausweitung der Zuständigkeit dieser Einrichtung aber muß man sich wie ein Mann erheben."
Das taten die Betroffenen auch. Die Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke warnte in einer Eingabe an Dr. Adenauer, die Einbeziehung von Strom und Gas in die Montanunion könne sich nur hemmend auswirken, weil in der Energiewirtschaft die Integration bereits durch freiwillige Vereinbarungen sehr weit fortgeschritten sei.
Das Memorandum bittet den Kanzler, bei allen etwaigen politischen Vorteilen zu bedenken, daß zum Beispiel der Artikel 60 des Vertrages (Verbot unterschiedlicher Preise) Westdeutschland zum Export billiger Braunkohlenenergie nach Frankreich zwingen könne. Es sei nur zu verständlich, daß die Franzosen unter diesen Umständen den Stromlieferanten Deutschland jubelnd begrüßen würden, denn in Frankreich liegen die Strompreise besonders für Abnehmer der chemischen und metallurgischen Industrie weit über den deutschen.
Deutschlands Ölindustrielle äußerten sofort den Verdacht, Frankreich wolle sich durch die vorgeschlagene neue Teilintegration einen sicheren Absatzmarkt für die in seinen Raffinerien in besonders großen Mengen anfallenden Heizöle schaffen. Sie stellten die Frage, wie wohl die internationalen, besonders die amerikanischen Öltrusts auf die Zumutung reagieren würden, den wichtigen Absatzmarkt Europa einer Behörde zu unterstellen.
Generaldirektor Geyer von der Esso AG in Hamburg protestierte: "Mineralöl reist in Tausenden von Tankern über die Weltmeere und ist wohl der internationalste Stoff der modernen Wirtschaft. Seine Einbeziehung in die Montanunion würde nur eine Fessel sein. Ich glaube, daß beim Öl die Fülle der freien Unternehmer-Initiative besser ist als etwa die Erkenntnis eines Sachbearbeiters in Luxemburg."
Selbst die deutsche Chemie-Industrie, von deren Anschluß an Luxemburg noch gar nicht die Rede war, lehnte schon im voraus dankend ab, was den Vizepräsidenten Etzel zu dem Seufzer veranlaßte, die Wirtschaft fürchte sich eben immer, aus ihrem nationalen Schutz herauszukommen.
Die Abneigung gegen den Straßburger Kurs verstärkte sich in Deutschland noch, als während des Besuchs von Außenminister Pinay bei Bundeskanzler Adenauer im Mai die Franzosen ihren alten Wunsch nach dem Moselkanal erneut vorbrachten. Durch diesen Kanal würde die ostfranzösische Schwerindustrie ihre Frachtkosten für Kohle und Koks aus dem Ruhrgebiet halbieren können. Der Deutschen Bundesbahn aber entstünde dadurch ein weiterer Einnahmeverlust von jährlich 70 Millionen Mark.
Auf der letzten Jahrestagung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie in Stuttgart bekräftigten alle Redner noch einmal ihre Vertragstreue zum Schumanplan. Ebenso deutlich wurde aber dem Prinzip der supranationalen Teilintegrationen eine Absage erteilt. Bundeswirtschaftsminister Erhard rührte an eines der Kernprobleme, als er sagte:
- "Wenn wir den Weg gehen würden, neben Kohle, Eisen und Stahl nun immer weitere Teilbereiche der Volkswirtschaft aus dem nationalen Verantwortungsbereich und damit aus der nationalen Konjunkturpolitik zu entlassen, dann kämen wir in einen Zustand, in dem die nationale Verantwortung nicht mehr getragen werden kann."
Professor Erhard will damit sagen, daß man von ihm nicht verlangen kann, die westdeutsche Wirtschaft und Währung als Ganzes in Ordnung zu halten, wenn er seine Wirtschaftspolitik nur auf eine immer kleiner werdende Anzahl Branchen anwenden kann, während über den anderen Teil der Wirtschaft irgendeine supranationale Behörde bestimmt. Abgesehen davon,

müßte er in diesem Falle auch eine Abteilung seines Ministeriums nach der anderen schließen.
Die erneuerte Kandidatur Jean Monnets, dessen Name mit dem Prinzip der supranationalen Teilintegration gleichzusetzen ist, stand nun am 25. Mai im französischen Ministerrat zur Debatte.
Ministerpräsident Edgar Faure verlas den Brief Monnets. Finanzminister Pflimlin, der immer noch auf die Verwirklichung seiner westeuropäischen Agrarunion hofft, stimmte für Monnet. Ebenso die Minister Schuman und Teitgen. Aber die gaullistischen Minister widersprachen heftig: man könne Monnet nach seiner spektakulären Demission nicht wieder einsetzen.
Als die Sitzung beendet war, stand Frankreichs neuer Kandidat für den Präsidentenposten in Luxemburg fest: René Mayer, ein Exponent der französischen Schwerindustrie und Vertrauter des Bankhauses Rothschild, das er in 27 französischen Kapitalgesellschaften vertrat.
Damit war die Abkehr von der Monnetschen Methode der Teilintegration und wahrscheinlich auch von der supranationalen Arbeitsweise besiegelt. Denn René Mayer hatte vierzehn Tage vor seiner Nominierung einem deutschen Auditorium offenbart, man könne seiner Meinung nach "nicht behaupten, daß das supranationale Prinzip für das Funktionieren eines gemeinsamen Marktes absolut unentbehrlich sei."
Weitere Teilintegrationen werden mittlerweile von der Mehrzahl der Schumanplan-Experten abgelehnt, und auch in Luxemburg setzt sich die Erkenntnis durch, daß ein reibungsloses Ineinandergreifen der Volkswirtschaften auf immer mehr Teilgebieten kaum gelingen kann, solange nicht Währungs-, Steuer- und Sozialpolitik der Nationalwirtschaften synchronisiert sind. Bei Teilintegrationen würden sich die Schwierigkeiten, die sich aus den Unterschieden der Wirtschafts- und Sozialsysteme ergeben, bei jeder neu einbezogenen Branche wiederholen.
Es ist unmöglich, zu echten gemeinsamen Kostengrundlagen zu kommen, wenn beispielsweise in dem einen Land der Sozialversicherungsanteil für die Arbeiter einer Fabrik vom Unternehmen gezahlt wird (sich also in der Preiskalkulation niederschlägt) und im anderen Lande vom Staat.
Oder wenn ein Land sich hinter einem Devisen-Wechselkurs abschirmt, der den echten Kaufkraftverhältnissen nicht entspricht und dadurch das Hereinfließen tatsächlich billigerer Ware verhindert. Bei Teilintegrationen wird zudem für die nationalen Regierungen immer die Versuchung groß sein, durch den Einsatz wirtschaftspolitischer Mittel, die der Verfügungsgewalt der Hohen Behörde entzogen sind, wie beispielsweise der Steuerpolitik, ihren konkurrenzbedrohten Industrien Sondervorteile zuzuschanzen.
An Stelle der supranationalen Teilintegrationen à la Schumanplan befürwortet die Mehrzahl der europäischen Wirtschaftspolitiker jetzt eine globale Angleichung der wirtschaftspolitischen Grundsätze.
Diese Grundsätze, über die sich die Regierungen verbindlich einigen müßten, sollen zu einer gegenseitigen Angleichung der Steuer-, Sozial- und vor allem der Währungspolitik und damit zu gesunden, austauschbaren Währungen mit echten Wechselkursen führen. Denn erst wenn die Währungen austauschbar (konvertierbar) sind, können die unbestrittenen Vorzüge der Arbeitsteilung auf einem gemeinsamen Markt voll wirksam werden.
Mit der Schwenkung von der supranationalen Politik auf eine enge Zusammenarbeit der weitgehend unter dem Einfluß ihrer Regierungen verbleibenden Nationalwirtschaften rückt auch der Europäische Wirtschaftsrat (OEEC), der nach dieser Methode den westeuropäischen Außenhandel bereits zu etwa 90 Prozent liberalisiert hat, wieder in den Vordergrund. Die OEEC und die Montanbehörde werden sich sehr bald zu Verhandlungen zusammensetzen.
Rechtsanwalt Franz Etzel, der noch vor kurzem in seinem Luxemburger Amtszimmer die Ansicht äußerte, die deutsche Wirtschaft würde heute noch in den alten Reglementierungen stekken, wenn Professor Erhard 1948 "erst noch dies und das" hätte machen sollen, ist wendig genug, von dem supranationalen Schnellzug in den Bummelzug nach Europa umzusteigen. Er

sagt:
"Man kann sehr wohl der Meinung sein, daß zu der Teilintegration von Kohle und Stahl weitere wesentliche Teilintegrationen - von Atomenergie abgesehen - nicht hinzugefügt werden sollen, sondern daß man von diesem gut gepflügten Versuchsfeld aus in fortschreitender Entwicklung geradeaus zur Vollintegration schreiten sollte. Das Ziel bleibt auch in diesem Fall das gleiche. Der Weg wird geändert und erweitert, die Integrationspolitik wird nicht aufgegeben, es wird vielmehr eine neue Etappe auf dem Weg zur Errichtung eines politisch und wirtschaftlich vereinigten Europas in Angriff genommen."
Im Rathaus der sizilianischen Hafenstadt Messina, wo sich Anfang Juni die Außenminister der Montanunion-Staaten trafen, standen das nach vorn drängende Prinzip der wirtschaftspolitischen Angleichung der Staaten Europas und die supranationale Teilintegration Jean Monnets noch einmal zur Debatte.
Als Außenminister Pinay den neuen Kandidaten Frankreichs, René Mayer, nannte, erhob der für die Bundesrepublik erschienene Staatssekretär Hallstein Einspruch. Er hatte an den inoffiziellen Gesprächen, in denen sich die Außenminister bereits vorher auf René Mayer geeinigt hatten, nicht teilnehmen können (die deutsche Delegation hatte eine Spritztour in die Umgebung unternommen).
Walter Hallstein erklärte, er sei nicht autorisiert, der Nominierung Mayers zuzustimmen. Bundeskanzler Adenauer schlage vielmehr vor, daß Jean Monnet Präsident der Hohen Behörde in Luxemburg bleiben solle. An diesem Punkt der Debatte schickten die Delegationsführer ihre Mitarbeiter aus dem Saal. Hallstein meldete ein Staatsgespräch nach Deutschland an, und kurze Zeit darauf war die Wahl René Mayers perfekt.
Als die fünf Außenminister und der Staatssekretär zwei Tage später mit dem Fährschiff zwischen Scylla und Charybdis heimwärts reisten, trugen sie in ihren Aktenmappen ein wirtschaftspolitisches Konzept für die weitere Integration Westeuropas, das deutlich von der Methode der supranationalen Teilintegrationen abweicht und vorwiegend auf globale Angleichungsmaßnahmen zielt. Die Beschlüsse waren in einer zusätzlich anberaumten Konferenz um zwei Uhr nachts ausgehandelt worden, nachdem der französische Außenminister immer wieder abbremsend betont hatte, Frankreichs Wirtschaft sei für einen gemeinsamen europäischen Markt noch nicht stark genug.
Das Schlußkommuniqué der Außenminister spricht von einer Untersuchungskommission aus Regierungsvertretern der sechs Montanunion-Länder, die bis zum 1. Oktober dieses Jahres einer großen europäischen Konferenz Einzelvorschläge unterbreiten soll. Erst dann wird sich mithin zeigen, ob die in Messina an Jean Monnet verabreichte bittere Pille für den von ihm ersehnten politischen Bundesstaat Europa ein Anregungs- oder ein Schlafmittel ist.<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete später am 24. März 2007 über die Römischen Verträge (x887/...): >>**Europa ist mehr als nur Kohle und Stahl**
Europas Einigung hatte nach dem Zweiten Weltkrieg auf den Gebieten Kohle und Stahl angefangen. 1951 hatten die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien und die drei Benelux-Staaten mit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl … einen Anfang gemacht.
Der Versuch, die europäische Einigung auf den militärischen Bereich mit der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft auszudehnen, scheiterte 1954 an der französischen Nationalversammlung.
Obwohl die Bundesrepublik in dieser Gemeinschaft eindeutig diskriminiert werden sollte, waren in Frankreich die Vorbehalte dagegen, auf dem sensiblen Gebiet der Verteidigung Kompetenzen an einen Zusammenschluß mit den Deutschen abzugeben, für viele zu groß. So wurde versucht, die Einigung zuerst einmal auf andere, zivile Gebiete auszudehnen.
... Neben einer europäischen Atomgemeinschaft wurde ein gemeinsamer Binnenmarkt als Ziel

formuliert, und es wurden auch schon erste konkrete Schritte zur Verwirklichung dieser Pläne vereinbart.
... Atomminister Franz Josef Strauß hingegen wollte die Atomkraft lieber in Zusammenarbeit mit den USA als mit Frankreich nutzen. Der frankophile Bundeskanzler Konrad Adenauer hatte jedoch in der bundesdeutschen Kanzlerdemokratie die Richtlinienkompetenz und nutzte sie.
Frankreich wiederum fürchtete wegen seiner Wettbewerbsschwäche die Konkurrenz der fünf anderen europäischen Staaten im gemeinsamen Binnenmarkt. Den Franzosen wurde ihre Zustimmung damit versüßt, daß ihnen die Subventionierung ihrer Landwirtschaft mit deutschen Steuermitteln in Aussicht gestellt wurde. Das ist die Geburtsstunde der gemeinsamen Agrarpolitik, die als Umverteilungsmaschinerie die Aufgabe hat, Steuergelder ohne Gegenleistung aus stärker industrialisierten Mitgliedsstaaten wie der Bundesrepublik in schwächer industrialisierte zu pumpen.
Ein weiterer, politischer Vorteil des Europas der Sechs kam bei der Grande Nation dazu. Altbundespräsident Richard von Weizsäcker formulierte es vorletzten Freitag gegenüber dem Deutschlandfunk wie folgt: "Frankreich hatte ein großes Interesse daran, gleich nach dem Kriege gemeinsam mit der Bundesrepublik Deutschland und vier anderen Partnern schnell eine europäische Gemeinschaft aufzubauen und auf diese Weise auch wieder unter französischer Führung eine Stimme zur Geltung zu bringen in einem weltpolitischen Sinn." ...<<
Schlußbemerkungen: Bundeskanzler Adenauer begründete am 25. November 1949, um 3 Uhr morgens, im Bundestag den Beitritt zur Ruhrbehörde u.a. damit, daß die alliierten Militärregierungen bei einer Ablehnung die geplanten Demontagen in der Bundesrepublik Deutschland unverändert fortgesetzt hätten (x243/177).
Der Beitritt zur internationalen Ruhrbehörde (Petersberger Abkommen) erfolgte nicht feiwillig und verstieß eindeutig gegen die Grundsätze des schon damals geltenden Völkerrechts. Die westdeutsche Bevölkerung wurde vor dem Abschluß des Petersberger Abkommens nachweislich durch Ultimaten (Gewaltanwendung: "gezielte Hungerpolitik von Mai 1945 bis Anfang 1947 und Gewaltandrohung: Fortsetzung der Demontagen) systematisch unter Druck gesetzt.
Der gewaltsam erpreßte und damit völkerrechtswidrige Beitritt zur internationalen Ruhrbehörde sowie die Zwangsmitgliedschaft in den Folgegemeinschaften (Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl bzw. Montanunion, EG und EU) war eine Fortsetzung des Versailler Friedensdiktates von 1919.
Das Petersberger Abkommen verstieß zweifelsfrei gegen das Völkergewohnheitsrecht, denn ein durch Gewaltanwendung und Gewaltandrohung erzwungener Vertrag stellte einen derart eklatanten und schwerwiegenden Bruch des Völkerrechts dar, daß er von Anfang an als nichtig bzw. ungültig betrachtet werden mußte.
Bei der internationalen Ruhrbehörde handelte es sich um eine Tarnorganisation des NWO-Imperiums. Diese geschickt getarnte Organisation (angeblich der erste Schritt zur Aussöhnung der "Erbfeinde" Deutschland und Frankreich) sollte in erster Linie die langfristige wirtschaftliche Ausbeutung und politische Unterdrückung Deutschlands garantieren.
Das Ruhrstatut wurde später aufgrund des Pariser Vertrages vom 18.04.1951 am 23. Juli 1952 in die Montanunion integriert.
Die Hohe Behörde der Montanunion wurde 1967 durch Fusionsvertrag in die EG integriert.
Infolge der Tatsache, daß der Beitritt zur internationalen Ruhrbehörde gewaltsam und damit völkerrechtswidrig erpreßt wurde, war die Mitgliedschaft in den Folgegemeinschaften (Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl bzw. Montanunion, EG und EU) ebenfalls unwirksam.

Das Besatzungsstatut der westlichen Siegermächte

Am 8. April 1949 beschlossen die Außenminister Acheson, USA, Bevin, England, und Schuman, Frankreich, während einer Konferenz in Washington ein Besatzungsstatut (schränkte die Souveränität der "neuen" Bundesrepublik Deutschland bis zum 4. Mai 1955 erheblich ein) für Westdeutschland und die Einsetzung einer Alliierten Hohen Kommission - Ersatz für den seit März 1948 entscheidungsunfähigen Alliierten Kontrollrat.

In diesem Besatzungsstatut für die Bundesrepublik Deutschland hieß es (x156/71-72, x101/200-201): >>In Ausübung der obersten Gewalt, die bei den Regierungen Frankreichs, der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs verbleibt, erlassen wir ... hierdurch gemeinsam das folgende Besatzungsstatut:

I. Während des Zeitraumes, in dem die Beatzung noch fortdauern muß, wünschen und beabsichtigen die Regierungen Frankreichs, der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs, daß dem deutschen Volke Selbstregierung in dem höchstmöglichen Maße, das mit dieser Besatzung vereinbar ist, zuteil werden soll. Der Bundesstaat und die an ihm beteiligten Länder sollen, lediglich durch die Bestimmungen dieses Statuts beschränkt, die volle gesetzgebende vollziehende und rechtsprechende Gewalt gemäß dem Grundgesetz bzw. ihren Verfassungen haben.

II. Um die Verwirklichung der grundlegenden Besatzungszwecke sicherzustellen, bleiben Sonderbefugnisse, einschließlich des Rechts, die von den Besatzungsbehörden benötigten Auskünfte und statistischen Angaben anzufordern und zu prüfen, auf folgenden Gebieten vorbehalten:

a) Abrüstung und Entmilitarisierung einschließlich der damit zusammenhängenden naturwissenschaftlichen Forschungsgebiete, der Verbote und Beschränkungen für die Industrie und zivile Luftfahrt,

b) Kontrollmaßnahmen hinsichtlich der Ruhr, Rückerstattungen, Reparationen, Dekartellisierung, Entflechtung, Diskriminierung im Geschäftsverkehr, ausländische Vermögenswerte in Deutschland und vermögensrechtliche Ansprüche gegen Deutschland,

c) auswärtige Angelegenheiten, einschließlich völkerrechtlicher Abkommen, die von Deutschland oder mit Wirkung für Deutschland abgeschlossen werden,

d) Verschleppte und die Zulassung von Flüchtlingen,

e) Schutz, Ansehen und Sicherheit der alliierten Streitkräfte, Familienangehörigen, Arbeitnehmern und Vertreter, ihrer Immunitätsrechte, sowie die Deckung der Besatzungskosten und ihrer sonstigen Bedürfnisse,

f) Beachtung des Grundgesetzes und der Landesverfassungen,

g) Kontrolle über Außenhandel und Devisenwirtschaft,

h) Kontrolle über innenpolitische Maßnahmen, jedoch nur in dem Mindestmaß, das notwendig ist, um eine Verwendung von Geldern, Nahrungsmitteln und anderen Gütern in der Weise zu gewährleisten, daß die Notwendigkeit ausländischer Unterstützung für Deutschland auf ein Mindestmaß herabgesetzt wird,

i) Kontrolle der Verwahrung und Behandlung derjenigen Personen in deutschen Gefängnissen, die vor den Gerichten der Besatzungsmächten oder Besatzungsbehörden angeklagt oder von ihnen verurteilt worden sind, sowie Kontrolle über die Vollstreckung der gegen sie verhängten Strafen und über Fragen ihrer Amnestierung, Begnadigung und Freilassung.

III. Die Regierungen Frankreichs, der Vereinigten Staaten und des Vereinigten Königreichs hoffen und erwarten, daß die Besatzungsbehörden keine Veranlassung haben werden, auf anderen Gebieten als den oben besonders vorbehaltenen Maßnahmen zu treffen.

Die Besatzungsbehörden behalten sich jedoch das Recht vor, auf Anweisung ihrer Regierung die Ausübung der vollen Regierungsgewalt ganz oder teilweise wiederaufzunehmen, wenn sie der Ansicht sind, daß dies aus Sicherheitsgründen oder zur Aufrechterhaltung der demokrati-

schen Regierungsform in Deutschland oder in Verfolg (Fortgang) der internationalen Verpflichtungen ihrer Regierungen unumgänglich ist. Bevor sie dies tun, werden sie die zuständigen deutschen Behörden von ihrem Entschluß und seinen Gründen offiziell unterrichten. ...<< >>... V. Jede Änderung des Grundgesetzes bedarf vor Inkrafttreten der ausdrücklichen Genehmigung der Besatzungsbehörden. Länderverfassungen, Änderungen dieser Verfassungen, sowie alle anderen Gesetze und alle Abkommen, die zwischen der Bundesregierung und auswärtigen Regierungen getroffen werden, treten 21 Tage nach ihrem amtlichen Eingang bei den Besatzungsbehörden in Kraft, falls sie nicht vorher vorläufig oder endgültig beanstandet worden sind. ...
IX. Nach 12 Monaten, mindestens aber innerhalb von 18 Monaten nach Inkrafttreten dieses Status werden die Besatzungsbehörden eine Überprüfung seiner Bestimmungen unter Berücksichtigung der bei seiner Anwendung gemachten Erfahrungen vornehmen mit dem Ziel, die Zuständigkeit der deutschen Behörden auf dem Gebiet der Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung zu erweitern.<<
Schlußbemerkungen: Die westdeutschen Ministerpräsidenten akzeptierten am 12. April 1949 das Besatzungsstatut der westlichen Siegermächte. Dieses Besatzungsstatut reduzierte zwar die geplanten Demontagen, aber auch die Souveränität der "neuen" Bundesrepublik Deutschland wurde bis zum 4. Mai 1955 durch die große Autorität der westlichen Besatzungsmächte erheblich eingeschränkt. Die Oberaufsicht der Alliierten über Reparationen, Entmilitarisierung, Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland sowie die Ruhrkontrolle änderte sich ebenfalls nicht und die "Alliierte Hohe Kommission" kontrollierte weiterhin die deutschen Landesregierungen und die zukünftige deutsche Bundesregierung.

Die Verfassung für Westdeutschland
Die Londoner Sechsmächte-Konferenz vom 20. April bis zum 2. Juni 1948 endete mit der Empfehlung, eine Verfassung für die Westzonen Deutschlands zu erstellen (x156/56): >>... Die Delegationen sind der Ansicht, daß die Bevölkerung in den Ländern die Ausarbeitung einer Verfassung wünscht, die Bestimmungen enthält, die von allen deutschen Ländern angenommen werden können, sobald die Umstände es zulassen. Die Delegationen sind daher übereingekommen, ihren Regierungen zu empfehlen, daß die Militärgouverneure eine gemeinsame Sitzung mit den Ministerpräsidenten der Westzonen Deutschlands abhalten sollen. Auf dieser Sitzung werden die Ministerpräsidenten Vollmacht erhalten, eine verfassunggebende Versammlung zur Ausarbeitung einer Verfassung einzuberufen, die von den Ländern zu genehmigen sein wird.
Die Abgeordneten dieser verfassunggebenden Versammlung werden von den einzelnen Ländern nach Bestimmungen ernannt werden, die von den einzelnen Länderparlamenten selbst festgelegt werden.
Diese Verfassung soll so beschaffen sein, daß sie es den Deutschen ermöglicht, ihren Teil dazu beizutragen, die augenblickliche Teilung Deutschlands wieder aufzuheben, allerdings nicht durch die Wiedererrichtung eines zentralistischen Reiches, sondern mittels einer föderativen Regierungsform, die die Rechte der einzelnen Staaten angemessen schützt und gleichzeitig eine angemessene zentrale Gewalt vorsieht und die Rechte und Freiheiten des Individuums garantiert.
Wenn die Verfassung, die von der verfassunggebenden Versammlung vorbereitet wird, nicht gegen diese allgemeinen Grundsätze verstößt, werden die Militärgouverneure die Bevölkerung in den betreffenden Staaten zur Ratifizierung ermächtigen. ...<<
Der nordamerikanische Historiker John Gimbel schrieb später über die Hintergründe der "Londoner Empfehlung" (x156/54): >>Die Art, in der die Londoner Empfehlung zur Bildung einer westdeutschen Regierung erfüllt wurde, zeigt also, daß die demokratischen Ideen hinter

alliierten Interessen zurückstehen mußten und daß die Alliierten auf bestimmten Bedingungen, Strukturen und Machtverhältnissen bestanden, die die Deutschen vielleicht aus freien Stücken akzeptiert hätten, vielleicht aber auch nicht.
Diese Unnachgiebigkeit hat ihre besondere Bedeutung, weil sich daraus ersehen läßt, daß die alliierte Entscheidung, die Bonner Regierung zu errichten, nicht wesentlich von den bisher in der Besatzungspolitik geltenden Grundsätzen und Bemühungen abwich.
Die Ereignisse der Jahre 1948 und 1949 sind daher die Fortführung einer bestimmten politischen Linie und nicht ein Bruch. Sie stellen in gewissem Sinne nur ein weiteres Experiment dar, einen weiteren pragmatischen Versuch, mit Hilfe einer deutschen Auftragsregierung fundamentale Ziele der Alliierten zu verwirklichen.
Die Entscheidung, eine westdeutsche Regierung zu errichten, war nicht mit der Freigabe von Interessen verbunden. Es läßt sich vielmehr nachweisen, daß die Anstrengungen, bestimmte alliierte Ziele und Bemühungen weiter zu verfolgen, noch verstärkt wurden. ...<<
Die westlichen Militärgouverneure übergaben den 11 Ministerpräsidenten der 3 Westzonen am 1. Juli 1948 in Frankfurt die Richtlinien der Londoner Empfehlungen und beauftragten sie, einen Parlamentarischen Rat zu bilden, um eine Verfassung auszuarbeiten.
Die sogenannten "Frankfurter Dokumente" vom 1. Juli 1948 enthielten den Gründungsauftrag für die Bundesrepublik Deutschland einschließlich Richtlinien für die Verfassung, Aufforderung zur Überprüfung der Ländergrenzen und Grundsätze eines Besatzungsstatus (x156/56-58): >>... In Übereinstimmung mit den Beschlüssen ihrer Regierungen autorisieren die Militärgouverneure der amerikanischen, britischen und französischen Besatzungszone in Deutschland die Ministerpräsidenten der Länder ihrer Zonen, eine Verfassunggebende Versammlung einzuberufen, die spätestens am 1. September 1948 zusammentreten sollte.
Die Verfassunggebende Versammlung wird eine demokratische Verfassung ausarbeiten, die für die beteiligten Länder eine Regierungsform des föderalistischen Typs schafft, die am besten geeignet ist, die gegenwärtig zerrissene deutsche Einheit schließlich wieder herzustellen und die Rechte der beteiligten Länder schützt, eine angemessene Zentralinstanz schafft und Garantien der individuellen Rechte und Freiheiten enthält. ...
Die Schaffung einer verfassungsmäßigen deutschen Regierung macht eine sorgfältige Definition der Beziehungen zwischen dieser Regierung und den alliierten Behörden notwendig. Nach Ansicht der Militärgouverneure sollten diese Beziehungen auf den folgenden allgemeinen Grundsätzen beruhen:
1. Die Militärgouverneure werden den deutschen Regierungen Befugnisse der Gesetzgebung, der Verwaltung und der Rechtsprechung gewähren und sich solche Zuständigkeiten vorbehalten, die nötig sind, um die Erfüllung des grundsätzlichen Zwecks der Besatzung sicherzustellen. Solche Zuständigkeiten sind diejenigen, welche nötig sind, um die Militärgouverneure in die Lage zu setzen:
a) Deutschlands auswärtige Beziehungen vorläufig wahrzunehmen und zu leiten;
b) das Mindestmaß der notwendigen Kontrollen über den deutschen Außenhandel und über die innerpolitischen Richtlinien und Maßnahmen die den Außenhandel nachteilig beeinflussen könnten, auszuüben, um zu gewährleisten, daß die Verpflichtungen, welche die Besatzungsmächte in bezug auf Deutschland eingegangen sind, geachtet werden und das die für Deutschland verfügbar gemachten Mittel zweckmäßig verwendet werden;
c) vereinbarte oder noch zu vereinbarende Kontrollen, wie z.B. in bezug auf die Internationale Ruhrbehörde, Reparationen, Stand der Industrie, Dekartellisierung, Abrüstung und Entmilitarisierung und gewisse Formen wissenschaftlicher Forschung auszuüben;
d) das Ansehen der Besatzungsstreitkräfte zu schützen und sowohl ihre Sicherheit als auch die Befriedigung ihrer Bedürfnisse innerhalb bestimmter, zwischen den Militärgouverneuren vereinbarten Grenzen zu gewährleisten;

e) die Beachtung der von ihnen gebilligten Verfassung zu sichern.
2. Die Militärgouverneure werden die Ausübung ihrer vollen Machtbefugnisse wieder aufnehmen, falls ein Notstand die Sicherheit bedroht und um nötigenfalls die Beachtung der Verfassungen und des Besatzungsstatus zu sichern.
3. Die Militärgouverneure werden die oben erwähnten Kontrollen nach folgendem Verfahren ausüben:
a) Jede Verfassungsänderung ist den Militärgouverneuren zur Genehmigung vorzulegen.
b) Auf den in den Absätzen a) bis e) in § 1 oben erwähnten Gebieten werden die deutschen Behörden den Beschlüssen oder Anweisungen der Militärgouverneure Folge leisten.
4. Sofern nicht anders bestimmt, insbesondere bezüglich der Anwendung des vorgehenden § 2, treten alle Gesetze und Bestimmungen der föderativen Regierung ohne weiteres innerhalb von 21 Tagen in Kraft, wenn sie nicht von den Militärgouverneuren verworfen werden. ...
Wenn die Militärgouverneure ihre Zustimmung zur Unterbreitung der Verfassung an die Länder ankündigen, werden sie gleichzeitig ein diese Grundsätze in ihrer endgültig abgeänderten Form enthaltenes Besatzungsstatut veröffentlichen, damit sich die Bevölkerung der Länder darüber im klaren ist, daß sie die Verfassung im Rahmen des Besatzungsstatuts annimmt.
Beauftragte der Militärgouverneure werden bereit sein, die Ministerpräsidenten und die Verfassunggebende Versammlung in allen Angelegenheiten, die diese vorzubringen wünschen, zu beraten und zu unterstützen.<<
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner schrieb später über die Nachkriegspolitik der westlichen Siegermächte (x068/278-279): >>... Hinsichtlich der Deutschland-Politik nach dem Zweiten Weltkrieg zeigten sich die Alliierten zunächst gespalten. Die einen waren gegen, die anderen für den Wiederaufbau des Landes. Jahrelang herrschte ein übles Durcheinander.
Ursprünglich wollte man Deutschland nach dem Krieg vollständig entmilitarisieren. Man wollte es zerstückeln und ganz klein machen, schon um selber, ungestört, ganz groß, noch größer werden zu können. … Danach sollte Deutschland ein Bauernstaat werden …
Dann aber war den Amis ein solch großer Kartoffelacker an der Grenze zum Osten zu riskant. Die Revitalisierung des Ruhrgebiets und das Mitmischen dabei schienen Erfolg versprechender. …
Zuletzt wollte Eisenhower "starke Alliierte". Man erkannte die Nützlichkeit der Besiegten, konnte sie zum Puffer gegen die roten Teufel machen, zum "Bollwerk", so McCloy, "gegen die Sowjetunion": auch, wenn es denn sein mußte, zum Schlachtfeld. Die Deutschen hatten Erfahrung in derlei, und diese Erfahrung ließ sich nutzen.
Ergo entstanden sowohl der "Eiserne Vorhang" wie die "Bundesrepublik Deutschland" zuerst in amerikanischen Köpfen. Das eine wie das andere ist ihr Erzeugnis. Die Amerikaner befahlen, die Deutschen führten aus: die "Währungsreform" im Sommer 1948, die Konstituierung des "Parlamentarischen Rates" im Herbst desselben Jahres, das "Grundgesetz" am 23. Mai 1949. Nichts geschah ohne Billigung der Sieger.
Und Kurt Schumacher sagte selbstverständlich die Wahrheit, als er Adenauer den "Kanzler der Alliierten" nannte, worauf sich ein Sturm der Entrüstung erhob, wie immer nach dem Aussprechen einer unangenehmen Tatsache. …<<
Während einer Konferenz in Rüdesheim einigten sich die deutschen Ministerpräsidenten am 22. Juli 1948 auf folgende Grundsätze (x024/226): >>Die Schaffung eines westdeutschen Staates, wie diese von den westlichen Besatzungsmächten nahegelegt wurde, dürfe eine spätere Reichseinheit nicht blockieren.
Die Gründung sei vielmehr nur ein "Provisorium", "eine Etappe zur Wiederherstellung Deutschlands in den Grenzen von 1937". ...<<
Am 26. Juli 1948 einigten sich die westdeutschen Ministerpräsidenten und die westlichen Mi-

litärgouverneure in Frankfurt nach schwierigen Verhandlungen über die Annahme der Frankfurter Dokumente. Die Militärgouverneure erlaubten danach die Erarbeitung und Aufstellung des deutschen Grundgesetzes.
Der für die Erstellung von Richtlinien für ein "Grundgesetz" betraute Sachverständigen-Ausschuß überreichte am 24. August 1948 einen kommentierten Verfassungsentwurf (x063/630): >>Nach Auffassung der meisten Sachverständigen ... **ist das Deutsche Reich als Staat und Rechtssubjekt nicht untergegangen, sondern lediglich desorganisiert und seiner Geschäftsfähigkeit beraubt worden.**
Es kann sich also nicht darum handeln, Deutschland staatlich neu zu konstituieren, sondern ausschließlich darum, es – wenn auch unter Beschränkung auf seine westlichen Gebiete – provisorisch neu zu organisieren, wie etwa Frankreich durch die Verfassung der Vierten Republik nicht neu konstituiert, sondern nur neu organisiert worden ist. ...
Artikel 23 des Entwurfs bestimmte bereits: Der Bund führt die schwarz-rot-goldene Flagge der Deutschen Republik. ... Die Flagge des Bundes kann nur Farben führen, die in der gesamtdeutschen Tradition begründet sind. Für die Wahl der Farben Schwarz-Rot-Gold war entscheidend, daß diese Farben im alten Reichsschild geführt wurden und auch seit Beginn einer deutschen Einheits- und Freiheitsbewegung allgemein als Embleme der Deutschen Republik gegolten haben.<<
Der Prof. für Völkerrecht, Carlo Schmidt, erklärte am 8. September 1948 während einer Sitzung im Parlamentarischen Rat (x156/61-63): >>Nunmehr hat man uns eine weitere Schicht der Volkssouveränität freigegeben. Wir müssen uns fragen: Ist das, was uns nunmehr freigegeben worden ist, der ganze verbliebene Rest der bisher gesperrten Volkssouveränität?
Manche wollen die Frage bejahen; ich möchte sie energisch verneinen. Es ist nicht der ganze Rest freigegeben worden, sondern ein Teil dieses Restes.
Zuerst räumlich betrachtet: Die Volkssouveränität ist, wo man von ihrer Fülle spricht, unteilbar. Sie ist auch räumlich nicht teilbar. Sollte man sie bei uns für räumlich teilbar halten, dann würde das bedeuten, daß man hier im Westen den Zwang zur Schaffung eines separaten Staatsvolkes setzt. Das will das deutsche Volk aber in den 3 Westzonen nicht sein! Es gibt kein westdeutsches Staatsvolk und wird keines geben! ...
Nur das gesamte Volk kann "volkssouverän" handeln, und nicht eine Partikel davon. Ein Teil von ihm könnte es nur dann, wenn es legitimiert wäre, als Repräsentant der Gesamtnation zu handeln, oder wenn ein Teil des deutschen Volkes durch äußeren Zwang endgültig verhindert worden wäre, seine Freiheitsrechte auszuüben. Dann wäre ja nur noch der Rest, der bleibt, ein freies deutsches Volk, das deutsche Volkssouveränität ausüben könnte.
Ist dieser Zustand heute schon eingetreten? Manche behaupten: Ja!
Aber man sollte nicht vergessen: Noch wird verhandelt; noch ist man sich, zumindest offiziell, darüber einig, in der Verschiedenheit der Zonenherrschaft ein Provisorium zu sehen, etwas, das nach dem Willen aller, auch der Besatzungsmächte, vorübergehen soll. ...
Eine gesamtdeutsche konstitutionelle Lösung wird erst möglich sein, wenn eines Tages eine deutsche Nationalversammlung in voller Freiheit wird gewählt werden können. Das setzt aber voraus, entweder die Einigung der 4 Besatzungsmächte über eine gemeinsame Deutschland-Politik oder einen Akt der Gewalt nach der einen oder anderen Seite. ...
Zu dieser räumlichen Einschränkung der Möglichkeit, Volkssouveränität auszuüben, kommt noch eine substantielle Einschränkung.
Wenn man die Dokumente Nr. I und III liest, die die Militärbefehlshaber den Ministerpräsidenten übergeben haben, dann erkennt man, daß sich die Besatzungsmächte eine ganze Reihe von Sachgebieten und Befugnissen in eigener oder in konkurrierender Zuständigkeit vorbehalten haben. Es gibt fast mehr Einschränkungen der deutschen Befugnisse in diesem Dokument Nr. I als Freigaben deutscher Befugnisse!

Die erste Einschränkung ist, daß uns für das Grundgesetz bestimmte Inhalte auferlegt worden sind; weiter, daß wir das Grundgesetz, nachdem wir es hier beraten und beschlossen haben, den Besatzungsmächten zur Genehmigung werden vorlegen müssen.
Dazu möchte ich sagen: Eine Verfassung, die ein anderer zu genehmigen hat, ist ein Stück der Genehmigungsberechtigten, aber kein reiner Ausfluß der Volkssouveränität der Genehmigungspflichtigen!
Die zweite Einschränkung ist, daß uns entscheidende Staatsfunktionen versagt sind: Auswärtige Beziehungen, freie Ausübung der Wirtschaftspolitik; eine Reihe anderer Sachgebiete sind vorbehalten. Legislative, Exekutive und sogar die Gerichtsbarkeit sind gewissen Einschränkungen unterworfen.
Die dritte Einschränkung: Die Besatzungsmächte haben sich das Recht vorbehalten, im Falle von Notständen die Fülle der Gewalt wieder an sich zu nehmen.
Die Autonomie, die uns gewährt ist, soll also eine Autonomie auf Widerruf sein, wobei nach den bisherigen Texten die Besatzungsmächte es sind, die zu bestimmen haben, ob der Notstand eingetreten ist oder nicht.
Vierte Einschränkung: Verfassungsänderungen müssen genehmigt werden.
Also: Auch die jetzt freigebende Schicht der ursprünglich voll gesperrten deutschen Volkssouveränität ist nicht das Ganze, sondern nur ein Fragment. Daraus ergibt sich folgende praktische Konsequenz:
Um einen Staat im Vollsinne zu organisieren, muß die Volkssouveränität sich in ihrer ganzen Fülle auswirken können. Wo nur eine fragmentarische Ausübung möglich ist, kann auch nur ein Staatsfragment organisiert werden. Mehr können wir nicht zuwege bringen, es sei denn, daß wir den Besatzungsmächten gegenüber – was aber eine ernste politische Entscheidung voraussetzen würde – Rechte geltend machen, die sie uns heute noch nicht einräumen wollen. Das müßte dann ihnen gegenüber eben durchgekämpft werden.
Solange das nicht geschehen ist, können wir, wenn Worte überhaupt einen Sinn haben sollen, keine Verfassung machen, auch keine vorläufige Verfassung, wenn "vorläufig" lediglich eine zeitliche Bestimmung sein soll. Sondern was wir machen können, ist ausschließlich das Grundgesetz für ein Staatsfragment.
Die eigentliche Verfassung, die wir haben, ist auch heute noch das geschriebene oder ungeschriebene Besatzungsstatut. Die Art und Weise, wie die Besatzungsmächte die Besatzungshoheit ausüben, bestimmt darüber, wie die Hoheitsbefugnisse auf deutschem Boden verteilt sein sollen. Sie bestimmt auch darüber, was an den Grundrechten unserer Länderverfassung effektiv und was nur Literatur ist. Diesem Besatzungsstatut gegenüber ist alles andere sekundär, solange man in Anerkennung seiner Wirklichkeit handelt.
Nichts ist für diesen Zustand kennzeichnender als der Schlußsatz in Dokument Nr. III, worin ausdrücklich gesagt wird, daß nach dem Beschluß des Parlamentarischen Rates und vor der Ratifikation dieses Beschlusses in den Ländern die Besatzungsmächte das Besatzungsstatut verkünden werden, damit das deutsche Volk weiß, in welchem Rahmen seine "Verfassung" gilt. ...
Damit glaube ich die Frage beantwortet zu haben, worum es sich bei unserem Tun denn eigentlich handelt.
Wir haben unter Bestätigung der alliierten Vorbehalte das Grundgesetz zur Organisation der heute freigegebenen Hoheitsbefugnisse des deutschen Volkes in einem Teile Deutschlands zu beraten und zu beschließen.
Wir haben nicht die Verfassung Deutschlands oder Westdeutschlands zu machen. Wir haben keinen Staat zu errichten.
Wir haben etwas zu schaffen, das uns die Möglichkeit gibt, gewisser Verhältnisse Herr zu werden, besser Herr zu werden, als wir das bisher konnten.

Auch ein Staatsfragment muß eine Organisation haben, die geeignet ist, den praktischen Bedürfnissen der inneren Ordnung eines Gebietes gerecht zu werden. Auch ein Staatsfragment braucht eine Legislative, braucht eine Exekutive und braucht eine Gerichtsbarkeit. ...<<
Am 3. November 1948 entschied sich der Grundsatzausschuß des Parlamentarischen Rates für die "künftigen Bundesfarben" Schwarz-Rot-Gold.
Am 25. April 1949 gab US-Militärgouverneur General Clay bekannt, daß der künftige westdeutsche Staat "Bundesrepublik Deutschland" heißen wird.
Der Parlamentarische Rat stimmte am 8. Mai 1949 dem Grundgesetz zu. 53 Abgeordnete stimmten mit "Ja", während 12 Abgeordnete der CSU, des Zentrums, der Deutschen Partei und der KPD mit "Nein" stimmten.
Konrad Adenauer, der Präsident des Parlamentarischen Rates, erklärte nach dieser Schlußabstimmung am 8. Mai 1949 (x112/694): >>Wir wünschen die Einheit Deutschlands, wir wünschen sie von ganzem Herzen und von ganzer Seele.
Wir wünschen ein freies Deutschland, in dem der deutsche Mensch ein menschenwürdiges Leben führen kann wie jeder andere europäische Mensch. ...
Wir wünschen auch die Rückkehr der Ausgetriebenen, und wir wünschen schließlich auch, daß man ... über die Grenzziehung im Osten spricht und über die Oder-Neiße-Linie, so wie wir es nach göttlichem und menschlichem Recht verlangen können. ...<<
Der Parlamentarische Rat entschied sich am 10. Mai 1949 mit 33 gegen 29 Stimmen für Bonn als vorläufigen Regierungssitz.
Am 12. Mai 1949 genehmigten die westlichen Militärgouverneure, General Robertson - britische Zone, General Koenig. französische Zone, General Clay, nordamerikanische Zone, das Grundgesetz und verkündeten gleichzeitig das Besatzungsstatut für die Bundesrepublik Deutschland (x101/198-199):
>>Herrn Dr. Konrad Adenauer
Präsident des Parlamentarischen Rates
Bonn

Sehr geehrter Herr Dr. Adenauer!
1. Das am 8. Mai vom Parlamentarischen Rat angenommene Grundgesetz ist hier mit beachtlichem Interesse zur Kenntnis genommen worden. Nach unserer Auffassung verbindet es sehr glücklich deutsche demokratische Überlieferung mit den Begriffen repräsentativer Regierung und einer Herrschaft des Rechts, wie sie in der Welt als Erfordernis für das Leben eines freien Volkes anerkannt worden sind.
2. Indem wir diese Verfassung zwecks Ratifizierung durch das deutsche Volk in Übereinstimmung mit den Bestimmungen des Artikels 144, Absatz 1 genehmigen, nehmen wir an, daß Sie verstehen werden, wenn wir verschiedene Vorbehalte machen müssen.
In erster Linie sind die Vollmachten, die dem Bund durch das Grundgesetz übertragen werden sowie die Machtbefugnisse, die die Länder und örtlichen Regierungsstellen ausüben, den Vorschriften des Besatzungsstatuts unterworfen, das wir Ihnen schon übermittelt haben und das mit dem heutigen Datum verkündet wird.
3. Zweitens versteht es sich, daß die Polizeibefugnisse, wie sie in Artikel 91, Absatz 2 enthalten sind, nicht ausgeübt werden dürfen, bis sie von den Besatzungsbehörden ausdrücklich gebilligt sind. ...
9. Wir möchten es auch klar verstanden wissen, daß nach Zusammentritt der gesetzgebenden Körperschaften, die das Grundgesetz vorsieht und nachdem entsprechend dem im Grundgesetz festgelegten Verfahren die Wahl des Präsidenten sowie die Wahl und Ernennung des Kanzlers bzw. der Bundesminister erfolgt sind, die Regierung der Bundesrepublik Deutschland konstituiert ist und das Besatzungsstatut daraufhin in Kraft tritt. ...<<

Der Frankfurter Oberbürgermeister Walter Kolb erklärte am 12. Mai 1949 zur "Hauptstadtentscheidung" des Parlamentarischen Rates (x112/696): >>... Soviel Freude wir über das heute erreichte Ende der Blockade der Berliner empfinden, so sehr hat uns das Ergebnis der Abstimmung in Bonn (10. Mai) in der Frage des vorläufigen Sitzes der Bundesorgane geschmerzt.<<
In der "Rhein-Neckar-Zeitung" schrieb am 12. Mai 1949 ein Kritiker über die "Hauptstadtentscheidung" des Parlamentarischen Rates (x112/696): >>... Ich habe immer auf Bonn getippt, weil es das Dümmste war.<<
Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland wurde am 20. Mai 1949 durch den bayerischen Landtag mit 101 zu 64 Stimmen abgelehnt. 9 Abgeordnete enthielten sich der Stimmabgabe (x112/701).
Der Parlamentarische Rat stellte am 23. Mai 1949 in einer öffentlichen Sitzung fest, daß das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland vom 16. bis 22. Mai 1949 durch die Volksvertretungen von mehr als zwei Dritteln der beteiligten westdeutschen Länder - Ausnahme: Bayern - angenommen und damit die Bundesrepublik Deutschland gemäß Artikel 144 GG als parlamentarischer Staat gegründet worden sei.
Die feierliche Einleitung des Grundgesetzes lautete (x067/226): >>Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, seine nationale und staatliche Einheit zu wahren und als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat das deutsche Volk in den Ländern Baden, Bayern, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern, um dem staatlichen Leben für eine Übergangszeit eine neue Ordnung zu geben, kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beschlossen.
Es hat auch für jene Deutschen gehandelt, denen mitzuwirken versagt war. Das gesamte deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.<<
Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland wurde nicht aufgrund des Selbstbestimmungsrechtes des deutschen Volkes erlassen, wie es in der Präambel hieß, sondern das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland wurde formalrechtlich infolge eines gemeinsamen Aktes der Militärgouverneure der drei Westmächte - als oberste Befehlshaber und Inhaber der obersten Gewalt in ihren Besatzungszonen - in Kraft gesetzt. Das Grundgesetz mußte den Besatzungsmächten zur Genehmigung vorgelegt werden.
Obwohl das deutsche Volk völkerrechtlich als Staatsvolk erhalten geblieben war, erfolgte damals keine Volksabstimmung über die Annahme des Grundgesetzes, so daß das Grundgesetz am 23. Mai 1949 ohne die direkte demokratische Beteiligung des deutschen Volkes in Kraft trat.
Die Grundrechte wurden an den Anfang des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland gestellt. Sie sollten die Freiheit des Staatsbürgers schützen und unabänderlich sein. Um ein gefestigtes Staatswesen zu gewährleisten, wurde die deutsche Verfassung von 1919 in einigen Punkten geändert. Das Volksbegehren und die direkte Wahl des Staatsoberhaupts durch das Volk wurden z.B. abgeschafft.
Das deutsche Grundgesetz, in dem zahlreiche "Sonderwünsche" bzw. Forderungen der Westmächte berücksichtigt werden mußten, sollte im Hinblick auf Mittel- und Ostdeutschland nur für "eine Übergangszeit" gelten. Bis zum heutigen Tag erfolgte jedoch keine Volksabstimmung über die Annahme des Grundgesetzes.
Der SPD-Abgeordnete Carlo Schmidt, einer der sogenannten "Väter" des deutschen Grundgesetzes, schrieb damals über den letzten Satz der Präambel (x024/226-227): >>Dieser letzte Satz der Präambel ist ein unverjährbarer Auftrag, dem sich alle deutsche Politik zu unterwer-

fen hat. Das Grundgesetz hat es also ausdrücklich vermieden, irgend etwas aufzunehmen, aus dem der Schluß gezogen werden könnte, es sei von einer eigenen westdeutschen Staatsnation ausgegangen.<<

Der deutsche Historiker Hermann Graml schrieb später über das "Wiedervereinigungsgebot" in der Präambel des Grundgesetzes (x073/233-234): >>Es existierte doch immer noch ein ungebrochenes Nationalgefühl ...

Die Vorstellung, die Nation könne dauernd oder auch nur längere Zeit getrennt bleiben, erschien unter dem Einfluß des Bewußtseins der Zusammengehörigkeit nach wie vor nahezu allen Westdeutschen nicht allein als unerträglich, sondern als absurd.

Daher wurde die Bundesrepublik, obwohl und weil ihre Gründung, die Spaltung der Nation gerade so recht sichtbar gemacht hatte, notwendigerweise – auch von der Regierung und ihrem Kanzler – als Provisorium verstanden, ihre Wiedervereinigung mit der vorerst draußen gebliebenen SBZ zu einem mit Selbstverständlichkeit proklamierten Ziel deutscher Politik.<<

Im Artikel 24 des Grundgesetzes war bereits die Möglichkeit vorgesehen, deutsche Hoheitsrechte an zwischenstaatliche Einrichtungen bzw. an andere Staaten zu übertragen, um angeblich eine friedliche und dauerhafte Ordnung in der Welt zu gewährleisten.

Die ursprüngliche Fassung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949, die im Bundesgesetzblatt 1949 Nr. 1 veröffentlicht wird, lautete wie folgt (x859/...): >>… **Artikel 24**

(1) Der Bund kann durch Gesetz Hoheitsrechte auf zwischenstaatliche Einrichtungen übertragen.

(2) Der Bund kann sich zur Wahrung des Friedens einem System gegenseitiger kollektiver Sicherheit einordnen; er wird hierbei in die Beschränkungen seiner Hoheitsrechte einwilligen, die eine friedliche und dauerhafte Ordnung in Europa und zwischen den Völkern der Welt herbeiführen und sichern.

(3) Zur Regelung zwischenstaatlicher Streitigkeiten wird der Bund Vereinbarungen über eine allgemeine, umfassende, obligatorische, internationale Schiedsgerichtsbarkeit beitreten. …<<

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein schrieb später über die Unterzeichnung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland (x063/634): >>Obgleich sich die tatsächliche Wirksamkeit des Grundgesetzes auf die ehemaligen 3 westlichen Besatzungszonen, die nunmehrige Bundesrepublik Deutschland beschränkte, so wurde doch in der Präambel gesagt, das Deutsche Volk in den, namentlich aufgeführten, Bundesländern habe "auch für jene Deutschen gehandelt, denen mitzuwirken versagt war".

Das Grundgesetz und die Bundesrepublik sind ein Provisorium. Gemäß Artikel 146 verliert jenes seine Gültigkeit an dem Tage, da eine vom gesamten deutschen Volke frei beschlossene Verfassung in Kraft tritt. Darin ist der bindende und unabdingbare Auftrag enthalten, sowohl die Freiheit der Entscheidung zu bewahren als auch niemals das Ziel der Wiedervereinigung, gemäß demokratischen Grundsätzen und Menschenrechten, preiszugeben. ...<<

Dr. Hans Joachim Berbig schrieb später über die Verkündung des Grundgesetzes und die Gründung der Bundesrepublik Deutschland (x287/193): >>Das "vorläufige" Grundgesetz des westdeutschen Teilstaates wurde ohne direktes Mandat des deutschen Volkes im Auftrag der westlichen Besatzungsmächte erarbeitet und am 23. Mai 1949 im Sitzungssaal des Parlamentarischen Rates in Bonn in einem feierlichen Staatsakt verkündet. ...

Der erstmals gebrauchte Staatsname im Titel soll auf die gesamtdeutsche Verpflichtung hinweisen. Unter Auseinandersetzung mit den Erfahrungen der Weimarer Verfassung und dem Nationalsozialismus entstand der rechts- und sozialstaatliche sowie das föderalistische und demokratische Prinzip. Der Grundrechtskatalog knüpft an die Vorarbeit der Paulskirchenverfassung von 1849 an. ...<<

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein schrieb später über die völkerrechtli-

che Bedeutung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland (x063/605): >>... Unbestritten ist heute, daß durch die militärische Kapitulation und durch die Besetzung des gesamten Staatsgebietes das Deutsche Reich als Staat, als Subjekt des Völkerrechts, nicht zu bestehen aufgehört hat. Es trat nur eine zeitweilige Handlungsunfähigkeit ein.
Diese Handlungsfähigkeit wurde wieder hergestellt, als am 8. Mai 1949 das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland vom Parlamentarischen Rat verabschiedet und am 23. Mai in Kraft gesetzt wurde. Es kann demnach das Wort von Gerhard Anschütz, verwandt für das Deutsche Reich von 1871 und 1919, ... erneut zitiert werden: "Das neue und das alte Reich stehen nicht im Verhältnis der Rechtsnachfolge, sondern dem der Identität."<<
Der deutsche Jurist Dr. Klaus Sojka schrieb später über den Staat Bundesrepublik Deutschland und das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland (x857/...): >>**Die BRD ist kein Staat**
Die BRD ist kein Staat, sondern lediglich ein provisorisches "Besatzungs-Konstrukt".
Das Grundgesetz
Das "Bonner Grundgesetz", wie es ursprünglich genannt wurde, wurde auf Veranlassung der westlichen Besatzungsmächte vom mit überwiegend ausgezeichneten Fachleuten besetzten "Parlamentarischen Rat" erstellt und am 23. Mai 1949 in Bonn verkündet.
Es wurde im Mai 1949 durch die Volksvertretungen von mehr als zwei Drittel der beteiligten deutschen Länder angenommen. Bayern lehnte es ab, akzeptierte jedoch seine Verbindlichkeit durch die Annahme der übrigen westdeutschen Bundesländer. Diese verfassungsähnliche Satzung, die ausdrücklich als Provisorium gedacht war, mußte
a) die für sie verbindlichen Vorstellungen der drei westlichen Besatzungsmächte berücksichtigen - vergleiche Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 - .., gleichwohl
b) die Formulierung eines modernen Verfassungstextes anbieten und hierbei
c) vor allem durch den Hinweis auf die Vorläufigkeit die unterdrückte Abstimmung durch das Volk übermänteln und nicht zuletzt
d) den - nicht kompetenten - Ländern die Annahme hauptsächlich durch den Hinweis auf das Provisorium schmackhaft machen, das ja einer **späteren Volksabstimmung** unterliegen würde. ...
Keine eindeutige Bevollmächtigung
... Die **Vorläufigkeit** des Bonner Grundgesetzes geht aus der ursprünglichen Fassung der vom "Parlamentarischen Rat" verabschiedeten und von den Ländern angenommenen Fassung hervor. Darin heißt es unter anderem, das deutsche Volk habe in den damals bestehenden Ländern, "um dem staatlichen Leben für eine Übergangszeit eine neue Ordnung zu geben", das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beschlossen. Das gesamte deutsche Volk bleibe (jedoch) aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden. Und in seinem Art. 146 ist festgeschrieben:
"Dieses Grundgesetz verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist." ...<<
Am 14. August 1949 fand in den 3 Westzonen die 1. Bundestagswahl der Bundesrepublik Deutschland statt (x089/82): >>CDU/CSU = 31 %, SPD = 29,2 %, FDP = 11,9 %, KPD = 5,7 %, DP = 4 %, Sonstige = 19,2 %.<<
Konrad Adenauer wurde am 15. September 1949 zum Bundeskanzler gewählt. Bundeskanzler Adenauer bildete daraufhin noch am selben Tag eine Koalitionsregierung aus CDU/CSU, FDP und DP.
Der deutsche Historiker Alexander Demandt schrieb später über die Wahl Adenauers (x283/-236): >>... Am 15. September wählte der Bundestag den 73jährigen Konrad Adenauer zum Kanzler. Die im ersten Wahlgang erforderliche Mehrheit für ihn hing an einer einzigen Stim-

me, seiner eigenen.
Mit der Wahl Adenauers war eine außenpolitische Grundsatzentscheidung gefallen: die Anlehnung der Bundesrepublik an Frankreich, England und die Vereinigten Staaten, die ja als Besatzungsmächte ohnehin kaum politischen Spielraum gestatteten.
Die Parole hieß: Westbindung vor Wiedervereinigung. Als Sitz der Bundesregierung kam Berlin einstweilen nicht mehr in Betracht. Ein Trostpflaster war der Artikel 23 des Grundgesetzes, der dieses auch für "Groß-Berlin" gültig erklärte, sodann die symbolische Anerkennung als deutsche Hauptstadt durch Beschluß des ersten Bundestags und die Vergabe der Postleitzahl 1 an die Stadt. ...<<
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner schrieb später über Bundeskanzler Adenauer (x068/302): >>... Denn wie das ostdeutsche Marionettenensemble in Pankow Moskaus Direktiven erfüllte, so (erfüllte) im Westen, in Bonn, der katholische Kanzler (Adenauer) die Wünsche Washingtons, der USA, wo er übrigens, vielleicht als erster ausländischer Staatsmann, für sich eine Werbeagentur nutzte. ...<<
Am 21. September 1949 trat das Besatzungsstatut der Alliierten in Kraft. Es schränkte die deutschen Souveränitätsrechte bis zum 4. Mai 1955 empfindlich ein.
Die Mehrheit der deutschen Bundestagsabgeordneten entschied sich am 3. November 1949 für den "provisorischen Regierungssitz" Bonn.
Die Urfassung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949 enthielt wesentliche Beschränkungen deutscher Hoheitsrechte. Auswärtige Beziehungen, Wirtschaftspolitik, Legislative, Exekutive, Gerichtsbarkeit waren Einschränkungen unterworfen: In Notstandssituationen konnten die Besatzungsmächte wieder die volle Hoheit übernehmen. Verfassungsänderungen mußten genehmigt werden.
Die eigentliche Verfassung der Bundesrepublik Deutschland war zunächst das sogenannte Besatzungsstatut der westlichen Siegermächte. Erst nachdem die Bundesrepublik Deutschland sämtliche deutschen Auslandsschulden (ohne Verrechnung der nach Kriegsende beschlagnahmten Vermögenswerte im Ausland und der beschlagnahmten deutschen Patente) anerkannt hatte, erhielt sie im März 1951 eine begrenzte außenpolitische Souveränität (x128/266).
Das Besatzungsstatut wurde schließlich durch die Pariser Verträge teilweise aufgehoben. Während der "Pariser Konferenz" vom 19. bis zum 23. Oktober 1954 wurde der sogenannte "Deutschlandvertrag" vom 26. Mai 1952 geändert.
Das Pariser Protokoll vom 23. Oktober 1954 über die Beendigung des Besatzungsregimes in der Bundesrepublik Deutschland lautete wie folgt (x101/203-206): >>... Artikel 1
(1) Mit dem Inkrafttreten dieses Vertrags werden die Vereinigten Staaten von Amerika, das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland und die Französische Republik (in diesem Vertrag und in den Zusatzverträgen auch als "Drei Mächte" bezeichnet) das Besatzungsregime in der Bundesrepublik beenden, das Besatzungsstatut aufheben und die Alliierte Hohe Kommission sowie die Dienststellen der Landeskommissare in der Bundesrepublik auflösen.
(2) Die Bundesrepublik wird demgemäß die volle Macht eines souveränen Staates über ihre inneren und äußeren Angelegenheiten haben.
Artikel 2
Im Hinblick auf die internationale Lage, die bisher die Wiedervereinigung Deutschlands und den Abschluß eines Friedensvertrags verhindert hat, behalten die Drei Mächte die bisher von ihnen ausgeübten oder innegehabten Rechte und Verantwortlichkeiten in bezug auf Berlin und auf Deutschland als Ganzes einschließlich der Wiedervereinigung Deutschlands und einer friedensvertraglichen Regelung. Die von den Drei Mächten beibehaltenen Rechte und Verantwortlichkeiten in bezug auf die Stationierung von Streitkräften in Deutschland und der Schutz der Sicherheit dieser Streitkräfte bestimmen sich nach den Artikeln 4 und 5 dieses

Vertrags. ...
Artikel 7
(1) Die Unterzeichnerstaaten sind darüber einig, daß ein wesentliches Ziel ihrer gemeinsamen Politik eine zwischen Deutschland und seinen ehemaligen Gegnern frei vereinbarte friedensvertragliche Regelung für ganz Deutschland ist, welche die Grundlage für einen dauerhaften Frieden bilden soll. Sie sind weiterhin darüber einig, daß die endgültige Festlegung der Grenzen Deutschlands bis zu dieser Regelung aufgeschoben werden muß.
(2) Bis zum Abschluß der friedensvertraglichen Regelung werden die Unterzeichnerstaaten zusammenwirken, um mit friedlichen Mitteln ihr gemeinsames Ziel zu verwirklichen: Ein wiedervereinigtes Deutschland, das eine freiheitlich-demokratische Verfassung, ähnlich wie die Bundesrepublik, besitzt und das in die europäische Gemeinschaft integriert ist. ...<<
Am 5. Mai 1955 traten die Pariser Verträge in Kraft: Die Bundesrepublik Deutschland erhielt endlich die zugesagte Teil-Souveränität und gewisse Hoheitsrechte. Das Besatzungsstatut entfiel zwar offiziell, aber wesentliche Vorbehaltsrechte und geheime Zusatzverträge der alliierten Siegermächte blieben weiterhin bestehen: Stationierungskosten, Truppenstationierung, Berlin-Status, Wiedervereinigungs- und Friedensvertragsfrage, Medienkontrolle und andere Vorbehaltsrechte.
Die Bundesrepublik Deutschland trat am 7. Mai 1955 der Westeuropäischen Union (WEU) bei.
Schlußbemerkungen: Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland wurde nicht aufgrund des Selbstbestimmungsrechtes des deutschen Volkes erlassen, wie es in der Präambel hieß, sondern das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland wurde am 23. Mai 1949 formalrechtlich infolge eines gemeinsamen Aktes der Militärgouverneure der drei Westmächte - als oberste Befehlshaber und Inhaber der obersten Gewalt in ihren Besatzungszonen - in Kraft gesetzt.
Wahrscheinlich war es kein Zufall, daß das Grundgesetz am 23. Mai 1949 in Kraft trat, denn am 23. Mai 1945 wurde die "Geschäftsführende Zentralregierung des Deutschen Reiches" völkerrechtswidrig abgesetzt, verhaftet und "als Kriegsgefangene" inhaftiert. Sämtliche Mitglieder der letzten deutschen Reichsregierung und des Oberkommandos der Wehrmacht, die sogenannte "Dönitz-Clique", wurden am 23. Mai 1945 auf Weisung General Eisenhowers in Flensburg-Mürwik verhaftet und "als Kriegsgefangene" interniert.
Erst nachdem die Bundesrepublik Deutschland sämtliche deutschen Auslandsschulden - ohne Verrechnung der nach Kriegsende beschlagnahmten Vermögenswerte im Ausland und der beschlagnahmten deutschen Patente - anerkannt hatte, erhielt sie im März 1951 eine begrenzte außenpolitische Souveränität (x128/266).
In der Bundesrepublik Deutschland (BRD) waren die freien, geheimen Wahlen zwar frei und geheim, aber die gewählten Parteien und Abgeordneten konnten nicht souverän die Interessen des deutschen Volkes vertreten. Infolge des Besatzungsstatutes, der geheimen Zusatzverträge (Ruhrstatut und Zwangsmitgliedschaft in den Folgegemeinschaften Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl bzw. Montanunion, EG und EU) und der zahlreichen geheimen Vorbehaltsrechte handelten die vom deutschen Volk gewählten Parteien und Abgeordneten seit Gründung der BRD im Auftrag und nach den Vorgaben der alliierten Siegermächte.
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über die fehlende Souveränität der BRD (x068/279): >>... Die Amerikaner befahlen, die Deutschen führten aus: die "Währungsreform" im Sommer 1948, die Konstituierung des "Parlamentarischen Rates" im Herbst desselben Jahres, das "Grundgesetz" am 23. Mai 1949. Nichts geschah ohne Billigung der Sieger. Und Kurt Schumacher sagte selbstverständlich die Wahrheit, als er Adenauer den "Kanzler der Alliierten" nannte, worauf sich ein Sturm der Entrüstung erhob, wie immer nach dem Aussprechen einer unangenehmen Tatsache. …<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 27. Februar 2010 über eine Rede des SPD-Politikers Sigmar Gabriel (von 2009-2017 SPD-Vorsitzender): >>**Parteitag in Dortmund: SPD-Chef Gabriel holzt gegen Union und FDP**
Der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel hat auf dem Sonderparteitag in Dortmund den Angriff auf Schwarz-Gelb in Nordrhein-Westfalen ausgerufen. …
Der Bundesregierung aus Union und FDP warf Gabriel Unfähigkeit vor. … "Wir haben gar keine Bundesregierung", fügte Gabriel unter dem Beifall der rund 450 Delegierten hinzu.
Vielmehr sei Kanzlerin Angela Merkel, CDU, "Geschäftsführerin einer neuen Nichtregierungsorganisation in Deutschland". …<<
Der deutsche CSU-Politiker Horst Seehofer, seit 2008 bayerischer Ministerpräsident, erklärte am 20. Mai 2010 während einer Unterhaltung mit dem Kabarettisten Erwin Pelzig (x317/151): >>… Diejenigen, die entscheiden, sind nicht gewählt, und diejenigen, die gewählt werden, haben nichts zu entscheiden.<<
Egon Bahr, von 1972-1976 SPD-Bundesminister, schrieb am 16. Oktober 2011 in der Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT": >>**"Lebenslüge der Bundesrepublik"**
Von einem "Unterwerfungsbrief" sprach Willy Brandt und lehnte eine Unterzeichnung zunächst empört ab: "Schließlich sei er zum Bundeskanzler gewählt und seinem Amtseid verpflichtet. Die Botschafter (der Alliierten) könnten ihn wohl kaum absetzen! Da mußte er sich belehren lassen, daß schon Adenauer diese Briefe unterschrieben hatte und danach Erhard und danach Kiesinger." So schilderte es Egon Bahr 2009 in der "Zeit" und machte damit erstmals die Existenz der sogenannten "Kanzlerakte" öffentlich. Nun nimmt er hier zum zweiten Mal dazu in einer Zeitung Stellung. …
Daß über die geschilderten Realitäten geschwiegen wurde, hat einen einfachen Grund. Es war eine der Lebenslügen der alten Bundesrepublik, 1955 mit dem Beitritt zur Nato zu behaupten, wir wären souverän geworden. Im obersten Ziel der Einheit der Nation waren wir es nie. Die Bundesregierung und die drei Westmächte hatten 1955 dasselbe Interesse: Über die fortdauernde Einschränkung der deutschen Selbstbestimmung nicht zu sprechen. …<<
Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 8. Dezember 2011: >>**EU am Scheideweg**
Die öffentliche und die verborgene Seite der Krise
… Gemeint sind Ereignisse, von denen nur wenige Notiz nehmen und die einem, wenn man von ihnen erfährt, glatt die Sprache verschlagen, weil ihre Wirkung die demokratische Verfaßtheit der Bundesrepublik Deutschland in ihren Grundfesten erschüttert.
Nehmen wir nur diesen Satz: Deutschland sei seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs zu keinem Zeitpunkt ein souveräner Staat gewesen.
Das sagte nicht irgendein Extremist, sondern sagte kein geringerer als Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) Ende November auf dem "European Banking Congress" in der Alten Oper in Frankfurt am Main.
Satz von der Wirkung eines Sprengstoffanschlags
Es war ein Satz von der Wirkung eines Sprengstoffanschlages auf das nationale Selbstverständnis der Deutschen, ausgesprochen von ausgerechnet jenem Mann, der im August 1990 den deutschen Einigungsvertrag unterzeichnete. Obwohl er schon vor einiger Zeit fiel und von einer ganzen Reihe aufmerksamer Internetmedien zitiert wurde, muß dieser Satz noch einmal thematisiert werden, weil er einfach so unglaublich ist.
Das wiedervereinigte Deutschland soll kein souveräner Staat sein? Was ist es dann? Eine Besatzungszone? Und wenn ja, von wem besetzt?
Kein einziger der anwesenden Top-Banker stellte Schäuble diese Fragen. Und wäre das Ereignis nicht auf Video dokumentiert worden, man würde es kaum glauben.
Es braucht nicht viel Phantasie sich vorzustellen, was geschehen wäre, hätte das ein Linker behauptet. Aber nun sagte es der Finanzminister einfach mal so dahin, weil er die Preisgabe

nationaler Souveränitätsrechte an das von Angela Merkel geplante neue Europa herunterspielen möchte. Und niemand widersprach ihm.

Souveränität gibt es seit den Kriegen nicht mehr

Schäuble leitete diese Passage seiner Rede mit den Worten ein: "Die Kritiker, die meinen, man müsse eine Kongruenz zwischen allen Politikbereichen haben, die gehen ja in Wahrheit von dem Regelungsmonopol des Nationalstaates aus."

Diese durch das Völkerrecht geschützte Souveränität sei aber in Europa spätestens mit den beiden Weltkriegen "längst ad absurdum geführt" worden.

Und weil dies so sei, formulierte er jenen folgenschweren Satz: **"Und wir in Deutschland sind seit dem 8. Mai 1945 zu keinem Zeitpunkt mehr voll souverän gewesen."** ...<<

Der Hörfunksender "Deutschlandfunk" sendete am 4. August 2013 ein Gespräch mit dem deutschen Politiker Gregor Gysi (von 1990-2000 und ab 2005 Bundestagsabgeordneter der LINKEN): >>**"Das ist mir alles zu lahm"**

… Gregor Gysi im Gespräch mit Gerhard Schröder

Gerhard Schröder: Herr Gysi, … Tempora, X-Keyscore … Sie bezeichnen Programme, mit denen britische und amerikanische Geheimdienste massenhaft E-Mails und andere Daten von auch Privatnutzern im Internet abschöpfen sollen. Das behauptet zumindest der frühere amerikanische Geheimdienstler Edward Snowden, der sich derzeit in Rußland versteckt hält. Sind für Sie die Ausmaße dieses Abhörskandals schon erkennbar?

Gregor Gysi: Nein, noch nicht …Es geht offensichtlich um Millionen Daten, es sind natürlich schwerwiegende Grundrechtsverletzungen, und ich finde, daß unsere Regierung viel zu wenig tut. Aber was ich eben auch erstaunlich finde ist, daß ja das Besatzungsstatut immer noch gilt. Wäre es nicht doch an der Zeit, daß wir mal als Land souverän werden und die Besatzung beendet wird? Dazu müßte eben auch das Besatzungsstatut aufgehoben werden. Jetzt haben sie nur die Verwaltungsvereinbarung zwischen den Geheimdiensten aufgekündigt, das reicht nicht. Wir brauchen kein Besatzungsstatut mehr, Deutschland muß das beenden. …<<

Die Verfassung für Mitteldeutschland

Der "Deutsche Volksrat" veröffentlichte am 22. Oktober 1948 den "Entwurf einer Verfassung für die Deutsche Demokratische Republik" (x156/64-65): >>Der deutsche Volksrat ist die einzige legitime Repräsentation des deutschen Volkes. Er fordert hiermit die Verwirklichung des Rechtsanspruchs des deutschen Volkes auf die Gestaltung seines staatlichen und gesellschaftlichen Lebens, die Schaffung einer freien, demokratischen Republik und den Abschluß eines Friedensvertrages. Er hat die konkreten Maßnahmen zur Beschreitung dieses Weges unternommen, legt hiermit dem deutschen Volk den Entwurf einer Verfassung für die Deutsche Demokratische Republik vor und stellt ihn zur freien Diskussion. Auf dem dritten Volkskongreß wird die Bilanz dieser Diskussion gezogen werden und diese Verfassung zur Beratung stehen.

Im Gegensatz zu dieser Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes des deutschen Volkes zeigen die Verhandlungen des sogenannten Parlamentarischen Rates in Bonn, daß hier nicht nur die Einheit der deutschen Nation, sondern auch die Demokratie preisgegeben werden. Die in Bonn ausgearbeitete Verfassung für den westdeutschen Staat dient dem Versuch, das deutsche Volk unter die Macht zu beugen, die sich die westlichen Besatzungsmächte entgegen den Verpflichtungen von Jalta und Potsdam angeeignet haben. Das Bonner Statut nimmt sowohl den Zustand der Besatzung als auch die Usurpation des größten Teiles der deutschen Wirtschaft durch ausländische Machthaber bedingungslos hin.

Die in ihm festgelegten Befugnisse deutscher Organe und Rechte deutscher Bürger widersprechen den Interessen des deutschen Volkes. Das zu errichtende westdeutsche Staatswesen ist ein Vasallenstaat und der Willkür fremder Mächte unterworfen. Ein Besatzungsstatut kann

weder die Freiheit Deutschlands noch die seiner Bürger herstellen. Es bestätigt und verewigt nur den Zustand der Besatzung.
Die Verfassung für die Deutsche Demokratische Republik kann nicht aus der Befehlsgewalt von Besatzungsmächten geboren werden, sondern sie muß dem eigenen und freien Willen des gesamten deutschen Volkes entspringen. Zu dieser Willensbildung ruft der Deutsche Volksrat das gesamte deutsche Volk auf.<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Verfassung" der DDR (x009/454-455): >>Die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik hat als Staatsgrundgesetz eine völlig andere Bedeutung als die Verfassung demokratischer Staaten. ...
1. Entstehungsgeschichte
Die Verfassung ist nicht aus einer gewählten verfassunggebenden Versammlung hervorgegangen. Diese Rolle maßte sich vielmehr ein aus dem Zweiten Volkskongreß ... hervorgegangener "Deutscher Volksrat" an, dessen Mitglieder aus Delegierten der Parteien und Massenorganisationen bestanden. Er ließ durch einen Verfassungsausschuß den "Entwurf einer Verfassung für die Deutsche Demokratische Republik" ausarbeiten, der am 22.10.1948 veröffentlicht wurde. ...
2. Inhalt
Die Verfassung ist in ihrem Wortlaut weitgehend der Weimarer Reichsverfassung nachgebildet. So erscheint deren Art. 1 Abs. 2: "Die Staatsgewalt geht vom Volke aus" in der Fassung: "Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus" - Artikel, 3 Absatz 1. Auch das Bekenntnis zu dem Grundgesetz freier Wahlen ist in der Verfassung der DDR in fast die gleichen Worte gekleidet wie in Artikel 22 der Weimarer Reichsverfassung: "Die Abgeordneten werden in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahl ... gewählt - Artikel 51 Absatz 2.
Insbesondere haben die Vorschriften über die Grundrechtsartikel der Weimarer Verfassung als Vorbild gedient; sie stimmen z.T. fast wörtlich überein. Wie die entsprechenden Normen des Grundgesetzes sind diese Artikel unmittelbar geltendes Recht. Ihr Sinngehalt ist jedoch ein völlig anderer als der gleichlautender Formulierungen der Verfassung rechtsstaatlicher Demokratien. Denn die volksdemokratische Ordnung kennt nur das Primat der Gemeinschaft, nicht dagegen die Freiheit des einzelnen um des einzelnen willen. So ist auch der Schutz der Grundrechte vor Maßnahmen der Staatsgewalt denkbar schwach ausgestaltet und bezeichnenderweise jeder richterlichen Nachprüfung entzogen. ...
Sämtliche Grundrechte stehen jedoch nur auf dem Papier und werden seit dem Inkrafttreten der Verfassung ständig und bewußt verletzt und sogar durch die Gesetzgebung in verfassungsmäßig unzulässigerweise Weise eingeschränkt.
... Scheint die Verfassung auf den ersten Blick wenigstens formal den Voraussetzungen eines demokratischen Staatsgrundgesetzes zu entsprechen, so genügt sie bei genauerer Betrachtung selbst diesen Anforderungen nicht. Der angeblich die völlige Volkssouveränität verkörpernden Volkskammer fehlt seit der Verwaltungsneugliederung auch das ohnehin bescheidene Regulativ der Länderkammer. Insbesondere aber ist die in allen Demokratien unumgängliche "dritte Gewalt", die richterliche, schwach ausgebildet und effektiv wirkungslos. Es gibt neben der faktisch und gesetzlich nicht vorhandenen Unabhängigkeit der Richter nach dem Wortlaut der Verfassung kein Verfassungsgericht. ...<<

Die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik
Am 7. Oktober 1949 gründete die "Provisorische Volkskammer" die Deutsche Demokratische Republik. Die Ausrufung der "DDR" erfolgte aus taktischen Gründen erst nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland; scheinbar als Antwort auf einen Schritt des Westens. Tatsächlich war dieser Schritt nur die formelle Bestätigung einer Spaltungspolitik, die die Sowjetunion bereits seit Juli 1945 eingeleitet hatte (x009/406).

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" 42/1949 berichtete am 13. Oktober 1949: >>**Weg**
Die Sowjetunion vollzog den verwaltungstechnischen Gegenzug zu Bonn. Auf einem ersten Staats-Empfang der ostdeutschen Volkskammer gab SMA-Chef Wassili Tschuikow den Entschluß der Sowjetregierung bekannt, "der provisorischen Regierung der deutschen demokratischen Republik die Verwaltungsfunktionen zu übertragen, die bisher der sowjetischen Militäradministration zustanden".
An deren Stelle tritt eine sowjetische Kontrollkommission. General Tschuikow nannte die westdeutsche Bundesregierung eine spalterische Marionetten-Regierung …und bedeutete den Westdeutschen, die Knechtschaft dauere nur noch kurze Zeit. Er sei überzeugt, das deutsche Volk werde einen Weg finden, um die zerstörte Einheit Deutschlands wieder herzustellen.<<
Die von der Volkskammer gewählte Regierung der DDR übernahm später nach dem sowjetischen Muster die Bezeichnung "Ministerrat".
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Volkskammer" (x009/466): >>Volksvertretung der SBZ, deren verfassungsrechtliche Stellung entsprechend der Verneinung des Gewaltentrennungsgrundsatzes und der zentralstaatlichen Tendenz der Verfassung außerordentlich stark ausgestaltet ist - "höchstes Organ der Republik", Art. 50 der Verfassung.
Infolge der tatsächlichen politischen Machtverhältnisse stellt sich die Volkskammer als Scheinparlament dar.
... Die Volkskammer konstituierte sich ... nach der am 15.10.1950 auf Grund des verfassungsändernden Gesetzes vom 9.8.1950 durchgeführten Abstimmung über die Einheitsliste der Nationalen Front endgültig. Angeblich sollen 99,7 % der Stimmberechtigten für die Einheitsliste gestimmt haben. ...<<
Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein schrieb später über die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik (x063/635): >>... Während in den Westzonen der demokratische Aufbau von unten nach oben vor sich ging, wurde die staatliche und gesellschaftliche Form in der sowjetischen Besatzungszone von oben, durch die Besatzungsmacht und durch die der kommunistischen Politik und Ideologie verpflichtete SED geprägt. ...
Die Auflösung Preußens durch das Kontrollratsgesetz Nr. 46 vom 25. Februar 1947 – ein Willkürakt ohne Rechtsgültigkeit, da er weit über die Befugnisse hinausging, die die Haager Landkriegsordnung Besatzungsmächten einräumt – zerbrach eine wichtige Klammer zwischen West-, Mittel- und Ostdeutschland.
... Eine Befragung des Volkes, ob es tatsächlich einen Staat, abgetrennt vom übrigen Deutschland, bilden wolle, hat nie stattgefunden. Aus der Massenflucht der Bevölkerung aus dem sowjetischen Besatzungsgebiet, einem täglichen "Volksentscheid mit den Füßen", Menschen aller Klassen und Stände, die Mehrheit von ihnen unter 25 Jahre, ließ sich die Stimmung gut entnehmen.
Eine Verfassung haben die Parteiinstanzen der Sowjetzone am 19. März 1949 verkündet. Auf dem Papier durchaus demokratisch, mit zahlreichen Bestimmungen, die nahezu wörtlich aus der Weimarer Verfassung übernommen wurden, bildeten sie in Wirklichkeit nur den Deckmantel für eine totale Willkürherrschaft. Die Einrichtung einer Geheimpolizei, des Staatssicherheitsdienstes, eine politisierte Justiz, Säuberungsaktionen, Gleichschaltung der Jugend, in steigendem Maße eine atheistische, religionsfeindliche Propaganda und die nahezu völlige Absperrung nach außen sollten der SED-Regierung die Kontrolle über die Bevölkerung sichern. ...<<
Dr. Hans Joachim Berbig schrieb später über die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik (x287/193): >>Die staatliche Organisation des zweiten deutschen Teilstaates beginnt bereits im Dezember 1947 mit dem Deutschen Volkskongreß, der aus gewählten Delegierten vor allem aus der SBZ, aber auch den Westzonen bestand.

Am 7. Oktober 1949 trat die erste der Serienverfassungen der Deutschen Demokratischen Republik in Kraft. ...<<

Der deutsch-amerikanische Historiker und Autor Frank Fabian berichtete später über die "Deutsche Demokratische Republik" (x313/400-402): >>Die Deutsche Demokratische Republik war weder demokratisch noch eine Republik, tat aber alles, um die Illusion einer Demokratie aufrechtzuerhalten. Auch die freien, geheimen Wahlen waren weder frei noch geheim. Zwar waren verschiedene Parteien zugelassen, die allerdings streng kontrolliert wurden. Der Ausgang bei den Wahlen stand von vorneherein fest. Sie wurden stets euphorisch als Sieg des Systems gefeiert.

Russisch war die erste Fremdsprache, die in den Schulen gelehrt wurde. Rund 16 Millionen … Mitteldeutsche wurden damals auf die marxistische Ideologie eingeschworen und "umerzogen".

Am Anfang bemühte sich die von den Sowjets kontrollierte Regierung, das Land schnell wieder auf die Beine zu bringen und die Industrieproduktion anzukurbeln. Mit Hilfe von Fünfjahresplänen erzielte man besonders im Bereich der chemischen Industrie, des Maschinenbaus und der Energiewirtschaft (Braunkohle) erstaunliche Produktionserfolge. Zu Beginn der 70er-Jahre war die DDR kurzzeitig das zehntgrößte Industrieland der Erde. ...

Auf der anderen Seite gab es in der DDR nicht genügend Konsumgüter - Autos, technische Geräte, Telefone -, und auch andere Handelsgüter waren knapp. Die Infrastruktur hinkte hinterher, und die Produktionsmethoden wurden mit der Zeit ineffizient. Am erbärmlichsten war es um die Freiheit bestellt. Über alles wachte der Staat, alles kontrollierte er. Der Staat schien allgegenwärtig zu sein, das Individuum war nichts, der Staat alles.

... Die Ausbildung war zum Teil hervorragend, doch wenn es um geisteswissenschaftliche Fächer ging, dann wurde stramm in Richtung Marxismus/Leninismus indoktriniert.

Genau genommen wurden die Menschen in der DDR nach Strich und Faden belogen und betrogen. Mithilfe einzelner, sichtbarer Erfolge, wie z.B. im Hochleistungssport, versuchte man, so etwas wie ein eigenes deutsches Bewußtsein zu schaffen, doch das mißlang.

Die freie Meinungsäußerung wurde unterdrückt, Bücher, Radio, Fernsehen und Kunst wurden streng zensiert. Die DDR war eine lupenreine Diktatur, selbst wenn es einige Freiräume und Bürgerrechtler gab, man westliche Sender hören und sehen konnte und im Rahmen der Kirchen so manches laut gesagt wurde.

Aber schon die Reisefreiheit war beschnitten, die allgegenwärtige MfS bespitzelte alle und jeden. Es gab rund 90.000 offizielle und etwa 100.000 inoffizielle Mitarbeiter der Stasi – eine unerhörte Menge für ein Land mit rund 16 Millionen Einwohnern. Jeder ... 84. Bürger war ein Spitzel!

Opposition wurde grundsätzlich im Keim erstickt … Es handelte sich um einen Unrechtsstaat, kontrolliert von der Sowjetunion, die mehr als 300.000 Soldaten in der DDR abgestellt hatte, vom KGB ganz zu schweigen. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands hielt alles fest im Griff. Erst Walter Ulbricht, dann ab 1976 Erich Honecker leiteten diese Diktatur im Auftrage der Sowjets.

Viele Bürger flohen, selbst die "Mauer" half nicht viel, der "antifaschistische Schutzwall", wie er offiziell genannt wurde. Das Recht wurde regelmäßig gebeugt. Menschen überall überwacht und Andersdenkende unterdrückt.

Die Hypothek wog schwer: Bis zum Jahre 1945 wurden die Menschen in der DDR mit dem Nationalsozialismus traktiert, danach versuchte man, ihnen den Marxismus-Kommunismus einzuhämmern. ...<<

Die "Thüringer Allgemeine" berichtete am 8. Oktober 2014: >>**"Die DDR als Diktatur und Unrechtsstaat"**

Der Politikwissenschaftler und scheidende Vorsitzende der Stiftung Ettersberg, Hans-Joachim

Veen, erläutert in einem Gastbeitrag, warum die DDR für ihn ein Unrechtsstaat war. …
Das kennzeichnet einen Unrechtsstaat:
a) das Fehlen grundlegender individueller Menschen- und Freiheitsrechte,
b) fehlende Freizügigkeit, keine Meinungsfreiheit, keine legale Oppositionsmöglichkeit,
c) das Einsperren der Menschen bei Gefahr ihrer Tötung, wenn sie den Staat verlassen wollen,
d) kein Schutz gegen Verwaltungswillkür, keine Verwaltungsgerichte,
e) keine Gewaltenteilung, keine unabhängige richterliche Gewalt zum Schutz der Rechte des Einzelnen,
f) die Ausbürgerung von Menschen und der Entzug ihrer bürgerlichen Rechte,
g) das Fehlen freier Wahlen, keine Entscheidungsrechte des Volkes,
h) keine demokratische Legitimierung der Herrschaft auf Zeit, sondern eine ideologische Legitimierung der Herrschaft auf unbegrenzte Zeit - die absolute Herrschaft einer Partei und die Ausbildung einer Einparteien-Diktatur,
i) ein Geheimdienst, der außerhalb des Rechts steht und Menschen unbegrenzt, ungehemmt und unkontrolliert bespitzeln, verfolgen, zersetzen und sogar töten kann,
j) eine parteiliche Rechtsprechung, die die Justiz als Instrument der Partei begreift,
k) schließlich ein ausuferndes politisches Strafrecht und Staatsschutzstrafrecht mit Gummiparagraphen, die den Einzelnen sehr rasch und willkürlich ins Unrecht setzen und Strafverfolgung und Schikane ermöglichen. …
Was kennzeichnet die Diktatur in der DDR?
... Wesentliche Kennzeichen einer Diktatur sind:
a) das Ziel einer totalen Erfassung und Gleichschaltung der Bevölkerung durch eine Partei und die ihr untergeordneten gesellschaftlichen Massenorganisationen;
b) das Nachrichtenmonopol des Herrschaftssystems, d.h. also die Unterdrückung einer freien Presse und eines politischen Pluralismus der Medien;
c) die rechtliche oder faktische Existenz eines Einparteienstaates mit dem Entscheidungsmonopol der Partei, die als Massenpartei organisiert ist, zugleich aber den Anspruch erhebt, die politische Elite zu verkörpern;
d) der Einsatz terroristischer Machttechniken, greifbar in der Existenz einer Geheimpolizei und eines entsprechenden Überwachungs-, Spitzel-, und Unterdrückungsapparates;
e) eine dem Anspruch nach allein- und allgemeingültige Herrschafts- und Gesellschaftsideologie.
Im Gegensatz dazu läßt sich die Demokratie knapp kennzeichnen als ein politisches System mit Grund- und Freiheitsrechten, die die Staatsgewalt begrenzen, mit periodischen freien Wahlen und Herrschaft auf Zeit, mit frei konkurrierenden Parteien und Interessenpluralität, mit Gewaltenteilung und mit Rechtsstaatlichkeit. …
Das Rechtsverständnis der DDR
Das Recht in der DDR verstand sich ausdrücklich als "sozialistisches Recht". …
… Individuelle vorstaatliche Grundrechte werden nicht garantiert, außer dem Recht auf Religionsfreiheit.
Doch wer dieses Recht in Anspruch nahm, wurde diskriminiert und um berufliche Chancen gebracht. Meinungsfreiheit wird nur "im Rahmen der Verfassung" gewährt, d.h. durch den Führungsanspruch der Partei konterkariert.
Für die DDR galt, wie für andere sozialistische Staaten auch, eindeutig der Primat der Politik gegenüber dem Recht. Eine unabhängige richterliche Gewalt gab es in der DDR nicht, und das bedeutete, daß der Rechtsschutz der Bürger bis zum Schluß unterentwickelt blieb. …
So konnten die Menschen langjährig schikaniert werden.<<
Schlußbemerkungen: Die von der sowjetischen Besatzungsmacht gegründete Deutsche Demokratische Republik (DDR) war kein souveräner Staat und keine Demokratie, sondern eine

Diktatur. Die freien, geheimen Wahlen waren weder frei noch geheim und die Wahlergebnisse wurden je nach Bedarf manipuliert. Die Parteiendiktatur der verschiedenen gleichgeschalteten Blockparteien leitete die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) im Auftrag der sowjetischen Besatzungsmacht. Der kommunistische Einheitsstaat kontrollierte sämtliche Lebensbereiche. Alle DDR-Bürger wurden regelmäßig fast überall überwacht und Andersdenkende systematisch unterdrückt. Persönliche Freiheitsrechte gab es nicht. Jegliche freie Meinungsäußerung wurde unterdrückt, Bücher, Zeitungen, Radio, Fernsehen und sonstige kulturelle Einrichtungen wurden systematisch zensiert.
Im Rahmen der sowjetischen Umerziehung wurden die Mitteldeutschen von 1945 bis 1989 zu "überzeugten" Mitgliedern der klassenlosen marxistisch-leninistischen Gesellschaft, in der die Produktionsmittel einheitliches Volkseigentum und sämtliche Mitglieder der Gesellschaft sozial völlig gleich sein sollten, erzogen. In den Schulen mußte Russisch - ab Klasse 5 - als erste Fremdsprache gelehrt werden. Die Kommunisten strebten besonders die Zusammenfassung von Atheisten und Gläubigen an und ließen fast keinen Raum für irgendeine Religion. Nach dem Mauerbau im Jahre 1961 wurde die Reisefreiheit der DDR-Bürger drastisch eingeschränkt. Die allgegenwärtigen Mitarbeiter der Stasi bespitzelten und bekämpften danach noch eifriger alle potentiellen Staatsfeinde.

Die "Frankfurter Schule": Die Inquisition der antifaschistischen Gutmenschen

> Wer nach allen Seiten offen ist, der kann nicht ganz dicht sein.
> *Unbekannter Verfasser*

Der Privatbankier und Finanzberater der US-Militärregierung in Deutschland, James Warburg, berichtete im Jahre 1949 in seinem Buch "Deutschland – Brücke oder Schlachtfeld" über die nordamerikanische Nachkriegspolitik (x156/40-41): >>... Von der Lösung, die für die deutsche Frage gefunden wird, hängt nicht nur unser eigenes Glück und unsere eigene Wohlfahrt ab, sondern auch die Sicherheit unserer Nation, mehr noch die Weiterentwicklung der menschlichen Zivilisation auf unserer Erde überhaupt. ...
Es mag ... wohl sein, daß das, was sich heute in Deutschland ereignet, uns gefühlsmäßig nicht sehr nahegeht, insoweit, als es sich dabei um unsere Sympathie für das deutsche Volk handelt. Aber dennoch hat all das aus einem ganz anderen Grunde für uns eine tiefe und lebenswichtige Bedeutung: diese Vorgänge berühren nicht nur das deutsche Volk, sondern die ganze Welt. Wir Amerikaner haben ein vitales Interesse an der Zukunft Deutschlands, weil Deutschland das Versuchsfeld für ein großes Experiment ist, das wir machen müssen. Wir müssen versuchen, einen dauernden Frieden durch die Zusammenarbeit der großen Mächte zu verbürgen. Deutschland ist das Laboratorium, in dem dieses Experiment gelingt oder mißlingt. ...
Wenn man das nicht will, so muß man eben das deutsche Volk gänzlich ausrotten oder versklaven, das deutsche Volk aufteilen und von den Nachbarländern annektieren lassen.
Da niemand an solch drastische Maßnahmen denken kann, besteht das deutsche Problem heute nicht nur aus der Frage, wie man das deutsche Volk friedfertig und dem Gesetz gehorsam machen, sondern auch darin, wie man das Können, die Arbeitskraft und die natürlichen Hilfsmittel einer neuen und friedfertigen deutschen Nation zum Besten Europas und der Welt wirksam werden lassen kann.<<
Im Jahre 1950 kehrten die deutscher Philosophen und Soziologen Max Horkheimer und Theodor W. Adorno aus dem US-Exil zurück und gründeten mit Finanzmitteln der US-Besatzungsmacht und anderen Geldgebern das Frankfurter Institut für Sozialforschung, um die planmäßige Umerziehung der Deutschen fortzusetzen. Die sogenannte "Frankfurter Schule" prägte später vor allem die "68er Bewegung" und "Die Grünen".
Der deutsche Schriftsteller Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing schrieb im Jahre 1965 in seinem Buch "Charakterwäsche. Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen" über die nordamerikanische Deutschlandplanung (x306/60-62): >>**What to do with Germany?**
Die Geschichte der amerikanischen Deutschlandplanung im Zweiten Weltkrieg ist die traurige Geschichte, wie Sachverstand und politische Verantwortung die Waffen strecken gegenüber dem ideologischen Fanatismus einer kleinen Gruppe, die sich gedeckt vom Sperrfeuer der "öffentlichen Meinung" frei zu entfalten vermag.
Nach einem kurzen Kräftemessen entglitt das politische Steuer den Händen des für die militärischen Aspekte der Deutschlandplanung zuständigen Kriegsministeriums und des für die zivilen Aspekte der Planung zuständigen Außenministeriums und geriet in den Griff jener Behörden, in denen sich die Liberalen verschanzt hatten, des Finanzministeriums unter Morgenthau, der Verwaltung für Außenwirtschaft … und des Amtes für Kriegsnachrichten …
Vom September 1944 ab war die Deutschlandplanung im Dreibehördenrahmen zwischen Kriegsministerium, Außenministerium und Finanzministerium abzusprechen. …
Das Außenministerium allein konnte dem Ansturm der Antigermanen nicht standhalten, deren durchschlagendstes Argument war, daß sie den neuen Geist der Vereinten Nationen repräsentierten, während das Außenministerium lediglich das veraltete amerikanische Nationalinteres-

se vertrete.
Roosevelt entzog die Außenpolitik dem Einflußbereich des Kongresses, indem er Erklärungen und Protokolle unterzeichnete, Verwaltungsabkommen schloß und so völkerrechtliche Verträge, die der Genehmigung des Kongresses bedurft hätten, vermied. Eine dieser Erklärungen ist die der Vereinten Nationen, die am Neujahrstag 1942 von Roosevelt, Churchill, Litwinow und Sung unterzeichnet wurde. Die Unterzeichner stellten fest, daß sie in gemeinsamem Kampf gegen einen wilden und brutalen Feind stünden, dessen vollständige Niederlage für die Bewahrung der Menschenrechte und der Gerechtigkeit grundlegend sei.
Sie verpflichteten sich, ihre ganze Kraft in diesem Kampf einzusetzen und keinen Separatfrieden zu schließen. Im übrigen beriefen sie sich auf die vielstrapazierte Atlantik-Charta. Als Churchill im Weißen Haus gerade in der Badewanne saß, wurde er von Roosevelt gefragt, ob man die Kriegskoalition nicht die der Vereinten Nationen nennen könne. Churchill brummte seine Zustimmung, die Vereinten Nationen traten ins Leben.
Einen Tag nach der Unterzeichnung im Weißen Haus durch die vier Großmächte, durften die übrigen neugebackenen Vereinten Nationen ihre Unterschriften im Büro von Adolf Berle im Außenministerium abliefern. Es war ein wenig ansehnlicher Troß, der sich aus den britischen Dominien, 8 Exilregierungen und 9 mittelamerikanischen Satelliten der Vereinigten Staaten zusammensetzte. Daß der Tag der Vereinten Nationen am 14. Juni, dem Tag der amerikanischen Flagge, begangen wurde, galt als gutes Omen dafür, daß die neue, etwas gemischte Koalition dem amerikanischen Geist entsprechen würde. Man war der Überzeugung, daß eine entsprechend ausgewählte amerikanische Tradition in die neue und eine Welt hinüberleiten werde.
Für den ersten "Tag der Vereinten Nationen" sprach Roosevelt demnach über den Rundfunk das folgende Gebet:
"Gott der Freien, wir geloben heute unser Herz und unser Leben der Sache der gesamten Freien Menschheit. Unsere Erde ist nur ein kleiner Stern im großen Universum. Aber wir können, so wir wollen, aus ihr einen Planeten machen, der unbelästigt ist vom Kriege, verschont ist von Hunger und Furcht, ungespalten ist durch die sinnlosen Unterscheidungen von Rasse, Hautfarbe und Theorie. Der Geist des Menschen ist erwacht, und die Seele des Menschen ist vorangeschritten.
Gib uns das Geschick und den Mut, die Welt von der Unterdrückung und der alten gemeinen Lehre, daß die Starken die Schwachen aufessen müssen, weil sie stark sind, zu säubern. Schenke uns einen gemeinsamen Glauben, daß der Mensch Brot und Frieden, Gerechtigkeit und Rechtschaffenheit, Freiheit und Sicherheit, Gelegenheit und die gleiche Chance, sein Bestes zu tun, nicht nur in unserem Land, sondern in der ganzen Welt, kennenlernen wird. Und in diesem Glauben laßt uns marschieren, auf die saubere Welt zu, die unsere Hände schaffen können.
Amen."
Die Architekten dieser neuen sauberen Welt waren nicht übermäßig besorgt, daß die Mitarbeit der Sowjetunion ihr geplantes Gebäude zum Einsturz bringen könnte. Näher und bedenklicher waren für sie die architektonischen Gefahren, die sich aus dem eigenen Lager erhoben. Eifersüchtig wurden Versuche beobachtet, an eine politische Planung, insbesondere eine Deutschlandplanung, heranzugehen, die nicht vom neuen Geist der Vereinten Nationen inspiriert waren. Man war gewappnet, daß von der Diplomatie und der militärischen Führung auf der einen, von der Industrie auf der anderen Seite Quertreibereien zu erwarten seien, und Wachsamkeit war das Gebot der Stunde. …<<
Rudi Dutschke, ein Wortführer der sozialistischen-marxistischen APO-Studentenbewegung, schrieb im Jahre 1968 über die Aufgaben und Ziele einer "Außerparlamentarischen Opposition" (x149/149): >>... An jedem Ort der Bundesrepublik ist diese Auseinandersetzung in radi-

kaler Form möglich. Es hängt von unseren schöpferischen Fähigkeiten ab, kühn und entschlossen die sichtbaren und unmittelbaren Widersprüche zu vertiefen und zu politisieren, Aktionen zu wagen, kühn und allseitig die Initiative der Massen zu entfalten. ...<<

Der deutsche Historiker Sebastian Haffner berichtete später über die linksradikale Studentenbewegung der 60er Jahre in der Bundesrepublik Deutschland (x268/126-127): >>Wenn ich mir die linken Studenten und jungen Literaten ansehe, die sich heute so massenhaft und bereitwillig über die Sünden ihrer Väter entrüsten (ohne eine Ahnung von den Konflikten und Versuchungen, in die auch anständige Leute damals geraten konnten), dann fühle ich mich unwillkürlich an meine eigenen Altersgenossen erinnert, die jungen Leute von vor 30 Jahren, die damals, voll ähnlich leicht erregter Entrüstung, scharenweise in die SA gingen.

Dieselben unkritischen jungen Gesichter, dieselbe naive Unbescheidenheit und Überheblichkeit, dieselbe Bereitschaft, sich als Weltenrichter aufzuspielen; vor allem dieselbe etwas subalterne Unfähigkeit, das Böse auch dann zu bemerken, wenn es sich auf der eigenen Seite in der eigenen Sache einschleicht. ...

Das schreckliche an dem Linksdrall der gegenwärtigen politischen Mode, genau wie an dem Rechtsdrall, der eine Generation zuvor beherrschte, ist, daß er mit gänzlich unbewußter Automatik funktioniert, ohne daß die Leute auch nur merken, daß sie eigentlich alles ungeprüft voraussetzen, wie inkonsequent sie oft sind und wie sehr sie gewohnheitsmäßig mit zweierlei Maß messen. ...<<

Andreas Baader wurde am 14. Mai 1970 durch Ulrike Meinhof, Gudrun Ensslin, Astrid Proll, Irene Goergens und Ingrid Schubert aus der Haft befreit - "Geburtsstunde der Roten-Armee-Fraktion – RAF". Während der "Baader-Befreiung" wurde eine Person durch einen Schuß schwer verletzt.

Die Anführerin der radikalen "Rote Armee Fraktion", Ulrike Meinhof, bekannte sich im Jahre 1970 zu offenen, geplanten Gewalttaten (x300/200): >>... Und wir sagen natürlich, die Bullen sind Schweine, wir sagen, der Typ in Uniform ist ein Schwein, das ist kein Mensch, und so haben wir nicht mit ihm zu reden, und es ist falsch, überhaupt mit diesen Leuten zu reden, und natürlich kann geschossen werden.<<

Da das "Schlesierland", "Märkische Heide" und andere ostdeutsche Lieder angeblich "politisch und gesellschaftlich nicht mehr tragbar waren", ließ das Verteidigungsministerium diese Lieder im Jahre 1975 aus dem Bundeswehr-Liederbuch entfernen. Anstatt dieser nicht mehr "gesellschaftsfähigen ostdeutschen Heimatlieder" wurden z.B. die Lieder "In einem Polenstädtchen" und "Kalinka" in das Liederbuch der Bundeswehr aufgenommen.

Die RAF-Anführerin Ulrike Meinhof erhängte sich am 9. Mai 1976 in ihrer Gefängniszelle in Stuttgart.

Das Oberlandesgericht Stuttgart verurteilte Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe nach 192 Verhandlungstagen am 28. April 1977 wegen vierfachen Mordes und 34fachen versuchten Mordes zu jeweils lebenslangen Freiheitsstrafen.

Am 18. Oktober 1977 stürmte die deutsche Spezialeinheit GSG 9 in Mogadischu (Somalia) das von Terroristen entführte Flugzeug der Lufthansa. Bei der Stürmung der "Landshut" wurden innerhalb von neunzig Sekunden sämtliche Passagiere aus der Maschine befreit und drei Entführer getötet.

Die zu lebenslanger Haft verurteilten RAF-Terroristen Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe begingen am gleichen Tag in Stuttgart-Stammheim in ihren Zellen Selbstmord.

Am 22. Januar 1979 zeigte das Dritte Programm des 1. Deutschen Fernsehens die erste von 4 Folgen der US-Fernsehserie "Holocaust".

In dieser 428 Minuten langen Serie über die Verfolgung und Vernichtung der europäischen Juden durch das NS-Regime wurde besonders das persönliche Schicksal der jüdischen Familie

Weiss geschildert. Diese 4 Fernsehsendungen wurden von 15 bis 20 Millionen Deutschen gesehen und lösten fast 34 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges heftige Publikumsreaktionen und Diskussionen über die Ermordung der europäischen Juden aus. Der aus der Bibel stammende Begriff "Holocaust" (griechisch, "Brandopfer") wurde danach zum Begriff für den Völkermord an den europäischen Juden (x175/735).

Die deutsche Journalistin Eva Schweitzer schrieb später in ihrem Buch "Amerika und der Holocaust. Die verschwiegene Geschichte" (x310/194-195): >>... Hollywood sollte den Holocaust erst 1959 entdecken, als Twentieth Century Fox …"Das Tagebuch der Anne Frank" auf den Markt brachte. Das Schicksal von Anne Frank sollte von Hollywood gleich siebzehnmal verfilmt werden. …. Diesem Film folgte die Miniserie "Holocaust, die 1978 auf NBC lief.

Der eigentliche Durchbruch für den Holocaust in Hollywood kam erst 1993 mit Steven Spielbergs "Schindlers Liste", … der 150 Millionen Dollar einspielte, Fernsehrechte und DVD-Verkäufe nicht eingeschlossen. ... Von nun an produzierte Hollywood einen Holocaust-Film nach dem anderen. ... Mindestens 20 Filme dieses Genres werden nun jedes Jahr hergestellt, inklusive Dokumentationen … Zudem taucht der Holocaust in Dutzenden von populären TV-Serien auf – "Star Treck", "Akte X", "Eine himmlische Familie" usw. …

Manche sehen die "Hollywoodisierung des Holocaust" mit Unbehagen. So kritisierte Spiegel-Autor Henryk M. Broder die von Steven Spielberg gegründete Shoah-Stiftung als "ein Unternehmen, das den Massenmord multimedial vermarktet". Das Projekt hat Zehntausende von Holocaust-Überlebenden befragt, die der Shoah GmbH sämtliche Verwertungsoptionen an den Videoaufnahmen einräumen mußten. Wer sich allerdings aus diesem Fundus bedienen will, muß happige Lizenzgebühren zahlen. "Eine Minute Holocaust-Horror aus erster Hand" kostet 2.700 Dollar – im Voraus.

"Damit hat die Shoah Foundation ... eine Lizenz zum Gelddrucken erfunden", schreibt Broder. ...<<

Während einer Vortragsreihe der "Carl-Friedrich-von-Siemens-Stiftung" in München wurde im Oktober 1979 folgendes "Deutschlandbild" erstellt (x025/218-219): >>... Die Deutschen von heute, welcher Generation auch immer, leben in einer besonderen, nicht normalen Situation. Diese Situation ist durch die Epoche der Weltkriege und ihre Interpretation bestimmt.

Die Anormalität der Lage scheint schwer erträglich zu sein und Abwehrmechanismen nahezulegen. Einer besteht darin, das Anormale für normal zu halten, ein anderer, bestimmte Ereignisse aus dem Gedächtnis zu verbannen. Mißlingen solche Versuche, so kommt es zu neurotischen Konflikten.

Handlungsfähig ist ein Volk erst, wenn es in der Lage ist, seine Geschichte zu erzählen und sich mit ihr und durch sie zu identifizieren. Die Deutschen können heute diesen notwendigen Prozeß nicht oder nur unter großen Schwierigkeiten vollziehen. Ihre Identität ist damit gefährdet.<<

Die Tageszeitung "Die Welt" veröffentlichte am 29. Januar 1979 den Leserbrief eines Lehrers aus den USA über eine Diskussion zum Thema "Drittes Reich" (x025/215): >>... Die Schüler forderten mich als Deutschen im Unterrichtsfach Mathematik auf, zu dem Geschehenen Stellung zu nehmen. Ohne etwas zu beschönigen oder abzustreiten, habe ich versucht, ihnen die damalige Situation klarzumachen. ... Aber sie konnten das alles verständlicherweise schwer begreifen. Ein Mädchen erklärte: "Ich schäme mich, daß ich eine deutsche Großmutter habe". Ein anderer sagte: "Ich habe gegenüber den Deutschen Gefühle, wie man sie früher in Amerika gegen die Neger hatte". ...<<

Die Welt berichtete am 22. August 1979 über das negative Deutschlandbild im US-Schulunterricht (x025/211): >>... Nimmt man dann noch die vielen Kriegsfilme in amerikanischen Kinos und Fernsehprogrammen, die Ausstrahlung des Films 'Holocaust' und die Deutschland-Berichterstattung, vor allem der Zeitungen im Mittelwesten, dann kann man nur Angst be-

kommen.<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtete später über das negative Deutschlandbild (x025/211,227): >>... Daß die Besorgnis ... nicht ganz unbegründet war, zeigt u.a. eine Emnid-Umfrage vom Oktober 1977. Danach beziehen immerhin 32 % der befragten Amerikaner ihr Deutschland-Bild aus dem Schulunterricht.
Die wichtigste Informationsquelle stellt mit 36 % das Fernsehen dar. In diesem Medium geht es nicht viel anders zu als in den Schulbüchern. 1978 mußte z.B. der 'Economist' im Hinblick auf amerikanische TV-Produktionen berichten: "Jede Woche wird Kindern ein frei erfundenes, wiedergekäutes Zeug über den Zweiten Weltkrieg angeboten, bei dem die Deutschen bestenfalls als dumm und schlimmstenfalls als fürchterlich brutal und tückisch dargestellt werden. Etwa jeden Monat wird Kindern und Erwachsenen ... eine Mischung aus Tatsachen und Erfindungen vorgeführt, in der die Deutschen im selben Licht gezeigt werden. Der mutige oder gar der gute Deutsche ist selten zu sehen. Der durchschnittliche Deutsche ist ein Verbrecher in brauner, grauer oder gar schwarzer Uniform". ...<<
>>... Im Ausland ist eine Renaissance des Deutschlandbildes der Roosevelt-Stalin-Ära zu beobachten. Vor allem in den Schulbüchern und Fernseh-Produktionen der englischsprechenden Länder werden Deutsche vielfach mit Nazis gleichgesetzt.
Nachdem Verbrechen gegen die Menschlichkeit fast nur anhand des Dritten Reiches demonstriert und östliche und andere Massenverbrechen kaum publiziert werden, entsteht der Eindruck, Völkermord sei ein "teutonisches Phänomen"; seine Ursachen seien nicht politisch bzw. soziologisch, sondern abstammungsmäßig zu erklären. Da die historischen Vertreibungsverbrechen im Sinne der Kollektivschuld-Theorie gerechtfertigt erscheinen, tritt eine Desensibilisierung gegenüber ähnlichen Massenverbrechen ein. ...<<
Am 13. Januar 1980 schlossen sich die bisher nur lokal und regional organisierten "Grünen" und die "Grüne Aktion Zukunft" während ihres Gründungsparteitages in Karlsruhe zur Bundespartei "Die Grünen" zusammen.
Die neue Bundespartei "Die Grünen" wurde zunächst von Petra Kelly (1947-1992), August Haußleiter (1905-1989) und Norbert Mann geführt. Zu den wesentlichen politischen Grundsätzen dieser sog. Umweltpartei zählten damals: "Ökologie, Basisdemokratie, Sozial-Sozialismus.
Nach den ersten Wahlerfolgen der "Grünen", die vor allem die wachsende Umweltzerstörung bekämpfen wollten, schlossen sich sofort zahlreiche gescheiterte, aber kampferprobte linksradikale Akteure (Spontis und Marxisten) der 68er Bewegung (Josef Fischer, Jürgen Trittin, Daniel Cohn-Bendit, Thomas Ebermann, Hubert Kleinert, Rezzo Schlauch, Hans-Christian Ströbele, Otto Schily und viele andere Linksradikale) dieser sanften Umweltpartei der selbsternannten Weltverbesserer an und verdrängten anschließend relativ schnell und problemlos die kampfunerfahrenen, naiven Parteigründer sowie die weltfremde Parteiführung der "Grünen" aus allen wichtigen Führungspositionen der Partei.
Die als "Grüne" getarnte linksradikale Bewegung setzte danach in den folgenden Jahrzehnten konsequent die sozialistische Leitideologie der "Frankfurter Schule" um. Im Verlauf der systematischen Umerziehung bzw. Gehirnwäsche wurden vor allem die traditionellen deutschen Werte und Tugenden (Anstand, Fleiß, Ehrlichkeit, Großzügigkeit, Ordnung, Pünktlichkeit, Toleranz etc.) der bundesdeutschen "Gesellschaft" allmählich auf den Kopf gestellt, verhöhnt, lächerlich gemacht und letzten Endes zerstört. Die Vor- und Kriegsgeneration der Deutschen wurden pauschal als NS-Verbrecher eingestuft und ihre gigantische Wiederaufbauarbeit blendeten die "Grünen" kurzerhand aus.
Die "Augsburger Allgemeine" berichtete am 23. Mai 1980 über den Lehrstoff nordamerikanischer Hochschulen (x025/210-211): >>... Schon der Preußen-König Friedrich Wilhelm I. erscheint als "Potsdam-Führer"; die preußische Armee war eine gigantische Strafanstalt. Die

demokratische Nationalversammlung von 1848 zeigte rassistische Neigungen. Die ganze deutsche Bevölkerung hat die Ausrottung der Juden gekannt und gebilligt.
Überhaupt führt ein gerader Weg von Luther über das 18. und 19. Jahrhundert bis zur Nazi-Barbarei. Die Hitler-Attentäter vom 20. Juli 1944 waren Nazis, und der ehemalige Kanzler Kiesinger ist ein Ex-Nazi. Die deutsche Geschichte wirkt wie ein überdimensionales Verbrecheralbum; die Vertreibungsverbrechen werden nicht erwähnt.<<
Der evangelische Theologe und Hochschullehrer Georg Huntemann (1929-2014) berichtete im Jahre 1981 in seinem Buch "Die Zerstörung der Person. Umsturz der Werte – Gotteshaß der Vaterlosen - Feministen" (x889/...): >>… Alle wissen es, daß wir heute in einem Traditionsumbruch leben, den man ohne Zögern "gewaltig" nennen kann. Vielleicht kommt da ein ganz neuer, in seinem Denken, Fühlen und Urteilen ganz anderer Mensch auf uns zu!
Zweifellos leben wir in einem Umsturz aller Werte und in einer Auflösung herkömmlicher Ordnungen. Woher kommt das, und wohin führt das? Was ist der Kernprozeß in diesem Umbruch, der uns allen unter die Haut geht? Auf diese Frage will dieses Buch antworten. Hier wird nicht Moral gepredigt, sondern aufgedeckt, warum Moralpredigten sinnlos sind in einer Zeit, in der gerade eben Wert und Sinn des Lebens in die Phase einer Revolution geraten sind. Wer gegen herkömmliche Lebensordnungen revoltiert, will und kann keine Moralpredigten hören! …

1. Kapitel
Umsturz der Werte
– Ursache und Zukunftsfolgen der Moralrevolution
– Im Prozeß der Auflösung

Es war einmal ein christliches Abendland. In diesem christlichen Abendland galten die in der Bibel geoffenbarten Gebote Gottes als absoluter Maßstab, als ein für die ganze Gesellschaft verpflichtendes Ethos. Dieses christliche Abendland war kein Ort moralischer Vollkommenheit. In diesem christlichen Abendland wurden grausame Kriege geführt, Menschen unterdrückt, ausgebeutet und verfolgt. In diesem christlichen Abendland wurde gegen die Gebote Gottes gelebt und gehandelt. Aber niemals, bis in die Neuzeit hinein und dann zunächst nur am Rande, in den Köpfen einiger revolutionärer Philosophen, wurde das biblische Ethos als solches in Frage gestellt.
Die Gebote Gottes waren nicht wegzudiskutierende Maßstäbe des Lebens, sie stellten vielmehr ihrerseits das Tun und Treiben der Gesellschaft in Frage. Der unangefochtene Anspruch eines absoluten, eben biblisch offenbarten Ethos, war eine Kraft, die aus jedem Dilemma wieder zur Verantwortung rief, die das Böse als Böses und Schuld als Schuld offenbarte. Es gab diese letzte Instanz endgültiger Werte, die in der Unordnung zur Ordnung und in der Ungerechtigkeit zur Gerechtigkeit rufen konnte. Solange das Gebot Gottes als unfehlbare Autorität galt, solange konnte unsere europäische Gesellschaft durch eine permanente Reformation immer wieder zum ursprünglichen Gehorsam zurückgerufen werden.
Unsere gegenwärtige Situation ist die Auflösung dieser Werte nicht in dem Sinne, daß wir gegen das herkömmliche Ethos leben, sondern daß wir es grundsätzlich verneinen. Diese unheimliche, radikale Verneinung ist neu, wir sind ihre Zeugen, obgleich erstaunlich wenig Bürger in unseren europäischen Ländern sich dieser unverhohlenen Zerstörung biblischer Werte bewußt sind. Dem Zusammenbruch der Werte steht der "Abendländer" hilflos gegenüber, weil er gewissenlos geworden ist.
Wo und wie zeigt sich der Zerfall der Werte? Hierzu einige Beispiele:
Eine ausdrücklich unter Gottes Gebot gestellte Ordnung ist die Familie. Das fünfte Gebot "Du sollst Vater und Mutter ehren" schützt eine Lebensordnung, die nach biblischem Verständnis wichtiger ist als der Staat. Die Geschichte des alttestamentlichen Gottesvolkes zeigt, bevor es die Nation, den Staat oder die Gesellschaft gab, war die Familie: Bevor Israel war, war Abra-

ham.
Vater und Mutter stehen in der unmittelbaren Verantwortung vor Gott für ihre Kinder. Aus dieser Verantwortung empfangen sie ihre Autorität, das Leben ihrer Kinder nach Gottes Gebot zu leiten. Diese gottesunmittelbare Autorität und Ordnung der Familie war seit je ein Bollwerk gegen die Verabsolutierung des Staates.
Diese Autorität der Familie, ihre von Gott gesetzte Ordnung wird heute verneint. Abrahams und Noahs Autorität beruhte auf dem Vertrauen zur Autorität Gottes - deswegen konnte Noah die Sintflut überleben und Abraham der Urvater eines Gottesvolkes werden. Sie setzten ihre Autorität nicht aus sich selbst, sondern empfingen sie von Gott, weil sie auf das Wort Gottes hörten. Der Kampf gegen die Autorität der Familie verneint, daß überhaupt Autorität von Gott empfangen und vor Gott verantwortet werden soll.
Die Verneinung der Autorität der Familie ist aber auch die Verneinung der Freiheit der Familie, sie bedeutet (und will dies auch bewußt) die Auflösung der Familie. Der Familie übergeordnet wird heute die Gesellschaft. Eltern haben nicht mehr die "elterliche Gewalt" (Vollmacht im Sinne einer Gott gegenüber zu verantwortenden Autorität), sondern nur noch ein "Sorgerecht", das sie in der Verantwortung nun nicht mehr gegenüber Gott, sondern gegenüber der Gesellschaft wahrnehmen.
Das Wort Gott, Name oder Inhalt der Gebote, überhaupt ein absolutes Ethos, das man anerkennt, sind aus allen Texten, die heute Regeln menschlichen Zusammenlebens vorschreiben, verschwunden. Diese Gesellschaft verlangt (vgl. den Zweiten Familienbericht des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit von 1975), gegen noch geltendes Recht, "daß die Eltern der einsichtsfähigen Kinder nach Möglichkeit Rücksicht nehmen und bei Maßnahmen im Rahmen des Sorgerechtes durch verständnisvolle Aussprache eine Einigung mit dem Kinde anstreben".
Was ist unter dieser "Einigung" zu verstehen? Auf alle Fälle müssen die Regeln dieser Einigung dem "sozialen und gesellschaftlichen Wandel", angepaßt sein. Diesem Zweck soll die Wissenschaft dienen. Aber – "da sich die gesellschaftliche Realität im Zeitablauf ständig wandelt und auch die politischen Maßnahmen Veränderungsprozessen unterliegen, kann dieser Erkenntnisprozeß zu keinem Zeitpunkt als abgeschlossen angesehen werden".
Was also in einer Familie verbindlich zu geschehen hat, sagt eine sich fortwährend ändernde Gesellschaft mit einer sich ebenfalls fortwährend ändernden Erkenntnis der Wissenschaft. Alles ist und bleibt für alle Zeiten im Fluß, heute so, morgen anders. Heute kann die geforderte Einigung mit dem Kinde darin bestehen, daß dem Kind Recht auf sexuelle Selbstverwirklichung eingeräumt wird, und morgen kann dieser Anspruch auf geschlechtliche Verwirklichung die Zulassung homosexueller Praktiken bedeuten.
Man möchte hoffen, daß solche Ansprüche auf Selbstverwirklichung doch wohl übertrieben sind. Die Realität ist aber nun einmal, daß ein vierzehnjähriger Schüler 1979 in Bonn anläßlich einer Feier zum "Jahre des Kindes", in Gegenwart des damaligen Bundespräsidenten Scheel und der Ministerin Huber öffentlich folgende Forderung nach Selbstverwirklichung bekundete:
"Ich bin ein sexuelles Wesen und will diese Sexualität auch voll ausleben - mit Erwachsenen, mit Vierzehnjährigen, mit Sechzehnjährigen, mit Achtzehnjährigen, mit Jungen und Mädchen, mit Männern und mit Frauen; es ist egal, welches Geschlecht und wie alt. Liebe brauche ich mehr als alles andere, aber gerade Liebe bekomme ich keine, weil andere Sachen angeblich wichtiger sind - wie Schule, Lernen, Studieren, Geld verdienen.
Deshalb darf ich meine Gefühle nicht ausleben, deshalb gibt es Gesetze, die mich zwingen, sechs Stunden am Tage irgendeinen Mist zu lernen; da mache ich nicht mehr mit, ich lerne nur noch die Sachen, die ich lernen will, ich werde nur noch nach meinen Gefühlen leben, ich werde versuchen, frei zu sein, und ihr werdet versuchen, frei zu sein, und ihr werdet versu-

chen, mich totzuschlagen, werdet mich auslachen und mich für verrückt erklären, nur um nicht über eure eigene Kaputtheit nachzudenken.
Ich brauche euch nicht! Ich finde, in Familien ist es so gut wie unmöglich, daß die Kinder frei leben, und daß sie lernen, ihre Wünsche zu artikulieren und auszuleben. In der Familie lernt das Kind nur eins: Zu gehorchen und seine Wünsche zu unterdrücken. Das soll man aber nicht tun; nur wer sich einmal gegen seinen Vater wehrt, der gehorcht auch später vielleicht seinen Lehrern nicht und noch später seinem Chef nicht.
Für solche Kinder gibt es dann die staatlichen Erziehungsheime. Diese Gefängnisse sind zur Zeit die einzige Alternative zur Familie. Auf die Idee, daß wir selbst am besten wissen, was gut für uns ist, kommt keiner. Entweder werden wir von unseren Eltern bevormundet oder vom Staat. Was wir wollen, ist scheinbar egal, wir sollen vergessen, was wir wollen." (Zitiert von Christa Meves in "Godesberger Resolution. Beiträge, Proteste". Bremer Studienhefte, 1980)
Die Gesellschaft - wir werden noch auf die Bedeutung dieses neuen Abgottes zu sprechen kommen - ist allmächtig und allwissend. Sie selbst kennt keine absoluten Maßstäbe, da sie im ständigen Fluß der Veränderungen lebt und mit ihr Gut und Böse, Wahrheit und Lüge, Richtig und Falsch.
Je weniger Autorität bei der Familie, um so mehr Macht hat die Gesellschaft. Alle Macht der Gesellschaft - das ist das äußere Kennzeichen einer Moralrevolution, die an jedem Verstoß gegen jedes einzelne der zehn Gebote nachgewiesen werden kann. Moralrevolution ist Entautorisierung des biblischen Gebotes zum Zwecke der Autorisierung des Kollektivs!
Das Gebot "Du sollst nicht stehlen" schützt die von Gott gesetzte Ordnung des Eigentums. Eigentum ist nicht der Gesellschaft, sondern der Familie zugeordnet. Das biblische Gesetz schützt nicht nur das Eigentum, sondern in der mosaischen Ordnung des Sabbat und Jubeljahres soll jeder - auch wenn er sein Eigentum schuldhaft verloren hat - wieder zu seinem Eigentum kommen können. Die Verproletarisierung der Gesellschaft soll nicht sein. Gottes ist die Erde, er hat sie dem Menschen anvertraut - nicht der Gesellschaft, sondern dem einzelnen. Dieser soll zum Bilde Gottes geschaffen in freier, persönlicher Entfaltung seine schöpferischen Kräfte in dem ihm eigenen, d.h. ihm zugeeigneten Schöpfungsbereich, durch sein personales Tätigsein entfalten.
In einem gigantischen Prozeß technokratischer und gesellschaftlicher Revolution spielt sich ein ebenso gigantischer Prozeß der Enteignung des einzelnen ab. Wie weit im industriellen Mammutismus überhaupt noch Eigentum praktizierbar bleibt, ist eine Frage - ob wir aber Eigentum als Gottesgebot und damit als Ziel gesellschaftlichen Lebens trotz aller Widerstände technokratischer Lebensgestaltung bezeugen, zum Sinn und zur Aufgabe eines personalen und freiheitlichen Daseins erheben wollen, ist die andere Frage.
Diese Frage wurde in der Moralrevolution mit Nein beantwortet und praktiziert. Inflation und steuerliche Konfiskation, industrielle Expansion und Konzentration treiben die Enteignung des Lebens mit eskalierender Geschwindigkeit voran. Die Monopolstellung des Staates in Verwaltung, Bildung und Wirtschaft weitet sich immer mehr aus:
Nur im Sozialismus vollendet sich die Demokratie - das ist das Grundpostulat der gesellschaftlichen Moralrevolution. Die Fundamentaldemokratisierung der Wirtschaft hat die totale Disparatheit von Einzelverantwortung und Eigentum zum Ziel.
Das Postulat Mitbestimmung erstreckt sich dabei nicht nur auf die wirtschaftliche Produktion (vgl. Herbert Marcuse "Repressive Toleranz", 1969, S. 121), sondern auch auf die geistige Tätigkeit, wenn die Aufhebung des Tendenzschutzes verlangt wird und Mitbestimmung in letzter Konsequenz die private Meinungsäußerung in Wort, Bild, Ton und Schrift aufheben will mit dem Ziel, daß eben nicht der einzelne, sondern nur das Kollektiv "schöpferisch" sein darf.

In dieser letzten Konsequenz hätte die Sekretärin, die eine Doktorarbeit mit der Schreibmaschine schreibt, das Mitbestimmungsrecht über den geistigen Inhalt. Wissenschaftliche Arbeit soll der Gruppe zugeordnet werden. Das sind nicht nur gegenstandslose Ängste, sondern klipp und klar ausgesprochene Zielsetzungen politisch aktiver Sozialrevolutionäre. So schreibt Fritz Vilmar (in "Strategien der Demokratisierung", Bd. 1, 1973):
"Die Revolution hat schon begonnen. Orthodoxe Linke halten immer noch Ausschau nach Opas Revolution als einer, die hereinbrechen soll, wie ein grandioses Gewitter … Der vom autoritären Vater, Lehrer, Fernsehen und Pfarrer vorgeprägte Sechzehnjährige wird in der Disziplinierung und Leistungskontrolle des Kapitals, die in Gestalt seines Meisters oder Bürochefs ihm begegnet, keine besonders fragwürdige, gar menschenunwürdige Herrschaft empfinden.
Daher gilt auch umgekehrt: Bröckeln die autoritären Strukturen in Familie und Schule, Universität und Kirche, Verwaltung und Massenmedien ab, so wird die Aufrechterhaltung eben dieser Strukturen im Zentralsystem der profiterzeugenden Arbeitswelt immer schwieriger."
Durch eine "multifrontale Transformationspraxis", d.h. durch die Praxis an vielen Fronten (Familie, Schule, Massenmedien, Arbeitswelt) soll die Revolution aller Lebensbereiche im Sinne einer Fundamentaldemokratisierung verwirklicht werden.
Anscheinend geht der Kampf gegen Profitsucht, Kapitalismus und Ausbeutung - im Kern aber wird die totale Vergesellschaftung jeden menschlichen Tätigseins gewollt und mit einer von der Mehrheit der Bevölkerung gar nicht verstandenen Strategie Zug um Zug verwirklicht:
– Du bist nichts, dein Volk ist alles – war ein Schlagwort des Nationalsozialismus.
– Du bist nichts, die Gesellschaft ist alles, ist das Leitwort der modernen Moral - Gesellschaftsrevolution.
An Beispielen aus den Schöpfungsordnungsbereichen Familie und Eigentum sind einige wertumstürzende Faktoren aufgezeigt worden. Die Beispiele zum Gebot "Du sollst nicht falsch Zeugnis reden wider deinen Nächsten" könnten vor allem aus dem Bereich der Massenmedien entnommen werden, die Tag für Tag ein Bild über die Wirklichkeit aufrichten, das eben Wirklichkeit nicht übermittelt, sondern entstellt.
In diesem Zusammenhang hat ein klassischer Vertreter der sogenannten moralrevolutionierenden kritischen Theorie, Herbert Marcuse die Theorie aufgestellt, daß die Lüge die Wahrheit des zukünftigen Sozialismus bewahren kann. Er verteidigt damit die Propaganda des Sowjetkommunismus und dessen Diskrepanz zwischen Illusion und Realität.
Er meint, die Theorie dieses Kommunismus sei zwar unwissenschaftlich und verlogen, aber die Illusion solle das Verhalten der Bürger anleiten, und die Lüge entfalte schließlich die Idee des Sozialismus. Die selektive Methode moderner Massenmedien, nämlich durch Tendenz geleitet, jeweils Ausschnitte aus Wirklichkeitsbereichen zu vermitteln, wird hiermit genauso gerechtfertigt wie die totale Entstellung von Wirklichkeitsgehalten, wenn nur die Lüge den zukünftigen Sozialismus bewahrt.
Wird die ethische Ordnung einer Gesellschaft zerstört, dann wird über kurz oder lang die Rechtssprechung mit einer Veränderung des geschriebenen Rechtes folgen. Das ist die letzte Konsequenz: Aus dem Rechtsstaat wird ein Unrechtsstaat. Dazu ein Beispiel, das für viele andere gelten kann. Der Strafrechtler Eberhard Schmidthäuser schrieb schon 1970 in seinem "Strafrecht allgemeiner Teil", daß das Rechtsgut nicht als absolut gelte, sondern abhänge vom Urteil des Gemeinwesens:
"Nur soweit etwas in einem Gemeinwesen für wertvoll erachtet, also als gut anerkannt wird, kann eine Mißachtung dieses Gutes und damit ein Verbrechen vorliegen." Entscheidend für die Beurteilung über Gut und Böse, Recht und Unrecht ist nicht eine absolute Moral: "Maßgebend ist also die allgemeine Moral, verstanden im Sinne derjenigen ethischen Werte, deren Anerkennung im Bereich unserer Kultur beim Erwachsenen regelmäßig vorausgesetzt werden

darf".
Strafrecht orientiert sich also nicht mehr nach dem offenbarten Gesetz Gottes oder nach dem als unwandelbar angesehenen Naturrecht des Menschen, sondern nach den wechselnden Verhaltensweisen eines sich wandelnden Kollektivs. Da die Gesellschaft permanent in einem tiefgreifenden Wandel ist, wächst die Unsicherheit und damit die Flut der Gesetze, die für eine jeweils neue Situation mit einer neuen Verordnung Regulative schaffen müssen. Die Inflation des Geldes meldet den steigenden Wertverlust des Geldes. Die Inflation der Gesetze meldet den Rechtsverlust einer Gesellschaft. Unsicherheit der Währung und Unsicherheit des Rechtes zeigen aber immer die Auflösung einer Gesellschaft.
Die Unbestimmtheit der nun zu erwartenden Gesetze, ihre Willkürlichkeit angesichts einer sich verändernden Gesellschaft produziert Rechtsunsicherheit. Gleichzeitig aber wird jeder in dieser Gesellschaft schuldig. Weil er die Gesetze nicht mehr übersieht, muß jeder Bürger damit rechnen, gegen Gesetze, die er gar nicht kennt, permanent zu verstoßen.
So wird jeder zu einem Angeklagten und die Gesellschaft zu einer Gesellschaft von Angeklagten. Angst, Unmündigkeit, schlechtes Gewissen, Furcht vor Funktionären und "Rechtsunlust" - diese Elemente betreiben die Auflösung eines Staatswesens, an dessen Ende nur die Diktatur - als Gipfel willkürlicher Machtausübung - die Funktionsfähigkeit eines Gemeinwesens "retten" kann.
Christliche Existenz gibt es schon heute nur noch in einer nach modernen Maßstäben zu beurteilenden Randgruppenmoral, denn wer - um nur ein Beispiel zu nennen - die Ehe als Gebot Gottes wertet und ihre Auflösung als Schuld, der setzt Schuldprinzip gegen Zerrüttungsprinzip - und moderne Rechtspflege hat ja gerade dieses Schuldprinzip durch das Zerrüttungsprinzip aufgehoben. Die Sprache des Rechts ist so sehr "christentumsverfremdend" geworden, daß beispielsweise Homosexualität nicht mehr in einen Zusammenhang gebracht wird mit "Schuld" oder "abnorm", "unmoralisch" oder "sittenwidrig", sondern einfach als "anderes Verhalten" eingestuft wird.
Am Ende einer solchen, biblisches Ethos zerstörenden Moralrevolution, steht schließlich das Verbot der Bibel, denn nach den Regeln einer "repressiven Toleranz" muß, was sich selbst absolut setzt, von einer werterelativierenden Gesellschaft als friedestörend verneint werden.

Die Doktrin der Moralrevolution

Die letzte Ursache der Auflösung des biblischen Ethos für unsere Gesellschaft liegt in der Gottesverlorenheit gegenwärtigen Menschseins. Glaube an Gott und Gottes Gebote sind untrennbar - es gibt kein Gebot ohne den Gebieter. Wir werden diesen unauflösbaren Zusammenhang, der nur von der Bibel her zu verstehen ist, noch weiter bedenken.
Zunächst müssen wir zur Kenntnis nehmen, daß die gegenwärtige Moralrevolution eine klare, begrifflich faßbare Doktrin hat. Die Revolution der Moral hat ihre Strategie und ihre Strategen - eine Armee von Professoren, Lehrern, Soziologen und Journalisten.
Sie alle haben direkt oder indirekt ihre geistigen Väter in der sogenannten "kritischen Theorie, die mit dem Schlagwort **"Frankfurter Schule"** sei es zu Recht oder zu Unrecht - bekannt wurde und mit Namen wie **Adorno, Horkheimer, Marcuse und Habermas** verbunden ist. Diese sogenannte "**Frankfurter Schule"** oder "kritische Theorie" versteht sich nicht als ein Philosophenclub unter anderen, sondern als sichtbarer **Gipfel eines Eisberges aus dem gewaltigen Untergrund des Umsturzes aller Werte.**
Die Begriffswelt der kritischen Theorie, wie sie sich unter anderem in der Frankfurter Schule darstellt, ist mittlerweile schon so bekannt und regiert unsere Universitäten, Schulen und Massenmedien bereits in einem solchen Maße, daß eine zusammenfassende Darstellung dieser intellektuellen Repräsentation gegenwärtiger Moralrevolution genügt.
1. In der Absicht, über die Natur herrschend zu werden, ist der Mensch - so meint die kritische Theorie, selbst in Herrschaft hineingeraten. Herrschaftsdenken ist instrumentales, technokrati-

sches Denken im Willen zur Macht. Durch diesen Willen zur Macht wurden Herrschaftsstrukturen geschaffen, in denen der Mensch über den Menschen herrscht.
Die Geschichte ist nach dem Verständnis dieser Philosophie nach dem Verlust eines glücklich ausgesöhnten Lebens mit der Natur zur Geschichte eines Irrweges der Macht geworden, der in den Gaskammern von Auschwitz sein vorläufiges Ende gefunden hat. Auch zweitausendjährige Geschichte christlichen Abendlandes sind zweitausend Jahre eines Herrschaftssystems innerhalb dieses beklemmenden Irrweges von der Steinschleuder bis zum Holocaust.
2. Jegliche Art von Herrschaft und damit auch jegliche Form von Autoritätsanspruch muß - so fordert die kritische Theorie - verneint werden. Das heteronome, etwa durch ein Gebot, durch ein "du sollst" an den Menschen herangetragenes Ethos, ist schon Herrschaftsanspruch und deswegen zu verneinen. Spontanes und kreatives, fröhliches und glückspendendes Denken und Fühlen, Seele, Trieb, Herz und Kopf sind durch die in Fleisch und Blut eingegangenen Herrschaftsstrukturen kaputt gemacht worden.
Analytisches Denken und Sprechen, also daß es Subjekt und Objekt in einem Satz gibt, daß es Haupt- und Zeitwörter gibt, daß einige Worte groß und andere klein geschrieben werden, zeigt den Triumph von Herrschaftsstrukturen, die durch eine moderne Pädagogik (vgl. Ganzheitsmethode, Kleinschriftsystem usw.) schnellstens überwunden werden müssen.
Die Beherrschung der Sexualität, Gehorsam gegenüber Eltern, Scham, Ehrfurcht und Tabu sind Beispiele für - so meinen die Moralrevolutionäre - Unterdrückungsmechanismen in menschlicher Selbstverfremdung. Der archaische Urstand, der als Idylle einer Herrschaftslosigkeit verstanden wird, muß auch der Endzustand der Geschichte werden. Der Kampf gegen die Repression ist Kampf gegen Autorität und gegen die Unterdrückung der Lust. Autoritätslos und lustbetont soll der Mensch leben, um die Freiheit wiederzugewinnen, die er in einer Geschichte verloren hat, die durch sukzessive Unterdrückung und Verdrängung von Lust ihren traurigen Lauf nahm (Marcuse).
3. Auch Personsein, als Individuum leben, bedeutet durch Herrschaftsstruktur entstelltes, dem wirklichen Dasein entfremdetes Leben. Theodor W. Adorno fordert (in seiner "Negativen Dialektik" 1966, S. 272) die Auflösung des Subjektes, "die opferlose Nichtidentität". Human sind Menschen nach seiner Meinung nur dort, "wo sie nicht als Person agieren und gar als solche sich setzen; das Diffuse der Natur, darin sie nicht Person sind, ähnelt der Lineatur eines intelligiblen (erkennbaren) Wesens, jenes Selbst, das vom Ich erlöst wäre."
Die repressionsfreie Identität meint ein Leben, das frei wird von der Herrschaftsstruktur des Willens, der Triebunterdrückung, der Qual, anders sein zu wollen als die anderen, weil man eben "selbst" sein will. Jürgen Habermas erwartet (in seiner "Rekonstruktion des historischen Materialismus" 1976) am Ende der Hochreligionen, zu denen für ihn natürlich auch das Christentum zählt, eine neue kollektive Identität: Nach der Auflösung herkömmlicher, herrschaftsstrukturierter Gruppen wie Familie, Staat, Nation wird der personfreie Mensch ganz in die Gruppe, also in das Kollektiv aufgehen.
Die Identität hat dann in der Gruppe keine festen Inhalte mehr, Rollen und Normen sind beliebig austauschbar, die Hausfrau wird Kauffrau, der Kaufmann wird Hausmann, der Vater wird Mutter und die Mutter wird Vater - bis zu der Grenze, die die Natur selbst (wohl zum Ärger dieser Moralrevolutionäre) gesetzt hat.
Das eigene, individuell geprägte Personsein wird aufgehoben, alles was der einzelne tun darf, sollen Funktionsbezüge der Gruppe sein. Ohne die Gruppe, die ihm austauschbare Funktionen zuweist, ist er nichts, in und mit der Gruppe ist er alles. Die gruppendynamischen Experimente, vor allem das in ihnen praktizierte Rollenspiel, sollen die Person "verflüssigen", "entsteinen" und letztlich aufheben.
In diesem Zusammenhang ist von der "Reziprozität der Rollen", die Rede. Dieser Ausdruck meint, daß Gruppenerwartung und Rolle einander entsprechen müssen. Der einzelne verant-

wortet sich der Gruppe, sie überträgt ihm die immer neuen, immer wieder auszuwechselnden Verhaltensweisen. Dadurch bleibt ausgeschlossen, daß sich Individualität bildet. Die Identität des einzelnen mit sich selbst soll es nicht geben, sondern nur die Identität des einzelnen mit der Gruppe.
4. Herkömmliche Autorität soll zerstört werden - die neue Autorität ist die Gruppe oder das Kollektiv. Das Kollektiv setzt Ethos aus sich. Das Ethos entsteht erst durch die Diskussion in der Gruppe. Voraussetzung für diese Diskussion ist der herrschaftsfreie Raum. Diskutieren darf nur, der nicht unter einem "herrschaftslegitimierenden Weltbild", steht. Ein herrschaftslegitimierendes Weltbild hat aber nach Meinung der Sozialrevolutionäre der christliche Glaube. Wer Gott als den allmächtigen Vater, Schöpfer Himmels und der Erde bekennt, steht unter einem herrschaftslegitimierenden Weltbild, muß also außerhalb des Diskurses der Gruppe bleiben, die Ethos "macht".
Natürlich sind keinerlei ethische Maßstäbe erlaubt - wer an diesem Diskurs teilnimmt, darf "nichts mitbringen". Herkömmliches Ethos muß an der Tür abgegeben werden, denn die Kriterien in der Unterscheidung zwischen Gut (gleich gesellschaftlich adäquat) und Böse (gleich gesellschaftsfeindlich) werden ja erst im Prozeß der Diskussion entfaltet. Es geht in diesem Diskurs der herrschaftsfreien Gruppe nicht um "die Idee der Wahrheit"", das wäre ja wieder Herrschaftsstruktur, sondern um den "Konsensus" (man spricht deswegen von einer Konsensusethik der kritischen Theorie) der Gruppe.
Der Konsensus ist die Einigung einer Gruppe durch Diskussion darüber, welche Verhaltensregeln für das Zusammenleben jeweils für eine bestimmte Zeit aufgestellt werden sollen. Denn auch die Gruppe kommt zu keinem endgültigen, sondern immer nur zu einem vorläufigen Ergebnis durch den jeweiligen Konsensus. Der Diskurs ist unendlich, er setzt immer wieder einen neuen Konsensus, der immer wieder in Frage gestellt wird und den immer wieder neuen Diskurs fordert. Die unendliche Diskussion in der Gruppe ist also der neue Gott, der neue Gebote gibt, der immer wieder andere Gott, der immer wieder andere Gebote setzt.
5. Das Absolute (wie in der Bibel offenbart) darf es also nicht geben - alles ist in einem stetigen Fluß. Aus biblischer Sicht ist das ein Rückfall in das Heidentum. Wechselhafte Schicksale und der Natur unterworfene Götter, die nach Paulus (1. Korinther 10) Nichtse im Sinne aggressiver Dämonen sind, die zerstören wollen was ist, kehren zurück! Die kritische Theorie verneint den Gott von Ewigkeit zu Ewigkeit, der unwandelbar ist, den Felsen Israels, der dem, was nicht ist, ruft, daß es sei. Durch die Strategie des "Konfliktes" und der "Hinterfragung", wird der Anspruch des Absoluten destruiert. Vor allem wird die Konfliktstrategie und Hinterfragung gegen ein sich absolut verstehendes Ordnungsethos eingesetzt.
Durch die Hinterfragung soll herauskommen, daß alle absoluten Werte und Ordnungen durch Herrschaftswillen und Lustverdrängungen motiviert sind: Ehe und Familie sind motiviert durch den Machtwillen des Vaters, der Glaube an den gnädigen Gott im Zusammenhang mit Sündenbewußtsein ist motiviert durch den Ödipuskomplex.
Die Strategie der Hinterfragung darf nicht als eine Interview-Technik verkannt werden (die es übrigens auch gibt), sie ist die Art einer Darstellung von Überzeugungen in Massenmedien und Schulbüchern, durch die Werte wie Gott, Staat, Glaube, Familie, Kirche, Scham und alle Gebote in Frage gestellt werden dadurch, daß eben diese Werte (übrigens hier analog dem Marxismus) als jeweiliger Überbau gesellschaftlicher Verhältnisse madig gemacht werden.
6. Die Konfliktstrategie ist das andere, ebenfalls strategische Element der Zerstörung herkömmlicher, biblisch bezeugter Ordnung. Die - nach der Meinung der kritischen Theorie – durch herrschaftslegitimierende, repressive Weltbilder entstandenen Lebensordnungen wie Ehe, Familie, eigentumsorientierte Wirtschaft müssen in ihrem Konflikt mit dem eigentlichen, lustbetonten, sich nach Gruppengeborgenheit sehnenden Bedürfnissen aufgezeigt werden. Arbeitswelt, Ehe, Familie, Geschichte usw., also alle herkömmlichen Werte werden nur im Kon-

flikt dargestellt.
Die Welt überhaupt ist kaputt und muß als kaputte Welt vorgestellt werden. Es gibt keine glückliche Ehe, sondern nur die kaputte Ehe; es gibt keine Geborgenheit in der Familie, sondern es gibt nur Unterdrückung in der Familie, die unter dem Herrschaftswillen des Vaters dahinsiecht.
Der Massenmedienkonsument sieht also nur noch eine ruinierte, sich dahinschleppende Umwelt. Der Konflikt soll die Ordnungen aber eben nicht als gestörte Ordnungen heilen, sondern als unmögliche Herrschaftsstrukturen verneinen. Kleine Anlässe alltäglicher Art werden zum Konflikt aufgebaut, wie der Streit um ein Schauspiel- oder Jugendhaus, um leerstehende Wohnungen, um Protest gegen einen politisch unbeliebten Redner. Der Konflikt schafft revolutionäres Bewußtsein, das zur Aktion gegen bestehende Autorität motivieren soll.
Hinterfragung und Konflikt sind für die junge Generation schon so sehr zu einem Bestandteil ihres Lebensstiles geworden - sie sind bereits so sehr indoktriniert - daß sie gar nicht hören oder sehen können, ohne das Gehörte und Gesehene zu unterfragen und als Konflikt zu erleben. Der Konflikt wird schließlich in jede Lebenssituation hineinprojiziert. Selbstzerstörung als Klassenkampf in allen Bereichen unserer Gesellschaft ist in voller Entfaltung ohne daß die Strategie dieser Zerstörung in ihrer heimlich-unheimlichen Untergründigkeit eingesehen und erkannt wird.

Ohne Gebieter kein Gebot

Wer heute als Funktionär Gesellschaft repräsentiert, eben Wirtschaft, Schule und Medien funktionieren läßt, hat keine Grundsätze und darf sie nicht haben, denn "Anpassung" und nicht "überzeugt sein", lautet die Forderung der Gruppe. Nicht Charakter, sondern Charakterlosigkeit ist gefragt. Persönlichkeit kann eine Gruppe nicht ertragen, an die Stelle der Persönlichkeit tritt der Funktionär.
Der "Funktionär" ist die passende und damit klassische Bezeichnung für die Wirklichkeit der gegenwärtig Herrschenden, weil sie ja Personalität aufgegeben haben und sich gern "verflüssigen" lassen, um sich ganz und gar der Gruppe einzufügen. Diese verflüssigten, damit austauschbaren und zu verfunktionierenden Gestalten sind die Herren unserer Zeit.
Ohne die Gruppe, ohne Partei, Elternrat, Betriebsrat, Gewerkschaft - also ohne Verpolitisierung aller Lebensbereiche wären sie sinn- und arbeitslos. Sie sind pausenlos tätig - aber völlig unschöpferisch. Ihr Feind ist das Feste, Grundsätzliche und Unwandelbare. Sie betreiben den Weg des Uferlosen im Kollektivieren. Sie sind perfekt - und das ist ihr Sinn und Wert - im Herstellen des Konsensus einer Gruppe. Ihre Gabe, die sie so mächtig macht, ist ihre Fähigkeit, zu sensibilisieren, was die Gruppe will. Das setzt totale Anpassungsfähigkeit mit der Bereitschaft, charakterlos zu agieren, voraus.
Ihre totale, charakterlose und Werte abschwörende, in jedem Fall auch gewissenlose Anpassungsfähigkeit um jeden Preis, ihre Hingabe an jede Situation und jedes Verlangen der Gruppe kann als Prostitution der Personalität vom biblischen Personverständnis her beurteilt werden. Sie sind nie in Verantwortung zu nehmen, sie sind immer durch die Gruppe, mit der sie sich identifizieren, gedeckt. Sie selbst bleiben anonym und damit für Verantwortung unfaßbar. Das "Regime der Manager", in einem der großen Analysen unserer Zeit von J. Burnham 1948 vorausgesagt, strebt in lautloser Revolution seiner Totalität entgegen.
Diese Revolution des Kollektivismus ist eine brutale Herausforderung des biblischen Personalismus. Person kommt von personare: durchrufen! Personsein lebt vom Anruf Gottes, von diesem einen, klaren Ruf, der nicht *aus* uns, sondern *über* uns kommt: "Höre Israel, der Herr unser Gott ist ein einziger Gott!" Person ist frei, weil Gott frei ist, ist alles erlaubt, nur der Wille Gottes regiert. Die Person ist nicht der Gruppe, der Natur, den Schicksalsmächten, den Göttern, den Halbgötter-Diktatoren unterworfen. Der von Gott Angerufene ist nur ihm, seinem Gebot, seinem Anruf gegenüber verantwortlich.

Heidentum bedeutet Unfreiheit, Diktatur des unwiderstehlichen und unbegreiflichen Schicksals, heißt unterworfen sein dem Kreislauf der Mächte der Natur, Verfallenheit an Todesmächte, Diktatur der Pharaonen und Cäsaren, die sich als Halbgötter nur auf sich berufen und verantwortungslos ihrer Willkür leben.
Das nachchristliche Heidentum will in diese anonyme, grauenhaftwillkürliche, gottverlassene Sklaverei zurückführen. …

2. Kapitel
Gotteshaß der Vaterlosen
– Krise und Kampf um die Vollmacht der Autorität
– Die Stunde der Chaoten

Bilder des Aufruhrs verhäßlichen die Städte westlicher Demokratien zu verschiedenen Zeiten mit verschiedenen Schwerpunkten: Paris, Amsterdam, Zürich, Berlin, Bremen, Brokdorf, Frankfurt, Freiburg, Nürnberg und fast überall in Amerika. Unerwartet und zunächst unerklärlich können Wogen chaotischer Unruhe emporschnellen. Plötzlich sind sie da mit langen Beinen, in farblosen Jeans, kaum zu unterscheiden Männlein und Fräulein!
Bei aller Unordnung waltet erstaunliche Disziplin im Aufmarsch mit Kindern, Kinderwagen und Sturzhelmen. Der Protest ist wie eine Stimme, das Gebrüll meldet Kampfentschlossenheit. Straßen werden aufgerissen, Steine fliegen. Wir sehen die geschlossenen Formationen der Polizei und spüren die unmittelbar unter die Haut gehende Atmosphäre – unheimlich und bedrückend, geprägt durch Haß und Angst.
Was melden diese vulkanischen Aufbrüche in unserer Gesellschaft? Eigentlich sollte es keiner Frage bedürfen. Die da protestieren sagen ja, warum sie sich zusammenrotten: Sie wollen freistehende Wohnungen, einen verhaßten Politiker am Reden hindern, die Errichtung eines Jugendhauses erzwingen, die Vereidigung von jungen Soldaten stören, die Errichtung eines Atomkraftwerkes stoppen, die Freiheit für Abtreibung proklamieren, die Erhöhung eines Verkehrstarifs unterbinden usw.
Aber zeigen diese Postulate die eigentliche Ursache des Aufbruchs? Es geht sicherlich *auch* um diese konkreten Ziele bei chaotischem Aufruhr – aber sicherlich sind sie nur seichte Vordergründigkeiten eines unheimlichen Hintergrundes.
Die nach allen bürgerlichen Maßstäben unordentlichen, blassen, manchmal bösartig blickenden, sich dann wieder wie Kinder aneinander festhaltenden und auf bunten Wiesen träumenden und wie Hirtenknaben spielenden, mit Mofas röhrend durch die Straßen orgelnden und dann wieder in Zärtlichkeit prassenden, eben äußerlich gar nicht voneinander zu unterscheidenden, viel zu lang geratenen Knaben und Mädchen wollen mehr als das, was sie gerade hier oder da, bei diesem oder jenem Happening in Sprechchören oder auf Transparenten bekunden – sie wollen letztlich den Gottes- und Vatermord.
Sie wollen sich aneinander festhalten – sie ersehnen Schutz in der Macht ihrer Gesellschaft, in ihren Kommunen, in ihren Kollektivs. Sie begehren nicht den Himmel, sie wollen die Erde. Sie hassen den Vater, aber lieben den Bruder. Sie wollen nicht hören, sie möchten fühlen und schreien, sie wollen nicht wollen. Paradox also: Sie wollen, daß sie nicht wollen müssen!
Sie erstreben nicht den Fortschritt – weder für sich noch für die Gesellschaft -, sondern sie möchten Ruhe und Frieden – die Idylle. Ihr Leitwort heißt nicht Pflicht, sondern Lust – sie wollen nicht inneres Chaos überwinden, sondern ohne Schlips und Kragen tun, wozu sie Lust haben. Sie haben und erstreben kein Ziel. Sie möchten sich treiben lassen. Ihr Wunsch ist nicht Verantwortung, Beruf und Eigentum, sondern ihr Verlangen zielt nach verantwortungsloser Geborgenheit im Kollektiv der Gütergemeinschaft.
Sind diese Horden junger Menschen harmlose Sekten unter anderen Sekten? Geht es hier nur um bunte Randerscheinungen einer einfarbig und langweilig gewordenen Zivilisation? Wird sich alles wieder normalisieren, wenn die Knaben Männer geworden sind? Oder leben wir –

ohne es zu wissen – in einer tiefgreifenden Revolution, die bislang nur einige Soziologen, aber längst noch nicht alle Bürger erkannt haben?
Ich meine, wir leben in solch einer Revolution, und ich nenne sie die Revolution des Gottes- und Vatermordes. Wenn ich von dieser Revolution des Gottes- und Vatermordes schreibe, dann denke ich natürlich nicht nur an die Krawalle, die unseren Städten solch unerfreuliche Abwechslung verschaffen. Das Außergewöhnliche ist nur der Gipfel eines Eisberges, einer tiefgreifenden Umwälzung eines Lebensgefüges, das wir christlich-abendländisch nannten. Diese Revolution hat auch nicht nur jene erfaßt, die hin und wieder in Horden durch die Straßen unserer Städte toben, sondern heimlich unheimlich ist sie in uns alle eingebrochen.
Diese Revolution hat ihre Doktrin, sie hat ihren Lebensstil, sie hat ihre eigene Sprache, sie hat – in der Politik, in Universitäten und Schulen – ihre Strategie, und sie hat ihre Funktionäre – kurzum, sie hat alles, was eine Revolution braucht. Sie hat vor allem – und damit sind wir als Christen angesprochen – ihre Stunde: die Stunde der leeren Kirchen, der zerfallenen Gemeinden, der Auflösung der Bekenntnisse!
Dieser Revolution steht nichts entgegen!
Bedenken wir zunächst: Diese Revolution hat ihre Ideologie.
Geschichte der Menschheit – so hörten wir es in der kritischen Theorie der Frankfurter Schule – sei die Geschichte der Herrschaft des Menschen über den Menschen. Des Menschen Leid sei die Struktur der Herrschaft – damit eben auch das System der Autorität, wo immer wir ihm begegnen, sei es in der Familie, sei es in der Schule, sei es in der Gesellschaft. Die Geschichte – bis jetzt – sei nach dem Urteil jener Philosophen nur ein Irrweg gewesen. Das Anarchische und Naturhafte am Anfang der Menschheit – sagen wir die Idylle vor aller Zivilisation – wäre das Paradies gewesen.
Der einflußreiche österreichische Sozialpsychologe Ernest Borneman hat in seinem Buch "Das Patriarchat" (1975), das eigentlich wie eine Art Bibel der Revolution des Gottes- und Vatermordes angesehen werden könnte, folgende These aufgestellt:
Im Anfang der Geschichte der Menschheit gab es eine glückliche Urhorde, in der Menschen der Natur nur das Nötigste entnahmen, um ein bedürfnisloses und glückliches Leben zu führen. Es gab weder Ehe noch Familie. In den Horden Früchte sammelnder und wilde Tiere jagender Menschen waltete sexuelle Promiskuität:
Jeder in der Horde hatte mit jedem geschlechtlichen Verkehr – nur die Mutter kannte ihre Kinder. Väter taten es mit ihren Töchtern, Mütter mit ihren Söhnen, Brüder mit ihren Schwestern, Knaben mit Knaben, Mädchen mit Mädchen. Man sagte noch nicht "mein Mann" oder "meine Frau", jeder gehörte jedem. Weil es keine Ehe und keine Familie gab, gab es kein Eigentum. Weil nur die Mutter ihre Kinder kannte, gab es keine Vaterherrschaft.
Das Glück war da, weil es weder Vaterherrschaft noch Eigentum, aber die Geborgenheit der Gemeinschaft, der Horde, der Kommune, des Kollektivs gab.
Den Sündenfall der Menschheit – Ernest Borneman legt ihn ins Neolithikum (Jungsteinzeit) – brachte der Augenblick, da es hieß "meine" Frau und "meine" Kinder! Familie, Ehe, Vaterherrschaft und Eigentum gehören zusammen und bilden den Sündenfall der Menschheit.
An die Stelle der Anarchie trat die Autorität.
An die Stelle der Horde kam die Familie.
An die Stelle der Mutter trat der Vater und damit das Symbol der Herrschaft und Unterdrükkung. Der Vatergott, von dem die Christen sagen, daß er Himmel und Erde geschaffen habe, und denen er als Herr allen Lebens gilt, ist das Symbol einer repressiven, das heißt auf Unterdrückung beruhenden Gesellschaft. An die Stelle des Lebens aus dem Augenblick genügsamer Hirten, Jäger und Früchtesammler trat die Kultur mit den Herrschaftstugenden von Fleiß, Pflicht, Wille und Überwindung.
Über das sehr abenteuerliche Geschichtsbild Bornemans haben wir hier nicht zu diskutieren.

In diesem Zusammenhang ist nur bedeutungsvoll, daß Bornemans Gedanken zum Ausdruck bringen, was die Gottes-Vatermord-Revolution eigentlich will.
Es besteht nämlich überhaupt kein Zweifel, daß unsere antiautoritäre Revolution in diesem Sinne Bornemans eine Antivater-, Antigott-, Antifamilie- und Antieigentumsrevolution ist, wobei gleichgültig bleibt, wieweit das den Kinder- und Jugendrevolutionären unserer Tage im einzelnen direkt bewußt ist.
Alles, wogegen sie protestieren, ist für sie Symbol dieses verhaßten Vater-Herrschaftssystems, von der Soldatenvereidigung bis zum Atomkraftwerk – und was sie wollen, ist eben die Antikultur der mütterlich bergenden Urhorde: sexuelle Freiheit, Leben in der Gemeinschaft, d.h. praktisch der Kampf um Stätten und Bereiche, in denen sie – sei es in leerstehenden Wohnungen, Kellern, Zelten, Schuppen oder vom Staat eingerichteten Klubhäusern – ihre neue Subkultur wie einst in den Höhlen der Urhorde entfalten können.
Aber dieser Gottes-Vaterhaß tobt nicht nur an den Randzonen unseres Daseins:
Durch die breiten Kanäle der Massenmedien, des Fernsehens, des Radios, der Zeitungen und durch den Blätterwald unserer Schulbücher hat längst so etwas wie eine stille Revolution ihren Lauf genommen.
Auch und gerade die sogenannte sexuelle Revolution, die zumeist als Sinn für mehr Freiheit, Großzügigkeit und Lebensbejahung mißverstanden wird, ist unter anderem ein wichtiges Instrument in diesem Prozeß der antiautoritären Vater- und Gottesmord-Revolution.
Dafür ein Beispiel: In dem Mitspieltheater "Rote Grütze", das als Sexualerziehungsmittel für Fünf- bis Zehnjährige geschrieben wurde, unternehmen Hänsel und Gretel – die Hauptakteure dieses Mitspieltheaters – eine "Elternbefragung": Warum sie "es" (gemeint ist der geschlechtliche Verkehr) so wenig und vor allem so phantasielos "machen". Die Antwort: Die Eltern hatten oder haben Angst vor Vater, Lehrer und "Boß" – eben jeder Form von Autorität -, und dann sind es Arbeit und Pflicht, die Sexualität und Lebensfreude kaputt gemacht haben. Vaterkultur – das will dieses Sexualaufklärungstheater sagen – ist Angstkultur, und Angstkultur zerstört Freude als Lust am Leben.
Ein anderes Beispiel: In dem Buch "Politik im Aufriß" von L. Helbig (1975), das als Arbeitsbuch für Berufsschulen gedacht ist, werden die sexuelle und die politische Revolution als ein Kernprozeß der Befreiung gesehen. Wer auf sexuelle Bedürfnisse verzichtet, der – so meint der Autor – denke auch nicht an Mitbestimmung in Büros, Fabriken, Schulen und Familien. Wer sexuell aktiv ist, sei auch politisch im Sinne einer Fundamentaldemokratisierung aktiv. Wer Sexualität sich Untertan mache, wer sie "beherrscht", wird selbst zum Beherrschten.
Wer Sexualität nicht auslebt, sei schon Objekt einer Herrschaftsstruktur geworden: "Eine Auflehnung gegen autoritäre Behandlung ist repressiv Erzogenen genauso unmöglich, wie dem Drängen der Sexualität mit gutem Gewissen nachzugeben." In diesem Zusammenhang besteht die Schuld des Christentums darin, daß es – so meint der Verfasser – "die sexuellen Triebe nie als menschliche Regungen im guten Sinne gelten ließ".
Der kommunistische Psychologe Wilhelm Reich hatte bereits 1936 in seinem Exil in Kopenhagen mit seinem Buch **"Sexualität und Kulturkampf",** das 1966 mit dem treffenderen Titel **"Sexuelle Revolution"** neu wieder herausgebracht wurde, den **Zusammenhang zwischen Klassenkampf und sexueller Revolution** propagiert.
Wilhelm Reich geht es nicht nur um die "Erkenntnis" (die heute in ungezählten Büchern wiederholt wird), daß die Ehe lustfeindlich sei, sondern daß die Ehe eine Privatisierung der Sexualität bedeute und damit als Ausdruck des kapitalistischen Wirtschafts- und Herrschaftssystems beseitigt werden müsse.
Die zur Sturmflut angeschwollene Aufklärungsliteratur, gerade da, wo sie Ehe und Familie verneint, will unter dem Deckmantel der "Sachlichkeit" und "Information" den Abbau der "Tabuisierung der Sexualität". Im Klartext heißt das, sie will vor allem Scham und Ehrfurcht

kaputt machen. Warum überhaupt Scham? Warum keine Veröffentlichung der Sexualität?
Scham und Ehrfurcht – so wird pausenlos wiederholt – sind Verhaltensweisen einer repressiven, d.h. herrschaftsbedingten, also Lust unterdrückenden Gesellschaftsordnung, die abgeschafft werden muß. Wo immer Scham und Ehrfurcht walten, regiert die Herrschaft der Väter, die Frauen und Kinder als ihren Besitz sehen und folglich deren Gefühlswelt beherrschen wollen.
Wer aber ohne Scham ist, ist auch ohne Ehrfurcht. Wo die Ehrfurcht stirbt, da verkommt die Autorität. Darüber wird es mit jenen Ideologen keinen Disput geben müssen. Der Unterschied besteht nur darin, wie dieser Zerfall von Ehrfurcht und Autorität beurteilt wird.
Gehen Ehrfurcht und Scham, Familie und Ehe unter, dann ist die Urhorde wieder hergestellt. Dann werden Sozial- und Sexualgenossen durcheinander und miteinander am Busen der Mutter Natur, im Urzustand des Paradieses ihr ihnen durch Vaterherrschaft geraubtes Glück wiederfinden.
Ist das nur die Theorie weltfremder Philosophen? Oder werden diese "Lehren" die Gesellschaft der Zukunft prägen? Gedanken dieser Art, die hier nur an einigen Beispielen aufgezeigt wurden, sind weder eine "bloße" akademische Angelegenheit, noch sind sie einflußlos für unsere Gesellschaft.
Zerstörte Ehen und Familien, die Ordnungsfeindlichkeit einer lustbetont lebenden jungen Generation, die tief in der Seele wurzelnde Aggression gegen alles, was mit Vaterkultur zusammenhängt, das Eintauchen in die Sphären der Rauschhaftigkeit durch Drogen und Alkoholkonsum, die Verachtung herkömmlicher Tugenden wie Pflicht, Überwindung, Gehorsam und die Verneinung der Arbeit sind die ganz praktische Seite dieser Kulturrevolution. Die idyllische Erwartung, als könne man einfach zur Natur, zum natürlichen Leben wie zu einer guten Mutter, die alle Menschen glücklich macht, zurückkehren, sind Bestandteile einer neuen Sehnsucht und Hoffnung des Menschen dieser Welt.

Warum kam es so, wie es ist?

Ist diese Revolution gegen die Herrschaft der Väter vielleicht nur eine verständliche Reaktion auf die alle Lebensfreude unterdrückende Herrschaft der allzu mächtigen Väter von gestern? Gab es denn nicht wirklich eine lebens- und sexualfeindliche und dabei so oft verlogene wilhelminisch-viktorianische Lebensauffassung? Hat nicht gerade der Faschismus das Ideal des Männlichen, Willenhaften und Kämpferischen über alle Maßen strapaziert und eine bedrükkende Herrschaftsstruktur aufgerichtet? Hat sich nicht im Helden- und Führerkult des Faschismus so etwas wie eine Revolution des "Maskulinismus" dargestellt?
Hatten und haben wir nicht einen "Gotteskomplex" (vgl. hierzu H. Richter, "Der Gotteskomplex", 1979, in dem Sinn, daß wir, anstatt an Gott zu glauben, selbst den jeweils allmächtigen Gott spielen wollten? Meinten nicht viele Väter, wenn sie von Gottvater und seiner Autorität sprachen, ihr eigenes Gottsein und ihre eigene selbst gesetzte Autorität?
Sind nicht in jenen Tagen einer sich selbst setzenden Vaterherrschaft viele, allzu viele durch herrschsüchtige, autoritär überstrapazierte Väter zu Untertanenmenschen degradiert worden – Kinder und Ehefrauen in gleicher Weise? Haben lebensfeindliche Moralisten nicht tatsächlich die Sexualität – in ganz unbiblischem Sinn – verächtlich und – im Vergessen aller anderen Sünden – vielleicht sogar zur einzigen Sünde "gemacht"?
Es gab eben die Revolution des Maskulinismus, die ganz sicher im Faschismus etliche Triumphe feierte. Die gegenwärtige Anti-Vaterrevolution unserer Tage ist aber nicht bloß eine Reaktion auf diesen Maskulinismus, wie er sich anscheinend im Faschismus als Ideologie darstellte, sondern seine konsequente Fortsetzung!
Halten wir diesen Grundsatz fest: Ohne faschistoiden Maskulinismus keine Anti-Gott-Vaterrevolution.
Autorität, die sich selbst setzt, nur sich selbst gegenüber verantwortlich sein will, ist Diktatur.

Väter, die nicht Gottes Wort, sondern nur ihrem eigenen Willen verantwortlich sein wollen, sind pervertierte Väter, die als Tyrannen ihr Unwesen austoben. Wir dürfen eben nicht vergessen, welche entsetzlichen Exzesse ein Männlichkeitswahn mit der Perversion der Autorität zum Führerkult verursachen konnte.
Erinnern wir uns doch: Rudolf Heß deklamierte am 30. Juni 1934: "Mit Stolz sehen wir: Einer bleibt von aller Kritik ausgeschlossen, das ist der Führer. Das kommt daher, daß jeder fühlt und weiß: Er hat immer Recht und wird immer Recht haben. In der kritiklosen Treue, in der Hingabe an den Führer, die nach dem Warum im Einzelfall nicht fragt, in der stillschweigenden Ausführung seiner Befehle liegt unser aller Nationalsozialismus verankert" (vgl. Joachim Fest, "Das Gesicht des Dritten Reiches", 1977, S. 266 …).
Adams Versuchung war, daß er so sein wollte wie Gott selbst – so allmächtig und so allwissend. Im Vatersein ohne Gott wird diese Ursünde immer wieder aufbrechen. Die heidnischen Väter vergangener Generationen, die Christus leugneten und eine neuheidnische Existenz auslebten, waren die ersten Vatermörder. Unsere vatermörderisch-nachchristliche Zivilisation fand ihre Propheten in Männern wie Nietzsche, die den Willen zur Macht proklamierten, in Darwins Lehre vom erbarmungslosen Kampf um das Dasein und Recht des Stärkeren, in der Heldenverehrung und im Heldentheater des Faschismus und nicht zuletzt in der Philosophie des Existentialismus.
Die Urväter neuheidnischen Gottesmordes lebten im Vertrauen auf sich, nicht aus dem Glauben an Gott. Sie hielten sich für moralisch vollkommen bzw. meinten, moralische Vollkommenheit – nach ihrem Verständnis von Moral – erreichen zu können. In Kraftakten eigener Pflichterfüllung meinten sie, "vor sich selbst bestehen zu können". Sie wußten nichts davon, was sie Gott im letzten schuldig waren. Jesus war für sie nur ein moralisches Vorbild, aber nicht der Erlöser und Versöhner am Kreuz. Die Welt war für sie unbegrenzt offen zur Gestaltung ihrer eigenen Willenskraft. Von einem Ende aller Zeiten und einer Wiederkunft Christi wollten sie nichts wissen.
Der liberale Protestantismus in Deutschland, in der Schweiz, aber auch in Holland hatte seit Ende des vorigen Jahrhunderts diesen Männlichkeitswahn mit seinem Programm der Selbsterlösung wie ein durstiger Schwamm aufgesogen und dann sein "neuprotestantisches Jesusbild", ein Götzenbild des Maskulinismus, aufgerichtet.
Unsere Generation der Vatermörder protestiert auch – nicht nur – gegen Väter, die ihrerseits schon Vatermörder waren! …

3. Schon der Faschismus war Vaterhaß

Der Faschismus (wie auch der Nationalsozialismus) wird in einer sog. "Vulgär-Vergangenheitsbewältigung", wie man sie im Fernsehen, vielen Spielfilmen, Büchern und Aufsätzen immer wieder erleiden muß, nicht nur wirklichkeitsverfremdend und konsumentenhaft-kitschig dargestellt, sondern im Wesen gefährlich mißverstanden.
Faschismus und Nationalsozialismus waren keine autoritativen Weltanschauungen, sondern sie waren genau das Gegenteil davon. Der Nationalsozialismus war eine Anti-Vater-Gottrevolution, die mit ihm bereits einen Höhepunkt erreichte und heute unter anderen ideologischen Karosserien, aber mit gleichem Fahrgestell ihre konsequente, inhaltlich wie strategisch-technisch gleichartige Fortentwicklung erlebt.
Die unbedingte Hingabe an den "Führer", dieses Überfahrenwerden personaler Selbständigkeit, die Bejahung der Gruppe, die Vorordnung des Kollektivs vor dem einzelnen ist antipersonalistisch, gegen Autorität als absolute Autorität, wie sie im Anspruch Gottes offenbar wurde.
Bedeutsam ist, daß der Nationalsozialismus Nein sagte zum Gewissen, das er als eine "jüdische Erfindung" verurteilte (vgl. hierzu F. Heer, "Der Glaube des Adolf Hitler", 1968).
Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch die Todesverherrlichung im Nationalsozialismus,

die nicht nur durch die Todessymbolik (Totenkopf bei den Waffen-SS-Verbänden), sondern durch Verherrlichung im "Liedgut und in der Dichtung jener Zeit zum Ausdruck kam.
Der Führerkult in der NS-Ideologie war ein Anti-Gott-Vater-Kult, er war Ausdruck einer sich selbst setzenden Autorität. …

3. Kapitel

Klassenkampf zwischen Mann und Frau?

– Das Zerstörungswerk des Feminismus für Glaube, Theologie, Kirche und Gesellschaft
– Der Feminismus will die Verfraulichung der Welt

Das Programm der Entmythologisierung (sagen wir das Programm der Verohnmächtigung Gottes, das in den fünfziger Jahren alles, was sich Theologie nannte, in Atem hielt) hat sich innerhalb großkirchlicher Theologie in jedem einzelnen Punkt siegreich durchgesetzt. Die in der Heiligen Schrift bezeugten Taten und Worte Gottes wurden zu zeitgebundenen "Symbolen" eines eben nur "damaligen" Verständnisses von Gott, Welt und Mensch. Die Bibel wurde als Material für unsere Interpretation, zu unserem Gebrauch also, freigegeben.
In schneller Folge führten diese rasanten "Interpretationen" des sogenannten "biblischen Materials" konsequenterweise zur Gott-ist-tot-Theologie und dann – meistens auch schon parallel laufend – zur Theologie der Revolution und Befreiung, nachdem im zaghaften Anlauf zunächst nur von der Theologie der Hoffnung viel geschrieben und noch mehr gesprochen wurde.
Heute ist die Bibel Interpretationsmaterial in dem Sinne, daß Worte wie Gott, Christus, Erlösung, Exodus (Auszug des israelitischen Gottesvolkes aus der Gefangenschaft Ägyptens) als Reizworte zum Gebrauch einer Art religiöser Verklärung für die Weltrevolution der Einheitsgesellschaft bereitgehalten werden.
Die – bislang – letzte und radikalste Phase einer die Aussagen der Bibel zerstörenden Interpretation ist der Feminismus, der keineswegs nur die Befreiung der Frau aus der "Jahrtausende währenden Sklaverei durch christlich patriarchalische Männer" erstrebt, sondern im Zusammenhang einer Theologie der Revolution die Veränderung der Gesellschaft auf dem Wege des Klassenkampfes zwischen Mann und Frau vorantreiben und die Pervertierung des Christentums in eine Muttergottes-Einheitsreligion als Ausdruck kollektiver Gesellschaftsform durchsetzen will.
"Es ist klar", schreibt die Professorin für Feminismus und Christentum an der Universität Nijmegen, Catharina J. M. Halkes, "daß es uns schon lange nicht mehr um die Frage oder um den Platz der Frau geht, um die Formulierung der Aufgabe oder um Zulassung zu den Ämtern. Schon diese Begriffe deuten die Herrschaftsstruktur an: Andere, das andere Geschlecht soll für mich ausmachen müssen, was mein Platz ist? Man’s World (Die Welt des Mannes) hat die Macht, Woman’s Place (den Platz der Frau) zu bestimmen. Darauf haben wir schon unzählige Ballen Papier verschwendet" ("Gott hat nicht nur starke Söhne – Grundzüge einer feministischen Theologie", 1980).
Der zeitgenössische Feminismus kämpft nicht um den Platz der Frau für die Frau in dieser Gesellschaft, um die "Gleichberechtigung", sondern er will die Veränderung dieser durch Männer strukturierten Gesellschaft. Feministen wollen eine andere Kultur, eben eine Kulturrevolution.
In letzter Konsequenz wollen sie nicht nur die andere Frau, sondern auch den anderen Mann, sie wollen eben – elementar ausgedrückt – die Welt auf den Kopf stellen, denn "offenbar ist die Frau in der herrschenden, androzentrischen (auf den Mann bezogenen) Kultur zum Opfer eines immer dualistischen Denkens, eines Denkens und Erlebens in Gegensätzen geworden" (Halkes, a.a.O., S. 21).
Gegen die herkömmliche, christlich motivierte Kultur in der Spannung von Himmel und Erde, Gott und Schöpfung, Mann und Frau, Eltern und Kindern, Schuld und Versöhnung soll die

spannungslose, eben mütterlich-eindimensionale Kultur gesetzt werden.
Der Feminismus liegt damit ganz und gar auf der Welle des Neomarxismus der kritischen Theorie. Herbert Marcuses Theorien feiern hier jubilierende Triumphe. Das Ziel ist der sozialistische Feminismus, der im Bündnis mit allen anderen "Gegenkulturen" als Revolution die "fundamentalste Bewegung" ist, "weil alle die genannten Formen der Herrschaft und Unterdrückung von Menschen durch Menschen soziale Ausdrucksformen jenes Dualismus sind, der am meisten in die Tiefe geht: die Erhebung des männlichen Geschlechtes über das weibliche" (Halkes, a.a.O., S. 30).
Der Mann, das männliche Prinzip, das Vatersein, Vaterherrschaft – eben das Patriarchat – ist an allem schuld. Die Revolution des Feminismus hat also ihr Feindbild, ohne das es eine Revolution bekanntlich nicht geben kann. Die einzige Alternative zum verhaßten Kapitalismus ist – so meint auch die Feministin und Theologin Elisabeth Moltmann-Wendel ("Freiheit, Gleichheit, Schwesterlichkeit.
Zur Emanzipation der Frau", 2. Aufl. 1978, S. 51) – die Revolution der Frau. Auch sie sieht den Zusammenhang mit der neomarxistischen kritischen Theorie und zitiert Herbert Marcuses für den Feminismus so charakterisierende Sätze: "Die weiblichen Qualitäten, auf der biologisch-gesellschaftlichen Grundlage entstanden, könnten die Realisierung eines neuen Realitätsprinzips bringen, weil sie die Antithese zu den die kapitalistische Gesellschaft regierenden Werten darstellen".
Der Feminismus will also nicht nur eine Befreiung der Frau für ihren Platz in dieser Gesellschaft oder nur eine Kulturrevolution in dem Sinne, daß auch die Frau Möglichkeiten eigener kultureller Entfaltung gewinnt, er will im Gegenteil verändern, was man überhaupt nur verändern kann. Er will eine neue Realität: Die Wirklichkeit selbst soll verändert werden.
Aus diesem Grunde kann besagter Herbert Marcuse befriedigt, und den Feminismus in seiner Bedeutung richtig einschätzend, feststellen: "Ich glaube, daß die Frauen-Befreiungsbewegung (Woman’s Liberation Movement) derzeit die vielleicht wichtigste und potential radikalste politische Bewegung ist, die wir haben, auch wenn das Bewußtsein dieser Tatsache die Bewegung als Ganzes noch nicht durchdrungen hat" (Jutta Menchik, "Feminismus – Geschichte – Theorie – Praxis", 1977).
Marcuse hat recht mit diesem Urteil. Hinzufügen möchte ich, daß brave Bürger und Bürgerinnen keine Ahnung davon haben, welche starken Kolonnen einer kollektivistischen Welt-Kulturrevolution wir schon in unserer Mitte haben, auch und gerade in unseren Großkirchen, Freikirchen und Gemeinschaften.

Das Feindbild Mann

Dem Kampf um die "neue Realität" steht der Mann, so wie er ist, als Feind Nummer eins im Wege. Der Feminismus will das Weibliche befreien und entfalten, ja zum Triumph in einem neuen Realitätsprinzip führen; aber das Männliche kann weder befreit noch entfaltet, es muß abgeschafft, besser wohl noch vernichtet werden.
Valerie Solanas ("Manifest der Gesellschaft zur Vernichtung der Männer", 1969) meint: "Der Mann ist eine Maschine, ein 'Gummipeter auf zwei Beinen'. Die Männer sind verantwortlich für alles Böse, für Unterdrückung, Haß und Gewalt, sie sind unfähig zur Zivilisation …".
Das Männliche ist – darauf legt diese kollektivistisch orientierte feministische Revolution allergrößten Wert – unfähig für die Einpassung in die Gruppe und zum Leben aus der Emotionalität eben dieser Gruppe. Das Zueinander von Gruppe und Emotionalität, das Nein zum Willenhaften und zur Individualität, sind Hauptziele dieser das mütterlich-bergende Kollektiv anstrebenden feministischen Weltrevolution.
Nach Valerie Solanas gehört die Zukunft der Frau, weil nur Emotion und Kollektiv die Zukunft der Totalzivilisation durchtragen werden: "Die wenigen überlebenden Männer", so schlägt sie, die tatsächlich Männer mit dem Revolver angriff und selbst schließlich durch

Selbstmord endete, in "barmherziger" Weise vor, "mögen ihre kümmerlichen Tage mit drop out und Drogen weiterfristen, als Transvestiten in Frauenkleidern herumstolzieren oder passiv die superdynamischen Frauen in voller Aktion bewundern… "
Diese Sätze sind inhaltlich nicht so komisch, wie sie sich zunächst für unerschrocken-weltfremde, bürgerliche Existenz anhören lassen. Nicht nur das Feindbild, sondern die treffende Diagnose von der Selbstzerstörung des Mannes, seine Krise zum Tode ist bedeutungsvoll. Denn "Mann sein" und "Vater sein" befinden sich heute – wir werden darauf noch weiter eingehen – in einer Krise zum Tode, und die von Valerie Solana erwähnte "schmerzlose Vergasung" erinnert an den bislang größten Vatermord der Geschichte, an die Vernichtung jüdischer Menschen, wobei wir uns daran erinnern, daß der Nationalsozialismus eine femininheldische Vatermordrevolution war, für die der biblische und damit eben auch der jüdische Mann als verhaßter Repräsentant der Vaterkultur galt.
Der Feminismus kann noch radikaler an die Ideologie des Nationalsozialismus anknüpfen. Elisabeth Gould Davis ("The First Sex", 1975) gebraucht zwar nicht den im Nationalsozialismus üblichen Begriff "Untermensch", aber mit biologischer Argumentation degradiert sie den Mann zu einem zumindest – und gelinde ausgedrückt – zweitrangigen, eben auf niedererer Stufe als die Frau stehenden Lebewesen. Hätten doch – so ihre Argumente – Geneologen erkannt, daß das Y-Chromosom, aus dem der Mann hervorgeht, ein abgebrochenes X-Chromosom sei, von dem die Frau sogar zwei besitze, so "daß Frauen eine Rasse für sich, das starke erste Geschlecht, und Männer die biologische Nachhut" seien.
Auch hier weigere ich mich, in solchen phantastischen Aussagen nur Komisches zu sehen. Rassenbiologisch motivierte Urteile über das Menschsein haben in vergangenen Jahrzehnten zu furchtbaren Konsequenzen trotz aller Absurdität der Argumentation geführt. Auf diese Beurteilung des Mannes "auf zoologischer Basis" wollen wir uns hier auch gar nicht erst weiter einlassen, aber schon jetzt, mit um so größerem Ernst, die Frage stellen, welche ethischen Orientierungsdaten der Feminismus seinem Urteil über Menschen eigentlich zugrunde legt.
Zweifellos stehen diese Aussagen, wie wir sie eben hörten, auf der Außenseiterposition des Feminismus -gegenstandslos sind sie deswegen nicht. Sie erhellen vielmehr die Grundtendenz des Feminismus, nämlich sein Bestreben, das herkömmliche Zueinander von Natur und Menschsein radikal nicht nur in Frage zu stellen, sondern aufzuheben.
Es gibt im Feminismus einen breiten Konsensus darüber, daß herkömmliches, geschlechtliches Zueinander von Mann und Frau zu verneinen sei. …
Für Carla Lonzi ("Die Lust, Frau zu sein", 1975) bedeutet die normale Lust, die im herkömmlichen, also natürlichen Geschlechtsverkehr durch die Einführung des Penis in die Vagina erreicht wird, nicht die umfassendste und vollkommenste Lust, sondern die Lust der patriarchalischen Sexualkultur. Sie zu erreichen bedeute für die Frau, sich verwirklicht zu sehen in dem einzigen Modell, das ihr Belohnung verspricht, in dem Modell, das die Erwartung des Mannes erfüllt. Das patriarchalische Paar ist das Paar Penis-Vagina, Ehemann und Ehefrau, Vater und Mutter der fortpflanzungsgebundenen animalischen Kultur:
Ihr Verhältnis zueinander wird nicht durch die Funktionsweise der Sexualität bestimmt, sondern durch die Fortpflanzung, der die weibliche Sexualität untergeordnet wird. Die vaginale Frau ist das Ergebnis dieser Kultur. Sie ist die Frau des Patriarchen und der Herd eines jeden Mythos der Mütterlichkeit, die Sklavin, die die Fesseln der Unterwerfungen weitergibt, durch die die männliche Herrschaft jede historische Veränderung hat überdauern können.
Diese Sexualität, so wie sie die europäische Frau "im christlichen Abendland normalerweise" erlebt, ist "Spiegel und Instrument der Unterdrückung der Frau in allen Lebensbereichen", meint Alice Schwarzer ("Der kleine Unterschied und seine großen Folgen. Frauen über sich – Beginn einer Befreiung",1975, S. 71).
Ähnlich urteilt Kate Miller ("Sexus und Herrschaft. Die Tyrannei des Mannes in unserer Ge-

sellschaft", 1971): Das Eindringen des Penis in die Vagina sei Ausdruck männlicher "Penetrationswut", der aggressiven Herrschaftshaltung des Mannes.
In dieser Weise der geschlechtlichen Begegnung – so meinen die Feministinnen – zeige sich die Feindschaft des Mannes gegen die Frau. Es versteht sich von selbst, daß das Zueinander und Miteinander von Geschlechtlichkeit und Zeugung, Liebe und Ehe, Ehe und Familie vom Feminismus verneint wird.
Die Lust wird zur selektierten, einsamen, nur auf Selbstbefriedigung abzielenden Lust. Der Feminismus ist also in seiner radikalen Form in sich selbst die Zerstörung von Ehe und Familie. …

Der Kampf um die neue Realität

Schon Simone de Beauvoir, die zu ihrer Zeit noch vom französischen Sozialismus und Kommunismus belächelte Großmutter des modernen Feminismus, hat in ihrem den Feminismus stark bewegenden Buch "Das andere Geschlecht" (zuerst 1949 erschienen) proklamiert: "Man wird nicht als Frau geboren, man wird es." Nicht die Natur ist "schuld" daran, daß die Frauen so sind, wie sie leider jetzt sind, sondern die Kultur hat sie dazu gemacht.
Hinter dieser These stand die damals starke Position der existentialistischen Philosophie im Sinne von Jean-Paul Sartre. Was der Mensch ist, wählt er in freier Entscheidung; es gibt keine vorgegebene, ewige, etwa von Gott gesetzte Ordnung. Letztlich schafft der Mensch sich selbst.
Seit Simone de Beauvoir wirkt diese atheistische Schöpfungsordnungsfeindlichkeit als munter sprudelnde Quelle in der Bewegung des Feminismus und ist mittlerweile jetzt, auf dem Höhepunkt dieser feministischen Bewegung, zu einem breiten Strom der Schöpfungsfeindlichkeit angeschwollen.
Betty Friedan ("Der Weiblichkeitswahn", 1968) und Margarete Mead ("Jugend und Sexualität in primitiven Gesellschaften", 1971) werden nicht müde zu betonen, daß Frauen nicht von Natur und für alle Zeiten auf ihr Frausein festgeschrieben sind, sondern daß eine böse, androzentrische, eben männlichkeitsbezogene Unkultur Frauen zu dem gemacht hat, was sie heute sind.
Die "Natur", meint die Protestantin Elisabeth Moltmann-Wendel in Erinnerung an die Ergebnisse dieser sogenannten Forschungen im Geiste des Feminismus, "stellte sich vor allem seit den Forschungen Margarete Meads als etwas Neutrales, nicht Beeinflußbares und als eine sehr abhängige Erscheinung heraus. Die Frau ist demnach keine Schöpfung der Natur, sondern ein Zivilisationsprodukt". Also – und das ist Sinn dieser herbeigesehnten Erkenntnisse – die Frau kann sich selbst, so wie sie ist, abschaffen.
Dieser Protest gegen vorgegebene Realität und für eine neue Realität wurde radikal formuliert durch Shulamith Firestone ("Frauenbefreiung und sexuelle Revolution", 1975). Menstruation, Zeugung, Schwangerschaft und Geburt sind Geißeln der Frau. Alle technischen Möglichkeiten dieser Zeit und der nahen Zukunft müssen genutzt werden, um die Frau von diesen Geißeln zu befreien. Sexualität muß befreit werden von Ehe, Kind und Familie.
Frau Firestone träumt von der Möglichkeit, daß Kinder in einem Reagenzglas befruchtet werden und daß das Geschlecht durch technische Manipulation bestimmt wird: "Die Blutbande zwischen Mutter und Kind werden endlich zerrissen werden. Sollte tatsächlich eine männliche Eifersucht auf die Kreativität des Gebäraktes entstehen, so werden wir schon bald in der Lage sein, Leben unabhängig von einem Geschlecht zu erzeugen, so daß eine Schwangerschaft, die dann unverhohlen als plump, ineffizient und schmerzhaft bezeichnet werden kann, dann nur, wenn überhaupt, ironisierend als archaisch ertragen wird."
Noch radikaler verlangt Ernest Borneman ("Das Patriarchat", 1975) überhaupt die Abschaffung der Geschlechtlichkeit. Für ihn ist der Zerfall der mütterlich geleiteten, im Urkommunismus lebenden Urhorde durch die Herrschaft der Väter eben der Sündenfall der Menschheit.

Für eine geschlechtslose Gesellschaft fordert er: "Die endgültige Befreiung der Frau kann nur in der Befreiung von der Geschlechtlichkeit liegen. Die klassenlose Gesellschaft der Zukunft kann nur eine geschlechtslose Gesellschaft sein … Sie muß polymorph sein, oder sie führt das Prinzip der Herrschaft, das wir eben durch die soziologische Tür hinausbefördert haben, durch die Hintertür der Sexualität wieder ein."
Die Gesellschaft muß anders werden, dann muß zwangsläufig eben auch die Natur anders werden. Die Natur muß sich – wie Wissenschaft, Kunst, Wirtschaft und natürlich auch die Kirche – nach der Gesellschaft richten.
Angesichts dieser radikalen Revolution, die eben nicht nur Mensch und Gesellschaft, sondern auch die Natur selbst packen will, wirkt die Revolution des Marxismus-Leninismus als eine romantisch-idyllische Erinnerung an das 19. Jahrhundert.
Im Feminismus werden Übergänge zwischen Natur und Kultur "verflüssigt", eben damit die Natur nach dem Bilde des Feminismus verändert wird: "Denn Biologie ist nicht Schicksal, sondern wird erst dazu gemacht. Männlichkeit und Weiblichkeit sind nicht Natur, sondern Kultur. Sie sind die in jeder Generation nur erzwungene Identifikation mit Herrschaft und Unterwerfung. Nicht Penis und Uterus machen uns zu Männern und Frauen, sondern Macht und Ohnmacht", meint die Feministin Alice Schwarzer.
Dieses Aufbegehren gegen herkömmliche Ordnung bleibt keineswegs nur feministische Theorie. Schon längst ist – wie gesagt, für die meisten Bürger verborgen – dieser Weg in die Praxis "multifrontal", d.h. an vielen Fronten, in Medien und Schulen, beschritten. Der Bürger sieht am Ende nur das Ergebnis eines Prozesses, den er als solchen nicht erkennen konnte oder wollte.
Der Weg in die Praxis geht vor allem über die Pädagogik mit ihrer Armada von Pädagogen, mehr oder weniger ausgebildet im Sinne dieser im Buch aufgezeigten Theorien.
Einer der großen Theoretiker unter den Pädagogen, die die Phase der Kindheitssexualität "sozial durchformen wollen", ist Helmut Kentler (vgl. "Die soziale Dimension der Sexualität" in "Sexualmedien", 1975). Traditionelle, geschlechtsspezifische Verhaltensweisen sollen dadurch relativiert werden, daß Jungen tun, was Mädchen tun, und Mädchen tun, was Jungen tun. Mit Puppen spielende, ihre Gefühlswelt wie Mädchen regulierende Knaben sollen zu einem zärtlichen Lebensstil finden; denn der Mann ist "unterentwickelt im Geben und Nehmen von Zärtlichkeit", meint Kentler.
So sind wir auf dem Wege zu einer nicht nur klassenlosen, sondern auch geschlechtslosen Gesellschaft, zu einer sexuell polymorphen, panerotischen Urhorde, in deren wohlfühliger Geborgenheit alle alle lieben. Nur wenn wir diese Zielvorstellung des Feminismus, die übrigens auch von der kritischen Theorie Marcuses angestrebt wird, kennen, verstehen wir den Kampf für die Abtreibung … und das Recht der Homosexuellen, der nun schon bald im Sinne der "Schwulen-Initiativen" siegreich durchgetragen ist.
Im letzten geht es in diesem Streit nicht um Hilfe für die Frau oder um den Platz "des Homosexuellen in der Gesellschaft" – wie viele leider immer noch verkennen. Ziel ist vielmehr, daß überhaupt Sexualität von Mutterschaft ein für allemal getrennt und daß – im Blick auf die Emanzipation der Homosexuellen – die polymorphe, nicht mehr heterosexuell orientierte Pansexualität zum Triumph geführt wird: "Frauenbefreiung und Schwulenbefreiung streiten beide für ein gemeinsames Ziel: eine Gesellschaft, die frei davon ist, Menschen aufgrund von Geschlecht und oder sexueller Übervorteilung zu definieren und kategorisieren", forderte Kate Miller schon 1970 in einem Aufsatz der Times.

Der Schöpfungshaß der Feministen

Der Feminismus sagt Nein zur Schöpfung Gottes: Der Haß gegen Gott, den allmächtigen Vater, Schöpfer Himmels und der Erde, ist der Haß gegen die Ordnung der Schöpfung, wie sie in der Bibel geboten ist. Der Feminismus ist Symptom modernen, sich gegenwärtig immer mehr

steigernden Schöpfungshasses.
In einer fast prophetischen Weise haben zu Anfang dieses Jahrhunderts unter anderem Aldous Huxley und George Orwell diesen Schöpfungshaß in ihren Visionen vorausgesehen. In Huxleys Zukunftsvisionen von einer zukünftigen, total kollektivierten Gesellschaft – "Brave New World" (engl. 1932) – sind Ehe und Familie nur noch Feind, letztlich Stacheldraht gegen die Gesellschaft und sollen nach dem vom Kollektiv propagierten Leitspruch "Jedermann ist seines Nächsten Eigentum" abgeschafft werden.
Diese Vision von Aldous Huxley stellt das Verlangen der Zivilisation nach einer Wohlfühlzivilisation dar, deren Symbol eben die Muttergottheit ist. Die absolute Glückseligkeit in der Anonymität des Kollektivs – das ist es, was der Mensch heute im Grunde sucht und was er als Überwindung des 'Dualismus', eben des biblischen Glaubens, propagiert.
Nach dem letzten Weltkrieg schrieb auf einer einsamen Insel vor der Ostküste Schottlands ein ehemaliger Mitstreiter der 'Internationalen Brigade' im spanischen Bürgerkrieg, der aber dann vom Kommunismus abtrünnig geworden war, **Eric Blair,** seine einfach niederschmetternde Zukunftsvision für das Ende dieses Jahrhunderts nieder.
Dieser am Kommunismus irre gewordene Schriftsteller wurde weltbekannt unter dem Namen **George Orwell,** und sein schriftstellerischer Welterfolg heißt '1984' (1. deutsche Ausgabe 1948). In dieser Schau der Zukunft findet sich genauso wie bei Huxley das radikale Nein zur Schöpfung, vor allem zu Familie und Ehe. Eine allmächtige Partei, die 'grausame Mutter' der Gesellschaft, wütet gegen Natur und Schöpfungsordnung.
Die Partei wendet sich gegen alles, was den Menschen an die Natur bindet. So richtet sie sich beispielsweise gegen die Sexualität – nicht nur, weil die Sexualität sich eine Welt für sich zu schaffen verstand, sondern vor allen Dingen, weil die sexuelle Enthaltsamkeit zur Hysterie führte und damit ein erstrebenswertes Ziel erreicht wurde, denn diese Hysterie konnte in Kriegsbegeisterung und Führerverehrung umgewandelt werden. Sie wollen, daß man ständig zum Platzen mit Energie geladen ist. Dieses ganze Auf- und Abmarschieren, Hurrabrüllen und Fahnenschwenken ist weiter nichts als sauer gewordene Sinnlichkeit.
Wenn man innerlich glücklich ist, kann man weder über den großen Bruder noch den Dreijahresplan, die Zwei-Minuten-Haßsendung und den ganzen übrigen Schwindel in Begeisterung geraten. Die seelischen Energien sollen also nicht durch natürliche Triebe ausgelebt, sondern durch von der Partei gelenkte Ersatzformen abreagiert werden. Die Partei will das Sexualgefühl abtöten, es in den Schmutz ziehen. Es gibt die Jugendliga gegen Sexualität, die für die geschlechtliche Enthaltsamkeit eintritt und die künstliche Befruchtung (in der Neusprache heißt das Kunstsamen) fordert.
Ein wirkliches Liebeserlebnis war ein nahezu unvorstellbares Ereignis. Die Frauen dieser Partei waren sich alle gleich. Die Enthaltsamkeit war ihnen ebenso tief eingeimpft wie die Treue zur Partei … Der Akt der geschlechtlichen Verschmelzung, wenn er glückhaft vollzogen wurde, war ein Akt der Auflehnung. Die Begierde war ein Gedankenverbrechen.
Alle großen Gefühle wie Liebe, Freundschaft, Tragik usw. sind ausgerottet. Tragik, so muß der Außenseiter Smith erkennen, gehört einer vergangenen Zeit an, als es noch Eigenleben, Liebe und Freundschaft gab und die Mitglieder einer Familie, ohne nach dem Grund zu fragen, füreinander eintraten … Heutzutage gibt es Angst, Haß und Leid, also keine starken und wertvollen Gefühle, keine tiefen und echten Schmerzen.
Der utopische Mensch ist ein destruierter (ruinierter) Mensch. Die Partei hat ihn abgebaut, damit seine Eigenständigkeit aufgehoben werden konnte und er für das Kollektiv reif wurde: Die alten Kulturen erhoben Anspruch darauf, auf Liebe oder Gerechtigkeit gegründet zu sein. Die unsrige ist auf Haß gegründet, für unsere Welt wird es keine anderen Gefühle geben als Haß, Wut, Frohlocken und Selbstbeschämung. Die Zertrümmerung der Grundordnungen, der systematische Abbau all dessen, was den herkömmlichen 'alten' Menschen ausmacht, legt den

utopischen Menschen frei.
Der Funktionär von '1984' sagt an: 'In Zukunft wird es keine Gattinnen und keine Freunde mehr geben. Die Kinder werden ihren Müttern gleich nach der Geburt weggenommen werden, so wie man einer Henne die Eier wegnimmt. Der Geschlechtstrieb wird ausgerottet. Die Zeugung wird eine alljährlich vorgenommene Formalität wie die Erneuerung einer Lebensmittelkarte werden. Wir werden das Wollustmoment abschaffen; unsere Neurologen arbeiten gegenwärtig daran. Es wird keine Treue mehr geben, außer der Treue gegenüber der Partei.
Es wird keine Liebe mehr geben, außer der Liebe zum Großen Bruder. Es wird kein Lachen mehr geben, außer dem Lachen des Frohlockens über einen beseitigten Feind. Es wird keine Kunst geben, keine Literatur, keine Wissenschaft. Wenn wir allmächtig sind, werden wir die Wissenschaft nicht mehr brauchen. Es wird keinen Unterschied geben zwischen Schönheit und Häßlichkeit. Es wird keine Neugierde, keine Lebenslust geben …
Wenn Sie sich, so fährt der Parteifunktionär von 1984 in seiner Rede fort, 'ein Bild von der Zukunft machen wollen, dann stellen Sie sich einen Stiefel vor, der einen Menschen tritt, immer und immer wieder. Die Zerstörung der Grundordnung ist die Voraussetzung dafür, daß die Macht der Partei, die ja in der Ausschaltung des Individuellen besteht, erhalten bleibt. Macht heißt, einen menschlichen Geist in Stücke zu reißen und ihn nach eigenem Gutdünken wieder in neuer Form zusammenzusetzen. Der Mensch soll seines eigentliches Ichs beraubt werden, er soll nichts weiter als eine Schöpfung der Partei sein. Es gibt keine über alle Umwandlungsversuche erhabene menschliche Natur. Wir machen die Natur.'
Der moderne Feminismus könnte zumindest dem letzten Satz dieses Terrorkommissars in George Orwells "1984" vollauf zustimmen! Es gibt nicht die Natur – die Natur wird gemacht; es gibt nicht die Frau, sondern die Frau wurde gemacht – sagen alle Feministen.

Der Untergang des Mannes

Eine der Ursachen (wenn nicht vielleicht die Ursache überhaupt) für die Revolution der Frau ist die Krise oder – noch schärfer ausgedrückt – der Untergang des Mannes. Wir leben im Zeitalter der "Entmannung des Mannes", in einer "kastrativen" Epoche, gekennzeichnet durch den härtesten Klassenkampf, den es je gegeben hat und der zerstörend und aufsprengend durch die Familie schleicht: Ich meine den Klassenkampf der Frau gegen den Mann.
Schon 1954 konnte Abram Kardiner ("Sex and Morality", 1954) im Blick auf die amerikanische Gesellschaft feststellen, daß in den Massenmedien die Frau mehr und mehr als ein Wesen erscheint, "das den unbeholfenen Ehemann nach Belieben herumscheucht" (vgl. Hoffmann R. Hays, "Mythos Frau. Das gefährliche Geschlecht", 1978): "Gehorsam und unterwürfig sorgt er für den Familienunterhalt, während in Wirklichkeit seine Frau alle Macht in Händen hält. Ist ihr Kind-Mann durch eigene Schuld in Schwierigkeiten geraten, so muß sie ihm heraushelfen, und er zahlt für ihren Beistand mit dem Verlust seiner Würde."
Die damalige einflußreiche amerikanische Wochenzeitschrift "Look" veröffentlichte schon 1958 eine Dokumentation mit dem alles sagenden Titel "The Decline of the American Male" (Der Untergang des amerikanischen Mannes). Dieses Schlagwort deckte nun plötzlich die Tatsache auf, daß die US-Gesellschaft direkt auf dem Wege in ein Matriarchat war – und das alles vor 25-30 Jahren! …
Der Glaubenszerfall des "modernen Menschen" in der westlichen Zivilisation mußte zwangsläufig zur Entmannung des Mannes führen! Der Mann ist nicht mehr Wille, weil er den Willen Gottes nicht mehr aufnimmt! Der nicht mehr von Gott gerufene, der Gott fliehende Mann ist der sinnlose, der an seinem Mannsein zerbrechende, in der Krise kaputtgehende und sich in seinem Selbst auflösende Mann.
Die Frau lebt aus der Hingabe zum Mann. Wenn aber der Mann nicht mehr Mann ist, verliert die Frau – ganz einfach und allen Feministen zum tödlichen Ärgernis gesagt – ihre Zuordnung zum Mann. Wo soll ergänzende Begegnung zwischen Mann und Frau sein, wenn der Mann

nicht mehr Mann ist? Wie soll die Frau "vor dem Mann Ehrfurcht haben?" (Epheser 5, 33)
Wie soll sich die Frau dem Mann "hingeben" und darin, letztlich wirklich nur darin, die Erfüllung ihres erotischen Verlangens erfahren, wenn der Mann "mutterschutzsuchenderweise" in der Frau eben nur noch die Mutter sucht? Eine Frau kann und soll einen Mann nicht "ehrfürchten", sie kann dem Mann nicht untertan sein "wie dem Herrn", wenn eben der Mann durch Unglaube das Mandat, die Vollmacht, die Bevollmächtigung Gottes verloren hat!
Von daher gesehen, ist der Feminismus Strafgericht über die heilsverlorene Gottesflucht des Mannes in unserer Zeit. Männerherrschaft ohne Gottesfurcht ist Maskulinismus, der das Strafgericht des Feminismus erleiden muß, oder, anders ausgedrückt, die Quantität des maskulinen Atheismus schlägt um in die Qualität eines atheistischen Feminismus.
Gerade in diesem "dialektischen Sprung" leben wir heute! Hier liegt auch die qualvolle Herausforderung der Frau! Sie hat weder dem maskulinen noch dem "weichlichen" Mann untertan zu sein! Ihre Ehrfurcht gegenüber dem Mann ist – wie es der Epheserbrief ausdrückt – "im Herrn"! Nur im Herrn gilt das Zueinander von Mann und Frau – alles andere wäre Unterdrükkung des Menschen durch den Menschen, wäre Versklavung des Mannes oder der Frau. Genau das will die biblische Schöpfungsordnung nicht.

Gott, der allmächtige Vater

Der Feminismus meint mit seinem Leitwort "Wholeness" (Ganzheit) das nicht mehr differenzierte, aus der Spannung befreite "Ganze". Das bergende und schützende, umhüllende Eintauchen in den Schutz der großen Mutter steht gegen das Gegenüber von Gott und Mensch, gegen die Spannung von Fleisch und Geist, Himmel und Erde, Tod und Leben – gegen all die Wirklichkeiten, die mit der Relation Männlichkeit in den Aussagen der Bibel repräsentiert sind.
Der Gott im Alten Testament ist Trennung und Spannung zur Welt und zum Menschen. Er ist dieses dynamisch-dramatische Gegenüber von Schöpfer und Geschöpf, Himmel und Erde. Gott der Herr (die Septuaginta wird immer den Namen Gottes "Jahweh" mit Kyrios, also "Herr" übersetzen) ist eben – wie Karl Barth es in seiner großen theologischen Jugendzeit wieder entdeckte – der "ganz Andere", der heilige, der unsichtbare, auch durch Gefühl und Begriffe nicht faßbare Gott.
Vor allem ist er das heilige Gegenüber zu jener Welt und zu jenem Menschsein, das der Sünde verfallen ist. "Die Ägypter sind Mensch und nicht Gott, ihre Pferde sind Fleisch und nicht Geist", ruft Jesaja (31, 3). Gott ist der Herr, aber Gott ist nicht ein Mann. …

Feminismus ist Irrlehre

In dieser zwiespältigen, von der Feindschaft gegen Gott überfallenen und dunkel beschatteten Welt ist Christus der Erlöser als der Kämpfer, Überwinder und Sieger. Diese Mächtigkeiten des Heils gelten als die Repräsentation des Männlichen. Also – wenn man so will – dann eben doch Jesus, der Mann.
Jesus, der Sohn Gottes, war Gott und wahrer Mensch, und auch als der in das Fleisch Gekommene, als der Erniedrigte, der die Knechtsgestalt annahm, die unser Menschsein prägt, hörte er niemals auf, Sohn Gottes zu sein. Der Heiland Jesus Christus kann nicht anthropologisiert werden, seine Männlichkeit ist nicht unsere verfehlte Männlichkeit. Seine Menschlichkeit – dem dreieinigen Gott sei Dank – ist nicht unsere verfehlte Menschlichkeit. Jesus ist der Christus – der Sohn Gottes, der in kein Bild und auch in keine Philosophie und Psychologie (auch nicht in die von Carl Gustav Jung) eingezwungen werden darf und kann.
Der Feminismus ist die Verneinung des in der Bibel geoffenbarten Gottes und seiner Schöpfung, des in der Bibel bezeugten Zueinander von Mann und Frau. Der Feminismus betreibt die Geschäfte jener Muttergottheiten, gegen die die Propheten des Alten Testamentes kämpften. Der Feminismus treibt die Kirche in die undifferenzierte, spannungslose Wohlfühlgesellschaft, in der sich das entpersonalisierte Kollektiv verwirklicht.

In der Kirche, wie sie der Feminismus will, verschlingt – wie ehedem – die Muttergottheit das Individuum und zerstört die Botschaft von Christus, so wie damals die Göttinnen Kleinasiens ihre Götter verschlungen haben. Himmel und Erde, Licht und Finsternis, Mann und Frau, Gott und Mensch werden durch sehnsüchtig erwartetes Kollektivmenschentum verschlungen.
Unsere Gegenwart tendiert auf Kollektivismus, und der Feminismus betreibt – wie jede Häresie – das Geschäft der Anpassung der Kirche an diesen gesellschaftlichen Trend. Der Feminismus mit seinen "großen Frauen", angefangen von Simone de Beauvoir ("Das andere Geschlecht", 1949), über Betty Friedan ("Der Weiblichkeitswahn oder die Selbstbefreiung der Frau", 1970), Kate Miller ("Sexus und Herrschaft.
Die Tyrannei des Mannes in unserer Gesellschaft", 1971) bis Mary Daly ("Beyond God the Father", 1974) und vielen anderen, die wir in diesem Aufsatz nannten oder nicht nennen konnten, ist wohl die bislang letzte, aber auch wichtigste Aktualisierung des modernen Atheismus, der im Grunde die Retrogression, die quasimütterliche, sprich kollektive Gesellschaft anstrebt. Der Feminismus ist keine Schreibtischrevolution, er ist Ausdruck des Verlangens der Masse nach kollektivistischer Geborgenheit.
Der Feminismus betreibt nicht den Kampf gegen den Mann, sondern gegen das Menschsein. Soweit er den Maskulinismus einer atheistisch sich mißverstehenden Supermännlichkeit als unchristlich und unmenschlich entlarvt, wollen wir gerne von ihm lernen. Aber der Feminismus zerstört das biblische Verständnis der Frau, verneint die besondere Geschöpflichkeit der Frau und treibt sie dadurch in eine tiefgreifende Einsamkeit und quälende Sinnlosigkeit.
Die Feministinnen haben recht: Die Frau kann gegen die Schöpfungsbestimmung leben – wir fragen nur, ob sie diese Verneinung der von Gott gesetzten Schöpfung als Mensch überleben wird. Der Feminismus (femina heißt ja Frau) kämpft gegen die Frau, gegen die Mütterlichkeit in unserer immer einsamer, unpersönlicher und kälter werdenden Gesellschaft. Durch den Feminismus wird es noch kälter werden auf dieser Erde. …<<
Der deutsche Studiendirektor Rudolf Willeke berichtete im Februar 1982 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 142 - 1982 (x853/...): >>**Die Befreiung vom Rechtsstaat durch emanzipatorische Rechtserziehung in der Schule**
Ein Beitrag zum Problem "Aushöhlung des rechtsstaatlichen Legalitätsprinzips" aus der Perspektive des Pädagogen (Bökmann).
1. In einem Gottesdienst am 26.11.81 in Bonn hat Kardinal Ratzinger vor katholischen Abgeordneten vor einer Totalisierung des Staatsanspruchs, den Menschen zu betreuen und zu verwalten, gewarnt. Insbesondere über die staatlichen Pflichtschulen und eine das Totum des Menschen erfassende "Erziehung" ("Sozialerziehung"; Zwangs-Sexualerziehung unter Verletzung der Scham- und Intimsphäre; "Aufbrechen der Eltern-Kind-Beziehung"); aber auch über lebenslängliche pflichtmäßige und "flächendeckende" Service-Stationen werden derartige Zugriffe (Jugendhilfegesetzentwurf) praktiziert. Sie scheitern partiell nur an der Unfinanzierbarkeit solcher angeblich "sozialer" Wohltaten.
Ratzinger dagegen: Ein Staat, der das Ganze des menschlichen Könnens und Hoffens sein wolle, wäre falsch und antichristlich. Vertreter einer solchen Staatsauffassung, die als ihr Ziel die vollkommene Befreiung des Menschen propagieren, die Aufhebung aller Herrschaft, stünden im Widerspruch zur Wahrheit des Menschen und im Widerspruch zu seiner Freiheit, "weil sie den Menschen einzwängen in das, was er selber machen kann."
Und dann: "Solche Politik, die das Reich Gottes zum Produkt der Politik erklärt und Glaube in den universalen Primat des Politischen beugt, ist ihrem Wesen nach Politik der Versklavung, sie ist mythologische Politik." Erster Dienst des christlichen Glaubens an die Politik sei es daher, den Menschen von der Irrationalität politischer Mythen zu befreien, die die eigentliche Bedrohung unserer Zeit seien.
Genau eine derartige emanzipatorische Erziehungs- und Schulideologie aber wird massiv -

wie im folgenden nachgewiesen – durch einen Großteil unserer Schulbücher und also des entsprechenden Schulunterrichts vermittelt. Und dies mit z.T. durchaus manipulatorischen Mitteln.
2. Eine Rolle spielt dabei die Umdrehung von verfassungsmäßigen Schutz-Rechten (so entstanden sie - so sind sie aufzufassen) zu Anspruchsforderungen; vom Rechts-getragenen und Rechts-gebundenen Staat, der dies Recht - v.a. bei Wehrlosen - gegenüber Angriffen, u.U. auch mit Machtmitteln, verteidigt, zum verwaltenden Verteiler und Betreuer unter Gleichheits- bzw. Gleichmachensdruck.
3. Daß aber Macht - auch und gerade die des Staates - nicht vor Recht gehe, ist der Kern echter Menschenrechte, ihre ethisch e Substanz. Das war und ist schon Felsengestein der prophetischen Verkündigung; glasklar formulierte Erkenntnis frühgriechischer Ethik; Grundgedanke römischen Rechts; v.a. dann jene Grundkonzeption des Naturrechts und sein immerwährendes Postulat, das - im Sog einer Emanzipationsradikalität, die sich auch von der normativen Verbindlichkeit des Rechts "befreien" will - heute verspielt und verloren zu werden droht.
Es gehört zum Ruhmestitel der katholischen Moraltheologie, daß sie dies Naturrecht und seine "immerwährende Wiederkehr" aufgenommen, vertieft und als gottgestiftetes, unvergängliches und unantastbares Recht durch die Zeiten geschichtsmächtig getragen hat. Es ist eine heute vielfach gehörte, nichtsdestoweniger falsche Behauptung, die sogenannte "moderne Freiheitsgeschichte" verdanke sich der französischen Revolution und die so verstandenen Menschenrechte müßten nun auch in der Kirche durchgesetzt werden. Die "Magna Charta Libertatum", auf der die Erklärung von 1789 beruht, stammt von 1215!
Auch gab es schon alte Volks- und Verbandsrechtskodifizierungen ("Lex Salica" z.B.); noch älter das Ius gentium der Römer und - wie gesagt - das Naturrecht ("Homo homini sacra res!"). Selbst im Zeitalter des Königtums war man grundsätzlich gehalten, die Macht als im Dienst des Rechts stehend aufzufassen (auf der alten Kaiserkrone stand gar: per me reges regnant). Die widerliche, prinzipienlose "pseudo-vernünftige" Wurstelei, die man heute angesichts eklatanter und brutaler Unterdrückung elementarer Rechte praktiziert, fällt deshalb weit hinter frühmenschliche ethische Errungenschaften zurück.
4. Selbstkritisch muß jedoch erwähnt werden, daß diese sozialethische Grundidee auch von neueren Moraltheologen nicht nur kritisiert, bezweifelt, relativiert sondern geradezu diffamiert wurde (symptomatisch: Franz Böckle, Hg.: Das Naturrecht im Disput, Düsseldorf 1966; Franz Böckle und Ernst-Wolfgang Böckenförde: Naturrecht in der Kritik, Mainz 1973). Aus übertriebener Aversion gegen eine angebliche oder partiell tatsächliche "Verrechtlichung" der Moral; vom Interesse geleitet, die Begründung von ungeliebten Lehren der Moral zu hinterfragen und ihren guten Sinn zu verdrängen, vertraten sie eine strikte "Trennung von Moral und Recht".
Wenn aber das Recht seines tiefsten Gültigkeitsfundaments und seines Durchsetzungsanspruchs durch den Staat beraubt wird, wenn seine Unverletzlichkeit, seine "Heiligkeit" (fiat iustitia! Wehre dem Unrecht!) ins Relative und Private "liberalisiert" wird, entartet es zu substanzloser Maßnahmen-Verwaltung, zu formalistischer "Legitimität", wird aus Strafe (deren ethische Sanktion Paulus in Römer 13 noch unüberbietbar lehrte) "Resozialisierung", aus Schuld "Zerrüttung" oder "Einfluß der Gesellschaft".
Schließlich wird ein derartig ausgehöhltes "Recht" verführt, blankes Unrecht, bloße Gewalt zu "legalisieren" (z.B. bei "legalen" Abtreibungen, "Euthanasie" - Tötungen oder dem "Kriegs-Recht" in Polen). Und zwar geschieht eine derartige Pervertierung - eben durch Verzicht auf die ethische Fundierung jeglichen Rechts, das diesen Namen verdienen will – dann notwendig.
5. Die folgenreiche und verhängnisvolle Polemik neuerer Moraltheologen gegen das Naturrecht und was man dafür hielt, hat den Kampf gegen die Mitte der 60-erfahre mächtig betrie-

bene Eskalation der sogenannten "Rechts-Reformen" gelähmt. Statt nach ethischen Grundkriterien wurde nur mehr nach "Sozialschädlichkeit" (die man sehr unterschiedlich sehen und prognostizieren konnte) gefragt.
So fehlten zentrale Argumente; es wurde mehr nach der vermuteten Effektivität oder behaupteten Wirkung von Rechtsänderungen gefragt und dann endlos hypothetisch gerechnet und gestritten (vgl. etwa den Streit um die angeblich so hohen früheren Dunkelziffern von Abtreibungen, auf deren Basis man dann glaubte, der "Liberalisierung" eine Verbessernschance zusprechen zu können: so z.B. Prof. Gründel/München; und dann ganz ähnliche "Argumente" im Munde des damaligen Justizministers Vogel in seiner Fernsehdiskussion mit Kardinal Ratzinger).
6. Um so grotesker wirkt die heute bei denselben Moraltheologen üblich gewordene Promotion einer "Rechtsgüterabwägung" zur bevorzugten Normfindungssmethode in der Moral. Sie, die nicht müde wurden, der klassischen Moraltheologie 'Juridismus' vorzuwerfen, übernahmen selber einfach eine Entscheidungshilfefigur von den Juristen, wobei sie gleichzeitig keine wirklich schlechthin gültigen Kriterien für eine derartige "Abwägung" angeben und festhalten. Das ist echte und, noch dazu im defizitären Sinn von "Recht", praktizierte "Verrechtlichung"! Konsequenterweise verlieren sie sich immer mehr in rabulistische Kasuistik bzw. Situationsethik oder utilitaristische Teleologie (Erfolgsethik).
7. Wenn aber keine schlechthin objektiven Gültigkeiten mehr anerkannt werden, steht letztlich hinter allem "Abwägen" der Anspruch einer autonomen Entscheidung. In dieser Linie ist es ganz erklärlich, daß die "autonome Moral" (Alfons Auer und andere) aufkam.
Sie korreliert mit dem im folgenden dargestellten Jakobinischen Verständnis von "Befreiung" (Emanzipation), insofern eine radikale Unabhängigkeit - "Freiheit" / "Autonomie" - von vorgegebenen Sinn- und Wesensgehalten zu Gunsten einer Souveränität des entscheidenden Einzelnen behauptet wird. Wenn eine derartige ethische Autonomie durch das Adjektiv "theonom" sekundär theologisiert wird, kann das nicht darüber hinwegtäuschen, daß tatsächlich eine Befreiung von Sein und Sollensverweis der Schöpfungswirklichkeit vollzogen wird.
So wird - zum ersten Mal in der Geschichte der Moraltheologie - z.B. Abtreibung als u.U. sittlich möglich … als Ergebnis einer entsprechenden situativen "Güterabwägung", als sittlich geboten angesehen, menschliches Leben, die Tötung Unschuldiger, zur Disposition gestellt (Vgl. die Besprechung der "Fundamentalmoral" von Fr. Böckle durch Prof. Josef Georg Ziegler in "Münchener Theologische. Zeitschrift" 1981, S. 222-237; hier S. 230).
8. Daher trifft Ratzingers hellsichtig-aufdeckende Darlegung durchaus auch Vor-Denker in der Kirche. Was aus derartigen, nur scheinbar akademischen Erörterungen an fürchterlicher Folge-Wirklichkeit werden kann, werden (sich) die jetzt Fünfzigjährigen noch erinnern können. Dagegen wollten die Väter unseres Grundgesetzes die einzig gültige Garantie gesichert wissen: daß die Grundrechte, unabhängig vom Staat, von irgendwelchen Mehrheiten, nämlich von Natur aus und immer verpflichtend und vom Staat aktiv wirksam zu schützen sind.
(Für die Bildungsarbeit kann gute Dienste tun das Heft Nr. 62 der Reihe "Kirche und Gesellschaft", Hg. von der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle Mönchengladbach: Dreißig Jahre Grundgesetz, von Willi Geiger, 1979,… Mönchengladbach - Von demselben Autor: Grundwerte und Grundrechte in der Spannung zwischen Kontinuität und Veränderung, in: "Arbeitshilfen" Nr.19, Hg. vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, … Bonn).
Die ideologisch manipulierte Erosion der Rechtsbindung fand neuerlich in dem kläglich-beschämenden Taktieren anläßlich von offen rechtwidrigen "Hausbesetzungen" einen ziemlich explosiven Ausdruck. Bei den Verteidigern solcher Rechtsbrüche fehlte nicht der BDKJ (Berlin). Schnell war auch ein Moraltheologe zur Hand, der die Dinge u.U. ganz verständlich fand, ja sie gegebenenfalls für legitimierbar hielt.
Aus der also moraltheologisch hofierten Hausbesetzerszene aber kam der Aufruf zu jenem

Anarcho-Festival "Tuwat-Kongreß", zu dem "Anti-Imperialisten, Feministinnen, Chaoten, Punks, Hippies, Gammler, Schwarze und 'Indianer', Schwule und Lesben, Alternative und Grüne, Radler, Sozialisten, Anti-AKW-ler, Kraaken und Instandbesetzer" erwartet wurden.
Man muß dem Vorsitzenden des Diözesanrates der Katholiken im Erzbistum München und Freising, Erwin Brießmann, deshalb sehr dankbar sein, daß er das seltsame und lange Schweigen zu der schrecklichen Verharmlosung zynisch und gewaltmäßig verübter Rechtsbrüche auch im katholischen Bereich durchbrochen hat.
In einer Erklärung vom 5.7.81 heißt es: "Wer die gesetzliche Ordnung verletzt und dadurch eine Straftat begeht, 'kriminalisiert' sich selbst ... Wer sich ohne Recht eine Wohnung nimmt, ist nicht besser als derjenige, der sich sonst seinen Lebensbedarf zusammenstiehlt.
Wer trotzdem für eine bestimmte Gruppe von Rechtsbrechern mit dem hier unzutreffenden Hinweis auf den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit eine Ausnahmebehandlung fordert, betritt den Weg zu einer 'politischen Justiz', wie sie die Zeit der Hitler-Diktatur kennzeichnet ... Besonders verwerflich ist es, wenn sich Politiker den Rechtsbrechern mit einem Entgegenkommen anbiedern, das sie dem in gleicher Notlage stehenden rechtstreuen Bürger nicht gewähren ..."
Das Tauziehen um eine entspr. Erklärung des ZdK (Mitte Mai 81) zeigte jedem, wie weit eine gefährliche Depotenzierung der sittlichen Rechtsidee bereits in die Reihen von kirchlichen Funktionären gedrungen ist.
9. Kümmern wir uns im Unterricht … um die Erweckung der Verpflichtung, Recht zu tun, zu denken, durchsetzen zu helfen? Wehren wir den parteiischen Suggestionen der Diffamierung ganzer Schichten, Gruppen, "Klassen"? Erkennen wir die große Verführung für Jugendliche, Sündenböcke benannt zu bekommen, auf die man Problemdruck, Gewissensbisse und Aggressionen abwälzen kann? Vertreten wir gegenüber den allzu vielen, von Gesinnungs- und Behaltens-, von Angst- und Ideologie-Pazifismus Umnebelten wieder die schlichte Wahrheit: opus iustitiae pax? Ein "Friede" ohne Wahrheit, Recht und Gewissensfreiheit bedeutet schließlich Krieg gegen das Recht, Aufstand gegen Gott.
Letzten Endes jene "Ruhe", die zum Endpunkt einer Versklavung wird, und in der perfiden Form der regressiven Domestizierung eines zum bloßen Bedürfnisbefriedigungswesen heruntermanipulierten Menschen.
10. Demgegenüber ist es bestärkend, daß der Heilige Vater in Seiner Ansprache an die Vereinigung katholischer Juristen Italiens am 6. Dezember 1980 an die große und immerwährende ethische Tradition von der souveränen Instanz des Natur-Rechts erinnert hat:
"Die erste, radikalste und wenn auch nur anfängliche Ordnung der Gerechtigkeit unter den Menschen ist das Naturrecht, das die menschliche Person zum ersten Grund und zum letzten Ziel des gesamten politisch zusammengeschlossenen Lebens macht. Jenes Recht, aus dem in der Mannigfaltigkeit und Veränderlichkeit der geschichtlichen Situation die verschiedenen positiven Ordnungen und Institutionen hervorgehen.
Jenes Recht, das diesen Ordnungen vor der öffentlichen Macht - und noch mehr als diese - ihre ethische Gültigkeit, ihre ständige Vervollkommnungsfähigkeit und ihre zunehmende Mitteilbarkeit an immer weitere Zivilisationen bis hin zur Weltzivilisation sicherstellt." (Deutscher Osservatore Romano 1981 Nr. 3 vom 16.1.81, S. 9).
11. Wer sich über die "Entmachtung des Rechts" durch eine kurze, aber sehr treffende "kritische Analyse der eingeleiteten Strafrechts- und Justizreform" informieren will, sei hingewiesen auf den Sonderdruck gleichen Titels von Friedrich Graf von Westphalen im Verlag "Rheinischer Merkur" (er enthält Beiträge in den Ausgaben Nr. 2, 3, 4, und 5 /1971).
Der folgende Beitrag kann durch die Broschüre vertieft werden: Clemens und Rudolf Willeke: Recht und Justiz im Unterricht – Die Befreiung vom Rechtsstaat (Sonderbeilage März 1980 des ibw-Journal, Paderborn …).

12. Das, was Rudolf Willeke im folgenden darlegt, beruht auf einer großangelegten Untersuchung und kritischen Analyse: H. Günther / R. Willeke, Die Gesellschaft im Schulbuch, Brendow Verlag, Moers (im Druck) 1982, eine empirische Studie über die in der Bundesrepublik genehmigten Deutsch- und Politikbücher der Sekundarstufe I.
In dieser Arbeit wird gefragt und nachgewiesen, mit welcher Geschwindigkeit und Intensität sich die neomarxistische Kritische Theorie, die kritisch-emanzipatorische Pädagogik und die Konfliktdidaktik im Schulbuch, unterschiedlich nach Bundesländern, durchgesetzt haben. Es gelingt den Autoren nachzuweisen, daß Fragen der Religion und Transzendenz schlicht ausgeblendet werden.
Der Kölner Rechtsphilosoph und Richter am Verfassungsgerichtshof/NW, Prof. Dr. Martin Kriele stellte in seinem Vortrag bei der Gründung der Freien Europäischen Akademie der Wissenschaften) zwei einander widerstreitende geistige Traditionen vor.
Beide seien in der Französischen Revolution verwurzelt und beide zusammen führten in der Gegenwart zu einem politischen Konflikt, der dramatische Formen annehmen könnte, weil die Ideen in ihrer Konsequenz unüberbrückbar gegensätzlich seien.
Die eine Idee, die Kriele Freiheitsidee nennt, trug die Französische Revolution von 1789 und richtete sich auf bzw. verwirklichte sich in den westeuropäischen demokratischen Verfassungsstaaten, die die Menschenrechte institutionell garantieren sollten und eine Rechtsordnung hervorbrachten, die auf Respekt vor dem Menschen (Menschenwürde) basierte.
Die gegenläufige Idee, die "Befreiungsidee" gehe auf die Herrschaft der Jakobiner von 1792 zurück und richte sich auf die Überwindung des Verfassungsstaates und auf die "Befreiung" aller Menschen zur richtigen Gesinnung. Diese Revolution führt zum Terror der "Tugend" und zu einer Rechtsordnung, in der die herrschende Gruppe das Recht in den Dienst der Volkserziehung stellt.
Kriele versucht, meines Erachtens etwas gewaltsam, das Programm der Jakobiner in aktuelle Schlagworte zu übersetzen:
- Demokratisierung aller, d.h. auch der privaten Lebensbereiche;
- Fundamental- oder Basisdemokratie mit imperativem Mandat;
- Abschaffung von Herrschaft der Menschen über Menschen in den gesellschaftlichen Institutionen (Familie, Schule, Kirche, Betrieb, Krankenhaus, Gefängnis);
- Selbstbestimmung und Selbstorganisation der Individuen und der gesellschaftlichen Kräfte bis hin zur Anarchie und zur Propagierung der Herrschaft des wissenschaftlichen Sozialismus.
Im persönlichen Leben des Einzelnen sollte die Freiheitsidee der Französischen Revolution zur Ermöglichung von Mündigkeit und Freiheit des Bürgers im Schutze staatsrechtlich garantierter Institutionen führen.
In der Staatssphäre dagegen sollte sie die repräsentative Demokratie als die dem zu Freiheit und Verantwortung bestimmten Menschen adäquate Staatsform durchsetzen.
Die Befreiungstradition der Jakobinischen Revolution dagegen versuchte, gegenüber dem Prinzip der Repräsentation das der Identität von Herrschenden und Beherrschten durchzusetzen und die durch Verfassung geschützten Institutionen aufzuopfern, wobei sie ständig der Gefahr ausgesetzt war, von Herrschaftsfreiheit in Erziehungsdiktatur der "Aufgeklärten" umzuschlagen.
Im Individualbereich, so Kriele, zielt die Befreiungs- oder Emanzipationsidee der Jakobinischen Revolution auf die Bestreitung der Menschenwürde und die Bevormundung des Geistes ab, weil sie die Freiheit den unreifen Bürgern erst nach einer Erziehungsdiktatur geben will.
Kriele nennt die Freiheits-Idee daher die "legitime" Idee der Politik. Sie steht der Vernunfts- und Aufklärungsphilosophie des Deutschen Idealismus nahe, während er die Befreiungs- und Emanzipationsidee als "illegitime" Idee bezeichnet, weil sie der Philosophie des Dialektischen bzw. Historischen Materialismus von Marx bis Habermas folgend, auf Beseitigung des demo-

kratischen Verfassungsstaates und auf "Befreiung" des Individuums von Würde, Freiheit, Selbstbestimmung und Religion (K. Marx) abziele und letztlich die Praxis terroristischer "Befreiungsorganisationen" bzw. die Diktatur des Proletariats legitimiere und schließlich auch postuliere.
Wenn die von Kriele angenommene Unterscheidung für die geistige Situation der Gegenwart kennzeichnend ist, also die "Legitimationsgrundlagen des die geistige Freiheit schützenden demokratischen Verfassungsstaates" ins Schwanken geraten ist (FAZ, S. 11), dann müßte diese Auseinandersetzung zwischen der legitimen Freiheitsidee auf der einen und der illegitimen Emanzipationsidee auf der anderen Seite auch in den Didaktikmaterialien zur Rechtserziehung in der Schule der Bundesrepublik anzutreffen sein.
Ich beschränke mich im folgenden auf den Nachweis, daß in neueren Didaktikmaterialien zur Rechtserziehung die Freiheitsidee von der Emanzipationsidee verdrängt wird. Dabei sind die vorgeführten Beispiele aus einer Vielzahl von Lernanregungen herausgegriffen, sie dienen der Veranschaulichung.
Eine Objektivierung ermöglichen die empirischen Daten einer Totalerhebung aller in den Bundesländern genehmigten Deutsch- und Politik-Bücher der Sekundarstufe I.
Rechtskundliche Beispiele, die der legitimen Freiheitsidee nahestehen, lassen sich ebenso leicht beibringen.
Im nächsten Abschnitt geht es also darum aufzuzeigen, mit welchen Lerninhalten das Rechtsbewußtsein der Schüler geprägt bzw. welche Informationen über das Recht und das moralisch Gute die Schüler in emanzipatorischen Schulbüchern erhalten.
Im zweiten Abschnitt werden exemplarisch Unterrichtsmethoden vorgeführt, mit denen das Rechtsbewußtsein der Schüler trainiert und geprägt wird.

I. Inhalte und Lernanregungen emanzipatorischer Rechtserziehung

1. Beispiel: In einem *Religionsbuch* für die 4. Klasse sollen die Schüler darüber diskutieren, ob ein braves Kind geschwind gehorcht. Dazu erhalten sie nacheinander folgende Informationen, die sie z. T. im Schülerarbeitsheft "verarbeiten" sollen.
- Wem gehorchen? (Überschrift)
"Wenn die Mama morgens schreit: Aufstehen, Kinder, höchste Zeit! - sagt ein richtig braves Kind: Die spinnt! ...
Vaters Sprüche: ... Und wenn Papa abends droht: Schluß mit Fernsehen, Abendbrot! - schreit doch jedes Kind im Haus: Raus!"
- Der nächste Text: 'Streit vermeiden?' schildert einen Streit zwischen einem Sohn, der spielen möchte und einem Vater, der verlangt, daß zuvor die Hausaufgaben ordentlich erledigt werden und sich mit einem 'scharfen Schlag' statt mit vernünftiger Begründung durchsetzt. Diese Kurzgeschichte wird durch eine Bildserie veranschaulicht: Der Sohn hat das Bedürfnis, im Wohnzimmer Fußball zu spielen, der Vater dagegen Zeitung zu lesen. Dieser Streit endet mit einem ebenso schmerzhaften Schlag auf die Wange des kleinen Jungen.
Daneben steht die Aufforderung an die Kinder - durch rote Balken eingerahmt - "Ehre deinen Vater und deine Mutter ..." mit dem kommentierenden Text der Herausgeber: Dieses Gesetz gehört einer vergangenen Zeit an, in der Erwachsene ihre altgewordenen Eltern nicht aus dem Hause weisen, nicht verhungern lassen und nicht töten sollten.
- Die nächste Information: "Kennst Du die Wegwerfsachen?" soll den Schülern den Eindruck vermitteln, daß in unserer Gesellschaft immer noch alte Menschen ausgesetzt werden. Der Text lautet nämlich: Kennst Du die Wegwerfsachen? Man trifft sie an jedem Ort: einer ist krank, einer ist alt, einer ist schwach, einer zuviel, und sind sie verbraucht, schickt man sie fort, hinaus vor die Tür, hinein in die Anstalt, hinaus auf die Straße, hinein ins Asyl.
Schülerarbeitsheft und Lehrerhandbuch veranschaulichen das Verhalten unserer Gesellschaft gegenüber den Alten und Verbrauchten durch einen kraftstrotzenden Müllwerker, der gerade

einen ängstlich dreinschauenden alten Mann mit dem Deckel in die Mülltonne drücken will und dabei die Worte spricht: "Na, Alterchen, Dich brauchen sie wohl nicht mehr".
Die Schüler sollen im Arbeitsheft die Menschen benennen, die nach dem Gedicht ähnlich wie der Alte behandelt werden.
Es ist ganz klar, was Gedicht und Bild mit dem Thema 'Gehorchen' zu tun haben. Es wird der Eindruck erzeugt, daß wir in einer inhumanen Gesellschaft leben, in der die Kranken, die Alten, die Schwachen, die Überflüssigen, die Verbrauchten rechtlos sind und von der jüngeren Generation wie Einwegflaschen und Plastiktüten weggeworfen werden können.
Ob das Gehorsamsgebot durch diese Informationen einsichtig gemacht und ob diese Informationen dem Wesen und Selbstverständnis unserer Gesellschaft gerecht werden, soll hier nicht erörtert werden.
- Im nächsten Lernschritt wird den Schülern des 4. Schuljahres mitgeteilt, warum manche gehorchen, nämlich weil sie z.B. zu faul sind nachzudenken, weil sie es so gewohnt sind, weil sie keine Scherereien haben wollen und warum manche nicht gehorchen, weil sie z.B. Gehorsamsforderungen für unsinnig halten, weil sie wissen, daß der andere ihnen nicht viel tun kann, weil sie gerade keine Lust haben, oder die Aufforderung für falsch halten.
Gewissermaßen als Beweis wird mitgeteilt, daß Jesus auch gegen das Sabbatgebot des AT verstoßen habe und schon als Knabe seinen verständnislosen Eltern durchaus nicht immer gehorsam und untertan gewesen sei.
- Im letzten Lernschritt wird gefragt, ob man dem Gott oder dem Menschen gehorchen soll. Ob man allerdings einem Gott gehorchen kann, der "Unruhe bringt", der "nicht gehorcht", der angeblich "Gott lästert", ist eine Frage für sich.
In der Primarstufe, für die diese Lernsequenz gemacht ist, ist nach dem Schweizer Psychologen J. Piaget das Rechtsbewußtsein durch die Gehorsamserziehung bestimmt, deshalb ist sie in diesem Zusammenhang hier dargestellt. Sie verdeutlicht darüber hinaus, wie Normen im Unterricht hinterfragt, als historisch bedingt dargestellt und in ihrem Verbindlichkeitsanspruch diskursiv gelockert werden.
Im emanzipatorischen Pädagogik-Konzepten wird die Darstellung einer mängelbehafteten und negativen Wirklichkeit betont. Von Th. W. Adorno beispielsweise wird formuliert, daß der konkret Mündige mit aller Energie darauf hinzuarbeiten habe, daß die Erziehung eine Erziehung zum Widerstand und Widerspruch sei. Es müsse das Bewußtsein davon geweckt werden, daß die Menschen immerzu betrogen werden. Er nennt dies eine Pädagogik des Madigmachens, die dem jungen Menschen unsere manipulative, falsche Welt madig mache, damit er ein Fremder werde in einer ihm feindlich gegenüberstehenden Gesellschaft.
Der einflußreiche Pädagoge W. Klafki fordert im Sinne dieser Konzeption: Kritische Pädagogik muß notwendigerweise zur permanenten Gesellschaftskritik werden oder sich mit Gesellschaftskritik verbünden.
Die Methode der emanzipatorischen Erziehung besteht also darin, vorhandene Mißstände zu sammeln, als repräsentativ auszugeben und einseitig gesellschaftskritisch zu interpretieren.
So fordern z.B. die Richtlinien für den Politik-Unterricht NW, daß es in das Belieben des Schülers zu stellen sei, die Normen der Gesellschaft anzuerkennen oder abzulehnen.
Bei der Textauswahl für den Deutschunterricht muß nach den Lehrplänen für Deutsch geprüft werden, auf welche Weise die Beschäftigung mit einer Textsorte der Emanzipation dienen kann.
Entscheidend ist also nicht die Qualität von Dichtung oder Sprache, sondern der politische Nutzwert der Beschäftigung damit. 75 % bis 80 % der Deutsch- und Politik-Bücher der Sekundarstufe I enthalten Lernanregungen, das Negative in unserer Gesellschaft zu behandeln.
Kritisiert wird von den Schulbüchern
- daß überall Herrschaft und Unterdrückung wirksam sind …

- daß Macht ungleich verteilt ist und nicht alle gleichen Einfluß haben …- daß die Welt und die Gesellschaft durch den Gegensatz von arm und reich geprägt sind …
- daß es Randgruppen und Außenseiter gibt; … die ungerecht behandelt werden, mit denen man sich solidarisieren sollte;
- daß es Umweltverschmutzung gibt …

In 40 % - 60 % der Schulbücher wird Technik und technischer Fortschritt als negativ, als arbeitsplatzgefährdend, gesundheits- und umweltschädlich und lebensbedrohend dargestellt.

Auf die Methoden der Erhebung dieser Zahlen kann hier nicht eingegangen werden, sie werden in der Schrift "die Gesellschaft im Schulbuch") ausführlich dargestellt.

2. Ich komme zum zweiten Beispiel aus dem Deutsch-Unterricht der SekSt I. In einem Lesebuch) für das 8. Schuljahr wird eine Lernsequenz von 13 Texten mit der Überschrift versehen: "Wessen Recht ist dieses Recht"?

- Die Texte 1, 2, 3 schildern Schießereien zwischen der Polizei und Automardern, Gangstern und Mördern im Kriminalromanstil.
- Die Texte 4 und 5 schildern in Wort und Bild, wie amerikanische Neger in Slums zusammengepfercht leben und um ihre Menschenrechte durch Rassenkrawalle kämpfen müssen.

In der redaktionellen Fußnote wird den Schülern mitgeteilt, daß die Neger in den USA unterdrückt bzw. durch Gesetzgebung und Rechtsprechung benachteiligt werden bzw. um juristische und politische Gleichberechtigung (= Emanzipation) kämpfen müssen: die einen (Black Panther) mittels Raub, Mord und Brandstiftung die anderen (M. L. King) durch gewaltfreien Widerstand.

- Im 6. Text von Bert Brecht tritt Till Eulenspiegel als Richter auf und erlegt einem Bauern, der in Volltrunkenheit einer Frau mit einem Holzscheit das Rückgrat gebrochen hatte, eine Geldbuße von 5 Gulden auf, läßt sich das Geld geben und verschwindet.
- Im nächsten Text werden die Schüler über das "Wesen des Strafvollzuges" informiert.

Ein Zuchthausaufseher wird durch zwei Bäcker in einer Zelle in ein tiefes Dilemma gebracht, weil er beide resozialisieren soll. Der eine sitzt seit 4 Jahren, weil er gesetzwidrig Kleie verbacken hatte und dadurch zu erheblichem Reichtum gekommen war.

Der andere wurde vor 5 Monaten ebenfalls zu 5 Jahren Zuchthaus bestraft, weil er nach einer Änderung des bislang gültigen Lebensmittelgesetzes keine Kleie ins Brot gebacken hatte und damit der Volksgesundheit geschadet habe.

Der Aufseher fragt sich, wie er dem einen beibringen könne, daß Kleie Diarrhoe verursache, dem anderen aber, daß Kleie Knochenmark bilde.

- Der nächste Text (K. Tucholsky) fragt, warum eigentlich Angeklagte vor dem Richter stehen müssen. Die Antworten des Textes lauten: durch das Stehen werde die Wehrlosigkeit des Angeklagten manifestiert, werde dem Angeklagten klar, daß er sich zu verantworten habe. Der Richter stülpe dem Stehenden eine Strafe über den Kopf, ohne viel Verständnis für die körperlichen, seelischen und sexuellen Nöte des Verbrechers zu haben.
- Die nächsten beiden Fabeln dieser Lernsequenz scheinen besonders aufschlußreich für das Denken der Autoren dieser Lesebuchreihe. Die Fabel von R. Kirsten berichtet von einer Katze, die die Jungen eines Rattennestes abschleppt. Da schrie die Ratte, wie kannst Du mir meine Kinder nehmen, da du doch selbst Mutter bist? "Eben drum", antwortete die Katze, "meine Kinder essen nichts lieber als junge Ratten."

Nach Durchlesen dieser Fabel sollen sich die Schüler überlegen, "wovon es abhängig ist, *was* und *wen* man kriminell nennt." Nach dem LHB sollen die Schüler der Fabel entnehmen, daß das, was den Konfliktparteien als Recht erscheint, in Wirklichkeit oft nur Nützlichkeitserwägungen sind. Die Schüler sollen erkennen, wo der Autor Kirsten auf die *Relativität von* Rechtsnormen und Moralvorstellungen hinweist.

- In der zweiten Fabel von Fr. Hetmann hat Bruder Fuchs die Schwester Gans geschnappt und

will sie auffressen, weil sie auf seinem See geschwommen sei. Die Gans bittet ihn, durch ein Gericht prüfen zu lassen, wer im Recht sei. Als beide vor Gericht ankamen, was mußte die Gans da erleben. Der Sheriff war ein Fuchs, der Richter war ein Fuchs, die Staatsanwälte waren Füchse und die Geschworenen waren auch Füchse, sie verhörten die Gans, verurteilten sie, ließen sie hinrichten und nagten gemeinsam die Gänseknochen ab.
Moral: "Wenn alle Leute, die man auf den Gerichten antrifft, Füchse sind, und unsereiner ist nur eine ganz gewöhnliche Gans, dann braucht ihr keine Gerechtigkeit für einen armen Neger zu erwarten."
Bezieht man die Aussagen der Fabeln auf die Frage: ‚Wessen Recht ist dieses Recht?' so kann die Antwort nur lauten: dieses Recht ist Klassenrecht, diese Justiz ist Klassenjustiz, es ist das Recht der Herrschenden, der Mächtigen, der Schlauen, und es ist gleichzeitig das Unrecht gegenüber den Schwachen und Wehrlosen. Die Herrschenden haben eine Ideologie, mit der sie ihr Recht zu legitimieren versuchen, und sie haben auch alle Machtmittel in der Hand, ihr Recht durchzusetzen.
Die Gerichte sind der verlängerte Arm der Herrschenden und partizipieren an den Benefizien des Systems. Alle Herrschenden stecken unter einer Decke und die Beherrschten warten vergeblich auf Gerechtigkeit. Im LHB heißt es zur letzten Fabel: Hetmann will darauf aufmerksam machen, daß die in einer Gesellschaft als verbindlich geltenden sittlichen Normen bedeutungslos sind, solange sich die Machtmittel in der Hand ein und derselben Interessengruppe befinden, die keinerlei Einschränkung und Kontrolle fürchten muß und daher ihre Interessen bedenkenlos auf Kosten des Schwächeren durchsetzen kann (LHB, S. 67).
Das mag grundsätzlich richtig sein, nur zur Erstinformation der Schüler über eine wirkliche Rechtsordnung allgemein und über unsere Rechtsordnung in der Bundesrepublik im besonderen problematisch.
Auch an dieser Lernsequenz wird deutlich, daß an keiner Stelle die Bedeutung des Rechts und der Rechtsprechung für das Zusammenleben von Menschen in der Gesellschaft anklingt. Dem Jugendlichen wird somit jede Einsicht in die Vernunft des Rechts, jede Achtung vor dem Recht, jede Möglichkeit der Identifikation mit den Rechtsnormen, mit den Organen des Rechts und mit dem Rechtsstaat von vornherein verbaut. Die Autoren präsentieren ausschließlich solche Texte, die den Schülern eine kritische Einstellung zum Recht im weitesten Sinne vermitteln.
Diese Absicht der Autoren wird im LHB (S. 57/58) wie folgt umschrieben: Der Schüler soll -
"erkennen, daß Rechtsnormen oft auch Ausdruck von Herrschaftsinteressen sind;"
- "die Gefahr erkennen, die in der Hingabe an das instinktive und emotionale Rechtsempfinden liegt, weil ein derart unkontrolliertes Verhalten die Menschen politisch blind, in hohem Maße manipulierbar und oft auch unmenschlich werden läßt;"
- "die Wandelbarkeit von Normen erkennen, (was allerdings nicht heißt, Normenlosigkeit oder das Übertreten von Normen propagieren), aber die Berechtigung bestehender Normen muß immer wieder überprüft werden."
Die Schüler sollen mit den Normen der Gesellschaft konfrontiert und zur 'kritischen Resistenz' gebracht werden. LHB (S. 58).
Dieser Intention folgt die Textreihe konsequent.
Nach der empiristischen Untersuchung lassen sich 54 % der Schulbücher als "Trendsetter" lesen, d.h. sie passen homogen die emanzipatorischen Trends und beinhalten das emanzipatorische Menschenbild, die klassisch marxistische Gesellschaftsanalyse, die emanzipatorische Kritik an der Familie und die antireligiöse Grundströmung. Knapp 20 % der nach 1976 erschienenen Bücher gehören der Konzeption nach in die voremanzipatorische Epoche (1969 und früher).
In der emanzipatorischen Theorie lassen sich nur wenige theoretische Sätze über die Rechts-

ordnung in der Gesellschaft finden. Von einer entfalteten emanzipatorischen Rechtstheorie kann also nicht die Rede sein.
Th. W. Adorno z.B. behandelt das Recht innerhalb seiner geschichtsphilosophischen Hauptschrift 'Negative Dialektik' (Frankfurt 1966) in kritischer Abgrenzung zur Hegelschen Philosophie des Rechts. Für ihn ist aller gesellschaftlicher Fortschritt ein Fortschritt im Falschen, bedingt durch die total gewordene Herrschaft der Technologie, durch die Vorherrschaft der 'instrumentellen Vernunft' (M. Horkheimer).
Diese Falschheit werde auch im kulturellen Überbau, also in Religion, Ästhetik, im Menschen selber und im Recht sichtbar. Nach Adorno gibt es keinen prinzipiellen Unterschied zwischen der Herrschaft des Nationalsozialismus und der Bundesrepublik. "Während die Gesellschaft ohne Recht, wie im Dritten Reich, Beute purer Willkür wurde, konserviert das Recht in der Gesellschaft den Schrecken, jederzeit bereit, auf ihn zu rekurrieren, mit Hilfe der anführbaren Satzung".
Recht ist nach Adorno "ideologisch", "Urphänomen irrationaler Rationalität" und wird in der verwalteten Welt zur "realen Gewalt". Diese Grundthesen emanzipatorischer Rechtstheorie werden von *0. Negt,* einem Schüler der Frankfurter Schule, in den "Zehn Thesen zur marxistischen Rechtstheorie" entfaltet.
Nach Negt bezeichnet bürgerliches Recht "die Herrschaft der toten über die lebendige Arbeit, die Herrschaft der Vergangenheit über die Gegenwart", alle Gesetze und alle Einrichtungen der Justiz seien mit den Malen des Kapitals gezeichnet und befestigten die Herrschaft des Kapitals. (Negt, S. 58)
"Erst die freie Assoziation der Arbeiterproduzenten, die die politische Herrschaft von Menschen über Menschen aufheben, könnten auch die Verkehrung der Herrschaftsverhältnisse endgültig aufheben, indem sie die Diktatur des Proletariats an die Stelle der Herrschaft der Kapitalistenklasse setzen." (Negt, S. 67)
Die emanzipatorische Rechtstheorie ist ihrem Wesen nach Kritik des bürgerlichen Rechts und dessen Rechtsphilosophie, aber, wie Negt es formuliert, nicht anatomisches Messer, "kein bloß analytisches Instrument", sondern Anweisung zum Umsturz, zur Revolution aller Verhältnisse, in denen der Mensch ein erniedrigtes und ausgebeutetes Leben zu führen gezwungen ist. (Negt, S. 58)
Nicht anders argumentiert auch der Frankfurter Ordinarius für Bürgerliches Recht R. Wiethölter im 'Funkkolleg Rechtswissenschaft'): Da der Mensch heute nur noch als das Ensemble aller gesellschaftlichen Verhältnisse verstanden werden könne, da alle traditionellen Ordnungen zerbrochen, alle Ideale verraten und alle Autoritäten verlorengegangen seien, müsse man auch über Recht, Gesetz, Gerechtigkeit ‚neu' und ‚anders' reden:
"Wir müssen Recht politisch entmachten" und "entzaubern", das bestehende (bürgerliche) Recht sei "voremanzipatorisches Recht" (Wiethölter, S. 35), sei Heuchelei, Freiheitsverdammnis, lautlose, unerkannte, nicht durchschaubare Terrorisierung (Wiethölter, S. 36). Die Verantwortung des Bürgers vor dem Recht sei nichts anderes als Verdrängungsideologie der Nazis (Wiethölter, S. 60). Deshalb will er seine Funkkolleg-Reihe auch weder als Einführung in das Rechtssystem der Bundesrepublik noch in die (bürgerliche) Rechtswissenschaft verstanden wissen, weil das Rechtssystem "nicht mehr" und die Rechtswissenschaft "noch nicht" existieren (Wiethölter, S. 10).
Der Rechtslehrer Wiethölter setzt sich also für die Absetzung der Idee des Rechts in unserer Rechtsordnung ein, nach der Gleichen Gleiches und Ungleichen Ungleiches zuzumessen ist.
Ebenso wie Wiethölter lehnt es der Frankfurter Didaktiker der Rechtskunde F. Sandmann ab, dem Schüler im Unterricht "das Recht als überlegene ordnungsschaffende Gewalt nahebringen zu wollen" (Sandmann, S. 40).
Er legt deshalb Gedanken und Postulate zu einer Rechtserziehung vor, die dem "Anspruch

emanzipatorischer Erziehung standhalten will", die ein System von Herrschaft und Normen transparent werden läßt, das gesellschaftlichen Veränderungen eher im Wege steht als sie fördert. Unterrichtliche Beschäftigung mit dem Recht solle vielmehr Chancen und Freiräume für Veränderungen deutlich machen und Strategien zur Einflußnahme auf die Rechtspolitik entwickeln (Sandmann, Vorwort).
Sandmann versteht Emanzipation als "Zustand überwundener Ausbeutung und Unterdrükkung", als Chancengleichheit der Entwicklung individueller Anlagen und Bedürfnisse durch Partizipation an den gesellschaftlichen Institutionen (Sandmann, S. 46-47).
Er fordert daher einen Rechtskunde-Unterricht,
- der die Herrschaftsfunktion des Rechts gegenüber der Schutzfunktion hervorhebt;
- der politische Probleme nicht auf juristische verenge;
- der den Schülern klar macht, daß bestimmten (z.B. kapitalistischen R. W.) Herrschaftsverhältnissen bestimmte (kapitalistisch-bürgerliche R. W.) Rechtsverhältnisse entsprechen; daß diese Herrschafts- und Rechtsverhältnisse historisch bedingt und damit veränderbar sind; daß das wirksamste Mittel des Einflusses auf Herrschafts- und Rechtsverhältnisse solidarisches Handeln ist; daß das Ziel der Einflußnahme die Verteidigung bestehender politischer und ökonomischer Unterdrückung sein muß; daß auch das geltende Recht gesellschaftlich bedingt ist und daß die Fähigkeit, mit einfachen Rechtstexten umzugehen, erworben werden muß, damit der Schüler in konkreten Situationen den Rechtsspielraum im Sinne der eigenen Interessen wahrnehmen könne (Sandmann, 187-188). …<<
Der evangelische Theologe und Publizist Kurt E. Koch berichtete im Jahre 1984 in seinem Buch "OKKULTES ABC" (x883/...): >>**Der Weltkommunismus …**

Ohne Blutbad keine Revolution

Das ist ein Wort **Lenins**, das mit einer grauenvollen Statistik untermauert werden soll. Die französische Zeitschrift **"Figaro"** vom November 1978 brachte einen Bericht über die Blutopfer, mit denen die Kommunisten ihre Weltrevolution bezahlten und immer noch weiterfinanzieren. Was hat der Kommunismus es sich an Menschenleben seit der russischen Revolution 1917 kosten lassen?
Die "Figaro-Statistik" sagt folgendes aus:
1. Menschenopfer des Kommunismus in der UdSSR von 1917-1959 = 66.700.000
2. Menschenopfer in der UdSSR von 1959 bis 1978 (nach Mindestschätzungen) = 3.000.000
3. Menschenopfer des Kommunismus in China = 63.000.000
4. Das Blutbad von Katyn = 10.000
5. Während der Vertreibungen von 1945-1946 getötete deutsche Zivilisten = 2.923.700
6. Kambodscha von April 1975-April 1978 = 2.500.000
7. Unterdrückung in Ost-Berlin, Prag, Budapest sowie in den Ländern des Baltikums = 500.000
8. Kommunistische Angriffe auf Griechenland, die Malaiische Halbinsel, Birma, Philippinen, Korea, Vietnam, Kuba, Schwarzafrika und Lateinamerika = 3.500.000

insgesamt: 142.133.700

Nicht nur, weil sich ungezählte Christen unter diesen Millionen befinden, sondern auch weil der gottlose Kommunismus zur Stunde blutgierig nach neuen Opfern Ausschau hält, ist es unsere Pflicht, unsere Mitmenschen vor dieser Ideologie zu warnen.
Diese Statistik müßte auf den neuesten Stand gebracht werden, weil in den letzten fünf Jahren seit dieser **Figaro-Veröffentlichung** noch einige Millionen Opfer dazu kamen. …<<
Der deutsche Publizist Rudolf Augstein berichtete am 7. Januar 1985 im Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" über die sogenannte "Befreiung der Deutschen": >>**"Auf die schiefe Ebene zur Republik"**

... Die Befreiung vom Naziterror zu feiern, das kann nur einem Tölpel eingefallen sein. Wir

haben uns nicht selbst befreit, und ein beträchtlicher Teil Europas ist überhaupt nicht befreit worden. Ob man nun ein Konzentrationslager künstlich im Kölner Dom wiederaufbaut, oder ob man den Kölner Dom in ein Konzentrationslager verpflanzt: Uns bleibt immer noch der muntere Scherz unseres gewählten Kanzlers Helmut Kohl auf den Lippen, der freimütig bekennt: "Ich stehe zu unserer deutschen Vergangenheit."
Das wird die deutsche Vergangenheit recht beruhigen. Die Frage bleibt nur, ob die deutsche Zukunft zu einem solchen Vergangenheitsbewältiger noch stehen kann. ...<<
US-Präsident Ronald Reagan erklärte am 5. Mai 1985 während einer Trauerfeier auf dem deutschen Soldatenfriedhof in Bitburg (x268/17): >>... Den Deutschen ist ein Schuldgefühl aufgezwungen und zu Unrecht auferlegt worden.<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtete später über die fehlende Selbstachtung der Deutschen (x268/234): >>... Im Fall der deutschen Nachkriegsneurose übernehmen im wesentlichen die elektronischen Massenmedien die Rolle der repressiven Mehrheit und die gleichsam sprachlose Bevölkerung die der Minderheit. Durch hilfreiche Vermittlung dieser Massenkommunikationsmittel sehen sich die Deutschen zur Zeit nicht mit ihren eigenen Augen, sondern mit den Augen der ehemaligen Kriegsgegner mit allen ihren historischen Irrtümern und Vorurteilen, vor allem sehen sie sich aus der Perspektive des Antigermanismus der 40er Jahre.
Erinnert sei hier nochmals an die vertrauliche Denkschrift des Legationsrats Adam von Trott, eines der Märtyrer des Widerstands, an die amerikanische Adresse: die angelsächsischen Länder seien erfüllt von Vorurteilen und pharisäischen Theorien und offenbar nicht in der Lage zu verstehen, daß die Deutschen selbst ein unterdrücktes Volk seien. ...<<
Bundespräsident Richard von Weizsäcker (1920-2015) erklärte am 8. Mai 1985 während einer Rede im Bundestag zum 40. Jahrestag der deutschen Kapitulation (x877/...): >>Und dennoch wurde von Tag zu Tag klarer, was es heute für uns alle gemeinsam zu sagen gilt: Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. ...
Schuld oder Unschuld eines ganzen Volkes gibt es nicht. Schuld ist, wie Unschuld, nicht kollektiv, sondern persönlich. …<<
Die "BILD-Zeitung" berichtete damals über diese Rede Weizsäckers: >>**Weizsäckers große Rede zum 8. Mai**
Der Bundespräsident Richard von Weizsäcker hält eine aufsehenerregende Rede zum 40. Jahrestag des Kriegsendes.
Vor dem Bundestag erklärt er: "Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Niemand wird um dieser Befreiung willen vergessen, welche schweren Leiden für viele Menschen mit dem 8. Mai erst begannen und danach folgten. Aber wir dürfen nicht im Ende des Krieges die Ursache für Flucht, Vertreibung und Unfreiheit sehen. Sie liegt vielmehr in seinem Anfang und im Beginn jener Gewaltherrschaft, die zum Krieg führte. ..."
Der Bundespräsident, Sohn des Staatssekretärs in Ribbentrops Auswärtigen Amt, Ernst von Weizsäcker, hebt die Bedeutung der Erinnerung hervor: "Erinnern heißt, eines Geschehens so ehrlich und rein zu gedenken, daß es zum Teil des eigenen Innern wird."
... Je ehrlicher die Deutschen den 8. Mai begingen, desto freier seien sie, sich seinen Folgen verantwortlich zu stellen. "Wir brauchen und wir haben die Kraft, der Wahrheit so gut wir es können ins Auge zu sehen, ohne Beschönigung und ohne Einseitigkeit". ...<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die Rede Weizsäckers zum 40. Jahrestag des Kriegsendes (x268/102-103): >>... Natürlich war das Kriegsende für die Insassen der Konzentrationslager, für die politischen Häftlinge in den Gefängnissen und für die vielen Regimekritiker eine Erlösung.

Auf der anderen Seite der Bilanz standen die "ethnische Säuberung" in den Vertreibungsgebieten - rund 30 Prozent des deutschen Siedlungsgebiets, die Spaltung von Restdeutschland und die neue Diktatur in der sowjetischen Besatzungszone. Dann waren da noch die Zwangsarbeit von Millionen deutscher Kriegsgefangener und Zivilisten, die Millionen Vergewaltigungen durch die Rote Armee, die neuen Konzentrationslager in der sowjetischen Besatzungszone und die Hungerpolitik der Westalliierten in ihren Zonen ...<<

Der deutsche Historiker und Diplomat Guntram von Schenck berichtete später über die Rede des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker (x878/...): >>**8. Mai 1945: Tag der Befreiung?**

Anmerkungen zur Rede von Richard von Weizsäcker am 8. Mai 1985 zum Kriegsende 1945

Am 8. Mai 1945 endete der 2. Weltkrieg in Europa. Die deutsche Wehrmacht hatte bedingungslos kapituliert. Deutschland war ein Trümmerfeld, das die Siegermächte in Besatzungszonen aufgeteilt und über das sie die Regierungsgewalt übernommen hatten. Der Verlust Ostdeutschlands wurde mit der Vertreibung von 12-15 Millionen Deutschen bereits 1945 zur Realität. Jahrzehntelang galt 1945 für die überwältigende Mehrheit der Deutschen unbestritten als absoluter Tiefpunkt der deutschen Geschichte, als die Katastrophe schlechthin.

40 Jahre später deutete Bundespräsident Richard von Weizsäcker in einer Rede am 8. Mai 1985 das Katastrophendatum in einen "Tag der Befreiung" um. Der entscheidende Satz Weizsäckers lautete - nach einem "Blick zurück in einen dunklen Abgrund der Vergangenheit": "Und dennoch wurde von Tag zu Tag klarer, was es heute für uns alle zu sagen gilt: Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft". ...

Die völlige Umkehrung der Bewertung eines historischen Ereignisses ist in diesem Fall mehr als ein bemerkenswerter Vorgang. Von der "Katastrophe", dem tiefsten Fall Deutschlands, zur "Befreiung" ist es ein sehr weiter Weg. ...

Erfahrung der deutschen Bevölkerung

Gewiß war die Bevölkerung - insbesondere im Westen - erleichtert, als der Krieg mit dem Vormarsch der Alliierten vorüber war. Man war noch einmal mit dem Leben davon gekommen. Natürlich bedeutete insbesondere für KZ-Insassen, überlebende Juden, Sinti und Roma, Kriegsgefangene, Zwangsarbeiter, Verfolgte und Gegner des NS-Regimes der Einmarsch der Alliierten eine Befreiung. Für die ganz überwiegende Zahl der Deutschen aber nicht. Sie sollten die Folgen der Niederlage spüren. Es folgten bis zur Währungsreform 1948 bittere Hungerjahre, Deportationen, vor allem im Osten, aber nicht nur, Demontagen, weitere Vertreibungen … aus dem Sudetenland und dem Balkan, die Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse, Amtsenthebungen, Einquartierungen von Angehörigen der alliierten Streitkräfte in nicht zerbombte Zivilwohnungen und Häuser etc.

Millionen deutsche Männer befanden sich nach Kriegsende noch Jahre in Kriegsgefangenschaft im In- und Ausland und kehrten zerlumpt und/oder gebrochen in die Heimat zu den Familien zurück - soweit es sie noch gab. Die letzten Kriegsgefangenen kehrten erst nach langwierigen Verhandlungen mit dem Kreml ein Jahrzehnt nach Kriegsende zurück. Die Frauen mußten sich und ihre Familien irgendwie durchbringen und haben sich nicht selten für ein wenig Essen prostituieren müssen. Die Lebensrealität war für die meisten Deutschen in den ersten Jahren nach 1945 düster. Erst allmählich besserte sich die Lage. Es hätte ihnen damals wie Hohn geklungen, wenn man ihnen die Nachkriegsjahre als Befreiung hätte verkaufen wollen.

Während sich im Westen die Last des Besatzungsregimes langsam lockerte, waren die Maßnahmen Stalins und seiner Helfershelfer im Osten nach dem Krieg besonders hart. Stalin hatte im Zusammenwirken mit Churchill schon während des Krieges die künftige deutsche Ost-

grenze auf die Oder-Neiße-Linie festgelegt und im Nachhinein nochmals um Stettin zuungunsten Deutschlands verändert. 12-15 Millionen Deutsche wurden vertrieben, 1-1,5 Millionen verloren dabei ihr Leben. Es klingt nach Polemik, aber tatsächlich bezeichnet und beschönigt Weizsäcker diesen Vorgang in seiner Rede als "Wanderung".
Die mitteldeutsche … Bevölkerung traf die ganze Wucht und Brutalität des Besatzungsregimes. Stalin nutzte die gleichen Konzentrationslager, die von den Nazis errichtet worden waren, um Oppositionelle, potentielle oder vermeintliche Widersacher, Dissidenten einzusperren. Enteignungen, Deportationen, Demontagen und Willkürakte bestimmten den Alltag in der sowjetisch besetzten Zone über Jahre hinaus. Nicht einmal den deutschen Kommunisten, die den Nazi-Terror und die Säuberungen in der Sowjetunion überlebt hatten, traute Stalin.
Jede noch so kleine Abweichung von seinem Führungsanspruch wurde ausgemerzt und jede Regung einer Selbständigkeit, die den verordneten Sozialismus Moskauer Prägung deutschen Gegebenheiten anpassen wollte, brutal unterdrückt.
In den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen wurden nicht nur unter Mißachtung grundlegender juristischer Grundsätze, wie z.B. das Rückwirkungsverbot, und dem Beigeschmack von Siegerjustiz die höchsten Repräsentanten des NS-Regimes als Hauptkriegsverbrecher angeklagt, verurteilt und meist gehängt, in den zwölf sog. Nachfolgeprozessen wurde durchgängig die deutsche Führungsschicht aus Militär, Wirtschaft, Diplomatie, Verwaltung etc. vor Gericht gestellt.
Besonders spektakulär war der sog. Wilhelmstraßenprozeß gegen führende Diplomaten des Auswärtigen Amtes, in dem Ernst von Weizsäcker, der frühere Staatssekretär des Auswärtigen Amtes und Vater des späteren Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker zu einer siebenjährigen Haftstrafe verurteilt wurde. Ziel der Kriegsverbrecherprozesse war die dauerhafte Diskreditierung der deutschen Funktionseliten, soweit sie das Dritte Reich und die Kriegsanstrengungen mitgetragen hatten.
Das Kriegsende und die ersten Nachkriegsjahre können - zugegeben: zugespitzt und verallgemeinert - knapp zusammengefaßt wie folgt charakterisiert werden:
Die Deutschen haben sich in hoffnungsloser Lage bis zum bitteren Ende - über den Tod Hitlers hinaus - gegen die Eroberung und Besetzung ihres Landes durch die Sieger gewehrt. Die von Stalin gezogene Oder-Neiße-Linie wurde durch die Vertreibung von 12-15 Millionen Deutschen, die die Hauptlast der Niederlage zu tragen hatten, de facto festgezurrt. Kennzeichnend für die ersten Jahre des Besatzungsregimes waren Ächtung, Bestrafung und Rache an den Deutschen.

Umdeutung

40 Jahre nach Kriegsende wird das Jahr 1945 von Bundespräsident Richard von Weizsäcker radikal umgedeutet. Die negativen Erinnerungen verschwinden aus seiner Rede zwar nicht ganz, werden aber von einer positiven Sicht auf 1945, nämlich als "Befreiung vom NS-Regime" überlagert und verdrängt. ...

Gründe für die Akzeptanz

Es gibt mehrere Erklärungen für die Akzeptanz der Umdeutung der Niederlage in eine Befreiung. ...

<u>Das Winseln der Besiegten</u>

Die Katastrophe von 1945 konnte nicht völlig in einem Befreiungsgedanken aufgehen. Tief drinnen war das Bewußtsein der vernichtenden Niederlage und des Ausgeliefertseins an die Sieger noch immer ins Gedächtnis eingeschrieben. Wir wissen, daß Besiegte im Zustand der absoluten Ohnmacht und Zerknirschung ein bestimmtes Verhalten an den Tag legen, das als "Winseln der Besiegten" bekannt ist. Sie neigen zu Demutsgesten und haben ein starkes Imitationsbedürfnis. Sie wollen die Sieger nachahmen, sich mit ihnen identifizieren. Die Sieger waren ja die Besseren, sonst hätten sie nicht gesiegt. Das gilt weltweit und ist keine deutsche

Besonderheit.
Das deutsche Imitationsbedürfnis war allerdings nach der totalen Niederlage besonders stark ausgeprägt. Man denke nur an die Grablegung Adenauers, die eine Kopie der Bestattung Churchills war. Ein anderes Beispiel ist die hemmungslose Übernahme von Anglizismen in die deutsche Sprache als sog. Neuhochdeutsch. Keine andere europäische Nation macht sich auf gleiche Weise lächerlich. Die ultimative Demutsgeste der Besiegten kulminiert schließlich in dem Bekenntnis: Ja, ihr Sieger hattet Recht und mir ist Recht geschehen. Der Besiegte entlastet sich indem er den Trotz ablegt. Der Besiegte unterwirft sich endgültig. Auch dieses Moment steckt in dem Befreiungsargument.

Legendenbildung

... Es ist problematisch, wie Richard von Weizsäcker als Bundespräsident die Deutschen kollektiv in die schuldhafte Verantwortung der wichtigsten Vertreter der deutschen Funktionseliten mit einbezieht. Er tut dies explizit als er vom Holocaust spricht:
"Wer seine Ohren und Augen aufmachte, wer sich informieren wollte, dem konnte nicht entgehen, daß Deportationszüge rollten. Die Phantasie der Menschen mochte für Art und Ausmaß der Vernichtung nicht ausreichen. Aber in Wirklichkeit trat zu den Verbrechen selbst der Versuch allzu vieler, auch in meiner Generation, die wir jung und an der Planung und Ausführung der Ereignisse unbeteiligt waren, nicht zur Kenntnis zu nehmen, was geschah".
Es ist umstritten, inwieweit die deutsche Bevölkerung das Wissen um den Holocaust teilte. … Die große Masse der Bevölkerung wußte eben nicht genau, was geschah … Es gab Gerüchte, aber lange keine Gewißheit. Selbst die Deportierten wußten oft nicht, was ihnen bevorstand.
Der Holocaust, die systematische Vernichtung der Juden ab 1942 war ein streng gehütetes Geheimnis, dessen Preisgabe mit der Todesstrafe bedroht war. Helmut Schmidt, der spätere Bundeskanzler hat z.B. als Soldat laut eigener Aussage nichts vom Holocaust gewußt. Es war riskant, Fragen zu stellen und nachzuforschen.
Die meisten Deutschen waren - was keine Entschuldigung sein soll - im Kriegsalltag mit eigenen Problemen belastet. Es gab kaum eine Familie, die sich nicht Sorgen um das Schicksal eines oder mehrerer ihrer Mitglieder machen mußte. Bei den hohen Verlusten der Wehrmacht konnte täglich eine Todesnachricht eintreffen - was auch oft genug geschah. Die Fliegerangriffe der Alliierten taten ein Übriges.
Im "totalen Krieg" befand sich Deutschland zudem in einem alle Fasern der Gesellschaft durchdringenden Ausnahmezustand, in dem Informationen und deren Verbreitung streng kontrolliert wurden. Das Abhören von Feindsendern z.B. konnte ins KZ führen. Hitler hatte mehrfach öffentlich die Vernichtung der Juden angedroht, über die konkrete Umsetzung aber Schweigen bewahrt. Sehr viel häufiger als die Drohungen gegen die Juden waren freilich die im Laufe der Jahre immer unglaubwürdiger werdenden Drohungen der Vernichtung der feindlichen Armeen und alliierten Luftflotten, ganz zu schweigen von der Ankündigung des sicheren "Endsieges". Wie glaubwürdig wirkten solche Drohungen und Ankündigungen auf die Deutschen?
Es ist heute schwer, um nicht zu sagen fast unmöglich, sich ein zutreffendes Bild der Kenntnislage der Deutschen über den Holocaust während des Krieges zu machen. Eine pauschale Schuldzuweisung an die Deutschen, wie sie von Richard von Weizsäcker als Bundespräsident vorgenommen wurde - "Wer seine Augen und Ohren aufmachte, wer sich informieren wollte …", entbehrt aber der Grundlage.
Sicher dagegen ist: Weizsäckers Vater Ernst von Weizsäcker, der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes wußte über die Judenvernichtung Bescheid; er hat entsprechende Berichte der Einsatzkommandos abgezeichnet. Der Zeithistoriker Daniel Koerfer vermutet sogar, daß Ernst von Weizsäcker in Nürnberg hingerichtet worden wäre, wenn diese Dokumente schon bekannt gewesen wären.

Der Preis der "Befreiung"

Wer von Befreiung spricht, bedankt sich bei den Siegern; denn die Deutschen haben sich 1945 nicht selbst befreit. Sie haben keinen nennenswerten Beitrag zu ihrer Befreiung geleistet, sie haben sich im Gegenteil bis zum Schluß gewehrt. Die Folgen für die Niederlage bzw. Befreiung waren für die Deutschen schwerwiegend: die Amputation und Zerschlagung Deutschlands als eigenständige, souveräne, staatliche Einheit. Die Sieger haben sich die Früchte ihres Sieges selbst geholt, ohne die Deutschen zu fragen.

1985 stimmten die Deutschen der Befreiungsrede Weizsäckers überwiegend zu. Die Befreiung war aber nicht ohne die Niederlage und ihre Folgen zu haben. … Mit der Dankbarkeit erhält das, was 1945 dem mit der bedingungslosen Kapitulation willenlos gemachten Deutschland widerfuhr, eine nachträgliche Legitimation durch die besiegten Deutschen selbst. Die logische Konsequenz der Weizsäcker-Rede und der darin zum Ausdruck kommenden Dankbarkeit ist die Bereitschaft, auch den Preis für die Befreiung zu zahlen. ...

Ostgrenze

Nach dem Versailler Friedensvertrag 1919 hatte keine - keine - der maßgeblichen deutschen Parteien die von den Siegermächten gezogene Ostgrenze des Deutschen Reiches akzeptiert. Das Versailler Diktat passierte den Reichstag nur mit knapper Not, letztlich nur mit Hilfe eines Geschäftsordnungstricks, um … den Verlust der Reichseinheit zu verhüten. Die Forderung nach einer Revision der Ostgrenze, die Ostpreußen und Danzig vom Deutschen Reich abtrennte, war ein Grundkonsens der Weimarer Parteien. Hitler konnte später von diesem Grundkonsens profitieren, als er 1939 eine Revision der Ostgrenze forderte und den Zweiten Weltkrieg begann. Die Deutschen standen in dieser Frage hinter ihm, auch wenn sie den großen Krieg, einen Zweiten Weltkrieg nicht wollten.

Noch während des Zweiten Weltkriegs einigten sich Stalin und Churchill darauf, die deutsche Ostgrenze erneut massiv nach Westen und damit Polen noch weiter nach Mitteleuropa zu verschieben. Schlesien, Pommern, Danzig, ein Teil Ostpreußens wurden Polen zugeschlagen, der andere Teil Ostpreußens der Sowjetunion, alles Gebiete, die seit Jahrhunderten unbestritten deutsch besiedelt waren. Stalin drückte als Draufgabe noch Stettin zu Gunsten Polens durch und verordnete der von ihm gegründeten DDR die Anerkennung der Oder-Neiße als "Friedensgrenze".

Die Umdeutung der von Stalin gezogenen Grenze in eine deutsch-polnische Friedensgrenze entlang der Oder-Neiße blieb im Westen Deutschlands bis 1990 umstritten. Ohne das Zugeständnis der endgültigen Anerkennung wäre die Wiedervereinigung 1990 nicht zu haben gewesen. Nicht nur der französische Staatspräsident Mitterrand war in dieser Frage absolut unnachgiebig. Bundeskanzler Helmut Kohl hat die Anerkennung bis zur Gefahr einer Blockierung des Wiedervereinigungsprozesses hinausgezögert. Richard von Weizsäcker hingegen war bereit, auch diesen Preis für die "Befreiung" zu bezahlen: Er gehört mit zu den frühesten Befürwortern eines endgültigen Verzichts und gilt den Polen noch heute als beliebtester deutscher Politiker von Rang. ...

Risiken und Nebenwirkungen

... Befreiungslegenden

... Wer mit Gewalt unterworfen wird und dann mit dem Begriff der Befreiung operiert, hat in Wahrheit überhaupt nicht begriffen, was mit Freiheit und Befreiung gemeint ist. Er hat zum Freiheitsbegriff keine echte, innere Beziehung. Wenn der Bundespräsident für die Deutschen die Niederlage, Besetzung und Teilung ihres Landes - Deutschland war 1985 geteilt - als Befreiung bezeichnet, dann stimmt irgend etwas nicht. Da ist ein Volk nicht ehrlich vor sich und seiner Geschichte. …

Hinter der Rhetorik steht nichts, keine eigene Erfahrung; nur die Verwechslung von gewaltsamer Bekehrung mit Befreiung. Das ist eben nicht das Gleiche. Es ist eine Form von Selbst-

entmündigung, die die Befreiung von Dritten erwartet, es ist die Preisgabe des eigenen freien Willens zur Freiheit, die erkämpft werden muß. Es ist die Absage an die Eigenverantwortlichkeit. Weizsäcker hat das mit der "Befreiung vom Faschismus" natürlich nicht gemeint. Aber es ist die Folge eines Befreiungsbegriffs, wie er von den Deutschen verstanden und inhaltlich umgepolt worden ist.

Entmündigte Außenpolitik

Wenig reflektiert ist bisher, daß 1945 auch das Jahr der außenpolitischen Entmündigung Deutschlands ist. Mit der bedingungslosen Kapitulation übernahmen die Siegermächte die Regierungsgewalt über Restdeutschland. Eine deutsche Regierung gab es bis zur Gründung der DDR und der Bundesrepublik nicht, beide Staaten wurden unter Vormundschaft und Aufsicht der Supermächte USA und UdSSR ins Leben gerufen. In der Außenpolitik waren beide Staaten weder frei noch souverän. Übrigens auch nicht in der Innenpolitik. Die Bundesrepublik erhielt z.B. erst 1951 ein Auswärtiges Amt und gewann dann im Lauf der Jahre etwas an außenpolitischer Bewegungsfreiheit.

Die Bundesrepublik und die DDR bewegten sich in einem engen, von den Siegermächten im Westen und der Sowjetunion im Osten vorgegebenen Korsett. Abweichungen, wie die Ostpolitik Willy Brandts wurden z.B. in Washington mit Argusaugen beobachtet und teilweise ausgebremst. Der außenpolitische Schulterschluß mit den USA war eine unerläßliche Lebenslinie jeder Bundesregierung. War er gefährdet, wie in der Nachrüstungsdebatte nach dem NATO-Nachrüstungsbeschluß 1979, stürzte die Regierung, während sich die neue ihres Rückhalts in Washington versicherte.

Die außenpolitische Entmündigung, unter anderem als Bündnistreue und zum Teil auch als Multilateralismus eingekleidet, hatte Bestand bis zur Wiedervereinigung. Sie war aus der Sicht der deutschen politischen Klasse eine Art Gottesgeschenk. Sie enthob die deutsche Außenpolitik von schwierigen Entscheidungen, der Übernahme internationaler Verantwortung und eigenverantwortlicher Interessenpolitik.

Die Formulierung "nationaler Interessen" galt als eine Art Teufelswerk, das - abgesehen von Wirtschaftsinteressen - mit einem Tabu belegt war. Die Bundesrepublik ging im Westen, sprich NATO und Europäische Einigung in einer Weise auf, die für Frankreich, Großbritannien und natürlich die USA unvorstellbar war.

Mühsam und gegen Widerstände mußte in den Jahren nach 1990 der Begriff der "nationalen Interessen" erst wieder entdeckt und positiv besetzt werden, obwohl er die Grundlage jeder Außenpolitik ist. Die "nationalen Interessen" sind die einzige Münze, die im internationalen Verkehr, in der internationalen Politik zählen. Rationale Außenpolitik ist nur auf dieser Grundlage möglich.

Zum Zeitpunkt der Rede Weizsäckers, 1985, bedeutete die "Befreiung" auch ein Ja zur fortdauernden außenpolitischen Entmündigung. Die westdeutsche politische Klasse war froh, den Entscheidungszwängen entronnen zu sein, die Deutschland nach der Reichsgründung 1871 in die Katastrophen der Weltkriege geführt hatten. Die deutsche Politik und Diplomatie hatten sich nach 1871 im europäischen Interessengeflecht nie zurecht gefunden und waren schließlich als Außenseiter gescheitert.

Nach der Niederlage 1945 und der bedingungslosen Kapitulation war die deutsche außenpolitische Entmündigung durch Fremdeinwirkung der Sieger komplett. Im Lauf der Jahre wurde sie in Randbereichen etwas gelockert. 1985 bekam die deutsche Einordnung bzw. Unterordnung unter den fremden Willen mit der Rede Weizsäckers den Charakter der Freiwilligkeit. Die deutsche politische Klasse, die seit der Reichsgründung 1871 auf keine außenpolitische Erfolgsgeschichte sondern nur auf Fehleinschätzungen, Fehlentscheidungen und Katastrophen zurückblicken konnte, orientierte sich lieber an Vorgaben aus Washington, London, Paris und im Osten aus Moskau. Die Rede Weizsäckers übergoß die deutsche außenpolitische Selbst-

entmündigung mit dem Glorienschein der Befreiung. ...

Traditionen?

... Zögerlich und widerwillig nähern sich die Deutschen der Tabuzone der sog. Stunde Null. Jede mißverständliche Äußerung, jeder falsche Schritt außerhalb der festgetretenen Pfade der politischen Korrektheit kann das Ende der wissenschaftlichen oder publizistischen Karriere derer bedeuten, die sich auf dieses schwierige Terrain vorwagen. Historische Forschung und Publizistik befassen sich in Deutschland exzessiv mit bestimmten Ausschnitten des Zweiten Weltkrieges und lösen damit immer wieder Wellen der Betroffenheit aus. Selektiv wahrgenommen, vernachlässigt und ausgeblendet werden die letzten Kriegsmonate und die unmittelbare Nachkriegszeit, obwohl sie für die spätere Entwicklung in Deutschland von größter Bedeutung sind. ...

Es ist bemerkenswert, wie sich die Deutschen ihre Geschichte von Ausländern erzählen lassen müssen: Ein britischer Historiker, Alan B. Taylor, nannte es ein "großes Geheimnis", daß viele Deutsche über die zwölfte Stunde hinaus auf den Trümmern des dahingegangenen Reiches weiter kämpften. Mit Sarkasmus hatte Taylor hinzu gefügt, daß die Antwort darauf nie zu haben sein werde, da die Deutschen selbst sich nicht erinnerten. ...

Fazit

Die eingangs gestellten Fragen können wie folgt beantwortet werden: Die Tragweite der von Richard von Weizsäcker 1985 vorgenommenen Umdeutung der Niederlage von 1945 in eine Befreiung ist enorm, die Tragfähigkeit nahezu null und die Folgen teilweise katastrophal.

Die Rede ist zeitbedingt und traf die Stimmung der "Westdeutschen" Mitte der 1980er Jahre. Ein Vierteljahrhundert oder eine Generation später hält sie einer kritischen Überprüfung nicht stand.<<

Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtete am 6. Juni 1986 über eine Rede des deutschen Historikers Ernst Nolte: >>**Die Vergangenheit, die nicht vergehen will**

... Wahrheiten willentlich auszusparen, mag moralische Gründe haben, aber es verstößt gegen das Ethos der Wissenschaft.

Aber so wenig wie ein Mord, und gar ein Massenmord, durch einen anderen Mord "gerechtfertigt" werden kann, so gründlich führt doch eine Einstellung in die Irre, die nur auf den einen Mord und den einen Massenmord hinblickt und den anderen nicht zur Kenntnis nehmen will, obwohl ein kausaler Nexus wahrscheinlich ist. ...<<

Der deutsche Historiker Michael Wolffsohn schrieb am 8. Januar 1987 in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" über die unterschiedlichen Formen und Anwendungen des Rassismus (x268/82,88-89): >>... Der Antigermanismus stellt letztlich, ebenso wie der Antisemitismus, eine politische Abart der Biologie dar. Dieser politische Biologismus ordnet Menschen aufgrund ihrer geburtsbedingten nationalen und religiösen Herkunft, nicht aufgrund ihrer Eigenschaften oder Verhaltensweisen, den Mächten des Lichts oder den Mächten des Dunkels zu – ein für allemal. Er ist damit radikal gegen die Traditionen der Aufklärung gerichtet, die für den Einzelmenschen die Fesseln der Geburt sprengen wollte. ...<<

>>... Das Instrument des Antigermanismus ist ebenso wirksam wie das des Antijudaismus, der sich ebenfalls von seinem Objekt verselbständigt hat. Der Antijudaismus hat mit dem realen Juden, wenn überhaupt, nur sehr wenig gemein. Der Antigermanismus zeichnet, verzeichnet und überzeichnet das heutige Deutschland, ebenso wie einst der Jude nur als Fratze dargestellt wurde. Seit Jahrtausenden leben die Juden mit dem Antijudaismus, die Deutschen werden sich wohl oder übel, an die Allgegenwart des Antigermanismus gewöhnen müssen. ...<<

Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" berichtete am 4. August 1989 über das neue Buch des deutschen Journalisten und Publizisten Johannes Gross "Phönix in Asche": >>**Mutig nur in der Freizeit**

An Johannes Gross mögen sich die Geister scheiden. Die einen finden seine Intellektualität

arrogant, gräßlich und unerträglich; die anderen lieben ihn wegen seiner Könnerschaft. Er ist ein glänzender Formulierer, ein überaus gebildeter Mann, wie es sie in der Publizistik nur selten gibt, ein großer Spötter vor dem Herrn und ein Meister der belebenden Polemik. So schnell verschlägt ihm nichts die Sprache.
Kein Zweifel, er ist ein Konservativer. Dies zeigt nicht zuletzt sein jüngstes Buch "Phönix in Asche", das er uns pünktlich zum vierzigsten Jahrestag der Republikgründung beschert hat und in dem er versucht, in einer Reihe von kurzen Skizzen "die seelische Realität der Republik einzufangen". Dabei steht für ihn eines außer Frage, wenn er "die Miserabilität ihrer öffentlichen Darstellung" beklagt: Unserem Land fehlt etwas, das er selber in so reichlichem Maße besitzt: Stil.
Dafür kranken wir Deutschen, findet Johannes Gross, an etwas anderem in um so höherem Maße: an Kleinmut und Wehleidigkeit.
"Ein junger Deutscher wird daran gewöhnt, ja er wird dazu erzogen, daß Wagemut, Abenteuerlust, Unternehmungsgeist nur als Schlagwörter für die Freizeitgestaltung ihr Recht haben, aber keinen Platz in der Wirtschaft oder im beruflichen Leben. Wenn irgendwo eine zündende Idee aufträte, kämen die Kleinkrämer von allen Ecken herbeigeeilt, sie zu löschen; sie stört ja nur."
Wer so schreibt und denkt, hat naturgemäß Gegner zuhauf. Alle jene, die sich mit dem Zeitgeist verbunden haben, werden sich an der Behauptung stören, die Bundesrepublik Deutschland gleiche einem Phönix, der es nicht schafft, sich aus der Asche zu erheben, und es – wie Johannes Gross es seinen Lesern unter die Nase reibt – auch gar nicht schaffen will.
"In vierzig Jahren wachsenden Wohlstandes hat der Staat Bundesrepublik nicht ein einziges Gebäude von architektonischem Rang errichtet, kein großes Denkmal in Auftrag gegeben, keine Musik, kein Bildwerk inspiriert – verschwände sie heute wie von Zauberhand, keine mit Sinnen wahrnehmbare Spur würde an sie erinnern. Durch stillschweigendes Handeln drückt das politische Phänomen Bundesrepublik einen Minderwertigkeitskomplex aus, mögen seine Politiker auch gelegentlich auftrumpfende Reden halten. Was ihr Selbstbewußtsein wert ist, sagen die Steine, die nichts zu reden haben." ...<<
Der deutsche Journalist und Publizist Johannes Gross schrieb im Jahre 1989 in seinem Buch "Phönix in Asche" (x268/229): >>... Wenn der Staat Flagge zeigt, tut er es halbmast, seine Feiertage sind Trauertage, die Bekundungen der Staatsmänner triefen von Betroffenheit.
Seine Geschichte ist in Wahrheit die des NS-Regimes und der Gedenktage seiner Greuel.<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 8. Juli 1992: >>**Neue Berechnung bestätigt Zahl der ermordeten Juden**
Die Nationalsozialisten haben mindestens 5,29 Millionen und höchstens knapp mehr als 6 Millionen europäische Juden ermordet. Zu diesem Schluß kommt eine neue Studie des angesehenen "Instituts für Zeitgeschichte" in München.
Bei dieser Berechnung sei bereits mit berücksichtigt, daß im Vernichtungslager Auschwitz nicht - wie lange Zeit angenommen wurde - 4, sondern etwa 1,5 Millionen Menschen ermordet wurden.
Eine entsprechende Inschrift im Vernichtungslager war, wie berichtet, jüngst geändert worden. Die korrigierten Zahlen für Auschwitz seien dem Institut schon seit vielen Jahren bekannt und seitdem schon immer in die Berechnungen der Gesamtopferzahlen eingeflossen, sagte ein Wissenschaftler.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazins "DER SPIEGEL" berichtete am 10. August 1992 über den vom "Office of War Information" eingezogenen US-Umerziehungsexperten Billy Wilder, US-amerikanischer Drehbuchautor, Filmregisseur und Filmproduzent (x354/18): >>… Man wollte für den Tag nach Hitler ein Programm haben, Regeln, nach denen sich die Deutschen auf ihrem Weg zur Demokratie richten sollten. Und ich sollte an der Ausarbeitung dieses Pro-

gramms mitarbeiten, sollte mich um die Leute in Deutschland kümmern, die wieder Filme machen wollten. Und sollte verhindern, daß ehemalige Nationalsozialisten weiter Filme machten.
Mit diesem Programm fingen wir noch während des Krieges an. … Als man mich einzog, steckte man mich in New York auf eine Art Schule, wo ich auf meine Umerziehungsaufgabe vorbereitet wurde.<<
Der deutsche Schriftsteller und Dramatiker Botho Strauß schrieb am 8. Februar 1993 im Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (x268/186-187): >>Zuweilen sollte man prüfen, was an der eigenen Toleranz echt und selbständig ist und was sich davon dem verklemmten deutschen Selbsthaß verdankt. ... Intellektuelle sind freundlich zu Fremden, nicht um des Fremden willen, sondern weil sie grimmig sind gegen das Unsere und alles begrüßen, was es zerstört. ...<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 8. Oktober 1994: >>**Das Grauen läßt sich schwer in Bronze gießen**
... In einer Zeit, in der die Überlebenden des Massenmordes sterben, scheint ein Holocaust-Erinnerungsboom auszubrechen. Öffentliche Gedenkorte überall sollen dem kollektiven Gedächtnis bewahren, was sonst unwiderruflich verloren wäre.
Aber ist so etwas überhaupt möglich? Sind Kunstwerke beim Thema Holocaust überhaupt erlaubt? Lassen Denkmäler die Vergangenheit nicht erstarren, "entsorgen" sie das Grauen nicht? ...
Welches ist also die angemessene Form des Gedenkens? ... Elie Wiesel sagte bei der Eröffnung des amerikanischen Holocaust Museums in Washington im vergangenen Jahr, daß nur Fragen möglich seien. Und wenn es doch eine Antwort gebe, dann heiße sie Verantwortung eines jeden für die Gegenwart.<<
Der nordamerikanische Politikwissenschaftler Norman G. Finkelstein schrieb später in seinem Buch "Die Holocaust-Industrie" über die Eröffnung des amerikanischen Holocaust Museums in Washington (x169/79-80): >>... Holocaust-Gedenktage sind ein nationales Ereignis. Alle 50 Bundesstaaten veranstalten Gedenkfeiern, häufig in Räumen der jeweiligen Parlamente. Die Vereinigung der Holocaust-Organisationen führt mehr als 100 Holocaust-Institutionen in den Vereinigten Staaten auf. Sieben große Holocaust-Museen sind über ganz Amerika verteilt. Kernstück dieses Angedenkens ist das … Holocaust Memorial Museum in Washington.
Die erste Frage ist, weshalb es überhaupt ein von der amerikanischen Bundesregierung finanziertes Holocaust-Museum in der Hauptstadt des Landes gibt. Diese Einrichtung an der Washington Mall verträgt sich insbesondere nicht mit der Tatsache, daß hier kein Museum existiert, welches der Verbrechen im Laufe der amerikanischen Geschichte gedenkt.
Man stelle sich das Klagegeschrei in den USA gegen die Heuchelei der Deutschen vor, wenn diese in Berlin ein Nationalmuseum zum Gedenken nicht des Nazi-Völkermords, sondern der Sklaverei in Amerika oder der Auslöschung der amerikanischen Ureinwohner errichten würden. ...<<
Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 10 – 1994 berichtete im Oktober 1994 ferner über das Buch "Grün war die Hoffnung. Geschichte und Kritik der grünen Bewegung" des evangelischen Theologen und Publizisten Dr. Lothar Gassmann (x853/...): >>**Zwischen Marx und New Age**
Seit Monaten wird in Deutschland in zahlreichen Medien so getan, als ob - überspitzt ausgedrückt - ein zweiter Hitler bevorstünde, obwohl rechtsextreme Umtriebe … stark abgenommen haben. Aber jede einzelne Tat ist schlimm. Gewalt ist jedoch zu brandmarken, ob sie nun von rechts oder links kommt. Das Problem in Deutschland ist freilich die Einäugigkeit. Rechte Gewalt wird zu Recht als furchtbar betrachtet, für linke gibt es dagegen zu Unrecht vielfach Verständnis, wenn von ihr überhaupt die Rede ist.

Eine linksradikale Gefahr aber wird in vielen Medien erst gar nicht gesehen. Doch sind die Grünen auf linker Seite mit ihrer Forderung nach totaler Freigabe der Abtreibung und damit der Tötung von Kindern, nach Legalisierung selbst von Marihuana und ihrem Engagement gegen ein Schutzalter in Sachen sexuellen Mißbrauchs als Ersatz für den § 175 tatsächlich weniger radikal als die Republikaner auf rechter? Sind sie von der demokratischen "Mitte" ideologisch weniger weit entfernt als die Reps?
Der Autor des Buches weiß, wovon er spricht, wenn er die Grünen entsprechend sieht und kritisiert. Lothar Gassmann, Jahrgang 1958, hat selbst lange in Umweltschutzverbänden mitgearbeitet und die Grünen gewählt. Von den siebziger Jahren bis heute gibt es zahlreiche Flugblätter und Artikel zu ökologischen Themen aus seiner Feder. Jetzt legt der junge Doktor der Theologie ein ausführliches Standardwerk zur Bewegung der Grünen vor.
Er kommt zu dem Schluß: Die ideologischen Grundlagen dieser Partei sind Neomarxismus und neuheidnische Naturmystik, und beides ist mit christlichem Gedankengut unvereinbar. Auch wenn man die Grünen nicht über einen Kamm scheren darf - es gibt unter ihnen auch engagierte Christen -, auch wenn man das Engagement für die Umwelt nur begrüßen kann (und hier haben nicht wenige Christen einen Nachholbedarf), so sind doch wesentliche ethische und ideologische Positionen der Partei der Grünen für Christen inakzeptabel.<<
Der deutsche Journalist und Historiker Rainer Zitelmann berichtete im Jahre 1994 in seinem Buch "Wohin treibt unsere Republik?" über die sogenannte "Faschismuskeule" der linksradikalen 68er Studentenbewegung (x268/126): >>Man interessierte sich für die "faschistoiden" Strukturen, Tendenzen, Denkweisen usw., die man überall in der demokratischen Bundesrepublik zu entdecken glaubte und nur dort nicht suchte, wo man ehesten hätte fündig werden können: bei sich selbst. ...
1968 bildete sich eine Argumentationstypologie heraus, die bis heute bestimmend ist, ja, die intellektuelle und politische Debatte zunehmend dominiert: Wer nicht links ist, ist Nazi, ist Faschist. ...<<
Der deutsche Historiker und Publizist Michael Wolffsohn, ein prominenter Vertreter des Judentums in Deutschland, schrieb am 24. Januar 1995 in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung": >>**Deutsche und Juden sind aneinandergekettet** ...
Schuld ist nicht erblich. Daher ist der nachgeborene Deutsche nicht schuldig, der nachgeborene Jude kein Märtyrer.
Dennoch: Wir alle wissen, daß es sehr wohl ein Weitergeben von Bürde und Würde der Geschichte von einer Generation zur anderen gibt.
Die nachgeborenen Deutschen tragen das Kainszeichen von Auschwitz. Sie tragen es, weil sie Deutsche sind; weil die erste Gedankenverbindung der meisten Nichtdeutschen in bezug auf Deutsches Auschwitz ist, also der millionenfache Judenmord. Das wird so bleiben. ...
Die nachgeborenen Deutschen haften für die politische Schuld ihrer Vorfahren, und diese politische Schuld gegenüber den Juden prägt das Wir-Gefühl der Deutschen, ob sie es wollen oder nicht. ...
Die Art der Annahme oder Verweigerung der Haftung ist Instrument und Signal, nach innen und außen. Ein Signal der Erneuerung, ein Instrument der Politik, ein Mittel der Erziehung und damit der Identitätsstiftung oder Identitätsstärkung.
Deshalb gilt: Vom Verhältnis zur Endlösung hängt die politisch-moralische Erlösung der Deutschen ab.<<
Der deutsche Moraltheologe Johannes Bökmann berichtete im März 1995 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 3 – 1995 über das Ende des Zweiten Weltkrieges (x853/...): >>**Selektives Gedenken**
... Das Kriegsende 1945 bedeutete für Deutsche vor allem entsetzliche Tragödien. Und wer menschlich denkt und sich erinnert, fragt: wo bleibt das Gedenken, ein Tag der Trauer, ein

würdiges Denkmal, für die ca. 2,5 Millionen bei der Vertreibung aus Ostdeutschland, Böhmen/Mähren und Sudetendeutschland, auf dem Balkan umgekommenen Deutschen, die erfroren, erschlagen, erschossen, ertrunken, auf der Flucht bombardiert, niedergewalzt, verhungert oder in sowjetische Sklaverei deportiert und verschwunden sind? Wer errichtet jenen wohl hunderttausenden deutschen Mädchen und Frauen ein Denkmal, die Opfer systematischer und massenweiser Schändungen durch eine hemmungslose Soldateska, schließlich abgeknallt wurden oder sich selbst das Leben nahmen.
Wäre das nicht ein Gedenken wert von seiten auch einiger Feministinnen, wenn sie ernstgenommen werden wollen? Stünde es nicht der Kirche gut an, statt ungerechter Selbstbezichtigung der damaligen Kirche jener in würdiger Form zu gedenken, die damals ihr Leben gaben, um Frauen zu schützen, darunter waren nicht wenige Priester?
Ist es zumutbar, "Befreiung" feiern zu sollen angesichts der zahllosen Opfer, Soldaten und Zivilisten, im Gefolge jener sadistischen Mordhetze, die der Salonkommunist und perverse Agitator Ilja Ehrenburg jahrelang in Frontzeitungen der Roten Armee einimpfte? Verdienen nicht jene ein Denkmal, die - wie die deutsche Marine - in einer beispiellosen Rettungsaktion 2,4 Millionen Menschen aus jener Hölle retteten? ...
Wo bleibt ein Denkmal oder wenigstens ein würdig-öffentliches Gedenken an die zigtausenden deutscher Kriegsgefangener, die man wissentlich in den amerikanischen Todeslagern am Rhein hat umkommen lassen, oder an der Ost-West-Begegnungsgrenze - teilweise unter Bruch ausdrücklicher örtlicher Übergabevereinbarungen - an die Rote Armee und damit meist in den Tod zu Hunderttausenden kalt-brutal ausgeliefert hat?
Sie werden darauf wohl ebenso wie die Hunderttausende Zivilopfer - als solche waren sie bewußt gewählt in einer längst vor dem Krieg geplanten verbrecherischen Bombenterror-Strategie seitens der Briten - warten müssen, ebenso wie die deutschen Opfer - es waren die ersten, noch vor den Massen der europäischen Juden - der Konzentrationslager - die Deutschen waren auch die letzten in den von den Sowjets nach 1945 in trauter Kontinuität weitergeführten Nazi-KZs.
Genug. Man wird die festgefahrenen selektiven Bewältigungs-Profis, die Gedächtnis und Denkmale für ihre Zwecke instrumentalisieren, nicht umstimmen. Mir bleibt unvergessen, was uns 1946 Prof. Andres in der Vorlesung in Bonn mit erschütternder Verzweiflung sagte: "Ja, wir sind befreit. Befreit von den letzten Illusionen."
Amerikanische Soldaten - bei denen es übrigens 1945 in Deutschland makabrerweise noch die traditionelle strenge Rassentrennung gab - hatten sein Lebenswerk, ein religionswissenschaftliches Archiv mutwillig auf die Straße geworfen, zertrampelt, verdreckt, angezündet, vernichtet. Damals galt das Verbot der Verbrüderung. Man wollte gar nicht befreien. Morgenthau plante das Gegenteil.
Ja, wir hatten dann Glück im Unglück, als wir bald wieder - von Ost und West - gebraucht wurden. Das größte Glück aber war die fast wunderbarerweise gesundgebliebene Substanz des Volkes, religiös sowohl wie im Ethos, das keine Panik und nihilistische Verzweiflung aufkommen ließ. Insbesondere die damals noch intakten Familien wurden Orte des Sichfindens. Neuanfang und Aufbau sind ebenso wie Durchhalte- und Ertragenskraft, Klugheit, Vorsorge und besonnenes Handeln in jener Zeit ein wahres Ruhmeskapitel unseres so fürchterlich geprüften Volkes. ...<<
Der österreichische Publizist Erik von Kuehnelt-Leddihn berichtete im März 1995 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 3 – 1995 (x853/...): >>**Die Linke ist noch nicht am Ende**
Der Kampf geht weiter
... Links bezieht sich auf unseren Herdentrieb und das Behagen, das wir beim Gleichen und Nämlichen und das Unbehagen, das wir beim Anderen und Fremden empfinden. Links steht

der Kollektivismus jeder Art, der Sozialismus, der Nationalismus, der Internationalismus, der Rassismus, rechts die Freude an der Vielfalt. Das Linke ist das Horizontale, das Rechte das Vertikale. Das Rechte ist aufblickend, das Linke umherblickend, das Rechte das Spirituelle, das Linke das Materielle. Der linke Trieb in uns, den wir auch mit dem Tierreich teilen, gibt uns ein Vergnügen im Kreise Gleicher und Gleichgesinnter zu sein, wo niemand anderer Meinung ist und sich gerne angleicht.
Das Vergnügen des Reisens ist "rechtsdrallig": es macht Freude, ein anderes Klima, andere Menschen, andere Weisen, andere Speisen, eine andere Architektur, eine andere Tierwelt zu genießen. Die Natur kennt keine Gleichheit und diese muß künstlich, also durch "Gewalt" hergestellt werden. Eine Gartenhecke, die gleich hoch bleiben soll, muß man wiederholt schneiden.
Deshalb ist die wahre Rechte mit der Freiheit, die Linke mit dem Zwang und der Sklaverei verbunden. Das Neue Testament spricht von der Freiheit, aber nie von der Gleichheit, und der Dominikaner Bruckberger nennt es eine Botschaft menschlicher Ungleichheit.
- Mit welchem Recht gebrauchen wir aber die Worte "Links" für eine primitive und negative und "Rechts" für eine positive Triebkraft in der Menschheit? In allen Sprachen und Kulturen drücken "rechts" und "links" Wertungen aus, am wenigsten allerdings noch im Deutschen, während im Italienischen die Linke, den Unglücksfall bezeichnet, was in den … semitischen und in den indo-europäischen Sprachen Asiens vielleicht noch deutlicher herauskommt. Ebenso in der Sprache der Bibel, des Alten wie auch des Neuen Testaments. ...
Der erste große politische Sieg der Linken kam mit der Französischen Revolution, die ideologisch auf der Ersten Aufklärung beruhte, diese aber wiederum auf dem Wege über den Deismus sich zum Agnostizismus und Atheismus entwickelte. Der Anbetung Gottes folgte logisch die Anbetung des Menschen, die Anthropolatrie. Gomez Dávila sagte uns, daß der Kult des Menschen mit Menschenopfern gefeiert werden muß, und das tat die Linke seit der Französischen Revolution in reichlichem Maße. ...
Also will … die Linke menschliche Wesen, die ihren Schwerpunkt ganz in sich haben - und nicht woanders, in Gott, selbstbezogene Monaden, die sich totalitär einordnen lassen - wie die Sklaven beim Bau der Pyramiden, die "Genossen" im Aufbau des Sowjetriesen, die "blauen Ameisen" in Maos China.
- Die christliche Botschaft ist wesentlich anders: die Menschen sind alle ungleich, in ihrer Identität und Idoneität, in ihrer Generation, ihrem Geschlecht, ihrem Stand, ihrem Beruf und ihrer Berufung, ihren Talenten und ihrem Geschmack, ihrem Schicksal, in ihren verschiedenartigsten Beziehungen zu anderen Menschen - nahen, nächsten, fernen und fernsten - und selbstverständlich auch zu Gott. - …
Was stört da die Linke? Nicht nur die Kirche, sondern vor allem die Familie, und alles, was mit ihr eng zusammenhängt: die verschiedenen Rollen der Geschlechter und der Generationen …
George Orwells "1984" - ist die Neue Ordnung, der totalitäre Staat, immer familienfeindlich, und auch geschlechtsfeindlich, denn die Familie ist eine Gemeinschaft, die sich von der totalitären Ganzheit als kleines Reich absondern, abkapseln und eine Privatexistenz führen kann. Und das will die Linke nicht. Daher auch ihr Plan, im Geschlechtlichen eine Unordnung zu stiften und somit die Familie in ihrem Kern zu treffen. ...
Die Familie, wenn auch nur die Kleinfamilie sah August Zechmeister als die letzte Zuflucht der Persönlichkeit in einem stets barbarischer werdenden Zeitalters. Ganz analog dachte D. H. Lawrence, als er der Kirche dankte, die Ehe nicht nur zum Sakrament erhoben, sondern auch zum Bollwerk gegen den allmächtigen Staat gemacht zu haben.
Mit instinktiver Sicherheit wird sich die Linke, von nun an ihrer Hypotheken ledig, auf die … Vernichtung von Familie, Ehe, Eros-Liebe und Geschlechtlichkeit stürzen. …

Um ihr Ziel zu erreichen wird die Linke alles daran setzen, die natürlich-gottgegebene Struktur der Gesellschaft zu zerstören, in der die Familie der Grundstein ist. Da gilt es Keile zwischen die Generationen zu treiben und die wichtigen Pfeiler der Familie, Eros und Sexus, zum Wanken zu bringen. ...
Alles, was die Familie schwächt, ist der Linken willkommen, auch natürlich alles, was ihre Privilegien oder das, was wesentlich zu ihrem Charakter gehört, untergräbt. So die Stellung der Eltern zu den Kindern - mit steter Herabsetzung des Mündigkeitsalters - oder des Vaters zur Mutter beziehungsweise des Ehemanns zu seiner Frau. …
Zudem sind überall linke Bestrebungen im Gange, die leibliche Praxis der Homosexuellen zu "legitimieren".
Wir reden da nicht einer Verfolgung von Homosexuellen das Wort, wohl aber müssen wir gegen eine Gleichsetzung des normalen mit den krankhaften Formen des Geschlechtslebens sein. ...
Der Staatskapitalismus ist andererseits Gleichmacherei, und der Antifamilismus kann auch mit dem Wohlfahrtsstaat seine rein materiellen Ziele erreichen. Allerdings ist der richtige Ausdruck für den Wohlfahrtsstaat, wie uns Röpke einst belehrte, der "Versorgungsstaat".
Er ersetzt rein materiell weitgehend die Familie. Er gibt auch dem Staat weitgehende Macht. Also spielt der Versorgungsstaat eine zweifache Rolle - eines Versorgers und eines "Verantwortungsenthebers".
Auch sehen die linken Sozialpolitiker es gerne, wenn man von der Hand in den Mund lebt und darum wird er oft die Einkommenssteuer und Erbschaftssteuer für den von ihm gehaßten "Besitzbürger" erhöhen. Familienstolz und Familiensinn sollen schwinden. Besitz bedeutet Unabhängigkeit und das gefällt der Linken nicht. Alles wird "versorgt". Auch die Großeltern, die man in staatliche Greisenheime abschiebt. Ehen werden seltener und seltener geschlossen. Und "moderne" Ehen sind "offene Ehen" mit Ehebrüchen am laufenden Band, wobei man zumal annimmt, daß Ehebrüche zur "Selbstverwirklichung" schön beitragen.
Kinder wachsen in stets größeren Mengen, von arbeitenden verheirateten oder ledigen Müttern unbetreut, auf. Auch die Scheidungen werden leichter gemacht. Das Los der Scheidungskinder – auch im Lichte der Kriminalität - ist oft erschütternd und da man gerade im Alter einen Partner bitter braucht und viele der Geschiedenen nicht mehr wieder heiraten, gibt es mehr einsame Alte als notwendig.
Doch die Linke ist stets gegen "Bindungen" - vertikale wie auch horizontale. Der Mensch soll ja frei sein, aber hauptsächlich von Nabel abwärts. Auch der Feminismus, mit dem wir uns schon einmal beschäftigten, steht im linken Lager und trägt wahrhaftig nichts zur fraulichen Erfüllung bei, denn der Linken sind die Geschlechter nicht nur gleichwertig, sondern auch identisch. ...
Marx war nur ein kleiner Linker, der hauptsächlich an die Mägen und Brieftaschen dachte. Jetzt geht es um mehr, denn die Linke will uns im moralischen und leiblichen Dreck ersticken lassen.
"Erlöse uns von dem Bösen!" sollten wir heute inniger denn je beten. ...<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 19. April 1995 über den Aufruf "8. Mai 1945 - gegen das Vergessen" zum 50. Jahrestag der "Befreiung": >>**Streit über den 8. Mai geht nicht allein die Deutschen an**
... Kürzlich haben nun Konservative und Rechtsorientierte unter der provozierenden Überschrift eine Zeitungsanzeige veröffentlicht, in der es heißt: "Einseitig wird der 8. Mai als "Befreiung" charakterisiert. Dabei droht in Vergessenheit zu geraten, daß dieser Tag nicht nur das Ende der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft bedeutete, sondern zugleich auch der Beginn von Vertreibungsterror und neuer Unterdrückung im Osten und den Beginn der Teilung unseres Landes. Ein Geschichtsbild, daß diese Wahrheiten verschweigt, verdrängt oder

relativiert, kann nicht Grundlage für das Selbstverständnis einer selbstbewußten Nation sein, die wir Deutschen in der europäischen Völkerfamilie werden müssen, um vergleichbare Katastrophen künftig auszuschließen."
Diese Anzeige kann als Gegenposition zur Weizsäcker-Rede gelten. Sie wurde eingeleitet mit einer Aussage des ersten Bundespräsidenten Theodor Heuss: "Im Grunde genommen bleibt dieser 8. Mai 1945 die tragischste und fragwürdigste Paradoxie für jeden von uns. Warum denn? Weil wir erlöst und vernichtet in einem gewesen sind."
Die Anzeige löste allerhand Wirbel aus. ...<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 4. Mai 1995: >>**SPD: 8. Mai ist Tag der Befreiung**
Für die Sozialdemokraten war das Kriegsende am 8. Mai 1945 ein "Tag der Befreiung von Diktatur und Gewaltherrschaft". Das hebt der Parteivorstand in seiner am Mittwoch veröffentlichten Erklärung zum 50. Jahrestag des Kriegsendes hervor. ...<<
Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann berichtete 50 Jahre nach dem Kriegsende über die sowjetische Befreiungsmission (x046/19-20): >>... Daß die 1994 abziehenden letzten Truppen der ehemaligen Okkupationsarmee der Sowjetunion nach wie vor erfüllt sind von der überhaupt erst nachträglich eingeschobenen Propagandathese, die Rote Armee hätte 1944/1945 in Deutschland eine "Befreiungsmission" erfüllt, auch seien die Rotarmisten in Deutschland schließlich als Befreier aufgetreten und empfangen worden, wird man den jetzigen russischen Soldaten nicht verübeln. Sie können es nicht wissen ...
Wenn in der deutschen Öffentlichkeit, der doch alle Informationsmöglichkeiten zu Gebote stehen, andererseits jedoch eine Meinung um sich greift, nach der die Deutschen von den Armeen der stalinistischen Sowjetunion "befreit" worden seien, so gibt es hierfür keine Entschuldigung, wird die historische Wirklichkeit damit doch geradezu auf den Kopf gestellt. Denn nicht als "Befreierin" ist die Rote Armee eingedrungen, auch wenn die mancherorts errichteten Siegesmonumente dies heute suggerieren sollen; und wohl von niemandem in Deutschland wurde sie damals als Befreierin empfunden.
Die Soldaten Stalins kamen eigenen Parolen zufolge nicht als Befreier, sondern als gnadenlose Rächer. Alle gegenteiligen Behauptungen der heutigen Zweckpropaganda gehören in das Reich der Fabel und kommen einer glatten Verdrehung der historischen Tatsachen gleich. ...<<
Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 6 – 1995 berichtete im Juni 1995 über das Buch "Die gegängelte Nation. Die Folgen der bedingungslosen Kapitulation" des deutschen Historikers Richard Grill (x853/...): >>... **Eine Folge der bedingungslosen Kapitulation**
Die Deutschen und die Auswirkungen der alliierten "Umerziehung" nach dem Krieg
... Einer der geistigen Väter des westalliierten "Umerziehungsprogramms" war Roosevelts langjähriger Finanzminister Henry Morgenthau. Ihm und seinem Gesinnungsfreund Dexter-White ging es dabei um die schlußendliche Beseitigung der "deutschen Gefahr" für die Menschen und den Frieden in der Welt. Während die Entindustrialisierung Deutschlands die wirtschafts- und militärpolitische Macht des Reiches ein für alle Mal brechen sollte, hatte die "Umerziehung" die geistig-psychologische "Abrüstung" der Deutschen zu besorgen. Richard Grill faßt den Vorgang unter die Überschrift "Entmachtung und Entmündigung der Deutschen" und belegt seine Feststellungen mit einer Fülle von Beispielen.
Zu ihnen gehört die widerspruchslose Übernahme der Siegerverdikte über das deutsche Volk und seine Geschichte sowie die Annahme aller Verantwortlichkeiten für den Zweiten Weltkrieg und seine Opfer. Exemplarisch dafür ist in seinen Augen das "Stuttgarter Schuldbekenntnis" der evangelischen Kirche vom Herbst 1945, von welchem die nachfolgende "Vergangenheitsbewältigung" wesentlich beeinflußt worden ist. ...

Angesichts der neuerlich aus Prag zu hörenden Forderung nach Schuldbekenntnissen der Sudetendeutschen nimmt sich auch höchst aktuell aus, was Grill über "Die Vertreibung - eine gerechte Sache?" ausführt.
Danach hat sich die von den Siegern und den Vertreiberstaaten in Umlauf gesetzte Version, daß die Volks- und Sudetendeutschen in Polen und in der Tschechoslowakei als "Fünfte Kolonne Hitlers" ihr bisheriges Heimatrecht selbst verwirkt hätten, immer mehr ausbreiten und die Vertriebenen schließlich zu Alleinschuldigen am erlittenen Schicksal erklären lassen können. Eine Verkehrung von Tätern und Opfern, welche die Landsmannschaften bei der öffentlichen Kommentierung ihrer Forderungen nach Heimat- und Eigentumsrecht hierzulande zunehmend schmerzlicher zu spüren bekommen.
Auf die noch rund drei Millionen überlebenden Ost- und Sudetendeutschen in der Bundesrepublik scheint weitgehend das zuzutreffen, was der Verfasser "Selbsthaß und Fremdenliebe" als "Made in Germany" bezeichnet.
Wie anders sind die oft feindseligen Zurechtweisungen an die Adresse der "Vertriebenen-Funktionäre" seitens bestimmter Politiker und Publizisten zu verstehen? Richard Grill scheint den Finger in die Wunde zu legen, wenn er diese verbreitet praktizierte Selbstentäußerung der Deutschen als eine verinnerlichte Gängelung mit Zeitzündereffekt begreift und vor weiteren beflissenen Selbstbezichtigungen warnt, da diese sonst in nationale Selbstaufgabe oder irrationale "Selbstbefreiung" enden und ein neues Kapitel "deutscher Erhebung" einleiten könnten.
Was den Verfasser letztlich umtreibt, beschreibt er am Schluß seines Buches so: "Die mentale Schwäche des deutschen Volkes durch den aufgedrückten und am Leben erhaltenen Scham- und Schuldkomplex sichert einen überbordenden Einfluß und sorgt dafür, daß die Einigkeit durch Verwirrung und Zerrüttung, das Recht durch Unsicherheit und Hintansetzung und die Freiheit durch Gängelung und Selbstkasteiung beeinträchtigt werden", um in Anlehnung an das "Deutschlandlied" zu fordern:
"Das Lied der Deutschen mahnt die Jüngeren, die in die Entscheidung hineinwachsen, die Einigkeit in Recht und Freiheit zu wahren, ihr Recht in Freiheit und Einigkeit in Anspruch zu nehmen und die Freiheit für die Einigkeit im Recht einzufordern" und abschließend festzustellen:
"Sie können dies nur, wenn sie das Netz ungerechtfertigter Kollektivbindung abstreifen, das vor 50 Jahren über ihre Vorfahren geworfen wurde, und aus dem Nebel und Dunst heraustreten, in die man ihren Gang durch die Geschichte als den eines Sonderwegs gebannt hatte." ...<<
Lennart Meri, von 1992-2001 estnischer Staatspräsident, erklärte am 3. Oktober 1995, dem 5. Jahrestag der deutschen Wiedervereinigung, in Berlin (x268/100): >>... Für mich als Este ist es kaum nachvollziehbar, warum die Deutschen ihre eigene Geschichte so tabuisieren, daß es enorm schwierig ist, über das Unrecht gegen die Deutschen zu publizieren oder zu diskutieren, ohne dabei schief angesehen zu werden – aber nicht etwa von Esten oder Finnen, sondern von Deutschen selbst.<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 8. Januar 1996 über die verdrängte NS-Zeit der Österreicher: >>**Für junge Österreicher sind Nazis Deutsche**
Für österreichische Jugendliche gab es Nazis eigentlich nur in Deutschland. Das ist das Ergebnis einer Studie über das Wissen von Schülern über den Judenmord.
Danach glauben die meisten, in Österreich habe es keine Nationalsozialisten gegeben. Die seit 1988 im Lehrplan vorgeschriebene Aufklärung über den Nationalsozialismus wirkte sich offenbar kaum aus. "Wir haben oft gehört, daß die Nazi-Ideologie an sich gar nicht so schlecht war", sagt die Studienautorin Helga Amesberger.
"Unter Nazis verstehen sie zumeist nur deutsche Psychopathen." Österreicher hätten dagegen

mit dem NS-Regime nach Ansicht der Befragten wenig zu tun gehabt. ...<<
Der deutsche Journalist und Publizist Johannes Gross schrieb am 22. März 1996 im FAZ-Magazin über die Neurose der Deutschen (x268/237): >>... Als die ersten Menschen sich aufrichteten, um auf zwei Beinen zu gehen, ist gleich ein Deutscher herbeigeeilt, um dringlich zu warnen: das sei gefährlich, es drohe der Sturz, besonders den Kindern und Alten, vor allem sei es unsolidarisch gegen die übrigen Vierbeiner, auch theologisch bedenklich, denn es wende das Menschengesicht ab von der Erde, dem mütterlichen Grund.<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die psychische Gleichgewichtsstörung der Deutschen (x268/237): >>... Im übertragenen Sinn ist der aufrechte Gang für die psychische Gesundheit des Einzelnen und für die Überlebensfähigkeit einer Gemeinschaft essentiell. Und im Wortsinn war er vermutlich der Grund, warum wir heute keine Menschenaffen mehr sind; einschlägige Fachbücher berichten: "Die entscheidende Phase der Menschwerdung spielte sich vor rund 4 Millionen Jahren mit der Entwicklung des aufrechten Ganges ab". ...
Der Therapeut der deutschen Neurose hat es nicht leicht. Zum einen muß er die verkorksten Denktraditionen des weltfremden deutschen Michel bewußtmachen zum anderen dem akuten Schuldkomplex auf den Grund gehen.
Im gegebenen Fall ist noch einmal daran zu erinnern, daß der neurotische Selbsthaß diskriminierter Minderheiten auf der Übernahme von Vorurteilen der feindseligen Mehrheit beruht.
Bei der deutschen Neurose fungieren ... die elektronischen Massenmedien als "Mehrheit", das Volk als Minderheit; das übernommene Vorurteil liegt in der rassistisch gefärbten Kollektivschuldtheorie. ...<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 6. September 1996 über Daniel Goldhagens umstrittenes Buch "Hitlers willige Vollstrecker": >>**Woher nur die Lust an der Grausamkeit?**
Die Deutschen und der Holocaust: Daniel Goldhagen streitet mit seinen Kritikern
... Goldhagen behauptet: Beim Holocaust beteiligten sich mehr als hunderttausend "ganz gewöhnliche Deutsche" freiwillig, eifrig, zuweilen mit Lust. Ihre besondere Grausamkeit gegen die Juden erklärte er mit der Verinnerlichung einer über Jahrhunderte entwickelten und die deutsche Gesellschaft bis zum Zweiten Weltkrieg bestimmenden besonders aggressiven Form des Antisemitismus, den Goldhagen als "eliminatorisch" - also auf Beseitigung gerichtet - charakterisiert. …<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über Goldhagens umstrittenes Buch "Hitlers willige Vollstrecker" (x268/83): >>Der Lorbeer des Antigermanismus ... gebührt zweifellos dem US-Historiker Daniel Jonah Goldhagen und seinem Buch "Hitlers willige Vollstrecker".
Der Autor weiß zum Beispiel, daß die deutsche Neigung, Juden umzubringen, bei "Machtantritt der Nationalsozialisten längst vorhanden" gewesen sei, was er "eliminatorischen Antisemitismus" nennt. Hitler habe nichts anderes getan, als "den bestehenden Antisemitismus freizusetzen und zu aktivieren". 80 bis 90 Prozent der Deutschen hätten gerne Gelegenheit gehabt, Juden zu quälen und zu ermorden.
Über Jahrhunderte hinweg sei das so gewesen. Die deutsche Grausamkeit sei einzigartig – oder könne man sich vorstellen, daß Dänen oder Italiener den Holocaust begangen hätten? ...<<
Der nordamerikanische Politikwissenschaftler Norman G. Finkelstein schrieb später in seinem Buch "Die Holocaust-Industrie" über Goldhagens umstrittenes Buch "Hitlers willige Vollstrecker" (x169/70-75): >>... Die jüngste große Holocaust-Show ist Daniel Jonah Goldhagens "Hitlers willige Vollstrecker".
Innerhalb weniger Wochen nach seinem Erscheinen druckte jedes wichtige Meinungsblatt

eine oder mehrere Besprechungen. Die "New York Times" brachte mehrere Artikel, in denen Goldhagens Buch als "eines jener seltenen neuen Werke" gelobt wird, "die die Bezeichnung Meilenstein verdient haben".
Mit einer halben Million verkaufter Exemplare und vorgesehenen Übersetzungen in 13 Sprachen wurde "Hitlers willige Vollstrecker" im Magazin von "Time" als das "am meisten diskutierte" und zweitbeste Sachbuch des Jahres gefeiert. ...
Die zentrale These von Goldhagens Buch ist eines der üblichen Holocaust-Dogmen: Getrieben von pathologischem Haß, stürzte sich das deutsche Volk auf die von Hitler gebotene Gelegenheit, die Juden zu ermorden. ...
"Hitlers willige Vollstrecker", voll mit groben Fehldeutungen von Quellenmaterial und inneren Widersprüchen, ist ohne wissenschaftlichen Wert. In "Eine Nation auf dem Prüfstand" haben Ruth Bettina Birn und der Autor dokumentiert, wie schludrig Goldhagens Unternehmung angelegt ist. Die darauf folgende Kontroverse beleuchtete das Funktionieren der Holocaust-Industrie auf lehrreiche Weise. …
Als leitende Historikerin der für Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zuständigen Abteilung des kanadischen Justizministeriums wurde Birn als nächstes von jüdischen Organisationen in Kanada angegriffen. …
Von den führenden Historikern des Nazi-Holocaust einschließlich Raul Hilberg, Christopher Browning und Ian Kershaw erhielt "Eine Nation auf dem Prüfstand" Rückendeckung. Eben diese Wissenschaftler verwarfen Goldhagens Buch; Hilberg nannte es "wertlos". ...<<
Der deutsche Schriftsteller Günter Maschke schrieb später über die "einzigartigen NS-Verbrechen" (x268/109): >>Wer die Verbrechen unter den Nationalsozialisten 'relativiert', wer ihre 'Einzigartigkeit' bestreitet, der, so hört man, verharmlost sie.
Genau das Gegenteil ist der Fall. Der 'Relativierer' verharmlost gar nichts, er spricht vielmehr die furchtbare Wahrheit aus, daß wir alle, alle ohne Ausnahme, im größten Stile zum Morde fähig sind. Verharmloser ist hingegen jener, der auf die 'Einzigartigkeit' der deutschen Verbrechen pocht. Er will nämlich an der Lüge festhalten, daß der Mensch im Grunde gut sei. Nur der Deutsche ist eben schlecht. ...<<
Der US-Journalist Robert B. Goldmann schrieb am 19. September 1997 in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" (x268/86): >>Antideutschsein ist in weiten jüdischen und in politisch korrekten Kreisen ein Bestandteil der politisch zugelassenen Gesprächsthemen.
Wenn man in einer solchen Gesellschaft einen Satz mit "die Schwarzen" oder die "Lateinamerikaner" oder "die Muslime" beginnt, wird man von den Vorurteilskämpfern unterbrochen, weil man sofort der Diskriminierung verdächtig ist. Nur wenn man "the germans" sagt, kann man den Satz vollenden. ...<<
Der "Rheinische Merkur berichtete am 31. Oktober 1997 über den Niedergang der deutschen Sprachkultur (x268/155-156): >>Viele osteuropäische Wissenschaftler mit Deutschkenntnissen sind inzwischen gezwungen, auf Kongressen in der Bundesrepublik den Kopfhörer aufzusetzen, um der Simultanübersetzung zu lauschen. Die Konferenzsprache ist Englisch. Nicht selten quälen sich deutschsprachige Wissenschaftler auf deutschem Boden vor deutschem Publikum auf englisch. Es ist wohl eine Art Bildungsdünkel die Ursache für die Beliebtheit des Englischen in deutschen Breiten.
... Viele Ausländer finden gerade die hektische Orientierung am angloamerikanischen Vorbild als unsouverän und provinziell.<<
Der deutsche CDU-Politiker Alfred Dregger, von 1982-1991 Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, schrieb am 22. August 1998 in der Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" (x887/...): >>**"Antifa": Sie kämpft gegen die Freiheit und Einheit des deutschen Volkes**
Niemand in Europa hätte an der Zeitenwende 1990/91 geglaubt, daß Kommunisten bald wieder ihre Ziele aufgreifen und offen oder verdeckt je wieder reale Macht ausüben würden. Die-

se Hoffnung hat getrogen. Die Verführungskraft von Ideologen ermöglicht sogar deren Wiedergeburt. In Frankreich und Italien sind Kommunisten wieder an der Regierung beteiligt. In Rußland sind sie stärkste Fraktion in der Staatsduma und blockieren dort - zusammen mit den Nationalisten - die notwendigen Reformen. Bei uns in Deutschland "tolerieren" die kaum gewendeten SED-Nachfolger in der PDS die Minderheitsregierung des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Höppner in Sachsen-Anhalt.
Natürlich propagieren die Kommunisten heute nicht mehr die Weltrevolution. Aber sie suchen mit Erfolg Partner für Bündnisse und gemeinsame Aktionen, mit deren Hilfe sie zunächst einmal das politische Koordinatensystem in ihrem Sinne nach links verschieben wollen.
Als das wohl wirkungsvollste Mittel dafür haben die Kommunisten den "Antifaschismus" erkoren. Schon Walter Ulbricht hatte seinerzeit damit seine Herrschaft in der sowjetisch-besetzten Zone legitimieren wollen und als Vorstufe zum Sozialismus eine "Antifaschistisch-Demokratische Ordnung" proklamiert. Die Bundesrepublik Deutschland hingegen sollte als Nachfolgestaat der Nationalsozialisten "nazifiziert" werden.
Dann kam - für viele unerwartet und für fast ebenso viele nicht mehr erwünscht - die Wende, der Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus. Aus war der Traum der Linken von der sozialistischen Spielwiese in der DDR. Doch sie konnte sich damit nicht abfinden. Dies ist die wahrscheinlichste Erklärung für den Eifer, mit dem sie die große nationale Aufgabe der Einheit behindert, deren Erfolg leugnet und deren Konzepte miesmacht.
Seitdem gibt es immer wieder Versuche, Deutschland erneut unter "Faschismusverdacht" zu stellen, Deutschland darzustellen als historischen einzigartigen Verbrecherstaat und alle, auf die wir in unserer Geschichte mit Stolz zurückblicken können, einer "antifaschistischen" Inquisition zu unterziehen. Da geht es um Kasernennamen, um Ehrenmale, um Friedhöfe mit den Gräbern von jungen Soldaten, die für Deutschland gefallen sind. Es ging sogar - wie dies die Debatte um den 9. Mai 1945 gezeigt hat - um das Recht auf die Trauer schlechthin. ...
"Antifaschismus" läßt sich heute zu vielerlei Zwecken gebrauchen: z.B. als Keule, um Andersdenkende willfährig oder mundtot zu machen. Unter den vielen Initiativen und Kampagnen, mit denen seit 1990 "antifaschistischer Kampf" um die Meinungsführerschaft in Deutschland geführt wird, mit dem Ziel eines "Politikwechsels" bzw. einer "anderen Republik", möchte ich hier nur einige nachzeichnen, die sich gegen die Wehrmacht richteten und richten, in der mehr als 18 Millionen Deutsche überwiegend aufgrund einer gesetzlichen Wehrpflicht ihren Dienst für ihr Vaterland leisten mußten. ...
Die Angehörigen meines Jahrgangs 1920 konnten Hitler nicht wählen. Dafür waren sie zu jung. Aber sie wurden von ihm in den Krieg geschickt, und nur die Hälfte davon ist daraus zurückgekehrt. Die aber, die nicht zurückgekehrt sind, sind nicht für Hitler gestorben, den Verderber Deutschlands, sondern für unser Vaterland. Ein Schuft, wer ihnen jetzt auch noch die Ehre nehmen wollte!
Neuerdings versucht man sogar, Überläufern und Deserteuren Denkmäler zu errichten. Sollte es ehrenwerter gewesen sein, zu Stalin überzulaufen, anstatt das deutsche Volk und die deutschen Frauen gegen dessen Rote Armee zu verteidigen? ...
In den ersten Nachkriegsjahrzehnten wurde die Ehre der deutschen Soldaten, die an diesem Krieg teilnehmen mußten, hochgehalten; in Deutschland, wie bei unseren Kriegsgegnern. Seit Jahren tingelt nun eine von dem früheren Kommunisten Heer und dem Zigarettenmilliardär Reemtsma organisierte Ausstellung durch deutsche Lande, die das Andenken und die Ehre der deutschen Soldaten besudelt. Das soll sie wohl sein, die öffentliche Darstellung der Wehrmacht als "größte Mord- und Terrororganisation der deutschen Geschichte", wie "Die Zeit" es bereits 1992 gefordert hatte.
"Verbrechen der Wehrmacht", so heißt diese Ausstellung, ein infames Machtwerk, das der früheren sowjetischen Propaganda in nichts nachsteht. Inzwischen hat sich ein Designer zu

Wort gemeldet und bekundet, im Auftrage Reemtsmas und mit dessen Geld die ihm zu dieser Ausstellung passenden Bilder aus sowjetischen Archiven zusammengeklaubt zu haben; ein Designer also, einigermaßen erfahren mit dem wirkungsvollen Arrangement von Ausstellungen, aber ohne jede Sachkenntnis und Qualifikation im Hinblick auf den Ausstellungsgegenstand und die kriegsgeschichtlichen Zusammenhänge.
Die Ausstellung versöhnt nicht, sie spaltet. Und das soll sie wohl auch. Wer aber auf diese Weise einen Keil zwischen die Generationen unseres Volkes treibt, der trifft es in der Seele und gefährdet seinen Zusammenhalt. Das ist kein Werk des Friedens, sondern des Unfriedens.
Daß diese Ausstellung zu den Aktionen des "Antifaschismus" gegen Deutschland zählt, können wir daran erkennen, daß es die PDS gewesen ist, die den Antrag gestellt hatte, diese Ausstellung auch in den Räumen des Deutschen Bundestages zu zeigen. Gott sei Dank wurde dieses schlimme Ansinnen abgelehnt.
Wenn es gelänge, alle jene als Verbrecher darzustellen, die in der Wehrmacht gedient haben und alle jene als Hitlers Mittäter zu denunzieren, die sich ihm nicht unter höchstem Risiko in den Weg gestellt haben, dann verlöre unser Volk seine Selbstachtung, sein Selbstvertrauen und damit auch seinen Willen zur Selbstbehauptung. ...<<
Der deutsche Philosoph Walter Hoeres berichtete im August 1998 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 7/8 – 1998 (x853/...): >>**Altgewordene 68er?**
- Kulturrevolution nach 30 Jahren -
... In diesem Jahr steht uns ein makabres Jubiläum ins Haus: die dreißigste Wiederkehr jenes Ereignisses, das man allgemein als die 68er Revolution zu bezeichnen pflegt. Natürlich läßt sie sich zeitlich nicht auf diese genaue Weise lokalisieren. Vielmehr ist 1968 zum Symbol und zum Markstein einer Entwicklung geworden, die immer noch ihrem Höhepunkt, dem totalen Nihilismus und der radikalen Liquidierung dessen zustrebt, was den Menschen zu allen Zeiten in dieser oder jener Form hoch und heilig war. ...
Klar erkennbar sind die Entthronung Gottes in der Voraufklärung und in der Aufklärung selber, die Ablehnung der abendländischen Bildungstradition und die Absage an die Wahrheitsfähigkeit des menschlichen Geistes zu Gunsten der Ideale einer leerlaufenden Emanzipation und Toleranz, die Preisgabe des Naturrechtes …
Somit ist es in der Tat lebenswichtig für alle, die durch den Marsch der 68er durch die Institutionen und die Kirche an die Wand gedrückt wurden, die geistige Frühgeschichte der Kulturrevolution vor Augen zu haben und auch zu realisieren, daß es sich hier um ganz einfache Grundideen handelt, zu deren Beurteilung man kein philosophischer Kopf sein muß. ...
Die Lage nach dem Kriege erforderte alles andere als Ideologie: nämlich Tatkraft, gesunden Menschenverstand und wirtschaftliche Vernunft: Dinge, die in Konrad Adenauer exemplarisch verwirklicht waren, der wie alle großen Konservativen ein nüchterner Pragmatiker war. Die Familien hielten eisern zusammen, wie dies Helmut Schelsky in seiner bekannten Studie über die Familie der Nachkriegszeit so eindrucksvoll gezeigt hat.
Zänkereien über Gleichberechtigung oder gar die seltsame Idee, daß die Frau im Grunde ein zweiter Mann sei und sich in Kleidung, Habitus so zu benehmen habe wie er, gab es nicht. Dazu war die Zeit zu knapp und zu schade. Studiert wurde inmitten der Trümmerwüsten dennoch mit ungeheurer Intensität, wenn auch mit leerem Portemonnaie und … immer wühlendem Hunger: eine unfreiwillige Parodie auf das Sprichwort: "Ein voller Bauch studiert nicht gern".
Aber der Säkularismus war nur verdeckt: die Welt der Aufklärung, Neuzeit und Gegenwart hatte sich schon lange mit einer Entschiedenheit von Gott, von der abendländischen Überlieferung, vom Naturrecht abgewandt, die durch die Restauration der Adenauer-Jahre auf Dauer nicht gebremst werden konnte! In der zu neuem Selbstbewußtsein erwachten Welt des Linksliberalismus wirkte die "Frankfurter Schule" oder "kritische Theorie" wie der Funke im Pul-

verfaß. Sie wird immer mit den Namen Adorno und Horkheimer verbunden, doch auch Herbert Marcuse muß hier und dies sogar an erster Stelle genannt werden, obwohl er nach dem Kriege nicht in Frankfurt lehrte.
Für den unvoreingenommenen Beobachter liegt es nun zwar auf der Hand, daß die "Frankfurter Schule" die Hauptschuld an den europaweiten Studentenkrawallen, der langjährigen Lähmung der Hochschulen, der Erosion aller überlieferten Werte trägt, und dennoch wird diese Verantwortung nicht selten gerade in katholischen Kreisen verkleinert, wenn nicht gar völlig verkannt. ...
In diesem Sinne erklärt Adorno die christliche Religion für eine längst überholte Angelegenheit, die nur noch zu Rückzugsgefechten imstande sei. …
... Marcuse fordert Kontrollbehörden und immer wieder Kontrollbehörden, die festsetzen sollen, welche Bedürfnisse vernünftig sind und dementsprechend den Markt nach ihren Vorstellungen von Humanität dirigieren sollen: eine Vorstellung, die einem nach allem, was wir in diesem Jahrhundert erlebt haben, blankes Entsetzen einjagt. …<<
Waclaw Dlugoborski, Prof. für Wirtschafts- und Sozialgeschichte sowie Kurator für Forschungsfragen in der polnischen Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau, kritisierte am 4. September 1998 die mangelhafte Ermittlung der in Auschwitz ermordeten Menschen (x046/181): >>Die Blamage bei der Ermittlung der Zahl der Ermordeten von Auschwitz hätte Warnung genug sein sollen. Kurz nach Kriegsende wurde sie von einer sowjetischen Untersuchungskommission ohne weitere Nachforschungen auf vier Millionen festgelegt. Obwohl von Anfang an Zweifel an der Richtigkeit der Schätzung bestanden, wurde sie zum Dogma.
Bis 1989 galt in Osteuropa ein Verbot, die Zahl von vier Millionen Getöteten anzuzweifeln; in der Gedenkstätte von Auschwitz drohte man Angestellten, die an der Richtigkeit der Schätzung zweifelten, mit Disziplinarverfahren. ...<<
Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann berichtete später über das Ermittlungsergebnis der sowjetischen "Außerordentlichen Staatlichen Kommission" aus dem Jahre 1945 (x046/181): >>... Kaum besser waren die Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland. Denn auch hier galt die sowjetische Propagandazahl von vier Millionen bis 1990 als "offenkundig", obwohl niemand wußte, wie sie sich eigentlich berechnete.
Zweifelnde wurden von einer unwissenden politischen Justiz verfolgt, nur weil sie den Propagandazahlen des Stalinismus keinen Glauben geschenkt und sie damit "geleugnet" hatten.<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 6. November 1998: >>**Polen glauben an Kurswechsel der Bonner Europapolitik**
... Bundeskanzler Gerhard Schröder ist zu einem Arbeitsbesuch nach Warschau gekommen, wenige Tage nach Außenminister Fischer. ...
Der Kanzler distanzierte sich noch einmal von den Forderungen des Bundes der Vertriebenen, Entschädigungen für Vertriebene zu einer Vorbedingung des polnischen Beitritts zu machen: "Ich habe zu diesen Forderungen kein Verhältnis und gedenke auch nicht, eines herzustellen. Ich halte das für falsch. Diese Regierung wird keine Bedingungen für den EU-Beitritt aufstellen oder akzeptieren."
Seine Antwort nach Entschädigungen für polnische Zwangsarbeiter ist nicht so eindeutig: Es gebe bereits eine Stiftung, die "einen Teil dieser Ansprüche befriedigt", sagte er. ...<<
Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred M. de Zayas erklärte später (am 22.08.2004) während einer Rede ("Tag der Danziger") in Lübeck über ähnliche Äußerungen des deutschen Bundeskanzlers Gerhard Schröder (x851/...): >>... Als Völkerrechtler muß ich betonen, daß jeder Staat eine Verpflichtung zum diplomatischen Schutz der eigenen Bürger hat. Dies ist Völkergewohnheitsrecht. Wenn ein Staat Privateigentum von Bürgern anderer Staaten konfisziert, besteht eine Völkerrechtsverletzung, die das Recht auf Wiedergutmachung mit sich bringt. Es ist halt die Aufgabe des Staates, dieses Recht auf Wiedergutma-

chung zu behaupten. Tut der Staat dies nicht, so soll und muß der Staat selber seine Bürger entschädigen.
Als Völkerrechtler muß ich aber auch auf das Prinzip der Gleichheit hinweisen. Wenn alle Opfer - Juden, Polen, Tschechen - eine Wiedergutmachung bekommen – nur die Deutschen nicht - dann liegt eine Diskriminierung vor, und dies stellt eine Verletzung der EU-Menschenrechtskonvention und des UNO-Paktes über bürgerliche und politische Rechte dar. Dies ist eine Frage, die nach Prüfung durch das Bundesverfassungsgericht, Gegenstand eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg, sowie auch vor dem UNO Menschenrechtsausschuß in Genf sein könnte.
Als Amerikaner kann ich absolut nicht begreifen, warum Bundeskanzler Schröder derart diskriminierende Worte in Warschau ausgesprochen hat. Denn sämtliche deutschen Regierungen haben bisher die korrekte völkerrechtliche Haltung vertreten, nämlich daß die Vertreibung ein Unrecht war, und daß die Konfiskationen von Privateigentum ebenfalls völkerrechtswidrig waren. Mit seinen Worten hat Bundeskanzler Schröder die Vertriebenen im Stich gelassen. Ich kann mir keinen amerikanischen Präsidenten ... (vorstellen), der auf die Rechte der amerikanischen Bürger so verzichten würde, wie Herr Schröder es getan hat.
Professor Dieter Blumenwitz der Universität Würzburg kommentierte neulich, daß wenn der Eigentumsbesitz eines deutschen Bürgers von einem ausländischen Staat bedroht sei, müsse die Bundesregierung ihm diplomatischen Schutz gewähren. ...
"Zwei andere Fragen von fundamentaler Bedeutung werden durch die Kanzler Äußerungen aufgeworfen:
Erstens, wenn die Vertreibung von 14 Millionen Deutschen, wobei zwei Millionen ihr Leben verloren haben, kein Verbrechen gegen die Menschheit darstellt, was war sie dann?
Zweitens, wenn anderen Opfern Rückkehrrecht und Restitution gewährt wird, nach welchem Recht und nach welcher Moral kann man die Deutschen anders behandeln?
Beide Fragen sind vom Prinzip der Gleichheit und vom Prinzip der gemeinsamen menschlichen Würde untrennbar. Man kann den Deutschen Vertriebenen eine Wiedergutmachung nicht verweigern, ohne dabei eine völkerrechtswidrige Diskriminierung zu begehen." ...<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 21. November 1998 über den öffentlichen Zank um Martin Walsers umstrittene Friedenspreisrede: >>**Streit um Walser-Rede zieht Kreise**
Der Streit um die Friedenspreis-Rede des Schriftstellers Martin Walser zieht immer größere Kreise. Altbundespräsident Richard von Weizsäcker warnte vor einer Eskalation, der deutsch-jüdische Historiker Michael Wolffsohn legt Ignatz Bubis den Rücktritt nahe. ...
Walser hatte sich bei seiner Rede zum Erhalt des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels gegen eine Instrumentalisierung von Auschwitz als "Moralkeule" gewandt.
Ignatz Bubis, der Zentralrat der Juden in Deutschland, sprach in seiner Reaktion von "geistiger Brandstiftung". ...<<
Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" berichtete am 30. November 1998 über die Debatte um Martin Walsers umstrittene Friedenspreisrede: >>**Total normal?**
Der Streit zwischen Martin Walser und Ignatz Bubis wühlt die Nation auf. Ist die Debatte über die "Dauerpräsentation" der Nazi-Verbrechen Auftakt für eine neue deutsche "Normalität" der Berliner Republik?
Das ist sie also, die neue deutsche Normalität: Über 53 Jahre nach der Befreiung der letzten Überlebenden von Auschwitz debattieren hochgeachtete liberale Persönlichkeiten plötzlich über die "Instrumentalisierung unserer Schande", über Erinnerung, Gewissen, den Zwang zum Wegschauen und eine "Moralkeule" namens Holocaust, ganz so, als sei Hitlers Terror-Herrschaft eben erst zu Ende gegangen. ...
Als 1979 die amerikanische Serie "Holocaust" lief, schwappte eine neue, diesmal stark medi-

enbeeinflußte Woge von Erregung und Debatte durchs Land, die seitdem immer wieder neue Nahrung erhielt: ob durch Steven Spielbergs Film "Schindlers Liste" oder den Historikerstreit über die Vergleichbarkeit von Hitlers Holocaust und Stalins Gulag, durch beeindruckende Fernsehdokumentationen wie "Soldaten für Hitler" in der ARD und "Hitlers Helfer" im ZDF, den Streit über die provozierenden Thesen des Historikers Daniel Jonah Goldhagen oder die heftig befehdete Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht - ganz zu schweigen von den unzähligen, mehr oder weniger populärwissenschaftlichen Publikationen über fast sämtliche Aspekte des Geschehens zwischen 1933 und 1945.
In all diesen Jahren schien es, als rückten die Nazi-Verbrechen mit dem zeitlichen Abstand der Jahre immer näher, bedrängend nahe - Vergangenheit, die nicht vergeht. Längst und unvermeidlich war Auschwitz zur Chiffre geworden für den historisch einzigartigen, nahezu industriell vollzogenen Genozid, für das Jahrhundertverbrechen, den Zivilisationsbruch schlechthin. Und für eine nie wieder gutzumachende deutsche Schuld, die unentrinnbare Erbschaft einer Nation und ihrer Elite.
Immer neue Jahres- und Gedenktage erinnern daran. Die Worte der Gedenkredner ähneln und wiederholen sich, ja, sie nutzen sich ab. Da erscheint vieles floskelhaft, wie der Vollzug eines puren Rituals. All die Ermahnungen, ja nicht zu vergessen, was geschehen ist, mögen die Jüngeren abstumpfen, bei den Älteren metaphysische Phantomschmerzen und im übrigen jene "Betroffenheit" auslösen, die wenig kostet, aber viel gute Gesinnung demonstriert.
Auschwitz und der Holocaust, so sagte der Berliner Historiker Heinrich August Winkler, wurden für viele Wohlmeinende und politische Gutmenschen eine Art "negativer Sinnstiftung", eine profane Erlösungsreligion … - … andererseits billige … Vorwürfe gegenüber politischen Gegnern oder sonstwie Andersdenkenden.
An diesem Punkt muß man Walser recht geben: Ja, Auschwitz und der Holocaust sind vielerorts zu wohlfeilen Metaphern plattgeredet worden, zu argumentativem Kleingeld gepreßt. Es stimmt: Manche Intellektuelle versuchen, sich auf die Seite der Opfer der deutschen Geschichte zu schleichen, um als die besseren Deutschen dazustehen.
Und es ist richtig, daß der Massenmord an den Juden immer wieder auch "instrumentalisiert" wird, um allerlei Unfug moralisch zu rechtfertigen, zum Beispiel die deutsche Teilung als Strafe für Auschwitz oder jenen deutschen Rassismus von links, der den unreflektierten Selbsthaß in der blinden Liebe alles Fremden und irgendwie Nichtdeutschen aufgehen läßt. ...<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 30. Dezember 1998 über die Debatte um Martin Walsers umstrittene Friedenspreisrede: >>**Lea Rosh nennt Walser einen Brandstifter**
In der Debatte um die Friedenspreisrede von Martin Walser hat die Vorsitzende des Förderkreises für ein Holocaust-Mahnmal in Berlin, Lea Rosh, den Schriftsteller scharf angegriffen. "Walser ist ein Brandstifter", sagte Rosh der "Märkischen Allgemeinen". Daß der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, diesen Vorwurf zurückgenommen habe, sei falsch. Walser habe einen gesellschaftlichen Konsens aufgekündigt.
Walser hatte derartige Vorwürfe zurückgewiesen. In seiner Rede am 11. Oktober 1998 hatte Walser unter anderem gesagt: "Kein ernstzunehmender Mensch leugnet Auschwitz. Wenn mir aber jeden Tag in den Medien diese Vergangenheit vorgehalten wird, merke ich, daß sich in mir etwas gegen diese Dauerpräsentation unserer Schande wehrt."<<
Der nordamerikanische Historiker Raul Hilberg schrieb am 22. April 1999 in der "Süddeutschen Zeitung" über Daniel Goldhagens umstrittenes Buch "Hitlers willige Vollstrecker" (x268/61-62): >>Historiker diesseits und jenseits des Atlantiks waren sich doch einig, daß Goldhagen einen Blödsinn geschrieben hat. ...<<
Der Schriftsteller Michael Kleeberg schrieb am 22. Mai 1999 in der Tageszeitung "Die Welt"

über eine Deutschlandreise des französischen Schriftstellers Bernard-Henry Lévy (x268/23-24): >>Das Interessanteste war die Antwort Joschka Fischers, von 1998-2005 Bundesaußenminister, auf Lévys Frage, was denn der Zement sei, der das heutige Deutschland zusammenhalte, der Urkonsens, der Anfangsmythos, so wie die Revolution von 1789 für Frankreich. Fischer antwortete, das sei, so seltsam es sich anhöre, für die Bundesrepublik wohl Auschwitz.
Es lohnt, eine Weile innezuhalten und zu überlegen, was ein solcher Satz bedeutet. Ein Staat, so scheint mir, der tatsächlich auf Auschwitz beruht, kann nur eine Finalität haben, nämlich zu verschwinden.
Die Chiffre Auschwitz kann vieles bedeuten, eines jedoch nicht: eine Konstruktionsvorlage. Ein Staat Deutschland, der statt auf den Toten seiner Revolution auf den Leichen der von seinen Vätern Vergasten ruhte, dessen einzige Aufgabe wäre es, sich selbst und seinen Namen abzuwickeln. ...<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 26. Juni 1999: >>**Große Mehrheit unterstützt großes Mahnmal in Berlin**
... Der Bundestag hat am Freitag beschlossen, in Berlin ein zentrales Mahnmal für die ermordeten Juden Europas errichten zu lassen. ...
Danach wird im kommenden Jahr auf der Fläche von der Größe zweier Fußballfelder neben dem Brandenburger Tor ein begehbares Labyrinth aus 2.700 Betonstelen entstehen. ... Die Kosten werden auf 15 Millionen Mark geschätzt. ...
Kulturstaatsminister Michael Naumann, SPD, warb vor der Abstimmung für den US-Architekten Eisenman und sprach von einem "Zeichen gegen das Vergessen". In beiden großen Parteien gab es jedoch eine Minderheit, der ein kleineres Denkmal lieber gewesen wäre. ...
Die Vorsitzende des privaten Mahnmal-Förderkreises, Lea Rosh, sieht den Beschluß als großen Erfolg. Der regierende Bürgermeister Berlins, Diepgen, soll jetzt seine Kritik fallenlassen, das Denkmal sei zu groß: "Auch die Verbrechen, um die es hier geht, sind gigantisch."<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die "einseitige Erinnerungskultur der Deutschen" (x309/132): >>... In Deutschland existieren nach einer älteren Schätzung weit über 1.000 Erinnerungsstätten für die Opfer des Nationalsozialismus. Nach einer neuen umfassenden Recherche gibt es sogar 8.000 antifaschistische Gedenkstätten, von denen die Mehrzahl in den neuen Bundesländern zu finden ist. Die Linkssozialistin Lea Rosh – eine der Initiatorinnen der gigantischen Holocaustgedenkstätte in Berlin – plädiert sogar für ein Mahnmal "auf dem deutschen Marktplatz". ...
Bei so viel Toleranz und Sensibilität möchte man meinen, daß der größten Verfolgtengruppe der Bundesrepublik, der Vertriebenen aus Ostdeutschland und Osteuropa, in ähnlicher Weise gedacht wird; schließlich trägt Göttin Justitia eine Binde vor den Augen, um zu zeigen, daß die Gerechtigkeit nicht nach Rasse, Religion oder Nation fragt.
Doch weit gefehlt. Außer peripheren Gedenkorten wie das Mahnmal der Heimkehrer und Kriegsgefangenen in Friedland und die Flamme der Vertreibung in Berlin, Theodor-Heuss-Platz, die im Lauf der Jahre mehrfach entzündet und wieder gelöscht wurde, existiert nichts, was der größten Vertreibung der Weltgeschichte und den damit verbundenen Völkermordverbrechen auch nur im entferntesten gerecht würde. Bis heute ist die Vertreibungsproblematik die Leiche im Keller der Bundesrepublik geblieben. ...<<
Die russisch-jüdische Autorin Sonja Margolina kritisierte im August 1999 in der Zeitschrift "Merkur" (8/1999) die latenten Schuldkomplexe der Deutschen (x268/207): >>Auch in den internationalen Beziehungen leidet Deutschland unter dem Täterreflex.
Während die anderen europäischen Staaten die EU als die Fortsetzung ihrer nationalen Interessen in einer anderen Form verstehen, sieht Deutschland darin eine Aufhebung der nationa-

len zu Gunsten der angeblich europäischen Interessen. Die altruistische Einstellung hat zur Folge, daß Deutschland selbst seinen Partnern ideologische Argumente für die eigene Ausbeutung liefert. Zu bereitwillig werden in Frankreich und England antideutsche Klischees eingesetzt, wenn es darum geht, die "deutschen Interessen" in ihre Schranken zu verweisen.
Das läuft nach dem Motto: Wenn die Deutschen sich plötzlich um ihre nationalen Interessen kümmern, erwachen in ihnen die Nazis. ... Allerdings kann man nationale Interessen kaum überzeugend vertreten, wenn man die Nation ... als Tätergemeinschaft versteht und sich selbst der Zugehörigkeit zu ihr schämt.<<
Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 21. Oktober 1999 über die umstrittene Wanderausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944": >>... Die zweifelhafte Macht der Bilder
Seit rund viereinhalb Jahren debattieren und streiten die Deutschen über die Ausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944". Neue Studien belegen nun, daß die Veranstalter bei der Auswahl einzelner Fotos falsch lagen. ...
Sie ist umstritten wie kaum eine andere Ausstellung vor ihr. Bundesweit hat die Wanderschau mit dem Titel: "Vernichtungskrieg - Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944" für heftige Kontroversen gesorgt. Seit ihrer Eröffnung im März 1995 haben rund 860.000 Besucher in 32 Städten die Ausstellung gesehen. Bei fast jeder Station kam es zu Demonstrationen und gewaltsamen Protesten gegen die Fotoschau, in der die Wehrmacht für die systematische Ermordung von Millionen Menschen verantwortlich gemacht wird. ...<<
Die Schwester eines 1943 an der Ostfront gefallenen deutschen Wehrmachtssoldaten schrieb damals (x170/42): >>... Absolut empörend ist die heutige deutsche Darstellung der ehemaligen deutschen Wehrmacht als Verbrecherbande.
Mein Bruder war kein Kriegsverbrecher, sondern das Opfer von Hitlers Wahnsinnspolitik. Ich lehne auch jegliche deutsche heutige Kriegsbeteiligung ... ab, ich lehne die Wehrpflicht für fremde Zwecke - außer Landesverteidigung - ab!
Nicht Soldaten zetteln Kriege an, sondern Politiker!!!<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 25. Februar 2000: >>**Die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik**
… In den Beiträgen des unlängst von Clemens Albrecht herausgegebenen und in wesentlichen Teilen auch verfaßten Sammelbandes "Die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik. Eine Wirkungsgeschichte der Frankfurter Schule " wird gerade deutlich, daß der Begriff "Frankfurter Schule", der ja Homogenität im Denken und Agieren der aus der Emigration zurückgekehrten Mitarbeiter des Instituts für Sozialforschung suggeriert, so niemals vorhanden war, weshalb die Bezeichnung auch erst von außen auf die Gruppe von Philosophen, Psychologen, Pädagogen, Soziologen und Politologen angewendet wurde, die sich um Horkheimer und Theodor W. Adorno und das in Frankfurt wieder gegründete IfS gebildet hatte.
Umgekehrt soll aber die "Wirkungsgeschichte" der Frankfurter auch nicht heruntergespielt werden, wie es gerade in sympathisierenden Darstellungen geschieht. Es erscheint vielmehr als Leitmotiv der verschiedenen Aufsätze, daß die "Kritische Theorie" als "Hintergrundsideologie der zweiten deutschen Republik" betrachtet und ernst genommen werden muß. Als sich Horkheimer und Adorno nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes zur Rückkehr in das zerstörte Deutschland entschlossen, geschah das mit der Absicht, die in der Weimarer Zeit begonnenen Arbeiten fortzusetzen.
Allerdings hatten sich beider Fragestellungen und Ansichten unter dem Eindruck der Erfahrungen in den USA und der dramatischen politischen Veränderungen der dreißiger und vierziger Jahre gewandelt. Am deutlichsten wies die Teilnahme von Mitarbeitern des IfS an Plänen zur "Umerziehung" der Deutschen auf das zukünftige Tätigkeitsfeld der "Frankfurter" hin: die soziologisch gestützte Analyse und - falls notwendig - die volkspädagogische Korrektur ge-

sellschaftlicher Entwicklungen.
Wer kam als politischer Partner für dieses anspruchsvolle Programm in Betracht? Noch bis zum Beginn der vierziger Jahre erwarteten Horkheimer und Adorno das Heil von der Arbeiterklasse. Aber das war lange vorbei, und Horkheimer hatte jedenfalls allen auf die Linke gesetzten Hoffnungen abgeschworen. Dementsprechend gab es für ihn auch gar keine Vorbehalte gegen die Kooperation mit der Regierung Adenauer, er unterstützte sie sogar praktisch bei Vorbereitungen für den Aufbau einer "neuen Wehrmacht".
… Verständlicherweise beobachtete man aber mit besonderer Sensibilität alle Entwicklungen auf der radikalen Rechten und reagierte alarmiert, als es 1959 zuerst an der Kölner Synagoge und dann in vielen westdeutschen Städten zu Hakenkreuzschmierereien kam. Während Adenauer rasch - und wie man im nachhinein weiß: zutreffend - den Hintergrund des Kölner Vorfalls in Machenschaften des sowjetischen Geheimdienstes identifizierte, glaubten Horkheimer und Adorno an ein Menetekel.
… Horkheimer wurde Mitglied in einer "Kommission zur Beratung der Bundesregierung in Fragen der politischen Bildung". Das war ein wichtiges Element in dem schon seit den fünfziger Jahren von Frankfurt aus aufgebauten Netzwerk …
Intensive Kooperation verband nicht allein das IfS mit Professoren und Universitäten, sondern wirkte bis in die Einrichtungen der Lehrerbildung und die Schulbuchlektorate. Von Stellungnahmen zu Lehrplänen und Unterrichtswerken bis zu direkter Einflußnahme auf die Zusammensetzung und Ausrichtung von Zeitungs- und Rundfunkredaktionen … reichten dabei die Projekte.
Horkheimer geriet allerdings in den sechziger Jahren immer stärker ins Hintertreffen gegenüber Adorno, der mit sehr viel weniger Vorbehalt dem Linkskurs des Instituts und damit der Rückwendung zum Marxismus folgte, die Jürgen Habermas favorisierte, der schon zur zweiten Generation der "Frankfurter" in der Bundesrepublik gehörte, und die dann von dem in den USA zurückgebliebenen Mitglied des IfS, Herbert Marcuse, weiter radikalisiert wurde. …
Gerade die Jugend, der die Protagonisten der Frankfurter Schule nach dem Abschied vom Proletariat zugetraut hatten, den "Verblendungszusammenhang" zu zerstören, wandte sich jetzt einem "linken Faschismus" zu. …
Der wachsende und bis heute spürbare Einfluß der Frankfurter Schule auf das geistige Leben der Bundesrepublik wird im Grunde nur verständlich aus den besonderen Bedingungen der Nachkriegszeit: der Desorientierung der Bevölkerung, den Erziehungsplänen der Alliierten einerseits, der neuen Intelligenz andererseits, dem Wunsch nach moralischer Rehabilitierung vor allem in der jüngeren Generation und einem gleichzeitig fortbestehenden Schuldbewußtsein, das man nur in metaphysischen Kategorien fassen kann.
Diese Voraussetzungen allein erklären den Erfolg der Frankfurter Schule aber nicht, der hängt auch damit zusammen, daß die "Formation einer neuen Elite" schon in den fünfziger Jahren nicht mehr durch die Bildung einer akademischen "Schule" im traditionellen Sinn möglich war, sondern nur durch die Schaffung eines "Lagers", das sich zur Verbreitung seiner Anschauungen der modernsten Methoden, das heißt der Massenmedien, bediente. …<<
Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 18. März 2000 (x887/...): >>**Mord an den Vätern - Die angebliche? Traditionsunwürdigkeit der Wehrmacht.**
Bemerkungen zur geistigen Lage der Bundesrepublik ...
Bei der geschilderten Umwertung der deutschen Geschichte ins Negative und alles Westlichen ins Positive spielt die Wehrmachtsausstellung eine wichtige Rolle. Viele Beispiele belegen das hohe, sehr hohe Ansehen der Wehrmacht und ihrer Vorgänger.
Beispiele: 1950 bat das israelische Verteidigungsministerium mehr als eintausend Militärs und Militärhistoriker, die Streitkräfte der beiden Weltkriege zu bewerten. Wie zu erwarten war das Ergebnis eindeutig: Die deutschen Truppen wurden mit großem Abstand als die be-

sten bewertet. Als persönliche Reminiszenz: Im Fest- und Vortragssaal des Verteidigungsministeriums eines südostasiatischen Staates stehen als Mahnung für die jungen Offiziere drei Sentenzen. Eine von einem Chinesen. Sun Tsu, eine von Clausewitz und eine von Rommel.
Als Letztes: 1993 veröffentlichte einer der großen amerikanischen Verlage unter Mitarbeit von Wissenschaftlern aus sechzehn Nationen eine sechsbändige Enzyklopädie der Militärwissenschaften. Der Artikel "Kampfkraft" wurde von dem vielleicht bekanntesten amerikanischen Militärhistoriker, T. N. Dupuy, verfaßt. Er urteilte, die Kampfkraft der deutschen Heere sei mehr als hundert Jahre lang der Neid der Welt … gewesen.
Diese Achtung vor dem deutschen Soldaten ist für das neubundesrepublikanische Gefühl ebenso unerträglich wie die Achtung vor den Bachpassionen, wie Belle Alliance oder Friedrich dem Großen. Also ist die Wehrmachtsausstellung willkommen. Viele Politiker und viele Intellektuelle haben auf diese Ausstellung wohl gewartet wie die Wüste auf den Regen: nur so ist die Resonanz auf die Ausstellung zu erklären, daß kaum gefragt wird, ob ein mehrfach vorbestrafter kommunistischer Funktionär und ein Reemtsma wenigstens gewillt sein könnten, uns ein zutreffendes Bild von der Wehrmacht zu vermitteln.
Helmut Schmidt hat die Ausstellung als "Masochismus" gewertet: sachlich ist sie bedeutungslos. Um so wichtiger ist sie als Indikator des geistigen Zustandes der Bundesrepublik. …<<
Der deutsche Studiendirektor Rudolf Willeke schrieb am 1. April 2000 in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" (x887/...): >>**"Marxismus für feine Leute"**
Die 68er "Kulturrevolution", die Frankfurter Schule und die Kritische Theorie ...
Die Namen "Frankfurter Schule" und "Kritische Theorie" hat Max Horkheimer in den frühen 30er Jahren erfunden und genutzt , um seine Position vom dogmatischen Marxismus abzugrenzen und um zu dokumentieren, daß die "Frankfurter" einen revisionistischen Neomarxismus vertreten. Dogmatisch-orthodoxer Marxismus wurde in den 30er Jahren mit KPD und Stalinismus gleichgesetzt.
Zugleich wollte Horkheimer seiner Theorie eine ganz besondere Aura, ein unverwechselbares Merkmal der qualitativen Unterscheidung von anderen Theorien, etwa der Philosophie des Deutschen Idealismus, verleihen.
Die Kritische Theorie der Frankfurter Lehrer und Schüler beinhaltet ein Denken, das in einer offenen Form der marxistischen Tradition steht und das der Abschaffung von Herrschaft jeder Art verpflichtet ist. Für den bekannten Historiker Golo Mann, der in der amerikanischen Emigration sozusagen Hausnachbar von Horkheimer war, ist die Kritische Theorie nichts anderes als "Marxismus für feine Leute", also Intellektuelle.
Die Kritische Theorie unterscheidet sich grundlegend von traditionellen Theorien und Wissenschaften, die vom Interesse an Objektivität und Wahrheit geleitet sind. Sie ist demgegenüber vom Interesse an der Veränderung der bestehenden Gesellschaft inspiriert und aus diesem Grunde an der Hervorbringung eines bestimmten Verhaltens, d.h. "kritischen Verhaltens" interessiert.
Letzteres zeige sich in dem bewußten Widerspruch gegen das gesellschaftliche Ganze. Die "Kritik" ist prinzipielle Kritik, d.h. eine Grundhaltung der Verneinung aller Wirklichkeit und zugleich Kampf gegen das Bestehende, also gegen die bürgerliche Gesellschaft im weitesten Sinne. …
Damit ist schon angedeutet, daß die Gründerväter der Frankfurter Schule - Max Horkheimer, Theodor W. Adorno, Herbert Marcuse, Jürgen Habermas, aber auch deren frühe Mitarbeiter, etwa der Sexualtheoretiker und Sexualpolitiker Wilhelm Reich, der evangelische Religionsphilosoph und Theologe Paul Tillich, die Psychoanalytiker Erich Fromm und Alexander Mitscherlich und der marxistische Nationalökonom und KP-Funktionär Friedrich Pollock und viele andere - keine neuen Ideen hervorbrachten oder verwirklichten.
Die Väter standen vielmehr auf den Schultern der geistigen Großväter, vor allem auf Karl

Marx und Sigmund Freud, bzw. der geistigen Urgroßväter … Rousseau und anderer Vorkämpfer der Französischen Revolution …
Marx und Freud, beide prominente Vertreter des philosophischen Materialismus, nahmen die These Rousseaus auf, daß die "Zivilisation" das Glück des Menschen, das ihm im Naturzustand zuteil wurde, zerstört und die Sitten verdorben habe". Von Natur aus sei der Mensch gut, erst mit dem Privatbesitz, der eigentlichen Ursünde des Kapitalismus, seien Herrschaft und Unterdrückung und damit Unglück und Bosheit in die Welt gekommen.
Allein durch die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln könne die Herrschaft von Menschen über Menschen endgültig beendet und eine menschenwürdige Gesellschaft - das Paradies auf Erden - errichtet werden.
Die Parole "Zurück zur Natur" findet heute noch ihren Widerhall in der Technikfeindlichkeit und ökologischen Besessenheit der Grün-Alternativen.
Der marxistische Appell "Proletarier aller Länder, vereinigt euch!" lautet in der neomarxistischen Version "Intellektuelle aller Institutionen, emanzipiert euch!".
Während der Marxismus/Sozialismus an die ökonomisch-sozial verelendeten Proletarier appellierte und eine Arbeiterbewegung in Gang setzte, die die Basis ändern, vielleicht sogar mit Gewalt umstürzen sollte, wendet sich der Neomarxismus der "Frankfurter" an die intellektuell und psychosozial verelendeten Subjekte im Bildungssystem, d.h. im kulturellen Überbau. Er bewirkte 1968 eine Studentenbewegung, die den kulturellen Überbau revolutionieren, d.h., eine Kulturrevolution durchführen sollte …
Die gesamte Programmatik der Frankfurter Schule und der neu-linken Bewegung läßt sich als Kulturrevolution, als Umbau des Menschen, seiner Psyche, seines Denkens und Strebens und seines Lebens, als Umbau der Institutionen, die das menschliche Bewußtsein und Verhalten prägen, sowie als Umwälzung der gesamten Kultur und Zivilisation beschreiben.
Die Studentenrevolte von 1968 war kein Randphänomen der Gesellschaft, sondern eine wirkliche Revolution. …
Für Horkheimer wie für Habermas steht fest, daß Gott durch die tatsächliche Geschichte, durch die modernen Naturwissenschaften sowie durch den dogmatischen Marxismus widerlegt ist.
Das Christentum ist für Horkheimer eine Lüge, die Wiederbelebung der heidnischen Mythologie in Deutschland während des Dritten Reiches nichts anderes als Polytheismus. Nicht Gott, sondern der Mensch sei das höchste Wesen, und der Nächste sei das Volk, die Gesellschaft, die Menschengattung. …
Adorno, der getaufter Jude war, ist, wie Habermas betont, völlig standhaft und unerschütterlich Atheist geblieben.
Für Habermas, vom Elternhaus her evangelischer Christ, ist Gott eine falsche Hypothese - geschichtlich überholt, wissenschaftlich widerlegt. …
Habermas hält es schließlich für gerechtfertigt und notwendig, daß überall dort, wo in der idealistischen Philosophie "Gott" gedacht oder geschrieben wurde, "Mensch" oder "menschliche Gattung" einzusetzen sei. Damit wird Gott entthront, der Mensch bzw. die Gesellschaft dagegen werden vergöttlicht. ...<<
Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 15. April 2000 (x887/...): >>**Wehrmacht: Jenseits der Polemik**
Was der Historiker Walter Post über den "Vernichtungskrieg" herausfand, läßt aufhorchen
Wenn die Anti-Wehrmacht-Ausstellung vom Reemtsma-Heer etwas Gutes bewirkt hat, dann war es neben der von Monat zu Monat breiter gewordenen Ablehnungsfront die Entstehung einer Reihe wertvoller Einzelstudien und einiger Gesamtdarstellungen, mit denen überwiegend nichtbeamtete Historiker Vorwürfe der Ausstellung aufgegriffen und widerlegten. So wurde ein erheblicher Teil der Öffentlichkeit auf einen Abschnitt unserer Geschichte hinge-

wiesen, der drohte, dem allgemeinen Bewußtsein zu entschwinden.
Das fundierteste, griffigste, einleuchtendste, in sich geschlossenste Widerlegungs-Werk erschien soeben, also nach der Schließung der Ausstellung - jedenfalls in Deutschland.
Autor dieses höchst bemerkenswerten Buches ist der promovierte Historiker Walter Post. Er nannte sein Buch "Die verleumdete Armee - Wehrmacht und Anti-Wehrmacht-Propaganda" ...
Post hatte sich bereits mit seinem vor wenigen Jahren erschienen Werk "Unternehmen Barbarossa - Deutsche und sowjetische Angriffspläne 1940/41" als profunder Kenner der Geschichte des Zweiten Weltkrieges ausgewiesen.
Er beschränkt sich in seinem neuen Buch nicht darauf, einzelne Fehler der Ausstellung aufzudecken und zu kritisieren. Er wollte sich auch nicht damit begnügen, nur die zentralen Thesen der Ausstellung zu widerlegen. Das erledigt er sozusagen im Vorbeigehen. Walter Post hat vielmehr mit Erfolg den Versuch unternommen, dem Bild der Wehrmacht, wie Hannes Heer und seine willigen Helfer es zeichneten, ein anderes, und zwar ein vollständiges und richtiges Bild entgegenzusetzen.
Dabei vermeidet es Post, nur Meinungen oder gar Gefühle zu äußern, er läßt Dokumente sprechen, und zwar sowohl solche, die die Wehrmacht belasten, als auch solche, die sie entlasten. Jede von ihm geschilderte Tatsache wird mit Hilfe eines umfangreichen Anmerkungsapparates belegt. So ist ein außerordentlich sachliches Buch entstanden, das um so überzeugender wirkt.
Da Reemtsma und Heer behaupten, die deutsche Wehrmacht habe Verbrechen begangen, muß zunächst das Recht dargestellt werden, das angeblich durch die Wehrmacht verletzt worden sei. Das unterließen die beiden Verantwortlichen für die Ausstellung konsequent, und sie wußten, warum. Maßgebend für die Frage, was eine schwere Rechtsverletzung war und was andererseits vom Völkerrecht gedeckt wurde, ist das damals geltende Völkerrecht.
Nach den Haager Landkriegsordnungen und den Genfer Abkommen war es der Zivilbevölkerung grundsätzlich untersagt, an Kampfhandlungen in einem Krieg teilzunehmen. Unterstützten Zivilisten trotzdem den Kampf, dann konnten sie nach den völkerrechtlichen Regelungen als Freischärler bestraft werden. Partisanenkrieg war daher von vorneherein völkerrechtswidrig. Auf frischer Tat ertappte Partisanen konnten hingerichtet werden. Dieser Grundsatz wurde auch nach dem Kriege von den Militärgerichtshöfen der alliierten Sieger anerkannt.
Heer und Reemtsma allerdings taten in ihrer Ausstellung so, als hätten die Partisanen das Völkerrecht auf ihrer Seite und als sei es völkerrechtswidrig = verbrecherisch, Zivilisten, die sich am Kampf beteiligten, hinzurichten. Auf diese dreiste Lüge fiel die Masse der deutschen Publizisten bereitwillig herein. Post rückt die Dinge zurecht.
Aber auch Geiselnahme und Erschießung von Geiseln wurden innerhalb festgelegter Regeln, die von der deutschen Wehrmacht fast immer eingehalten wurden, durch das internationale Völkerrecht gedeckt. So wurde denn auch in den Nürnberger Prozessen die deutsche Wehrmacht weder angeklagt noch verurteilt. Der Generalstab und das Oberkommando der Wehrmacht wurden im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozeß freigesprochen. Die amerikanischen und britischen Gerichte verurteilten nur einzelne Feldmarschälle und Generäle, die aber ausnahmslos nach einigen Jahren rehabilitiert und freigelassen wurden.
... Als Antwort auf die in der Ausstellung behauptete "Ausplünderung" der Ukraine durch die deutsche Wehrmacht, wodurch große Teile der Zivilbevölkerung dem Hungertod preisgegeben wurden, schildert Post die tatsächliche Lage.
Die zurückgehenden Sowjettruppen zerstörten planmäßig und ohne Rücksicht auf die zurückbleibende Zivilbevölkerung alles, um den deutschen Vormarsch zu behindern. Das reichte von einfachem landwirtschaftlichem Gerät bis zu den Kraftwerken. So wurden in der Ukraine 95 Prozent der Kraftwerkkapazitäten durch die Rote Armee zerstört. Die Industrieproduktion lag völlig danieder. Die Förderung von Kohle, Eisenerz, Rohstahl, Elektrizität war aufgrund der

sowjetischen Zerstörungen in nicht wenigen Fällen auf dem Nullpunkt. In der Landwirtschaft war die Erzeugung auf die Hälfte der Vorkriegswerte gefallen, weil auch hier die sowjetischen Zerstörungstruppen ganze Arbeit geleistet hatten. …
Die Ernährungsprobleme in den besetzten Ostgebieten gingen also zum überwiegenden Teil auf die sowjetische Strategie der "verbrannten Erde" zurück. Mit der Industrieproduktion ging es nicht anders. …<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 21. Juni 2000 über den deutschen Grünen-Politiker Joseph Fischer: >>**Joschka Fischer: Deutsche mit sich im Reinen**
Außenminister Joschka Fischer, Grüne, sieht die Deutschen heute im Reinen mit sich und ihrer Geschichte. Sie seien "nach einer 150-jährigen tragischen Geschichte, der Suche nach dem eigenen Nationalstaat, der Verführung zur Hegemonie und schließlich dem Absturz ins Verbrechen endlich bei sich selbst angekommen", sagte Fischer der Wochenzeitung "Die Zeit". "Heute sind die Deutschen genauso mit sich selbst im Reinen wie die Franzosen, ... auch mit ihrer Geschichte", zu der die Auseinandersetzung mit und die Verantwortung für Auschwitz gehöre. …
Fischer wies mit diesen Aussagen im Streitgespräch mit dem französischen Innenminister Jean-Pierre Chevenement dessen Kritik an seinen europapolitischen Zielen zurück. Chevènement sagte, die Deutschen flöhen vor ihrer Geschichte ins "Postnationale" und wollten daher eine europäische Föderation. Fischer meinte dagegen, die Deutschen seien keine "Fluchteuropäer", sein Vorschlag zu einer Föderation am Ende des europäischen Einigungsprozesses habe damit nichts zu tun. …<<
Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 9. September 2000 (x887/...): >>**"Ende der Diskussion"**
Die Affäre Norman Finkelstein und die deutschen Medien
Seit Wochen macht in den deutschen Feuilletons ein Buch Schlagzeilen, das es in deutscher Sprache noch gar nicht gibt. Das ist ungewöhnlich, aber nicht ohne Beispiel. Bereits vor Jahren begann in den deutschen Medien die Schlacht um ein Buch eines gewissen Daniel Jonah Goldhagen, der hierzulande damals selbst Eingeweihten kein Begriff war. In jener Zeit war es das übliche, seit langem funktionierende Medienkartell von "Zeit", "Süddeutscher Zeitung", "Spiegel", "Stern" und "Frankfurter Rundschau", das dafür sorgte, daß die etwas kruden Ideen des jungen Unbekannten über "Hitlers willige Vollstrecker" bereits Wochen vor dem Erscheinen den Bekanntheitsgrad eines Bestsellers hatten.
Bei dem neuen Buch des New Yorker Politologen Norman Finkelstein "Die Holocaust Industrie" ist dagegen vieles anders verlaufen, was aufhorchen läßt. So ist der Autor in Deutschland zunächst bekannt geworden als Kritiker von Goldhagens Buch.
Wieder einmal - wie schon bei Bogdan Musial, der die Anti-Wehrmachts-Ausstellung Reemtsmas scharf kritisierte - konnte Finkelstein nicht in die rechte Ecke gestellt werden. Beide sind überzeugte Linke. …
Die Kritik an Goldhagens unwissenschaftlichem Ansatz war damals jedoch so allgemein - nicht nur in Deutschland -, daß Finkelsteins Stimme im Chor der Kritiker nahezu unterging. Das ist bei seinem neuen Buch ganz anders, das sich dem Tabu-Thema der Ungerechtigkeiten bei den jüdischen Opfer-Entschädigungen widmet und dabei Organisationen wie die "Jewish Claims Conference" massiv kritisiert. ...
Als das Buch nicht mehr totzuschweigen war, reagierte die Presse in der üblichen Weise: die einen sagten, es sei unwissenschaftlich, die anderen meinten: alles sei längst bekannt. Doch an einer Tatsache kann das genannte Pressekartell inzwischen nicht mehr vorbei: Nach den Diskussionen um Goldhagen, Walser und Sloterdijk, wo es immerhin gelungen war, bei einer Kampagne gegen Andersdenkende öffentlich gegenzuhalten und den linken Medien die alleinige intellektuelle Definitionshoheit zu entziehen, ist es nunmehr in der Finkelstein-Debatte

erstmals seit langer Zeit geschehen, daß eine Übereinkunft des Schweigens fast aller traditioneller linker Medien gebrochen werden konnte.
Dies ist durchaus ein Erfolg. Es zeigt, daß sich auf Dauer die Absprachen zwischen den Medien im Zeitalter des Internet nicht mehr länger durchhalten lassen. Zu befürchten ist allerdings, daß der linksbürgerliche Konformismus sich schon bald etwas anderes einfallen läßt, um seinen Willen zur geistigen Vorherrschaft hierzulande unter Beweis zu stellen.<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 28. Oktober 2000: >>**Holocaust-Denkmal kostet 50 Millionen Mark**
Das in Berlin geplante Holocaust-Mahnmal für die ermordeten Juden wird nach jüngsten Berechnungen rund 50 Millionen Mark kosten. ...
Das Mahnmal, das an die 6 Millionen ermordeten Juden in Europa erinnert, wird zwischen Brandenburger Tor und Potsdamer Platz errichtet. Die Sprecherin des Denkmal-Fördervereins, Lea Rosh, berichtete, die israelische Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem wolle sich an der Gestaltung des Dokumentationszentrums beteiligen. Sämtliche Namen, Daten und Schicksale der während des Nazi-Regimes ermordeten Juden sollen in Berlin in einem "Raum der Namen" einsehbar sein.<<
Der deutsche Jesuit und Publizist Lothar Groppe berichtete am 28. Oktober 2000 in der Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" (x887/...): >>**Repressalien gegen die Zivilbevölkerung und das Völkerrecht im Zweiten Weltkrieg**
... Der estnische Staatspräsident Lennart Meri sagte am Tag der Heimat am 3. Oktober 1995: "Warum zeigen die Deutschen so wenig Respekt vor sich selbst. Deutschland ist eine Canossa-Republik geworden, eine Republik der Reue … Man kann einem Volk nicht trauen, das rund um die Uhr eine intellektuelle Selbstverachtung ausführt …"
Bekanntlich pflegen unsere Politiker bei Auslandsbesuchen die Gedenkstätten des jeweiligen Landes aufzusuchen und dort einen Kranz niederzulegen. Für gewöhnlich werden hierbei die deutschen Opfer übergangen. Eine solche Haltung ist verächtlich und nicht nur eine Schmähung der Soldaten, die in Pflichterfüllung für ihr Vaterland gefallen sind, und der Zivilbevölkerung, die vor allem nach dem Krieg aufgestautem Haß zum Opfer fiel, sondern auch eine Beleidigung ihrer Angehörigen. Wenn man wirklich Versöhnung über den Gräbern will, sollte man auf ehemaligen Kriegsschauplätzen und in Konzentrationslagern für die Opfer aller Beteiligten eine gemeinsame Gedenkstätte errichten.
… Es sollte eine Mahnung zum Frieden und zur Völkerverständigung sein und zur Versöhnung über den Gräbern führen. Ähnliche Gedenkstätten für Deutsche und andere Völker sollten die Gräben zwischen den Völkern zuschütten und daran erinnern, daß einseitige Schuldzuweisungen an die jeweils andere Seite auf Dauer nicht zur Verständigung, sondern zur Zwietracht und zum Haß führen.<<
"SPIEGEL ONLINE" berichtete am 6. Februar 2001: >>**"Die Holocaust-Industrie": Debatten um das "böse" Buch**
Selten hat ein historisches Buch in Deutschland eine solche Kontroverse ausgelöst, ehe es überhaupt erhältlich war: Trotz zahlreicher Proteste wird Norman Finkelsteins "Holocaust-Industrie" am Mittwoch auch hier zu Lande veröffentlicht.
Mit seiner Polemik gegen eine vermeintliche "Holocaust-Industrie", die im vergangenen Jahr in England und den USA veröffentlicht wurde, hat der amerikanische Politikwissenschaftler Norman Finkelstein die Erinnerung an den Völkermord einer wütenden Kritik unterzogen. In Deutschland setzte seine Schrift eine Debatte in Gang, die mit ihrer Heftigkeit an den Streit um Daniel Goldhagen vier Jahre zuvor erinnerte. Ab Mittwoch ist nun auch die deutsche Übersetzung auf dem Markt.
Finkelsteins Thesen sind provozierend: "Jüdische Eliten", so behauptet er, beuten im Einvernehmen mit der amerikanischen Regierung das entsetzliche Leid der Millionen von Juden aus,

die während des Zweiten Weltkriegs ermordet wurden. Diese "Holocaust-Industrie" erpresse immer neue Entschädigungszahlungen, von denen die Opfer tatsächlich kaum Nutzen hätten. Vielmehr werde das Geld für vermeintliche "Holocaust-Erziehungsprojekte" verwendet, mit deren Hilfe das zentrale Dogma von der historischen Einzigartigkeit des Holocaust zementiert werden solle.
Diese Doktrin der "Einzigartigkeit" wirke intellektuell lähmend - vor allem auf die historische Forschung - und moralisch diskreditierend, weil demnach das Leiden nichtjüdischer Opfer mit dem der Juden "unvergleichbar" erscheine, werde aber nach Ansicht Finkelsteins politisch ausgenutzt: Denn zusätzlich zum "Abkassieren" durch die "Holocaust-Industrie" werde eine vermeintliche Instrumentalisierung der Erinnerung an den Holocaust durch Israel möglich. Jüdische Eliten wollten sich so gegen Kritik an der israelischen Politik gegenüber den Palästinensern immunisieren.

Einhellige Ablehnung

In Deutschland stieß Finkelstein mit seinem wütenden Buch auf einhellige Ablehnung. Besondere Irritation rief sowohl die Radikalität hervor, mit der der Amerikaner die kritischen Ansätze bündelte, aber auch die offensichtliche moralische Empörung, die Finkelstein dabei an den Tag legt. …<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 17. Februar 2001 (x887/...): >>**Der "Wandel" ist Schwindel**

Korruption, Gewaltwelle, hemmungsloser Egoismus: Das Schwinden der ethischen Fundamente bedroht unser Gemeinwesen längst im innersten Kern …
Zum Werteverfall in der Gegenwart trägt seit langem bei, daß die moralische Kraft des Christentums immer weiter sinkt. Im christlichen Glauben spielt der Gedanke an Strafe und Belohnung eine bedeutende Rolle. Nun will zwar niemand die Religion als "Zuchtmittel" wiederbeleben. Doch das moralische Gewissen ist wertvolle Richtschnur für menschliches Verhalten und unverzichtbares Korrektiv für Entscheidungen.
Auch Handlungen, die der Mensch vor der Allgemeinheit verbergen kann und für die er keine Strafe zu befürchten hat, werden von dem "inneren Richter" auf ihre Zuverlässigkeit hin überprüft. Doch in einer Welt, die Gott für tot erklärt hat, ist dieser sittliche Wegweiser unwirksam geworden. Es ist alles erlaubt, weil keine Strafe zu befürchten ist.
Auch überpersönliche Verpflichtungen, wie sie zum Beispiel durch die Bindung an das eigene Vaterland entstehen können, werden kaum noch anerkannt. Sie bilden keine Hemmschwelle gegen das Ausleben persönlicher Wünsche und Triebe. Je weniger es ein gemeinschaftliches Willensbild gibt, sein Vaterland zu stützen und zu fördern, um so mehr ist der einzelne sich selbst genug und sieht ausschließlich sein eigenes Befinden, seine persönlichen Interessen im Mittelpunkt des Lebens.
Weil ebensowenig Schulen, Medien und Eltern die Erziehungsaufgabe ausreichend erfüllen, bleibt die Frage unbeantwortet, in welche Richtung denn überhaupt das Gewissen des Nachwuchses entwickelt werden soll. Strafen sind jedenfalls keine Möglichkeit, gemeinschaftsfeindliche, egoistische Triebkräfte im Zaum zu halten. …
Die Werterziehung in Deutschland ist an einem Tiefpunkt angelangt, der kaum noch unterboten werden kann. Von allen Krisenerscheinungen der Gegenwart ist der Werteverfall bei weitem das schlimmste Syndrom, weil er sämtliche Lebensbereiche umfaßt: die Wirtschaft, das Staatsgefüge, die zwischenmenschlichen Beziehungen. Ein Volk, in dem die unverzichtbaren Wertvorstellungen verkümmern, verurteilt sich selbst zum Untergang. …
In vielen Bundesländern regierte die CDU jahrzehntelang und beugte sich in der Bildungspolitik gar zu oft dem Zeitgeist. Bleibend gültige Werte wurden bedenkenlos auch von CDU-Politikern den pseudomarxistischen Idealen der Professorengeneration der Achtundsechziger und ihrer Epigonen geopfert, wenn nur Funk, Fernsehen und Presse den Fehlweg als "fort-

schrittlich" priesen.
Gewiß hat hier auch eine menschliche Schwäche hineingespielt: Es lebt sich als Politiker soviel angenehmer, wenn man von den Medien, dieser vierten Macht im Staate, zitiert, gelobt und wohlwollend kommentiert, als wenn man totgeschwiegen oder verrissen wird. So braucht man wenigstens keine Courage, um eine unpopuläre Meinung zu vertreten. Außerdem enthebt es einen des lästigen kritischen Durchdenkens, ob das Neue denn nun wirklich besser als das Alte ist, wenn man jede Neuerung unbesehen als Entwicklung zum Besseren bewertet.
Immer wieder lesen wir in Zeitungen und Zeitschriften Überschriften wie "Wertewandel als Herausforderung", "Wenn Werte wechseln" oder "Werte wandeln sich immer schneller". Da klingt so, als läge etwas Schicksalhaftes, vom Menschen nicht Beeinflußbares über der Entwicklung des Wertesystems eines Volkes, eines Staates, einer Gesellschaft.
Werte werden jedoch allein durch Erziehung vermittelt - oder eben nicht, wie es heute leider allzuoft der Fall ist -, und sie entwickeln sich durch Vorbilder, an denen sich junge Menschen orientieren können. Fehlt dieser Bezugsrahmen, so wächst eine hilf- und ratlose, desorientierte Jugend heran. Das haben Ideologen viel früher erkannt und genutzt als bürgerliche Politiker, die auf Wertewandel reagieren, statt in der Werteerziehung zu agieren.
Nach über 30 Jahren Reformen stehen wir vor einem Schulwesen, in dem Lehrer, Schüler und Eltern gleichermaßen verunsichert sind. Hunderte von ideologisch bedingten Fehlern reihten sich zu einer Prozession schulischen Niedergangs aneinander. Pluralismus der Ideen und Wettbewerb der Meinungen sind für eine Demokratie und für die soziale Marktwirtschaft unverzichtbar. Werte-Pluralismus aber, das heißt Unverbindlichkeit der Werte, zerstört das Ganze. ...<<
Der deutsche Meteorologe Dr. Wolfgang Thüne schrieb am 10. März 2001 in der Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" (x887/...): >>**Die Revolte der "Achtundsechziger"**
Wie versucht wurde, Demokratie durch Anarchie zu ersetzen (Teil I)
Die mehr feuilletonistisch-schaulustige denn politische Debatte um die beiden links-grünen Symbolfiguren, den Vizekanzler und Außenminister Joseph Martin "Joschka" Fischer wie den Umweltminister Jürgen Trittin, geht am eigentlich aufzuarbeitenden und zu bewältigenden Problem, den wahren politischen Umsturzabsichten, die sich hinter dem harmlosen Namen "Studentenrevolte" verbargen, ganz gezielt vorbei. Offensichtlich soll durch eine überaus geschickte Inszenierung der öffentlichen Debatte verhindert werden, daß die eigentlichen revolutionären Beweggründe, Triebkräfte und Umsturzziele ans Tageslicht kommen und die gesamte Bundesregierung ins Zwielicht bringen.
Wer aufmerksam die Mediendebatte verfolgt und die Kommentare liest, merkt, daß hier etwas bewußt verharmlost werden soll. Man verschanzt sich hinter Allgemeinbegriffen, sucht den Schutz der "Masse", um darin unerkannt abzutauchen. Daher muß zuallererst energisch der Behauptung widersprochen werden, es habe sich um eine "Studentenrevolte" gehandelt. Nein! Es waren kleine radikale und straff organisierte Gruppen anarchistischer, marxistischer oder maoistischer Gesinnung, welche lautstark bis gewaltsam ihre revolutionären Parolen skandierten und den Lehrbetrieb störten, um die deutliche Mehrheit der Studenten zu majorisieren und zu tyrannisieren.
Sie nutzten brutal die Demonstrationsfreiheit aus, um die Freiheit der Diskussion zu unterbinden; sie nutzten die Toleranz, um so intoleranter gegen Andersdenkende vorzugehen. Eine der vielen sektiererischen Mini-Gruppierungen war der Kommunistische Bund (KB), dem Umweltminister Jürgen Trittin angehörte. ...
Der nach dem Idol Mao bestens organisierte "lange Marsch durch die Institutionen" hat die Revolutionäre an die Schalthebel der Macht gebracht, die sie nun nicht mehr loslassen wollen. Zu diesen Marschierern gehörte auch Außenminister Joseph Martin Fischer. Er schloß sich 1968 in Frankfurt am Main der kommunistischen Sekte "Revolutionärer Kampf" an und avan-

cierte ob seiner Schlagfertigkeit und seines Draufgängertums rasch zum "Commandante" der berüchtigten "Putzgruppe". Konfrontiert mit seiner brutalen Vergangenheit, gibt er zwar zu, auch mal kräftig hingelangt und auf "Bullen" eingeprügelt zu haben, aber Steine habe er nur so in die Luft geworfen.
Was sich in den sechziger, siebziger und auch achtziger Jahren abspielte, war keineswegs ein Kampf um mehr Demokratie, es war ein Kampf gegen die Demokratie, gegen das verhaßte etablierte politische Parteienregiment, gegen die Regierungen von Willy Brandt, Helmut Schmidt und Helmut Kohl.
Es war der Versuch, die freiheitlich demokratische Grundordnung zu zerstören und durch eine angebliche "Räterepublik" oder "Basisdemokratie" zu ersetzen.
Es ging schlicht um den Griff nach der Macht im Staate, die Entmachtung der Staatsgewalt. "Demokratie" als Herrschaft einer freiheitlich gewählten Mehrheit war nicht das Ziel der untereinander verfeindeten und verschiedenen revolutionären Idole wie Marx, Lenin, Stalin, Trotzki, Mao, Che Guevara, Pol Pot, Castro nacheifernden Gruppierungen. Einzig der Haß auf das System, der schnelle Sturz des "repressiven" Staates vereinte die diversen K-Gruppen.
Wer das verstehen will, der muß nach den geistigen Urhebern fragen, der kommt an der ideologischen Kaderschmiede, der "Frankfurter Schule", nicht vorbei, auch wenn tunlichst versucht wird, diese Frage zu tabuisieren. Die "Väter" der "Achtundsechziger" waren Adorno, Bloch, Habermas, Marcuse, die Schöpfer der "Kritischen Theorie".
Es war Theodor Adorno, der dazu aufrief, "den Stein aufzuheben, unter dem das Böse lauerte". Vom Aufheben des Steins bis zum Werfen des Steins war kein weiter Weg. Das Ziel markierte Jürgen Habermas. Er stellte der repressiven parlamentarischen Demokratie als Idealzustand die außerparlamentarische "Basisdemokratie" entgegen. Sodann war es Johannes Agnoli, der den "mündigen Bürger" als hilfloses Objekt einer von etablierten "Eliten" beherrschten Politik bezeichnete.
Schließlich war es Herbert Marcuse, der von Amerika aus zu dem allgemeinen Aufstand gegen die "liberale, bürgerliche Gesellschaft" aufrief. Er forderte im Jahre 1967 "Das Ende der Utopie", speziell die Abschaffung der westlichen "Scheindemokratien", die sich auf ein "Mehrheitsbewußtsein" stützten. Marcuse wendete das Prinzip der Toleranz in sein Gegenteil. Er berief sich auf die marxistische Unterscheidung zwischen progressiver und reaktionärer, staatlicher Gewalt und gestand den angeblich "unterdrückten Minderheiten" ein "Naturrecht auf Widerstand" zu.
Er berechtigte sie geradezu moralisch, "außergesetzliche Mittel" anzuwenden. Er fand an den Universitäten das "Proletariat", das seine "Sprache" verstand und dem Aufruf zum revolutionären Umsturz kritiklos Folge leistete. Von der propagierten Gewalt wurde gewalttätig und gewaltig Gebrauch gemacht, wie der Name "Putzgruppe" zu erkennen gibt.
Die gewalttätigen "Proteste" waren nicht auf die sechziger und siebziger Jahre beschränkt. Sie reichten bis weit in die neunziger Jahre. Schon etabliert als Abgeordneter der "Grünen" im niedersächsischen Landtag, solidarisierte sich Jürgen Trittin mit der Göttinger "Antifa" und unterzeichnete deren "Göttinger Resolution" vom 19. Juni 1996.
Neben Trittins Unterschrift finden sich auch diejenigen von Ulla Jelpke und Lothar Bisky von der PDS, der Nachfolgepartei der SED! In der Resolution wird die Arbeit der "Antifa" gelobt und das Vorgehen des "Staates" wie folgt kritisiert: "Die Kriminalisierung der autonomen Antifa ist ein Versuch der sicherheitspolitischen Hardliner in der BRD, diejenigen, die ihre Widersprüche zum bestehenden System öffentlich artikulieren, zum Schweigen zu bringen." Es ist das ewig gleiche Vorwurfsritual, durch das sich die Feinde des freiheitlichen Rechtsstaates zu rechtfertigen suchen.
Bereits ein 1968 vom Sozialistischen Studentenbund SDS in West-Berlin verteiltes Flugblatt trug den Titel "Organisieren wir den UNGEHORSAM gegen die Nazi-Generation". Es ent-

hielt folgende Aufforderung: "Leisten wir Widerstand gegen ehemalige Nazi-Richter, Nazi-Staatsanwälte, Nazi-Gesetzgeber aller Couleur, Nazi-Polizisten, Nazi-Beamte, Nazi-Verfassungsschützer, Nazi-Lehrer, Nazi-Professoren, Nazi-Pfaffen, Nazi-Journalisten, Nazi-Propagandisten, Nazi-Bundeskanzler und nicht zuletzt gegen die Nazi-Kriegsgewinnler, Nazi-Fabrikanten, Nazi-Finanziers. Verweigern wir uns total den Nazis …
Mobilisieren wir die permanente ANTI-NAZI-KAMPAGNE. Bereiten wir den Aufstand gegen die Nazi-Generation vor." Diese unbändige Lust, alles "Naziartige" mit Stumpf und Stil auszurotten, war ein Stück der Nazi-Endkampf-Mentalität. Es war der pubertäre Versuch, einen längst untergegangenen Totalitarismus durch einen neuen Totalitarismus zu ersetzen. Nazismus und Marxismus waren tot, es lebe der Neomarxismus!
Mit diesem fanatischen Rundumschlag gegen die "Vätergeneration", dieser pauschalen Kollektivdiffamierung versuchten die "Achtundsechziger", sich sowohl eine Legitimation wie eine Generalabsolution für ihre Gewalttaten zu verschaffen. Sie verkörpern das "Gute", das zu ewigem Kampf gegen das revanchistische "Böse" aufgerufen sei. Sie halten sich für die einzig legitimen Kämpfer für Freiheit, Fortschritt und Demokratie.
Diese Einschätzung bestätigt Sieghart Ott in der "FAZ" vom 29. Januar 2001: "Die Bundesrepublik hätte ohne die Achtundsechziger nicht die weitgehend offene und liberale Gesellschaft, die sie heute prägt. Sie haben - auch wenn sie gelegentlich Steine und andere Gegenstände warfen - zur Freiheit und Demokratie entscheidend beigetragen."
Welch eine naive Fehleinschätzung! Exakt das Gegenteil ist richtig …
Im September 1982 nach der Bundestagswahl wurde Fischer bei den Grünen aktiv, fünf Monate später saß er für die Partei im Deutschen Bundestag. Zuvor "putschte" er sich auf die hessische Landesliste: "Fischer paktierte mit rechten, rassistischen Grünen, ängstliche Gemüter wurden niedergeschrien", erinnert sich Ditfurth. "Die Spontis hatten die Angewohnheit, sich hinter die Redenden zu stellen und zu brüllen."
Fischer schaffte so zwar sofort den Sprung in den Bundestag, doch er mußte noch die Partei erobern. "Fischer und vor allem sein enger Freund Cohn-Bendit setzten dabei stalinistische Methoden ein", sagt Ditfurth.
Ausgangspunkt war Hessen: Dort standen im März 1985 Kommunalwahlen an. "Fischer wollte möglichst viele Realos auf die Listen bringen", so Ditfurth, die damals mit einer mehrheitlich aus Fundis bestehenden Fraktion im Frankfurter Römer saß. Ab Sommer 1984 organisierten die Spontis Masseneintritte. Sie verteilten Mitgliedsanträge in Kneipen. "Cohn-Bendit agitierte mit der Forderung: Schwemmt die Fundis aus den Grünen".
Die Rechnung ging auf. Ditfurth berichtet von einer Kreisversammlung in der Aula der Frankfurter Fachhochschule: "Während die Minderheit der Delegierten vorne im Saal diskutiert, wird hinten Bier gesoffen und Skat gedroschen. An der Saaltür steht Cohn-Bendit, um den Getreuen zu sagen, wann sie die Stimmkarten heben müssen. So wurden Mehrheiten gemacht, ohne daß wir etwas tun konnten."
Politische Inhalte seien Fischer stets gleichgültig gewesen, "der brauchte die Grünen als Trittleiter für seine Karriere". Das Ergebnis: Fischer wird 1985 in einer Koalition mit der SPD unter Ministerpräsident Holger Börner hessischer Minister. Angesichts dieser Vergangenheit verwundert es, daß nur wenige Weggefährten den Mut aufbringen, die Wahrheit über "Joschka" Fischer ans Tageslicht zu befördern. ...<<
Der deutsche Meteorologe Dr. Wolfgang Thüne schrieb am 17. März 2001 in der Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" (x887/...): >>**Die Revolte der "Achtundsechziger"**
Wie versucht wurde, Demokratie durch Anarchie zu ersetzen (Teil II)
In der Tradition seines anarchistischen Staatsverständnisses stehend kommentierte der Europaabgeordnete Daniel Cohn-Bendit den Versuch von Justiz und Staatsanwaltschaft, die revolutionäre Vergangenheit seines engen Freundes und Kampfgefährten "Joschka" Fischer aufzu-

klären, mit den Worten: "Diese Republik ist schlicht wahnsinnig" …
Nun, eine "Republik" kann nicht "wahnsinnig" sein, sehr wohl aber einzelne Individuen, die geradezu hysterisch bis schizophren reagieren, wenn man sie nach ihrer sauberen Vergangenheit befragt. Welche "wahnsinnigen" Erfahrungen Daniel Cohn-Bendit als Leiter eines antiautoritären Kindergartens gemacht hat, das hat er freimütig in der "taz" geschildert. Es ist ein Akt bürgerlichen Anstandes, dies hier nicht zu wiederholen!
Die eigentlichen Wurzeln der gesellschaftlichen Fehlentwicklungen legt Eva D. Pickert in einem Leserbrief in der "FAZ" vom 9. Februar 2001 offen:
"Den 'Kult der Individualität' nahmen die großmäuligen Führer der Achtundsechziger nur für sich selbst in Anspruch; die Massen sollten im sozialistischen Kollektiv auf- und untergehen. Wie stand es aber mit pluralistischer Meinungsfreiheit in den kommunistischen Paradiesen der Achtundsechziger - China, Sowjetunion oder Kuba?
Mit ihrer Glorifizierung der kommunistischen Diktaturen haben die Achtundsechziger gezeigt, daß ihnen die Leiden der Opfer jener Schreckensherrschaften ebenso gleichgültig waren wie elementare Menschenrechte. Daß die gewalttätigen Demonstrationen der Achtundsechziger bis hin zu den Morden der RAF die Bundesrepublik auf eine harte Bewährungsprobe stellten, die dennoch nicht zur Aufgabe demokratischer Freiheiten führte, kann nicht als Verdienst der Achtundsechziger hingestellt werden, sondern ist der Widerstandsfähigkeit der noch jungen deutschen Demokratie zu verdanken.
Einer Verdrehung der historischen Wahrheit kommt es gleich, die marxistisch inspirierte Revolte als einen Beitrag zu einer 'offenen Gesellschaft' zu deuten. Den politischen Umsturz haben die Achtundsechziger nicht erreicht; sie haben jedoch prägende Fehlentwicklungen herbeigeführt oder unterstützt, unter denen unser Staat bis heute leidet: Verharmlosung von Gewalt, Diskreditierung von Leistung und Bildung, Elitenfeindlichkeit, linksdominierte 'political correctness', Werteverfall, um nur einige zu nennen." ...
Der auf geistige Distanz gegangene Achtundsechziger und "Sponti" Michael Buselmeier schildert die damaligen Motive in einer Ehrlichkeit und Offenheit, die einem "Offenbarungseid" gleichkommt und andere Schönredereien als unehrlich erscheinen läßt:
"Auch wir Spontis pflegten den Anti-Kapitalismus, die Gruppe 'Revolutionärer Kampf' hatte sogar einen orthodox proletarischen Ansatz. Aber wir orientierten uns nicht am Archipel Gulag, sondern am kurzen Sommer der Anarchie.
Wir verachteten die Kaderparteien, und es kam uns nicht in den Sinn, den Staat zu usurpieren, wir wollten ihn - kaum weniger realitätsblind - einfach abschaffen. Keine Macht für niemand! Freie Sexualität, Gegenöffentlichkeit, anders arbeiten oder besser: gar nicht, anders leben - so ähnlich lauteten unsere Ziele, die wir bei Herbert Marcuse, Negt/Kluge, Peter Brückner oder im Sponti-Organ 'Wir wollen alles' zusammengeklaubt haben."
Michael Buselmeier erklärt die Gewaltexzesse schlicht als einen Haßausbruch auf die "Väter". Doch wer hat diesen Haß gesät und Gewalt geerntet?
Buselmeier bestätigt auch, daß viele Achtundsechziger die Chancen der Öko-Bewegung gewittert, einfach ihre Couleur gewechselt und diese Bewegung schlicht unterwandert haben. Sie hofften, getarnt als "grüne" Umweltaktivisten, schneller an die Schalthebel der Macht zu kommen und so den "langen Marsch durch die Institutionen" gewaltig abkürzen zu können. Die Karrieren von Cohn-Bendit und Fischer sind Bestätigung dieser erfolgreichen Machtergreifung.
Buselmeier schreibt: "Es wäre wünschenswert gewesen, wenn sich die Leitwölfe und Funktionäre der radikalen Linken nach ihrem schwachen Abgang in unauffällige Berufe und Hausarbeit zurückgezogen hätten.
Statt dessen haben sie die grüne Partei, kaum daß sie vorhanden war, in den Griff genommen. Zwar waren sie an Ökologie, an Pflanzen und Tieren nicht interessiert. Dafür verfügten be-

sonders die ehemaligen Maoisten über organisatorische Fähigkeiten, Sitzfleisch und die Fähigkeit, Seilschaften zu knüpfen. Ihr zweiter, diesmal legaler Versuch, an die Macht zu gelangen, erscheint weit aussichtsreicher als der erste. Sie haben auf Vorrat Kreide gefressen und reden sehr moralisch in der gleichen vermurksten Sprache wie die übrigen Politiker. Dicht an den Staat geschmiegt, müssen sie vermutlich nicht einmal mehr lachen, wenn sie ihre Köpfe auf den Bildschirmen erkennen."

Joseph Martin "Joschka" Fischer, Daniel Cohn-Bendit, Jürgen Trittin, "Joscha" Schmierer und viele andere emanzipierten sich nicht, um der "Hausarbeit" nachzugehen. Sie bemächtigten sich der Naturschutzbewegung, deren Hoffnungsträger und Symbolfigur der ehemalige CDU-Abgeordnete Herbert Gruhl war. Er hatte 1976 den Bestseller "Ein Planet wird geplündert" geschrieben. Es ist schon eine Ironie des Schicksals, daß dieser fanatische Antikommunist ausgerechnet von K-Aktivisten ausgebootet wurde.

Als Herbert Gruhl seine Naturschutzbewegung 1980 in eine offizielle Partei umwandelte, da war es um ihn geschehen. Das Zugpferd wurde ausgemustert, die Macht übernahmen die "Achtundsechziger".

Herbert Gruhl mitsamt dem Ökobauern Baldur Springmann wandte sich enttäuscht ab und gründete die Ökologisch Demokratische Partei ÖDP, die jedoch eine Splitterpartei blieb. Derweil segelten die Achtundsechziger unter der Flagge "Grün" von Wahlerfolg zu Wahlerfolg und verdrängten gar die FDP in der Parteienhierarchie vom dritten Platz.

Seit Ende 1998 stehen die "Grünen" auf Bundesebene in der Regierungsverantwortung und besetzen mit dem Außenminister und Vizekanzler Fischer, dem Umweltminister Trittin und jetzt der Verbraucherschutzministerin Künast drei wichtige und gesellschaftspolitisch hochbrisante Schlüsselressorts. Hier kann und hier wird ganz gezielt der "Umbau der modernen Industriegesellschaften" vorangetrieben, nach dem Motto "Wieviel ist genug?".

Der Sektor "Umweltschutz" eignet sich vorzüglich für revolutionäre Geister, denn noch keinem klugen Geist ist es bisher gelungen zu definieren, welche "Umwelt" denn zu schützen ist. "Umwelt" ist ein ganz subjektiver Begriff, und so werden wir mit immer neuen "Umweltgefahren" konfrontiert, von denen kein Sterblicher wirklich sagen kann, welche nun real oder fiktiv sind. Fiktive Gefahren eignen sich vorzüglich, unter dem Vorwand akuter Gefahrenabwehr die bürgerlichen Freiheitsrechte immer mehr einzuengen.

Als die größte umweltpolitische Herausforderung wird der "Treibhauseffekt" bezeichnet, der, verursacht durch die Kohlendioxidemissionen der "reichen" Industrienationen, zu einer globalen "Klimakatastrophe" führen soll. Diesen Effekt gibt es in der Natur zwar nicht, aber er ist Teil unserer "Einbildung" und damit, wenn schon nicht physisch, so doch psychisch real. Er hat seine eigene Wirkmächtigkeit und dient in der Hand der Mächtigen als wundersames Manipulationsinstrument.

Der "Treibhauseffekt" wurde als schlichte Vermutung in die Welt gesetzt, avancierte dann durch ständige Propaganda zu einer Meinung, die nunmehr den Status einer Überzeugung angenommen hat und damit weitgehend kritikresistent geworden ist. Der "Treibhauseffekt" eignet sich ideal für gesellschaftspolitische Veränderungspläne, kann man sich doch zum Schutzpatron des "kleinen Mannes" aufspielen, um ihm dann um so forscher in die Tasche zu greifen.

Die Argumentation ist einfach: Die "monokapitalistische Gesellschaft" ist verantwortlich für den "Konsumterror", dessen korrumpierenden Wirkungen das Individuum hilflos ausgesetzt ist. In dieser Situation bietet sich der Staat als Retter an, indem er dem "kleinen Mann" die Mittel entzieht, die ihn in Gefahr bringen könnten, sich weiter an der "Umwelt" zu versündigen.

... Mit jeder staatlichen Erhöhung der Benzinsteuern weiß nun der Bürger, daß ihm sprichwörtlich der Brotkorb höher gehängt wird. Getroffen und gestraft werden immer zuerst die

Ärmsten der Armen, die mit der geringsten Kaufkraft. Diese überproportionale Bestrafung des "kleinen Mannes" ist alles andere als sozial verträglich, geschweige denn sozial gerecht. Ist das die neomarxistische Variante einer neuen klassenlosen Gesellschaft?
Mobilitätsberaubung ist nichts anderes als Freiheitsberaubung. Mobilität heißt Beweglichkeit und die höchste Form der Beweglichkeit ist die Selbst- oder Automobilität, welche dem einzelnen die Freiheit gewährt, sich nach freiem Gutdünken in Raum und Zeit zu bewegen. Natürlich gehen vom Verkehr zu Lande, im Wasser und in der Luft Gefahren aus, natürlich werden Rohstoffe verbraucht, aber das rechtfertigt nicht die "Ökosteuer", denn diese wurde ausdrücklich mit der Notwendigkeit des "Klimaschutzes" begründet.
Dieses "grün-rote" Versprechen ist ein Nullversprechen, denn es gibt gar kein "Globalklima", das sich "erwärmen" könnte. Eine "Globaltemperatur" kann jeder Volksschüler berechnen, der das Addieren und Dividieren von Zahlen gelernt hat. Ein Klimawert setzt langjährige Wetterbeobachtung voraus und entsteht durch Kopfrechnen auf dem Papier! "Klima" ist immer und in jeder Dimension eine statistische Größe, die vom Wetter her bestimmt wird!
Man muß aber ein vom Machbarkeitswahn befallener "Klimaexperte" sein, um glauben zu machen, man könne der "Globaltemperatur" den "Odem des Lebens" einhauchen und fertig wäre ein neues Produkt, das der menschlichen Beeinflussung unterliegende "Globalklima". Dieses Unverhältnis wie Unverständnis der Natur gegenüber hatte bereits Karl Marx. Von ihm stammt die Vision, daß nur die anthropogen gestaltete Natur die wahre Natur sei.
Aber auch wenn von heute auf morgen alle Räder still stehen würden, das Wetter würde davon keinerlei Notiz nehmen. Das Vorhaben "Schutz des Globalklimas" ist pure Idiotie! ...<<
Der deutsche Volkswirt und CDU-Politiker Wilfried Böhm schrieb am 19. Mai 2001 in der Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" (x887/...): >>**"Onkel Ho" und die alten Schatten**
Viele 68er meiden offenkundig die Selbstkritik
Die Frage nach dem "berühmten" Pseudonym eines "Kommunistischen Freiheitskämpfers" stellte unlängst eine wohlanständige, politisch korrekte deutsche Regionalzeitung den Lesern auf ihrer Rätselseite. Auf die europäische Studentenbewegung der 60er Jahre habe der Schöpfer der vietnamesischen "Freiheitsbewegung" eine "starke Faszination" ausgeübt. In der Frage der Zeitung hieß es weiter, das gesuchte Pseudonym sei zum "Schlachtruf" bei den Demonstrationen der sogenannten 68er geworden.
Nanu, einen "kommunistischen Freiheitskämpfer" - gibt es denn so etwas auch, fragt sich erstaunt der kundige Leser. Schließen sich doch "Freiheit" und "Kommunismus" bekanntlich für jeden aus, der das vorige Jahrhundert ohne rote Politbrille erlebt hat. So wie es eben auch keinen "gerösteten Schneeball" und keinen "schwarzen Schimmel" gibt.
Als "Schlachtruf" war in der Rätselecke natürlich das mehr als törichte "Ho-Ho-Ho-Chi-Minh" der 68er Revoluzzer gemeint, die den Namen dieses Kommunisten skandierten, als sie auf den Straßen herumhüpften und die Universitäten terrorisierten. Ihr Idol, der angebliche "Freiheitskämpfer", führte brutal und unmenschlich den kommunistischen Klassenkampf und war fest im "Weltfriedenslager" verankert. Das wiederum erstrebte mit aller Kraft den Sieg des Sozialismus in der ganzen Welt, weil nur der den "Frieden" bedeute.
Nach seinem Sieg in Vietnam ließ "Onkel Ho" wie das Kultobjekt liebevoll in den Kommunen der 68er genannt wurde, in blutigen Massakern mehr als hunderttausend Studenten, Intellektuelle und Mönche umbringen. Insgesamt wird die Zahl der Opfer Ho Chi Minhs auf eine Million geschätzt. Weitere Millionen flüchteten aus seinem kommunistischen Paradies. Zeugte doch die Tragödie der "Boatpeople" vom Terror des "Freiheitskämpfers" und von den Säuberungen und Umerziehungslagern als kommunistischen Herrschaftsinstrumenten, wo Gefangene verhungerten, erstickten oder unter der Folter starben.
1969, nach Ho Chi Minhs Tod, wurde diesem Idol der 68er von dem Sowjetmenschen Leonid Breschnew ein Mausoleum errichtet, in dem die Unterdrückten jahrzehntelang am einbalsa-

mierten Leichnam des Helden der sozialistischen Revolution vorbeipilgern mußten.
Es ist schon ein Alptraum, wenn man sich vorstellt, daß diejenigen in Deutschland, die sich vor 30 Jahren für jedermann sichtbar an der Person und der Politik dieses Ho Chi Minh orientierten, nicht auf den entschlossenen Widerstand des demokratischen Staates gestoßen und in ihre Schranken verwiesen worden wären.
Wenn heute allerdings der kommunistische Ho als angeblicher "Freiheitskämpfer" in der Rätselecke einer Tageszeitung auftaucht, ist das keine Ausnahmeerscheinung. Wer den Kommunismus als Teil einer "Freiheitsbewegung" ausgibt, und sei es auch "nur" aus mangelhafter politischer Bildung, verhöhnt nicht nur die Opfer des roten Totalitarismus, sondern verharmlost auch diejenigen, die sich aus Gründen politischer Tarnung zwar einen neuen Namen gegeben haben, aber sich selbst in die Tradition der Kommunisten stellen.
Er ermuntert überdies die reaktionären Funktionäre und Parteigänger des Kommunismus, die bis vor einem Jahrzehnt als "Schild und Schwert der Partei" dem "DDR-Staatssicherheitsminister" Erich Mielke von der SED zu Dienste waren. 62 von ihnen erklärten unlängst mit Namen und einstigem Dienstrang öffentlich in der linksextremen "Jungen Welt", "sie hätten nur ihre Pflicht getan", wenn sie Personen überwachten, "die im Verdacht standen, eine gegen die DDR gerichtete Tätigkeit vorzunehmen".
Gleichzeitig feiert die Zeitung "Neues Deutschland", das ehemalige Organ des Zentralkomitees der SED, fröhlich seinen 55. Geburtstag. Ernst Cramer meinte dazu in der "Welt" mit Recht, glücklicherweise könne niemand auf den Gedanken kommen, den 80. Geburtstag der NSDAP-Parteizeitung "Völkischer Beobachter" zu feiern, denn dieses Blatt dürfe seit 1945 nicht mehr erscheinen. Bei den Genossen des Ho Chi Minh ist das anders.
Auch in der "alten" Bundesrepublik gibt es viele, die es einst schick fanden, mit dem Honecker-System und dem "Weltfriedenslager" zu flirten oder die sich von ihm instrumentalisieren ließen, indem sie kommunistische Ikonen wie "Onkel Ho" mit sich umhertrugen.
Heute sitzen sie in Regierungen, Verwaltungen und Redaktionsstuben und meiden jede selbstkritische Auseinandersetzung mit ihrem damaligen Verhalten. Der hohe moralische Anspruch, mit dem gerade sie damals und heute auftraten und auftreten, ist ohne diese Vergangenheitsbewältigung jedoch nichts wert.<<
Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtete am 7. Oktober 2001 über die Umerziehung der Deutschen (x354/34): >>**Bayern bezahlt Amerika**
… In vielen Städten wurden Amerikahäuser er richtet oder eingerichtet, zu deren Zwecken die 'reeducation' des deutschen Volkes gehörte. Sie verlief so sanft, daß die meisten Leute sie nicht bemerkten und heutzutage der bayerische Innenminister Beckstein die 'Umerziehung' für eine Erfindung von Rechtsradikalen hält.<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 17. Januar 2003: >>**Wir sind alle Amerikaner**
… Das Phänomen der globalen US-Hegemonie … beruht zu einem guten Teil auf der kulturellen Wirkmächtigkeit der USA. Während viele europäische Intellektuelle bei ihren Reisen durch die USA eine ambivalente Erfahrung aus Faszination und Ablehnung durchleben, bewundern viele Völker dieser Erde die USA und versuchen diese fast bruchlos zu imitieren oder gar zu kopieren.
Deswegen ist es immer nur ein Teil der Wahrheit, wenn Neomarxisten oder auch konservative Kulturkritiker den weltweiten Siegeszug des American Way of Life als "Kolonialismus" oder "kulturellen Imperialismus" zu denunzieren trachten. Auch wenn die USA einerseits ein Netzwerk "tributpflichtiger Vasallen" unterhalten, auf allen Kontinenten präsent sind, und andererseits an vielen Orten dieser Erde US-amerikanische Symbole, Fahnen oder Bilder amerikanischer Präsidenten zerfetzt oder verbrannt werden, verbreitet sich die amerikanische Art zu denken und zu handeln …

Der weltweiten An- und Übernahme US-amerikanischer Werte wird im Grunde genommen - sieht man vom islamischen Fundamentalismus einmal ab - kein nennenswerter Widerstand entgegengesetzt.
Die USA seien heute die "erste universelle Nation", formulierte der US-Historiker Ben Wattenberg. Nachdem diese nahezu alle Kulturen auf ihrem Hoheitsgebiet versammelt und assimiliert haben - mit allen negativen Begleiterscheinungen, wie z.B. Ghettobildung, Jugendkriminalität, soziale Verwahrlosung, Drogensucht, Analphabetentum, - sind die USA heute dennoch dabei, ihre gesellschaftlichen Errungenschaften auf ökonomischem, politischem und kulturellem Gebiet mit Hilfe eines weltumspannenden Kommunikationsnetzes bis in den letzten Winkel des Planeten zu kommunizieren. …
Besonders die Unterhaltungsindustrie, Amerikas Massen- und Popkultur, die eine bis heute ungebrochene Anziehungskraft in aller Welt ausübt, ist, um es mit dem deutschen Staatsrechtler Carl Schmitt zu sagen, "Instrument und Waffe" der USA im Kampf um die globale Vorherrschaft geworden. …
"Auf jeden Fall beruht die Macht der USA", so unterstrich Brzezinski 1990 in einem Interview, "zu einem sehr großen Teil auf seiner beherrschenden Stellung auf dem weltweiten Medienmarkt, denn 80 Prozent der Worte und Bilder, die auf der Welt zirkulieren, stammen aus den USA." Sieben Jahre später stellt Brzezinski fest: Die Sprache des Internets sei Englisch, und ein überwältigender Teil des Computer-Schnickschnacks stamme ebenfalls aus den USA und bestimme somit die Inhalte der globalen Kommunikation nicht unwesentlich.
Schon allein deswegen kann und muß der rasche Ausbau des Internets, die anfängliche Subventionierung und Anschubfinanzierung dieser Technologie durch die US-Regierung, die technische Grundierung von unbeschränktem Welthandel und individualistischem Lebensstil sowie die Forderung nach einem "freien Fluß der Information" mit in eine Kritik des US-Imperialismus eingehen. Konsequent zu Ende gedacht, wird diese Kritik die für viele Zeitgenossen unangenehme Wahrheit zu Tage fördern, daß wir in gewisser Weise "alle Amerikaner" sind.<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 15. August 2003: >>**"Das Rückgrat brechen"**
Heinz Nawratil über sein Buch "Der Kult mit der Schuld" und die gefährliche Renaissance der Kollektivschuldthese
Herr Dr. Nawratil, beinahe alle großen Feuilleton-Debatten in Deutschland drehen sich mehr oder minder um das Thema Schuld: Goldhagen- und Wehrmachtsausstellungsdebatte: So schuldig sind die Deutschen. Erste Walser-Kontroverse: Wie umgehen mit der Schuld? Gustloff-, Vertreibungs- und Bombenkriegsdiskussion: Dürfen Deutsche trotz Schuld Opfer sein? Haben Sie sich deshalb mit Ihrem Buch "Der Kult mit der Schuld" diesem Thema gewidmet?
Nawratil: Insofern nein, als ich nicht noch schnell mit einem schicken Buch zur schicken Debatte vom Leserinteresse profitieren wollte. Insofern ja, als natürlich das Thema Schuld in Deutschland seit 1945 das zentrale Thema ist. So weit, so gut - welcher sittlich gebildete Mensch empfindet es nicht als Bedürfnis, sich ernsthaft mit der Zeit zwischen 1933 und 1945 auseinanderzusetzen?
Doch leider haben wir es inzwischen mit einer politischen Instrumentalisierung der Schuld, wie Martin Walser es formulierte, "gegenwärtigen Zwecken", zu tun. Da geht es nicht mehr um ehrliche Gewissenserkundung oder den Respekt vor den Opfern. Im Gegenteil, der bei uns entstandene "Kult mit der Schuld" stellt eine Beleidigung, weil Mißbrauch, der Opfer dar und erweist sich als überaus gefährliches Instrument der politischen Manipulation, das sowohl unsere freiheitliche Demokratie als auch die Fortexistenz des deutschen Volkes bedroht. …
Wo liegt der Ursprung der Kollektivschuldthese?
Nawratil: Sie hat ihren Vorläufer in Versailles, geht aber konkret zurück auf die Zeit vor En-

de des Zweiten Weltkrieges. Mancherorts gab es gewisse Vorurteile, die Vordenker, Planer und Entscheider auf alliierter Seite gegen die Deutschen hatten - wie zum Beispiel: "Der Evolution des Menschen, die seine geistigen Fähigkeiten entwickelt hat, haben die Deutschen getrotzt." So stand es allen Ernstes in einem Buch, über das General Eisenhower die Offiziere seines Stabes Aufsätze schreiben ließ und das Roosevelt und Truman begeisterte. Auch brauchten die Alliierten eine Legitimation für ihre Luftkriegsstrategie … des massiven Flächenbombardements deutscher Städte, und ihre völkerrechtswidrigen Pläne für die Zeit nach dem Krieg.
Die Vorschläge reichten dann von 20 Jahren Zwangsarbeit für alle wehrfähigen deutschen Männer, während die deutschen Frauen zu Ehen mit alliierten Soldaten ermuntert werden sollten, um das deutsche Aggressions-Gen aus dem Volk zu züchten, über Sterilisation aller Deutschen - Präsident Roosevelt hat nach Berichten seines Rechtsberaters Samuel Rosenman gar amüsiert eine Maschine für diesen Zweck skizziert - bis hin zur gezielten anglo-amerikanischen Hungerpolitik der Jahre 1945/46, die heute ein Tabu ist.
Deshalb dazu einfach ein Zitat des britischen Feldmarschalls Montgomery: "Wir werden die Deutschen bei 1.000 Kalorien halten, Sie gaben den Insassen von Belsen nur 800." Also Rationen fast wie im KZ, in der französischen Zone lagen sie zum Teil sogar noch darunter.
Der Präsident der Universität von Chicago, Robert Hutchings, notierte bei Kriegsende: "Der bedrückendste Aspekt der gegenwärtigen Diskussion um die Zukunft Deutschlands ist die Freude, mit der die unmenschlichsten Vorschläge vorgetragen, und das sichtbare Vergnügen, mit dem sie von unseren Mitbürgern angehört werden."
Schließlich hatte man sich zur Vertreibung von 16,5 Millionen Deutschen und der Annexion des Ostens Deutschlands entschlossen, wobei etwa drei Millionen Menschen umkamen oder ermordet wurden. Nach den Maßstäben der Uno-Resolution über Genozid ein Völkermord, also kollektive Auslöschung. Dafür kann es aber nur eine "Rechtfertigung" geben, kollektive Schuld.
Wie aber kam die These nach Deutschland?
Nawratil: 1945 war die Kollektivschuldthese in aller Munde. Allerdings verteidigten Politiker wie Kurt Schumacher oder Konrad Adenauer die Deutschen durchaus aufrecht gegen diese Vorwürfe, und in den sechziger Jahren hätte man schon beinahe glauben können, sie sei ausgestorben. Doch zu dieser Zeit begann die Suche nach einem sprachlichen Ersatz für die im ersten Versuch gescheiterte Implantierung des Kollektivschuldgedankens. Eine Tarnkappe mußte her, um die fragwürdige These wieder gesellschaftsfähig zu machen. Mit dem Begriff "Kollektivscham", den Bundespräsident Heuss prägte, konnte zunächst jeder leben.
Dann sprach man häufig von NS-Verbrechen als "im deutschen Namen" begangen. Aber seit wann ist eine Diktatur legitimiert, im Namen des Volkes zu handeln? Und wie populär sind Aktionen, die die Regierung zum Staatsgeheimnis erklären und vor dem Volk verstecken mußte?
Bekanntlich war die "Endlösung der Judenfrage" geheime Reichssache. Nach einem Umweg über Ausdrücke wie "Tätervolk" oder "kollektive Haftung" landeten die meisten Propagandisten der Kollektivschuldthese schließlich bei der "kollektiven Verantwortung". Das klingt angenehm moralisch - wie etwa Verantwortung im Straßenverkehr - und ist zugleich vage genug, um verschiedenen ideologischen Zwecken zu dienen.
Auf Richard von Weizsäcker folgte Roman Herzog; in einem Pressegespräch meinte der, wenngleich - Achtung, es folgt der klassische Kniff! - die Nachkriegsgeneration keine persönliche Schuld trüge, "werden wir Redeformen entwickeln müssen, die dieser Generation ihre Verantwortung vor Augen führen". Das war ein entscheidender Schritt in der Entwicklung der Kollektivschuldthese! Denn während die "klassische" Kollektivschuldthese aus der Schuld von Einzelnen die Schuld einer Generation macht, kommt Roman Herzog das Verdienst zu,

eine "moderne" Kollektivschuldthese konzipiert zu haben, die aus der Schuld einer Generation die Erbsünde eines ganzes Volkes macht.
Parallel entwickelte sich noch ein weiterer Zweig der Kollektivschuld, die These von der "zweiten" und der "dritten Schuld". Nawratil: Die These von der "zweiten Schuld" entwickelte der bekannte Publizist und Holocaust-Überlebende Ralph Giordano: "Die zweite Schuld: die Verdrängung und Verleugnung der ersten nach 1945." Dabei werden hier die Tatsachen auf geradezu ungeheure Weise verdreht! Im internationalen Vergleich zeigt sich nämlich sehr klar, daß die Bundesrepublik Deutschland das einzige Land der Welt ist, das die eigenen Verbrechen gerichtlich und historisch systematisch aufgearbeitet hat.
Die dritte Schuld schließlich wird von den "Schuldbewußten" selbst, in einer Art Psychose, möglichst an allem schuld sein zu wollen, herbeiphantasiert. So bekannte sich Außenminister Fischer auf der Weltkonferenz gegen Rassismus in Durban zur deutschen Mitschuld an der Sklaverei. Ein Kommentar erübrigt sich.
1995 sprach Bundespräsident Herzog in seiner Rede zum 8. Mai davon, "Millionen - vor allem Juden … Tschechen und Slowaken - waren der größten Vernichtungsmaschinerie zum Opfer gefallen, die menschliche Hirne je ersonnen hatten". Jeder Historiker weiß jedoch, daß die Tschechen als Volk weitgehend ungeschoren durch den Zweiten Weltkrieg kamen. "Millionen vernichteter Tschechen" wurden von Herzog einfach erfunden. Der Beweis dafür ist, daß die "vernichteten" Tschechen nach dem Krieg knapp eine Viertelmillion Menschen mehr zählten als zuvor.
Die ebenfalls laut Herzog "vernichteten" Slowaken kamen ebenso ungeschoren davon, sie erhielten sogar ihren eigenen Staat und wurden Hitlers Verbündete! Helmut Kohl sprach 1992 vom "schrecklichen Unrecht, das der Vertreibung der Deutschen vorausging" in Gestalt deutscher "Besetzung und Angriffskriegs". Nun gab es 1939 zwar eine deutsche Besetzung Prags, doch niemand hat je etwas von einem deutsch-tschechischen Krieg gehört!
In einer Rede 2001 im Bonner Haus der Geschichte wollte Bundeskanzler Schröder stellvertretend für Deutschland unbedingt auch noch am Ersten Weltkrieg allein schuld sein. Die FAZ kommentierte das mit den Worten "Versailles läßt grüßen!" und bilanzierte "wissenschaftlich unhaltbar".
Die moderne Kollektivschuldthese erlaubt es, auch kleine Kinder ins Visier zu nehmen.
Nawratil: Zum Beispiel in der Sesamstraße des Kinderkanals von ARD und ZDF ("geeignet für Kinder ab drei Jahren"), wo am 12. April 2000 die Kleinsten plötzlich einen Kurzbeitrag über Hitler und die Konzentrationslager mit Schreckensbildern und Texteinblendungen wie "sechs Millionen" über sich ergehen lassen mußten. Schon 1997 gab es eine Tagung "Holocaust - ein Thema für Kindergarten und Grundschule", und natürlich gibt es auch Holocaust-Bilderbücher.
Ist die Kollektivschuldthese "nur" ein Instrument der gesellschaftlichen und politischen Herrschaft, oder folgt sie einem übergeordneten Ziel?
Nawratil: Die Kollektivschuldthese war im Grunde von Anfang an auch dazu erdacht worden, den Deutschen das Rückgrat zu brechen. Da wir heute mit der Kollektivschuldthese leben, möchten wir das nicht mehr glauben.
Aber ich erinnere nicht nur an die Worte Martin van Crevelds eingangs, sondern auch an die Antwort Joschka Fischers auf die Frage des französischen Schriftstellers Bernard-Henri Lévy, was denn der Anfangsmythos sei, der Deutschland zusammenhalte, so wie die Französische Revolution Frankreich zusammenhalte. Antwort: "Auschwitz".
Der Autor Michael Kleeberg berichtete diese Episode am 22. Mai 1999 in der Welt und fuhr fort: "Es lohnt, eine Weile innezuhalten und zu überlegen, was eine solche Antwort bedeutet. Ein Staat, so scheint mir, der tatsächlich auf Auschwitz beruht, kann nur eine Finalität haben, nämlich zu verschwinden … ein Staat Deutschland, der statt auf den Toten seiner Revolution

auf den Leichen der von seinen Vätern vergasten ruht, dessen einzige Aufgabe wäre es, sich selbst und seinen Namen abzuwickeln."
Dr. Heinz Nawratil Der Publizist und selbständige Notar ist Mitautor zweier Standardstudienwerke für Strafrecht und Bürgerliches Recht, einer Einführung in die Sozialpsychologie sowie Verfasser des "Schwarzbuch der Vertreibung". …
Sein jüngstes Buch "Der Kult mit der Schuld. Geschichte im Unterbewußtsein" beschäftigt sich mit der Entwicklung und Implantierung der Kollektivschuldthese von den "Deutschen als Verbrechernation, die kein Recht mehr auf ein eigenes Volksleben haben". Auch wenn sich die meisten Politiker offiziell von der Kollektivschuldthese distanzieren, stelle sie eine zunehmende Gefahr für Volk und Staat dar, denn "jede gute Kollektivschuldrede, beginnt mit der Leugnung der Kollektivschuld".<<
Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtete am 18. August 2003 über Theodor W. Adorno: >>**Die vielen Hansjürgens und Utes**
Gegenüber seinen Eltern genoß Adorno die Rolle des Kindes, des "Bubs", wie ihn seine Mutter in der Korrespondenz ansprach. Einem Kind trägt man nichts nach, man weiß, daß sein Verantwortungsgefühl noch begrenzt ist und daß zu seiner, mit Freud gesprochen: polymorph-perversen Triebausstattung der Sadismus nun einmal dazugehört.
Gegenüber seinen Eltern genoß Adorno die Rolle des Kindes, des "Bubs", wie ihn seine Mutter in der Korrespondenz ansprach. Einem Kind trägt man nichts nach, man weiß, daß sein Verantwortungsgefühl noch begrenzt ist und daß zu seiner, mit Freud gesprochen: polymorph-perversen Triebausstattung der Sadismus nun einmal dazugehört.
Zum brieflichen Beschnuppern der "Nilpferdstute" Maria Wiesengrund-Adorno, ihres Mannes Oscar Wiesengrund (im Briefwechsel meist "WK" genannt), des "Nilpferdkönigs Archibald", also Adornos, und der "Giraffe" - das ist Gretel Adorno - gehörten deshalb auch die regelmäßigen Ausfälle gegen die "Brut", das "Gesindel" der in Deutschland zurückgebliebenen Adorno-Verwandtschaft, besonders gegen den von Teddie mit grotesker Wut verfolgten Onkel Louis, genannt Louische, den er, wie er einmal schreibt, am liebsten seinem Hund als Braten vorgesetzt hätte.
Brieflicher Sadismus kann, wie man aus der Korrespondenz des britischen Romanciers Evelyn Waugh weiß, für den Leser im höchsten Maß erheiternd wirken: Die Entlastung von der inneren Zensur entlädt sich im befreiten Lachen.
Hier aber gibt es Stellen, bei denen es dem Leser nicht wohl wird. Daß die emigrierte Familie, deren Oberhaupt nach dem Novemberpogrom von 1938 schwer gelitten hatte, auf die Niederlage Hitlers hoffte, ist selbstverständlich.
Aber wenn Adorno am 26. September 1943 an die Eltern schreibt: "Fast muß man bitten, daß es nicht zu schnell geht: daß nicht ein politischer Zusammenbruch erfolgt, der den Deutschen die offene militärische Niederlage erspart und sie doch nicht so am eigenen Leibe fühlen läßt, was sie angerichtet haben" - dann mag auch den in der Wolle gefärbten Adorniten ein Schauder überlaufen. Der Brief fährt fort: "Ich habe nichts gegen die Rache als solche, wenn man auch nicht deren Exekutor sein möchte - nur gegen deren Rationalisierung als Recht und Gesetz. Also: möchten die Horst Güntherchen in ihrem Blut sich wälzen und die Inges den polnischen Bordellen überwiesen werden, mit Vorzugsscheinen für Juden."
In Adornos Brief vom 7. April 1945 artikuliert sich die Befriedigung über das bevorstehende Ende des Nationalsozialismus in einer Sprache der spaßigen Grausamkeit: "In Deutschland hat die große allgemeine Turnerei eingesetzt, die ich mit ungeteilter Freude verfolge." Besonders fällt der Kontrast auf, wenn der Verfasser im gleichen Brief die eigenen Leiden beklagt: Kopfschmerzen und einen "Entzündungsherd im Hals-Nasensystem". Schließlich, am 1. Mai 1945: "Alles ist eingetreten, was man sich jahrelang gewünscht hat, das Land vermüllt, Millionen von Hansjürgens und Utes tot."

Daß es zuweilen um mehr als um infantilen Sadismus ging, nämlich um geschichtsphilosophische Gewißheiten des Marxisten Adorno, die sich mit den antipathischen Affekten vermischten, behauptet in einer noch unveröffentlichten Arbeit der Frankfurter Germanist Hartmut Scheible. Sein Beleg ist ein Brief Adornos an seine Eltern, in dem dieser über den emigrierten Violinvirtuosen Fritz Kreisler meldete: "In bezug auf Kreisler bin ich völlig Eurer Meinung. Er ist schon lange auf den Hund gekommen und hat jeden Maßstab verloren.
Diese ganze Art des Musizierens gehört liquidiert, und man fragt sich manchmal, ob die deutsche Barbarei, die zu dieser Liquidation beiträgt, nicht hier wie in vielem anderen gegen den eigenen Willen einen sehr gerechten Urteilsspruch vollstreckt." Wem es hier nicht die Sprache verschlägt, der hat keine.
Ansonsten findet man eine angeregte und dichte Familienkonversation, in einem Stil, der, auch mit dem sehr guten Klatsch, eher an die Hofmannsthalschen Gesellschaftskomödien erinnert als an die Prosa, die man von Adorno kennt. Nur gelegentlich blitzt sie auf, etwa wenn der Philosoph am 28. August 1944 den Eltern meldet, es gehe ihm nun viel besser, "besonders wenn ich mich der Sonne exponiere".
Lorenz Jäger
Theodor W. Adorno: "Briefe an die Eltern" 1939 bis 1951. Herausgegeben von Christoph Gödde und Henri Lonitz. Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 2003 …<<
Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 27. September 2003 (x887/...): >>**Gut gehütetes Kainsmal**
Über den Zwang vieler Politiker, die Kollektivschuldthese immer wieder neu zu beleben:
Vor drei Jahren unterbreiteten Erika Steinbach und Peter Glotz, Präsidentin des Bundes der Vertriebenen die eine, prominenter SPD-Politiker und -Vordenker der andere, der Öffentlichkeit den Plan, in Berlin ein "Zentrum gegen Vertreibungen" zu schaffen. In dieser von einer Stiftung getragenen Institution sollen die Vertreibungen des 20. Jahrhunderts dokumentarisch-museal dargestellt werden.
Darüber hinaus will man in diesem zentralen Vertreibungsmuseum, in dessen Mittelpunkt natürlich die größte ethnische Säuberung der Weltgeschichte stehen muß, auch wissenschaftlich Gründe und Folgen von Vertreibungen aufarbeiten. Die Initiatoren unterließen es nicht, den Botschaften der Nationen, die - aktiv oder passiv - von dem Thema betroffen waren, von dem Plan Kenntnis zu geben und sie zur Mitarbeit einzuladen.
Fast drei Jahre lang nahm die Öffentlichkeit von dem Projekt kaum Notiz. Als dann aber das Thema "Vertreibung der Deutschen" in den Medien zur Überraschung mancher - vielleicht auch angeregt durch Günter Grass' Novelle über den Untergang der "Wilhelm Gustloff" - einen immer prominenteren Platz einnahm, da brach ein immer schriller werdender Chor vor allem polnischer und tschechischer Politiker und Intellektueller in Protestgeschrei aus.
Bald schloß sich ihnen die bekannte Polen- und Tschechen-Lobby von Joschka Fischer bis Rita Süssmuth an: Ein Zentrum in Berlin würde die "Geschichte umdeuten"; man müsse verhindern, daß durch ein solches Mahnmal die Deutschen nicht mehr als die ständigen Täter, sondern auch als Opfer in den Blick der Öffentlichkeit geraten. Dadurch könnte die Kollektivschuld der Deutschen angezweifelt werden, die für manche offenbar zum Fundament geworden ist, auf dem die Deutschen zu stehen haben, und zwar nicht aufrecht, sondern stets reuevoll gebückt.
Soeben ist ein Buch erschienen, dessen Autor ohne jede Verschnörkelung und ohne sich "bedeckt" zu halten den Kult mit der Schuld frontal angeht, ihn entlarvt als Herrschaftsinstrument, kritisch nach seinen Ursprüngen fragt und seine Unsinnigkeit aufdeckt. Der sudetendeutsche Jurist und Autor zahlreicher juristischer wie historischer Bücher, Heinz Nawratil, faßte auf 238 Seiten unter dem Titel "Der Kult mit der Schuld - Geschichte im Unterbewußtsein" … zusammen, wer verantwortlich ist für die These von der angeblichen deutschen Kol-

lektivschuld, wer die Propaganda verbreitet, welchen Sinn sie hat und wie man ihr begegnen muß. ...
Die alliierte psychologische Kriegführung propagierte während des Krieges, allein die Deutschen seien schuld an Krieg und Verbrechen, und zwar alle Deutschen. Alliierte Politiker von Churchill und Roosevelt bis zu Stalin verbreiteten diese These, teils sicherlich aus Überzeugung, teil aber auch, um dadurch die eigenen Völker zum Kampf gegen die Deutschen aufzustacheln.
Mit der deutschen Kollektivschuld wurde dann nach der Kapitulation der Wehrmacht die weitgehend völkerrechtswidrigen Maßnahmen gegen Deutschland und die Deutschen gerechtfertigt - von der Zwangsarbeit, zu der deutsche Zivilisten und Kriegsgefangene in Siegerländer geschickt wurden, über die Annektierung deutschen Bodens, die Vertreibungen, den Raub deutscher Patente, die Demontagen, den Raub von Kulturgütern, bis zu den gewollten Hungersnöten in Deutschland und den Lagern deutscher Kriegsgefangener. So wurde die angebliche deutsche Kollektivschuld die Basis für die alliierte Besatzungspolitik in den ersten Jahren nach der deutschen Niederlage.
Von deutscher Seite war zunächst das Echo darauf verhalten. Zwar wies der sozialdemokratische Politiker Kurt Schumacher ebenso wie der Kardinal Graf Galen die Behauptung der deutschen Kollektivschuld scharf zurück, doch schlich sich die alliierte Propagandabehauptung dennoch in die öffentliche Debatte ein, so etwa wenn der erste Bundespräsident Heuss zwar den Begriff der Kollektivschuld zurückwies, ihn aber ersetzte durch die Kollektivscham, die in der Praxis ebenso instrumentalisiert wurde wie die Kollektivschuld.
Unvergessen bleiben sollte auch das sogenannte "Stuttgarter Schuldbekenntnis", in dem - nicht ohne Mitwirkung des britischen Geheimdienstes - elf führende Persönlichkeiten der Bekennenden Kirche ohne Legitimation die Alleinschuld des deutschen Volkes am Zweiten Weltkrieg aussprachen. - Der damalige Papst Pius X. hingegen stellte eine deutsche Kollektivschuld entschieden in Abrede.
Das deutsche Volk hingegen war in jenen ersten Nachkriegsjahren voll und ganz damit beschäftigt, das Land wieder aufzubauen. Außerdem gab es noch genügend viele Frauen und Männer, die die Legenden, mit denen die Kollektivschuldthese begründet wurde, widerlegen konnten.
Ende der 60er Jahre allerdings bemächtigte sich die "68er-Generation", Jugendliche ohne eigene Erfahrungen der Kriegs- und Notzeit, ohne ausreichendes Verständnis für ihre Elterngeneration, wohl aber vielfach mit Anzeichen von Wohlstandsverwahrlosung, der Kollektivschuldthese. Aber auch Leute, die es hätten besser wissen müssen, wie die Bundespräsidenten v. Weizsäcker und Herzog, übernahmen die Vokabel, damit aus dem Kreis der von ihnen Beschuldigten austretend und sich auf die Seite der Sieger schlagend. Und auch die Evangelische Kirche setzte ihre Kollektivschuld-Propaganda fort mit ihrer "Ostdenkschrift", in der sie die Vertreibung der Ostdeutschen rechtfertigte, unter anderem mit der bemerkenswerten Begründung, die Polen brauchten "Lebensraum".
Die 68er entdeckten als weltanschauliche Grundlage den Marxismus-Leninismus als Waffe gegen das eigene Volk, und so gingen, wie Nawratil überzeugend nachweist, Linksextremismus und Antigermanismus eine "quasi natürliche Symbiose" ein.
Deutschland war und ist das einzige Land, das mit der Übernahme von Schuld seine Vergangenheit zu "bewältigen" versucht, wofür Nawratil eindrucksvolle Beispiele aufführt.
Inzwischen haben die Vertreter jener Schuld- und Sühne-Generation erfolgreich den Weg durch die Institutionen angetreten. Nun werden sie vom Ausland handfest aufgefordert, die deutsche "Schuld" permanent wieder gutzumachen, wozu beispielsweise auch gehört, daß ausländische "Freunde" mit Erfolg fordern können, deutsche Soldaten hätten in allen Winkeln der Welt alle möglichen Interessen zu vertreten, die keineswegs die deutschen sind.

Inzwischen ist die deutsche Kollektivschuld zur Staatsreligion geworden. Ihr Hauptprediger ist Joschka Fischer, dessen Wort aus dem Jahr 1999 unvergessen ist. Vom französischen Außenminister gefragt, welches der Urkonsens sei, der das heutige Deutschland zusammenhalte - so wie Frankreich durch die Revolution 1789, antwortete der deutsche Außenminister, für die Bundesrepublik sei das Auschwitz. Der deutsch-polnische Historiker Bogdan Musial kam zu dem Schluß, daß Deutschland wohl das einzige Land der Welt sei, in dem ein "negativer Nationalismus" herrsche. Nawratil zitiert, daß Deutschland unter diesen Umständen nur eine Aufgabe hätte, nämlich sich selbst abzuschaffen.
In Nawratils Buch "Der Kult mit der Schuld" liest man absurde bis skurrile Beispiele für Schuldbekenntnisse deutscher Politiker, so etwa Joschka Fischers Ansicht, Deutschland trage Schuld an der Sklaverei, woraus sich natürlich finanzielle Forderungen aus Afrika ergaben. So werden Schuldkomplex, Selbsthaß und moralische Desorientierung miteinander verzahnt.
Bemerkenswert, und auch das stellt Nawratil überzeugend dar, ist die Tatsache, daß niemand daran denkt, die Verbrechen des Kommunismus "aufzuarbeiten", obwohl sie, gemessen an der Zahl der Opfer, die deutschen oder nationalsozialistischen Verbrechen bei weitem übertreffen. Aber weder die Russen als Trägervolk des Kommunismus noch die Länder, die unter dem Kommunismus gelitten haben, sehen eine Notwendigkeit, den Kommunismus daraufhin zu untersuchen, ob und wie weit sie schuldig sind für die Greuel des 20. Jahrhunderts.
Mit einer sachlichen Aufarbeitung der Vergangenheit hat die These von der deutschen Kollektivschuld nichts zu tun. Selektiv nur werden Verbrechen der Vergangenheit wahrgenommen und zu Propagandathesen verarbeitet. "Massenverbrechen werden in der Öffentlichkeit entweder hochgespielt oder vertuscht, je nach politischem Nutzen", so lesen wir. Und: "Wo das Totschweigen - von Sieger-Verbrechen - nicht weiterhilft, versucht man, die Verbrechen durch deutsche Kollektivschuld oder ähnliche Argumentationsketten zu rechtfertigen.
Auf diese Weise aber entstehen Erfolgsmodelle für künftige Massenverbrechen." Ein schlagender Beweis für die Richtigkeit dieser Auffassung waren die "ethnischen Säuberungen" in Jugoslawien, die die dortigen Machthaber glaubten vornehmen zu können, da die "ethnischen Säuberungen" Ostdeutschlands auch nicht geahndet worden waren. Können aber die Verbrechen an Deutschen nicht mehr unterdrückt werden, dann rechtfertigt man sie, indem man versucht, sie aufzurechnen.
Welche absurden Folgen der so herangezüchtete deutsche Schuldkomplex hat, hat Günter Maschke, aufgelistet, den Nawratil in seinem Buche zitiert: "Die BRD kann die Ausländerfrage nicht lösen - wegen Hitler! ... Sie fürchtet den Vorwurf des Antiamerikanismus - wegen Hitler! Und den des Antikommunismus - wegen Hitler! Sie versagt sich die Rechte, die jeder Nation zustehen - wegen Hitler!" Und Maschke fragt: "Wie lange noch die Regierung Hitler?" Nawratil antwortet sarkastisch: "Bis zum Jahre 2933. Dann vielleicht erweist sich das Dritte Reich dennoch als tausendjährig - 12 Jahre Diktatur, 988 Jahre Bewältigung."
Als Historiker nach gründlichen Forschungen zu dem Schluß kamen, der Reichstag sei 1933 keineswegs von den Nazis, sondern tatsächlich von dem Anarchokommunisten van der Lubbe allein angezündet worden, warnte Thomas Manns Sohn Golo davor, davon die Öffentlichkeit zu unterrichten, weil sonst das Bewußtsein der Alleinschuld gemindert werden könnte.
Als ein russischer Fernsehregisseur auf seiner Deutschlandreise Ex-Bundespräsident v. Weizsäcker, Zeit-Chefredakteurin Gräfin Dönhoff sowie Egon Bahr besuchte und sie unter anderem darauf hinwies, daß es zunehmend Anzeichen dafür gebe, daß Stalin den deutsch-sowjetischen Krieg lange vorbereitet hatte und die deutsche Wehrmacht ihm nur zuvorgekommen sei, antworteten diese, er solle das nur nicht in seinen Fernsehfilmen erwähnen, "weil damit Hitler ja entlastet würde". Sie hatten nichts dagegen, daß ihr Festhalten an Legenden Stalin entlastet. Nawratil sagt zu Recht, derartiges erinnere verzweifelt an "selige DDR-Zeiten".

Zu diesem Kapitel gehört auch die Aussage des ehemaligen Fraktionschefs der SPD in Nordrhein-Westfalen, Farthmann, der meinte, es dürfe im Hinblick auf das Dritte Reich in Deutschland keine Rechtspartei geben, weil das "unserem internationalen Ansehen nur schaden" könne.
Ein Kapitel ist der Wiedergutmachung gewidmet, die eine direkte Folge der Behauptung ist, alle Deutschen seien kollektiv schuldig. Nach Information des Bundesfinanzministeriums hatte die deutsche öffentliche Hand bis 1999 insgesamt über 103 Milliarden DM Wiedergutmachung gezahlt, weitere 26 Milliarden würden aufgrund von Abmachungen in den nächsten Jahren hinzukommen.
Wenn man dann die gewaltigen Dimensionen alliierter Demontagen und Reparationsentnahmen zählt, die Beschlagnahme von Urheberrechten und Forschungsergebnissen, die Raubzüge an deutschem Kulturgut, die Arbeitsleistungen deutscher Zwangsarbeiter, das, was bei der Annexion deutscher Gebiete den Siegern in die Hände fiel, dann hat Deutschland mit Abstand mehr wieder gutgemacht, als durch den Krieg zerstört worden ist. Und trotzdem gehen die Forderungen nach deutschen Tributzahlungen weiter.
Nawratil fordert die Deutschen auf, endlich den aufrechten Gang zu lernen und Mut zu haben. Eine zweite Aufklärung sei notwendig, um die Deutschen aus ihrer "selbstverschuldeten Unmündigkeit" zu befreien.
Der Psychologe Prof. Speidel beurteilt in einem Abschlußkapitel die Sucht, Kollektivschuld auf sich zu nehmen. Er kommt zu dem Schluß: "Kollektivschuld als nationales Konzept hat verheerende Wirkungen; sie verhindert innere nationale Unabhängigkeit, positives nationales Selbstbewußtsein, damit aber auch die Kreativität und deren Förderung. Sie beschädigt ein produktives Zusammengehörigkeitsgefühl und mit ihm Generativität, Erziehungs-, Bildungskompetenz und geistige Selbständigkeit. Sie fördert Unterwerfung und eine Satellitenmentalität. Das Kollektivschuldintrojekt ist ein gefährliches Risiko, ob es wie bisher autodestruktiv wirkt oder per Aggressionsumkehr nach außen. ...<<
Der deutsche SPD-Politiker Wolfgang Thierse (von 1998-2005 Bundestagspräsident) erklärte in einer Rede am 27. Januar 2001 (x354/94): >>… Wie kein anderer Name steht Auschwitz für eine Schuld, die nicht vergeben werden kann und die nie vergessen werden darf. Wenn diese Schuld auch nicht übertragbar ist - die Verantwortung, die daraus erwächst, ist sehr wohl übertragbar. Es ist unsere gemeinsame Verantwortung, daß die Vergangenheit stets als Mahnung präsent bleibt. Die Verbrechen der Nationalsozialisten sind einzigartig. Wir müssen dafür sorgen, daß sie es für immer bleiben.<<
Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 3. August 2003 über ein Interview mit dem deutschen Modedesigner Wolfgang Joop (x354/110): >>… Das übertriebene schlechte Gewissen in Deutschland finde ich nachvollziehbar, aber therapeutisch nicht vorteilhaft. Ich fahre jeden Tag am zukünftigen Holocaust-Denkmal vorbei. Das ist so penetrant und plump. Es fordert jetzt schon zum Vandalismus auf.
Ein entseeltes Labyrinth aus Beton, in dem wahrscheinlich, nur gesprayt, gedealt und geschändet wird. Es ist wieder nur ein Monument deutscher Unbelehrbarkeit.<<
Der deutsche Jurist und Historiker Erhardt Bödecker schrieb am 1. November 2003 in der Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" (x887/...): >>**Die gnadenlose und rechtlose Behandlung besiegter Gegner reicht bis in die Gegenwart**
Wehe den Besiegten
… Die kollektive Kriminalisierung aller Deutschen blieb nicht bei der Erlebnisgeneration stehen, sondern wurde auf die deutsche Geschichte ausgedehnt. Soziologen und Politologen der USA machten unsere Vorfahren ebenfalls zum Gegenstand des Schuldvorwurfs, sie konstruierten eine Kausalkette, die von Luther über Friedrich den Großen bis zu Hitler führte. Die Berufung Hitlers auf diese Kontinuität war unberechtigt, seine geistige Wiege stand in Wien,

nicht in Preußen. Das wußten die ausländischen Umerzieher. Trotzdem war eine positive Rückbesinnung auf Preußen politisch nicht erwünscht, sie war politisch nicht korrekt. Lediglich eine herabsetzende Darstellung oder, wie man heute sagt, eine kritische Darstellung der preußischen Geschichte, wurde akzeptiert. …
Die Abtretung von Gebieten, die Zahlung von Kontributionen und die Befriedigung von Schadensersatzansprüchen gehörten auch unter dem neuen Völkerrecht zu den Folgen einer erlittenen Kriegsniederlage. Gebietsabtretungen allerdings nicht in dem Umfang, wie man sie Deutschland auferlegte. Das "Wehe den Besiegten" nach den beiden Weltkriegen bestand in der Gnadenlosigkeit und der Mißachtung des Rechts durch die Sieger, bestand vor allen Dingen in ihrem abstoßenden Überlegenheitsdünkel und in der Demütigung aller Deutschen.
Diese Demütigung wurde nach dem Zweiten Weltkrieg durch den Befehl zur Umerziehung der Deutschen verschärft. Wir Deutsche verloren unsere Geschichte, die auf zwölf Jahre des Nationalsozialismus reduziert wurde.
Mit einer überdimensionierten politischen Bildungsarbeit in Universitäten, Schulen, Stiftungen, Parteieinrichtungen, Gewerkschaftsinstituten und Medien wird nicht nur das verfälschte Geschichtsbild, sondern auch die Existenz der Parteien, ihrer Funktionäre und der ungebührliche Zugriff auf die steuerlichen Mittel gerechtfertigt. Schlagworte wie Demokratie, Freiheit und soziale Gerechtigkeit dienen als Knüppel in der politischen Auseinandersetzung. Mit Verfassungsschutzeinrichtungen schützen sich die etablierten Institutionen, unter anderem Parteien, Gewerkschaften, Länderregierungen und Mandatsträger, vor Kritik oder ihrer Veränderung. Das alles ist Ausfluß der beiden großen Glaubenskriege des 20. Jahrhunderts. …
"Wehe den Besiegten": … Den Deutschen wurde ihre Geschichte genommen ...<<
Der deutsche Journalist und Sachbuchautor Bruno Bandulet schrieb am 27. November 2004 in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" (x887/...): >>**Der Staat fördert die Dekadenz**
Hinsichtlich konservativen Gedankengutes sollte Deutschland einen Blick Richtung USA wagen
Ermutigt durch den Wahlsieg der Konservativen in Amerika, ermahnte CSU-Generalsekretär Söder die Union, auch Deutschland brauche eine Wertedebatte. Sehr gut, dann kann die CDU ja Martin Hohmann, einen Repräsentanten ihres wertkonservativen und katholischen Flügels, gleich wieder aufnehmen.
Die Werte liegen in Deutschland in der Tat im argen. Nur vier Tage bevor die Amerikaner per Referendum in elf Bundesstaaten mit überwältigender Mehrheit die Homo-Ehe verwarfen, beschloß der Bundestag deren fast vollständige Gleichberechtigung mit der "konventionellen Ehe", wie sie neuerdings auch genannt wird. Die Homosexuellen können sich nun verloben, haben das Recht auf Witwenrenten und kommen in den Genuß gesetzlicher Scheidungsregeln. Nun ist die Homosexualität sicherlich Privatsache, sie geht den Staat nichts an.
Sie kann aber nicht Bestandteil einer Werteordnung sein. Und sie sollte nicht auf eine Weise drapiert werden, die das gesellschaftliche Prestige der Familie schmälert. Es darf nicht etwas gleichgesetzt werden und gleichberechtigt sein, was nicht gleich ist. Gute Katholiken wie der Italiener Buttiglione halten Homosexualität sogar für Sünde. Dem kann man zustimmen oder auch nicht, man muß es aber sagen dürfen.
Heute hält die Mehrheit der Europa-Abgeordneten einen Katholiken nicht für tragbar als Kommissar, wohl aber einen früheren kommunistischen Apparatschik. Morgen, wenn die Türkei erst einmal dabei ist, werden sie voraussichtlich einen Moslem ertragen müssen, der über Familie und Abtreibung nicht anders denkt als Buttiglione.
Uns interessiert hier freilich mehr der praktische Aspekt des Themas. Mit durchschnittlich 1,4 Geburten pro Frau - in Frankreich sind es 1,9! - wird das deutsche Volk in den kommenden Jahrzehnten dramatisch schrumpfen. Die Folgen sind vorhersehbar: eine Abwärtsspirale der

Wirtschaft, der Ruin der öffentlichen Finanzen, eine allgemeine Verarmung. Unsere Wirtschaft ist auf eine stark abnehmende Bevölkerung nicht ausgelegt - ganz abgesehen davon, daß ein Vakuum in der Mitte Europas Einwanderer ansaugen wird, und zwar die falschen.
Die Wirtschaft steht vor einem Abgrund, aber die Gesellschaft leistet sich die systematische Abwertung der Familie und die Subventionierung der Abtreibung mit über 40 Millionen Euro Steuergeldern pro Jahr. Die Regierung finanziert damit die Entstehung der Rentenlücke, die sie später selbst decken müßte, aber nicht decken kann.
In den USA gehen Bischöfe auf die Straße gegen die Abtreibung, in Deutschland werden sie durch das System der von Staats wegen eingetriebenen Kirchensteuer ruhiggestellt. An jedem Werktag werden hierzulande 1.000 ungeborene Kinder getötet - eine Praxis, die laut Bundesverfassungsgericht "rechtswidrig, aber straffrei" ist. Damit ist klargestellt, daß der Staat rechtswidrige Handlungen finanziert. Vielleicht kommt die Union irgendwann auf die Idee, den umstrittenen Paragraphen 218 einer nachträglichen Prüfung zu unterziehen. Sie würde damit nur den Intentionen des Verfassungsgerichtes folgen.
Es fällt auch auf, daß ein großer Prozentsatz prominenter Politiker entweder keine Kinder hat oder vom anderen Geschlecht nichts hält oder jedenfalls im Laufe der Zeit mehr Frauen als Kinder vorzuweisen hat.
Die immer noch tonangebenden 68er behandeln andersartige Lebensformen eben nicht als Privatsache. Sie propagieren sie. Auf einem Vortrag vor der Pädagogischen Hochschule Freiburg erklärte der Basler Psychotherapeut Professor Rauchfleisch schwule Lebensbeziehungen zum "Vorbild" für heterosexuelle Beziehungen. Ihr Rollenverständnis sei "nachahmenswert". Die 150 Zuhörer waren beeindruckt. "Das hört sich ja berauschend schön an", sagte eine Frau in der anschließenden Diskussion.
Deutschland tut gut daran, sich nicht in die Militäraktionen und Weltmachtabenteuer der USA verwickeln zu lassen. Aber die Amerikaner machen nicht alles falsch. Über viele Themen, die besonders in Deutschland nahezu tabu sind, kann in Amerika offen diskutiert werden. Konservative Meinungen haben Einfluß und werden respektiert. Den Spagat, außenpolitisch Distanz zu den USA zu halten, aber nicht unbedingt gesellschaftspolitisch, muß die CDU/CSU erst noch meistern. Von den Amerikanern können wir die Fähigkeit lernen, zwischen dem zu unterscheiden, was aufbaut und stärkt, und dem, was schwächt.
Übrigens lohnt es sich, wieder einmal die römische Geschichte zu studieren. Rom ging unter, weil die Sitten verfielen - kinderlose Frauen waren angesehener als solche mit Nachwuchs, weil Millionen nicht integrierbarer Ausländer hereingelassen wurden, weil die Steuern zu hoch waren und der Bürgersinn schwand - und weil das Imperium überdehnt wurde.
Ein abschüssiger Weg, auf dem Europa schon ein Stück weiter ist als die USA. …<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 18. Dezember 2004 (x887/...): >>**Liebe zum eigenen Land ausgetrieben**
Klaus Rainer Röhl über anerzogene Tabus der Political Correctness in Deutschland
Es ist was faul im Staate D. Genauer, eine Menge. Viele Bürger spüren das, trauen sich aber nicht, Fragen zu stellen nach dem Weshalb und Wozu. Jedenfalls nicht öffentlich, weil sie fürchten anzuecken. Als "rechts" stigmatisiert zu werden, kann üble Folgen haben. Der Fall Hohmann war ein Lehrstück dafür. Man schweigt daher lieber und hofft, daß man irgendwann einmal aus seinem Herzen keine Mördergrube mehr machen muß - beinahe so, als lebte man in einer Diktatur. ...
Es gibt heute im Bundestag keine einzige rechte Partei mehr, nur mehr oder weniger linke. Der Historiker führt diese Tatsache auf eine dreistufige Umerziehung zurück, der das deutsche Volk unterworfen wurde. Nach Kriegsende sollte alles, was nur im entferntesten an nationale Wertvorstellungen erinnerte, tabuisiert und sanktioniert werden, um so auf Dauer aus dem öffentlichen Diskurs - und damit letztlich aus den Köpfen der Deutschen - zu verbannen. Zu-

nächst trat die Besatzungsmacht mit der sogenannten Reeducation in Aktion, die anschließend als Selbst-Erziehung von den selbstverständlich linken Lizenzträgern erfolgreich fortgeführt wurde. Ab 1968 folgte die dritte Stufe der Umerziehung als Erziehung der Eltern durch ihre revoltierenden Kinder.
Der Erfolg der jahrzehntelangen Bemühungen ist offensichtlich: Die Deutschen haben sich den Forderungen der Political Correctness angepaßt; sie haben also ihre Lektion gelernt. Widerstand regt sich nur unter der Decke. Man hat ihnen ein schlechtes Gewissen eingeimpft, sie zum "Tätervolk" erklärt, ihnen die Liebe zum eigenen Land ausgetrieben, sämtliche nur denkbaren Tugenden verunglimpft.
Daraus hat sich allem Anschein nach eine permanente Verweigerungshaltung vieler einzelner gegenüber den Interessen der Gemeinschaft entwickelt, die sich im Verzicht auf Nachwuchs, Verfall der eigenen Kultur, die zu verteidigen sich nicht mehr lohnte, in dramatisch sinkender Wahlbeteiligung, Abwanderung der Eliten, Hedonismus und Verwahrlosung der Sitten niedergeschlagen hat, um nur einige Symptome zu nennen.
Und anstatt nun diesen verunsicherten, in ihrer Selbstachtung geschädigten Bürgern endlich eine Perspektive zu bieten, fahren diejenigen, die für diesen Zustand mitverantwortlich sind, fort auf ihrem einmal eingeschlagenen Weg. Mit dem Erfolg, daß Deutschland auf vielen Gebieten ins Hintertreffen gerät, nicht nur in der Bildung. Unser Land ist vom Musterknaben zum Sitzenbleiber degeneriert. Auch die Opposition hat kein Konzept, das überzeugen könnte. Der Karren rollt bereits in den Abgrund - und niemand in Sicht, der ihn anhalten könnte. Oder? ...<<
Der deutsche Politikwissenschaftler Klaus Hornung schrieb am 25. Dezember 2004 in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" (x887/...): >>**Von den Wurzeln der deutschen Multikulti-Neurose**
Erstaunt und beunruhigt über die deutsche nationale Selbstverachtung sei er, sagte kürzlich der Schweizer Schriftsteller Adolf Muschg, kein konservativer, wohl eher ein linksliberaler Intellektueller. Daß bei den Deutschen einiges nicht in Ordnung ist, daß ihnen etwas fehlt, zeigt auch die erneute Debatte um deutsche Identität und Interessen sowie Patriotismus. Wenn daraus mehr werden soll als nur jene sattsam bekannten unverbindlich-seichten Talkshows, ist freilich ein Nachdenken über den tiefgreifenden kulturrevolutionären Umbruch in Deutschland seit den 60er Jahren notwendig, der zu einer unübersehbaren Erosion unserer historisch-kulturellen Fundamente geführt hat.
Die Auseinandersetzung mit den Ursachen und Wurzeln der totalitären Diktatur Hitlers hatte, entgegen den Behauptungen der 68er, schon unmittelbar nach ihrem katastrophischen Untergang begonnen. Schon 1946 erschien zum Beispiel das Buch Eugen Kogons "Der SS-Staat". Die in den 50er Jahren prägenden Historiker, Hans Rothfels in Tübingen, Gerhard Ritter und dann Arnold Bergstraesser in Freiburg, Franz Schnabel in München und später Heinz-Dietrich Ortlieb in Hamburg, betrieben in Forschung und Lehre nichts anderes.
Im Gegensatz zu den Nachkommenden wehrten sie freilich die Leidenschaften des Parteienstreits, der politischen Ressentiments und Propaganda ab und ging es ihnen um die Vollständigkeit der geschichtlichen Tatsachen "in ihrer wechselseitigen Beziehung und Durchdringung". ...
Der Geschichtspolitik und "Vergangenheitsbewältigung" seit den 60er Jahren ging es dagegen um ganz anderes. Die NS-Vergangenheit sollte unbedingt "Gegenwart" bleiben als dunkle Folie für den unaufhaltsamen Fortschritt zu Freiheit und Gleichheit. Zugleich sollte sie auch in die Vergangenheit hinein verlängert werden: zu Bismarck, zum preußischen angeblichen Obrigkeitsstaat, zu Friedrich dem Großen und bis zur "Gehorsamspredigt" Martin Luthers, um nicht nur die nationalsozialistischen Wurzeln auszureißen, sondern deutsche Geschichte und Tradition insgesamt umzupflügen für die tabula rasa einer sozialistischen Zukunftsgesell-

schaft.
Zielpunkt war die endgültige Überwindung der angeblich deutschen "autoritären Persönlichkeit" durch den "neuen Menschen" der neomarxistischen Zukunft, wie sie Theodor W. Adorno der begierig lauschenden Studentenbewegung verkündete. Und so durfte sich niemand wundern, wenn ein bestimmtes Publikum, etwa in deutschen Universitätsstädten, Daniel Goldhagens Thesen von der antisemitisch verdorbenen deutschen Genetik und den "willigen Vollstreckern" Hitlers frenetisch und kritiklos feierte. Es drängte sich förmlich die Erinnerung an Leo Trotzki auf, der 1917 seine politischen Gegner mitsamt allem historisch Gewachsenen bekanntermaßen "auf den Müllhaufen der Geschichte" hatte werfen wollen. …
Das Ergebnis dieser Umerziehung durch die Geschichtspolitik der 68er Kulturrevolution war, daß sich die Deutschen nun ihre 1.000jährige Geschichte verstellen ließen durch den braunen Koloß der NS-Zeit, daß man die deutsche Geschichte gleichsam eindampfte auf jene berüchtigten zwölf Jahre, wenn nicht gleich gar nur auf den Holocaust. Das war nicht mehr reale Geschichte, sondern eine extreme Geschichtsmythologie als Herrschaftsinstrument.
Und die weitere Folge war, daß Deutschland und die Deutschen zu jener "Canossarepublik" wurden, wie sie der Präsident Estlands, Lennart Meri, bei seiner Rede zur deutschen Einheit am 3. Oktober 1995 in Berlin nannte, eine Republik, in der "rund um die Uhr eine intellektuelle Selbstverachtung praktiziert" wird, wie der den Deutschen wohlwollende Präsident hinzufügte, in einem Klima, in dem "die Deutschen ihre eigene Geschichte so tabuisieren, daß es enorm schwierig ist, über das Unrecht zu publizieren und zu diskutieren, das Deutschen angetan wurde, ohne schief angesehen zu werden - aber nicht von Esten und Finnen, sondern von Deutschen selbst".
Die vorausgegangene Geschichtsberaubung und einseitig "antifaschistische" Geschichtsmythologie reduzierte die Deutschen und ihre sogenannten Eliten auf eine allen Einflüssen gegenüber willfährige "Bevölkerung", der man heute selbst die gegen ihren Willen und ihre Interessen stattfindende Masseneinwanderung als "Bereicherung" und die multikulturelle Gesellschaft als die eigentliche Demokratie für "alle Menschen" zu preisen wagen kann.
Wir sind damit in eine neue Phase der Kulturrevolution eingetreten, die die totalitäre Idee des "neuen Menschen" und einer "neuen Gesellschaft" in die Gewänder der Globalisierung hüllt. Im Bündnis der turbokapitalistischen Chicago Boys mit den "antifaschistischen" Jakobinern von 1968 wird die multikulturelle Weltgesellschaft zur neuen großen Utopie, der die Zivilreligion des "Antirassismus" als verbindliches Dogma und als massives Sanktionsinstrument zur Seite tritt, insgesamt ein neuer politischer Messianismus mit den bekannten totalitären Trends …
Dieser universalistische Anspruch wird zum Todfeind der wahren Freiheit, die nur plural sein kann, zum Feind aller wirklichen Vielfalt und der gewachsenen Eigengestalt der Kulturen, Religionen, Ethnien und er dient den herrschenden Kommandohöhen in Wirtschaft, Politik, Kultur, Medien zur, freilich durchsichtigen, Legitimation für weltweite Migrationen und Einwanderungen nach den Maßstäben ihrer strategischen Interessen. ...
Wird Gesinnungsethik in der Politik vorwiegend getragen von Wünschen, Wünschbarkeiten und Idealen, von der Utopie, so wird Verantwortungsethik geprägt von Wirklichkeitssinn, von den realen Interessen der Betroffenen und der Akteure, die zu kalkulieren die zentrale Aufgabe ist, um dann auch, soweit menschenmöglich, die voraussehbaren Folgen der Entscheidungen kalkulieren zu können.
Politische Verantwortungsethik denkt und handelt daher auch stets geschichtlich, in der Verantwortung von denen, die vor uns waren, und vor denen, die nach uns kommen. Da die politischen Klassen unserer Tage von einer atemberaubenden Geschichtsunkenntnis gekennzeichnet sind, hat ihr Geschichtsverlust jenen politischen Realitätsverlust zur Folge, den wir als beängstigendes Faktum am Beginn des neuen Jahrhunderts konstatieren müssen.

Gerade die heutige Einwanderungspolitik - besonders in Deutschland - wird zum klassischen Beleg des Geschichts- und Verantwortungsverlusts in den Führungsklassen, des gravierenden Unvermögens, langfristige Perspektiven überhaupt zu erkennen und durchzuhalten. Sie werden verdeckt durch Kurzatmigkeit und Augenblicksentscheidungen, Medienabhängigkeit und das Schielen nach den rasch wechselnden Stimmungslagen der Massen bis hin zu ihrem "Nach uns die Sintflut". ...
Um aus den Fehlwegen und Sackgassen, in die die Kulturrevolution seit 1968 die deutsche Gesellschaft und Politik geführt hat, herauszukommen, bedarf es einer gründlichen Kenntnis und Erkenntnis der Ursachen dieser Entwicklung. Es erscheint dringend notwendig, der kulturell-politischen Hegemonie der 68er Bewegung entschiedener als bisher entgegenzutreten, um anstelle der gesinnungsethischen Utopie mit ihrer verbreiteten Nicht-Kalkulation der Folgen einer verantwortungsethischen, an der Wirklichkeit orientierten Politik im Inneren wie nach außen wieder Raum zu schaffen. Die Einwanderungs- und Ausländerpolitik wird hier, ob man will oder nicht, zum wohl wichtigsten Prüfstein.
Und das eine ist sicher: Ohne Mut wird es dabei nicht gehen. Die neudeutsche Neigung zum Frieden um jeden Preis, zum Wegsehen, zur Konfliktvermeidung, zum Gutmenschentum, koste es was es wolle, bietet hier keinen verläßlichen Kompaß und erzeugt gerade die Konflikte, die das Denken und Handeln nur für heute und für den Augenblick vermeiden will, die es aber um so sicherer und verhängnisvoller auf längere Sicht gerade herbeiruft.
Verantwortungsethische Politik ist vor allem deshalb realistischer und humaner als gesinnungsethische Kurzsichtigkeit, weil sie herannahende Konflikte rechtzeitig sieht und zu entschärfen sucht, ehe sie sich zu unlösbaren Katastrophen zusammenballen. Eben diese Wetterwand zieht aber, allen Vernünftigen sichtbar, heute mit der gegenwärtigen Politik der ungebremsten Zuwanderung nach Europa und Deutschland herauf. Sie zu ignorieren ist das schlimmste Signal der Verantwortungslosigkeit der Volks- und Realitätsferne heutiger Politik.<<
Der deutsche Psychoanalytiker Prof. Hubert Speidel berichtete im Jahre 2004 über die Kollektivschuld der Deutschen (x268/244-248,255-256): >>... Die Kollektivschuld ist das Negativ des kulturellen Zusammengehörigkeitsgefühls. Ist sie wie im Nachkriegsdeutschland, zum Bestandteil des nationalen Selbstkonzepts geworden …
Die kollektive Vorstellung der Wertlosigkeit und Gefährlichkeit der Werteprinzipien der solchermaßen beschädigten nationalen Gemeinschaft, erzeugt und fördert eine masochistische Moral. Ihre Modalitäten sind unaufhörliche Schuldbekenntnisse und Bußerituale, die nationale Selbsterniedrigung und die Bereitschaft zu unbegrenzten Wiedergutmachungsangeboten. Eine derartige kollektive Moralpathologie besitzt große Dauerhaftigkeit, weil sie mit vielfachen Belohnungen verknüpft ist: die moralische Haltung verschafft deren Vertretern ein großes moralisches Überlegenheitsgefühl ...
Sie bringt zu ihrer Erhaltung das Opfer materieller Ausbeutbarkeit und genießt deshalb große Anerkennung von seiten der Ausbeuter, und weil sich die Aggression gegen das eigene Kollektiv wendet, viel Lob wegen dessen Harmlosigkeit von seiten potentieller oder ehemaliger Gegner ...
Die Übernahme der Kollektivschuldthese als zentrales Konzept einer Sozialpathologie, deren dominierendes Kennzeichen eine kollektive masochistische Moral ist, stellt einen komplexen Komplex dar, dessen Voraussetzung die Zerstörung der kollektiven Schutzmechanismen ist - Verleugnung und Idealisierung von Nationalbewußtsein und Nationalstolz.
Die kollektive masochistische Moral - wir sind ein gefährliches, für Diktatur anfälliges barbarisches Volk, daß vor sich selbst geschützt werden muß und hierfür das Nationale abstreift - stellt einen Abwehrmechanismus dar, der den Siegermächten die beruhigende Außenseite der Selbstdestruktion einschließlich unbegrenzter materieller Opfer anbietet …

Vertreter masochistischer Moral feiern begeistert alle Beleidigungen und Verletzungen der Wertegemeinschaft, in der diese masochistische Moral dominiert, scheinbar ohne Kritik und Gegenwehr; die Beleidiger werden als mutige Helden gefeiert, weil sie die geißlerischen Bedürfnisse der masochistischen Moralgemeinschaft am besten bedienen. Diese feiert ihre grenzenlose Friedfertigkeit und entwickelt in deren Schutz ein totalitäres Regime, deren Mechanik schon Freud beschrieben hat.
Das als äußere Realität vernichtete totalitäre System entsteht in neuem Gewande wieder, weil die Bekämpfung des Bösen dieses nicht vernichtet, sondern ihm ein geheimes Überleben … anbietet, wie im Kampf der 68er Generation … das heißt der terroristischen Aktivität ihrer Wort- und Handlungsführer.
Masochismus, dominierender Bestandteil nationaler Erlebnisstruktur Nachkriegsdeutschlands, und Sadismus sind aber Geschwister, und wo Masochismus verborgen in seinen honorigen Verkleidungen wie Antinationalismus, politische Korrektheit, Antifaschismus usw., blüht, ist sein sadistisches Pedant nicht weit: in Gestalt eines totalitären öffentlichen, in unseren Medien weitverbreiteten Meinungsterrors, exekutiert zum Beispiel an Nolte, Jenninger, Heitmann, Annemarie Schimmel, Walser, mit dem ein großer Teil des Wahrheitsspektrums unterdrückt wird. ...
So blieb der Kriegsgeneration, welcher der Mut zur Gegenwehr abhanden gekommen war, in dem verkürzten Verständnis der Nachkommen nur die Alternative, als Verbrecher oder politische Dummköpfe zu erscheinen.
… Die Generation der 68er kann deshalb vorläufig die Lebenslüge eines verzerrten Menschen- und Weltbilds aufrechterhalten und verteidigen …
Weite Felder der Wahrheit gelten deshalb als obszön und werden … unterdrückt. Die Mechanismen dieser Unterdrückung sind einfach; die die herrschende Ideologie und ihre masochistische Moral, Wächterin der Kollektivschuld, bedrohenden Inhalte müssen lediglich mit Vokabeln wie rechtsradikal oder populistisch belegt werden. ...<<
>>... Kollektivschuld und masochistische Moral wurden … zum Eintrittsbillett in die Völkergemeinschaft. Weil es sich aber um einen komplexen Abwehrmechanismus handelt, erfordert diese Haltung einen immerwährenden, nie nachlassenden Aufwand an Wiedergutmachung und Bußeritualen, an Verleugnung, Ausbeutungsangeboten und Aggressionsunterdrückung. Sie kann leicht stimuliert werden, zum Beispiel durch den Antisemitismusvorwurf, der die repräsentative Öffentlichkeit reflexhaft in eine masochistische Unterwerfungshaltung zwingt. …
Kollektivschuld als nationales Konzept hat verheerende Wirkungen; sie verhindert innere nationale Unabhängigkeit, positives nationales Selbstbewußtsein, damit aber auch die Kreativität und deren Förderung. Sie beschädigt ein produktives Zusammengehörigkeitsgefühl und mit ihm ... Erziehungs-, Bildungskompetenz und geistige Selbständigkeit. Sie fördert Unterwerfung und Satellitenmentalität. ...<<
Der deutsche Publizist Klaus Wippermann schrieb am 14. Mai 2005 in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" (x887/...): >>**"Nie wieder Deutschland"**
Erinnern - Vergessen - Verachten: Zum Umgang der Deutschen mit dem Gedenken / Teil I
Wir Deutschen sind auf mancherlei Gebieten Weltmeister, auch wenn solche Vorrangstellung immer wieder verlorengehen kann. In zwei Bereichen aber sind wir Weltmeister, wo wir von anderen Staaten gar nicht eingeholt oder überholt werden möchten: auf dem Gebiet des Erinnerns und dem des Vergessens. …
Identität ist ohne Erinnerung nicht möglich; eine einseitige Erinnerung aber führt zu einer gestörten Identität.
Die Arbeit an einer vollständigen, komplexen Erinnerung - eben die "Kunst der Erinnerns" -, wie sie uns die deutsche Zeitgeschichte auferlegt hat, ist nur mit einer nicht in Frage gestellten

Identität möglich. Gelingt dies nicht, werden Ungeheuer geboren. Es darf nicht dazu kommen, daß eine unaufhörliche "Bewältigung der Vergangenheit" letztlich eine Überwältigung der Gegenwart und sodann eine Nichtmehrbewältigung der Zukunft zur Folge hat. …

Der jüdische Talmud enthält einen Spruch, der auch bei uns sehr geschätzt wird: "Das Geheimnis der Erlösung heißt Erinnerung." In der Bundesrepublik gibt es seit über einem halben Jahrhundert ein ehrliches, außerordentlich intensives Gedenken an die Holocaust-Opfer; die Zahl der Erinnerungstafeln, der Mahnmale und Gedenkstätten ist kaum noch überschaubar. Allein die beiden von der Bundeszentrale für politische Bildung erstellten gewichtigen Dokumentationsbände beschreiben über 8.000 solcher Erinnerungsmale. Haben wir damit "Erlösung" erreicht?

Offenbar aber trifft dieser Spruch auch in seinem Gegenteil zu: "Das Geheimnis der Erlösung heißt Vergessen" - nämlich dann, wenn es um "deutsche" Opfer geht. Ganz offensichtlich gilt für sie nicht die Maxime, nach der sich bei uns sogar eine eigene Initiative benannt hat: "Gegen das Vergessen". Für deutsche Opfer lautet die politisch korrekte Forderung vielmehr: "Für das Vergessen!"

Gegenteilige Versuche des Erinnerns werden sogleich als "ewiggestrig" verurteilt. "Ewiggestrig" soll also offenbar nur die Erinnerung an die "eigenen" Opfer sein, die Erinnerung an die "anderen" dagegen zukunftsweisend. Das ist eine sehr seltsame, ja gegensätzliche Zweiteilung des Opfergedenkens und für die politische Kultur unseres Landes äußerst problematisch.

Ist das in dieser Kürze zu hart, zu polemisch formuliert? Ich meine nicht, denn wenn es um die "eigenen" Opfer geht - von den Millionen gefallener und vermißter Soldaten, den Millionen Verwundeter, den Hunderttausenden Frauen, Kindern und alter Menschen, die absichtlich von den Alliierten durch den Bombenkrieg getötet wurden, bis hin zu den 15 Millionen Flüchtlingen und Vertriebenen, von denen zweieinhalb Millionen ihr Leben lassen mußten - wenn es um dieses riesige Millionenheer von Opfern geht, zudem um den Verlust von fast einem Drittel des deutschen Reichsgebietes sowie um die bis in die letzten Kriegstage hinein versuchte Auslöschung der alten deutschen Städtekultur - dann ist hierzulande Vergessen und Schweigen geboten. Aber wäre es doch "wenigstens" nur Schweigen!

Nein, diese Abermillionen von Toten und Vertriebenen werden bei uns - von uns! - verhöhnt, verspottet, diffamiert und die wenigen Erinnerungsmale geschändet, ohne daß sich öffentlicher Protest bemerkbar machen würde! Man stelle sich hingegen die politischen Reaktionen vor, bis hin zu sofortigen strafrechtlichen Maßnahmen, wenn eine andere Opfergruppe auch nur sehr entfernt so behandelt werden würde.

Für dieses zutiefst amoralische zweierlei Maß ist unter anderem die Parole verantwortlich: "Deutsche Täter sind keine Opfer!" Diese zuerst von linksextremen "Antifa-Gruppen" benutzte Unterstellung und Ausgrenzung scheint mir nichts weniger zu sein als Volksverhetzung, die neue Form eines "linken Rassismus" - wenn nämlich große Menschengruppen nicht aufgrund von ethnischen Eigenarten, sondern wenn sie als Angehörige des eigenen Volkes infolge traumatischer Katastrophen und Schicksalsschläge verachtet und ausgegrenzt werden. Mir ist kein anderes Land der Welt bekannt, in dem etwas Vergleichbares möglich wäre.

Wenn es um das Gedenken an unsere in zwei Weltkriegen gefallenen Soldaten geht, so hat Deutschland in den letzten Jahrzehnten auch hier einen weltweit einmaligen Sonderweg in einen moralischen Abgrund beschritten. In keinem anderen Kulturstaat wäre es auch nur denkbar, daß ein solches Gedenken verweigert, mißachtet, ja geschändet würde. Auch eine Diffamierungskampagne wie die sogenannte "Wehrmachtsausstellung" - hierzulande öffentlich gefördert und gepriesen - wäre in keinem anderen Staat, der sich noch einen Rest von Selbstachtung bewahrt hat, möglich gewesen.

Während für die Bundeswehrführung die deutschen Soldaten des Zweiten Weltkrieges und selbst die des Ersten Weltkrieges, das heißt die eigenen Väter und Großväter, offenbar keine

Kameraden sind, setzen sich ihre früheren Gegner bei unseren Politikern - bis hin zum Bundespräsidenten - für "ihre Kameraden" ein! "Um für die Ehre des deutschen Soldaten einzutreten", die in Deutschland mißachtet werde, obwohl "sie ihr Leben für Deutschland gaben", wandte sich beispielsweise der Sprecher des Veteranenverbandes der 8. britischen Armee - die in Afrika harte Kämpfe gegen Rommel führen mußte - an deutsche Politiker:
"Wie ich, haben diese Männer nur noch wenig Zeit vor sich, aber es ist genug Zeit für Deutschland, ihnen ihren Stolz zurückzugeben. In der Zeit des Krieges haben sie ihre Pflicht vorangestellt; es ist jetzt Zeit für Deutschland, seinerseits seine Pflicht für sie zu tun."
Dieser Pflicht zur objektiven Würdigung kommt öffentlich bisher nur das Ausland nach. Eine internationale Studie des israelischen Generalstabs stellte zum Beispiel fest, daß sowohl im Ersten wie im Zweiten Weltkrieg von allen beteiligten Armeen die deutschen Soldaten die tapfersten waren. Auch der israelische Militärhistoriker Martin van Creveld konstatierte, daß die Wehrmacht "besser als jede andere moderne Streitkraft die Verbindung von Initiative und Disziplin" verkörperte, sie ferner insgeheim das Vorbild der israelischen Armee sei, ohne daß diese ihre Qualitäten je erreicht habe.
Und der französische Staatspräsident Mitterand erklärte am 8. Mai 1995 anläßlich des 50. Jahrestages des Kriegsendes: "Die deutschen Soldaten - sie waren tapfer. Sie nahmen den Verlust ihres Lebens hin, sie liebten ihr Vaterland. Ich verneige mich vor ihnen allen und ihnen gehört meine Hochachtung und Verehrung."
Wie demgegenüber von der Bundeswehrführung sowie vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt über die Wehrmacht - die "Nazi-Wehrmacht" oder "Hitler-Wehrmacht", wie man sie neuerdings diffamiert -, wie also über die seinerzeit mehr als 18 Millionen deutschen Soldaten und damit zugleich über ihre Familien und das heißt letztlich über das ganze Volk geurteilt wird, das ist eigentlich nur noch mit Hilfe pathologischer Kategorien darzustellen.
Der eigene Traditionserlaß von 1982, der immer noch gilt, wird seit langem in sein Gegenteil verkehrt. Dort heißt es nämlich: "Tradition verbindet die Generationen, sichert die Identität und schlägt eine Brücke zwischen Vergangenheit und Zukunft. Tradition ist eine wesentliche Grundlage für menschliche Kultur."
Mit dieser Formulierung wäre es immerhin möglich gewesen, wenigstens für das auf Tradition so angewiesene Militär die "Kunst des Erinnerns" zu verwirklichen. Aber, wie gesagt, das absolute Gegenteil ist leider der Fall.
Beispiel für die Zerstörung von Tradition und Identität ist die Umbenennungen von Kasernen. Jüngste Maßnahme ist die Abschaffung des Traditions- und Ehrennamens "Mölders" für das Jagdgeschwader und eine Kaserne.<<
Der deutsche Publizist Klaus Wippermann schrieb am 28. Mai 2005 in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" (x887/...): >>**"Nie wieder Deutschland"**
Erinnern - Vergessen - Verachten: Zum Umgang der Deutschen mit dem Gedenken / Teil II
In einer solchen Zeit ist auch die vielgerühmte Innere Führung nichts als Aktenstaub, wenn sie nicht gegen Anpassertum und Opportunismus vorgelebt wird. Ein Beispiel dafür ist der "unehrenhaft" entlassene Brigadegeneral Reinhard Günzel.
In seiner wegweisenden Rede vom Frühjahr 2004 in Berlin über "Das Ethos des Offiziers" hat er die heute mehr als je notwendigen Wertorientierungen benannt. Nachdem er die Kategorien Opportunismus und Feigheit als für das deutsche Militär offenbar neue, verbindliche "Qualitäten" aus eigener Erfahrung charakterisiert hatte, schloß er mit einem Ausblick auf dieselbe "Qualitäten" unserer veröffentlichten Meinung mit einem Zitat des Dichters Gottfried Benn: "Das Abendland geht nicht zugrunde an den totalitären Systemen, auch nicht an seiner geistigen Armut, sondern an dem hündischen Kriechen seiner Intelligenz vor den politischen Zweckmäßigkeiten." …
Ein gewisser Schwerpunkt soll im folgenden sein, wie es zu diesem deutschen Sonderweg des

Verlustes von nationaler wie staatlicher Selbstachtung gekommen ist, - wer diese Entwicklung in den vergangenen Jahrzehnten beeinflußte und wer sie heute fördert - und nicht zuletzt: welche Interessen und Ziele dahinter stehen. …

Im Gegensatz dazu steht nicht, daß auch von Geschichtspolitik die Rede sein wird, von instrumentalisierter Erinnerungspolitik, denn diese bestimmt nicht nur das Handeln beziehungsweise die Barrieren für ein rationales Handeln der "hohen" Politik, sondern sie beeinflußt auch unser Alltagsleben, unser alltägliches Selbstverständnis - wenn wir etwa unablässig eingehämmert bekommen, daß wir ein "Tätervolk" seien, daß wir uns in Fortsetzung des unseligen Kollektivschuldvorwurfs als "Volk der Täter" zu verstehen hätten.

Eigenartigerweise wird das "Völkische" in diesen "Tätervolk-Anklagen" von den Beschuldigern offenbar gar nicht bemerkt. Denn andererseits soll es ja, wenn es nach ihnen geht, kein "deutsches Volk" mehr geben, sondern nur noch eine identitätslose und somit manipulierbare "Bevölkerung".

Wie diese Strategie der Manipulation funktioniert, hat der Historiker Michael Stürmer in äußerster Knappheit folgendermaßen formuliert: daß nämlich "in geschichtslosem Land die Zukunft gewinnt, wer die Erinnerung füllt, die Begriffe prägt und die Vergangenheit deutet". Stürmer tat diesen Ausspruch ein Jahr nach der berühmten Rede Richard von Weizsäckers: "Zum 40. Jahrestag der Beendigung des Krieges in Europa und der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft", seiner Ansprache am 8. Mai 1985 in der Gedenkstunde des Deutschen Bundestages.

Diese vielbeachtete und in hoher Auflage verbreitete Rede wurde damals - man muß heute sagen: seltsamerweise - als eine Art Durchbruch und Aufbruch verstanden. Warum? Weizsäcker widersprach zum einen der wiederauferstandenen Kollektivschuldthese: "Schuld oder Unschuld eines ganzen Landes gibt es nicht. Schuld ist ... nicht kollektiv, sondern persönlich." Und er fuhr fort: "Der ganz überwiegende Teil unserer heutigen Bevölkerung war zur damaligen Zeit entweder im Kindesalter oder noch gar nicht geboren. Sie können nicht eine eigene Schuld bekennen für Taten, die sie gar nicht begangen haben."

Diese Rede wurde vor 20 Jahren gehalten. Nach der heutigen indoktrinierten veröffentlichten Meinung wird nun sogar von den Enkel- und Urenkelkindern ein Schuldbekenntnis erwartet und eingefordert. Und wenn es nach dem Wunsch von Funktionären wie Michel Friedman gehen sollte, hat dies für alle Ewigkeiten zu gelten.

Der andere, damals ebenfalls wie die Ablehnung der Kollektivschuldthese zu Recht als positiv gewertete Aspekt der Weizsäcker-Rede war, daß er auch an die deutschen Opfer erinnerte. Heute würde von Weizsäcker dafür wohl aus der CDU ausgeschlossen, wenn man unter anderem die Berliner Vorgänge um einen dortigen Bezirksbürgermeister und die Auseinandersetzungen um seine Wertung des 8. Mai oder auch seine Ansprache zum Volkstrauertag 2004 als Maßstab nimmt.

Dabei hatte schon Theodor Heuss von einer "tragischen Paradoxie des 8. Mai" gesprochen, daß nämlich mit der bedingungslosen Kapitulation die Deutschen "in einem zugleich befreit und vernichtet worden sind". Den Tag der Kapitulation nur als "Tag der Befreiung" zu deuten, ohne zugleich des mit diesem Tag beginnenden millionenfachen Todes in Deutschland sowie abermals beginnender Unfreiheit hierzulande zu gedenken, das wäre ihm nicht in den Sinn gekommen.

Und auch nicht Kurt Schumacher, der zu selben Zeit ebenfalls auch scharf kritisierte: "Mit dem Wort von der Gesamtschuld beginnt eine große geschichtliche Lüge, mit der man den Neubau Deutschland nicht vornehmen kann." Diese Worte des früheren KZ-Häftlings und Vorsitzenden der SPD von der Kollektivschuld als "große geschichtliche Lüge" wären heute nicht mehr publizierbar, da sie den Nachteil haben, der Wahrheit zu entsprechen.

Die Kritik von Konservativen und Geschichtsbewußten an der Rede von Weizsäckers entzün-

dete sich später an anderen seiner Formulierungen, hatte dieser doch selber zunächst betont - und damit eine Definition für die "Kunst des Erinnerns" gegeben - "Erinnern heißt, eines Geschehens so ehrlich und rein zu gedenken, daß es zu einem Teil des eigenen Innern wird. Das stellt große Anforderungen an unsere Wahrhaftigkeit."
Wie aber vertrug sich mit diesem Anspruch auf Wahrhaftigkeit sein lapidarer Satz: "Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung", wo doch die bekannte Militärdirektive JCS 1067 der Alliierten bestimmte: "Deutschland wird nicht besetzt zum Zwecke seiner Befreiung, sondern als besiegter Feindstaat."
Zu von Weizsäckers Gunsten muß hinzugefügt werden, daß er auch das nun beginnende Leid benannte: "Niemand wird um dieser Befreiung willen vergessen, welche schweren Leiden für viele Menschen mit dem 8. Mai begannen und danach folgten." Aber bei der Benennung dieser Leiden blieb er doch sehr zurückhaltend bis hin zu der von vielen als skandalös empfundenen Formulierung von der "erzwungenen Wanderschaft Millionen Deutscher".
Daß es sich bei dieser "Wanderschaft" um brutale Vertreibung, um den Tod von Millionen von Menschen, also um einen Völkermord handelte, davon kein Wort. Auch kein Wort, daß hier ein in der neueren Geschichte Europas unvergleichlicher Raub von fast einem Drittel des früheren deutschen Reichsgebietes - gegen jedes Völkerrecht - erfolgte.
Statt dessen fand von Weizsäcker erwähnenswert: "Auf vielen alten Friedhöfen im Osten finden sich heute schon mehr polnische als deutsche Gräber." Daß, als er diese offenbar versöhnlich gemeinten Worte sprach, die deutschen Gräber von den Polen schon längst zerstört und abgeräumt sowie überall die Erinnerungen an die Jahrhunderte deutsche Kulturleistungen ausgelöscht worden waren - auch darüber in seiner Rede kein Wort!
Eine ähnlich verharmlosende Geschichtssicht - immer dann, wenn es um die Schuld anderer Staaten geht - ist es auch, wenn von Weizsäcker sagte: "Die Sowjetunion nahm den Krieg anderer Völker in Kauf, um sich am Ertrag zu beteiligen." Erfolgte etwa kein sowjetischer Überfall auf Polen und dann auf Finnland? Gab es keine noch sehr viel weiterreichenden globalen Eroberungsstrategien der Sowjetunion? Hat es nicht die insgesamt 80 Millionen Opfer roter Diktaturen gegeben - eine welthistorisch wahrhaft unvergleichliche Zahl?
Diese sehr viel größeren Verbrechen des "linken Faschismus" werden bis heute aufgrund bestimmter Interessen bewußt verschwiegen. Dagegen ist die anhaltende Tendenz unübersehbar, immer noch uns Deutschen angeblichen Militarismus und imperiales Streben zuzusprechen, andere Staaten aber trotz ihrer eindeutigen Vergangenheit davon freizusprechen.
Und so wird auch der eigentliche deutsche Sonderweg sichtbar: Während alle Staaten dieser Welt ihre Geschichte zu ihren Gunsten schreiben - und das heißt allermeist zu ihren Gunsten fälschen, zumal wenn es gilt, Ansprüche gegenüber ihren Nachbarn zu erheben oder deren Ansprüche abzuwehren -, fälschen wir Deutschen als einziger Staat unsere Geschichte dann, wenn die Fakten zu unseren Gunsten sprechen, ferner auch, um etwaige eigene Ansprüche zu leugnen oder zu vermeiden.<<
Der deutsche Publizist Klaus Wippermann schrieb am 4. Juni 2005 in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" (x887/...): >>**"Nie wieder Deutschland"**
Erinnern - Vergessen - Verachten: Zum Umgang der Deutschen mit dem Gedenken / Teil III
Weizsäcker bewegte sich in seiner viel beachteten Rede in den Bahnen eben dieser Geschichtspolitik, als er grundsätzlich feststellte: "Wir dürfen den 8. Mai nicht vom 30. Januar 1933 trennen." Diese mittlerweile zum Glaubenssatz erhobene Feststellung wird seither in allen Variationen wiederholt, aber sie wird deshalb nicht wahrer - auch wenn das immer weniger Menschen wissen.
Wahr ist hingegen, daß der 30. Januar 1933 nicht von 1914 und 1919 - dem Beginn des Ersten Weltkrieges und dem Versailler Vertrag - zu trennen ist. Bei der Nennung dieser Jahresdaten - oder vielmehr der Schicksalsdaten - geht es nicht etwa um historische Besserwisserei, sondern

um eine fundamentale Einordnung der deutschen Geschichte in den europäischen Kontext im 20. Jahrhundert. Mehr noch: Es geht um die Korrektur eines ganzen Geschichtsbildes, das uns von außen - und mittlerweile auch von innen - zu bestimmten Zwecken auferlegt wurde und noch wird.
Die Korrektur solcher Geschichtsbilder - selbst wenn diese aufgrund neuer, zweifelsfreier Fakten erfolgt - wird immer dann als "Revisionismus" verurteilt, wenn damit politische Weltbilder und ideologische Herrschaftsansprüche in Gefahr geraten. Der Verzicht auf solche neuen historischen Forschungserkenntnisse bedeutet jedoch das Ende dieser Wissenschaft und den Beginn ihrer Transformation in die Theologie oder vulgär in die Ideologie. Dieses Stadium haben nicht wenige Autoren und ihre Publikationen bei uns erreicht.
Daß insbesondere nach verlorenen Kriegen Tatsachen manipuliert und verfälscht werden, das mögen zwei Zitate zweier sehr unterschiedlicher Autoren veranschaulichen. Erstens Bertolt Brecht: "Immer noch schreibt der Sieger die Geschichte des Besiegten. Dem Erschlagenen entstellt der Schläger die Züge. Aus der Welt geht der Schwächere und zurück bleibt die Lüge."
Zweitens der amerikanische Publizist und Politiker Patrick A. Buchanan: "Die Welt weiß alles, was die Deutschen getan haben. Die Welt weiß nichts von dem, was den Deutschen angetan wurde." Buchanan war übrigens zu vornehm, um zugleich zu erwähnen, daß es auch die Deutschen selbst seien, die nichts von dem an ihnen verübten Unrecht wissen wollen beziehungsweise diesen Zustand des Nichtwissens, also letztlich den der eigenen Desinformation, selber aufrechterhalten.
Wie die Herbeiführung von zunächst Lüge und dann Vergessen funktioniert, das hat gleichfalls ein Amerikaner beschrieben. Mit Blick auf Deutschland in der Nachkriegszeit sagte der bekannte Publizist Walter Lippmann zu den Zielen der "re-education", der "Umerziehung": Der Sieg über ein Land sei erst dann vollständig, wenn die Kriegspropaganda der Sieger Eingang in die Schulbücher des besiegten Landes gefunden hat und sie von den nachfolgenden Generationen als unbestreitbare Wahrheit geglaubt wird.
Diesen Zustand volkspädagogischer Geschichtspolitik oder geschichtspolitischer Volkspädagogik haben wir seit langem erreicht.
Dagegen befanden britische Politiker und Wissenschaftler schon seit längerem, daß die Westmächte einen "30jährigen Krieg gegen Deutschland" geführt hätten - das heißt, daß 1914 zu 1945 führte, ohne das Jahr 1933 als entscheidende Zäsur dazwischen. Die Erinnerungsfähigkeit - und man muß in diesem Fall sagen: die Fairneß - der Briten reicht also etwas weiter zurück, vor die Zeitmauer der sogenannten Machtergreifung.
Der Historiker Fritz Fischer hatte zwar Anfang der 60er Jahre versucht, eine dominierende Rolle Deutschlands beim Kriegsausbruch 1914 zu konstruieren, aber die Briten sind hier weitaus zurückhaltender. Und sie haben auch jeden Grund dazu, selbst wenn man nur die europäische Geschichte betrachtet. Dabei geht es nicht nur um die gezielte britische Einkreisungspolitik gegen Deutschland von 1914 - sowohl politisch wie militärisch - mit Hilfe Frankreichs, das seit 40 Jahren ununterbrochen Revanche, das heißt den Krieg mit Deutschland forderte, sondern auch mit Hilfe des antidemokratischen, imperialen Rußland. Diese Politik wiederholte sich vor und während des Zweiten Weltkrieges.
Was die verfälschte, manipulierte Erinnerung an jene Epoche betrifft, die Ernst Nolte als die des "Europäischen Bürgerkrieges" bezeichnete, so sei dies kurz anhand von drei zeitgeschichtlichen Begriffen illustriert, die bis heute unser historisches Bewußtsein ganz entscheidend prägen. Hier geht es nicht um die "Kunst des Erinnerns", sondern im Gegenteil um die des Fälschens. Es sind dies die Begriffe "Friedensvertrag von Versailles", die "Anti-Hitler-Koalition" und das "Potsdamer Abkommen". Sie betreffen die Zwischenkriegszeit, den Zweiten Weltkrieg und die Nachkriegszeit, also jenen mehr als zweiten "30jährigen Krieg gegen

Deutschland".
Wie sehr die Erforschung dieses Zeitraumes … nach wie vor tabuisiert, ja geradezu vermint ist - und dies ausgerechnet von uns Deutschen selbst zu unserem eigenen Schaden -, das zeigen unter anderem die strikt ablehnenden Reaktionen auf die Bücher von Gerd Schultze-Rhonhof "1939 - Der Krieg, der viele Väter hatte", und von Stefan Scheil: "Fünf plus Zwei. Die europäischen Nationalstaaten, die Weltmächte und die vereinte Entfesselung des Zweiten Weltkrieges".
Hier nur sehr kurz eine Demaskierung jener drei Begriffe.
Erstens: Der Versailler Vertrag - in unseren Geschichtsbüchern nach wie vor irreführend als "Friedensvertrag" bezeichnet - war, in Umkehrung der Formel von Clausewitz, eine Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln. In der Weimarer Republik hatte man dies durchaus noch so gesehen, und selbst der französische Ministerpräsident Clemenceau hatte diesen "Vertrag" so charakterisiert. Der "polnische Korridor" wie auch die Annektion des Sudetenlandes durch die Tschechoslowakei waren faktisch Kriegserklärungen von Kleinstaaten an die europäische Zentralmacht. Jeder andere größere europäische Staat hätte jedenfalls solche völkerrechtswidrigen, militanten Maßnahmen gegen sich so verstanden.
Polen galt im übrigen damals - ganz im Gegensatz zu seiner bis heute anhaltenden Geschichtspropaganda - in den 20er Jahren als der aggressivste Staat Europas, der sogleich nach seiner Wiedergründung - unter anderem durch das Deutsche Reich selbst - mit jedem seiner Nachbarn den politischen oder militärischen Konflikt zwecks weiteren Landraubs suchte.
Man denke nur an seinen unprovozierten Angriffskrieg gegen die noch junge Sowjetunion und das riesige, von Polen im Osten eroberte Gebiet, dessen Wiederherausgabe 1945 die Begründung für Polens sogenannte "Westverschiebung" und die Vertreibung von über neun Millionen Deutschen wurde. Eine Argumentation, die bis heute bei uns geglaubt wird.
Ähnlich ist es mit der Tschechischen Republik und den Benesch-Dekreten. Eine gute Nachbarschaft, die wir alle wollen, wird durch eine solche zutiefst unwahrhaftige Geschichtspolitik sehr erschwert.
Zweitens: Die sogenannte "Anti-Hitler-Koalition". Sie war das Bündnis von zwei Demokratien mit einer Diktatur, welche nichts weniger als die Vernichtung eben dieser Demokratien zum Programm hatte, und mit einem Diktator, dessen Verbrechen diejenigen Hitlers bei weitem überstiegen. Und eine dieser Demokratien hatte den Krieg erklärt, weil die Deutschen dasjenige Unrecht beheben wollten, welches diese Demokratie zuvor selbst herbeigeführt hatte.
Von den geradezu ungeheuren Kriegs- und Nachkriegsverbrechen beider Demokratien gemeinsam mit jener Diktatur ganz zu schweigen. Das alles verbirgt sich also in Wahrheit hinter diesem scheinbar so positiven, "antifaschistischen" Begriff für die "Wiederherstellung von Freiheit".
Drittens: Das "Potsdamer Abkommen". Mit diesem geradezu skandalös verharmlosenden, bürokratischen Terminus werden Nachkriegsverbrechen verdeckt, die in ihrer Art einzigartig sind - es geht hier um die Dimension eines Völkermords sowie um den größten Landraub der neueren Geschichte. Dabei galt dieses sogenannte "Abkommen" selbst den Deutschen in der Emigration als ein Verbrechen.
So verurteilte Hubertus Prinz zu Löwenstein … es mit äußerst scharfen Worten und zog eine Parallele zum Morgenthauplan: "Niemals waren Arroganz, Schamlosigkeit, Verrat von Grundsätzen, Dummheit und Schuld so eng mit einander verflochten ... Und dann reden sie von einem 'gerechten Frieden'! Das ist bewußter Betrug am amerikanischen Volk, welches all dies, wäre die ganze Wahrheit offenbar, nicht hinnehmen würde."<<
Der deutsche Publizist Klaus Wippermann schrieb am 11. Juni 2005 in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" (x887/...): >>**"Nie wieder Deutschland"**

Erinnern - Vergessen - Verachten: Zum Umgang der Deutschen mit dem Gedenken / Letzter Teil

Wer aber ist sich heute bei uns all dessen, was hinter diesen Geschichtsbegriffen bis in unsere Schulbücher und Medien hinein verborgen wird, noch bewußt? Was die offenbar völlige Erinnerungslosigkeit aufgrund solcher Geschichtsmanipulationen betrifft, so paßt hier die Karikatur, die der liberale Publizist Ulrich Sonnemann einmal von Deutschland zeichnete: Es sei nämlich "das Land der unbegrenzten Zumutbarkeiten". ...

Besonders anschaulich und aktuell wird solche "selektive, politisch paßfähig gemachte Erinnerung" bei der Diskussion um das sogenannte "Zentrum gegen Vertreibungen". Ganz abgesehen von der verunglückten, im Wege vorauseilender politischer Korrektheit völlig verharmlosenden Namensgebung - denn ein "Zentrum" ist keine Gedenkstätte - käme, was seinen Standort betrifft, doch nur der Cecilienhof in Potsdam in Frage, dem Ort dieses Menschheitsverbrechens.

Aber dann müßte man eben sämtliche Beteiligten, die "Täter", beim Namen nennen und wenigstens moralische Anklage erheben - und das will man nicht. Das ist schon sehr seltsam in einem Land, das sich doch sonst unablässig an Täter und Opfer erinnern soll.

Wie eingangs gesagt: Wir Deutschen sind Weltmeister im Erinnern wie im Vergessen - Voraussetzung ist allerdings, daß sowohl das eine wie das andere stets nur einseitig zu Lasten unseres Landes geht. Eine Mäßigung, eine realitätsnahe Verbindung von beidem - eine "Kunst des Erinnerns" also - erscheint uns offenbar nicht möglich. Zu Recht meinte einst George Bernard Shaw, daß die Deutschen die tragische Eigenschaft besäßen, eine gute Sache immer so weit zu treiben, daß eine schlechte daraus wird. Und schon Martin Luther wunderte sich darüber, daß wir Deutschen sinnbildlich beim Reiten entweder rechts oder links vom Pferd fielen, geradeaus aber könnten oder wollten wir unseren Weg nicht finden.

Diese Neigung zu den Extremen hat leider sehr konkrete Auswirkungen bis in die Gegenwart. Hier gibt es unübersehbare Tendenzen der Selbstzerstörung, deren Ausmaße ebenfalls einmalig in der deutschen Geschichte sind und über die sich eine spätere Generation genauso verurteilend empören wird wie die "68er" und die heutige Generation über die Väter- und Großvätergeneration von 1933. In keinem Staat der Welt wäre - ohne den ständigen Hinweis auf 1933 - ein über Jahrzehnte anhaltender, insgesamt millionenfacher Asylmißbrauch und Asylbetrug möglich, auch keine millionenfache Massenzuwanderung bei Massenarbeitslosigkeit und Bankrott unserer Sozialsysteme.

Auch würde nirgendwo eine so hohe Ausländerkriminalität derart servil hingenommen. Diese bewußt akzeptierte kriminelle Ausplünderung Deutschlands, die ebenso absichtliche Herbeiführung der Überfremdung unseres Landes, die extreme Beschädigung seiner sämtlichen Fundamente - der politischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen -, all das ist nicht etwa eine Art Naturgesetz der Globalisierung, sondern die Strategie des "Nie wieder Deutschland!"

Da aufgrund von Feigheit und Opportunismus weder von der Politik noch von den Medien ein Gegensteuern zu erwarten ist - sie verschlimmern beide im Gegenteil weiter die Situation -, hätte diese systematische Zerstörung der Fundamente unseres Landes doch längst ein Fall für den Verfassungsschutz sein müssen. Aber auch hier ist leider das Gegenteil festzustellen: Verfolgt werden diejenigen, die noch die Zivilcourage besitzen, trotz aller Verdächtigungen und Diffamierungen die Wahrheit zu sagen und auf die Gefahren hinzuweisen.

Da Propheten im eigenen Lande bekanntlich nichts gelten und der Verfassungsschutz aus ideologischen Gründen versagt, können unsere wenigen mutigen Warner und Mahner zumindest auf Unterstützung aus dem Ausland zählen. So hat der amerikanische Politikwissenschaftler und Sohn österreichisch-jüdischer Emigranten Paul Edward Gottfried diesem Thema ein ganzes Buch gewidmet. Es trägt den bezeichnenden Titel: "Multikulturalismus und die Politik der Schuld". Seine These: Der angestammten Mehrheitsbevölkerung werden Scham-

und Schuldgefühle für tatsächliche oder vermeintliche historische Untaten solange indoktriniert, bis ihre Widerstände gegen die multikulturelle Überfremdung ihrer Heimat erstickt worden sind.
Manche dieser Thesen hat im übrigen schon Heinz Nawratil in seinem Buch "Der Kult mit der Schuld" aufgegriffen. Hinsichtlich der demographischen Probleme Deutschlands verweist der israelische Historiker Martin van Creveld auf den folgenden, von Politik und Medien strikt tabuisierten Zusammenhang: "Ich vermute, daß der Vergangenheitsbewältigungskomplex mit ein Grund dafür ist, daß die Deutschen heute kaum noch Kinder bekommen ... De facto sind viele Deutsche bereits damit beschäftigt, ihre Identität loszuwerden ... Volk und Staat der Deutschen zu erhalten, dafür stehen, nüchtern betrachtet, die Chancen schlecht."
Und der französische Autor Yves-Marie Laulan, Mitarbeiter der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds, warnt in seinem gerade erschienenen Buch: …" Deutschland - Chronik eines angekündigten Todes" vor einer "demographischen Implosion selbstmörderischer Art". Weil es an Kindern fehle, sei Deutschland "unausweichlich verdammt zu einer langsamen Agonie auf allen drei Ebenen: wirtschaftlich, politisch, kulturell".
Er sieht in der demographischen Katastrophe Deutschlands eine "seelische Krankheit, die Krankheit zum Tode". Ursache dafür sei nicht zuletzt, daß der Zweite Weltkrieg eine Nation hinterlassen habe "bis zum äußersten traumatisiert, in vitalen Funktionen durch die Trümmer des Krieges schwer verletzt". Dieses Trauma werde durch die Dauerpräsentation der Vergangenheit, durch die ausschließliche Fixierung auf die NS-Zeit immer wieder aufs Neue aktiviert. Die Folge: "Niemand setzt Kinder in die Welt, wenn er nicht an die Zukunft der Nation und des Landes glaubt." ...
Wir Deutschen können allerdings kein Plädoyer für das Vergessen halten. Aber wir sollten mit Blick auf die kaum noch zu bewältigenden Gegenwarts- und Zukunftsprobleme den andauernden Blick in die Abgründe der Vergangenheit mäßigen. Thorsten Hinz warnt ebenfalls vor einem Übermaß von Selbstanklagen und ihren Folgen.
Auschwitz und der Holocaust seien mittlerweile zu den dominanten Erinnerungsbildern deutscher Geschichte geworden und damit zu einem kollektiven Selbstbild: "Begleitet wird das von einer Sakralisierung, die keinen Widerspruch duldet ... dieser Prozeß ist für Deutschland hochproblematisch, denn das schlimmste Verbrechen, das von den Deutschen begangen wurde, in den Mittelpunkt des nationalen Selbstbildes zu stellen, bedeutet, den eigenen Unwert zur zentralen Kategorie der kollektiven Identität zu erheben. Wer das tut, signalisiert, daß er seine Existenz innerlich als beendet ansieht. Er wird zum Zombie."
Wir müssen endlich zu einem Erinnern und Gedenken finden, das keine neue "Klassengesellschaft" der Toten und Opfer kennt - dabei sollten Ursachen, Schuld und Täter benannt werden.
Und wir müssen schließlich einen Weg finden aus dem Dilemma des bisher ebenfalls tabuisierten und viele Menschen tief verletzenden Widerspruchs zwischen einerseits den öffentlichen volkspädagogischen Gedenkritualen hierzulande und andererseits den allzu oft abgewiesenen, verleugneten, ja diffamierten privaten Erinnerungen an das erlittene persönliche oder familiäre Leid. Ein solcher Weg bedürfte gar nicht einer "Kunst des Erinnerns", sondern nur des humanen Anstands.
Michael Wolffsohn, Historiker an der Universität der Bundeswehr in München - der sich selber als einen deutsch-jüdischen Patrioten bezeichnet - hat in seiner Ansprache zum Volkstrauertag 1996 in der Frankfurter Paulskirche dazu Folgendes gesagt: Es sei moralisch nicht mehr hinnehmbar, daß "das millionenfache individuelle Leid von Deutschen, zum Beispiel Flucht, Vertreibung oder der Bombenhagel auf Zivilisten, tabuisiert, minimiert oder nicht ernst genommen wird ... Mit 'Aufrechnung' oder gar Verharmlosung der vorangegangenen deutschen Verbrechen hat dies nichts zu tun, alles aber mit Aufrichtigkeit, Wahrhaftigkeit, Vollständig-

keit, Seele und Mitgefühl."
Michael Wolffsohns Schlußfolgerung daraus könnte als eine vor allem für das immer noch schwierige deutsch-jüdische Verhältnis des Erinnerns sinnerfüllte und versöhnende Orientierung gelten - nämlich: "Wer nicht die Toten des eigenen Volkes betrauert, wird erst recht nicht die Toten anderer Völker betrauern. Wer hingegen eigenes Leid kennt und öffentlich benennt, der wird auch das Leid anderer eher nachfühlen können und wollen."<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 23. Juli 2005 (x887/...):
>>**Das Böse austreiben**
Wie die Amerikaner nach 1945 die Deutschen umerzogen
Dieses Buch soll schon vor 40 Jahren entstanden sein, fragt man sich erstaunt, wenn man die erweiterte Neuauflage von Caspar von Schrenck-Notzings Buch "Charakterwäsche" in der Hand hält. Man liest hier und dort, besonders aufmerksam die neu hinzugefügten, das Buch an die aktuelle Situation anschließenden Kapitel und stellt fest, daß es von der ersten bis zur letzten Zeile taufrisch wirkt und daß es auch heute noch - oder gerade heute - Antworten geben kann auf die Frage: "Wie konnte es um alles in der Welt geschehen, daß sich der Charakter der Deutschen derartig verändert hat?"
Die Frage stellte der Autor sich, als er Anfang der 60er Jahre nach mehrjährigem Indienaufenthalt in die Bundesrepublik Deutschland zurückkehrte und ein völlig gewandeltes Gemeinwesen vorfand. Ein Land, das dabei war, einen Kulturwandel zu vollziehen. Dabei könnte, so meinte er, die Zeit der amerikanischen Besatzung nach 1945 eine Rolle spielen, eine Annahme, die er bestätigt fand, als er als erster Deutscher in Washington im US-Nationalarchiv die Unterlagen über die Besatzungspolitik und ihre Ziele durcharbeitete.
Hier stieß er auf Unterlagen, die belegten, wie planmäßig ab der Mitte des Zweiten Weltkrieges in den USA von verschiedenen Kräftegruppen grundlegende Veränderungen des deutschen Charakters geplant und später durchgesetzt wurden. Er nannte sein aus den Studien entstandenes Buch "Charakterwäsche" - in Anlehnung an die im kommunistischen China angewendete Gehirnwäsche - und gab ihm damals den Untertitel "Die amerikanische Besatzung in Deutschland und ihre Folgen". In der soeben erschienenen aktualisierten Neuauflage ist dieser Untertitel erweitert worden und lautet jetzt "Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen".
Es genügte in den 40er Jahren des vorigen Jahrhunderts nicht mehr, den deutschen Feind militärisch zu besiegen und eventuell sein Land zu besetzen; vor allem in den USA war man entschlossen, den Charakter der Deutschen, der, wie man überzeugt war, von Grund auf böse war, grundlegend zu verwandeln, um damit den ewigen Frieden auf Erden herzustellen. Dazu mußten die Sieger die Institutionen, die die Meinung der Deutschen formten, in die richtigen Hände geben, und das waren die Zeitungen, Zeitschriften, die Rundfunksender, die Buchverlage, die Filmindustrie, die Theater und später das Fernsehen.
Man weiß nicht, ob man lachen oder weinen soll, wenn man liest, nach welchen Gesichtspunkten die ersten deutschen Zeitungsverleger durch amerikanische Prüfungskommissionen ausgesucht wurden. Zusammenfassend kann man sagen, hier wurden gebrochene Charaktere, Menschen mit beschädigtem Wesen, stammend aus zerstörten Familien, bevorzugt, weil sie die Gewähr dafür zu bieten schienen, dem typisch Deutschen entgegenzuwirken.
Die "Frankfurter Schule" mit ihren von der Psychoanalyse stammenden Rezepten wurde auf die Besiegten losgelassen mit der Aufgabe, die traditionellen deutschen Werte auf den Kopf zu stellen. Schrenck-Notzing schildert materialreich die damaligen Umerziehungsbemühungen, die, wie die Gegenwart zeigt, zu einem Erfolg wurden, einem Erfolg, der heute das Ausland zum Kopfschütteln über das deutsche Verhalten veranlaßt.
"Charakterwäsche" gehört zu den Büchern, bei dem es keine Phrase ist, wenn gesagt wird, jeder Deutsche müsse es lesen, der ernsthaft Erklärungen über den Selbsthaß der Deutschen,

über ihre Schuldgeilheit und die damit verbundene Unfähigkeit zu Hochleistungen und wirksamen Reformen sucht.
Caspar von Schrenck-Notzing: "Charakterwäsche - Die Re-education der Deutschen und ihre Auswirkungen", ... Graz 2004 ...<<
Der deutsche Sozialphilosoph Günter Rohrmoser schrieb am 8. Juli 2006 in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" (x887/...): >>**Halm in den Winden des Zeitgeistes**
Deutschlands fataler Gesellschaftswandel durch das Wirken der "Frankfurter Schule"
Was sind die Folgen der "Frankfurter Schule" gewesen? Die Folgen waren und verbinden sich mit der berühmten studentischen Revolte und das nicht zufällig, weil natürlich die erste Phase dieses Umformungsprozesses an den Universitäten ansetzen mußte. Sie erkannten, und das gehört zu den ältesten Einsichten von Horkheimer, daß die Wissenschaft in dieser modernen Industriegesellschaft die erste und die wichtigste Produktivkraft ist. Wer die Kontrolle und die Steuerung dieser Produktivkraft Wissenschaft in die Hand bekommt, der hat damit die Gesellschaft im ganzen in der Hand.
Nun sind nicht alle deutschen Universitäten erobert worden, aber entscheidende Universitäten und Universitätsbereiche. Damals erklärte ein Wissenschaftler, es sei erfolgreich gelungen, die Bremer Universität in eine Art stalinistische Kaderschmiede zu verwandeln. …
Wir wissen, was daraus geworden ist. Die Revolte hat bewirkt, daß die alte deutsche Universität zerschlagen wurde. Sie hat die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß zuerst die Ministerialbürokraten die seit Generationen versuchte Machtübernahme über die Universitäten erreichten. Dann wurde die Universität vergesellschaftet, das heißt gesellschaftliche Gruppen versammeln ihre Vertreter in einem Gremienrat, der über Hochschullehrer, Mittelverwendung, Lehrpläne und so weiter entscheidet. …
Und dann natürlich die Schule. Man staunt immer wieder, daß es Leute gibt, die darüber erschrecken, was über die innere Verfassung und den Zustand unseres Schulwesens an ihre Ohren dringt. Die Schule war und ist nach der Universität von gleicher Bedeutung, denn die Schule ist die Stätte des Prozesses, durch den eine heranwachsende biologische Generation in die vorgegebenen Kulturverhältnisse, Kulturformen und Kulturverständnisse eingeübt und eingelebt werden muß.
Das heißt wenn dieser Vorgang der Einübung in die vorgegebene Kultur nicht stattfindet, dann bricht diese Kultur, ihre Kontinuität und Tradition ab. Das Ziel der sogenannten emanzipatorischen Schule war genau entgegengesetzt, nämlich die Kinder aus der bestehenden Kultur zu emanzipieren, das heißt konkret, sie herauszubrechen, und das dazu geeignete Mittel war die anti-autoritäre Erziehung. Das Ergebnis ist die Rütli-Schule.
Auch wissen wir, daß über 20 Prozent der Schulabgänger nicht im Besitz der geforderten Kulturtechniken sind und zehn bis 15 Prozent weder lesen noch schreiben können, und zwar nicht nur ausländische Kinder, sondern auch deutsche. Das heißt, was hier entstanden ist als Folge eines übersehenen, unterdrückten und zum Teil verdrängten kulturrevolutionären Angriffs und Prozesses, stellt uns vor Probleme, auf die gegenwärtig niemand eine Antwort hat.
An einer anderen Schule haben Eltern, Schüler und Lehrer beschlossen, an der Schule muß deutsch geredet werden. Welche Sprache sollte denn sonst an einer deutschen Schule gebraucht werden? Wie soll man Unterricht erteilen in Klassen, in denen 20 Nationen vertreten sind und ebenso viele unterschiedliche Sprachen?
Und drittens, das ist vielleicht das allerwichtigste, die Familie. Es gehörte von Anfang an zu dieser kulturrevolutionären Bewegung der Wille, die traditionelle bürgerliche Familie aufzulösen und abzuschaffen. Das war Programm.
Im zweiten Familienbericht der damaligen Bundesregierung unter Helmut Schmidt war zu lesen, daß die Familie eine Zwangsinstitution sei. Die verbürgerlichte Familie ist also ein Herrschaftsgebilde, und zwar ein Herrschaftsgebilde zur Aufrechterhaltung kapitalistischer

Zustände und Verhältnisse. Der Vater ist die Vermittlungsfigur, der die dem Kapitalismus förderlichen Normen und Werte in der Familie tyrannisch durchsetzt, dabei die Frau unterdrückt, die Kommunikationsverhältnisse auflöst und Familie damit zu einer Zwangsinstitution macht. Da muß man sich doch fragen, was haben sich die Bürger eigentlich gedacht, wenn sie das überhaupt zur Kenntnis genommen haben. …

Daß das deutsche Volk mit einiger Energie und Besessenheit dabei ist, sich biologisch selber zu dezimieren, ist ja nicht vom Himmel gefallen. … Die CDU sagt heute, Familie ist da, wo Kinder sind. Jedes Individuum in der liberalen Gesellschaft kann entscheiden, ob es heiraten will oder nicht, wen es heiraten will und wen es nicht heiraten will. Nur mit den Kindern ist es anders. Ich kann nicht sagen, Familie ist da, wo Kinder sind, ohne die Frage zu stellen, wo kommen denn die Kinder her? Sie kommen doch nicht aus den Schwulenverbindungen, sie kommen doch aus der Familie. Die privatindividualistische Gestaltung der Eheverhältnisse ist eine Sache, aber mit der damit verbundenen Verweigerung und Auflösung der Familie ist der biologische Untergang dieses Landes vorprogrammiert, das müssen wir endlich zur Kenntnis nehmen.

Denn was folgt aus der Überalterung? Nicht nur, daß die Leute erfreulich alt werden, sondern daß die Gesellschaft ihre vitalen Impulse verliert, mit der sie sich der Zukunft mit Optimismus und Zuversicht zuwenden kann. Die überwiegenden Alten verteidigen ihre Besitzstände gegen die Zukunft und es wird ein katastrophaler Bruch in dem sowieso bedenklichen bis morbiden Verhältnis zur Zukunft eintreten. Nun beginnt man, das zu diskutieren, aber zu einem Zeitpunkt, wo das Kind schon längst in den Brunnen gefallen ist. …

Nachdem man mit der Geschichte alle geschichtsbildenden Kräfte wie Nation, Religion, Überlieferung, Tradition und Autorität abgeschafft hat, blieb für diese Gesellschaft, und das ist der gegenwärtige Stand, nur noch eins über, nämlich wirtschaftliches Wachstum.

Das müssen wir uns doch einmal klar machen, daß wir einen Staat haben, der praktisch seine ganze Existenz auf die These gestellt hat, daß die Wirtschaft im Jahr durchschnittlich drei bis sechs Prozent Wachstum produzieren muß. Ein Staat, der auf Wachstum gegründet ist, ist kein Staat mehr, denn er ist restlos seiner staatlichen Handlungsmöglichkeiten beraubt, aber dazu verurteilt, das zu erzeugen, was ein Staat nicht kann. Der Staat kann kein Wachstum erzeugen und nicht einen einzigen Arbeitsplatz schaffen. …

Die Bundesrepublik ist spät, vielleicht zu spät, in der Wirklichkeit angekommen. Wäre es zu spät, dann bliebe nur die Hoffnung, die auch Lenin leitete, daß die Geschichte immer klüger ist als die Vorstellungen, die wir von ihr haben.

Und das bedeutet auch, die Wirklichkeit so wie sie ist und nicht wie wir sie haben möchten so vollständig wie möglich zu erkennen. Die Annahme dieser sogenannten Wahrheit über die Wirklichkeit wie sie ist, würde schon einen erheblichen Schritt zu unserer Rettung bedeuten.

Aber genauso wichtig ist, die Fähigkeit und den Willen zum geschichtlichen Denken zurückzugewinnen. Die Geschichtslosigkeit ist eine der gefährlichsten Pathologien unserer Gesellschaft. Aber das wird uns ja jetzt durch die Existenz der drei Millionen Muslime in unserem Lande geradezu aufgezwungen. …

Wenn wir den Dialog, brauchen, dann müssen wir uns auch dialogfähig machen. Was soll denn ein junger Deutscher einem Türken entgegensetzen, der von Nationalstolz erfüllt ist, den sein Gottesglaube trägt und der überzeugt ist, die Zukunft einer großen Nation Türkei vor sich zu haben. Wir müssen uns dieser Frage stellen und kommen nicht daran vorbei. …

Letztendlich entscheidet sich auch die Zukunft Europas in Deutschland. Wenn Deutschland ausfällt, gibt es kein Europa, und das heißt, daß wir gezwungen sind, uns auf unser großes antik-christliches, früher sagte man abendländisches Erbe zu besinnen, weil hier allein noch ein Fundament zu finden ist, auf dem man stehen kann, ohne wie ein Halm in den Winden des Zeitgeistes zu schwanken. …<<

Der deutsche Journalist und Historiker Klaus Rainer Röhl schrieb am 9. Mai 2009 in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" (x887/...): >>**Das Ende der politischen Korrektheit?**

Im Anfang war das Wort. Schlag-Wort statt Schlag-Stock: "Politische Korrektheit". Wie der meiste Unsinn kam die aus Amerika. Political Correctness.

Aus dem Arsenal einer der finstersten und geistfeindlichsten Epochen der amerikanischen Geschichte, der McCarthy-Ära, wanderte der Begriff im Lauf der Jahre in die Universitäten und Zeitungen der Ostküste. Nunmehr als Minderheitenschutz verkleidet, Schutz vor verbalen Kränkungen - etwa der Schwarzen, Juden, Latinos, Schwachsinnigen, Behinderten und: der Frauen, denn auch sie empfanden sich im Berufs- und Privatleben als diskriminiert.

Zur Abwehr dieser Diffamierung ersann man eine Reihe von harmlosen Beschwichtigungsbegriffen, teils achtbar bemüht, bald zu geflügelten Witzen werdend. Doch bald etablierten die Wächter der Political Correctness einen Tugendterror, der sich mit dem der Jakobiner der Französischen Revolution durchaus messen konnte.

Der Tugendterror begann mit der Kontrolle der Sprache. Gewalttätige Änderung durch Umbenennung. Das ist nicht von der Französischen Revolution erfunden worden. Schon die Kirche im Mittelalter nannte ihre Hexenprozesse, Inquisition und Flammentod eine Wohltat für die armen Seelen der Sünder. Der "Ausschuß für öffentliche Wohlfahrt" der Französischen Revolution fällte Todesurteile am laufenden Band, die sofort mit der neuen Köpfungsmaschine, der Guillotine, vollstreckt wurden. Vorausgegangen war die Erfindung der "Göttin der Vernunft" anstelle des christlichen Gottes - eine Neuerung, die dem Wirren der Revolution nicht standhielt. Was standhielt, war die Idee, mörderische Praktiken oder Einrichtungen umzubenennen.

Alle Versuche, den Terror der Französischen Revolution zu vervollkommnen, erfanden neue "Wohltaten" für die Menschheit, die mit überraschenden Namen bedacht wurden. Wer vermutet schon etwas Schlimmes hinter der Bezeichnung "Außerordentliche Kommission" der Sowjetunion? Das Goebbelssche "Ministerium für Volksaufklärung" und "Propaganda" diente in Wahrheit der Volksverdummung.

Die Erben der Jakobiner brachten es bei der Veränderung der Wirklichkeit durch Worte zu einer bisher nicht erreichten Meisterschaft. Neu war die offen zynische Bezeichnung einer menschenfeindlichen und oft sogar tödlichen Einrichtung durch ihr genaues Gegenteil: "Umerziehungslager" nannten die Nationalsozialisten die ersten KZ. "Erzieher" hießen bis 1989 die Vollzugsbeamten im DDR-Knast. "Psychiatrische Anstalten" nannte man in der Sowjetunion Häuser, in denen politische Gegner mit Drogen und Elektroschocks physisch und psychisch zerstört wurden. "Umsiedlung" hieß die Verschleppung und Vernichtung von zehn Millionen russischer Bauern, "Umsiedlung" die Ermordung von Millionen Juden durch Arbeitslager, Unterernährung, Seuchen und schließlich Erschießungskommandos und Gas.

Alle Massenmorde und Greuel der Kommunisten und Nationalsozialisten wurden durch Korrekturen in der Sprache vorbereitet. Tiervergleiche dienten zur Herabsetzung der Tötungshemmung gegenüber dem Gegner. Lenin und Sinowjew bezeichneten die "Weißen" grundsätzlich als "Geschmeiß". Tiervergleiche kennzeichneten auch die Nachkriegszeit und die Zeit des Kalten Krieges.

"Pinscher" nannte Bundeskanzler Erhard die Schriftsteller der Gruppe 47 um Heinrich Böll. Die gedankenlos beiläufig verwendeten Wörter der 68er für Polizisten - "Schweine" und "Bullen" - bereiteten den Satz "Auf Bullen kann geschossen werden!" vor.

Endziel aller revolutionären Terroristen ist im Grunde der gleichgeschaltete, gelenkte, "korrekte" Mensch, von dem schon Platon geträumt hatte. Oder, wie Mao im "Kleinen Roten Buch" gefordert hatte, Menschen mit "korrekten Ideen". Pol Pot brachte einfach ein Drittel seiner Bevölkerung um, um endlich Ordnung in den Köpfen zu schaffen. Doch die atembe-

raubenden Albträume von Stalin, Mao und Pol Pot sind Vergangenheit. Die Gedankenpolizei überlebte im Westen. Dort entstand jenes engmaschige Blockwartsystem, das lange Jahre in unseren Zeitungen, Verlagen, Funk- und Fernsehanstalten herumspukte.
Political Correctness wurde zum Symbol für seine Etablierung an den Universitäten, in Behörden und bei den Massenmedien. Das hatte Erfolg. 1998 siegten die 68er mit Rot-Grün. Doch das Mißtrauen gegen die Untertanen blieb, der Zorn aus der Kampfzeit von 68 gegen alle Andersdenkenden, die kaum verhüllte Wut über das schwererziehbare Volk an den Stammtischen. So mußte die schon in der Mottenkiste gelandete "Faschismuskeule" wieder hervorgeholt werden.
Nach dem vergeblichen Kampf gegen die Volkszählung, die Tropenhölzer, den "machtvollen Demonstrationen gegen die Nachrüstung", mit denen man nur die letzten Lebensstunden des maroden Breschnew-Regimes verlängert hatte, nach Tschernobyl und dem Sozialabbau fand man etwas, was man selbst vergessen geglaubt hatte: den Terror von rechts, die Neonazis, die neuen Rechten und ihre "Stichwortgeber", die Intellektuellen, die schon von Goebbels "geistige Brandstifter" genannt worden waren. Es läuft stets nach dem gleichen Muster ab: Zuerst die Intoleranz, dann der Haß gegen die Andersdenkenden, schließlich der Terror.
Doch was da mit großer Energie und Verbissenheit gegen die "Ewiggestrigen" und "Stichwortgeber" verteidigt werden sollte, war nichts Geringeres als die eigene Medienmacht, die Dauerverfügung über Universitäten und Schulen, Parteien und Gewerkschaften, Verlage und Zeitungen, Rundfunk- und Fernsehstationen.
Wissend, daß eine Zweidrittelmehrheit aller Deutschen - auch in der SPD, - die offen angestrebte Volksfront aus SPD, Grünen und Linken ablehnt, wissend, daß sich zwischen öffentlicher und veröffentlichter Meinung ein sich ständig verbreiternder Graben auftat, fühlte sich die kleiner werdende, aber in der Verteidigung ihrer Macht und ihrer Jahresgehälter radikale Minderheit der Betroffenheitsprofis und festangestellten Trauerarbeiter in ihrer Alleinherrschaft bedroht.
Und dann kam die Krise. Eine Chance für die Linken? Zuerst versuchte man es auch da noch mit sprachlicher Verkleinerung und Verkleisterung: "Engpässe", "Zahlungsschwierigkeiten", "Liquiditätsprobleme". Doch inzwischen hat sich herausgestellt, daß diese Leute ganz einfach pleite waren. Aus der "Finanzklemme von Lehman Brothers" wurde eine globale Wirtschaftskrise. Hatte Karl Marx, der alte Hütchenspieler, vielleicht doch recht gehabt mit seiner Voraussage, daß der Kapitalismus eine große Krise produzieren und schließlich selber die Produktionsmittel, wie z.B. die Fabriken und die Banken, verstaatlichen müßte? Was nun? Setzt Merkel Marx in die Tat um? Die Krise - Chance der Totalitären? Da haben wir alle noch ein Wörtchen mitzureden.
Fest steht jetzt schon die "Politische Korrektheit" ist out. Die Nebelschwaden lichten sich. "Freisetzungen" von Arbeitern heißen wieder Entlassungen. "Liquiditätsengpässe" wieder Schulden oder gar Pleite. Auch der Landesverband NRW der Linken hat schon begonnen, Klartext zu reden. Soziale Unruhen ruft die Linke, Beseitigung des Kapitalismus, Gefahr von sozialen Unruhen echot die Linke in der SPD, warnt der DGB am 1. Mai. Auch der Generalkonsul der Türkei in Düsseldorf legt die falsche Scham ab und beschimpft die Deutschen in deren Land er zu Gast ist, pauschal als Nazis, die alle Türken am liebsten eine Tätowierung mit der Aufschrift "T" aufdrücken wollten.
Doch die Krise ist auch unsere Chance. Legen auch wir die falsche Scham ab und nennen Unruhestiftung und Volksverhetzung nicht länger Meinungsäußerungen und Ausrutscher, sondern Anschläge auf den sozialen Frieden und die Demokratie.<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 14. Mai 2010: >>**Deutsche, laßt den Schuldkult!**
Der Italo-Marxist Losurdo

Christian Dorn

Ist Deutschland als "verspätete Nation" verurteilt, auf ewig dem Verdacht eines "Sonderwegs" ausgesetzt zu sein? Oft ertönt dieser Vorwurf gerade aus dem Lager der Linken, dem jede Regung nationaler Selbstvergewisserung wie die neuerliche Empfängnis des "noch fruchtbaren Schoßes" erscheint.

Eine bemerkenswerte Ausnahme macht hier die luzide Schrift des linken italienischen Geschichtsphilosophen Domenico Losurdo. Er legt kurz und schlüssig dar, daß es sich beim Stereotyp vom "deutschen Sonderweg" um "idealistischen, reaktionären Unsinn" handelt. Denn, so Losurdo, "wir können zwar sagen, daß das deutsche Volk einzigartig ist, aber das gilt ebenso für alle anderen Völker". Es ist eine Absage an Günter Grass' Verdikt: "Deutschland denken heißt Auschwitz denken". Wie dieser verdrängt auch ein Teil der politischen Elite, daß der Faschismus keine exklusiv deutsche Erscheinung war. Vielmehr, so die Vermutung Losurdos, diene der Vorwurf vom "deutschen Sonderweg" dazu, der Bundesrepublik gegenüber den USA und Israel eine Vasallenrolle aufzunötigen.

Fatalerweise werde dies durch "eine gewisse Linke" befördert, die den Begriff der Nation nur dann wiederentdecke, "wenn es sich um die pauschale Verurteilung der Deutschen handelt". Dabei habe Karl Liebknecht 1913 die "Vaterlandslosigkeit" und den "vollkommenen Apatriotismus" gerade des Kapitals als ein Gebaren angeprangert, "das an Hoch- und Landesverrat mindestens grenzt".

Nicht zufällig seien auch Lenin und Gramsci als "große Theoretiker der Hegemonie gleichzeitig die beiden großen Theoretiker der nationalen Frage" gewesen. Indem Losurdo zudem den Massenmörder Mao Tse-tung oder Ho Chi Minh und Fidel Castro als Gewährsleute anführt, läuft er Gefahr, das Kind mit dem Bade auszuschütten.

Das aber wäre schade, denn seine faktenreiche Auflistung der insbesondere US-amerikanischen Einflüsse auf den Rassismus des Dritten Reiches sind schwerwiegend. Dies gilt - neben dem Modell der "white supremacy" - auch für die importierte Figur des "Untermenschen", die 1922 vom Eugeniker Lothrop Stoddard in dessen Schrift "The Revolt against Civilization. The Menace of the Under Man" eingeführt wurde. Alfred Rosenberg bewunderte diese Klarheit mehrfach.

In seinem "Mythus des 20. Jahrhunderts" feierte er die USA als Vorbild: als ein Land, dem das Verdienst zukomme, den "neuen Rassestaatsgedanken" formuliert zu haben, den es jetzt nur noch praktisch umzusetzen gelte.

Domenico Losurdo: Die Deutschen. Der Sonderweg eines unverbesserlichen Volkes? Compact-Reihe Nr. 15. Kai Homilius Verlag, Berlin 2010. …<

Der italienische Geschichtsphilosoph und Publizist Domenico Losurdo (1941-2018) berichtete im Jahre 2010 in seinem Buch "Die Deutschen. Sonderweg eines unverbesserlichen Volkes?" über die Ideologie des "neuen amerikanischen Jahrhunderts" (x318/80-82): >>… Und heute? … (Wir) haben jetzt die Ideologie des "neuen amerikanischen Jahrhunderts", die von führenden Kreisen und Gruppen propagiert wird. Ganz offen wird propagiert, die USA, das von Gott "auserwählte Volk", habe das Recht, ihr Weltreich allen anderen aufzuzwingen, indem sie das internationale Recht verletzen und überall in der Welt intervenieren, auch unter Rekurs auf den präventiven Krieg und ohne zu zögern, mit der Atomwaffe zu drohen und sie im Notfall auch einzusetzen. Und diese Ideologie ist trotz der immer offensichtlicheren Krise des amerikanischen Imperialismus und der Wahl eines Farbigen in das Weiße Haus nicht verschwunden.

In dieser Lage ist der von der Zerstörung der Vernunft formulierte Aufgabe dringlicher denn je. Die Geschichte der Vereinigten Staaten muß gründlich neu durchdacht und neu geschrieben werden. Ohne historische Begründung, schwach und sogar beunruhigend auf theoretischer Ebene (aufgrund der Tendenz vom Gebiet der objektiven Widersprüche auf das des angebli-

chen Völkerpsychologie abzurutschen), ist das hartnäckige Heraufbeschwören des Schreckbildes vom deutschen Sonderweg auf politischer Ebene katastrophal.

5. Selbstgeißelung und Gefahr der indirekten Förderung des Chauvinismus

Trotz der reichen demokratischen und revolutionären Tradition Deutschlands gibt es immer noch Leute, die den Mythos eines ewig unverbesserlichen deutschen Volkes verbreiten und damit Deutschland erpressen wollen, um ihm jede Unabhängigkeit im Vergleich zur Außenpolitik Amerikas und Israel unmöglich zu machen.

Nur so läßt sich die plumpe Agitation der Anti-Deutschen und der internationale Erfolg des Buches des amerikanischen Historiker Daniel J. Goldhagen erklären. Dieser bezeichnet darin den Antisemitismus und sogar den "Vernichtungs-Antisemitismus" als eine "allgemeine Charakteristik des deutschen Volkes".

Vollkommen verschwiegen werden die fürchterliche Repression und der grausame Bürgerkrieg, den die Nazibanden gegen die deutschen Antifaschisten entfesselten. Auf diese Weise wird Hitler zum Protagonisten "einer friedlichen Revolution, der das deutsche Volk bereitwillig zustimmt". Paradoxerweise wird hier ein in der Propaganda des Dritten Reiches häufig wiederkehrendes Motiv aufgenommen. Goldhagens These baut auf kolossalen Verdrängungen auf. Im Personenregister seines Buches sind weder Hermann Cohen noch Henry Ford verzeichnet, noch kommen die Namen der exaltiertesten US-amerikanischen Antisemiten vor, die vor Hitler die "Vernichtung" (extermination) der Juden fordern, um die notwendige "Desinfizierung" (disinfection) der Gesellschaft zu realisieren.

Unaufhörlich unterstreicht der amerikanische Historiker den Massenkonsens in Deutschland für die Judenverfolgungen. Die auf die "Endlösung" hinausliefen. Man könnte sich aber auch fragen, auf welchem Konsens in den Vereinigten Staaten die Einsperrung der Staatsbürger japanischer Herkunft in Konzentrationslagern und die Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki beruhten? Vor allem: Welchen Konsens fand der Rassismus, der in Amerika die Deportation, die Dezimierung oder die Vernichtung der Indianer und der Versklavung und die Unterdrückung der Schwarzen auch nach der formellen Abschaffung der Sklaverei noch mitten im 20. Jahrhundert rechtfertigte?

Wollte man wie Goldhagen argumentieren, so könnte man sagen, daß der "Versklavungs-Rassismus", was die Schwarzen betrifft, und der "Vernichtungs-Rassismus", was die Indianer betrifft, eine "allgemeine Charakteristik des amerikanischen Volkes" sind.

Goldhagens Buch hat auch in Deutschland einen großen Erfolg erzielt. …

Paradoxer Weise läuft die wahllose Selbstgeißelung des deutschen Volkes darauf hinaus, das gute Gewissen und den Chauvinismus nicht nur der Vereinigten Staaten, sondern auch der reaktionärsten Kreise Deutschlands zu bestärken, die die Beteiligung an den von den USA geführten Krieges mir dem Argument propagieren, man müsse ein für alle Mal mit dem verfluchten deutschen Sonderweg brechen! …<<

Der deutsche Jurist Konrad Löw schrieb am 1. Januar 2011 in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" (x887/...): >>**Falsche Moralapostel beherrschen die Szene**

Es gehört zu den elementarsten und unumstrittensten Einsichten von Justiz und Moralphilosophie, daß es keine kollektive Schuld gibt. Vielmehr sind Schuld und Verdienst höchstpersönlich. Nur Diktaturen - nicht zuletzt der Nationalsozialismus - haben mit kollektiver Schuld ganzer Gruppen und Völker argumentiert. Dennoch wird in Deutschland seit einigen Jahren in einer Weise von "deutscher" Schuld gesprochen, die stark zu einem Kollektivschuldvorwurf tendiert. Als Jurist und Politologe habe ich es mir zur Aufgabe gemacht, diesem Phänomen auf den Grund zu gehen und - da es ersichtlich schlecht begründet ist - ihm auch die Stirn zu bieten. ...

Mit großer Dankbarkeit bekunde ich, daß der Olzog Verlag meine umfassende Sammlung der einschlägigen Zeitzeugnisse unter dem Titel "Deutsche Schuld 1933 bis 1945? Die ignorierten

Antworten der Zeitzeugen" veröffentlicht hat. Dazu gehört Mut. Denn es ist doch kein Zufall, daß diese Zeugen weithin unberücksichtigt geblieben sind, worauf ich in meinem Text ausführlich eingehe. Nicht minder groß ist meine Freude, daß sich sowohl Klaus von Dohnanyi als auch Alfred Grosser bereit fanden, das Manuskript mit einem Beitrag aufzuwerten.
In dem genannten Buch weise ich nach, wie vielfältig die Angriffe auf die Deutschen sind und wie sie nicht abnehmen, sondern volle zwei Generationen nach dem Ende der NS-Diktatur an Gewicht zunehmen. Darf man diese Entwicklung gleichgültig hinnehmen? Immer wieder denke ich darüber nach und komme zu einem entschiedenen Nein. Dazu verpflichten mich meine "Verantwortung vor Gott und den Menschen", um das Grundgesetz zu zitieren. Ich denke dabei an die Zehn Gebote, "Du sollst Vater und Mutter - also die Vorfahren - ehren", "Du sollst kein falsches Zeugnis geben wider Deinen Nächsten" und an das Verfassungsgebot: "Die Würde des Menschen ist unantastbar" - wir haben sie zu schützen.
Das Buch dient nicht der höheren Ehre des deutschen Volkes. Es beweist nur, wie ich meine, und dieses nur ist sehr viel, daß die große Mehrheit Hitlers Antisemitismus nicht verinnerlicht und nicht akzeptiert hat. Darin stimmen so gut wie alle Zeitzeugen überein. Das ist das Neue, die Sensation gleichsam. Doch auch die Gegenstimmen werden erwähnt.
Natürlich wäre es beglückend, wenn die Zahl der Helden größer gewesen wäre. Das Buch zeigt aber auch anhand der großen Werke der Ethik, daß Heroismus keine moralische Pflicht ist. Wer ihn lebt, verdient unsere Bewunderung. Wir sollten ihm nacheifern. Wer aber mit Blick auf die Menschen in einer brutalen Diktatur das Fehlen des Heroismus tadelt und zugleich Angst hat, in einer freien Gesellschaft einfache Wahrheiten gegen die Vorgaben der Political Correctness zu verteidigen, gleicht einem Moralapostel, der den rechten Weg weist, ohne ihn selbst zu gehen. Solche Figuren beherrschen heute die Szene. ...<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 11. März 2011: >>Geschichtspolitik als Herrschaftsinstrument

Die Canossa-Republik

Im Herbst 1989 veröffentlichte Johannes Gross den Band "Phönix in Asche" mit Essays zur deutschen Politik kurz vor der Wende jenes Jahres. Der Autor fragte, warum der deutsche "Phönix" 45 Jahre nach der Katastrophe noch immer "im Nest" hocke. Der kluge Konservative konstatierte einen unverkennbaren "Substanzverlust der deutschen Politik, der durch Moralisieren aufgefüllt wird", durch eine eigentümlich ritualisierte Reue. Und dann fielen Sätze wie Hammerschläge: "Die Verwaltung der deutschen Schuld und die Pflege des deutschen Schuldbewußtseins sind ein Herrschaftsinstrument. Es liegt in der Hand aller, die Herrschaft über die Deutschen ausüben wollen, drinnen wie draußen."
Wie war es dazu gekommen? Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges war dieser ideologische Krieg in seine zweite, politische Runde gegangen. Das Ziel der Sowjetunion war die Durchsetzung des "Antifaschismus" sowjetmarxistischer Prägung im besiegten Deutschland. Die Vereinigten Staaten begannen ihr Programm der Umerziehung der Deutschen – weg von ihren sogenannten autoritären und militaristischen Traditionen hin zu den westlichen Werten der Demokratie und des Individualismus. …
Die "Kritische Theorie" der Frankfurter Schule trat ihren Höhenflug an, deren Strategen und Adepten mit ihrer sozialistischen und egalitären Leitideologie nicht weniger anstrebten als eine Um- oder Neugründung der Bundesrepublik.
Entsprechende Meinungskartelle breiteten sich in der Medienlandschaft aus, "fortschrittliche" Pädagogen und Theologen der Nachkriegsgeneration bildeten bald ihren Massenanhang. "Vergangenheitsbewältigende" Psychotherapeuten wie Alexander Mitscherlich mit seinem einflußreichen Buch "Die Unfähigkeit zu trauern" (1967) erzeugten in der Studentenbewegung zeitweise einen wahren Schuldkult. …
Welchen Eindruck diese eigentümliche "deutsche" Geschichtspolitik bei Ausländern mit hi-

storisch-politischer Bildung und moralischer Sensibilität hervorruft, zeigte die Rede, die der Präsident Estlands, Lennart Meri, zum Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 1995 auf Einladung der Bundesregierung in Berlin hielt. Ihre zentralen Sätze lauteten:
"Deutschland ist eine Art Canossa-Republik geworden, eine Republik der Reue. Aber wenn man die Moral zur Schau stellt, riskiert man, nicht ernst genommen zu werden. ... Für mich als Este ist kaum nachzuvollziehen, warum die Deutschen ihre eigene Geschichte so tabuisieren, daß es enorm schwierig ist, über das Unrecht zu publizieren und zu diskutieren, das Deutschen angetan wurde, ohne schief angesehen zu werden – aber nicht von Esten und Finnen, sondern von Deutschen selbst."
Es verwunderte nicht, daß Meris Berliner Rede vom deutschen Establishment kühl aufgenommen wurde, denn dieser kluge Freund der Deutschen legte die Finger in die geistigen Wunden des großen Volkes in Mitteleuropa, das 1945 die schwerste Katastrophe seiner Geschichte erlitten hatte: sein so häufiges politisches Unvermögen, von dem seine Geschichte immer wieder berichtet, und seine kompensatorische Neigung zur Flucht in hypermoralische Praxis und lautstarke moralische Betroffenheit. Dagegen postulierte Meri, daß gute und erfolgreiche Politik nur mit Selbstachtung betrieben werden kann, ohne Tabuisierung der eigenen Geschichte und Tradition.<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 3. März 2012 (x887/...):
>>**Gezielt manipuliert**
Wem die Auslöschung der Nationen dient
Wer sich als Zeitgenosse versteht, der die Ereignisse in der Welt zunehmend mit ungläubigem Staunen verfolgt, dem sei das Buch "Neue Weltordnung" als praktischer Ratgeber empfohlen. Darin geht der Autor Manfred Kleine-Hartlage zielgerichtet und prägnant der Frage nach, ob es sich um einen Zukunftsplan oder eine weitere Verschwörungstheorie handelt. Und hebt hervor, welche Auswirkungen und Veränderungen dies auf Völker, Familie und Religionen zeitigt. Dabei wird deutlich, daß manches Ereignis einer diskreten "Regieanweisung" folgt.
Lesern, die dazu neigen, einer Verschwörung das Wort zu reden, ruft der Autor einen Satz von Angela Merkel in Erinnerung. Anläßlich der Festivitäten 2009 zum Fall der Mauer stimmte die deutsche Kanzlerin den aufmerksamen Zuhörer nachdenklich: "... sind Nationalstaaten bereit und fähig dazu, Kompetenzen an multilaterale Organisationen abzugeben, koste es, was es wolle."
Wo so eindeutig Klartext geredet wird, erübrigt sich der Verdacht im Verborgenen agierender dunkler Mächte. Aus dem Buch wird denn auch ersichtlich, wo die Vordenker der "New World Order" angesiedelt sind. Der Leser erfährt unter anderem, welche Staaten die One-World-Apologeten ungeschoren davonkommen lassen beziehungsweise wer ihren Unwillen erregt und damit militärische Interventionen hervorruft.
Einen weiteren Erkenntnisgewinn beschert Kleine-Hartlage, indem er Roß und Reiter benennt, die die "Neue Weltordnung" quasi "alternativlos" unters Volk bringen. So erfährt man neben anderen Akteuren auch etwas über die Aktivität der damit befaßten Stiftungen, darunter auch die Atlantik-Brücke, die erfolgversprechende Nachwuchspolitiker aus den USA und Deutschland zusammenführt.
Wer nun meint, da eröffne sich eine neue Ära im internationalen Beziehungsgeflecht, wird rasch eines Besseren belehrt. Erste Schritte zu dieser staatliche Grenzen überschreitenden Politik wurden vor mehr als 100 Jahren eingeleitet. Der aus dem Völkerbund hervorgegangenen Uno sollten weitere supranationale Organisationen folgen: IWF und Weltbank für das globale Finanzsystem sowie die Welthandelsorganisation zwecks Abbau lästiger Zollschranken. Aber auch EU, Nato und der Internationale Strafgerichtshof gehören in diese Kategorie.
Gemeinsam ist allen, daß sie es verstanden haben, die ihnen angehörenden Mitgliedsländer auf einen Wertekanon einzuschwören, und es parallel dazu fertigbrachten, die politische Klas-

se der einzelnen Staaten zu bewegen, ihre Rechte zu übertragen. Werden dort doch gebetsmühlenartig Begriffe postuliert wie Menschenrechte und friedliches Zusammenleben, mit denen sich ein jeder Weltbürger gern identifiziert. Aber führt all dies zu mehr individuellen Freiräumen? …<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 13. Oktober 2012 (x887/...): >>**Wider die Wirklichkeitsverweigerung**

Der bürgerliche Soziologe Helmut Schelsky plädierte dafür, sich von Sachgesetzen statt von Ideologien leiten zu lassen

In Zeiten, in denen die Finanztöpfe für eine Heerschar von Wissenschaftlern, Journalisten und Kulturschaffenden aus "Kampf gegen Rechts", "Gender Mainstream" oder einer ineffektiven "Entwicklungshilfe" bestehen und die geistige Korruption entsprechend um sich greift, wären Soziologen vom Schlage Schelskys wichtiger denn je. Am 14. Oktober wäre der gebürtige Chemnitzer 100 Jahre alt geworden. …

Für Schelsky gab es zwei Arten, Demokrat zu sein; erstens eine, bei der Demokratie für sich in Anspruch genommen wird, um sie anderen um die Ohren zu hauen; zweitens eine, die gelebt werden muß durch Respekt vor Andersdenkenden. Letzteres werde seltener. Darauf hätte sich die in den 1960er Jahren geborene Generation einzustellen, sie müsse "in den Untergrund gegenüber der herrschenden Publizität, Politisierung, Verschulung und Verwaltung" gehen. "Eine neue Front des langen Atems" sei nötig, "das kulturelle Erbe zu retten".

Schelsky war zur Zeit der Planungseuphorie Planungsbeauftragter für die Reformuniversität Bielefeld. Diese Tätigkeit war Schelsky Ansporn, der Betreuung und Beplanung von Menschen soziologisch nachzugehen. Das war Teil einer "Suche nach Wirklichkeit", wie sie Schelsky 1965 zum Titel seiner Schlüsseltexte erhöhte.

1973 referierte Schelsky dann zum Thema "Der selbständige und der betreute Mensch", ein ganzer CSU-Parteitag jubelte ihm zu. Der unter diesem Titel erschienene Band analysiert die heute Political Correctness genannte "Sprachherrschaft", auch das "geborgte Elend", mit dem eine wachsende Schar Linksintellektueller für immer mehr Umverteilung sorge, vor allem für sich selber. Die mit dieser Stoßrichtung 1975 vorgelegte Monographie "Die Arbeit tun die anderen" wurde zum Bestseller.

Fachlich widmete sich Schelsky damals zunehmend der Rechtssoziologie. Er wollte die Bedingungen personaler Freiheit in Staat und Organisationen klären. Die Jurisprudenz dürfe sich nicht durch Politisierung außerjuristische Maßstäbe zu eigen machen. Das war vor allem gegen die Diskursethik von Jürgen Habermas gerichtet. Die Politisierung des Beamtentums war Schelsky nichts anderes als parteipolitische Ämterpatronage. Daß die Entfremdung von gewaltenteiligen Prinzipien unterhalb der Schwelle des rechtlich Greifbaren ablief, war Schelsky zu betonen wichtig. Denn hier fand die Schutzbehauptung ihren Ausgang, die angestellten Analysen seien wenig greifbar und sollten nicht wichtig genommen werden.

Schon länger ging es Schelsky um die Beachtung von Sachgesetzlichkeiten. Er schrieb 1961 die Abhandlung "Der Mensch in der wissenschaftlichen Zivilisation", die zum Abstraktesten gehört, was er aufbot. Um so leichter konnten Kritiker Gegenbeispiele anmelden, die aufzeigen sollten, wo überall Demokratie oder Politisierung sinnvoll zum Zuge kommen sollten, statt auf Sachgesetze zu pochen. Der theoretische Gehalt ist allerdings schwer abweisbar: Wenn Sachgesetze durch Politisierung einfach überstimmt werden, wachsen sie wie Geschwüre. Abzulesen ist das an steigenden Staatsschulden. Auch die Einführung des Euros ließe sich als politisch motivierte Ignoranz gegenüber rechtzeitig angemeldeten Sachgesetzlichkeiten deuten. …

Der Verfasser dieses Beitrags ist Autor des Buches "Helmut Schelsky - Wider die Wirklichkeitsverweigerung. Leben, Werk, Aktualität" … München 2012.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 23. März 2013 (x887/...):

>>**Spitzenjournalisten auf Linie**
Studie untersuchte, was Medienmacher antreibt und deckte heikle Verbindungen auf
Die Medien gelten als vierte Gewalt im Staat. Starke Zweifel an der Funktion von Medien als Kontrollinstanz der Macht kann allerdings eine Studie wecken, die an der Universität Leipzig erstellt wurde. Brisanter Inhalt der auch unter dem Titel "Meinungsmacht" in Buchform erschienene Analyse des Medienwissenschaftlers Uwe Krüger: die Einbindung deutscher Spitzenjournalisten in Machtzirkel der Eliten.
Für die Untersuchung wurde die soziale Umgebung von 219 leitenden Redakteuren führender deutscher Medien unter die Lupe genommen. Das Ergebnis: Ein Drittel der Redakteure unterhielt - außerhalb ihrer direkten journalistischen Aufgaben - informelle Kontakte zu Machtzirkeln der Politik- und Wirtschaftseliten in Deutschland. Konkret waren 64 Journalisten häufig in Organisationen wie der "Atlantik-Brücke", der Münchner Sicherheitskonferenz, der Trilateralen Kommission und der Bilderberger anzutreffen.
Nicht um berufliche Pflichten wie Recherchen oder Interviews zu verfolgen, sondern eher als Teilnehmer der Treffen. Vom neutralen Beobachter sind die Journalisten quasi ins Lager der politischen Akteure gewechselt. Problematisch ist dabei nicht nur, daß dieser Seitenwechsel den Medienkonsumenten nicht mitgeteilt wird, sondern daß dies auch einen nachweisbaren Einfluß auf die Berichterstattung hat.
Ausgerechnet vier leitende Außenpolitik-Journalisten der deutschlandweit führenden Printmedien - "Frankfurter Allgemeine Zeitung", "Süddeutsche Zeitung", "Die Welt" und "Die Zeit" - waren alle im selben US- und Nato-affinen Elitenmilieu unterwegs. Nicht nur das:
Bei scheinbar politisch so grundverschieden ausgerichteten Zeitungen sollten eigentlich weit voneinander abweichende Meinungsbilder zu erwarten sein, doch das Gegenteil war der Fall. Wenn es um Themen wie Außen- und Sicherheitspolitik, die Nato oder den Afghanistan-Krieg ging, konnte der Medienwissenschaftler einen auffallenden Gleichklang von Journalisten … nachweisen.
Konkret festgemacht wurde dies am sogenannten "erweiterten Sicherheitsbegriff", für den symbolhaft die umstrittene Aussage des ehemaligen Verteidigungsministers Peter Struck, SPD, stehen kann: "Deutschland wird auch am Hindukusch verteidigt." Während die Mehrheit der Bevölkerung mit diesem stark ausgeweiteten Begriff von Verteidigungspolitik ein Problem hat, herrschte in der untersuchten Berichterstattung der vier Spitzenjournalisten die - stark an die USA angelehnte - Sichtweise von Sicherheitspolitik vor. Naheliegend ist die Erklärung, daß sich eine erstaunliche Zahl von Journalisten direkt von sicherheitspolitischen Eliten beeinflussen läßt - im Klartext, "einspannen" läßt.
Der Medienwissenschaftler Krüger hält aber noch eine andere Deutung für möglich. "Journalisten mit Eliten-kompatiblen Meinungen haben bessere Chancen, Karriere zu machen, denn sie können im eigenen Haus und in der Branche mit exklusiven Informationen und hochrangigen Interviewpartnern punkten."
Problematisch sei aber, daß diese Verbundenheit der Journalisten mit Machtzirkeln in der Berichterstattung nicht transparent gemacht wird. Zumindest im Regelfall. Beim Springer Verlag werden Redakteure ganz offen mit Hilfe von Unternehmensgrundsätzen, die in den Arbeitsverträgen enthalten sind, unter anderem auf die "Unterstützung des transatlantischen Bündnisses" verpflichtet. Unverblümt ist auch die Parteinahme, auf die Krüger im Zuge seiner Untersuchung beim ZDF gestoßen ist. Im Präsidium der "Deutschen Atlantischen Gesellschaft", einer Organisation, die Lobbyarbeit für die Nato betreibt, war ein Außenpolitik-Ressortleiter des Fernsehsenders aktiv. Scheinbar ebenso wenig Wert auf den Anschein journalistischer Neutralität legte ein ZDF-Hauptstadtstudioleiter. Er saß im Beirat der Bundesakademie für Sicherheitspolitik, einer Einrichtung der Bundesregierung.<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 30. November 2013: >>**Willkom-**

men in der Neusprech-Diktatur

Die nächste Stadt ergibt sich dem Neusprech: Auch Halle an der Saale wird bald eine sprachpolizeiliche Verordnung für städtische Veröffentlichungen beschließen. Am vergangenen Mittwoch verwies der Stadtrat einen fraktionsübergreifenden Antrag "zur Vermeidung von Geschlechterstereotypen" in die Ausschüsse.

Da die verbotsfreudigen Fraktionen von Grünen, Linken, SPD und Neuem Forum die Mehrheit im Stadtrat haben und hinter dem Antrag stehen, wird diese Verordnung kommen. Dann werden etwa Wörter wie "Lehrer" und "Lehrerin" verboten und durch "Lehrkraft" ersetzt. Auch das "Rednerpult" wird es nicht mehr geben, es wird daraus das "Redepult". Aus Tagesmüttern werden "Tagesmütter und Tagesväter". …

Die Staatsideologie des sogenannten "Gender Mainstreamings" wird von der Europäischen Union über Bund und Länder bis hinunter auf die kommunale Ebene durchgedrückt. Einen solch breiten Versuch der staatlichen Sprachregelung hat es in Deutschland seit Joseph Goebbels nicht mehr gegeben. Wesentliche Grundlage dafür ist die "Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene" von 2006, finanziert von der EU-Kommission und beschlossen vom "Rat der Gemeinden und Regionen Europas". …

Es wäre zum Lachen, wenn nicht ein systematischer Plan hinter der Sprachlenkung stände. Daher bricht diese Vergewaltigung der deutschen Sprache nicht an ihrer Lächerlichkeit zusammen. Wer beendet daher diesen Blödsinn? Wird die nachfolgende Generation derart behindert sprechen müssen, weil sie es nicht mehr anders, besser kennt? Das ist fürwahr eine gruselige Zukunftsaussicht. …<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Jahre 2013 im COMPACT-Spezial Nr. 3 (x349/27-29): >>**Schöne neue Welt**

_ von *Jürgen Elsässer*

Die Achtundsechziger haben den übersteigerten Individualismus zum Leitbild der Gesellschaft gemacht. Die Familie, aber auch andere Formen des sozialen Miteinanders bleiben auf der Strecke. Der Mensch wurde dadurch nicht freier, sondern einsamer.

Im Fernsehen, im Kino, in den Zeitungen wird seit einigen Jahren im fröhlichen Gleichklang dieselbe Melodie intoniert: Individualismus ist die höchste Tugend, und jede Form von Kollektivität steht unter Faschismusverdacht.

Familie gilt als die Brutstätte von Neurosen, Psychosen und autoritären Charakteren; Religion und Kirche sind Synonyme für Mittelalter und Fundamentalismus; Vereine haben meist einen Stammtisch und sind auch sonst mega-out; Gewerkschaften wollen alle in Tarifverträge zwingen.

Der wirklich freie Mensch, so die Botschaft, ist hip, wechselt ständig sein Aktiendepot, seinen Lebensabschnittspartner und seine sexuelle Orientierung.

High sein, frei sein

Diese Einstellung entwickelte sich erst in der Folge von 1968, mit der Entstehung einer Neuen Linken. Von dem, was man vorher als links bezeichnet hatte, egal ob Sozialdemokraten oder Kommunisten, grenzten sich die revoluzzenden Bürgersöhnchen ab, bei ihnen jagte eine verrückte Mode die nächste: In den siebziger Jahren wollten die Maoisten die Sowjetunion und die Feministinnen die Männer bekämpfen.

In den achtziger Jahren kamen die Grünen von der Öko-Diät auf die Öko-Diäten, und in besetzten Häusern nisteten sich Frascati-Spießer ein, dagegen machten pädophile Indianerkommunen sowie die Punks samt ihrer Straßenköter mobil. In den neunziger Jahren gab’s statt der Invasion von der Vega die Invasion der Veganer, aus irgendeinem Paralleluniversum flogen die Transsexuellen ein, die Poplinken legten mit abgedrehten Disko-Diskursen los. Die einen fragten "Wie oft hast du Gender pro Woche?", die anderen hielten Heterosex ("Penetration ") per se für Vergewaltigung. Im neulinken Feuchtbiotop gediehen alle Perversionen.

Während die "alte" Linke das Los der "Arbeiterklasse " verbessern wollte (ein guter Vorsatz, dessen praktische Ergebnisse hier nicht weiter bewertet werden sollen), kaprizierten sich die Achtundsechziger auf alle möglichen Randgruppen. Sie propagierten nicht die ökonomische, sondern die kulturelle Revolution - zur Freude der Konsumindustrie, die sich neue Absatzmärkte erschloß.
"Hier eine Kurzübersicht von Dingen, die in den letzten fünfzig Jahren als subversiv galten: Rauchen, lange Haare bei Männern, kurze Haare bei Frauen, Bärte, Miniröcke, Bikinis, Heroin, Jazz, Rock, Punk, Minderheiten-Kult.
Die Vordenker der Neuen Linken kommen mehrheitlich aus der Schule der neuen französischen Philosophen: Guy Debord, Felix Guattari, Jean-Francois, Gilles Deleuze, Jacques Derrida und vor allem Michel Foucault.
Über die Prinzipien - besser: die Prinzipienlosigkeit - seines "vagabundierenden Denkens" schreibt Letzterer schwurbelig: "Gib dem Vorzug, was positiv ist und multipel, der Differenz vor der Uniformität, den Strömen vor den Einheiten, den mobilen Anordnungen vor den Systemen! Glaube daran, daß das Produktive nicht seßhaft ist, sondern nomadisch!"
Das Loblied auf die Differenz führte die Achtundsechziger konsequent zu einer Ablehnung der "uniformierten" Bevölkerungsmehrheit.
Statt dessen sollte die Gesellschaft mit einem Patchwork der Minderheiten - so ein früher Bestseller von Lyotard - umgestaltet werden. "Was sich abzeichnet ist eine (noch zu definierende) Gruppe von heterogenen Räumen, ein großes patchwork aus lauter minoritären Singularitäten ... Diese Bewegung der Zersplitterung betrifft nicht nur die Nationen, sondern auch die Gesellschaften; wichtige neue Gruppierungen treten auf, die in den offiziellen Registern bisher nicht geführt wurden: Frauen, Homosexuelle, Geschiedene, Prostituierte, Enteignete, Gastarbeiter. ...
"Lyotards Aufreihung zeigt, daß die Ablehnung der Mehrheitsgesellschaft ("Zentrum") und die Feindschaft gegenüber der Nation dieselbe Wurzel haben: die Orientierung auf Minderheiten sowie die positive Hervorhebung der Differenz und des "Nomadischen".

Die sexuelle Revolution war keine Befreiung, sie war die Hölle.

Reggae, Rap, Tätowierungen, Achselhaare, Graffiti, Surfen, Motorroller, Piercing, schmale Schlipse, keinen BH tragen, Homosexualität, Marihuana, zerrissene Klamotten, Haargel, Irokesenschnitt, Afrolook, Verhütungsmittel, Postmodernismus, karierte Hosen, Biogemüse, Schnürstiefel, gemischt-rassiger Sex. Heute kann man das alles (vielleicht mit Ausnahme von Achselhaaren und Biogemüse) in einem typischen Britney-Spears-Video finden," karikieren die kanadischen Soziologen Joseph Heath und Andrew Potter den Kostümwechsel der Radikalinskis in ihrem Buch Konsumrebellen. Der Mythos der Gegenkultur (Berlin, 2005).
Nicht vergessen sollte man außerdem den Siegeszug von Marihuana und LSD als den psychedelischen Katalysatoren der angeblichen Befreiung.
Süffisant kommentieren Heath und Potter: "Nur wer schon völlig zugedröhnt ist, kann ernsthaft der Meinung sein, Marihuana befreie das Bewußtsein. Sonst müßte er wissen, daß Kiffer die größten Langweiler sind."

Die Libido-Hölle

Im Zentrum des Freiheitsbegriffs der Achtundsechziger steht die Befreiung der Libido. Der Lustgewinn war kurz, der Katzenjammer lang. "Die sexuelle Revolution hat ... letztlich alle traditionellen gesellschaftlichen Normen zerstört, von denen die Geschlechterverhältnisse beherrscht wurden; sie hat sie aber nicht durch neue ersetzt. Sie hinterließ ein Vakuum.
Unsere eigene Generation, die Ende der siebziger Jahre erwachsen wurde, war deshalb gezwungen, ihren eigenen Weg durch die vertrackten Probleme der Adoleszenz zu finden. Das war keine Befreiung, es war die Hölle," schreiben Heath und Potter. Wie entfesselter Individualismus jede Form von kollektiver Geborgenheit vernichtet und die Gesellschaft in Elemen-

tarteilchen auflöst, berichtet auch der französische Bestsellerautor Michel Houellebecq in seinem gleichnamigen Roman.
"Viele Jahre später sollte Bruno feststellen, daß die Welt der Kleinbürger, die Welt der Angestellten und mittleren Beamten toleranter, liebenswürdiger und aufgeschlossener ist als die Welt der Aussteiger, der am Rande der Gesellschaft lebenden jungen Leute, die damals durch die Hippies verkörpert wurden. "Ich kann mich als ehrbarer Angestellter verkleiden und von ihnen akzeptiert werden", sagte Bruno gern. "Dafür brauche ich nur einen Anzug, eine Krawatte und ein Oberhemd zu kaufen - das ganze für 800 Francs im Schlußverkauf bei C&A. … Dagegen würde es mir nichts nützen, mich als Aussteiger zu verkleiden: dafür bin ich weder jung, noch schön, noch cool genug"."
Parolen wie "Wir wollen alles, und zwar sofort" oder "Es ist verboten zu verbieten" klangen 1968 anarchistisch. Die Jugend wollte sich nicht mehr vorschreiben lassen, wie lang die Haare zu sein haben, wann der richtige Zeitpunkt für das Erste Mal gekommen ist und welche Schallplatten man hören darf. Der von Eltern und Großeltern gepredigte Verzicht war out - für Kirche, Kapital und Vaterland wollten die Teenager auf gar nichts mehr verzichten, und dafür hatten sie durchaus auch gute Argumente.
Doch wie immer machte auch in diesem Fall die Dosis den Unterschied zwischen Medizin und Gift. Die immer weitergehende Entfesselung der Triebe zerfraß auch jene Formen von Mitmenschlichkeit und Nächstenliebe, die die Grundlage jeder solidarischen Gesellschaft bilden. Houellebecq fragt: "Warum hat sich das sozialdemokratische schwedische Modell nie gegenüber dem liberalen Modell durchsetzen können?" Seine Antwort: "Die Lösung der Utopisten - von Platon über Fourier bis hin zu Huxley - besteht darin, die sinnliche Begierde und das Leiden, das damit verbunden ist, zu stillen, indem sie deren unmittelbare Befriedigung organisieren.
Die eros- und werbungsorientierte Gesellschaft, in der wir leben, ist dagegen bestrebt, die sinnliche Begierde in unerhörtem Ausmaß zu fördern ... Für das reibungslose Funktionieren der Gesellschaft, für das Weiterbestehen des Wettbewerbs, ist es erforderlich, daß die sinnliche Begierde zunimmt, sich ausbreitet und das Leben der Menschen verzehrt."

Wer bin ich? Und wenn ja, wie viele?

Am Ende steht nicht nur die Atomisierung der Gesellschaft. Vielmehr streben die Postmodernen auch noch eine Zentrifugierung des Individuums selbst an. Michel Foucault, einer der Vordenker dieses Prozesses, schreibt: "Verlange von der Politik nicht die Wiederherstellung der "Rechte" des Individuums, so wie die Philosophie sie definiert hat! Das Individuum ist das Produkt der Macht. Viel nötiger ist es, zu "ent-individualisieren", und zwar mittels Multiplikation und Verschiebung, mittels diverser Kombinationen.
Die Gruppe darf kein organisches Band sein, das hierarchisierte Individuen vereinigt, sondern soll ein dauernder Generator der Ent-Individualisierung sein." Hier wird keineswegs die Vereinzelung der Menschen zu Konsummonaden ("Individualisierung") kritisiert und dagegen zu kollektiver Gegenwehr in Gruppen aufgerufen. Vielmehr soll die Gruppe als Generator Druck ausüben, damit auch noch das Individuum selbst zerspalten wird und sich - je nach Marktlage - beständig selbst "dekonstruiert", gestern als Familienvater, heute also Sado-Maso-Swinger, morgen als verheirateter Schwuler.
Mit der Vorherrschaft der Egomanen und der Zerstörung aller Liebes- und Verwandtschaftsbeziehungen näherten sich, so Houellebecq, die westlichen Gesellschaften der Schönen neuen Welt, die Aldous Huxley in seinem gleichnamigen Roman beschreibt.
"Immer genauere Kontrolle des Zeugungsvorgangs, die eines Tages zur völligen Trennung von Zeugung und Sex und zur künstlichen Fortpflanzung der Menschheit im Labor ... führen wird. Es verschwinden die familiären Beziehungen, die Begriffe Vaterschaft und Abstammung. Und Dank der pharmazeutischen Fortschritte wird es keine Unterschiede zwischen den

verschiedenen Lebensaltern mehr geben.
In der Welt, die Huxley beschreibt, übt ein sechzigjähriger Mann die gleichen Tätigkeiten aus wie ein Zwanzigjähriger, hat die gleiche äußere Erscheinung und die gleichen sinnlichen Begierden wie er. Und wenn es dann nicht mehr möglich ist, gegen den Alterungsprozeß zu kämpfen, stirbt man freiwillig durch selbstbestimmte Euthanasie; sehr diskret, sehr schnell, völlig undramatisch." Houellebecq erinnert daran, daß zwei der Ikonen der späten Achtundsechziger, nämlich Gilles Deleuze und Guy Debord, "ohne triftigen Grund Selbstmord begangen haben, ganz einfach, weil sie die Aussicht ihres körperlichen Verfalls nicht ertragen haben".
Ist das die Welt, in der wir leben wollen?
_ Jürgen Elsässer, Chefredakteur von COMPACT-Magazin, hat über dieses Thema ausführlich in seinem Buch "Angriff der Heuschrecken. Zerstörung der Nationen und globaler Krieg" (Köln, 2008, vergriffen) geschrieben.<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 4. Januar 2014 (x887/...): >>**Verrat an der Freiheit**
Udo Ulfkotte ruft zum Aufstand gegen Politische Korrektheit auf
… Abgesehen davon handelt es sich bei "Politische Korrektheit" aber um ein Buch, das man jedem Bundesbürger zur Pflichtlektüre machen sollte - als Gegengewicht zum tagtäglichen medialen Trommelfeuer der Öko-Gender-Multikulti-Propagandisten. Es kommt nämlich fast wie ein Lexikon daher, in dem sämtliche Tabuthemen abgehandelt werden, zu denen hierzulande Denkverbote oder dümmlich-rigide Sprachvorschriften existieren, welche tatsächlich schon vielfach an das legendäre Orwellsche "Neusprech" gemahnen. …
Danach analysiert Ulfkotte im zweiten Teil den Umgang mit den explosionsartig angewachsenen Tabuthemen aus Politik, Gesellschaft, Justiz, Kultur und Medien und stellt den Propagandafloskeln der politisch-korrekten Schwätzer die ungeschminkte Wahrheit gegenüber. So belegt er zum Beispiel mit konkreten Zahlen, daß die Einwanderung eben alles andere als eine Bereicherung ist, wie nun mittlerweile sogar schon die CDU-Kanzlerin tönt, sondern fast ausschließlich auf einen schier selbstmörderischen Import von Leistungsempfängern hinausläuft. …
Beachtung verdient darüber hinaus auch der Hinweis auf die Gefährdung der Demokratie durch die Politische Korrektheit: Sie verhindere augenscheinlich jedwede Meinungsvielfalt und sei daher ein Symptom für das Herannahen einer politischen Diktatur, die aus der jetzt bereits existierenden Meinungsdiktatur zu erwachsen drohe.
Wer also wider besseren Wissens politisch-korrekt herumschwadroniere, mache sich damit letztlich des Verrats an den grundgesetzlich garantierten Freiheitsrechten schuldig. Deshalb sei Widerstand jetzt die erste Bürgerpflicht. Und somit endet das Buch dann auch folgerichtig mit dem eindringlichen Appell: "Verhalten Sie sich politisch unkorrekt ... Nur dann haben wir die Chance, von einem Volk der Feiglinge wieder zu einem freien Volk der Dichter und Denker zu werden." …<<
Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 17. Februar 2014 (x892/…): >>**Unterrichtsziel: Zerstörung der Familie**
Seit einigen Jahrzehnten haben die revolutionären Gesellschaftsveränderer erkannt, daß der herkömmliche Klassenkampf inzwischen ungeeignet ist, um eine revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft zu erreichen. Deshalb haben sie sich auf die Väter des Kommunismus, wie Marx und Engels, und der französischen Revolution besonnen und konzentrieren sich jetzt auf die Zerstörung der überlieferten Familie. Vorne weg kämpft die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft für die Durchsetzung der Gender Mainstreaming Ideologie in den Köpfen kleiner Kinder. Bereits 2012 veröffentlichte der Baden-Württembergische Landesverband der GEW hierzu Anregungen für die Unterrichtspraxis die einfach unglaublich sind.

Zunächst wird suggeriert, daß 10 Prozent der Bevölkerung homosexuell bzw. bi- und transgender veranlagt ist und deshalb dieser Personengruppe unbedingt Sonderrechte einzuräumen sind. Gesicherte wissenschaftliche Studien gehen davon aus, daß die Zahl derartiger Personen bei unter zwei Prozent liegt. Dieser Personenkreis wird von den Linken dazu mißbraucht, ihre revolutionären Ziele durchzusetzen und zwar durch den Angriff auf die Familie, die als "Hort der Reaktion und des Konservatismus" gilt.
In allen Unterrichtsfächern von der Grundschule bis in die höheren Klassen des Gymnasiums sollen daher "alternative Lebensmodelle" und die Gender Mainstreaming Ideologie unterrichtet werden; selbst die Mathematik bleibt davon nicht verschont. Einen idealen Hebel zur Politisierung der gesamten Lebenswelt - ein Ziel der Linken seit der 1968er Bewegung - haben sie mit der Gender Ideologie gefunden. Diese greift in die intimsten und privatesten Bereiche der menschlichen Persönlichkeit ein und macht alles öffentlich. Die Kinder berichten in der Klasse über die Lebensverhältnisse ihrer Eltern und Geschwister. …
In den weiteren Bausteinen geht es dann darum, diese Einstellungen der Kinder zu verändern und dem Gender Mainstreaming anzupassen. Dadurch werden die Kinder zunehmend verunsichert und ihren Eltern und Familien entfremdet. So atomisierte Individuen sind dann für alle Ideologien zugänglich.
Daß staatliche Institutionen und Regierungen derartige Bestrebungen offen unterstützen und besorgte Eltern als "homophob" denunzieren, wie jetzt in Baden-Württemberg, macht deutlich, daß immer größere Teile des Staates nicht mehr Willens sind, unsere Kinder vor Ideologen zu schützen. …<<
Das politische Magazin "Cicero" berichtete am 17. März 2014: >>**PC-Opfer - Für die neue Rechte ist Deutschland ein totalitärer Staat**
Kolumne: Zwischen den Zeilen. Sie sprechen von "EU-Diktatur", "Ökofaschismus" und "Blockparteien". Die Feinde vermeintlicher political correctness fühlen sich von Gender, Gutmenschen und Europa bedroht. Auf ihrem Marsch durch die Institutionen leidet vor allem die Sprache …
Unlängst hat eine Sprache in die politische Debatte Einzug erhalten, die eine ganz eigene Geschichte von bundesrepublikanischer Realität erzählt. Es sind die Feinde vermeintlicher *political correctness*, die sich von Gender, Gutmenschen und Europa bedroht fühlen. Diese PC-Opfer verstehen sich als Kämpfer gegen eine alles tabuisierende politische Korrektheit. Die Sprache zumindest haben sie längst enttabuisiert: Sie sprechen von "Blockparteien", "gleichgeschalteten Medien", "Tugendterror", "Ökofaschismus", "EU-Diktatur" oder der "EUdSSR".
In ihrer Erzählung wird die Politik beherrscht von Blockparteien, an deren Spitze eine SED-sozialisierte, schwarz lackierte Sozialdemokratin Namens Angela Merkel herrscht. Die Medien sind deren Erfüllungsgehilfen, Grün wählende links-liberale Kampagnenjournalisten. Die politische Kultur ist von Gutmenschen diktiert. Gesteuert wird alles aus Brüssel. Eurodiktatur pur. …
Als phantasiebefreite Satire ist diese Wahrnehmung vielleicht noch erträglich. Doch die PC-Opfer meinen es ernst. Humor ist ihre Sache nicht. Sie zeichnen ein Bild, das der Realität so nahe steht, wie Putin der Demokratie. Würde man sie wörtlich nehmen, dann wäre Deutschland ein durch und durch totalitäres Land - und die gute alte DDR im Vergleich dazu eine Art Feierabenddiktatur.
PC-Opfer sind längst Mainstream
Kein Zweifel: Dieses Land verändert sich. Es darf wieder alles gesagt werden. Die PC-Opfer haben längst die Kommentarspalten, die Anonymität des Netzes, hinter sich gelassen. Heran wächst eine immer lauter werdende Minderheit, die den Stammtisch unlängst ins bundesrepublikanische Festzelt getragen hat. Sie verwenden eine Sprache und jonglieren mit Thesen,

die noch bis vor ein paar Jahren unmöglich in der veröffentlichten Meinung hätten verhandelt werden können. Die Anti-PC-Bewegung hat die Republik enttabuisiert, ohne dabei wirklich ein Tabu zu brechen. …
Es soll nicht nur wieder alles gesagt werden dürfen, sondern auch am besten ohne Widerspruch. Denn obwohl die PC-Opfer alles sagen, beschweren sie sich gleichzeitig über fehlende Meinungsfreiheit. Sarrazin ist die bekannteste Verkörperung dieser Paradoxie. Obwohl er über alle ihm zur Verfügung stehenden Kanäle sendet, fühlt er sich gleichzeitig zensiert und ausgegrenzt. …
Die PC-Opfer-Front verläuft nicht mehr entlang traditioneller, sondern quer durch alle politischen Lager und erinnert in ihrer fundamentalistischen Ausrichtung an die amerikanische Tea-Party-Bewegung.
Ihr politischer Arm ist die AfD. Dort fühlen sich die politisch Inkorrekten zuhause. Gerade jüngere Entwicklungen innerhalb der Partei macht die AfD für PC-Opfer besonders attraktiv. Die Signale sind eindeutig: Parteichef Bernd Lucke verkündete jüngst, er sei kein Liberaler. Liberale Größen wie Dagmar Metzger ziehen sich aus zentralen Positionen der Partei zurück, währenddessen "die Galionsfigur der national-konservativen Szene in Deutschland", Beatrix von Storch, an Einfluß gewinnt. Gleichzeitig rücken Themen wie Familie und Integration immer mehr in den Fokus. …
Interessanter Nebeneffekt dieser Entwicklung: Gemäßigte Linke fangen an, das System zu verteidigen, gegen das sich die Rechte nun positioniert. Linke werden zu Bewahrern. Die reaktionären PC-Opfer werden zur neuen APO. Dabei ist die neue rechte Reaktion sichtlich bemüht, auf ihrem Weg in die gesellschaftliche Mitte so allerhand Rechtes, Linkes und Abgehängtes einzusammeln. Liegen bleibt dabei vor allem eines: die Sprache.<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 25. Mai 2014: >>**Der Selbsthaß blüht**
Der "häßliche Deutsche" lebt. Und es sind die Deutschen selbst, die inzwischen am eifrigsten damit beschäftigt sind, ein Zerrbild ihrer selbst am Leben zu erhalten. Als Nationalneurose wirkt die Kriegspropaganda aus zwei Weltkriegen verinnerlicht in den Köpfen der Besiegten weiter - vom Unbehagen an der eigenen Identität über das Mißtrauen politischer und medialer Eliten gegenüber dem eigenen Volk bis zum manifesten Selbsthaß.
Mit ihrem zynisch-vulgären "Deutschland verrecke!" - "Nie wieder Deutschland!" - "Bomber Harris, do it again!" überschreiten die autoaggressiven National-Borderliner aus der linksextremen "Antifa-Szene" mitunter selbst die Geschmacksgrenzen der linksliberal-postnational sich dünkenden "richtigen Mitte".
Die radikalisierten Bürgerkinder sind in ihrem auf die Spitze getriebenen Nationalmasochismus freilich Fleisch vom Fleische einer politisch-medialen Klasse, in der die Verächtlichmachung des Eigenen und die permanente innere Distanzierung vom eigenen Volk zum guten Ton gehört. Der neue Deutsche ist stolz auf seine vermeintlich weltoffene und kosmopolitische Einstellung.
Deutsche Tugenden im Ausland geschätzt
"Typisch deutsch" gilt in weiten Teilen der Welt noch heute als Ausdruck der Anerkennung. Man schätzt deutsche Tüchtigkeit, Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit, Effizienz - dieser uns immer noch umgebende Ruf ist übrigens von Amerika bis Asien ein wesentliches Argument, deutsche Maschinen, Anlagen, Automobile und Industrieprodukte zu kaufen, mithin ein Grundpfeiler unseres noch immer beachtlichen Wohlstands. Wer Werte schafft, hört solche Komplimente durchaus gern, der diskutierenden Klasse sind sie unangenehm.
Da wird dann barsch zurückgewiesen, was freundlich und höflich gemeint war, und der eifernde deutsche Rechthaber, der sich sein schönes Negativbild vom eigenen Land nicht trüben lassen will, steht auf einmal wieder so da, wie er auf gar keinen Fall sein möchte: "typisch

deutsch".
So typisch deutsch wie jener nachmalige SPD-Chef Oskar Lafontaine, der als Nachwuchssozialist dem aus der Weltkriegsgeneration stammenden Bundeskanzler Helmut Schmidt entgegenhielt, seine "deutschen Tugenden" seien "Sekundärtugenden, mit denen man auch ein KZ leiten" könne.
Da ist er, der Holocaust- und Kriegsschuldkomplex, der jedem deutschen Fluchtreflex aus der eigenen nationalen Identität unausgesprochen zugrunde liegt. Im vergifteten Klima der ersten Nachkriegsjahre gaben junge Deutsche, die in der dänischen, niederländischen oder französischen Provinz umherreisten, sich schon mal als "Österreicher" aus, um Anfeindungen zu entgehen. Der Fluchtreflex hat sich, aller beschworenen Versöhnung zum Trotz, vererbt.
Gravierende politische Konsequenzen
Man könnte geradezu eine Psychotypologie der Deutschen aufstellen, je nach den Völkern, in deren Haut man gerne schlüpfen möchte, um nur ja die eigene, mit dem ewig empfundenen NS-Makel behaftete, hinter sich zu lassen: die Atlantiker, die gern die besseren Amerikaner wären, die Zivilisations-Europäer, die sich französisch verfeinert fühlen möchten, die Toskana-Linken, die ganze Landstriche des deutschen Sehnsuchtslandes aufkaufen, die nach Harmlosigkeit gierenden Bullerbü-Deutschen, die Volvo fuhren, um in einem Stück der skandinavischen Heimat von Michel und Pippi vom dritten Weg zu träumen, und nicht zu vergessen diejenigen, die dem eigenen "Tätervolk" am konsequentesten zu entkommen suchen und sich eine jüdische Ersatzidentität zulegen, sei es als Konvertiten oder auch nur per Künstlername und gesellschaftlichem Engagement.
Man könnte dies als "typisch deutsche" Grübelei und Selbstbeschäftigung einer in der Seele tief verletzten Nation der allmählichen Selbstheilung überlassen, fände der unterschwellige deutsche Selbsthaß im luftleeren Raum statt und hätte er nicht laufend gravierende politische Konsequenzen. Der wohl fatalste Typus sind jene Deutschen, die aus der deutschen in eine nebulöse europäische Identität zu fliehen versuchen.
Dem "großen Europäer" Helmut Kohl hielt Frederick Forsyth 1997 vor, er habe in einer Rede vor Studenten erklärt, den Deutschen sei nicht zu trauen, weshalb die "europäischen Freunde" sie fesseln und wirtschaftlich anbinden sollten, damit sie sich nie wieder losreißen und einen europäischen Krieg anzetteln könnten.
Deutschlands politische Eliten sind vermutlich die einzigen in Europa, die tatsächlich an die Überwindung des Nationalstaats durch die "Vereinigten Staaten von Europa" oder dergleichen glauben. Die Opfer, die sie dafür zu bringen bereit sind, von der allzu bereitwillig aufgegebenen eigenen Sprache bis hin zu Währung und Wohlstand, werden gern angenommen, die ersehnte Erlösung vom Deutschsein wird trotzdem nicht gewährt. Wenn es ernst wird, winkt doch wieder die "ewige" deutsche Schuld, um den Deutschen zusammenzucken zu lassen.
Wer "Nazi" sagt, hat die deutsche "Kartoffel" schon geistig entwaffnet
Den Reflex nutzen nicht nur griechische Demagogen, sondern auch aggressive Jungorientalen, die wissen: Wer "Nazi" sagt, hat die deutsche "Kartoffel" schon geistig entwaffnet und darf obendrein auf öffentliches Verständnis hoffen. Vom freudig begrüßten Einwanderer als "Scheiß-Deutscher" geschmäht zu werden, ist Migrantensalz in die Identitätswunde des guten Deutschen, der doch gerade keiner mehr sein wollte und sich vom Multikulturalismus die finale Befreiung von der Last der nationalen Identität erhofft hat.
Hundert Jahre nach der Geburt des "häßlichen Deutschen" aus dem Geist der britischen Kriegspropaganda sollte es an der Zeit sein, Schuldkult und Nationalneurosen allmählich abzustreifen. Die unangenehme Seite des "typisch Deutschen" ist heute der Schuldstolz, der sich lustvoll selbst an den Pranger stellt, wo andere längst differenzierter hinschauen.
Nicht jeder sieht in uns noch immer den ewigen "Nazi", wenn wir diesen nicht selbst beständig kultivieren, instrumentalisieren und ausnutzen lassen. Ein Volk, das sich weigert, in das

21. Jahrhundert mit einer gefestigten Identität zu gehen, wird das Ende dieses Jahrhunderts vielleicht nicht mehr erleben.<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 26. Juni 2014 (x892/…): >>**Im spätantiken Rom - Brot und Spiele zur Beruhigung des Volkes. Eine Polemik.**

Die Abstumpfung, die Ablenkung vom Wesentlichen durch den Sport ist ein wesentliches Element der Konditionierung der westlichen Völker, sei es durch Propagierung individuellen Sports, damit man in Form bleibt (aber nur, wenn man dabei auch Nike-Schuhe und Adidas-Taschen trägt, klar), oder durch die Propagierung kollektiven Massensports.

Bereits Gustave Le Bon - "Psychologie der Massen" - beschrieb, daß der Massensport dazu genutzt werden kann, psychologische Massen zu schaffen. Die Weltmeisterschaften vampirisieren gewissermaßen die Medien - das heißt, die Werbeeinnahmen - und somit die Aufmerksamkeit aller. So werden auch die allerkleinsten Gesten und Vorkommnisse analysiert und kommentiert, als ob es sich um die delphischen Orakel unserer Zeit handele.

Der und der hat einen Stinkefinger gezeigt, ein anderer Der und der hat einem anderen eine Kopfnuß verpaßt, und jener Spieler hat seine Freundin verhauen oder seinen Trainer beleidigt. Und mit ganzem Herzen und vollem Einsatz sind die Medien dabei, uns zu "informieren" und in dieser grotesken Bedeutungslosigkeit zu ersäufen!

Und man hat keine Möglichkeit, dem ganzen zu entkommen: Spielergebnisse werden per Lautsprecher durchgegeben oder als Textbänder eingeblendet, und wenn man erklärt, daß das alles einem komplett egal ist, dann wird man schon verdächtig. Ist das nicht vielleicht schon ein Zeichen gesellschaftlichen Abweichlertums?

Der globalisierte Fußball ist ein völlig verblödeter Patriotismus. Man wedelt mit Fahnen, als ob es gälte, einen militärischen Sieg zu feiern, oder ein großes nationales Ereignis. Ist der Fußball denn jetzt so etwas wie die letzte Zuflucht der Vaterlandsliebe? Aber jene Helden, die wir da feiern sollen, sind doch nichts als Söldner, ihre Kämpfe sind gestellte Spektakel, wenn sie nicht gar getrickst oder gedopt sind. Und trotzdem explodieren die "Fans" bei jedem Spiel vor Jubel, machen einen Höllenlärm und grölen bei jedem Tor, legen ganze Innenstädte nicht nur verkehrstechnisch lahm, schlagen alles kurz und klein. Dann heißen sie allerdings nicht mehr "Fans", sondern "Hooligans".

Es ist so, daß man an Abenden, an denen Spiele stattfinden, am besten zu Hause bleiben sollte, woran man sieht, wie dieser "Sport" die Sitten verfeinert. Wäre es letzten Endes nicht das beste, vor dem Fernseher klebenzubleiben und der Göttin Reklame ihr eingefordertes Opfer zu bringen?

Die Fußballweltmeisterschaft ist auch so etwas wie das Hochamt der weltweiten Entwurzelung: jenes Hochamt, das in regelmäßigen Abständen den Glauben ans Kosmopolitische neu festigt. Und deshalb ist der Fußball für genau daran interessierte Kreise und Zirkel so wichtig. Der Fußball fördert zunächst einmal die europäische Entwurzelung, denn unsere "Nationalmannschaften" setzen sich nun einmal hauptsächlich aus kosmopolitischen Spielern zusammen, viele kommen aus Afrika.

Gestern Spanier, heute Franzose, morgen Engländer oder Türke, vielleicht durch die Zauberei goldträchtiger Verträge - der Fußballspieler ist ein Held, der von eben diesen goldträchtigen Verträgen gewissermaßen wie von einem Wind mal hierhin, mal dorthin geblasen wird. Zu Hause ist er nirgends. Und falls er die Nationalhymne seiner momentanen Staatsangehörigkeit kennt, zieht er es vor, sie nicht zu singen. Das wiederum hat er mit manchem seiner eingeborenen Kollegen gemein. Und so ist der Fußball auch die vorprogrammierte Entwurzelung z.B. aller jener kleinen Afrikaner oder Afrikanischstämmiger, die von den Vereinen und deren Managern wie "Menschenmaterial" eingekauft werden, um Gewinn zu erarbeiten.

Im dekadenten spätantiken Rom gab man dem zunehmend unruhigen Volk Brot und Spiele,

um es ruhig zu stellen. Letztlich hat das den Zusammenbruch auch nicht verhindert. Im dekadenten und deindustrialisierten Europa gibt man den Arbeitslosen Fußball im Fernsehen ...<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 2. Juli 2014 (x892/…): >>**Schweine an der Macht - Eine Lese-Empfehlung**

George Orwell ist durch seinen Roman "1984", den er im Jahr 1948 veröffentlichte, weltberühmt geworden. 1945 hatte er bereits einen anderen Roman verfaßt, für den er allerdings nur schwer einen Verleger fand, der aber ein großer Erfolg und sogar als Zeichentrick verfilmt wurde. "Seit Gullivers Reisen ist keine Parabel mehr geschrieben worden, die es an Tiefe und beißendem Spott mit der Farm der Tiere aufnehmen kann", schrieb Arthur Koestler über dieses Buch.

Orwell selbst schreibt über die Entstehung des Buches: "Die Details der Geschichte wollten mir ziemlich lange nicht in den Sinn kommen, bis ich eines Tages einen kleinen Jungen sah, vielleicht zehn Jahre alt, der ein riesiges Zugpferd einen schmalen Pfad entlang lenkte und es, jedesmal wenn es sich abzuwenden versuchte, peitschte. Es kam mir zum Bewußtsein, daß, wenn solche Tiere sich ihrer Kraft nur bewußt würden, wir keine Macht über sie hätten und daß die Menschen die Tiere in ziemlich derselben Weise ausbeuten wie die Reichen das Proletariat."

Lange galt "Die Farm der Tiere" als Parabel gegen den Kommunismus, und das ist es auch. Es ist aber gleichermaßen eine Parabel auf jegliche Entartung der Herrschaft, welcher Herrschaft auch immer. Und es zeigt in Bildern die Mechanismen, die solcher Entartung zugrunde liegen und woran man sie erkennen kann.

Orwell: "Dem Roman liegt die Überzeugung zugrunde, daß alle Revolutionen letzten Endes nur eine Verschiebung im Kaleidoskop der Macht herbeiführen, daß die Grundstruktur der Gesellschaft aber immer die gleiche bleibe. Dieser Pessimismus zeigt, daß die Farm der Tiere mehr ist als nur eine Satire auf die kommunistische Revolution in Sowjetrußland. Die Satire zielt nicht nur auf den einmaligen historischen Tatbestand, sondern auf jede Revolution überhaupt, deren Ursachen und Antriebe, deren Versagen und endliche Verkehrung ins Gegenteil."

Zum Inhalt: auf einem heruntergekommenen Bauernhof verjagen die Tiere unter Führung der Schweine den Besitzer und übernehmen den Hof in Eigenregie. Aus der anfänglichen Idee der Freiheit und Gleichheit, für welche die Tiere gegen Rückeroberungsversuche kämpfen, entwickelt sich jedoch sehr bald ein neues, perfides und erfolgreiches System der Unterdrückung und Ausbeutung ...<<

Herbert Ludwig berichtete am 31. Oktober 2014 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die 4. Gewalt der Medien (x946/…): >>**Der Journalismus als Herrschafts-Instrument**

Die Medien können heute dem Menschen die Möglichkeit umfassender Information und Horizonterweiterung bieten. Dies setzt aber eine wache Haltung voraus, in der er nicht einfach naiv oder autoritätsgläubig übernimmt, "was schwarz auf weiß geschrieben steht" oder mit sonorer Stimme von "da oben" verkündet wird, sondern es selber durchdenkt und auf seine Stimmigkeit überprüft.

Eine solche Haltung ist indessen noch nicht weit verbreitet, wie man in den Redaktionen sehr wohl weiß. So sind die Medien außerordentlich wirksame Instrumente der Beeinflussung und Meinungsmache, da die von ihnen verwendeten Begriffe unmittelbar in das Bewußtsein der Menschen eindringen, dieses unbemerkt prägen und so Verhalten und Handeln großer Massen steuern können.

Daher haben die modernen Machtstaaten das größte Interesse daran, die Medien direkt oder indirekt in ihren Dienst zu stellen. In Diktaturen versteht sich die mediale staatliche Propa-

ganda von selbst. Daß dies in "Demokratien" nicht anders ist, nur versteckter stattfindet, dafür müssen die meisten Menschen erst aufwachen.

Macht braucht Medien

Die Macht ist darauf angewiesen, daß sie durchgehend funktioniert, d.h. daß der Wille der Herrschenden, der sich in Gesetze und Verordnungen ergießt, befolgt und notfalls von den Staatsdienern mit den verschiedenen Mitteln des Zwanges durchgesetzt wird. Die Herrschaft funktioniert um so besser und reibungsloser, je bereitwilliger die Untertanen den Willen der Herrschenden ausführen und ihr Leben danach einrichten.

Diese Bereitwilligkeit kann in dem Maße erzeugt werden, als die Herrschenden Sinn und Notwendigkeit ihrer Vorhaben den Untertanen durch öffentliche Verlautbarungen und Erklärungen so nahe bringen, daß diese sie einsehen oder zumindest durch den Druck einer entstandenen "öffentlichen Meinung" für sich keine andere Möglichkeit sehen und sich daher fügen.

Diese "öffentliche Meinung" kann nur durch dienstbare Journalisten hergestellt werden, aus deren möglichst flächendeckenden Informationen, Kommentaren und Diskussionen die Suggestion einer "öffentlichen Mehrheitsmeinung" aufsteigt, die dem Willen der Herrschenden entspricht. Sie wird daher zu Recht "veröffentlichte Meinung" genannt.

In Diktaturen wurde und wird diese Arbeit der Medien am Bewußtsein der Menschen offen als Regierungs-Propaganda (lat. propagare - verbreiten) bezeichnet, die von einem entsprechenden Propaganda-Ministerium (nach Orwell: "Wahrheits-Ministerium") gesteuert wird.

In den modernen "demokratischen" Machtstaaten verbietet sich das, da es darum geht, den demokratischen Schein zu wahren. Hier erhalten die Medien offiziell den Rang einer unabhängigen Instanz, welche die drei klassischen Gewalten der Legislative, Exekutive und Judikative als vierte Gewalt zu kontrollieren habe.

Abgesehen davon, daß die Unabhängigkeit der drei klassischen Gewalten durch das Parteiensystem, das alle drei durchdringt, längst nicht mehr besteht, ist auch eine unabhängige Presse als vierte Gewalt eine täuschende Fassade. Denn, wie wir gesehen haben, bedürfen die "demokratischen" Machthaber für das Funktionieren ihrer naturrechtswidrigen Macht, d.h. zur Überwältigung des Willens der Untertanen, ebenfalls der Medien, die sie sich daher auf alle mögliche versteckte Weise dienstbar machen, wozu natürlich auch gehört, sie mit Journalisten, die einer Regierungspartei angehören oder ihr nahe stehen, zu durchsetzen.

Daß auch in der "Demokratie" die Medien, besonders natürlich die parteiverseuchten staatlichen Fernsehanstalten, Propaganda-Agenturen der herrschenden Politik sind, ist gegenwärtig an der geradezu zum Krieg hetzenden "Ukraine-Berichterstattung" für jedermann offensichtlich geworden.

Und zum Glück rebellieren auch immer mehr Menschen dagegen. Elisabeth Noelle-Neumann, die Gründerin des Umfrageinstitutes Allensbach, machte schon früh darauf aufmerksam. Sie sagte einmal zu dem damaligen FAZ-Journalisten Udo Ulfkotte. "Was Sie heute in den Köpfen der Menschen finden, das ist oft gar nicht mehr die Realität, sondern eine von den Medien konstruierte, hergestellte Wirklichkeit."

Die weltweit angesehene Meinungsforscherin und Professorin für Kommunikationswissenschaften war eine der wenigen unabhängigen Köpfe in der öffentlichen Arena und erfreute sich in den Medien keiner Beliebtheit, *"weil sie etwas auszusprechen wagte, das in Deutschland als Tabu galt: die systematische Beeinflussung und Steuerung von Menschenmassen durch eine kleine Minderheit der Journalisten. Noelle-Neumann nannte es die "Schweigespirale", wenn Massenmedien wie das Fernsehen Minderheitenmeinungen öffentlich als Mehrheitsmeinungen darstellten und die Menschen nicht aufmuckten, sondern aus Angst vor sozialer Isolation einfach dazu schwiegen.*

Aus der Schweigespirale, als wissenschaftliche Theorie in der Kommunikationsforschung von

Noelle-Neumann schon in den 1970er-Jahren formuliert, ist in den seither vergangenen Jahrzehnten ein noch weitaus mächtigerer und bösartigerer Dämon geworden, der uns Bürger heute rund um die Uhr fest im Griff hat. Er manipuliert uns. Und dieser Dämon lügt. Vor allem in Kriegen."

Es erhebt sich die Frage, wie und wo die verborgene Verzahnung von Macht und Medien in Deutschland konkret geschieht.

Wer hat die Macht in Deutschland?

Nun ist aber zum Verständnis des politischen Willens der Herrschenden die Erkenntnis wichtig, daß es nicht ihr originär eigener ist, daß sie nicht die wirklich Herrschenden sind.

Abgesehen von der Einbindung Deutschlands in den Beinahe-Bundesstaat EU, der bereits ca. 80 % der Gesetze des Bundestages vorgibt, sind nach der nüchternen Feststellung des US-Geostrategen Brzezinski Westeuropa und Mitteleuropa und damit auch die EU amerikanisches Protektorat, tributpflichtige Vasallenstaaten. Sie bilden den geostrategischen Brückenkopf des US-Imperiums für die Ausdehnung seiner indirekten und direkten Herrschaft nach Zentralasien.

Dieses Unterordnungsverhältnis wird notdürftig als "transatlantische Partnerschaft", als ein Bündnissystem von befreundeten Staaten kaschiert, das Brzezinski ironisch ein System der indirekten und scheinbar konsensbestimmten Hegemonie der Vereinigten Staaten nennt, in dem diese im Mittelpunkt eines ineinander greifenden Universums stehen, in dem die Macht durch dauerndes Verhandeln, im Dialog, durch Diffusion und dem Streben nach offiziellem Konsens ausgeübt wird, selbst wenn diese Macht letztlich von einer einzigen Quelle, nämlich Washington, ausgeht.

In einem Anfall von Aufrichtigkeit gestand Wolfgang Schäuble am 18.11.2011 auch ein: "Und wir in Deutschland sind seit dem 8. Mai 1945 zu keinem Zeitpunkt mehr voll souverän gewesen."

Zu diesem indirekten Herrschaftssystem gehört die Einbindung in das US-geführte europäische Söldnerheer der NATO, in dem die Vasallenstaaten die Herrschaft und Ausbreitung des US-Imperiums auch militärisch unterstützen müssen.

Ein wesentliches Element der indirekten US-Herrschaft über die Vasallenstaaten ist nach Brzezinski die Einflußnahme auf deren Eliten in Politik, Wirtschaft und Medien, d.h. ihre psychische und karriereföndernde Einbindung in die Interessen und Ziele der USA.

Diese Einflußnahme und Einbindung der Eliten geschieht in Deutschland in transatlantischen Organisationen wie *Atlantik-Brücke, Aspen-Institut, Deutsche Atlantische Gesellschaft, Atlantische Initiative, American Academy, American Jewish Committee, Deutsche Atlantische Gesellschaft, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, European Council on Foreign Relations* und anderen, die als private Vereine mit hehren Zielen der deutsch-amerikanischen Freundschaft und der Völkerverständigung auftreten.

Im nicht jedermann zugänglichen Inneren werden aber in enger Zusammenarbeit mit amerikanischen Elite-Zirkeln und dem CIA "young-leaders" (junge Führer) für Führungsaufgaben primär in Politik und Medien herangebildet. Dies öffnet ihnen den Zugang zu weiteren US-dominierten Zirkeln und Veranstaltungen. "Es ist wie eine Gehirnwäsche. Nur merken die deutschen Teilnehmer in der Regel nicht, daß sie einer proamerikanischen Gehirnwäsche unterzogen werden."

Verzahnung

Hier werden also die maßgebenden politischen Marionetten und journalistischen Propagandisten gemeinsam vorbereitet und indoktriniert, und sie unterstützen oder auch ermahnen sich gegenseitig für die amerikanischen Interessen. Neben führenden Politikern wie Angela Merkel, Thomas de Maiziere, Helmut Schmidt, Hans-Peter Friedrich, Cem Özdemir, Peter Altmeier, Karl-Theodor zu Guttenberg z.B. sind oder waren Alpha-Journalisten wie Kai Diek-

mann (Bild), Günther Nonnenmacher (FAZ), Josef Joffe (Zeit), Thomas Bellut (ZdF), Thomas Roth (ARD) mit transatlantischen Organisationen in Verbindung.
Unter diesen nimmt die Atlantik-Brücke eine besonders rührige Stellung ein. Sie wurde 1952 auf Anregung von John McCloy, früher Weltbankpräsident, Vorstandsvorsitzender von Rockefellers Chase Manhattan Bank und Hoher Kommissars für die BRD, also führender Kopf der amerikanischen Besatzungsmacht, von dem Bankier Eric M. Warburg ins Leben gerufen. Marion Gräfin Dönhoff, Mitherausgeberin der Wochenzeitung *Die Zeit*, gehörte zu den Gründungsmitgliedern.
Der frühere CDU-Bundesschatzmeister Walter Leisler Kiep war von 1984 bis 2000 Vorsitzender. Heute hat Friedrich Merz (CDU) den Vorsitz, zugleich Mitglied der Trilateralen Kommission, einer von David Rockefeller gegründeten Lobbyorganisation der Finanzwirtschaft, der auch die stellvertretende Vorsitzende der Atlantik-Brücke, die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages Edelgard Bulmahn (SPD) angehört.
Allein in den Jahren 2006 bis 2012 werden in den Jahresberichten der Atlantik-Brücke 88 Journalisten erwähnt, davon 26 aus dem Bereich der öffentlich-rechtlichen Medien, darunter Jörg Schönenborn (ARD), Ingo Zamberoni (ARD), Theo Koll (ZdF), Ingo van Kampen (ZdF), Claus Kleber (ZdF), Klaus-Peter Siegloch (ZdF), Friedbert Meurer (Deutschlandradio). 3 Journalisten waren von der Bild Zeitung, 9 von der ZEIT, 3 von der FAZ, 2 vom Spiegel, 3 aus dem Springer Verlag, 4 vom Stern, 6 vom Tagesspiegel.
Die Atlantik-Brücke vergibt einen nach dem ehemaligen US-Botschafter in Deutschland Vernon A. Walters benannten Preis "an Persönlichkeiten, die sich in besonderem Maße um die deutsch-amerikanischen Beziehungen verdient gemacht haben", wie es offiziell heißt.
Verschwiegen wird, daß Walters Geheimdienstkoordinator der USA im Ausland und operativer Leiter der CIA war. "Er bezeichnete den Vietnamkrieg bis zuletzt trotz seiner Millionen Opfer als einen der nobelsten und selbstlosesten Kriege, den die Vereinigten Staaten je geführt haben. Und es war genau dieser CIA-Mann Walters, der in Europa die Grundzüge für das geheime Gladio-Netzwerk (der NATO) aufbauen ließ. …
Er war an allen politischen Brennpunkten in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts mit subversiven Aktionen maßgeblich beteiligt, so im Koreakrieg (1950-1953), beim Staatsstreich gegen den demokratisch gewählten Präsidenten Mossadegh im Iran (1953) … und beim Militärputsch in Brasilien (1964)." Er war verantwortlich für die CIA-Operation zur Unterstützung des Militärputsches in Chile (1973) "und bei Aktivitäten zum Abwürgen der Nelkenrevolution in Portugal (1974).
Seine Spuren sind zu finden bei opferreichen Aktionen gegen demokratische Entwicklungen in Angola, Guatemala, Nicaragua und bei den jahrelangen Menschenrechtsverletzungen durch die Militärregimes in Südamerika (Operation 'Condor'), bei denen Hunderttausende Menschen ermordet, verschleppt oder gefoltert wurden. Und nach diesem CIA-Mann benennt die Atlantik-Brücke, welche das alles verschweigt, heute einen Preis. Und Menschen wie die Bundeskanzlerin Merkel oder Bild-Chef Diekmann sind dort Mitglied."

Methoden

Die Amerikaner verlassen sich bei der systematischen Beeinflussung der deutschen Eliten nicht allein auf ihre "Schulung" in den genannten Vereinen und Veranstaltungen. Sie wissen die Bereitschaft durch ein beliebtes Schmiermittel noch zusätzlich zu fördern.
"In Deutschland ansässige transatlantische Organisationen konnten 2014 US-Fördergelder dafür beantragen, wenn sie Deutsche so beeinflussen, daß die proamerikanische Interessen vertreten, etwa beim von den USA geforderten Freihandelsabkommen. ... Für jede gut vorbereitete Manipulation deutscher Meinungsführer bei uns gab es zwischen 5.000 und 20.000 Dollar von der US-Botschaft, je nach Wichtigkeit der beeinflußten Eliten."
Bewerbungs-Formulare konnten sich die US-nahen Clubs von der Webseite der US-Botschaft

herunterladen, was offenbar in ausgiebigem Maße geschah, da sich die Botschaft dort ausdrücklich für die zahlreiche Teilnahme bedankte.
Eine wichtige Rolle spielt in diesem System der Einfluß der Geheimdienste auf die Medien, wobei die deutschen Geheimdienste wiederum genauso von den USA abhängig sind wie die anderen staatlichen Stellen.
"Die FAZ ermunterte mich ausdrücklich dazu, den Kontakt zu westlichen Geheimdiensten zu verstärken und freute sich, wenn ich die mitunter von dort zumindest in Stichworten vorformulierten Berichte mit meinem Namen versah", schildert Ulfkotte.
Ein Artikel wurde ihm einmal gar von zwei Mitarbeitern des BND in der FAZ-Redaktion in Frankfurt formuliert und "Absatz für Absatz weitgehend vorgegeben." Aufgabe dieser beiden war es, Berichte für renommierte deutsche Zeitungen zu schreiben. "Der BND machte das damals mit Wissen deutscher Medienhäuser, nach Angabe seiner Mitarbeiter bei vielen Zeitungen so."
"Man kann einen Journalisten billiger haben als eine gute Hure, für einige hundert Dollar im Monat. Mit diesen Worten zitierte der Redakteur Philip Graham von der Washington Post einen CIA-Agenten über die Bereitschaft und den Preis jener Journalisten, die gewillt waren, für die CIA Propaganda-Berichte in Artikeln zu verbreiten. Natürlich mit Rückendeckung der Arbeitgeber. …
Und der BND war der verlängerte Arm der US-Geheimdienste, eine Art Tochterorganisation. Man hat mir beim BND zwar nie Geld angeboten. Aber das brauchte man bei mir und vielen deutschen Kollegen auch gar nicht. Wir fühlten uns so großartig, wenn wir Auftragsschreiber eines Geheimdienstes waren oder irgendwie für ihn arbeiten durften."
Dabei kann keiner die "Informationen" des Geheimdienstes nachprüfen. Man druckt das einfach. "Ich habe daran zwar freiwillig mitgewirkt, aber mir wurde auch mitgeteilt, daß ich entlassen werden könne, wenn ich da nicht mitmache", so Ulfkotte aus seiner Erfahrung. Nachfragen bei befreundeten Anwälten bestätigten ihm, daß dies nach der gängigen Rechtsprechung ein Kündigungsgrund sei.
Aber auch das große Netz der Auslandskorrespondenten ist für den BND interessant. Es ist "die perfekte Tarnung, um über unverdächtige 'Journalisten' heikle Recherchen erledigen zu lassen." Der BND hat neben 6.000 festangestellten Mitarbeitern auch noch rund 17.000 "informelle" Mitarbeiter, die ganz normale Berufe haben, zu denen offenbar wesentlich zahlreiche Journalisten gehören.
"Das ist weltweit so. Denn wie ich im Laufe der Jahrzehnte im Ausland zwangsläufig mitbekam, war bei amerikanischen oder britischen Zeitungen fast jeder Auslandsreporter zugleich auch für die nationalen Geheimdienste tätig. Man muß das einfach im Hinterkopf haben, wenn man glaubt, in Medien ´neutrale' Berichterstattung vor sich zu haben."

Netzwerke

Der Leipziger Medienwissenschaftler Uwe Krüger hat in einer empirischen Untersuchung festgestellt, daß im Zeitraum von 2002 bis 2009 von 219 leitenden Journalisten 64 im Zusammenhang mit 82 Organisationen bzw. Strukturen standen, in denen Kontaktpotential mit Repräsentanten von Staat und/oder Konzernen sowohl Deutschlands als auch anderer Länder bestand. Dabei handelte es sich nur um Verbindungen, "die mit der Ausübung ihrer journalistischen Tätigkeit nicht unmittelbar zu tun hatten." Diese 64 Journalisten arbeiteten bei 13 der insgesamt 14 Leitmedien."
Krüger untersuchte insbesondere die Netzwerke von vier besonders mit den Einrichtungen, Instituten, Stiftungen, Konferenzen und Tagungen der Eliten verbundenen US-nahen Alpha-Journalisten: Klaus-Dieter Frankenberger, bei der FAZ verantwortlicher Redakteur für Außenpolitik; Josef Joffe, Mitherausgeber der Zeit; Michael Stürmer, Chefkorrespondent der Welt, und Stefan Kornelius, Außenpolitik-Ressortleiter der SZ.

Drei von ihnen hatten schon vor 2002 eine starke Verbindung zu den USA: Frankenberger war 1985-86 Mitarbeiter eines Abgeordneten im US-Repräsentantenhaus und 1990 Marshall Fellow der Harvard-University. Kornelius war von 1996 bis 1999 USA-Korrespondent der SZ in Washington. Und Joffe studierte an der Universität in Washington, promovierte in Harvard und lehrte später jeweils auch als Dozent an beiden Orten.
Die Netzwerke der vier Top-Journalisten haben auffällige Gemeinsamkeiten: "In allen vieren spielen nicht nur Organisationen eine Rolle, die sich mit Außen- und Sicherheitspolitik beschäftigen, sondern auch speziell mit der Festigung der transatlantischen Beziehungen, also der Partnerschaft zwischen der USA und Deutschland bzw. Europa, die zu einem großen Teil über … die Nato vermittelt wird. Alle vier waren Teilnehmer der *Münchner Sicherheitskonferenz*, die historisch aus der Nato heraus erwachsen ist. Frankenberger und Joffe waren Mitglieder der (von David Rockefeller initiierten) *Trilateralen Kommission*.
Joffe und Stürmer waren in der *Atlantik-Brücke* involviert ... Joffe und Kornelius waren im *American Institute for Contemporary German Studies* involviert sowie im *American Council on Germany* ... Frankenberger war Beiratsmitglied der *Atlantischen Initiative*, ... Kornelius saß im Präsidium der *Deutschen Atlantischen Gesellschaf*t, die Lobbyarbeit für die Nato macht. Joffe war Teilnehmer der geheimen *Bilderberg-Konferenz*, ... sowie Kurator der *American Academy* in Berlin und des *Aspen Institute Deutschland* und hat die US-Fachzeitschrift *The American Interest* mitbegründet.
Weitere gemeinsame außen- und sicherheitspolitische Organisationen waren die *Bundesakademie für Sicherheitspolitik* (Frankenberger, Kornelius), die *Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik* (Kornelius, Joffe, Stürmer) sowie deren Organ *Internationale Politik* (Kornelius, Frankenberger, Joffe).
Alle vier Journalisten zeigten aus diesem US- und Nato-geprägten Milieu heraus eine weitgehende Übereinstimmung in ihrem "journalistischen Output" auf. Sie argumentierten ganz im Sinne der Außen- und Sicherheitspolitik der amerikanischen und deutschen Regierung. Sie fordern einen geographisch bis zum Hindukusch und wirtschaftlich bis zu den Ursachen des Terrorismus erweiterten Sicherheitsbegriff, und "erwähnen einen Katalog von Bedrohungen, wie er ähnlich oder gleichlautend in den offiziellen Dokumenten von Bundesregierung, EU, Nato und USA vorkommt."
Sie erklären, daß der Kalte Krieg zu Ende, das Zeitalter der klassischen Landesverteidigung oder das ´Westfälische System' der souveränen Staaten überholt und eine neue Zeit angebrochen sei. "Einig sind sich alle vier, daß Deutschland das Bündnis mit den USA (bzw. die transatlantischen Beziehungen bzw. die Nato) pflegen sollte, um den Bedrohungen angemessen begegnen zu können."
Angesichts der Ablehnung deutscher kriegerischer Einsätze durch die Mehrheit der Deutschen fordern sie "verstärkte Anstrengungen der Politik, den Bürgern die Notwendigkeit des Militäreinsatzes in Afghanistan zu vermitteln" und "offensiv für mehr militärisches Engagement zu werben." Alle vier verlangen, "daß Deutschland die Ansprüche der Nato erfüllen und somit seine Bündnistreue … unter Beweis stellen sollte."
"Nicht vergessen werden sollten die historischen Leistungen, die die USA und die Nato seit Ende des Zweiten Weltkrieges für die Bundesrepublik erbracht haben. Alle vier Journalisten führen dies an und erwähnen teilweise Dankbarkeitsgefühle oder kritisieren die Undankbarkeit der Deutschen."
Uwe Krüger untersuchte auch die Berichterstattung über die Münchner Sicherheitskonferenz mit dem Ergebnis: Die Welt, FAZ und SZ, von denen jeweils ein hochrangiger Journalist auch regulärer Teilnehmer war, berichteten detailliert die Auffassungen der Eliten, ohne sie zu hinterfragen oder die Kritik der Friedensbewegung zu würdigen. Da die Berichterstattung nicht nur von den zuvor beleuchteten Journalisten geleistet wurde, weise dies "auf eine generelle

Elitenorientierung dieser Redaktionen zumindest in diesem Themenfeld hin."
Man wußte ja von dieser Verschwörung. Hier wird ihre Theorie wissenschaftlich bestätigt. …<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 26. Mai 2015: >>**Tolerant, toleranter, totalitär**
Eine Kolumnistin empfiehlt einem Leser, seine zwei Kinder nicht zu einer Schwulen-Hochzeit zu schicken - und verliert ihren Job bei der Zeitung. Einem Münchner Gastwirt, der sich weigert, rechte Gäste rauszuwerfen und wie Aussätzige zu behandeln, droht der Entzug der Konzession.
Ein Berliner Politikwissenschaftler sieht sich plötzlich und grundlos auf einem anonymen Internetpranger mit Rassismus- und Sexismusvorwürfen konfrontiert. Sein Vergehen: Er betrachtet politische Prozesse differenziert und richtet seine Lehre auch an der Realität aus - und nicht nur an linken Wunschvorstellungen.
Das ist Deutschland 2015. Jenes Deutschland, in dem nahezu täglich von Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, Medien und der vielbeschworenen "Zivilgesellschaft" das hohe Gut der Toleranz gepredigt wird. Aber wie so oft bei falschen Predigern ist auch dieser Kelch statt mit Wasser randvoll mit Wein gefüllt. …
Abweichende Meinungen werden mit allen Mitteln bekämpft. Wer es wagt, sie zu äußern, muß damit rechnen, geächtet zu werden.
Das kennt man aus Diktaturen mit demokratischem Antlitz. Da durfte auch jeder seine Meinung frei äußern - er mußte nur mit den entsprechenden Konsequenzen leben. Und die reichten von Ausgrenzung über Studier- und Berufsverbot bis zu Ausbürgerung oder Gefängnis.
Es ist kein Geheimnis, daß nicht überall, wo "demokratisch" draufsteht, auch Demokratie gelebt wird. Auch die Diktatur des realexistierenden Sozialismus nahm für sich in Anspruch, demokratisch zu sein und dem Guten zu dienen. Die Wirklichkeit aber sah anders aus.
Offiziell herrscht Meinungs- und Berufsfreiheit
Und heute? Offiziell ist die Bundesrepublik ein demokratischer Rechtsstaat mit grundgesetzlich garantierter Meinungs- und Berufsfreiheit. Das Gegenteil also von einer totalitären Gesinnungsdiktatur.
Denn Totalitarismus, so das Internetlexikon Wikipedia, bezeichnet eine Herrschaft, die "in alle sozialen Verhältnisse hineinzuwirken strebt, oft verbunden mit dem Anspruch, einen 'neuen Menschen' gemäß einer bestimmten Ideologie zu formen". Wer könnte hierbei schon an die Bundesrepublik im Jahr 2015 denken?<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 29. April 2016: >>**Letzter Ausweg Kulturmarxismus**
… Die Frankfurter Schule im Dienste des amerikanischen Geheimdienstes
… Der klassische Parteimarxismus ist in Deutschland längst ad acta gelegt; die Sozialdemokraten entledigten sich seiner 1959 in Bad Godesberg; den Kommunisten und ihren Nachfolgern gelang es im Zuge der mitteldeutschen Wende von 1989/90 den einst alles beherrschenden Marxismus-Leninismus abzuschütteln. Anders verhält es sich mit dem erfolgreichsten Ableger der Ideenreihe des Marxismus, dem schillernden Neomarxismus der sogenannten Frankfurter Schule. Sie ist bis heute überaus wirkmächtig und gilt als das eigentliche ideologische Rückgrat der Bundesrepublik, wie das Standardwerk über "Die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik" nachweist.
Wie konnte eine neumarxistisch orientierte Denkströmung derart staatstragend werden?
… Es handelt sich um "33 Thesen", die im amerikanischen Exil entstanden und Anfang Februar 1947 von Herbert Marcuse in deutscher Sprache abgefaßt wurden. Das vertrauliche Papier ist indes nicht das alleinige Produkt Marcuses, sondern wurde Ende des Jahres 1946 bei Diskussionen im innersten Zirkel der Frankfurter Schule konzipiert, den Max Horkheimer

anleitete. …
Prinzipiell gilt: Wer diese in Paragraphenform abgefaßten Thesen nicht kennt, weiß nicht, was die Frankfurter Schule ihrer ersten Natur nach war.
… Von der Sache her … handelt es sich hier um eine Art Blaupause für einen Zivilisationsbruch nach bolschewistischem Vorbild …<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 6. Mai 2016 (x887/...): >>**Historische Kampfansage**
Parteitag: Die AfD fordert ihre Gegner unerwartet selbstbewußt heraus
Die junge Partei will in ein anderes Deutschland, "weg vom 68er-Deutschland". Bei den "68ern" wächst das Unbehagen.
Die etablierten Parteien haben allen Grund, die Entwicklung der AfD nach deren Stuttgarter Parteitag mit noch größerer Nervosität zu beobachten als ohnehin. Denn die Hoffnungen der Etablierten haben sich nicht erfüllt.
Diese bestanden zum einen darin, daß sich die junge Partei auf dem Treffen selbst zerfleischen würde. Die "Chancen" hierfür standen gut: Es war ein Mitgliederparteitag, jeder AfDler durfte kommen, mitreden und mit abstimmen - ein Ritt über den Bodensee. Doch das Gemetzel blieb aus, die Debatte geriet oft leidenschaftlich, blieb aber stets zivil.
Die weitere Hoffnung der AfD-Konkurrenz ruhte darauf, daß im Getümmel Beschlüsse "passieren" könnten, die den Stoff hergeben, die Partei ins braune Eck zu stellen. Fast das einzige, was schließlich skandalisiert wurde, war die Forderung nach dem Verbot von Minarett-Bau und Muezzin-Ruf. Das mag verfassungsmäßige Grenzen überschreiten, folgt aber immerhin einem Schweizer Volksvotum.
Die AfD geht gestärkt aus diesem Auftritt hervor und schockierte ihre Gegner mit vor Selbstbewußtsein strotzender Fundamentalkritik. In seiner Begrüßungsrede gab Frauke Petrys Co-Bundesvorsitzender Jörg Meuthen den Ton vor: Das Programm der AfD sei "ein Fahrplan in ein anderes Deutschland, und zwar in ein Deutschland weg vom links-rot-grün verseuchten 68er-Deutschland, von dem wir die Nase voll haben".
Das ist eine Kampfansage von historischer Dimension. "Spiegel-Kolumnist" Jacob Augstein registriert entsetzt: "Die Bilder vom Parteitag ... zeigen dieses Gefühl einer großen Befreiung. Die Bande fallen ab. Die Fesseln."
Er meint das als Horrorszenario für die linke Dominanz, die seit Ende der 60er Jahre Schritt für Schritt von der Bundesrepublik Besitz ergriffen hat.
Die AfD hat sich ein Gepräge gegeben, das sowohl liberal - … Eindämmung des EU-Zentralismus, Nein zum Euro - als auch patriotisch - mehr Erinnerung an positive Aspekte der deutschen Geschichte statt alles dominierender NS-Fixierung, Schutz vor unkontrollierter Einwanderung, statt dessen Einwanderung nach deutschen Interessen - und konservativ - deutsche Leitkultur statt Multikulti - orientiert ist. Sozial ist die AfD vor allem dort, wo sie die Arbeitnehmer vor der erdrückenden Konkurrenz von Massen neuer Niedriglöhner aus aller Welt schützen will, statt sie mit leicht zu umgehenden Mindestlöhnen zu blenden.
Die junge Partei wird an ihrem Profil weiter feilen und politische Kompetenz erwerben müssen. Das wird noch ein steiniger Weg, der eben erst begonnen hat. Wollen die Etablierten die AfD aber stoppen, sollten sie bald ein zündendes Gegenkonzept entwickeln. Der Weg dorthin dürfte jetzt noch steiniger werden.<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 30. September 2016 (x887/...): >>**Blind und wehrlos**
Wie ein übertriebener Schuld- und Schamkult Deutschland zu ruinieren droht
Ist der "Schuldkult" zum Willen nach Selbstauflösung geronnen? Ausländische Beobachter machen sich Sorgen um Deutschland.
Heerscharen von Beobachtern im Ausland und vor allem in Europa können nicht aufhören,

den Kopf zu schütteln über die uferlose deutsche Asyl- und Einwanderungspolitik. Manche nennen es einen neuen deutschen Größenwahn. Andere, eher wohlmeinende Stimmen gehen tiefer, wie der niederländische Schriftsteller Leon de Winter.
Der Sohn eines orthodoxen Juden meint, in der "Willkommenskultur" ein "endgültiges Zeichen deutscher Scham und Reue", ein "übertrieben empfundenes Verantwortungsgefühl gegenüber der Geschichte" erkennen zu können. Gewissermaßen den historischen Höhe- und Schlußpunkt einer Vergangenheitsbewältigung, die in einen Schuld- und Schamkult bis zur Selbstverleugnung abgedriftet ist.
Kluge Deutschlandkenner wie de Winter wissen, daß der Prozeß bei vielen längst in Selbsthaß umgeschlagen ist, in "Deutschland nie wieder" und "Mach's noch einmal, Bomber-Harris". Solchen Kreisen ist es ganz gleich, ob das finstere Mittelalter samt Freiheits-, Demokratie-, Frauen- oder Homosexuellen-Verachtung bei uns wieder Einzug hält mit einer radikal-islamischen Massenzuwanderung. Ihnen geht es nur um eines: Deutschland soll weg, egal, wodurch es ersetzt wird.
Die verordnete Schutz- und Grenzenlosigkeit, mit der Deutschland der orientalisch-afrikanischen Massenzuwanderung ausgesetzt wird, öffnet vielen anderen Deutschen jedoch die Augen. Sie begreifen endlich, daß der Streit um "Leitkultur und Selbstbehauptung" gegen "Multikulti und Selbstauflösung" kein akademisches Geschwafel von Politikern und Intellektuellen war. Sie erkennen angesichts des sich rapide verändernden Straßenbildes, daß es hier um die Zukunft ihres Landes geht, um nicht zu sagen darum, ob "Deutschland" überhaupt fortexistierten soll.
Wenn die Selbstaufgabe zu Gunsten eines vermeintlich höheren, sittlichen Ziels der Höhepunkt der deutschen Art der "Vergangenheitsbewältigung" darstellt, dann muß auch genau hier angesetzt werden.
Denn dann ist erwiesen, welch selbstzerstörerische Früchte der übertriebene Schuld- und Schamkult trägt. Er hat uns nicht "sensibler" gemacht für die Gefahren, denen Menschenrechte, Freiheit und all die anderen Errungenschaften der abendländischen Kultur ständig ausgeliefert sind, auf deren Vernichtung es schon Nationalsozialisten und Kommunisten abgesehen hatten. Der Schuld- und Schamkult hat uns am Ende blind und wehrlos gemacht.
Wenn CSU oder AfD den Begriff der deutschen Leitkultur nun wieder aufgreifen, befinden sie sich auf der richtigen Fährte. Unser Weg in eine gute Zukunft führt unweigerlich über unser Verhältnis zu Deutschland - und damit auch über ein faires Verhältnis zu seiner Vergangenheit.<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Juni 2017 im COMPACT-Spezial Nr. 14 (x343/60-62): >>**Die Deutschland-Abschaffer**
_ *von Martin Müller-Mertens*
Der Haß auf das eigene Volk gehört zur politischen DNA der Grünen. Ihre Ziele: Mehr Einwanderung, mehr Einbürgerungen und freie Bahn für Migrantengewalt.
Claudia Roth ist die Oma der Antideutschen. Unvergessen ihr Ausspruch in einer Talkshow 2004: "Die Türken haben Deutschland nach dem Krieg wieder aufgebaut." Die gescheiterte Kulturstudentin und langjährige Managerin der Anarcho-Kultband Ton, Steine, Scherben hat nie durch intellektuelle Ausarbeitungen von sich reden gemacht, aber zielsicher und oft tränenreich den Zeitgeist an der Schnittstelle von Prosecco-Autonomen und Bionade-Bourgeoisie getroffen: Ein Herz für afrikanische Flüchtlinge, hoch die internationale Solidarität und ihr Evergreen "Deutsche sind Nichtmigranten, mehr nicht!" So rotiert sie seit 25 Jahren von einem gutdotierten Grünenposten zum nächsten.
Haß 1989, Pleite 1990
… Mit "Alle reden von Deutschland. Wir reden vom Wetter" zogen die Grünen im Herbst 1990 in den Wahlkampf für den ersten gesamtdeutschen Bundestag. Ihr Anliegen: Statt über

die ungeliebte Wiedervereinigung wollte die Partei über Umweltzerstörung und sauren Regen sprechen. Doch die demonstrativ zur Schau gestellte Gleichgültigkeit über das Ende der Teilung verfehlte in Westdeutschland mit nur 4,8 Prozent ihr Ziel. Dagegen konnte die ostdeutsche Partnerorganisation Bündnis 90 - die Deutschen votierten 1990 einmalig in zwei getrennten Wahlgebieten - von mageren 2,9 Prozent bei den Volkskammerwahlen im März auf 6,1 Prozent zulegen. Die erst drei Jahre später in den Grünen aufgegangene Bürgerbewegung hatte die Wetter-Parole nicht übernommen.

Wohl kaum ein Thema löst bei den Grünen eine solche Mischung aus emotionalem Haß und pseudointellektueller Verachtung aus wie das eigene Land. Dabei markiert die Wiedervereinigung keineswegs den Beginn, sondern einen ersten Höhepunkt antideutscher Ausbrüche. "Für einen Gutteil der Westlinken war die deutsche Teilung die gerechte Strafe für Nationalsozialismus und Krieg und zugleich eine Vorkehrung gegen eine Wiederkehr der Gespenster der Vergangenheit", schrieb Ralf Fücks, 1989 bis 1990 einer von drei Grünen-Vorsitzenden und an der Vorbereitung des Wetter-Wahlkampfes unmittelbar beteiligt. Hinzu kamen äußerst eigennützige Überlegungen. "Die politische und kulturelle Dominanz der Toskana-Linken war in Gefahr."

Die Furcht vor einem erwachenden deutschen Nationalismus mochte 1990 einer zumindest subjektiv empfundenen Rationalität entsprechen. Tatsächlich erwies sich weder die vergrößerte Bonner noch die spätere Berliner Republik als das herbeihalluzinierte Vierte Reich. Statt den eigenen Irrweg zu korrigieren, steigerten die Grünen - wie praktisch die gesamte politische Linke - ihr Antideutschtum jedoch zu einem pathologischen Haß.

Insbesondere der Grünen-Vorsitzende Cem Özdemir - im Falle einer Regierungsbeteiligung vermutlich Vizekanzler - tat sich wiederholt mit rüden Ausbrüchen hervor. Seinen 2009 im Berliner Tagesspiegel wiedergegebenen Satz "In zwanzig Jahren haben wir eine grüne Bundeskanzlerin, und ich berate die türkische Regierung bei der Frage, wie sie ihre Probleme mit der deutschen Minderheit an der Mittelmeerküste in den Griff bekommt", bestätigte der heute 51-Jährige mittlerweile, will ihn jedoch ironisch gemeint haben. Die Worte "Der deutsche Nachwuchs heißt jetzt Mustafa, Giovanni und Ali!" verharmlost Özdemir auch im Rückblick als unspektakulär.

Das Staatsbürgerschaftsmärchen

Die Strategie der Grünen hat sich dabei über die Jahrzehnte kaum verändert: Die eigenen Wünsche werden gebetsmühlenartig als Realitäten halluziniert, um anschließend die angeblich notwendigen Konsequenzen anzumahnen. "Wir haben eine multikulturelle Gesellschaft in Deutschland, ob es einem gefällt oder nicht", behauptete Claudia Roth, damals Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, im November 2004. Rund sechs Wochen vorher hatte sie mit der Erkenntnis brilliert: "Die Türken haben Deutschland nach dem Krieg wiederaufgebaut".

Im Zentrum der Multikulti-Forderungen stand dabei lange das Staatsangehörigkeitsrecht. Bis zum Jahr 2000 basierte es - mehrfach angepaßt - auf dem Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz von 1913 und sah die Abstammung als entscheidendes Kriterium vor.

Im Gegensatz dazu forderten die Grünen nach ihrer Regierungsbeteiligung 1998 die automatische Einbürgerung von in Deutschland geborenen Ausländerkindern. "Wer hier geboren wurde, sollte Deutscher sein", faßte Jürgen Trittin, unter Rot-Grün Bundesumweltminister, noch 2016 in einem Gastbeitrag für den Spiegel zusammen und behauptete: "Deutschland schloß zu den europäischen Standards eines republikanischen Staatsbürgschaftsrechts auf."

Dabei müßte Trittin wissen, daß dieses zentrale Argument schlicht falsch ist. "Es gibt EU-weit keinen einzigen Fall, wo diese Bestimmung (das Geburtsprinzip)bedingungslos zur Geltung kommt", räumt selbst die migrationsfreundliche Medien-Servicestelle Neue Österreicher/innen ein. Mehr noch: "In neun Staaten (Dänemark, Estland, Lettland, Litauen, Malta,

Polen, Schweden, der Slowakei und Zypern) wird das Territorialprinzip weder in allgemeiner Form noch als fördernder Faktor zum Staatsbürgerschaftserwerb herangezogen."

Köln? Nicht so schlimm

Das Bild des Ausländers als edlem Bereicherer darf dabei durch nichts gestört werden. So deuteten die Grünen die Belästigungsorgie durch Flüchtlinge und Migrantenbanden in der Kölner Silvesternacht 2015/16 routiniert zu einem Fall gewöhnlicher sexistischer Männergewalt um. "Jeder noch so gut erzogene Mann ist ein potentieller Vergewaltiger", fabulierte der Hamburger Partei-Vize Michael Gwosdz auf Facebook. Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth war ebenfalls umgehend zur Stelle, um das Wüten des Sexmobs zu relativieren. "Es gibt auch im Karneval oder auf dem Oktoberfest immer wieder sexualisierte Gewalt gegen Frauen", verkündete sie am 8. Januar 2016 in der Welt.

Statt um die belästigten Frauen sorgten sich auch die Grünen in der Domstadt nun vor allem um den vermeintlich guten Ruf der an den Rhein geströmten Asylanten. "Es ist hingegen unerheblich, welche Herkunft die Täter haben. ... Daher treten wir all denjenigen entgegen, die nun diese Übergriffe zur Hetze gegen hier lebende Flüchtlinge mißbrauchen wollen", hieß es in einer Erklärung der Kölner Ratsfraktion vom 5. Januar 2016.

"Jeder noch so gut erzogene Mann ist ein potentieller Vergewaltiger."
Michael Gwosdz

Selbst die - seit der Asyllawine vielfach bekannt gewordenen - Kinderehen möchten die Grünen nicht pauschal ablehnen. Zwar gab sich die Partei in der Debatte - womöglich aufgrund der eigenen Vergangenheit mit Pädophilen - vergleichsweise einsilbig. Eine Presseerklärung aus der Bundestagsfraktion im September 2016 machte jedoch deutlich: "Das Problem von Kinderehen läßt sich bei näherer Betrachtung kaum durch einen Federstrich des Gesetzgebers lösen. ... Die Aufhebung einer Ehe auf Antrag eines Dritten oder des Jugendamtes gegen den tatsächlichen Willen der verheirateten Jugendlichen wäre allerdings ein schwerer Eingriff in deren Persönlichkeitsrechte."<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 9. August 2017: >>**Mehr Patriotismus wagen!**

Deutschland ist ein großartiges Land. Warum tun wir uns so schwer damit, stolz auf dieses Land zu sein? Kaum ein Volk hat das schlechte Gewissen wegen seiner eigenen Identität so verinnerlicht wie die Deutschen. Die perfektionierte Selbstverleugnung und der ängstliche Eifer, bloß nicht "typisch deutsch" daherzukommen, wirken auf andere genau so: typisch deutsch. Und das macht uns in der Welt nicht beliebter, sondern läßt das Mißtrauen wieder wachsen.

Für einen Italiener oder Briten, einen Franzosen oder Polen ist Stolz auf das eigene Land eine Selbstverständlichkeit. Es ist die Grundlage eines Zusammengehörigkeitsgefühls, über das man nicht erst diskutieren muß.

Sie stehen zu ihrem Land, mit allen historischen Höhen und Tiefen, und sind gerade deswegen gute Europäer, weil sie ihren festen Platz kennen.

Die Sehnsucht, den eigenen Staat und die eigene Identität in einem nebulösen europäischen Superstaat auflösen zu wollen und nur noch "gute Europäer" zu sein, ist eine deutsche Besonderheit. Sie kommt den Nachbarn verdächtig vor - mit gutem Grund. Denn sie alle verfolgen ihre eigenen nationalen Interessen, wenn sie sich auf die europäische und internationale Bühne begeben.

Je mehr die seltsamen deutschen Politiker beteuern, nur dem europäischen Gedanken, den Menschenrechten und dem Weltfrieden zu dienen und dabei keine eigenen Interessen im Sinn zu haben, desto argwöhnischer unterstellt man ihnen, einen Geheimplan zur Weltherrschaft in der Schublade zu haben.

Denn der Nationalstaat ist alles andere als überholt. Politik ist auch im globalen 21. Jahr-

hundert Staatenpolitik. Die Staaten sind die handelnden Figuren auf der politischen Bühne, auch wenn sie sich - als EU oder UNO, als afrikanische, nordamerikanische, asiatische oder eurasische Organisationen - zu überregionalen Staatenbündnissen zusammenschließen.
Denn nur die Staaten haben völkerrechtliche Legitimität und nur im Nationalstaat kann es auch Demokratie und Sozialstaat geben.
Ohne Nationalstaat kein Staatsvolk, ohne Staatsvolk keine demokratische Legitimation und Willensbildung und keine soziale Solidarität.
Wenn die Kanzlerin behauptet, jeder gehöre zum Volk, und die SPD auch noch jedem Immigranten das Wahlrecht nachwerfen will, legen sie die Axt an die Wurzeln der Demokratie.

Nationalstolz ist normal und kein Verbrechen

Wir Deutschen haben keinen Grund, unseren Staat und das, was Generationen aufgebaut haben, leichtfertig an alle Welt zu verschenken und zu verschleudern. Fast ein Dreivierteljahrhundert nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs ist es höchste Zeit, die deutschen Nationalneurosen zu überwinden.
Auch die Deutschen haben eine Geschichte, auf die sie stolz sein können, ohne die finsteren Jahre des Nationalsozialismus und seine Verbrechen dabei auszublenden. …
"Typisch deutsch" ist in weiten Teilen der Welt noch immer ein Ausdruck der Anerkennung.
Wir sollten uns nicht selbst schlechter machen, als andere uns sehen und endlich mehr Patriotismus wagen.

Verspielen wir nicht unser Erbe!

Erinnert sich noch jemand an das "Sommermärchen" 2006? Deutschland als Austragungsort der Fußball-WM in einem fröhlichen Meer von Schwarz-Rot-Gold, die Welt zu Gast bei Freunden, Erleichterung im europäischen Ausland: Die Deutschen sind endlich normal geworden und haben ein entspanntes, positives Verhältnis zu ihrem Land und ihren Nationalsymbolen gefunden.
Das war gerade mal ein halbes Jahr nach Angela Merkels erster Wahl zur Bundeskanzlerin. Nach zwölf Merkel-Jahren hat sich das Bild dramatisch geändert. Die Szene, wie die Parteichefin nach ihrem dritten Wahlerfolg 2013 ihrem linkischen damaligen Generalsekretär Hermann Gröhe am Wahlabend ein Deutschlandfähnchen entwindet und es verärgert von der Bühne wirft, steht dafür als Symbol: Deutschland ist zur Abwicklung freigegeben.
Mit einer Mischung aus ungläubigem Staunen, verhaltenem Entsetzen und da und dort auch heimlicher Schadenfreude beobachtet die Welt seit Jahren, wie Deutschlands politische Klasse das eigene Land und seine Stärken demontiert:
- wie sie den Wohlstand und das Volksvermögen der eigenen Bürger verpfändet, um gescheiterte Krisenstaaten in der Euro-Währungsunion zu halten und sich dafür auch noch als "Unterdrücker" beschimpfen läßt;
- wie sie mit einer irrationalen "Energiewende" die sichere deutsche Energieversorgung zerschlägt, Bürgern und Industrie unerträglich hohe Energiekosten aufbürdet und die europäischen Stromnetze bis an die Belastungsgrenze strapaziert;
- wie sie noch eine "Mobilitätswende" obendrauf setzen will und im Griff grün-linker Öko-Ideologen einen Vernichtungsfeldzug gegen den Dieselmotor und damit gegen die eigene Automobilindustrie führt;
- wie sie die Kontrolle über die eigenen Grenzen aufgegeben hat, millionenfache Einwandererströme eingeladen hat und andere EU-Staaten moralisch erpressen will, sich an der Aufnahme dieser Ströme zu beteiligen.
Dieser Moralimperialismus hat Deutschland politisch isoliert und einen tiefen Keil zwischen die europäischen Staaten getrieben. …<<
Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" 12/2018 berichtete am 17. März 2018 über den

Kampf um die Meinungsfreiheit: >>**Meinungskampf: Der Riß**

Die Debatte um Durs Grünbein und Uwe Tellkamp überschattet die Leipziger Buchmesse. Es geht um Flüchtlingspolitik, Redefreiheit - und die erstarkende intellektuelle Rechte.

Zweitausendsechshundert Verlage stellen auf der Leipziger Buchmesse aus, rund 20.000 Bücher erscheinen in diesem Frühjahr, manche bejubelt, manche verrissen - und sehr viele gänzlich übersehen. Und dann gibt es noch jene Bücher, deren Titel die Stimmung nicht nur der Messe, sondern des ganzen Landes schon auf dem Buchumschlag einfangen: Monika Marons "Munin oder Chaos im Kopf", Bernhard Pörksens "Die große Gereiztheit - Wege aus der kollektiven Erregung" oder Yascha Mounks "Der Zerfall der Demokratie - Wie der Populismus den Rechtsstaat bedroht".

Denn die Atmosphäre ist aufgeladen, seit kurz vor der Messe bei einer Diskussion auf der Bühne des Dresdner Kulturpalasts zwei Schriftsteller aneinandergeraten sind, als ginge es um einen Familienkonflikt im deutschen Bildungsbürgertum: Durs Grünbein und Uwe Tellkamp. Beide in den Sechzigern geboren, beide aus Dresden, beide preisgekrönte Autoren, ihre Werke erscheinen beim selben Verlag, bei Suhrkamp. Doch wie das manchmal so ist bei Familienkonflikten, beide können sich kaum mehr verständigen - und das in Fragen, die, je nach Standpunkt, zu den entscheidenden des Landes gehören: Wie hältst du es mit der Flüchtlingspolitik? Wie mit Merkel? Wie mit der Rechten? Ist die Meinungsfreiheit bedroht? Was darf man heutzutage noch sagen?

"Was ist denn das für ein Scheiß?", entfuhr es Grünbein, als Tellkamp behauptete, vor der Bundestagswahl sei die AfD die einzige regierungskritische Alternative gewesen. Die Szene wirkte, als hätte ein Regisseur diesen Konflikt inszeniert:

Auf dem einen Stuhl saß einer, der die offenen Grenzen genießt, der von seinen Reisen erzählte, von Paris. Auf dem anderen einer, der diese offenen Grenzen fürchtet. Einer, der glaubt, 95 Prozent der Migranten, die nach Deutschland kommen, seien keine Flüchtlinge, sondern wanderten in die Sozialsysteme ein.

Diese Zahl ist nicht zu halten. Und doch steht der Umstand, daß Tellkamp sie vortrug, wie der ganze Dresdner Abend sinnbildlich für die Stimmung in Deutschland. Das hat seit Mittwoch zwar wieder eine gewählte Regierung, getragen von einer ziemlich geschrumpften Großen Koalition. Doch das liberale und das rechte Lager tun sich zunehmend schwer, sich überhaupt noch zu verständigen.

Es ist, als ginge ein Riß durch dieses Land. Es hat viele Risse auszuhalten, zwischen Ost und West, zwischen Arm und Reich, doch der Riß zwischen den Lagern, der sich nun auf der Buchmesse zeigt, läßt sich nicht mit den gängigen Mustern wegdiskutieren, mit denen sich das linksliberale Milieu sonst das Phänomen der erstarkenden Rechten ein bißchen zu leicht erklärt hatte: abgehängt, sozial schwach, aus dem Brennpunkt, ungebildet.

In Leipzig nimmt die erstarkende intellektuelle Rechte Gestalt an. Diese intellektuelle Rechte ist eine bürgerliche Rechte, eine gut situierte, gut ausgebildete Rechte, für die, anders als für die Hilfsempfänger der Tafeln in Essen und anderswo, Migranten keine direkten Konkurrenten um Nahrungsmittel darstellen. Schon anläßlich der Pegida-Demonstrationen hatte der Dresdner Politikwissenschaftler Hans Vorländer festgestellt, daß die Zahl der Arbeitslosen, die dort mitmarschierten, gering sei, die Zahl der Akademiker und Abiturienten aber hoch.

Für das intellektuelle Selbstverständnis der Bundesrepublik ist das eine Herausforderung.

Der italienische Philosoph Antonio Gramsci, ein Marxist, hatte einst die These aufgestellt: Wer das intellektuelle Leben beherrsche, beherrsche das Klima im Land. Die deutschen Achtundsechziger haben Gramsci gelesen und seine Theorie von der kulturellen Hegemonie umgesetzt. Seit einem halben Jahrhundert stand der Geist hier links. Doch nun hat die Rechte Gramscis Theorie gekapert.

Noch ist sie weit davon entfernt, das intellektuelle Leben zu beherrschen. Uwe Tellkamps

Auftritt aber könnte ein Markstein sein. Von seinem Roman "Der Turm" hat er knapp eine Million Exemplare verkauft, allein im deutschsprachigen Raum, sein Werk ist in 15 Sprachen übersetzt. Einen derart prominenten intellektuellen Fürsprecher hatte die AfD bislang nicht.
Im "Turm" hatte Tellkamp das Dresdner Bürgertum als Träger einer selbstbewußten kulturellen Identität geschildert. Es ist nur folgerichtig, daß Dresden nun zum Schauplatz der Debatte wurde. Denn darum geht es in deren Kern: Was ist heute noch bürgerlich? Wird der Migrant, jeder Migrant, zum Bürger, auch wenn er nur kurz hier ist? Gebührt jenen, die nur kurz hier sind, ein besonderer Respekt? Digitalisierung, Globalisierung und Wandel der Öffentlichkeit sind auch für das deutsche Bürgertum eine Bedrohung.
An einer der Zentralinstitutionen dieses Bürgertums, der Oper, wirbt in Leipzig ein Transparent für "Tannhäuser und der Sängerkrieg auf Wartburg". Schräg gegenüber liegt das Gewandhaus, von Polizisten gesichert, hier findet der Festakt zur Eröffnung der Messe statt, die schon jetzt ihr großes Thema gefunden hat. Keinen Sängerkrieg, aber einen Dichterstreit. Der Konflikt zwischen Tellkamp und Grünbein war nur das Donnergrollen in der Vorwoche der Messe.
Es folgte der Aufgalopp, in dem die Lager sich in Stellung brachten. Auf Twitter, wo der AfD-Abgeordnete Jens Maier freudig konstatierte, "Star-Autor Tellkamp vertritt AfD-Positionen". Im Radio, wo die Schriftstellerin Monika Maron Tellkamps Aussagen ein bißchen harmloser machte, als sie waren. Dem Deutschlandfunk sagte sie, sie könne die Aufregung darüber nicht verstehen - dabei ist sie es, die in ihrem Roman "Munin oder Chaos im Kopf" mit literarischen Mitteln von genau dem Grundkonflikt erzählt, der sich nun in der Realität zwischen Grünbein und Tellkamp abspielt.
Auf der einen Seite das eher linksliberale Milieu, auf der anderen Seite die Empörten, womöglich rechts. Und am Horizont das große Kuddelmuddel der drohenden Apokalypse, Millionen Migranten, junge Männer, sexuelle Gewalt:
"Die Kriege, die bedrohlichen Bilder in den Zeitungen und im Fernsehen, unser Straßenkampf, alles floß unter dem unbeirrbaren Rauschen des Regens zu einem endlosen Panorama zusammen, in dem ein Bild auf das andere folgte, manche miteinander verschmolzen, schwerterschwingende Männer liefen hinter Panzern her."
Die Suada steigert sich, am Ende erweist sie sich als Traum - oder doch nicht? So recht weiß man das ja nie bei derartigen Weltuntergangsszenarien. Ob die rechts sind? Schon zur Bundestagswahl hatte Monika Maron über sich selbst geschrieben: "Links bin ich schon lange nicht mehr."
Uwe Tellkamp war es wohl nie, schon in seinem Frühwerk "Der Eisvogel" schrieb er über einen rechtsradikalen Terroristen. Rollenprosa, gewiß. Auch hat Literatur keiner Gesinnung zu folgen. Große Autoren waren rechts, Gottfried Benn, Ernst Jünger - sie haben sich als Einzelgänger inszeniert, das gehört dazu, der "Waldgang", wie Jünger es nannte, als Widerstandsakt gegen die Mehrheit. Doch es ist auch diese Mehrheit, die rechten Dissidenten den Glorienschein des Außenseitertums erst so richtig verschafft - manches kritische Urteil dürfte diese in ihrer heroischen Pose nur bestätigen.
Durs Grünbein attestierte Tellkamp gerade in der "Zeit": "Was wir von Uwe Tellkamp hören, kennen wir von Pegida."
Auf der Bühne des Kölner Literaturfestivals Lit. Cologne konstatierte der Grünenchef Robert Habeck vor ausverkauftem Haus: "Tellkamps Argumente waren rechte Argumente, und seine Argumentation war verschwörungstheoretisch. Er soll aufhören zu jammern. Die Scheibe einschlagen und 'Haltet den Dieb rufen', das ist ziemlich peinlich."
Der Schriftsteller Feridun Zaimoglu meinte: "Was fällt mir zu dem Mist ein? Mein Rat an die Heulsusen in der rechten Ecke: Lernt Deutsch, ihr Versager, und packt euch weg. Mein Rat an Tellkamp und andere Zonenzampanos: Maul auswaschen mit Seife. Gute Bücher schreiben."

Selbst Suhrkamp distanzierte sich bereits am Morgen nach der Diskussion in Dresden von seinem Erfolgsautor: "Die Haltung, die in Äußerungen von Autoren des Hauses zum Ausdruck kommt, ist nicht mit der des Verlags zu verwechseln. …"
Es war kein sonderlich glückliches Manöver, auch wenn eine Suhrkamp-Sprecherin sich später bemühte, den Tweet als Ausdruck allergrößter Normalität abzutun: "Dieser Satz weist lediglich auf eine Selbstverständlichkeit hin."
Die Suhrkamp-Autorin Sibylle Lewitscharoff meint dazu: Die Äußerungen von Herrn Tellkamp mögen empörend gewesen sein, aber ich rate davon ab, sich als Verlag dazu zu äußern. Der Verlag ist ausschließlich für die Bücher verantwortlich, die ein Autor geschrieben hat, nicht für dessen politische Haltung oder sonstiges Betragen."
Kulturstaatsministerin Monika Grütters, befragt nach ihrer Meinung zur Debatte, sagt, stets werde gefordert, daß die Intellektuellen sich in aktuelle Debatten einbrächten, und zwar gerade dann, wenn Krisenstimmung herrsche. "Nur muß man es dann auch verkraften, daß diese Leute provozierende und kontroverse Positionen vertreten. Auch da gilt der Grundsatz der Freiheit der Kunst und der Meinungsäußerung." Gleichermaßen müsse es der Autor Tellkamp aushalten, wenn viele Menschen deutlich machten, daß sie seine Meinung für eine Zumutung halten. Dafür habe sie gerade in diesem Fall großes Verständnis.
Die Aufregung kocht eben schnell hoch, wenn es um die Frage geht, ob ein Autor rechts ist, weil es hier schnell um die zentrale Frage der bundesdeutschen Identität geht: Wie verhält man sich zur Erinnerung an den Nationalsozialismus, in der manche Rechte nur einen "Schuldkult" sehen?
Auf der Frankfurter Buchmesse hatte es im Herbst einen Eklat gegeben, als es bei einer Veranstaltung von Götz Kubitscheks Antaios Verlag zu einer Prügelei zwischen Identitären und Autonomen kam.
Oliver Zille, der Chef der Leipziger Messe, hat nun ein Sicherheitskonzept erarbeiten lassen, um zu verhindern, daß sich das wiederholt. Die rechten Verlage teilen sich eine Ecke in Halle drei, Polizisten patrouillieren durch die Gänge. Gegenüber von Kubitscheks Verlag befindet sich die "Deutsche Stimme", ein NPD-nahes Blatt, daran schließt sich der Stand von Jürgen Elsässers rechtspopulistischem "Compact-Magazin" an, martialisch bewacht von blassen, muskulösen Männern im dunklen Sakko.
Bereits am Donnerstagvormittag, die Messehallen hatten gerade erst geöffnet, geht es in einer Diskussion um die Frage "Wie politisch ist der Buchhandel?". Mit auf dem Podium sitzt Susanne Dagen, eine Buchhändlerin aus Dresden. Ihre Buchhandlung liegt am Fuße jenes Villenviertels, das Tellkamp im "Turm" beschrieben hat, gleich bei der Elbbrücke. Eigentlich ein bürgerliches Idyll.
Dagen war es, die im Herbst die "Charta 2017" initiiert hatte, einen offenen Protestbrief an den Börsenverein des Deutschen Buchhandels, dessen Unterzeichner sich dagegen wandten, daß der Börsenverein politisch Stellung bezogen hatte: Wenn ein Branchen-Dachverband darüber befinde, was als Meinung innerhalb eines Gesinnungskorridors akzeptiert werde und was nicht, dann sei unsere Gesellschaft nicht mehr weit von einer Gesinnungsdiktatur entfernt, hieß es da. Unterzeichnet war das Schreiben unter anderem von Uwe Tellkamp.
Eine Gruppe anderer Dresdner Autoren, darunter wiederum Durs Grünbein, antwortete mit einer Gegenerklärung: "Die Freiheit, sich zu äußern, begründet kein Recht, sich unwidersprochen zu äußern." Der "Opferhabitus", der durch die Klage über Gesinnungskorridore eingenommen werde, sei unangemessen.
Nun waren sie gefallen, die Reizworte, um die es seitdem geht: "Gesinnungskorridor", "Gesinnungsdiktatur" auf der rechten, "Opferhabitus" auf der linken Seite; Munition für einen Meinungskampf in Endlosschleife, moralisch hochgradig aufgeladen, geht es hier, je nach Sichtweise, doch um den Kampf gegen die "Gutmenschen", das "betreute Denken" oder eben

um den zwischen dem hellen und dem dunklen Deutschland.
Dazwischen allerdings, könnte man einwerfen, gibt es viele Graustufen. Ist die öffentlich ausgetragene Diskussion zwischen Grünbein und Tellkamp nicht der beste Beweis dafür, daß es eine Gesinnungsdiktatur hierzulande nicht gibt? Susanne Dagen sieht das anders: "Das sogleich einsetzende Aufbrausen war der Beleg zur These. Die Stigmatisierungsmaschinerie lief unter Aufbietung sämtlicher negativ konnotierter Begriffe auf Hochtouren."
Der Mainzer Historiker Andreas Rödder stimmt ihr zu: "Es heißt immer, in Deutschland könne man alles sagen. Das stimmt, allerdings nur in einem technischen Sinne. Eine offene Debatte erfordert mehr als das, nämlich Respekt für die Meinung des anderen, auch und gerade wenn sie mir nicht gefällt." Thilo Sarrazin sei ein gutes Beispiel. "Tatsächlich konnte er alles schreiben und es auch millionenfach verkaufen. In der meinungsbildenden Öffentlichkeit aber wurde er geächtet - 'nicht hilfreich', sagte die Kanzlerin."
Der Tübinger Medienwissenschaftler Bernhard Pörksen, der gerade das Buch "Die große Gereiztheit" veröffentlicht hat, nennt die Debatte zwischen den beiden Schriftstellern ein "Lehrbuchbeispiel für die Empörung zweiter Ordnung", die längst zum kommunikativen Normalfall öffentlicher Auseinandersetzung geworden sei. "Jemand sagt etwas, aber dann beginnt kein Gespräch, kein suchendes, um Nuancen bemühtes Verstehen.
Dann beginnt die Sofort-Etikettierung der anderen Position, die Empörung über die Empörung der jeweils anderen Seite. Seht her! Ihr wollt nur erziehen! Nur stigmatisieren! Nur moralisieren!" Eigentlich handle es sich nicht um den Austausch von Argumenten, sondern um die von Ressentiments gesteuerte Simulation einer Debatte.
Schon in den Siebzigerjahren hatte es in der Bundesrepublik einen von Ressentiments befeuerten Meinungskampf gegeben, auch damals stritten Linke mit Rechten, auch damals schien es um alles zu gehen: entweder das "Vierte Reich" oder der Kommunismus. Darunter machte man es nicht.
Einer der Veteranen dieses Meinungskampfs ist Klaus Staeck, damals Plakatkünstler, später Präsident der Akademie der Künste. Eine Ausstellung mit den Arbeiten Staecks in Bonn empörte die CDU/CSU Mitte der Siebzigerjahre so sehr, daß deren damaliger Fraktionsgeschäftsführer Philipp Jenninger die Bilder von der Wand riß. Die übliche Talkshow-Dramaturgie nütze der AfD, meint Staeck: "Wenn Gangster neben Gutmensch sitzt, erhält immer der Gangster die meiste Aufmerksamkeit."
Er rät deshalb: "Macht mal halblang." Ein leicht ins Reaktionäre spielendes Geraune habe es in der deutschen Literatur schon lange gegeben. In Wahrheit aber sei die Rechte intellektuell schwach und ein disparater Haufen mit geringer Relevanz. Der Nation fehle ein Gewissen, meint Staeck, Ratlosigkeit mache sich breit. Nicht die Äußerungen rechter Autoren seien die Gefahr, sondern die Indifferenz. Merkel habe suggeriert, die Bürger könnten die Politik einfach ihr überlassen, dann sei Ruhe.
In der Schweiz hat sich der Diskurs seit einigen Jahren merklich nach rechts verschoben. Was in Deutschland für Aufregung sorgt, ist dort längst publizistische Routine. Es sind die linken und liberalen Stimmen, die es schwer haben, noch gehört und gelesen zu werden. Eine dieser liberalen Stimmen ist der Zürcher Historiker Philipp Sarasin. Er betreibt mit anderen Intellektuellen das Blog "Geschichte der Gegenwart", reflektiert dort auch das Wesen populistischer Argumentation.
Sarasin warnt heute vor vorschneller Empörung und allem, was zur Lagerbildung beitrage. Es sei nicht so, daß eine rechte Position heute den Weg für einen neuen Faschismus bereite. Die zentrale Gefahr sei, daß die Gesellschaft auseinanderbreche. Darum müsse man den Korridor der Meinungen so weit wie möglich offen halten. Statt also nach der einen, wahren Meinung zu suchen, solle man den Streit annehmen und mit allen reden, die das überhaupt noch wollen. Dazu aber sei es nötig, ein wenig kühler zu reagieren und sich die Empörungsgesten zu spa-

ren. Denn was solle nach den stets erwartbaren Distanzierungen kommen?
Yascha Mounk hat diese Empörungsgesten gerade selbst erfahren. Er ist in Süddeutschland aufgewachsen, mittlerweile ist er Politikwissenschaftler in Harvard, gerade hat er das Buch "Der Zerfall der Demokratie - Wie der Populismus die Demokratie bedroht" veröffentlicht - und schon ist er YouTube-Star: als Gewährsmann der Rechten. Klingt ein bißchen paradox angesichts seines Buchtitels.
Doch in einem Interview mit Caren Miosga hatte Mounk in den "Tagesthemen" von dem "historisch einzigartigen Experiment" gesprochen, eine "monoethnische, monokulturelle Demokratie in eine multiethnische zu verwandeln" - rechten Bloggern genügte das als Beweis für eine ihrer liebsten Verschwörungstheorien: In Deutschland werde heimlich die Bevölkerung ausgetauscht. Wie soll man noch diskutieren, wenn Argumente derart fehlinterpretiert werden?
"Eine effektive Antwort auf rechts müsse zugleich respektvoll und prinzipientreu sein", meint Mounk. Mit Herablassung sei politisch nichts zu gewinnen. Wer Rechte schulmeisterlich belehre, werde sie nicht überzeugen. "Statt dessen sollten wir ganz klar formulieren, warum wir für unsere Prinzipien einstehen - und warum ihre Vision der Politik gefährlich ist."
Nur einer schweigt: Uwe Tellkamp. Er wolle sich nicht weiter äußern, läßt er mitteilen.
Durs Grünbein hingegen wirkt mittlerweile ein bißchen erschöpft. Er berichtet, statt noch einmal auf die Diskussion einzugehen, von einem seiner "regelmäßigen Albträume": "Man bittet mich auf das Podium (Paulskirche, Bundestag etc.), ich soll eine Rede halten und stelle fest - ich habe sie nie geschrieben. In meiner Jackentasche finden sich nur Notizzettel, die ich in der Eile nicht einmal entziffern kann."
Man könnte das für eine Metapher halten. Die Schwierigkeiten der Kommunikation.<<
Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" berichtete am 27. März 2018: >>**Neue Rechte: Germanische Thing-Zirkel**
In der alten Bundesrepublik suchten rechte Zirkel vergeblich nach dem historischen Moment, die Konservativen zu gewinnen. Diesmal scheint es ihnen zu gelingen.
Von Thomas Assheuer
Die deutsche Rechte, muß man wohl sagen, ist in Champagnerlaune. Eine Gruppe von Publizisten und Schriftstellern hat eine Erklärung veröffentlicht, mit der sie angesichts einer "illegalen Masseneinwanderung" sich mit jenen solidarisieren, die dafür "demonstrieren, daß die rechtsstaatliche Ordnung an den Grenzen unseres Landes wiederhergestellt wird".
Auf der erstaunlich umfangreichen Unterschriftenliste finden sich neben konservativen Autoren auch Akteure aus dem rechtsradikalen Milieu, und es ist dieser Schulterschluß, der Rechte triumphieren läßt: Daß ihre Ideen in konservativen Kreisen endlich hoffähig werden, darauf hatten sie gehofft. Das war ihr Projekt, von Anfang an.
Über diese Anfänge existieren ein paar Vorgeschichten, und eine beginnt am 11. April 1945 mit der Tagebucheintragung des Schriftstellers Ernst Jünger. Amerikanische Panzer hatten ihn aus dem Schlaf gerissen, und er staunt über die hin und her schwankenden Funkantennen auf den Stahlmonstern.
Die Szene erinnert ihn an eine magische Angelpartie, die das Ziel hat, den deutschen "Leviathan" einzufangen. "Von einer solchen Niederlage", notiert er, "erholt man sich nicht wieder wie einst nach Jena oder nach Sedan. Sie deutet eine Wende im Leben der Völker an, und vieles, was uns im Innersten bewegte, muß sterben bei diesem Übergang."
Im Innersten? Damit meinte Ernst Jünger seine eigene Ideenwelt, das eigene Weltbild, er meinte seine Vorstellung von Politik, Staat, Ordnung. In der Weimarer Republik zählte Jünger zu den Vorreitern der rechten Revolte, und es war ihm eine Ehre, die Demokratie federführend und in unzähligen, auch antisemitischen Pamphleten sturmreif zu schießen. Nun, nach der "totalen Niederlage", schien für Jünger die Weimarer Rechte moralisch diskreditiert, auch

wenn einige ihrer Vertreter zuletzt vor Hitler gewarnt hatten oder von seinen Schergen ermordet worden waren. Jünger benutzt ein seltenes Wort. Er spricht von "Schuld".
Es gibt zahllose Bücher darüber, wie Weimarer Rechtsintellektuelle sich in der Nachkriegszeit an die neuen Verhältnisse angeschmiegt und nach kurzer Reue versucht haben, ihren völkischen Nationalismus ein zweites Mal unters Volk zu bringen. Doch es fehlten die strategischen Partner. Die bürgerlichen Konservativen hatten sich "leider" unter der Fahne der CDU versammelt und Deutschland an die "Siegerkultur" verraten. Entsprechend ungünstig urteilte Martin Heidegger über Konrad Adenauer. Der Vater der Westbindung war für ihn offenbar kein richtiger Rechter, er war nur ein Konservativer, dazu noch Katholik.
Wie aber konnten die Rechten wieder Einfluß gewinnen? Es war der Privatsekretär Ernst Jüngers, der Schweizer Armin Mohler, der sich sofort nach Kriegsende daranmachte, das rechte Weimarer Erbe erneut einsatzfähig zu machen. Sein Verkaufstrick: Die hochaggressiven Traditionsbestände sollten nicht mehr als rechts, sie sollten fortan als konservativ etikettiert werden.
Wie Volker Weiß in seinem Buch *Die autoritäre Revolte* (Klett-Cotta) zeigt, wurde das alte Gedankengut säuberlich vom Faschismusverdacht gereinigt und dem Publikum als normale konservative Grundnahrung schmackhaft gemacht. Als Mohler 2003 starb, hielt sein letzter Schüler die Grabrede: Götz Kubitschek, heute eine Spinne im rechten Netz.
Mohler hatte zwar den Brückenschlag zu den "Demutskonservativen" vorbereitet, aber das gemeinsame Bündnis blieb eine Fata Morgana in der rechten Theoriewüste. Gewiß, es gab Allianzen mit dem NS-kontaminierten Filbinger-Dregger-Flügel der Union, es gab den Weikersheimer Kreis und Helmut Kohls politisch folgenlose Verehrung für Ernst Jünger. Doch trotz mancher Verlockung behielten die Bürgerlichen einen klaren Kopf. Sie trugen, meistens jedenfalls, die Verfassung unterm Arm, sie waren konservativ und ließen die Rechten dort, wo sie waren: in der Schmuddelzone.
Ohne Lückenschluß mit den Konservativen blieb den Rechten nur der Rückzug, das Händchenhalten in germanischen Thing-Zirkeln oder, ganz wichtig, die Arbeit an der Metapolitik. Das hieß: Wenn man parteipolitisch auf verlorenem Posten steht, dann muß man abwarten und geduldig das mentale Feld der Kultur beackern, damit die rechte Saat dann, wenn das liberale System ins Wanken gerät, auf fruchtbaren Boden fällt.

Zerstörung ist das Ziel

Die Neuen Rechten, so nannten sie sich nun, gründeten Thule-Kreise und Zeitschriften wie *Criticon,* später, in den Achtzigern, kam eine eigene Wochenzeitung hinzu. Mit einer gewissen Neigung zur Selbstwiederholung beschrieben sie die Deutschen als "niedergehaltenes" Volk, das binnen Kurzem im Schwarzen Loch der Europäischen Union verschwinden werde. Mohlers Zöglinge studierten Bücher des französischen Philosophen Alain de Benoist über die "Kulturrevolution von rechts" und attackierten zielsicher den Liberalismus an seiner verwundbarsten Stelle: bei der sozialen Atomisierung und der Produktion von Einsamkeit.
Auch die "Wehrlosigkeit der deutschen Scheindemokratie" war ein Themenklassiker, daneben noch die übel riechende "Prolokratie" sowie die große Egalisierung in der Nacht der Götterferne. Für sie stand als bedrückendstes Beispiel das Verschwinden des Herrensalons, was deutsche Männer dazu zwinge, Gesprächen über die Wiederkehr des Lockenstabs beizuwohnen.
Im Angebot waren auch Ernst Jüngers lesenswerte, wenngleich zähflüssige Romanfantasien im Futur II. Wie die TV-Serie *Game of Thrones* malten sie eine Zukunft aus, in der der Liberalismus glücklich verendet ist und zwischen den Menschen die alte, natürliche Ungleichheit herrscht. Hier gibt es wieder den Herrn und auch den Knecht.
Kurzum, Metapolitik beruhte auf der Annahme, daß die "liberalistische Moderne" dem Untergang geweiht und - wie das Codewort heißt - in sich "vollendet" ist. Mit feinem Gespür wurde

jeder Haarriß im liberalen Weltgebäude registriert, und wurde der Riß größer, war es gleich ein "Geschichtszeichen". Metaphysisch erregt, lauschte man dem anschwellenden Rumor des kommenden Bankrotts. Bald würde es so weit sein.
Das größte Geschichtszeichen war selbstredend der Fall der Mauer, und damals gelang den Rechten tatsächlich ein kurzer Brückenschlag ins bürgerliche Lager. Gemeinsam träumten viele von der "selbstbewußten Nation" und dem Ende der machtpolitischen Selbstverzwergung, denn schließlich hatte die Geschichte höchstpersönlich das Interregnum der Bundesrepublik beendet.
Jetzt, nach dem "Rückruf in die Geschichte" (Karlheinz Weißmann), stand der Heimkehr des deutschen Odysseus nach Ithaka nichts mehr im Wege. Doch leider beging ein CDU-Konservativer erneut Verrat an der heiligen Nation. Helmut Kohl bescherte Deutschland den Euro und legte den Leviathan gleich wieder an die Kette.
In den Jahren nach 1989 wurden die Rechten mit einer interessanten Behauptung vorstellig, die allerdings nicht auf ihrem Mist gewachsen war. Sie lautete, daß der Westen nicht aus eigener Kraft existieren könne und bis zum Mauerfall von außen, durch den kommunistischen Gegner, stabilisiert worden sei.
Mit dem Untergang des Ostblocks entfalle der sichernde Außenhalt, und nun fresse sich die Demokratie von innen auf - die Rechte müsse nur noch das Heer der Enttäuschten mit offenen Armen empfangen. Und so kam es auch. Während Konservative, Sozialdemokraten und Grüne sich mit dem Neoliberalismus verbündeten und dessen Verlierer mit Hartz IV belohnten, lockte die Rechte mit der Volksgemeinschaft, in der Platz für alle sei. Für alle Deutschen.
Der nächste Riß, die nächsten Geschichtszeichen waren dann Nine Eleven, der Terrorangriff auf die "Kapitale des Kapitals", und der Finanzmarkt-Kollaps 2008. Als Donald Trump zum Präsidenten gewählt wurde und er mit Steve Bannon einen leibhaftigen Reaktionär ins Weiße Haus holte, kam die Rechte aus dem Staunen nicht mehr heraus.
Ein Systemwechsel, vollbracht vom System selbst? Die Netzwerke glühten, denn ausgerechnet in Amerika gelang der ersehnte Brückenschlag zwischen Konservativen und Rechten. Donald Trump ist nicht nur ein Geschichtszeichen, er ist die Geschichte selbst! Er zerstört den Westen. Applaus auch aus Rußland.
Das jüngste Geschichtszeichen, das Deutschlands Rechte erkannt haben will, sind die weltweiten Fluchtbewegungen. In ihren Augen sind sie, was zum Teil stimmt, Folge der westlichen Globalisierung und setzen eine erfreuliche Dialektik in Gang: Sie machen die Rechte so stark wie nie, und wenn sich die bürgerlichen Konservativen nun ein Herz faßten und mit ihr eine schlagende Verbindung eingingen, dann stehe Deutschlands Wiedergeburt nichts mehr im Wege. "Merkel muß weg!"
Gewiß, das sind Meinungspartikel vom rechten Rand, aber all die mutigen Geistesarbeiter und besorgten Bürger, die ihren Namen unter eine "Erklärung" gesetzt haben, die Flüchtlingen die Solidarität aufkündigt - sie sollten schon wissen, mit wem sie einen Stuhlkreis bilden. Rechte sind Rechte und keine Konservativen; ihr Ziel ist nicht Bewahrung, sondern Zerstörung. Sie wollen die liberale Öffentlichkeit nicht meinungstechnisch erweitern, sie wollen sie abschaffen.
Die Rechte träumt vom ethnisch homogenen Volk, vom organischen Staat und von seiner machtpolitischen Souveränität - ohne Rechtsgleichheit, ohne freie Gerichte, ohne Migranten, ohne "Vergangenheitsbewältigung" und ohne Einbettung in die Europäische Union. Ihre Helden heißen Wladimir Putin, Viktor Orbán und Jarosław Kaczyński. Und so kann man Rechten alles Mögliche vorwerfen, nicht aber Unaufrichtigkeit. Sie sagen, was sie wollen. Und wenn sie an die Macht kommen, dann tun sie es auch. …<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 05/2018 berichtete im Mai 2018: >>**Von Mainzel- und Muselmännchen**

_ *von Peter Bartels*

Der Multikulti-Stadl der GEZ-Sender: Wer abends in Deutschland ins Bett geht, wacht mit dem *Morgenmagazin* auf einem anderen Kontinent wieder auf: Nur noch Moderatoren aus Afrika, Nahost und Asien. Schwarze Haare, braune Haut. Blondinen mit blauen Augen, das war früher. Als wir noch nicht fremd im eigenen Land waren …

Von A wie *Astro TV* bis ZDF wie Muselmännchen: Mal heißen die Gesichter, die heute Deutschland präsentieren, Mitri Sirin (türkischer Syrer), mal Yasmin Parvis (Papa Perser), Pinar Tanrikolu (Türkschland), Jessica Zahedi (Iran), Aline Abboud (Libanon), Özden Terli (Türkschland) oder Till Nassif (Papa Syrer). Das Erfreuliche: Alle genannten ModeratorInnen sprechen perfekt Deutsch. Der nette Nassif mit dem Eulenspiegel-Vornamen Till parliert sogar Bayerisch! Was kein Wunder ist: Alle, die seit gut zwei Jahren im TV Buntschland repräsentieren, wurden in Deutschland geboren, gingen hier zur Schule oder zur Uni und sind gut integriert, wie man so schön sagt.

Bunt ist Trumpf

Namen sind Schall und Rauch? Leider nicht. Hier sind sie Programm. Wenn nämlich das Fernsehen Deutschlands Schaufenster nach außen *und* innen ist, dann erkennen weder die, die von draußen mal reinschauen, noch jene, die schon länger hier leben, ihr Deutschland wieder. Mehr noch: Dann scheint der blöde Klapperstorch trotz "Prime" oder "Lieferando" sich seit Jahren zu verfliegen. "Big Brother Gutmensch" hat über Nacht subkutan die Umvolkung vollstreckt. Und Merkels Schutzsuchende üben weiter im Park…

Nach der totalen Zerstörung der deutschen Identität durch die Nazis und der totalen Entnazifizierung durch die Amis krümmte sich die nationale Würde der Deutschen zur Beifall heischenden Würdelosigkeit. Schon seit den Fünfzigern wurde frenetisch bejubelt, wer schwarz war, wie Kenneth Spencer, Billy Mo oder Roberto Blanco. Und diese Sänger verstanden es, mit schöner Stimme, knödelnder Trompete oder doppelbödigen Sprüchen ("Ich bin der einzige wahre schwarze Deutsche") in Deutschland Karriere zu machen.

Sechs Millionen systematisch ermordete Juden, die Erbsünde der Deutschen, mußten ja irgendwie kompensiert, konnten en passant wenigsten musikalisch etwas weggeklatscht werden. Jeder "Mr. Pumpernickel", jeder "Häuptling der Indianer", jeder GI-Heidelberger war recht, wenn er nur schön radebrechend endlich wieder mit den Deutschen zum Städele hinauszog. Dieses über Generationen anerzogene deutsche Betteln um Gunst und Gnade gipfelte 2015 in einer Willkommens-Willkür nie gekannter Unterwerfung. Gestern GröFaz Hitler, heute GröKaz Merkel. Mit dem Einreißen der Grenzen entschied die Alternativlose, Deutschland endgültig abzuschaffen.

Das aber war dann offenbar selbst dem deutschen Untertan zu viel. Michel maulte. Und dann trauten sich sogar mehr und mehr Lämmer zu blöken: 12,6 Prozent AfD bei der großen Wahl (und jetzt steht die kleine, aber womöglich entscheidende Wahl in Bayern vor der Tür…). Denn inzwischen wittert Michel: Es geht um alles - das Häuschen mit Garten, die Tochter, die Frau, Arbeit, Rente, in Gottesnamen auch um den armen Kerl am Kreuz. Aaaber: "Big Brother Gutmensch" wittert auch. Und da er vom Staatsfunk bis zu den Papier-Medien alles an der ZK-Leine hat, läßt er auf breiter Front gegen alles, was deutsch ist, wettern.

Der Große Austausch

Seitdem wird jeden Morgen ab 5:30 Uhr zurückgeschossen: Hatte das *ZDF-Morgenmagazin* vor 2015 noch mehr oder weniger neun Moderatoren mit deutschen Wurzeln, sind es heute mehr oder weniger neun Moderatoren mit Migrationshintergrund. Freilich, auch vor der Merkel-Wende hatte das ZDF schon einen typisch deutschen Schwarzen. Er hieß Cherno Jobatey, trug Rastazopf, berlinerte biodeutsch, spielte E-Gitarre und führte hierzulande den Turnschuh-Dresscode zum Anzug ein. Papa war Schiffskoch aus Gambia, Mama Deutsche aus Berlin. Heute ist Chernos Zopf längst ab; Herr Jobatey, mittlerweile 57, trägt schicke Slipper und ist

Herausgeber einer linken Laberpost im Netz.
Aber auch seine biodeutschen Weggefährten von einst haben Karriere gemacht: Peter Frey, ein inzwischen ergrauter vom Typ Versicherungsvertreter, wurde ZDF-Chefredakteur. Die Präsidenten-Belügerin Bettina Schausten ("Meine Freunde müssen für die Übernachtung zahlen") leitet heute das ZDF-Hauptstadtstudio. Maybrit Illner, Honeckers Novizin im Roten Kloster Leipzig, legt mit 53 inzwischen peinlich keck den Finger an die schmal gewordenen Lippen, wenn sie ihrem ZDF-Untersuchungsausschuß (Schimpfwort: "Talkshow") vorsitzt. Und Christian Sievers, der lange Süßi mit dem kurzen Näschen, dessen Äuglein auch mit Kontaktlinsen nicht größer wurden, bellt seit gut zwei Jahren um 19 Uhr die *Heute*-Nachrichten vom Lerchenberg. …
Damals, als das *ZDF-Morgenmagazin* noch deutsch war, hatte es natürlich auch einen deutschen Wetterfrosch. Der änderte sogar seinen schönen Namen Ben Vogel in Ben Wettervogel. Vielleicht, weil er sowieso so aussah, vielleicht, weil er sich zur Karriere quaken wollte. Nachdem *Bild* irgendwann seinen Selbstmord gemeldet hatte, kam - genauuu - ein Migrations-Deutscher, der Türke Özden Terli. Der Fernmelder hatte zum Glück rechtzeitig auf Föhn umgesattelt. Heute sagt Özden den Rest-Deutschen im Nachmittagsprogramm, wie kalt der Wind aus Osten sein wird. Nur Mut, Junge, auch Deine alleroberste Chefin Hülya Özkan fing mal im Nachmittagsprogramm an. Mittlerweile ist die Ansagerin und Muslima glückliche Ehefrau von ZDF-Intendant Thomas Bellut.
Das *ZDF-Morgenmagazin* hat natürlich längst wieder einen neuen Ben gefunden: Benjamin Stöwe aus Eberswalde. Dem gelernten Synchronsprecher setzten clevere Werber gleich eine französische Bordeaux-Dogge aufs Fensterbrett. Diese Töle glotzt also in den Regen, wenn der angelernte Wettervogel ein Tief tremoliert oder sich im Stakkato zu einem Hoch jazzt. Immerhin: Deutsche Wurzeln! Leider nur die Wassereimer-Stolper-Nummer: Bio-Deutsche sind offenbar nur noch als Gender-Gustl oder Dödel-Detlef in TV-Buntschland gut. Hauptsache, der Redaktionsleiter haut sich im Regie-Halbdunkel vor Lachen auf die Schenkel. …
Wirklich politisch korrekt repräsentiert wird Buntschland fast nur noch von migrantischem Wurzelgewächs: Unterhaltung, Nachrichten, Wetter - bis hin zum lieben Gott auf *Astro TV*. Sogar auf diesem Sparten-Kanal rollt eine mollige Griechin namens Theodora Kontodimou (sehr schwarze Korkenzieherlocken, sehr kurze, rote Fingernägel) aus dezent wogendem Busen irgendwas von einer "Gottesmutter", die einer anonymen Endfünfzigerin für 50 Cent die Minute ("Handy kann teurer werden") noch im Mai einen neuen Mann finden wird, sogar einen mit Geld. Oder einen Beamten. …
Angriff auf die "alten weißen Männer"
Noch Ende Februar 2012, drei Jahre vor der Merkel-Wende, klagte ein Kai-Hinrich Renner im *Hamburger Abendblatt*: In deutschen Redaktionen gebe es kaum Mitarbeiter mit ausländischen Wurzeln. Vorzeige-Journalisten wie Giovanni di Lorenzo (*Die Zeit*) und Georg Mascolo (damals *Spiegel*), Väter Italiener, seien nur "Ausnahmen".
Bis dahin hießen die *Tagesschau/Tagesthemen*-Sprecher, ordinär aber biodeutsch, tatsächlich fast nur Karl-Heinz Köpcke, Hanns Joachim Friedrichs, Dagmar Berghoff, Eva Herman. Heute heißen sie Ingo Zamperoni, Pinar Atalay, Linda Zervakis. Ingo hat italienische, Pinar türkische, Linda griechische Wurzeln. Zum perfekten Wunschland für "Big Brother Gutmensch" wird Buntschland, wenn Julia Niharika Sen (Papa Inder) von NDR 3 die Zuschauer zur *Tagesschau* mit Linda Zervakis weiterreicht. …
Beim *ZDF-Mittagsmagazin* strahlt sich neuerdings Jana Pareigis zur Karriere. Sie wurde 1981 in Hamburg geboren, trägt meistens knallrot, knallgelb, knallgrün und hat flammend rote Nägel. Sie ist schwarz, eigentlich braun, aber das klingt ja politisch nicht sooo korrekt. Fräulein Pareigis ist nämlich "polyethnisch", schnappatmet *Wikipedia* wie im Rausch: Deutschland, Schweden, Simbabwe (Afrika) lieferten ihr Gene. Sehr viel Afrika, wie jeder sieht. Vorbil-

dung? Peacekeeping-Department bei der UNO. Uuund: Assistentin beim Chefredakteur von N24, heute *Welt-TV*. Nicht schlecht, Fräulein Specht.
Übrigens: Tanit Koch, die Assistentin von *Bild*-Totengräber Kai Diekmann himmelte sich sogar zeitweise zu dessen Nachfolger als Chefredakteuse hoch. Also aufpassen, "alter weißer Mann" Peter Frey…
_ Peter Bartels ist seit 50 Jahren Journalist und war 17 Jahre bei "Bild". 1974 wurde er Unterhaltungschef in der Hamburger Zentralredaktion. Von 1989 bis 1991 war er zusammen mit Hans-Hermann Tiedje Chefredakteur von "Bild" - als das Blatt noch fünf Millionen Auflage hatte.<<
Die Tageszeitung "Süddeutsche Zeitung" berichtete am 13. November 2018: >>**Soziale Gerechtigkeit: Die da oben, wir da unten**
Woran krankt die Gesellschaft - am Neoliberalismus und der Diktatur der Eliten? …
Von Tanjev Schultz
… Wie groß die Gefahr ist, bei solch einer Radikalisierung abzudriften in krude Bescheidwisserei, zeigt das Buch von Rainer Mausfeld. Der emeritierte Kieler Psychologie-Professor führt den Bürgern die Techniken der Manipulation vor Augen, die sie angeblich zum Stummsein verdammen. Für Mausfeld wird das Publikum beherrscht von "einer neuen Form des Totalitarismus, der von der Bevölkerung nicht als Totalitarismus empfunden wird". Manipuliert von neoliberalen Eliten und sediert von ungeordneten Informationen und dummer Unterhaltung, schweigen die Lämmer.
Die freie Presse und die liberale Demokratie sind in dieser einfachen Sicht auf die Welt weitgehend Lug und Trug; und man müßte nur ein paar Vokabeln von links nach rechts drehen, und schon könnten auch Trump oder die "Lügenpresse-Krakeeler" der Analyse gut folgen. Daß in der angeblich so neoliberal dominierten Presse über die Steuerflucht der Reichen ausgiebig debattiert wird oder Recherchen wie die *"Panama Papers*" möglich sind - für Mausfeld offenbar egal.
Er vertritt eher schematische Wahrheiten, zum Beispiel die, daß das Völkerrecht sich zu einem Instrument unverhohlener Machtpolitik entwickelt habe. Solche Sätze sind schnell geschrieben und schnell beklatscht, deshalb aber noch lange nicht wahr. Jedenfalls werden sie der Komplexität im Ringen um Fortschritte in der Weltgemeinschaft nicht gerecht.
Ein bißchen Adorno, ein bißchen Noam Chomsky - fertig ist das Buch für linke Wutbürger
Das Buch ist auch nicht besonders originell. Es baut auf einer radikalen Demokratietheorie auf, mischt sie mit den Denkfiguren des alten Adorno und des im Laufe der Jahre immer zorniger und paranoider werdenden Noam Chomsky - und fertig ist ein Buch für den linken Wutbürger. In dessen Weltbild wünschen sich die "herrschenden Eliten" angeblich eine bloße "Zuschauerdemokratie" mit lethargischen Bürgern.
Wirklich? Wer sich umhört bei den "Eliten" wird auf sehr viele treffen, die ein hohes Lied auf zivilgesellschaftliches Engagement singen und sich wünschen, daß die Menschen wählen gehen, daß sie in Parteien und Vereinen aktiv werden und sogar ihr Demonstrationsrecht wahrnehmen. Aber bestimmt steckt dahinter nur eine neoliberale Finte ...
Der Neoliberalismus ist für Mausfeld "weltweit der größte Feind von Demokratie". Das ist angesichts brutaler Diktaturen eine verwegene These, aber damit nicht genug: In offenbar zustimmender Absicht bringt das Buch ein Zitat, demzufolge die neoliberale Wirtschaftsordnung in einem Jahr locker so viele Menschen umbringe wie der deutsche Faschismus in sechs Jahren. Wer so halbseiden - man könnte auch sagen: infam - argumentiert, braucht sich nicht zu wundern, wenn ihm nur ein paar eingefleischte Schafe folgen. …<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 08/2018 berichtete im August 2019: >>**Schwarzer Kanal, bunte Manipulation: Propagandamuster in DDR und BRD**

Wie zu DDR-Zeiten wird auch heute die Öffentlichkeit von der Regierung kontrolliert und gelenkt. Die GEZ-Medien sind keineswegs objektiver als die privaten.

_ von Enrico Komning

Wer regiert uns, wer lenkt uns, wer manipuliert uns, und wie funktioniert das Ganze? Warum sind Medien so mächtig und warum so anfällig für absichtliche oder fahrlässige Fehl- und Falschmeldungen? Im Folgenden werde ich nicht auf die sozialen Medien mit all ihrer Inhaltsfülle und ihren Problemen bei DSGVO sowie NetzDG eingehen, denn das würde den Rahmen sprengen, sondern mich an den herkömmlichen Medien wie Presse, Funk und Fernsehen orientieren.

Schon vor 2015, danach aber um so intensiver, wird Kritik an Medien lauter und offener vorgetragen. Schlagworte wie Lügenpresse, Lückenpresse oder Fake News sind in aller Munde. Mal laut anklagend, mal flapsig behauptend, mal tiefgründig nachweisend. Die Menschen nehmen zunehmend wahr, daß sich die Berichterstattung häufig nicht mehr mit ihren eigenen Wahrnehmungen deckt. Sie erkennen, daß Rundfunk, Fernsehen und Presse etwas ganz anderes berichten als das, was sie selbst erlebt haben.

Journaille und Volk

Das erinnert, zumindest im Osten, sehr an schlimmste DDR-Zeiten, in denen man nach offiziellen Verlautbarungen alle wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufgaben immer überplanmäßig erfüllt hat, die Regale aber leer waren und der Mangel an allen Ecken sichtbar war. So wird die Tagesschau schon mal mit der Aktuellen Kamera verglichen oder die ARD-Sendung Panorama von Anja Reschke mit dem Schwarzen Kanal von Karl-Eduard von Schnitzler.

Den Medienmachern und deren politischen Hintermännern ist dieser Erkenntnisgewinn der Bürger ein Dorn im Auge. Deshalb werden die oben genannten Ausdrücke als "rechte Kampfbegriffe" verschrien und deren Benutzer in die Nähe von Diktatur-Sympathisanten gerückt. So schrieb Sascha Lobo auf Spiegel Online am 13. November 2016 unter der Überschrift "Lügenpresse ist keine Medienkritik": "Wer "Lügenpresse" schreit, will nicht bloß auch seine Meinung in den Medien sehen, sondern ausschließlich seine Meinung. "Lügenpresse" ist der Ruf nach einer autoritären Gesellschaft."

Mit keinem Wort setzt sich der Autor mit den eigentlichen Kritikpunkten, die gegen die Medien vorgebracht werden, auseinander, sondern würgt die Kritik ab und spielt sie herunter - obwohl er ein gegenläufiges Zitat von Frank-Walter Steinmeier anführt: "Der Meinungskorridor war schon mal breiter. Es gibt eine erstaunliche Homogenität in deutschen Redaktionen, wenn sie Informationen gewichten und einordnen. Der Konformitätsdruck in den Köpfen der Journalisten scheint mir ziemlich hoch. Das Meinungsspektrum draußen im Lande ist oft erheblich breiter."

Der Bundespräsident beschreibt das Problem aber nicht ausreichend. Die Kritik vieler Bürger geht weiter: Laut einer Allensbach-Umfrage aus dem Februar 2016 waren drei Viertel der Deutschen der Meinung, daß die Medien kein korrektes Bild vom Bildungsniveau und Familienstatus der Flüchtlinge des Jahres 2015 zeichnen.

In völligem Gegensatz dazu steht die Selbstwahrnehmung der Presseleute und ihre völlige Selbstüberschätzung. So verglich der Spiegel Journalisten in einem Artikel aus diesem Frühjahr mit den demokratisch gewählten Abgeordneten der Parlamente: "Wenn man so will, sind auch die Medien in Deutschland repräsentativ.

Journalisten haben es zu ihrem Beruf gemacht, die Nachrichten zu gewichten und zu entscheiden, was wichtig und was nicht so wichtig ist." Der Chefredakteur der Berliner Zeitung meinte gar: "Die Medien sind ja die vierte Gewalt." Die Chefredaktion der Zeit hob völlig ab: "Wir Journalisten haben eine Muezzin-Position." Journalisten als religiöse Prediger, die den dummen Schafen die Welt erklären müssen. …

Auch die Öffentlich-Rechtlichen verbreiten Unwahrheiten und Falschmeldungen. Ihre Unabhängigkeit ist ohnedies gefährdet, denn Politiker sind in ihren Rundfunkräten vertreten, und eine Einflußnahme ist zumindest nicht ausgeschlossen. Auch die Programmdirektoren haben meistens ein Parteibuch. Damit sind nicht wegzudenkende Partei- und Politiknähe vorhanden und entsprechende Abhängigkeiten gegeben, weshalb von Neutralität nicht mehr die Rede sein kann.

Gerade durch Festlegungen im Ende letzten Jahres auch durch Deutschland unterzeichneten UN-Migrationspakt ist offensichtlich, daß Medien genutzt werden sollen, um auf Denken und Ansichten der Menschen einzuwirken. So wird im Ziel 17 des Migrationspaktes als Maßnahme c.) gefordert, "die öffentliche Finanzierung oder materielle Unterstützung derjenigen Medien einzustellen, die systematisch Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und andere Formen von Diskriminierung von Migranten unterstützen" - also Geldhahn zu bei kritischer Berichterstattung!

Bilder, die lügen

Gerade bei den Öffentlich-Rechtlichen geht es um Meinungsmache. Und da ist jedes Mittel recht. Nicht nur Verzerrungen, Weglassungen oder Hinzudichtungen, sondern immer wieder auch plumpe Unwahrheiten werden eingesetzt - und bei Enttarnung als sogenannte Fehler heruntergespielt. …

Framing - Handbuch der Manipulation

Die Meinungsmacher haben erkannt, daß Worte und Sprache in den Medien wesentliche Manipulationselemente sind. Für 120.000 Euro (aus GEZ-Zwangsabgaben bezahlt) ließ die ARD ein Strategiepapier entwickeln, das nach der Kritikwelle gegen die Öffentlich-Rechtlichen dazu dienen sollte, in der Debatte wieder Oberwasser zu gewinnen. So heißt es in diesem sogenannten Framing-Manual: "Auch und gerade in Zeiten, in denen Gegner der ARD deren Relevanz in Frage stellen", gehe es darum, die Aufgaben und Ziele der ARD "gegen die orchestrierten Angriffe von Gegnern" zu verteidigen. Darauf fragte *Bild.de:* "Sieht sich die ARD in einem Krieg gegen ihre kritischen Zuschauer?"

Framing ist ein Forschungsfeld aus der Linguistik, bei dem es im Kern um die Frage geht, wie bestimmte Sprachmuster, vor allem Metaphern, einen Deutungsrahmen setzen - also letztlich das Denken und auch das Handeln steuern. Es bedeutet, daß Themen in einen Kontext eingebettet werden, der bei den Empfängern bestimmte Assoziationen hervorruft. Ein Beispiel: Es ist ein Unterschied, ob man eine Infrastrukturabgabe als Pkw-Maut oder als Ausländer-Maut bezeichnet.

Das Gutachten enthält Sprachregelungen für Mitarbeiter und ruft dazu auf, Begriffe zu verwenden, mit denen die ARD positiv dargestellt wird. Über den Rundfunkbeitrag heißt es in dem Papier, dies sei keine "Zwangsabgabe" oder "Zwangsgebühr" (so nennen Kritiker der ARD das, was früher GEZ-Gebühr genannt wurde), sondern "unsere finanzielle Beteiligung". Die Arbeit der ARD sei "von moralischen Prinzipien getragen", überzeugt von der eigenen "moralischen Notwendigkeit für das gesellschaftliche Miteinander".

Kritik am Papier kam - man höre und staune - selbst vom WDR-Rundfunkrat: Das Papier sei "keine vernünftige Grundlage für eine Diskussion", sagte die Europa-Parlamentarierin Petra Kammerevert (SPD) bei der Gremiensitzung. Es enthalte nicht mehr zeitgemäße "linke Kampfbegriffe". …

*_ Der Text basiert auf einem Vortrag bei der AfD Vorpommern-Greifswald am 20. Juni 2019. Enrico Komning (*1968) ist Rechtsanwalt und Bundestagsabgeordneter des Wahlkreises.<<*

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 08/2019 berichtete im August 2019: >>**Die Demokratiesimulation hakt**

_ von Martin Sellner

Meinungsterror in Absurdistan: Je stärker die Herrschenden die Zügel anziehen, desto

mehr offenbaren sie ihre totalitäre Fratze. Darin liegt eine Chance für freiheitliche Patrioten.

In den letzten 14 Monaten fanden bei mir drei Hausdurchsuchungen statt. Jedes Mal drang die Staatsmacht in meine Wohnung ein und nahm mir alle elektronischen Geräte - auch mein Handy - ab. …

Der oberösterreichische Polizeichef sekundierte in der Kronen-Zeitung: "Pures Strafrecht hat bisher noch nicht gegriffen." Daher müsse man sich andere Wege gegen die "Einnistung" der Identitären überlegen. Damit bediente sich der Mann fast haargenau der Wortwahl, die das frühere DDR-Ministerium für Staatssicherheit in ihrer "Richtlinie zur Zersetzung" verwendete.

Die Diktatur der Clowns

Unterdessen feiert das Feuilleton die Gesetzesbrecherin Carola Rackete, der in Italien zu Recht der Prozeß wegen Schlepperei gemacht werden soll. Asylanten dürfen nicht als "Goldstücke", Deutsche aber als "Köterrasse" bezeichnet werden. Hakenkreuzschmierereien auf AfD-Büros gelten als rechte Straftaten, die CDU ruft dazu auf, Rechten die Grundrechte zu entziehen. Und der Grapscher und syrische Migrant Aras Bacho verkündet auf Twitter, "Urlaub in Syrien" machen zu wollen, um seinen "Kopf freizukriegen".

Deswegen wird unsere Gegenwart von zynischen Stimmen als "Clown World" bezeichnet - eine surreale Clown-Welt, in der alles möglich ist und der Wahnsinn Methode hat. Inmitten von Klima-Greta, viralen Rezo-Videos, Kinder-Drag-Queens, Abtreibungspartys, Massenvergewaltigungen, Internetzensurgesetzen und antipatriotischen Algorithmen fällt es manchmal schwer, einen kühlen Kopf zu bewahren. Man fühlt sich machtlos, überwältigt von Wahnsinn, Frechheit, Gemeinheit und Heuchelei unserer Gegner.

Jedes System muß seinen Totalitarismus verstecken und leugnen, daß es eine echte Opposition gibt. Nur so kann die Zone der Gleichgültigkeit aufrechterhalten werden, die die Säule einer jeden Diktatur ist. Es ist der Raum der Demokratiesimulation, in der jeder Bürger gemütlich vor sich hin leben kann, ohne etwas von Widerstand und Repression mitzubekommen. Deswegen lief sowohl im NS- als auch im Sowjetreich die Kino-Industrie auf Hochtouren - noch bis kurz vor dem Untergang. Gedreht wurden nicht nur Propagandaschinken, sondern auch unpolitisch wirkende Unterhaltungsfilme.

Heute schwindet diese Zone der Gleichgültigkeit Tag für Tag und macht Platz für die wahnwitzige Clown-Welt. Unseren Gegnern wird aber die Dialektik von Autorität und Sanktion auf die Füße fallen: Je mehr sie an der Repressionsschraube drehen, desto weniger Arbeitsspeicher bleibt für die Demokratiesimulation übrig. …

Martin Sellner ist Kopf der Identitären Bewegung Österreich. 2017 erschien sein Buch "Identitär! Geschichte eines Aufbruchs" (Verlag Antaios) …<<

Schlußbemerkungen: Nach der sog. "Wiedervereinigung" im Jahre 1990 etablierten die fanatischen Schüler der kommunistischen "Frankfurter Schule" und die schon bald mit ihnen verbündeten erstklassig geschulten SED-Kader in der Bundesrepublik Deutschland allmählich eine linksradikale Bewegung der selbsternannten Gutmenschen.

Besonders die durch Zwangsbeiträge finanzierten öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehsender unterstützten wegen fehlender objektiver Berichterstattung die Durchsetzung der sogenannten "politischen Korrektheit" in der Öffentlichkeit. In den Zeitungen und Zeitschriften wurden abweichende Auffassungen und kritische Meinungen ebenfalls meistens nicht mehr publiziert.

Die linksradikalen Gutmenschen und die Massenmedien setzten unentwegt Argumente, wie z. B. Brüderlichkeit, Einigkeit, Freiheit, soziale Gerechtigkeit, Demokratie, Faschismus, Rassismus usw., ein, um die politischen Gegner auszuschalten, den Wirtschaftsstandort Bundesrepublik Deutschland systematisch zu schwächen und die Illusion eines funktionierenden de-

mokratischen Rechtsstaates zu vermitteln.
Infolge der jahrzehntelangen einseitigen Berichterstattung und der systematischen Umerziehungsmaßnahmen durch die "politisch korrekten" Staatsmedien, Staatskünstler und Staatsintellektuellen, die auffallend an die Zustände in der ehemaligen DDR erinnern, sehen die meisten Deutschen die historischen Ereignisse des 20. Jahrhunderts nur noch aus der "einseitigen Sicht" der Siegermächte. Viele Deutsche sind heute davon überzeugt, daß die Deutschen im Jahre 1945 tatsächlich von den Siegermächten "befreit" wurden. Zum Schluß setzten die linksradikalen Gutmenschen die Ausmerzung aller deutschen Traditionen durch, so daß die Deutschen praktisch ihre eigene Identität und Daseinsberechtigung verloren.

Schuldkult und einseitige Erinnerungskultur

> Nichts stirbt, was in der Erinnerung weiterlebt.
> *Unbekannter Verfasser*

Der Deutsche Bundestag beschloß am 4. Mai 1950, weitere 900.000 deutsche Flüchtlinge und Vertriebene aus den Ländern Bayern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein in andere westdeutsche Länder umzusiedeln (x182/218).

Im sog. Görlitzer Abkommen erklärten Polen und die DDR am 6. Juni 1950 die Oder-Neiße-Linie zur unantastbaren und endgültigen Grenze (x155/63): >>Die Regierung der Republik Polen und die Delegation der provisorischen Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ... haben gemeinsam festgestellt, daß es im Interesse einer weiteren Entwicklung und Festigung der gutnachbarlichen Verhältnisse und der Freundschaft zwischen dem polnischen und dem deutschen Volke liege, die festgesetzte und zwischen beiden Staaten bestehende Friedens- und Freundschaftsgrenze an der Oder und der Lausitzer Neiße als unantastbare Grenze endgültig zu ziehen ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Oder-Neiße-Linie" (x009/313): >>Die Demarkationslinie zwischen der Sowjetischen Besatzungszone und den unter polnischer Verwaltung stehenden deutschen Ostgebieten verläuft von der Ostsee unmittelbar westlich Swinemünde an der Oder entlang bis zur Mündung der Lausitzer Neiße und folgt dem Lauf der Neiße bis zur tschechoslowakischen Grenze.

Im Februar 1945 wurde auf der Krim-Konferenz von Roosevelt, Churchill und Stalin eine Entschädigung Polens für die von der Sowjetunion annektierten polnischen Ostgebiete auf Kosten Deutschlands anerkannt, ohne das Vereinbarungen über den Umfang des Gebietes getroffen worden wären.

Nach Abschnitt IX des Potsdamer Abkommens wurde die diesbezügliche Meinung der Provisorischen Polnischen Regierung lediglich "geprüft", doch "bekräftigten die Häupter der 3 Regierungen die Auffassung, daß die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zur Friedenskonferenz zurückgestellt werden solle". Ferner ergab die Potsdamer Konferenz darin Übereinstimmung, daß die in Frage stehenden deutschen Gebiete "unter die Verwaltung des polnischen Staates kommen und in dieser Hinsicht nicht als Teil der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland betrachtet werden sollen".

In der Folgezeit wurde von seiten der Westmächte bei jedem diplomatischen Anlaß der vorläufige Charakter der Oder-Neiße-Linie betont, während Polen und die Sowjetunion die Vereinbarungen des Potsdamer Abkommens als endgültige Regelung betrachteten.

Polen paßte den Verwaltungs- und Wirtschaftsaufbau den polnischen Verhältnissen an und begann mit einer (bis heute allerdings erst teilweise durchgeführten) polnischen Besiedlung der deutschen Gebiete.

Die Haltung der SED wandelte sich gegenüber der Oder-Neiße-Linie im Laufe der Zeit nach den sowjetischen Wünschen bis zur Anerkennung als endgültige "Staatsgrenze".<<

Die Bundesregierung erklärte am 9. Juni 1950, daß die Regierung der Sowjetischen Besatzungszone kein Recht besitzen würde, für das deutsche Volk zu sprechen und Vereinbarungen zu treffen.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Oder-Neiße-Linie" (x009/314): >>Durch die Erklärung des Bundeskabinetts vom 9.6.1950 wird der SBZ-Regierung jedes Recht bestritten, für das deutsche Volk zu sprechen, und alle von ihr getroffenen Vereinbarungen werden für null und nichtig erklärt. ...<<

Der deutsche Historiker Georg Bluhm berichtete später über das Görlitzer Abkommen (x125/-112): >>In der Rechtstheorie gilt diese Anerkennung als wirkungslos: die Versuche, die

staatsrechtliche Situation Deutschlands in seiner gegenwärtigen Gespaltenheit rechtstheoretisch zu erfassen, ergeben, je nach dem zugrunde liegenden Staatsbegriff, entweder eine Kontinuität oder eine Diskontinuität der deutschen Staatlichkeit über die Zeit hinweg, da die deutsche Staatsgewalt suspendiert war und als "oberste Gewalt" von den Besatzungsmächten ausgeübt wurde.
Nach der Kontinuitätstheorie kann entweder die Bundesrepublik als identisch mit dem ehemaligen Deutschen Reich angesehen werden auf Grund der hier praktizierten Selbstbestimmung der Deutschen, dann ist die gewaltsam separierte DDR auch für Territorialfragen nicht zuständig.
Oder unter dem "fortexistierenden Reichsdach" bestehen zwei Teilstaaten – Bundesrepublik und DDR, dann kann "ein Teilgebilde nicht auf ein nur dem Gesamtstaat zustehendes Recht verzichten".
Oder die Rechtstheorie hält die deutsche Staatlichkeit für im Jahre 1945 – oder 1949 - untergegangen. Diese Theorie gilt zur Zeit im Ostblock und im Selbstverständnis der DDR, die sich als einen neuen Staat betrachtet. Jedoch "dann kann sie nur in ihren heutigen Grenzen entstanden sein, so daß sie die Ostgebiete weder einschloß noch zu Recht beanspruchen konnte. ...<<
Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Spaltung und Wiedervereinigung" Deutschlands (x009/405-408): >>Auf der Konferenz in Teheran vereinbarten Roosevelt, Churchill und Stalin Ende 1943 die Spaltung Deutschlands. In Jalta war dies im Februar 1945) ihre gemeinsame Forderung. Im März verzichtete Stalin gleich Churchill darauf, die Spaltung zu verlangen. Stalin ließ - dem Buchstaben nach - die Spaltung fallen, denn er befürchtete,
1. seinen Anspruch auf Reparationen und Mitregierung des Ruhrgebietes,
2. die langfristig geplante Bolschewisierung ganz Deutschlands zu gefährden.
Das Potsdamer Abkommen forderte nur "Dezentralisation ... örtliche Selbstverwaltung, jedoch keine Spaltung. Immer wieder behauptet das Regime der SBZ, Deutschland sei nach 1945 von den Westmächten und politischen Kreisen Westdeutschlands gespalten worden. Das ZK der SED behauptete am 7.10.1959 zum 10. Jahrestag der Gründung der DDR!, es hätten "die mit dem ausländischen Imperialismus verbündeten reaktionären imperialistischen Kreise in Westdeutschland die Spaltung Deutschlands" bewerkstelligt. …
Die Ausrufung der "DDR" am 7.10.1949 erfolgte aus taktischen Gründen erst nach der Begründung der Bundesrepublik: scheinbar als Antwort auf einen Schritt des Westens. Tatsächlich aber war sie nur die formelle Bestätigung einer Spaltungspolitik, die die Sowjetunion und die SED seit Juli 1945 betrieben hatten.
Seit dem kommunistischen Schritt vom 7.10.1949 ist die Frage der Wiedervereinigung der Hauptgegenstand der innerdeutschen Auseinandersetzung. …
Jeder Schritt, mit dem die Bundesrepublik die Zusammenarbeit der europäischen Staaten unterstützte, und jeden ihrer Beiträge zur Abwehrrüstung der NATO, verdächtigten die Sowjetunion und die SBZ als "Verrat" an der Wiedervereinigung.
Sie verleumdeten die Bundesrepublik, obschon z.B. der sogenannte "Generalvertrag" vom 23.10.1954 festlegte, es werde im Fall der Wiedervereinigung das Verhältnis Gesamtdeutschlands zur NATO neu vereinbart. ...
... Im Beschluß des V. Parteitages der SED vom 16.7.1958 heißt es mit unverkennbarem Bezug auf die Wiedervereinigung: "Die DDR und ihre sozialistischen Errungenschaften werden niemals ein Objekt des Schachers sein. Fest verbunden mit der Sowjetunion und dem ganzen sozialistischen Lager sind die Arbeiter- und Bauernmacht des deutschen Volkes und ihre sozialistischen Errungenschaften für immer unantastbar."
Bei all diesen Vorschlägen lehnen SED und Regierung der SBZ es ab, an den Anfang der

Wiedervereinigung freie und geheime Wahlen zu setzen. Diese Vorschläge wiederholen sich in all den Äußerungen, die seit 1958 SED und Regierung der SBZ zur Wiedervereinigung getan haben. Dabei verbinden sie die Wiedervereinigung oft mit der Souveränität der SBZ, mit der Forderung nach Abrüstung und nach Ablösung der NATO und mit den Friedensvertragsentwürfen. ...<<

Der deutsche Schriftsteller Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing schrieb später in seinem Buch "Charakterwäsche. Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen" über die Deutschlandpolitik der Alliierten (x306/173-177): >>**Bundesrepublik im Abstieg**

... Die Nachkriegsgeschichte wird heute zum Problem. In Westdeutschland hat man sich über Fahrtrichtung und Stationen der Nachkriegsgeschichte bewußt wenig Gedanken gemacht, da man einer geschichtlichen Einordnung, auszuweichen bestrebt war. Die "Zeitgeschichte", über die man soviel redete, blieb Geschichte des "Dritten Reiches".

Die Grausamkeiten der Nationalsozialisten waren das Alibi, das einem 20 Jahre später das Nachdenken ersparen sollte. Was gefolgt war, interessierte nicht, es hatte keinen volkspädagogischen Nutzwert. Die Periodisierung der Nachkriegsgeschichte wurde bei uns vom Volksmund vorgenommen. Er spricht von der Zeit vor und nach der "Währung". Der Stichtag der Währungsreform vom 21. Juni 1948 ist in der Tat ein einprägsames Datum, da er alle Westdeutschen gleichmäßig erreichte. ...

So überdeutlich die Währungsreform ins Auge fällt, so sehr ist sie ein Glied in einer Kette von Ereignissen, die 1946 von der Schaffung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, der Errichtung der Frankfurter Institutionen und Parlamente - 1947, dem Auftrag zur Errichtung der Bundesrepublik - 1948, der Aufnahme der Arbeit von Bundesregierung und Bundestag - 1949, zur Revision des Besatzungsstaates - 1951, dem vermeintlichen Ende der Besatzung 1955, dem Beitritt der Bundesregierung zur NATO 1955 und der Unterzeichnung der Römischen Verträge 1957 führt. Alle diese Ereignisse können auf einer ansteigenden Linie, die aus der Entmachtung und Diskriminierung zur Selbstbehauptung, Souveränität und Gleichberechtigung, aus der Fremdherrschaft zur Selbstherrschaft führt, eingezeichnet werden.

Auf diese ansteigende Linie der deutschen Politik fiel der Schatten der Teilung Deutschlands, ein Schatten, der nicht durch irgendwelche deutsche Politiker in Ost oder West, sondern durch die vom Kontrollrat am 30. Juni 1946 angeordnete Schließung der Zonengrenzen in die deutsche Geschichte eingezeichnet wurde. Den westdeutschen Politikern der Nachkriegsjahre ging es mit Recht um die Wiedererlangung des Grundrechts des Staates - der Souveränität - ohne die keine Politik, sondern nur Auftragsverwaltung durch schwächliche Protektoratsregierungen möglich ist.

Es waren zwei Wege denkbar, auf denen man zur Souveränität gelangen konnte. Den einen schlugen Konrad Adenauer und in der SPD Ernst Reuter ein. Es war der Weg der kleinen und der großen Schritte. Adenauer und Reuter gingen davon aus, daß die Souveränität in der Hand der Alliierten lag. Durch Ausnützen günstiger Momente und erhebliche Konzessionen für den Augenblick versuchten sie, sie Stück für Stück wiederzugewinnen.

Der andere Weg war der Kurt Schumachers. Er ging davon aus, daß die Souveränität nach wie vor beim deutschen Volk lag und nur zeitweise von den Alliierten usurpiert worden war. Sie sei von den Alliierten einzufordern als ein Recht, an dem nicht herumgehandelt werden dürfe. Auf beiden Wegen war die deutsche Teilung ein Mittel, um später zur Souveränität des ganzen Deutschland zu kommen.

Die Wiedervereinigung bildete den imaginären Schlußpunkt in Verlängerung des eingeschlagenen Weges. Für Adenauer und Reuter sollten sich der Souveränitätszuwachs und die Stärkung der Bundesrepublik in einer wachsenden Handlungsfreiheit auszahlen, die unter Ausnutzung der gegebenen, schnell wechselnden Situationen auch einmal der deutschen Politik die Chance geben würde, ihr Ziel mit Erfolg zu vertreten.

Für Schumacher war die deutsche Einheit ein unverlierbares staatliches Grundrecht, das solange von den Alliierten einzufordern war, bis diese vom rechtswidrigen Vorenthalten der Einheit Abstand nahmen. Der Status quo der Kontrollratsherrschaft - das war allen klar - würde sich nie zur deutschen Selbstherrschaft, sondern nur zu einer anderen Form der interalliierten oder internationalen Fremdherrschaft weiterentwickeln. ...
Konnten die markanten Ereignisse in der Geschichte der Bundesrepublik bis etwa 1956 in eine ansteigende Kurve eingetragen werden, die auf volle Souveränität, auf Selbstbestimmung und Gleichberechtigung hinstrebte, so fehlen seit 1957 entsprechende Daten. Die Kurve scheint ihren Anstieg abzubrechen, sich zu wenden und in einer absteigenden Linie ihre Bahn fortzusetzen. Andere Ereignisse und andere Daten treten hervor, die Verzichte auf Souveränität, auf Selbstbestimmung und Gleichberechtigung einschließen und die auf ein Wiedereinlenken in ein weltpolitisches System, wie es Franklin Delano Roosevelt vorschwebte, hindeuten.
Bei der Rückkehr in die Ära Roosevelt stellte sich heraus, daß eine Reihe völkerrechtlicher, staatsrechtlicher und politisch gesinnungsmäßiger Ausformungen dieser Ära durch den Ost West Konflikt zwar überlagert, aber nicht beseitigt worden waren. ...<<
Der Alterspräsident Paul Löbe erklärte am 13. Juni 1950 im Namen des Deutschen Bundestages - außer KPD - zur umstrittenen Oder-Neiße-Linie (x243/197): >>... Gemäß dem Potsdamer Abkommen ist das Gebiet östlich von Oder und Neiße ... der Republik Polen nur zur einstweiligen Verwaltung übergeben worden. ... Niemand hat das Recht, aus eigener Machtvollkommenheit Land und Leute preiszugeben und eine Politik des Verzichtes zu treiben.
Die Regelung aller Grenzfragen Deutschlands ... kann nur durch einen Friedensvertrag erfolgen, der von einer demokratisch gewählten deutschen Regierung ... geschlossen werden muß.<<
Bundeskanzler Konrad Adenauer schrieb am 15. November 1950 (x095/114-119): >>... Sowjetrußland hat sich seit 1945 die Herrschaft über Gebiete von zusammen 12 Millionen qkm verschafft. Es ist dabei in derselben Art und Weise vorgegangen: 5. Kolonne, Einschüchterung der widerstandsbereiten Elemente in den zu unterwerfenden Staaten, Schaffung vollendeter Tatsachen auf dem Wege der Gewalt, Einheitspartei, Einheitswahlen, Sowjetrußland hörige Regierungen.
Die Expansionstendenz Sowjetrußlands seit 1945 ist derartig eklatant, daß man nicht versteht, wie es möglich war, daß die Westalliierten dem so lange untätig zugesehen haben. Es spricht auch nichts dafür, daß diese Expansionspolitik nicht weiter verfolgt werden soll.
Im Gegenteil, die Ansammlung sowjetrussischer Armeen in der Sowjetzone Deutschlands, die Schaffung des Satellitenstaates "Sowjetzone Deutschland" nach der oben geschilderten Methode, die Schaffung der sogenannten Volkspolizei, die Wühlarbeit in der Bundesrepublik, in den kommunistischen Parteien Frankreichs und Italiens lassen völlig klar erkennen, daß Sowjetrußland die Absicht hat, seine Herrschaft auch über Westeuropa auszudehnen.
Das Verhalten der westdeutschen Staaten demgegenüber, insbesondere auch die Einstellung Frankreichs gegenüber der Schaffung einer Abwehrfront einschließlich der Bundesrepublik Deutschland, lassen den mangelnden Widerstandswillen und die mangelnde Einsicht in die Gefährlichkeit der Lage sehr deutlich erkennen.
Die Behandlung der deutschen Wehrmacht und des deutschen Volkes nach dem Zusammenbruch durch die Westalliierten hat die Achtung vor allem, was mit Wehrmacht irgendwie zusammenhängt, im deutschen Volke weitgehend vernichtet.
Auch das Bewußtsein, abhängig und nicht frei zu sein, schränkt in der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere bei der jüngeren Generation, die Überzeugung, daß es notwendig sei, auch unter Opfern sich die Freiheit von Sowjetrußland zu bewahren, in starkem Maße ein.
Man kann nur dann von einem Volk verlangen, für die Freiheit alles zu opfern, wenn es wirk-

lich frei ist und wenn es davon überzeugt ist.
Hinzu kommt, daß die Menschen in der Bundesrepublik Deutschland nicht davon überzeugt sind, daß die Westalliierten wirklich bereit sind, alles, was in ihren Kräften steht, zu tun, um die Bundesrepublik vor einem Einbruch sowjetischer Truppen zu schützen. ...
Diese defaitistische Stimmung, die von der Ostzone her aus tausend Quellen genährt wird, war besonders stark nach dem Angriff der Nordkoreaner auf Südkorea. Die Stimmung besserte sich, als die Nordkoreaner durch die UNO-Streitkräfte zurückgeschlagen wurden. ...
... Ein Volk wird nur dann Opfer für seine Freiheit bringen, wenn es überzeugt ist, im Besitze dieser Freiheit zu sein. Diese Überzeugung besteht im deutschen Volke noch nicht und kann auch noch nicht bestehen. In einer sichtbaren und die breiten Massen überzeugenden Weise müssen, wenn das deutsche Volk Kontingente stellen soll, Beweise dafür gegeben werden, daß dem deutschen Volke seine Freiheit in kürzester Frist wiedergegeben wird. Sicher wird das nicht auf einmal möglich sein, aber es muß doch ein sehr starker Fortschritt für alle sichtbar eintreten.
Die Auslieferung von Deutschen an Frankreich zur Aburteilung und die Verhaftung dieser Personen durch Organe der Besatzungsbehörden unter der Begründung, daß der Wille der Besatzungsbehörden über dem deutschen Grundgesetz stehe, und eine ganze Anzahl ähnlicher Dinge erzeugen sehr viel böses Blut ...<<
"Bild-Extra" berichtete am 31. Dezember 1950 über das Elend der deutschen Heimatvertriebenen (x305/12-13): >>**13 Millionen suchen eine Heimat** ...
Alles, was die Menschen haben, steckt in Koffern oder Kartons. Drei Quadratmeter Freiheit für jeden Flüchtling, einem Häftling stehen sechs zu.
Der Zweite Weltkrieg bescherte Deutschland die größte Völkerwanderung seiner Geschichte. 13 Millionen Menschen sind seit Kriegsende gen Westen gezogen. Sie alle suchen eine neue Heimat.
In der Bundesrepublik ist jeder fünfte Bürger ein Vertriebener. Jeder zehnte ein DDR-Flüchtling. Dazu kommen die Zwangsausgesiedelten und die Heimkehrer. Die meisten müssen in Sammelbaracken, ehemaligen Arbeitslagern und Wehrmachtsbunkern leben. Täglich passieren 15.000 neue Flüchtlinge die Grenze.
Zu der Wohnungsnot kommt die soziale Armut. Zwei Drittel der Vertriebenen und Flüchtlinge erhalten "Soforthilfe" von rund 45 Mark. Die Not schweißt die Vertriebenen zusammen. Die verschiedenen Landsmannschaften organisieren sich, helfen einander, machen Heimattreffen. ...<<
Nach einer Flüchtlings-Sondererhebung lebten am 31. Dezember 1950 in Schleswig-Holstein noch etwa 14,5 % der Vertriebenen in behelfsmäßigen Massenunterkünften (x153/25).
Bei der Volkszählung im Jahre 1950 wurden in den polnisch verwalteten deutschen Ostgebieten 1,25 Millionen Deutsche als "Autochthone" klassifiziert (x077/35). Diese ehemaligen deutschen Staatsangehörigen wurden als Autochthone - d.h. Masuren, Ermländer, Kaschuben und Ostoberschlesier - wegen ihres Dialekts oder ihrer Namensform als Polen reklamiert oder als unabkömmliche deutsche Arbeiter nicht ausgewiesen, sondern zur Option für Polen gezwungen.
Der CDU-Politiker Hans Lukaschek, von 1949-53 Minister für Vertriebene, beauftragte im Jahre 1950 bekannte deutsche Historiker, die Flucht und Vertreibung der Reichs- und Volksdeutschen wahrheitsgemäß und ausführlich für die Nachwelt aufzuarbeiten.
Am 27. Januar 1951 wurde die Blockpartei der Heimatvertriebenen und Entrechteten auf Bundesebene gegründet, so daß eine eigenständige überregionale Partei der deutschen Vertriebenen entstand.
Dr. Kather, von 1949-58 Vorsitzender des Zentralverbandes der vertriebenen Deutschen, erklärte am 8. Februar 1951 während einer Verteidigungsdebatte des Deutschen Bundestages

(x155/29): >>... Bei der Frage, die wir in diesen Tagen hier behandeln und die wir in einigen Monaten zu entscheiden haben werden, spielt die Hauptrolle die Gefahr aus dem Osten. ...
Ich glaube, daß die aus dem Osten vertriebene Bevölkerung der Bundesrepublik dabei ein Wort mitzusprechen hat. Schon die Tatsache, daß 15 Millionen Deutsche aus ihrer angestammten Heimat vertrieben worden sind, zeigt eindeutig die Größe und Furchtbarkeit dieser Gefahr.
Von diesen 15 Millionen sind nur 12 Millionen wieder zum Vorschein gekommen. 3 Millionen sind verschleppt, verhungert, ermordet worden; allein eine Million bei der Vertreibung. Jede deutsche Frau, die in die Hände der Russen gefallen ist, ist geschändet worden. Selbst Priestermord in großem Umfang ist begangen worden.
Ich halte es für erforderlich, das einmal auch bei dieser Gelegenheit ganz offen auszusprechen; denn es ist doch wohl so, daß die Größe dieser Gefahr bei uns in der Bundesrepublik – und ganz besonders gilt das auch für Frankreich - noch immer nicht erkannt worden ist. ...<<
Am 8. April 1951 wurde der Jugendbund "Deutsche Jugend des Ostens" gegründet. Diesen Jugendbund bezichtigte man seit Ende der 60er Jahre regelmäßig des Revanchismus und der Rechtsradikalität.
Die Bundesregierung beschloß am 22. Mai 1951, weitere 300.000 deutsche Flüchtlinge und Vertriebene aus den Ländern Bayern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein in andere westdeutsche Länder umzusiedeln, um die Gemeinden zu entlasten und die Eingliederung der Vertriebenen zu fördern (x182/218).
Die New Yorker Zeitung "Herald Tribune" berichtete im Mai 1952 über die "deutsche Einheit" (x243/179): >>... Die westlichen Alliierten wollen die deutsche Einheit gar nicht oder doch nicht heute.
Sie wollen so schnell und so eng wie möglich den Einbau Westdeutschlands in die westliche Gemeinschaft. Unzweifelhaft will dies auch Dr. Adenauer, aber jedesmal, wenn er es zu offen zeigt, verliert er die Unterstützung der Öffentlichkeit. ...<<
Um die großen wirtschaftlichen Probleme der Vertriebenen zu lösen, wurde am 17. August 1952 das sog. Lastenausgleichsgesetz erlassen. Wegen ungelöster Finanzierungsprobleme erfolgte die Auszahlung der Hauptentschädigungen jedoch erst ab 1959. Hilfen aus dem Lastenausgleich erhielten nur diejenigen, die in der Lage waren, ihren verlorenen Besitz nachzuweisen. Die Empfangsberechtigten mußten gewöhnlich jahrelang auf eine Entschädigung warten. Die finanziellen Hilfen konnten die verlorenen Vermögenswerte zwar nur zu einem geringen Teil ersetzen, aber sie gaben vielen Ost- und Volksdeutschen wenigstens die Möglichkeit, eine neue Existenz aufzubauen.
Der deutsche Journalist Ekkehard Kuhn schrieb später in seinem Buch "Nicht Rache, nicht Vergeltung ..." über das Lastenausgleichsgesetz (x024/242-244): >>... Im Mittelpunkt des Lastenausgleichsgesetzes stand die Hauptentschädigung.
Für nachgewiesene Vermögensschäden sollten die Vertriebenen eine prozentuale Entschädigung erhalten.
Für geringe Schäden war der prozentuale Anteil verhältnismäßig hoch, z.B. für Schäden unter 5.000 Reichsmark 95 %. Für hohe Vermögensverluste wurde eine verhältnismäßig geringe Entschädigung gewährt. So sollten etwa Schäden über eine Million Reichsmark nur noch mit 6,5 % abgegolten werden.
Die Auszahlung der Hauptentschädigung erfolgte aber erst ab 1959, weil zuvor noch Finanzierungsprobleme zu lösen waren.
Da aber für die Feststellung der Vermögensschäden bei Immobilien der Einheitswert zugrunde gelegt wurde und nicht der Verkehrswert, fiel die Entschädigung noch niedriger aus, weil der Einheitswert viel zu niedrig angesetzt wurde. ...<<
Die Zeitung "Le Monde " berichtete im Herbst 1952 über die "deutsche Einheit" (x243/179):

>>... Der Augenblick ist noch nicht gekommen, daß man Deutschland volles Vertrauen schenken könnte. ...
Im wohlverstandenen eigenen Interesse sollten sich die Vereinigten Staaten ... mehr auf ihre alten Alliierten stützen als auf den unversöhnlichen Feind in zwei Weltkriegen.<<
Bundeskanzler Konrad Adenauer schrieb am 29. Mai 1953 an US-Präsident Eisenhower (x095/152-153): >>... 1. Die Wiedervereinigung der Bundesrepublik mit der sowjetisch besetzten Zone und Berlin kann nur auf Grund freier, geheimer und direkter Wahlen nach einem für das ganze Gebiet einheitlichen Wahlgesetz erfolgen. ...
4. Der gesamtdeutschen Regierung darf nicht das Recht einer freien und gleichberechtigten Nation, sich zu friedlichen Zwecken mit anderen Nationen zusammenzuschließen, vorenthalten werden.
5. Die gesamtdeutsche Regierung nimmt von Anfang an als freier und gleichberechtigter Partner an den Verhandlungen über einen Friedensvertrag teil.
6. In diesem Friedensvertrag sollte das Recht aller Menschen auf die Heimat Berücksichtigung finden, wie es sich aus christlichen und naturrechtlichen Grundsätzen ergibt.
7. Keine deutsche Regierung wird je in der Lage sein, die Oder-Neiße-Linie anzuerkennen, Deutschland wird aber anstreben, die damit zusammenhängenden territorialen Fragen in einem neuen Geist internationaler friedlicher Zusammenarbeit zu ordnen. ...<<
Der Zentralverband der vertriebenen Deutschen kritisierte am 15. Dezember 1953 die französische Außenpolitik (x155/43): >>Französische Parlamentarier, die in der letzten Woche unter Führung des ehemaligen Ministerpräsidenten Daladier eine mehrtägige Reise durch Polen und die von Polen besetzten deutschen Ostgebiete machten, haben erklärt:
"Die Oder-Neiße-Linie stelle eine natürliche Grenze des Landes dar. Sie sei eine echte Demarkationslinie des Friedens. Alle Bemühungen um eine Entspannung der Beziehungen zwischen Ost und West seien zum Scheitern verurteilt, solange sich der Westen nicht entschließen könne, die Unantastbarkeit der Oder-Neiße-Linie anzuerkennen. Falls die Deutschen die Oder überschreiten würden, bedeute dies den Krieg."
Die Vertriebenen haben im Sinne ihrer Charta immer wieder betont, daß sie einen Krieg zur Wiedereroberung ihrer Heimat nicht wollen. Unantastbar ist für die Vertriebenen jedoch das Recht auf die angestammte Heimat. Es gehört zu den Grundrechten der Menschen, zu deren Hütern sich gerade die französische Nation berufen fühlt.
Jede Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als sog. Friedensgrenze ist deshalb gleichbedeutend mit der Anerkennung von Unrecht und Gewalt.
Niemals werden die Vertriebenen einer Festlegung der ostdeutschen Grenze zustimmen, die ohne Rücksicht auf den völkerrechtlich gültigen Gebietsstand einer Regelung im künftigen Friedensvertrag vorgreift. ...
Auch für die Lösung des deutsch-polnischen Problems gilt das Wort Abraham Lincolns: "Nichts ist geregelt, solange es nicht geregelt ist."<<
Im Jahre 1953 wurden noch immer 200.000 deutsche Flüchtlinge und Vertriebene in Lagern untergebracht. Weitere 750.000 lebten in Notwohnungen. Die restlichen 7 Millionen Vertriebenen besaßen "Normalwohnungen", 2/3 von ihnen waren Untermieter (x038/481-482).
Die Arbeitsgemeinschaft zur Wahrung der sudetendeutschen Interessen berichtete am 28. Januar 1954, daß bei der Vertreibung über 300.000 Sudetendeutsche umkamen. Von den überlebenden 3 Millionen Sudetendeutschen lebten etwa 1,9 Millionen in der Bundesrepublik Deutschland (x159/35).
Im Jahre 1954 wurde die Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa Band I/1 und Band I/2 sowie Band 1/3 "Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße" fertiggestellt und dem Bundesministerium für Vertriebene übergeben. Das Gesamtwerk der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa wurde

schließlich im Jahre 1961 fertiggestellt.
Vor dem nordamerikanischen Repräsentantenhaus erklärte der US-Abgeordnete Carroll Reece am 16. Mai 1957, daß Vorgänge bei der Vertreibung der Ostdeutschen als Völkermord eingestuft werden müssen (x028/230, x150/44): >>Während die UN-Konvention über Verhinderung und Bestrafung von Völkermord die Umsiedlung einer Bevölkerung nicht als Form des Völkermords erfaßt, würden dennoch Umsiedlungen, die zu Vertreibungen führen und mit dem Tod von Millionen enden, in die Kategorie des Völkermords fallen. ...<<
>>... Die Vertreibung war ein Unrecht, eine schwere Verletzung der Regeln des Völkerrechts, der Gesetze der Humanität, der Prinzipien der internationalen Moral.<<
In Bonn billigten die Delegierten der Vertriebenenverbände die gemeinsame Satzung für den Zusammenschluß ihrer Verbände und gründeten am 27. Oktober 1957 den "Bund der Vertriebenen - Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände".
Der deutsche Journalist Ekkehard Kuhn schrieb später in seinem Buch "Nicht Rache, nicht Vergeltung ..." über den "Bund der Vertriebenen" (x024/313-314): >>Das sich die deutschen Vertriebenen als Schicksalsgemeinschaft bei erster Gelegenheit in Organisationen zusammenschlossen, war selbstverständlich. Daß es ihnen jahrelang von den alliierten Siegermächten verboten worden war, kennzeichnet das schlechte Gewissen der Sieger, die bei dem Unrecht der Vertreibung mitgewirkt hatten.
Die Westmächte fürchteten die Vertriebenen als politische Kraft. Eine Organisation, so glaubten sie, würde ihre Eingliederung in die westdeutsche Gesellschaft verhindern oder zumindest verzögern. Eine schnelle Integration aber lag im Interesse der Alliierten, um einen möglichen Unruheherd zu beseitigen.
Die Organisationen der deutschen Vertriebenen bestehen auch heute noch ...
Natürlich wäre es für alle, die die Vertreibung der Deutschen vergessen machen wollen, bequem, wenn es die Organisationen der Vertriebenen nicht mehr gäbe. Ihr ständiges Mahnen, die Teilung Deutschlands zu überwinden, ihr Hinweis auf die "offene deutsche Frage" ist ihnen jedenfalls lästig.
Für diejenigen, die glauben, daß die Entspannung mit dem Osten auch um den Preis weitgehender Zugeständnisse erkauft werden müsse, wirken die Vertriebenenorganisationen mit ihrem starren Festhalten an jahrzehntealten Prinzipien natürlich als "Störenfriede". ...<<
Die "BILD-Zeitung" berichtete am 29. Oktober 1957 über das Schicksal der Vertriebenen: >>**"DREIGETEILT - NIEMALS"**
Vertriebene fordern Recht auf Heimat
Der Bund der Vertriebenen und 14 Landsmannschaften sprechen fortan mit einer Stimme. Beide Organisationen schließen sich zum Bund der Vertriebenen – Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände zusammen. Schon in ihrer Charta von 1950 haben die Vertriebenenverbände feierlich auf Rache und Vergeltung verzichtet und gleichzeitig das Recht auf Heimat verteidigt - "dreigeteilt – niemals".
In der Nichtanerkennung der Nachkriegsgrenzen sind sie sich einig mit dem größten Teil der westdeutschen Bevölkerung und der offiziellen Bonner Politik. ...
Wurden noch bei der Volkszählung 1950 fast 8 Millionen Vertriebene in der Bundesrepublik und in West-Berlin gezählt, so sind es 1957 mehr als 10 Millionen. 400.000 von ihnen müssen noch in mehr als 3.000 Lagern leben. Die meisten dieser Baracken-Lager stehen in Niedersachsen. ...<<
Der "Evangelische Pressedienst veröffentlichte am 24. Februar 1962 das "Memorandum der Acht" (x155/94): >>... Wir sagen nichts Neues, wenn wir die Ansicht aussprechen, daß zwar die Freiheit der in Berlin lebenden Menschen ein von der ganzen Welt anerkanntes Recht ist, daß aber das nationale Anliegen der Wiedervereinigung in Freiheit heute nicht durchgesetzt werden kann, und daß wir den Souveränitätsanspruch auf die Gebiete jenseits der Oder-Neiße-

Linie werden verlorengeben müssen. ...
Die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie mag in vergangenen Jahren außenpolitisch ein denkbares Handelsobjekt gewesen sein.
Heute schließen wir uns der Meinung jener Sachverständigen an, die glauben, daß die öffentliche Anerkennung dieser Grenze ... unsere Beziehungen zu Polen entscheidend entlasten, unseren westlichen Verbündeten das Eintreten für unsere übrigen Anliegen erleichtern und der Sowjetunion die Möglichkeit nehmen würde, Deutschland und Polen gegeneinander auszuspielen.<<
Das BdV-Präsidium kritisierte am 2. April 1962 das "Memorandum der Acht", eine Erklärung von 8 bekannten Protestanten – darunter waren u.a. Joachim Beckmann, Klaus von Bismarck, Werner Heisenberg, Ludwig Raiser und Carl Friedrich von Weizsäcker - (x155/92-94): >>...
3. Die Verfasser des Memorandums wollen die völkerrechtswidrige Annexion deutschen Staatsgebietes gutheißen; sie wollen die schwere Verletzung des Völkerrechts, nämlich die unmenschliche Vertreibung Millionen Deutscher legalisieren und damit zugleich einen dauernden Unrechtstatbestand schaffen.
Wir meinen: Wo Unrecht herrscht, kann kein dauerhafter Friede begründet werden. Wer die Vertreibung von Menschen aus ihrer seit Jahrhunderten angestammten Heimat nicht verurteilt, wer den Vertriebenen das Selbstbestimmungsrecht vorenthält, entzieht sich selbst die moralische Grundlage, zukünftig gleichartige Rechtsbrüche zu verurteilen, und leistet weiteren Rechtsbrüchen Vorschub.
Wer solches Unrecht im deutschen Osten sanktioniert, kann nicht beanspruchen, am Aufbau einer freien demokratischen Welt und eines friedlichen Europa mitzuarbeiten. ...
"Wer als Christ politisch zu handeln hat, weiß um die Undurchschaubarkeit der Wege Gottes und beugt sich seinem jeweiligen Walten in Demut und Vertrauen; das entbindet ihn jedoch nicht der Pflicht, für Recht und Gerechtigkeit einzutreten, wo immer es von ihm gefordert wird."<<
Die BdV-Bundesversammlung kritisierte am 8. Juli 1963 die Voreingenommenheit sowie einseitige Berichterstattung in den westdeutschen Rundfunk- und Fernsehsendungen (x155/99-100): >>Die Bundesversammlung des Bundes der Vertriebenen wendet sich mit allem Ernst gegen Tendenzen in einem Teil der öffentlichen meinungsbildenden Organe, den deutschen Rechtsstandpunkt in der Frage der Wiederherstellung der deutschen Einheit, der Vertretung des Rechts auf die Heimat und des Selbstbestimmungsrechts für alle Deutschen abzuwerten.
Solche Tendenzen verstoßen gegen das Grundgesetz, das jedem Bürger die Verpflichtung auferlegt, die deutsche Einheit in Freiheit zu vollenden. Sie untergraben den Willen des deutschen Volkes zur Selbstbehauptung. Sie widersprechen der von allen staatstragenden Kräften der Bundesrepublik klar und einheitlich vertretenen Politik.
Die Bundesverwaltung warnt die deutsche Öffentlichkeit, gedankenlos einem Verhalten zuzusehen, das eine den deutschen Lebensinteressen entgegengesetzte Politik propagiert und auf eine Nebenregierung hinausläuft.
Die Bundesverwaltung bekennt sich zum Recht auf Meinungsfreiheit. Meinungsfreiheit heißt aber nicht Meinungsmonopol. Der Anspruch auf ungeschmälerte und unverfälschte Gegenäußerung muß auch gegen Rundfunk- und Fernsehanstalten gelten.
Die Bundesverwaltung legt den verantwortlichen Landesregierungen nahe, Staatsverträge und die Satzungen dieser Anstalten daraufhin zu überprüfen, ob die Respektierung des Grundgesetzes durch sie gewährleistet wird.<<
Die drei SPD-Politiker Erich Ollenhauer, Willy Brandt und Herbert Wehner erklärten in einem Telegramm zum Schlesiertreffen 1963 in Köln (x358/10): >>Breslau - Oppeln - Gleiwitz - Hirschberg - Glogau - Grünberg: Das sind nicht nur Namen, das sind lebendige Erinnerungen, die in den Seelen von Generationen verwurzelt sind und unaufhörlich an unser Gewissen

klopfen. Verzicht ist Verrat, wer wollte das bestreiten: Hundert Jahre SPD heißt vor allem 100 Jahre Kampf für das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Das Recht auf Heimat kann man nicht für ein Linsengericht verhökern - niemals darf hinter dem Rücken der aus ihrer Heimat vertriebenen oder geflüchteten Landsleute Schindluder getrieben werden."<<

Bundeskanzler Ludwig Erhard erklärte am 22. März 1964 während seiner Rede vor dem Kongreß der Ostdeutschen (x155/107): >>Wir erheben gewiß keine Forderungen auf fremdes Staatsgebiet. Aber wir verzichten nicht - und können angesichts der Verantwortung vor dem deutschen Volk, dem Recht und der Geschichte auch nicht verzichten - auf Gebiete, die die angestammte Heimat so vieler unserer deutschen Brüder und Schwestern sind. ...<<

Das BdV-Präsidium kritisierte am 8. Juni 1964 die einseitige Berichterstattung der in- und ausländischen Medien (x155/107): >>... Mit großer Besorgnis erfüllt den Bund der Vertriebenen, daß die öffentlichen Kommunikationsmittel es unterlassen, gegenüber den fast täglichen Angriffen und Falschinformationen aus dem Ostblock den nationalpolitischen Standpunkt des deutschen Volkes, der Bundesregierung und des Deutschen Bundestages zu vertreten. ...<<

Das BdV-Präsidium berichtete am 26. Oktober 1964 während einer Klausurtagung (x155/109-110): >>... Im Jahre 1965 werden zwei Jahrzehnte seit der Tragödie Ostdeutschlands verflossen sein, die auch die Sudetendeutschen, Donauschwaben und die übrigen ostdeutschen Volksgruppen in den Strudel wahlloser Vergeltung hineinriß.

Die traurigen Jubiläen der bedingungslosen Kapitulation des Dritten Reiches und des Potsdamer Abkommens werden auch die Entscheidungen in Erinnerung rufen, die mit einigen Federstrichen 15 Millionen Deutsche für vogelfrei erklärten, ihnen das Heimatrecht nahmen und mehr als zwei Millionen Vertreibungstote verursachten. ...

1. Die Rückbesinnung auf die Vertreibungstragödie sollte auch die anderen Völker, deren Regierungen an diesen Maßnahmen mittelbar oder unmittelbar beteiligt waren, zur Selbstbesinnung einladen.
2. Wir meinen, daß die deutsche Außenpolitik den Mut aufbringen muß, auch von den deutschen Opfern des Nationalsozialismus zu sprechen und die unmenschlichen Handlungen der Siegermächte von 1945 - Bombardierung von Dresden, Massenvertreibungen und Massenverschleppungen, Auslieferungen von Kriegsgefangenen an die Sowjets und Jugoslawien - zur Diskussion zu stellen, wenn deutsche Selbstkritik von anderen Völkern nicht als Waffe der Selbstgerechtigkeit mißbraucht werden soll.
3. Wir meinen, daß nicht zugelassen werden darf, daß jene tendenziöse deutsche Geschichtsschreibung die Oberhand gewinnt, welche die tragischen Verstrickungen der europäischen Völkerschicksale und damit die objektiven Ursachen der Kriege und Revolutionen der Gegenwart unterschlägt und eine deutsche Alleinschuld konstruiert.
4. Wir meinen, daß deutsche Schüler und Hochschüler wieder in einem gesunden deutschen Nationalgefühl erzogen werden sollten, wie es in den Ideen des Jahres 1848 überliefert, in der Verständigungspolitik der Weimarer Republik wirksam gefordert und von den Opfern des deutschen Widerstandes gegen den Nationalsozialismus und Stalinismus vorgelebt worden ist.
5. Wir meinen, daß diese Erziehungsaufgabe auch die Verpflichtung umfaßt, den fundamentalen Unterschied zwischen unserer aus freien Wahlen geborenen parlamentarischen Demokratie und der sowjetischen Fremdherrschaft in Mitteldeutschland dem Bewußtsein der deutschen Jugend einzuprägen.

Den Versuchen, den Tatbestand der Dreiteilung Deutschlands durch die Bezeichnung Mitteldeutschlands als "Ostdeutschland" zu verschleiern, muß auf allen Ebenen entgegengetreten werden. Ostdeutschland – das ist das deutsche Reichsgebiet jenseits von Oder-Neiße.

6. Wir meinen, daß tendenziöse und deshalb wahrheitswidrige Darstellungen westdeutscher Massenmedien über die unter fremder Verwaltung stehenden Ostgebiete und die sonstigen Vertreibungsgebiete als zerstörende Propaganda zu brandmarken sind. ...

8. Wir meinen, daß die Wahrung des Rechts auf die Heimat und des Rechts auf Selbstbestimmung, die für alle Völker und Volksgruppen, für die Ostdeutschen ebenso wie für die Sudetendeutschen gelten, unverzichtbare Voraussetzungen bei allen Schritten und Verhandlungen der deutschen Politik sein muß. ...<<

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt erklärte in seiner Rede auf dem Karlsruher SPD-Parteitag vom 23. bis 27. November 1964 (x155/142): >>... Die Heimatvertriebenen können sich weiterhin darauf verlassen, daß wir zum Unterschied von anderen keine Politik hinter ihrem Rükken machen.<<

Die Evangelische Kirche Deutschlands (EKD) veröffentlichte am 14. Oktober 1965 eine Denkschrift über "Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn" (x155/120): >>... Das Erbe einer bösen Vergangenheit erlegt dem deutschen Volk eine besondere Verpflichtung auf, in der Zukunft das Lebensrecht des polnischen Staates zu respektieren und ihm Raum zu lassen, dessen es zu seiner Entfaltung bedarf. ...

Eine deutsche Regierung muß heute zögern, einen Rechtsanspruch auf die Rückgabe von Gebieten zu erheben, deren Besitz wegen des Verlustes von Ostpolen zu einer wirtschaftlichen Lebensnotwendigkeit für Polen geworden ist. ...

Das deutsche Volk muß auf die notwendigen Schritte vorbereitet werden, damit eine Regierung sich ermächtigt fühlen kann, zu handeln, wenn es nottut.<<

Das BdV-Präsidium kritisierte am 22. Oktober 1965 die EKD-Denkschrift vom 14.10.1965 (x155/119-120): >>... Jeder Verzicht auf die deutschen Ostgebiete bedeutet daher den Verzicht auf eine friedensvertragliche Gesamtregelung schlechthin und führt in seiner Konsequenz zur Anerkennung des Status quo in einem dreigeteilten Deutschland.

Die Empfehlungen, die in dieser Richtung vom Rat der Evangelischen Kirche Deutschlands in Umlauf gesetzt werden, beeinträchtigen nicht allein die Rechtsansprüche der vertriebenen Deutschen, sondern sie gefährden die Lebensinteressen des ganzen deutschen Volkes.

Nach dem Wortlaut des Amtseides des Bundeskanzlers ist es in erster Linie Sache der Bundesregierung, Schaden vom deutschen Volke abzuwenden. Die gleiche Verpflichtung obliegt auch den gewählten Vertretern des deutschen Volkes.

... Einseitige Schuldzuweisungen von deutscher Seite dienen dieser Verständigung nicht. Sie tragen nur dazu bei, die Einseitigkeit kommunistischer Anklagen gegen die Bundesrepublik vor der Weltöffentlichkeit zu bekräftigen.

Es ist von deutscher Seite politischer Selbstmord, eine Kollektivschuld aller Deutschen anzuerkennen und zu verkünden, während verbündete Staatsmänner im Gespräch mit offiziellen Stellen des Ostblocks diese Kollektivschuld verneinen und für das Selbstbestimmungsrecht unseres Volkes eintreten. ...<<

Der deutsche Jurist Philipp von Bismarck kritisierte am 12. November 1965 in der Wochenzeitung "DIE ZEIT" die Denkschrift der EKD zur Lage der Vertriebenen und der deutschen Ostpolitik (x064/39): >>... Die Notwendigkeit, auf die deutschen Ostgebiete zu verzichten, wird damit begründet, daß Polen seine Besitzungen östlich der Curzon-Linie 1945 an die Sowjetunion abtreten mußte. Nicht erwähnt aber wurde, das Marschall Pilsudski den größten Teil dieser Gebiete erst in den Jahren 1920/21 der damals schwachen Sowjetunion mit Gewalt, also in einem Krieg entrissen hatte, obgleich nur eine polnische Minderheit dort ansässig war.

Für den unbefangenen Leser der Denkschrift wird die 1945 von der Sowjetunion erzwungene Rückgabe der polnischen Kriegsbeute von 1921 bei der Abgabe von Quadratmetern und statistischen Zahlen sachlich gleichgestellt mit den zum Teil über 700 Jahre von Deutschen besiedelten Ostprovinzen. Wer aber die geschichtlichen und politischen Tatbestände klärend aufarbeiten will, dürfte diesen bedeutsamen geschichtlichen Unterschied nicht verschweigen.

Die Denkschrift ruft für den Unkundigen den unzutreffenden Eindruck hervor, als hätten wirtschaftliche oder bevölkerungspolitische Gründe die sog. "Westverschiebung" Polens notwendig gemacht. Der abgefeimte Plan Stalins, auf diese Weise eine Streitaxt zwischen die Deutschen und die Polen zu legen, wird nicht erwähnt. ...
Allgemein bedenklich erscheint es, wenn das Völkerrecht bagatellisiert wird. Dem Laien kann man leicht einreden, daß das Völkerrecht nicht viel bedeutet. ...<<
Der deutsche Schriftsteller Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing schrieb im Jahre 1965 in seinem Buch "Charakterwäsche. Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen" über die besatzungsgeschichtlichen Ursprünge unserer Gegenwart (x306/15-18): >>... Daß die Besatzungsgeschichte den weißen Fleck auf der Landkarte der deutschen Zeitgeschichte bildet, ist keinesfalls auf die Unzulänglichkeit der Quellen zurückzuführen. Mag das eine oder andere Schlüsseldokument, insbesondere aus dem Bereich der sowjetischen Besatzungspolitik, noch nicht zugänglich sein, so reicht das vorhandene Material doch für eine lebenslängliche Beschäftigung mit ihm vollständig aus. …
Noch im Februar 1964 wurde dem Verfasser von den Archivaren versichert, daß sie bisher keinen Deutschen zu Gesicht bekommen hätten. Die bewiesene zeitgeschichtliche Abstinenz ist ein Akt der Vorsicht. ...
Denn noch wird das Rezept gesucht, das die reibungslose Einordnung der Besatzungsgeschichte in das volkspädagogisch erwünschte Geschichtsbild ermöglichen soll. ...
Es ist nicht der Zufall, der die Schritte der deutschen Zeitgeschichtler an Washington vorüberlenkte. Es ist die Vorsicht. ...
Historische Wertungen werden heute mit dem gleichen dogmatischen Eifer umfochten wie theologische Lehrsätze im 16. Jahrhundert. Es breitet sich behende eine Geschichtsinquisition aus, die bereits daran gegangen ist, historische Forschungen in die beiden Kategorien "volkspädagogisch willkommen" und "volkspädagogisch unwillkommen" einzuteilen. Glaubte man einst, daß das Geschick der Völker auf den Schlachtfeldern oder in den Parlamenten entschieden werde, so sieht man es heute durch die Portale der Volkshochschulen schreiten.
Als "volkspädagogisch willkommen" gilt derzeit alles, was irgendwie im negativen Sinne mit dem "Dritten Reich" in Verbindung gebracht und somit der "Bewältigung der Vergangenheit" dienstbar gemacht werden kann. ...
Deutschland war 1945 keine leere, sondern eine dicht beschriebene Tafel. Nur daß die Eintragungen nicht in deutscher, sondern in englischer, russischer und französischer Sprache gemacht worden waren. Die geschichtlichen Dominanten unserer Gegenwart liegen seither weniger in der deutschen als in der russischen und amerikanischen Geschichte. Washington und Lenin sind ungleich mehr Gestalten der Geschichte des heutigen Deutschlands als Bismarck und Friedrich der Große.
Die Entwicklungen der amerikanischen Innenpolitik spielen für das westliche Deutschland heute eine ähnlich entscheidende Rolle wie vor 60 Jahren die der englischen Innenpolitik für Indien. Der Unterschied ist, daß sich die Inder über diese Situation im klaren waren und die mit ihr gegebenen Chancen nutzten. Allerdings hat sich seither die Herrschaftstechnik erheblich verfeinert und ist von der Zensur der Antworten zur Suggestion der Fragen fortgeschritten.
Die besatzungsgeschichtlichen Ursprünge unserer Gegenwart sind tabu, und in den von Bonn und Ostberlin aus verwalteten Teilen Deutschlands wird mit gleichem Eifer an der Legende der autonomen Entstehung deutscher Nachkriegsstaaten gearbeitet. ...<<
Der polnische Episkopat widerrief am 15. Februar 1966 seine Vergebungsbitte an die deutschen Bischöfe vom 18.11.1965 (x309/12): >>... Worte der Vergebung haben wir an jene gerichtet, die ihre Schuld ernst nehmen; ... an jene, die verstehen, daß diese Gebiete ... unser altes piastisches Vaterland sind. ... Wir haben vergeben, wie Christus (!) am Kreuz vergeben

hat. ...
Wir sind überzeugt, daß wir als Volk dem deutschen Volk über Jahrhunderte keinen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Schaden zugefügt haben. ...<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die Leugnung der polnischen Vertreibungsverbrechen in Polen und Ostdeutschland (x309/12-13): >>Deportationen und Vertreibungen, die vom Internationalen Militärtribunal in Nürnberg seinerzeit als "Verbrechen gegen die Menschlichkeit" eingestuft wurden und vom Internationalen Kriegsverbrechertribunal in Den Haag heute als "Völkermord" abgeurteilt werden, erscheinen im zitierten Hirtenbrief - wie in zahlreichen anderen kirchlichen Dokumenten - als göttliche Gerechtigkeit, die kein Mensch anzuzweifeln habe.
Andererseits wird Polen seit Jahren von deutschen Linken gegen das Vertreibungszentrum aufgestachelt, sei es von Markus Meckel und Wolfgang Thierse je SPD oder von Claudia Roth - Die Grünen. Hinzu kommt, daß naive Deutsche aller Parteien in eine Art Versöhnungsfalle getappt sind. Um sich das Wohlwollen Warschaus zu erkaufen, sind sie bereit, fast jeden Preis zu zahlen: Geld, Menschenrechte, historische Wahrheit.
Zum Thema Menschenrechte mußte Frau Steinbach konstatieren: "Wenn ich mir dann von Grünen-Politikern wie Claudia Roth anhören muß, die bereit sind, eigenhändig Kröten über die Straße zu tragen und deren Leben zu retten, aber erbarmungslos über das Schicksal von Millionen vergewaltigter Frauen und Vertreibungsopfer hinwegzusehen, dann ist das unerträglich. ...<<
Die BdV-Bundesversammlung kritisierte am 15. Mai 1966 die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch die israelische Regierung (x155/125): >>Die Bundesversammlung des Bundes der Vertriebenen bringt ihr tiefes Befremden über die Erklärungen der Israelischen Regierung zur Oder-Neiße-Frage zum Ausdruck.
Keine ausländische Macht hat das Recht, Entscheidungen über die deutschen Ostgrenzen vorwegzunehmen, die selbst nach dem Wortlaut der Potsdamer Protokolle der drei Siegermächte einer Friedenskonferenz vorbehalten sind. ...<<
Die deutschen Vertriebenenverbände störten angeblich die Entspannungspolitik zwischen der Sowjetunion und Nordamerika. Sie wurden deshalb von den westdeutschen Massenmedien verstärkt als "nationalistische Revanchisten" diffamiert.
Das BdV-Präsidium kritisierte am 9. Juli 1966 die Verzichtsforderungen der deutschen Massenmedien (x155/128): >>... Es wurde festgestellt, daß die EKD-Denkschrift eine Welle der Verzichtspropaganda in Bewegung setzte, die bereits in offener Bejahung des Status quo eines dreigeteilten Deutschland gipfelt. Parallel zu dieser Entwicklung läuft die Propagandaoffensive des Ostblocks in der gleichen Zielsetzung. …<<
Die österreichische Zeitung "Salzburger Nachrichten" berichtete am 16. Juli 1966 über die einseitige Berichterstattung in den deutschen Medien (x024/291-292): >>... Es ist eine wahre Schande - sagen nicht wenige einsichtige Deutsche -, wie unter dem jetzigen System in Deutschland die Vertriebenen, die stellvertretend für das ganze deutsche Volk die Sünden und die Verbrechen des NS-Regimes gebüßt haben, noch weiter büßen und übel wie keine anderen Mitglieder des deutschen Volkes behandelt werden.
Das deutsche Wirtschaftswunder wäre ohne sie, ihre Arbeit und ihren guten Willen niemals in ihrem Umfang, den es hatte, möglich gewesen. ...
Fernsehen, Rundfunk, große Presse und nicht zuletzt die Gleichgültigkeit Bonns haben es erreicht, daß die Vertriebenen von den anderen Deutschen als lästige Querulanten empfunden und nahezu als Verfemte und Vogelfreie gewertet werden.
Das ist bedrückend traurig und zeigt, daß das deutsche Volk in seiner Gesamtheit als Folge des Zusammenbruchs noch krank ist.<<
Der BdV-Präsident Rehs kritisierte am 16. September 1967 die Äußerungen des französischen

Staatspräsidenten General de Gaulle vom 9.09.1967 in Ostdeutschland (x155/135-136): >>Die Äußerungen des französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulle während seines Aufenthaltes in Polen und in den deutschen Ostgebieten sind weit über das Maß hinausgegangen, womit gerechnet werden konnte.
Unbeschadet seiner bekannten Einstellung zur Oder-Neiße-Frage durfte davon ausgegangen werden, daß er auf die Interessen und Auffassungen seines deutschen Bündnispartners mehr Rücksicht nehmen würde.
Die geschichtlichen und ethnographischen Tatsachen sind in seinen Äußerungen insbesondere in Hindenburg und Danzig auf den Kopf gestellt worden. Die dabei gebrauchten Bilder und Formeln sind falsch.
Der General, der in allen Dingen der französischen Nation so überaus empfindlich ist, der das Selbstbestimmungsrecht der Franzosen in Kanada vertritt, ist über das Unrecht der Vertreibung von 16 Millionen Deutschen, über die Rechte und Gefühle von 10,5 Millionen Heimatvertriebenen in der Bundesrepublik Deutschland hinweggegangen, als ob sie nicht existierten.
Er erweckt damit den Anschein, als ob er Massenvertreibungen als zulässiges Prinzip der internationalen Politik zu sanktionieren bereit ist. Das ist ein schwerer Verstoß gegen das Vertrauen auf den Gerechtigkeitssinn und eine schwer zu verwindende Kränkung. ...<<
Das BdV-Präsidium kritisierte am 15. März 1968 Bundeskanzler Kiesinger (x155/139): >>Der Bund der Vertriebenen vermißt im Bericht der Bundesregierung über die Lage der Nation eine angemessene und konkrete Behandlung der zunehmend wirksamen Tendenzen zur Zersetzung der demokratischen Ordnung und zur Demoralisierung der staatserhaltenden Kräfte.
Ein bevorzugtes Ziel dieser systematischen Kampagne sind die Vertriebenen. Obwohl sie mit am schwersten von den Folgen des Krieges betroffen sind, obwohl sie ihre berechtigten Forderungen und Erwartungen in maßvoller Form vorbringen; obwohl sie mit aller Kraft am Wiederaufbau von Wirtschaft und Staat mitgearbeitet haben und mitarbeiten; obwohl sie als Opfer von Revanche und Gewalt ihrerseits einer gewaltsamen Durchsetzung ihrer Forderungen abgesagt haben, werden sie im Gleichklang mit der kommunistischen Hetze als Revanchisten und Unruhestifter diffamiert und als unbequeme Mahner des am deutschen Volk begangenen Unrechts beiseitegeschoben.
Selbst qualifizierte Vertreter des geistigen und gesellschaftlichen Lebens gehen in Memoranden, Denkschriften und Studien leichtfertig über die von den Vertriebenen vertretenen deutschen Interessen hinweg, anstatt Seite an Seite mit ihnen den rechtmäßigen nationalen Besitzstand zu wahren. ...<<
Die BdV-Bundesvertretung kritisierte am 30. März 1968 den Nürnberger SPD-Beschluß und die Voreingenommenheit sowie einseitige Berichterstattung in Rundfunk- und Fernsehsendungen (x155/143-144): >>Der Beschluß des SPD-Parteitages in Nürnberg zur Oder-Neiße-Frage zielt auf eine Anerkennung des gegenwärtigen Unrechtstatbestandes ab. ... Anerkennung von Vertreibung und Annexion ist Kapitulation vor der brutalen Gewalt.
Der Beschluß des SPD-Parteitages ist ein Wortbruch gegenüber der Zusicherung, daß "nichts hinter dem Rücken der Vertriebenen geschehen darf". ...
Keine Partei und kein Parteitag, kein Politiker und keine Regierung der Bundesrepublik Deutschland ist legitimiert, Vorleistungen zu erbringen und auf deutschen Boden zu verzichten. ...
Der Bund der Vertriebenen wendet sich entschieden gegen Voreingenommenheit und Einseitigkeit weiter Bereiche von Rundfunk und Fernsehen bei der Berichterstattung und Kommentierung über die Vertriebenen und die Vertreibungsgebiete.
Die Vertriebenen als die Opfer eines Verbrechens der Unmenschlichkeit werden geschmäht, die Vertreiber hingegen entschuldigt und deren gewaltsame Annexion zum Recht erklärt.

Wenn Denkschriften und deren Verzichtsofferten wohlwollend und ausführlich geradegestellt und erläutert werden, dann muß auch der Standpunkt des Rechts, der historischen Kontinuität und der politischen Ziele der Vertriebenen der Öffentlichkeit vermittelt werden. Chancengleichheit für alle demokratischen Kräfte in unserem Volk ist ein Gebot, dem auch Rundfunk- und Fernsehanstalten verpflichtet sind. ...<<

Der deutsche Historiker Mathias Beer berichtete später während einer Tagung der Konrad-Adenauer-Stiftung und des Instituts für Zeitgeschichte in Berlin über die Veränderung der Erinnerungskultur in der Bundesrepublik Deutschland (x879/17-33): >>… **IV. Folgen**

'Flucht und Vertreibung' blieb in der Bundesrepublik, daran läßt die Geschichte der "Dokumentation der Vertreibung" keinen Zweifel, trotz aller Anstrengungen und Bemühungen von Seiten der Interessenverbände, der Politik und zeitweilig auch der zeitgeschichtlichen Forschung gruppen- und trägerspezifisch verankert. ...

Die Vergangenheitsbewältigung in der Bundesrepublik beschränkte sich seit den Schwellenjahren um 1960 auf die Erforschung und den Umgang mit der Geschichte des Nationalsozialismus. Sie war seither auch der Bezugspunkt für den Umgang mit dem Vertreibungsgeschehen. Dieser Bezug wurde aber in der politischen Diskussion auf eine Kausalbeziehung zwischen NS-Verbrechen und den Vertreibungs-Verbrechen reduziert.

Die Folge: Der parteipolitisch instrumentalisierte Vertreibungskomplex wurde nicht oder nur einseitig in der bundesdeutschen Erinnerungskultur verankert. 'Flucht und Vertreibung' blieben das Thema einer partiellen, von rechtlichen Gesichtspunkten bestimmten Erinnerungskultur der Betroffenen.

Aber nicht allein diese Faktoren haben … das Gedächtnis neutralisiert. Auch die deutsche zeitgeschichtliche Forschung hat Anteil daran, weil sie ihrer Aufgabe, kritische Aufklärungsarbeit zu leisten, in diesem Bereich äußerst unzulänglich nachgekommen ist.

Seit Anfang der 1960er Jahre hat sich die deutsche Zeitgeschichte von der Erforschung des Komplexes 'Flucht und Vertreibung' verabschiedet. Nur einige Indizien dafür sollen anhand des hier vorgestellten Beispiels erwähnt werden. Die "Dokumentation der Vertreibung aus Ost-Mitteleuropa" blieb unvollendet. Der umfangreiche Quellenfundus der Ost-Dokumentation war seither kein Thema der Forschung mehr.

Untersuchungen zu Einzelaspekten des Themenkomplexes wurden gelegentlich und erst seit der zweiten Hälfte der 1980er Jahre wieder durchgeführt. Im Unterschied zur Erforschung des Eingliederungsprozesses der Flüchtlinge und Vertriebenen insbesondere auf regionaler Ebene ist die Zahl der Studien zu 'Flucht und Vertreibung' äußerst gering. ...

Eine Gesamtdarstellung von 'Flucht und Vertreibung' gibt es nach wie vor nicht. Neuauflagen der "Dokumentation der Vertreibung" können darüber nicht hinwegtäuschen. Im Gegenteil, sie offenbaren gerade in der gegenwärtigen Diskussion um 'Flucht und Vertreibung' diese große Lücke um so schmerzhafter.

Im wesentlichen steht die Forschung heute noch vor der Aufgabe, vor der die "Dokumentation der Vertreibung" Anfang der 1960er Jahre stand: 'Flucht und Vertreibung' aus der monokausalen Beziehung zur nationalsozialistischen Eroberungs-, Besatzungs- und Vernichtungspolitik zu lösen, 'Flucht und Vertreibung' in den Kontext der europäischen Zwangsmigrationen des 20. Jahrhunderts zu stellen, in den beide Komplexe gehören, und damit eine ihrer gemeinsamen Wurzeln, die Idee des ethnisch reinen Nationalstaats, offen zu legen.

Erst wenn diese Zusammenhänge zum politischen, gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Gemeingut geworden sind, werden die Voraussetzungen gegeben sein, daß sich das deutsche historische Gedächtnis nicht mehr so "merkwürdig unsicher" zu 'Flucht und Vertreibung' verhält. ...<<

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (16/1969) berichtete am 14. April 1969 über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkrieges: >>**Skoro domoi** (bald

nach Hause)
Ihre Parole hieß: Vorwärts! Doch eines Tages standen sie "am Ende unserer Freiheit, vor dem Anfang eines uns vollkommen unbekannten Weges".
Für manchen war es "mehr wie ein Hinübergleiten", für andere "ein nie zu vergessender, eigenartiger Augenblick" -- ein Augenblick, "den man eigentlich nicht beschreiben kann".
Sie hörten "den vielstimmigen Ruf: Friitz, Friitz", und einige überlegten, ob sie "nicht auch den Weg der Ehre beschreiten sollten". Es war "ein so unglaublicher Schock, eine so entsetzliche Überraschung", und "uns stockte der Atem, da wir nicht wußten, was uns die nächsten Augenblicke bringen würden".
Bald wußten sie es. Und heute, nach Jahr und Tag, erinnern sie sich, wie sie "nach und nach gleichgültig" wurden "gegenüber allem, was ich früher für Richtschnur und Sinn meines Lebens gehalten hatte".
Sie registrierten: "Körperlicher und seelischer Tiefstand -- völlige Selbstaufgabe! Keine Kraft mehr zum Gebet. Stumpfes Dahinsiechen."
Sie erlebten: "Alle Tünche fällt ab, der Mensch wird nackt; das, was er ist. Der Schein verschwindet."
Sie waren "so sehr müde" und "so abgestumpft, daß -- sollte mich jemand an eine Hundeleine nehmen -- ich nicht im geringsten überrascht ... wäre. Vielleicht würde ich sogar bellen", und "dann würde ich mich in meine Hundehütte verkriechen und schlafen".
Und wie die Hunde lebten sie: "Sitte und Moral sinken. …
Grauenvoll: "Jeder war neidisch auf die Männer, die starben." Denn wer starb, hungerte nicht mehr. Und der Hunger war schlimmer als alles andere:
"Nur noch mal satt werden, und dann ist Schluß. Ich hatte eine Viertel Rasierklinge und wollte mir die Pulsadern öffnen, um mein eigenes Blut zur letzten Sättigung zu nehmen."
Sie waren 3,15 Millionen Mann: Soviel Deutsche, wie heute in München und Hamburg wohnen, gerieten zwischen dem 22. Juni 1941, als morgens um 3.15 Uhr das "Unternehmen Barbarossa" mit einem Feuerschlag begann, und dem 8. Mai 1945, als die Wehrmacht kapitulierte, in sowjetische Kriegsgefangenschaft (Bei Kriegsende befanden sich rund zwölf Millionen deutsche Soldaten in Gefangenschaft, darunter 3,8 Millionen in amerikanischer, 3,7 in britischer, eine Million in französischer).
Sie lebten und starben in 2.779 Lagern -- von Preußisch-Eylau bis Jurga in Sibirien, von Archangelsk am Weißen Meer im Norden bis nach Taschkent in Usbekistan im Süden.
Nur 1,95 Millionen (62 Prozent) von ihnen kehrten heim -- der letzte über das Lager Friedland bei Göttingen erst 1957. Rund 1,11 Millionen gingen zugrunde und wurden auf einem der 193 Kriegsgefangenenfriedhöfe in der Sowjet-Union verscharrt, die meisten namenlos in Massengräbern.
Das Schicksal von mindestens 86.000 Mann ist unbekannt und wird es bleiben -- "eine Lücke der Ungewißheit, die niemand zu schließen vermag", so Kurt W. Böhme, Geschäftsführer der "Wissenschaftlichen Kommission für deutsche Kriegsgefangenengeschichte" und Autor einer 474 Seiten langen Bilanz über "Die deutschen Kriegsgefangenen in sowjetischer Hand". …
Der Marsch hinter den Stacheldraht war von "Ratlosigkeit und quälender Ungewißheit" gekennzeichnet: "Wir waren auf Verhalten in der Gefangenschaft hin nicht geschult." Und: "Lange umfaßte tiefe Betäubung den Menschen -- Chaos und Angst."
Kaum jemand wußte, was Kriegsgefangenen in der Sowjet-Union wenigstens theoretisch zustand …
Es war, wie Umfragen unter Heimkehrern ergaben, eine Zeit, die -- so die Rangfolge -- durch Unfreiheit, Rechtlosigkeit und primitives Leben gekennzeichnet war. Fast nirgends in den Baracken, den Erdbunkern, den Ruinen, Schuppen, Ställen und Fabrikhallen, in denen die Soldaten zusammengepfercht wurden, war die sowjetische Vorschrift eingehalten worden, wonach

für jeden Mann mindestens zwei Quadratmeter Bodenfläche zur Verfügung stehen sollten -- was immerhin der Belegung einer deutschen Wohnstube mit zehn oder elf Mann entsprochen hätte. "Das fürchterlichste", so schilderte ein Major, "war das jahrelange Zusammenleben auf engstem Raum. …
In vielen Lagern war jedwedes religiöse Tun untersagt, so im Stammlager Pachta-Aral, wo am Heiligen Abend nicht einmal ein Weihnachtslied gesungen werden durfte und der Baumwollstrauch, den die Kriegsgefangenen als Weihnachtsbaum mit Bildern und Watte geschmückt hatten, "auf besonderen Befehl" in den Ofen wanderte.
Die Freuden waren gering. Den meisten Kriegsgefangenen wurde erst im Frühjahr 1946 eine Rot-Kreuz-Antwortkarte zum Schreiben ausgehändigt, und mitunter dauerte es danach noch wochenlang, ehe die erste Nachricht aus der Heimat kam. Im Tagebuch eines Gefangenen im Lager Jurewez findet sich unter dem 13. Juni 1946 die Eintragung: "Endlich die langersehnte Nachricht von zu Hause ... Alle leben, alles gesund! Auch Wohnung heil. Das ist ein Stein vom Herzen!"
Zunächst war es mit dem Schreiben "eine Sache für sich", wie ein Heimkehrer aus dem Lager Schtscherbakow berichtete, "denn wir waren 2,5 tausend Mann und bekamen das erstemal 150 Karten zum Schreiben", und in Kupjansk erlaubten die Russen "uns wohl das Schreiben, aber es gab kein Papier". Und auch das geschah: "Post kommt, Karten und viele Umschläge, sämtliche Briefe sind entnommen - Gemeinheit!"
Obwohl nach 1950 in fast allen Unterkünften Lautsprecher installiert wurden, die das Programm des Rundfunks ausstrahlten, war der Kontakt zur Außenwelt so dürftig und der Nachrichtenhunger entsprechend groß, daß "die Luft voller Gerüchte" zu sein pflegte -- vor allem der Gerüchte über eine baldige Heimkehr:
"Das ewige 'skoro domoi' (bald nach Hause) machte uns fast verrückt, und doch glaubte man immer wieder dran, weil es sich jeder so sehnlich wünschte."
Der Wunsch, irgend etwas Genaueres über das weitere Schicksal zu erfahren, war laut Cartellieri "so übermächtig, daß man bereit war, auch die haltloseste 'Parole' wenigstens zu diskutieren: Vielleicht war doch etwas daran".
Ob hinter dem Lagerzaun plötzlich ein Auto aufkreuzte, das man bis dahin nie gesehen hatte, ob unerwartet Großreinemachen befohlen wurde, ob sich das Verhalten des Bewachungspersonals zu ändern schien -- "all das konnte der Funke für ein Lauffeuer" werden. In Kasimirowo gab es einen Gefangenen, "der genau wissen sollte, wie die Entlassungsformalitäten in Frankfurt/Oder vor sich gingen", und alle hörten ihm gebannt zu, denn "im Grunde seines Herzens hoffte doch ein jeder, fahndete nach Anzeichen für seine Hoffnung und bekam so immer etwas Auftrieb".
Viele freilich hofften vergebens -- und bis an ihr Ende: Jeder dritte Plenny starb. In den 619 Lagern der Südregion um Odessa kamen rund 200.000 Gefangene um, in den 729 Lagern der Zentralregion um Moskau waren es 180.000. Die höchste Sterblichkeitsziffer gab es im schwer erträglichen Wüsten-Klima der Lager im südlichen Zentralasien -- in Usbekistan, Kirgistan und Turkmenistan.
Von den deutschen Soldaten, die schon zu Anfang des Rußlandkrieges in Gefangenschaft gerieten, starben bis zu 95 Prozent, vor allem im Winter. Und viele blieben schon beim Marsch in die Gefangenschaft am Wege liegen:
- Von 91.000 Soldaten, die 1943 die Schlacht von Stalingrad überlebten, erreichten nur 18.000 die Endlager in Taschkent, Usbekistan und an der Wolga; 42.000 verhungerten oder erfroren allein im Auffanglager Beketowka.
- Um ein Viertel dezimierten endlose Hitzemärsche den Schub von 150.000 Mann, der nach dem Zusammenbruch der Heeresgruppe Mitte im Juli 1944 in Lager bei Minsk und Smolensk geleitet wurde.

- Von 115.000 Kriegsgefangenen, die nach dem Untergang der Heeresgruppe Süd in Rumänien im Spätsommer 1944 bei sengender Hitze unter freiem Himmel kampieren mußten, starb jeder dritte.
- Auf Fußmärschen bis zu 300 Kilometer kamen von 800.000 Soldaten, die nach der Kapitulation in Polen und Ostdeutschland zusammengezogen worden waren, rund 100.000 ums Leben.
…
Die gefangenen Landser wurden lediglich "nach Möglichkeit" ernährt, und die Möglichkeiten waren gering genug. Die sowjetische Landwirtschaft hatte schwere Kriegsschäden erlitten. Allein der Ernteertrag an Getreide fiel zwischen 1940 und 1945 um etwa 45 Prozent, überdies brachte das Jahr 1946 die schlimmste Mißernte seit einem halben Jahrhundert. …
Horst von Usedom urteilte, der Hunger habe im Erleben der Gefangenen eine "teuflische Vorrangstellung" gehabt.
Weder die Ungewißheit über das künftige Los noch Fronarbeit, Schikane und sibirische Kälte -- der Hunger war für sie die "zentrale Qual in einer Vielfalt von Drangsalen", so die Historikerin Hedwig Fleischhacker, die im Bonner Auftrag das Hungerproblem der Rußland-Gefangenen untersuchte. Und für Professor Maschke vollzog sich in den Lagern gar "ein Kapitel aus der Weltgeschichte des Hungers".
Womöglich war dies das düsterste Kapitel dieser Geschichte: Im Lager Jelabuga wühlten ausgehungerte deutsche Gefangene "wie streunende Hunde" in Abfallfässern und Aschentonnen nach Krautstrünken und Kartoffelschalen.
In Dubowka bei Stalingrad beobachtete ein Kriegsgefangener im Winter 1943: "Die Dohlen im Turmgebälk der Klosterkirche werden gefangen und roh verschlungen ... In einem Schneehaufen entdecken Gefangene einen Pferdekadaver. Er wird mit bloßen Händen in Stücke gerissen und verschlungen."
Nicht anders war es noch 1946 in einem Lager am Terek, wo "wir vor krepierten Pferden nicht haltmachten; an dem Kadaver saßen die Landser wie Aasgeier …
Einige Heimkehrer wußten gar zu berichten sie hätten Leichen im Schnee liegen sehen … und auch, daß Hunger die Gefangenen dazu getrieben habe, "die toten Kameraden zu zerreißen und deren Fleisch zu rösten und es zu essen".
Der Hunger wirkte, so bestätigte ein Gefangener, "wie ein Rauschgift, er beseitigt Hemmungen". Und ein anderer fand: "Diese ausgehungerten Menschen waren oft wilden Tieren ähnlicher als dem Ebenbild Gottes."
Im Hungerwinter 1945/46 waren Gewichtsverluste bis zu 60 Pfund keine Seltenheit. Ein 21 Jahre alter Soldat, Körpergröße 1,71 Meter, meldete aus dem Lager Frolowo: "42 kg samt sämtlicher Klamotten."
Mancher erkannte sich selbst nicht mehr, so ein Kranker im Hospital Atkarsk bei der Untersuchung: "Als ich diese Reihe nackter Männer dann in einem Spiegel erblickte, fiel mir ein langer, besonders dürrer Mann auf. Als ich mich umsah, um zu sehen, wer das war, drehte sich der Mann im Spiegel auch um: Ich war es selbst."
Der Hunger schwächte nicht nur den Körper: "Die Geistestätigkeit wurde matt und matter. Wir vergaßen die Familienfesttage und konnten nicht mehr Kopfrechnen." Es gab Hungerkranke, "die tagelang kein Wort sprachen, sich für nichts interessierten, sich auf der Pritsche nicht rührten, gefüttert und gewaschen werden mußten".
Aus Schwäche oder aus ökonomischen Gründen trotteten die meisten Gefangenen "krumm, mit gebeugtem Rücken, eingesunkener Brust, nach vorn gezogenen und fallengelassenen Schultern, eingezogenem und gesenktem Kopf und in den Taschen Halt suchenden Armen".
Methoden, den Kalorienverbrauch des Körpers auf ein Minimum zu beschränken, wurden in allen Lagern praktiziert. "Kaloriensparer" bewegten sich nach Möglichkeit nur im "Schongang", vermieden vermeidbare Wege und übten sich in reglosem Liegen, was sie "auf der Prit-

sche verfaulen" nannten.
Die Lethargie verwandelte sich in "wachsende Unruhe auf den Baracken, wenn sich der Zeitpunkt der Mahlzeit näherte" und, so ein Bericht aus dem Waldlager Schumnowo, die Gefangenen "hungrig ruhelos hin und her irren, gleich Raubtieren auf dem Sprung nach dem Essen".
"Essen" im herkömmlichen Sinn war es nicht: "Kohlsuppen und Brei sind unsere Nahrung", außerdem Kleie, Mehlsuppe, Mais, "monatelang nur Graupen", auch "kleine Salzfische", an Fleisch nur "faulige Ziegenköpfe", Kuhköpfe, eingesalzene Innereien, "meist gibt es Kutteln". Vom bloßen Geruch der verkochten Innereien mußte sich in Saransk die offenbar an bessere Dinge gewöhnte Lagerprominenz übergeben.
Die Brotschneider waren gewählte Vertrauenspersonen, oft Architekten oder Feinmechaniker, und beim Brotschneiden durfte niemand "näher als zwei Meter heran". Wenn "die Arbeit fertig war, machte eine unparteiische Gutachterkommission noch kleine Korrekturen.
Wie man den Brotgenuß durch "Fletschern" oder "Mümmeln" steigern konnte, beschrieb ein Heimkehrer so: "Man nimmt einen großen Bissen in den Mund und kaut ihn bis zu 120 mal ... die Würge- und Schluckbewegungen muß man bekämpfen, bis das Brot zu einem dünnflüssigen Brei geworden ist ... Diesen Brei läßt man dann langsam hinunterrinnen. So braucht man für 400 Gramm Brot etwa eine Stunde."
Das "Ein und Alles" und die "einzige stabile Nahrung" war das Brot, auf russisch "chleb", ich sage immer "kleb" wie kleben". Es war meist "völlig naß wie Seife", und "wenn man es an die Wand schmiß, blieb es kleben". Heimkehrer erzählten, sie hätten "immer gesagt, wir gehen das Brot in der Feldflasche empfangen".
Dennoch wurde das Brot "verehrt, fast angebetet", und "der schönste Augenblick des ganzen Tages war der erste Biß in die frische Ration". Brot war schlechthin das "Heiligste in der Gefangenschaft"; die tägliche Brotverteilung glich einer "sakralen Handlung".
"Fast zögernd wurde geschluckt", erinnerte sich ein anderer. Und: "Die Umwelt war versunken, es war gelungen, mit eigener Kraft einen längeren euphorischen Zustand herzustellen."
Wer nicht alles auf einmal aufaß" - Lagerjargon: "Kahlfresser", sondern als "Ratenesser" sich seine Portion einteilte, riskierte, daß sein Brot unter der Matratze verschimmelte. …
Thema eins waren nicht mehr Frauen -- das lag weit zurück. Statt dessen wurde pausenlos über vergangene kulinarische Genüsse geredet, über "Gasthof, Rezepte, Feste" und darüber, was man später alles wieder einmal essen würde: "Vernünftige Männer hängen wie Kinder diesen quälenden Vorstellungen nach und fangen an, Kochrezepte zu sammeln." …
In der Phantasieküche der Gefangenen gab es Klöße, Aal grün, "Gulasch auf bisher nie gekannte Art" oder "täglich Schweinebraten". …
Viele Gefangene schmatzten noch im Traum, und hier und da wurden "Leeresser" beobachtet, die "aus einem leeren Kochgeschirr eine imaginäre Suppe" löffelten oder als "Leerkauer" auf eingebildeten Fleischstücken herumbissen.
Der Hunger machte vor nichts halt, auch nicht vor "Laub von Linden", Löwenzahn, Wegerich, Schafgarbe und Brennesseln. Ein Heimkehrer: "Grasfresser gab es in meinem Lager eine ganze Anzahl." In Urnen wurde im Frühjahr "das erste Grün buchstäblich abgefressen, junge Blätter gekocht und Ungeziefer mitverwertet". Im Lager Grosny "war kein Grashälmchen mehr zu finden, dort weideten die Dystrophisten".
Dystrophie war die schwerste und auch die häufigste Krankheit der deutschen Gefangenen in der Sowjet-Union. Erst die sowjetische Kriegsgefangenschaft hat diese Krankheit überhaupt zum medizinischen Begriff geprägt. Als Folge knapper, kalorienarmer, wasserreicher Ernährung war sie den Ärzten zuvor nur als Hungerödem … bekannt.
Die Dystrophie trat in den Lagern in zwei Formen auf: als Trockendystrophie, die zu einer schlaffen Auszehrung führte, und als Feuchtdystrophie, die den Körper aufschwemmte.
Trocken-Dystrophiker magerten zu Skeletten ab und sahen Toten ähnlich: "Waren in einem

Lager genügend solcher Jammergestalten beieinander, wurden sie gemeinsam in einer Baracke untergebracht, die dann einem lebendigen Leichenhaus glich." …
Wie viele den Hungertod starben, ist bis auf wenige Ausnahmen nirgends registriert. …<<
Die Wissenschaftliche Kommission der Bundesregierung beendete nach 18jähriger Arbeit die Dokumentation "Die deutschen Kriegsgefangenen …" (22 Dokumentenbände) und übergab im Jahre 1974 das Gesamtwerk an die deutsche Bundesregierung.
Die deutschen Journalisten Paul Carell und Günter Böddeker schrieben später in ihrem Buch "Die Gefangenen ..." über die Dokumentation "Die deutschen Kriegsgefangenen …" (x130/365-366): >>... Die Wissenschaftliche Kommission der Bundesregierung arbeitete rund 18 Jahre. Sie begann 1957 und schloß 1974 ihre Untersuchungen ab. Auf dem Höhepunkt ihrer Forschungen beschäftigte sie insgesamt 16 Mitarbeiter – ein Teil davon bedeutende Universitätswissenschaftler.
Die Kommission wurde vom Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte berufen. Ihr offizieller Name: "Wissenschaftliche Kommission für die Dokumentation des Schicksals der deutschen Gefangenen des Zweiten Weltkriegs".
Ihr Auftrag: "Das Schicksal von 11 bis 12 Millionen Kriegsgefangenen in mindestens 20 Gewahrsamsstaaten von den Kriegsjahren bis zum Jahr 1956, als die letzten heimkehrten, in seinem ganzen Umfange und der ganzen Vielfalt als ein Stück deutscher Zeitgeschichte zu erfassen."
Für ihre Forschung standen der Kommission unter anderen rund 400.000 Heimkehrer-Aussagen zur Verfügung, die von den entlassenen Gefangenen gleich nach ihrer Ankunft in der Bundesrepublik gemacht worden waren. Die Kommission zog weiterhin nahezu 50.000 Berichte heran, und sie veranstaltete darüber hinaus eigene Befragungen und Interviews.
An der Spitze der Kommission stand ein hervorragender Wissenschaftler, der Professor für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Dr. Erich Maschke, der selbst erst 1953 nach achtjähriger Kriegsgefangenschaft aus der Sowjetunion zurückgekommen war.
Die Kommission legte ihre Forschungsergebnisse in 22 Bänden nieder. Sie haben einen Gesamtumfang von mehr als 10.000 Druckseiten.
Bei dem Beginn der Arbeit blieb offen, ob diese Berichte jemals der deutschen Öffentlichkeit vorgelegt werden sollten. Denn wie es im Text der Kommission selbst heißt:
"Objektiv Geschichte zu schreiben, konnte nur heißen, die Wirklichkeit der Kriegsgefangenschaft einschließlich ihrer düsteren Seiten so exakt wie möglich nachzuzeichnen. Eben damit mußte aber der Verdacht entstehen, daß hier eine Gegenrechnung aufgemacht und Unrecht (der Sieger) gegen (nationalsozialistisches) Unrecht aufgerechnet werden sollte."
Das Bonner Auswärtige Amt behielt sich die Entscheidung über die Veröffentlichung jedes einzelnen Bandes vor.
Noch 1969 antwortete der damalige Außenminister Willy Brandt im Bundestag auf Anfrage, daß nach der Veröffentlichung der ersten beiden Bände des Kommissionsberichtes die zuständigen Stellen zu dem Entschluß gekommen seien, die übrigen Bände nicht freizugeben.
Warum nicht?
Weil, so Brandt, daß Mißverständnis ausgeschlossen werden sollte, daß mit einer massierten Publizierung des Materials eine politische Absicht verfolgt werde und eine Diskussion in der Öffentlichkeit des Inlands oder gar des Auslands provoziert würde. Dies wäre der auf Versöhnung gerichteten Außenpolitik der Bundesrepublik nicht dienlich gewesen.
Nun, der Krieg liegt dreieinhalb Jahrzehnte hinter uns; die Wunden, die wir Deutschen geschlagen haben, stehen unablässig zur Debatte. Es ist deshalb nichts anderes als ein Akt geschichtlicher Logik, wenn auch die Wunden, die einem Großteil der deutschen Kriegsgeneration geschlagen wurden und der Opfergang der 11 Millionen deutscher Kriegsgefangenen in das historische Fazit des folgenschweren Zweiten Weltkriegs einbezogen werden.

Die Forschungsergebnisse der Wissenschaftlichen Kommission stehen jetzt der Öffentlichkeit zur Verfügung. ...<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die Dokumentation "Die deutschen Kriegsgefangenen …" (x026/40): >>... Nach amtlichen französischen Angaben gab es zwar nur 24.178 Tote in den französischen Kriegsgefangenenlagern. Wie auch bei den französischen Opfern der großen Säuberung 1944/45 stimmen die amtlichen Zahlen aber vermutlich nicht mit den tatsächlichen überein.

Bei der Lektüre der 22bändigen Dokumentation "Die deutschen Kriegsgefangenen …" fällt auf, daß der Frankreich-Band im Gegensatz zu den meisten anderen Länderberichten und trotz zugegebener Zweifel an der Richtigkeit der Angabe des Gewahrsamsstaates – offenbar aus übergeordneten Gesichtspunkten – die amtlichen französischen Angaben einfach übernimmt. Demgegenüber dürfte die von nicht offizieller Seite genannte Zahl von 115.000 Toten in französischem Gewahrsam eher den Tatsachen entsprechen. ...<<

Bundesaußenminister Willy Brandt erklärte am 25. April 1969 vor dem Bundestag, daß nur einige ausgewählte Bände der Dokumentation über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen veröffentlicht werden sollten (x131/183): >>Nachdem die beiden ersten Bände vorlagen, entschieden sich jedoch die beteiligten Stellen mit Billigung des Auswärtigen Amtes, diese Bände zu veröffentlichen.

Für die restlichen Bände kam das Auswärtige Amt zu dem Ergebnis, daß es einstweilen besser sei, über die ursprüngliche Zweckbestimmung nicht hinauszugehen. Dies sollte von vornherein, so meinte mein Amt, das Mißverständnis ausschließen, mit einer massierten Publizierung des Materials werde eine politische Absicht verfolgt und eine Diskussion in der Öffentlichkeit des Inlands oder gar des Auslands provoziert.

Dies hätte bei allen Beteiligten - oder bei vielen Beteiligten - alte Wunden aufreißen können und wäre der auf Versöhnung gerichteten Außenpolitik der Bundesregierung nicht dienlich gewesen. ...<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil schrieb später über die auf "Versöhnung ausgerichtete Außenpolitik" der Bundesregierung (x025/200): >>... Durch opportunistisches Schweigen kann man keine Versöhnung zwischen den Völkern schaffen, allenfalls zwischen Regierungen, und deren Amtsperioden dauern meistens nur 4 Jahre.

Für die Versöhnung zwischen Völkern ist das einzig dauerhafte Fundament die Wahrheit und der Respekt vor den Menschenrechten der anderen.

Wer eine wirkliche Völkerverständigung will, wird alles tun, um so schnell wie möglich alles Trennende zu beseitigen, und dazu gehört nun einmal auch ein Berg von Toten. Man muß sie aber ordentlich bestatten; mit einer Leiche im Keller hat noch keiner Frieden gefunden.<<

Der kanadische Journalist James Bacque schrieb später in den Schlußbemerkungen der 6. Auflage seines Buches "Der geplante Tod" (x131/203-209): >>Die Regeln der Landkriegsführung, die Genfer Konvention, das Internationale Komitee vom Roten Kreuz, der schlichte Anstand der riesigen Mehrheit des amerikanischen und französischen Volkes, die Aufrichtigkeit der Britten und Kanadier, die freie Presse, alles hat versagt.

Es versagte, weil Männer, die unsere Helden waren, insgeheim die Macht des Todes über Menschen brachten, die hilflos in unserer Hand waren, die ihnen vorgesetzten Offiziere geboten ihnen nicht Einhalt, und sie ließen die Öffentlichkeit im dunkeln. Die ihnen Gleichgestellten und ihre Untergebenen sagten nichts. Die französische Presse sagte wenig, oder sie log. Die amerikanische Presse sagte nichts oder sie log. Die Briten und Kanadier standen dabei und sahen zu. Die einzigen Personen, die redeten, waren Jean-Pierre Pradervand, Jacques Fauvet und Victor Gollancz. ...

Onkel Josef Stalin, unser lächelnder Verbündeter gegen das Böse, wurde selbst zum Bösen. Die Demokratien, die kämpften, um die Welt von Hitler zu befreien, vereinten sich gegen den

verräterischen Sowjet, der – wie wir heute zugeben – mit Hilfe von Geheimpolizei, riesigen stehenden Heeren, Todeslagern und einer Einpartei-Diktatur sein Imperium des Bösen aufrecht erhielt. Die gewaltigen Verbrechen, die wir nach dem Krieg gegen die Deutschen begingen, wurden in selbstgerechter Heuchelei übertüncht. ...
Wer auch immer die Presse kontrolliert, behauptet, sie sei frei. Diejenigen, denen diese Freiheit verweigert wird, haben keine Mittel, das zu widerlegen. In der Sowjetunion verkündeten die Verleger jahrelang, die Presse sei frei. Nur durch die Untergrundpresse, die Samisdat, wußten wir, daß sie nicht für alle frei war. So wird es wohl immer sein, solange die Presse nicht für alle in der Gesellschaft existiert, sondern nur für eine Gruppe, der sie dem Namen nach dient. Wirkliche Pressefreiheit kann man nicht besitzen. Sie ist nicht teilbar. Man kann sie nicht leugnen. Sie gehört uns allen.
Wie sah es in Deutschland nach 1945 aus? Die Presse wurde zunächst den Siegern direkt unterstellt und von ihnen zensiert. Nachdem die Alliierten eine ihnen genehme Regierung erstellt hatten, unterstützten Journalisten, Schriftsteller, Künstler und Wissenschaftler alle den Westen. Willy Brandt drückte dies im Bundestag recht euphemistisch aus, als er die Gründe der Regierung nannte, die Erich Maschke-Dokumentation über die deutschen Kriegsgefangenen in alliierter Hand herauszugeben, zu finanzieren und zu veröffentlichen (bzw. nicht zu veröffentlichen).
Wenn so etwas im Westen passiert wäre, daß eine Regierung wichtige literarisch-historische Nachforschungen übernommen hätte, um sicherzustellen, daß nur beruhigende Schlußfolgerungen veröffentlicht würden, hätte dies einen Schrei der Entrüstung verursacht. Aber den gab es in Deutschland nicht. Die gefügigen Wissenschaftler veröffentlichten eine Dokumentationsreihe, die die Lügen der Franzosen und Amerikaner übernahm und weite Zeiträume in der Geschichte und Erlebnisberichte einfach wegließ. ...<<
Am 22. Oktober 1969 bildete Bundeskanzler Willy Brandt (1913-1992) eine Koalitionsregierung aus SPD und FDP. Im Rahmen seiner "neuen Ostpolitik" verzichtete Bundeskanzler Brandt auf den Bundesminister für deutsche Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte.
Die "Süddeutsche Zeitung" berichtete später am 10. Juni 2016 über Willy Brandt: >>**Willy Brandt und die geheimen Zahlungen der USA**
... Die US-Besatzungsmacht soll in den 50er Jahren den späteren SPD-Kanzler unterstützt haben - mit 200.000 Mark. Damit förderten sie die Westorientierung, berichtet der "Spiegel".
Die USA sollen Willy Brandt in den Fünfzigerjahren mit geheimen Zahlungen unterstützt haben. Der spätere Kanzler und SPD-Vorsitzende wurde damit im innerparteilichen Machtkampf für die Westintegration unterstützt, berichtet das Nachrichtenmagazin Der "Spiegel". So sollen die Amerikaner Brandt, der damals Westberliner Bundestagsabgeordneter war, 200.000 Mark zukommen haben lassen. Damals eine sehr hohe Summe, sie entsprach etwa einem Drittel der jährlichen SPD-Mitgliedsbeiträge in Berlin.
Später sei noch mehr Geld geflossen, schreibt der "Spiegel". ...<<
Die BdV-Bundesvertretung veröffentlichte am 17. Januar 1970 die "Bremer Entschließung" (x155/173-174): >>... II. Unser Grundgesetz verbietet die Anerkennung von Verstößen gegen die Normen des Völkerrechts, also auch die Aufteilung Deutschlands ohne freie Selbstbestimmung, die Anerkennung von Annexionen ohne Friedensvertrag ...
Maßnahmen dieser Art bedürfen nicht nur einer verfassungsändernden Mehrheit, sondern verletzen auch die Kernvorschriften des Grundgesetzes. ...
Verträge zur Beseitigung völkerrechtswidriger Annexionen zu schließen, ist Sache einer dazu legitimierten freien Vertretung von ganz Deutschland in einem Friedensvertrag. ...
Das Recht auf die Heimat, auf Freizügigkeit zu den angestammten Wohnsitzen und zur freien selbstbestimmten Entfaltung daselbst ist ein unabdingbares Menschen- und Gruppenrecht.
Die Bundesrepublik Deutschland ist nicht nur durch das Grundgesetz, sondern auch durch das

Vertragsrecht der Europäischen Menschenrechtskonvention verpflichtet, in allen Verhandlungen und Gesprächen für diese Rechte einzutreten. Über Menschen- und Gruppenrechte der Betroffenen dürfen sich auch keine Mehrheiten hinwegsetzen. ...<<

BdV-Präsident Dr. Herbert Czaja verdeutlichte in seiner Antrittsrede vom 15. März 1970 die künftige Verbandspolitik (x155/176-179): >>... Die verantwortlichen Organe des BdV sind und werden weiterhin für die Freiheit wie für einen gerechten Frieden eintreten. Ich könnte meine Pflicht nicht mehr wahrnehmen, wenn das Gegenteil der Fall wäre. Aber wahrer Friede ist nicht dort, wo sich eine Seite aller, auch der vor dem Gemeinwohl der Völker vertretbaren eigenen Interessen entledigen soll.

Friede ist nicht dort, wo die Menschen- und Gruppenrechte der Besiegten achtlos überrollt werden.

Jene, die uns nicht wohl wollen, behaupten, wir müßten das Unrecht, das uns widerfahren ist, hinnehmen, ja legalisieren, weil in deutschem Namen ungeheure Untaten vollzogen wurden. Wir sprechen nicht der Verschleierung von Untaten das Wort. Es ist aber ein dialektischer Trugschluß, daß deshalb ein neues Unrecht an einem Teil der Nation und an Millionen von Unschuldigen, das Unrecht der Deportation, der Vertreibung hingenommen, ja legalisiert werden soll, ohne letzte friedliche Bemühungen um eine zeitgemäße Form in der Wiederherstellung von Recht und Gerechtigkeit, von neuen Formen der Zusammenarbeit auf der Grundlage der Menschen- und Gruppenrechte.

Wir distanzieren uns deshalb von der dem Völkerrecht unbekannten, bei nüchterner Betrachtung auch moralisch anrüchigen Begründung, daß wegen der in deutschem Namen begangenen Untaten die Annexionen und Vertreibungen von Deutschen widerspruchslos hinzunehmen sind.

Untaten erfordern gerechte Sühne in einem geordneten Rechtsgang. ... Taten und Grausamkeiten gegenüber Menschen sind nicht verrechenbar. Wer aber aus solchen Untaten eine einseitige, politisch gezielte Diffamierung zur Scheinbegründung von Annexionen und Deportationen ableitet, den müssen wir darauf aufmerksam machen, daß es nicht angeht, die auch an Deutschen begangenen Verbrechen ständig zu verschweigen und das Wissen darüber zu unterbinden. …

Nur gerechte Abkommen und Verträge haben Bestand in der Geschichte und machen Geschichte! Annexionen mit Formeln zu heilen, widerspricht den Normen des Völkerrechts und daher auch dem Grundgesetz. Politisch beseitigen solche Formeln weder Mißtrauen noch Angst, sie schaffen kein Vertrauen und keine Glaubwürdigkeit, sondern sind Anlaß zu Auseinandersetzungen und Interventionen im passenden Augenblick. Sie sind also auch kein Ansatzpunkt zur wirklichen Entspannung. ...

Vielen in unserem Volk und bei unseren Nachbarn ist es auch zu wenig präsent, daß die Vertreibung vieler Millionen von Menschen keineswegs wesensnotwenig mit Annexion und Okkupation zusammenhängt, sondern daß sie ein zusätzlicher Bruch der Menschen- und Gruppenrechte und der gemeinsamen Völkerordnung ist. Menschen- und Gruppenrechte sind aber unabdingbar. Weder politische Mehrheiten noch Entscheidungen von Machthabern vermögen sie auszulöschen. Oft dauerte es lange Zeit, bis sie wieder hergestellt werden. ...<<

Die Außenminister Scheel und Jendrychowski paraphierten am 18. November 1970 in Warschau den deutsch-polnischen Vertrag.

Die Landsmannschaft Berlin-Mark Brandenburg verurteilte am 22. November 1970 die Paraphierung des Warschauer Vertrages (x155/218): >>... Die Vertreibung von Millionen Menschen und die Annexion eines Viertels des deutschen Bodens werden nicht nur von deutscher Seite juristisch legitimiert, sondern - was schwerer wiegt - Vertreibung und Annexion werden im Gegensatz zu allen geltenden Grundsätzen des Völkerrechts für die Zukunft als Mittel der Politik politisch und historisch gerechtfertigt. ...<<

BdV-Präsident Dr. Czaja berichtete am 29. August 1971 während seiner Rede zum "Tag der Heimat" (x155/237-242): >>... Ein wirklich dauerhafter Friede setzt einen tragbaren, halbwegs gerechten Ausgleich voraus. Die Anerkennung Ostpreußens, Westpreußens, und von Teilen der Mark Brandenburg, Pommern, Schlesiens und Oberschlesien als Ausland, die Preisgabe von über 100.000 qkm Territorium von Deutschland und der Menschenrechte von Millionen Deutschen, die selbst an Unrechtstaten nicht schuldig waren, dazu noch die Teilung Restdeutschlands, das ist kein tragbarer und halbwegs gerechter Ausgleich!
Dies dient nicht einem dauerhaften und wirklichen Frieden! Weder für uns, noch für unsere unmittelbaren östlichen Nachbarn. …
Wir widersprechen daher mit Entschiedenheit jedem stillen Verfassungswandel! ... Dies hat schon einmal zur Zerstörung der Rechtsordnung in Deutschland, und zwar am Ende der Weimarer Republik, geführt! ...
Gerade weil wir nicht die ewig Gestrigen sind, wissen wir, daß man mit Formeln, mit Papieren und Verschleierung von Gegensätzen keinen dauerhaften Frieden stiften kann. ...
... 800 Jahre deutsche Präsenz im Guten und im Bösen in Ost-, Mittel- und Südosteuropa sind nicht unbedingt nach 25 und 30 Jahren endgültig beendet. ...
Dafür trotz der Düsternis der Zeit ein herzliches Glückauf!<<
BdV-Präsident Dr. Czaja verurteilte am 22. April 1972 den Abschluß der Ostverträge (x155/258-261): >>Auch einem besiegten Volk stehen das Selbstbestimmungsrecht, die Menschenrechte und ein tragbarer Ausgleich und Frieden zu. Von den Deutschen begangenes Unrecht kann nicht durch Gebietsabtretung und Massenvertreibung Unschuldiger gesühnt werden. Einen Straffrieden kennt das Völkerrecht nicht. ...
Wer Unrecht sühnen will, kann dies durch eigene Leistung, aber nicht durch Verzicht auf die unabdingbaren Menschen- und Freiheitsrechte Dritter, die ihn nicht dazu beauftragt haben.
... Mit moralischen Scheingründen darf man sich nicht über die zumutbare Wiederherstellung von Recht und Gerechtigkeit hinwegsetzen. Die Vertriebenen sagen Ja zu Frieden und Freiheit, aber ebenso eindeutig Nein zu jeder Unfreiheit und zum Festschreiben des Unrechts. ...
Aus all diesen Erwägungen lehnen die deutschen Heimatvertriebenen die Ostverträge ab; denn diese Verträge drohen zu bewirken: ...
die Legalisierung der Folgen der Massenvertreibung und des Faustrechts;
die Gefahr, daß das freie Eintreten für die gemeinsame Selbstbestimmung des ganzen deutschen Volkes, für das Offensein der deutschen Frage, einschließlich des Status unserer Heimat und für die Rechte auf die Heimat, als Friedensstörung und Verletzung des Vertrages abgestempelt wird …
Wir brauchen wieder Regierungen, die die Menschenrechte, die Freiheit und die grundgesetzliche Ordnung mit Entschiedenheit gegenüber Verbündeten und Gegnern vertreten. ...<<
BdV-Präsident Dr. Czaja kritisierte am 11. September 1972 während seiner Rede zum "Tag der Heimat" die Ratifizierung der "Ostverträge" wie folgt (x155/280-283): >>... Ungerechte Verträge sind nicht der Schluß der Geschichte ...
Uns verurteilen Leute, die die Europäische Menschenrechtskonvention nicht gelesen haben und nicht wissen, daß auch nach freiheitlichem Völker- und Menschenrecht Massenvertreibungen ein den Frieden bedrohendes, in zumutbarer Weise wieder gutzumachendes Unrecht sind ...
Zu viele wollen nur Verbrechen der Deutschen an Angehörigen anderer Völker, was wir keineswegs verschleiern wollen, sehen, aber konstant Verbrechen, die auch an Deutschen begangen worden sind, verschweigen.
Wir wollen nicht gegeneinander aufrechnen, aber wir wehren uns entschieden dagegen, daß man bei berechtigter Verurteilung von Verbrechen neues Unrecht an Unschuldigen zu rechtfertigen sucht, und es ist pharisäisches Gehabe, wenn man die Ostdeutschen die Zeche für die

schweren politischen Fehler des ganzen Volkes allein bezahlen lassen möchte. ...
Deutsches Unrecht kann nicht durch Gebietsabtretung und Massenvertreibung Unschuldiger gesühnt werden. Persönliche Schuld ist im geordneten Rechtsgang zu sühnen. Dies wurde bei uns versucht, im Ostblock gibt es aber nicht ein einziges Urteil wegen der an Deutschen begangenen Grausamkeiten.
Einen Straffrieden kennt das Völkerrecht nicht, und der Ostblock hat auch keine moralische Legitimation, ihn zu fordern. ...<<
Ministerpräsident Jaroszewicz berichtete im Jahre 1972 über das polnische Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland (x148/158-159): >>Weitere Festlegungen im Prozeß der Normalisierung der gegenseitigen Beziehungen werden schrittweise vorgenommen werden ...
Ganz und gar im Widerspruch zu Buchstaben und Geist des Vertrages steht auch die bisherige Tätigkeit der revisionistischen Organisationen, der sog. Landsmannschaften, zumal sie von Regierungsinstitutionen finanziert werden.
Eine wichtige Frage für die Gegenwart, aber noch mehr für die Zukunft ist die Beseitigung von Informationen aus den Schulbüchern der Deutschen Bundesrepublik, die die Geschichte Polens und das heutige Gesicht des Landes entstellen. Diese Schulbücher pflegen - in vielen Fällen - nationalistische und revisionistische Traditionen. Ein positives Element ist die Tatsache, daß eine eigens dazu einberufene Gruppe polnischer und westdeutscher Fachleute, die unter der Schirmherrschaft der nationalen Komitees der UNESCO arbeitet, bereits mit entsprechenden Arbeiten begonnen hat. ...
Ein weiteres Problem, das der Regelung bedarf, ist die Frage der Entschädigung, insbesondere im Zusammenhang mit Zwangsarbeit und Einkerkerung in den hitlerischen Konzentrationslagern. Wir sind der Ansicht, daß eine elementare Entschädigung für die vom Hitlerismus verübten Verbrechen und das von ihm begangene Unrecht eine moralische Pflicht der Deutschen Bundesrepublik ist.
Ein geschicktes Vorgehen von unserer Seite werden die kulturelle Zusammenarbeit und die Entwicklung von persönlichen Kontakten erfordern. ... Dies erlegt allen zuständigen Institutionen die wichtige Verpflichtung auf, die Kontakte sorgsam auszuwählen und die Richtungen der künftigen kulturellen Zusammenarbeit mit der Deutschen Bundesrepublik zu bestimmen. ...<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) schrieb später über die auf "Versöhnung ausgerichtete Außenpolitik" der deutschen Bundesregierung (x025/200): >>...
Durch opportunistisches Schweigen kann man keine Versöhnung zwischen den Völkern schaffen, allenfalls zwischen Regierungen, und deren Amtsperioden dauern meistens nur 4 Jahre.
Für die Versöhnung zwischen Völkern ist das einzig dauerhafte Fundament die Wahrheit und der Respekt vor den Menschenrechten der anderen.
Wer eine wirkliche Völkerverständigung will, wird alles tun, um so schnell wie möglich alles Trennende zu beseitigen, und dazu gehört nun einmal auch ein Berg von Toten. Man muß sie aber ordentlich bestatten; mit einer Leiche im Keller hat noch keiner Frieden gefunden.<<
Am 27. April 1972 beantragte die CDU/CSU - Kanzlerkandidat: Rainer Barzel - erstmals im deutschen Bundestag ein konstruktives Mißtrauensvotum, um Bundeskanzler Willy Brandt - SPD zu stürzen. Das konstruktive Mißtrauensvotum scheiterte jedoch, weil der CDU/CSU-Opposition 2 Stimmen fehlten.
Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete später am 3. August 2006 über das gescheiterte konstruktive Mißtrauensvotum: >>... **Wie die Stasi Brandt vor Barzel rettete**
Nie hatte die Stasi so viel Einfluß auf die bundesdeutsche Politik wie am 27. April 1972. An diesem Donnerstag erlebt der Bundestag in Bonn eine Premiere: Erstmals soll ein amtierender Bundeskanzler gestürzt werden: Willy Brandt hat, so scheint es, seine knappe Mehrheit verlo-

ren, und CDU-Chef Rainer Barzel will sich mit einem konstruktiven Mißtrauensvotum zu seinem Nachfolger wählen lassen. ...
Heute steht fest: Das Ministerium für Staatssicherheit hatte bei dieser Abstimmung seine Hände im Spiel. Zwei CDU-Abgeordnete waren mit Geld aus Ost-Berlin bestochen worden, gegen ihren Vorsitzenden zu stimmen. Julius Steiner aus Baden-Württemberg bezichtigte sich bereits 1973 selbst, seine Stimme für 50.000 Mark verkauft zu haben; das haben ehemalige Stasi-Offiziere und Akten des MfS nach 1990 bestätigt. Wer der andere Abweichler war, ist dagegen nie geklärt worden. Die Bundesanwaltschaft vermutete im Jahr 2000, der damalige Parlamentarische Geschäftsführer von CDU/CSU, Leo Wagner, sei der andere gewesen - was Wagner jedoch bestritt. ...<<
Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe bestätigte am 31. Juli 1973 die Zulässigkeit des Grundlagenvertrages mit der DDR vom 21.12.1972 (x070/168).
Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 31. Juli 1973 lautete wie folgt (x101/254): >>... **III.**
Der Vertrag regelt die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik. Seine Beurteilung macht erforderlich, sich mit den Aussagen des Grundgesetzes über den Rechtsstatus Deutschlands auseinander zu setzen:
Das Grundgesetz - nicht nur eine These der Völkerrechtslehre und der Staatsrechtslehre! - geht davon aus, daß das Deutsche Reich den Zusammenbruch 1945 überdauert hat und weder mit der Kapitulation noch durch Ausübung fremder Staatsgewalt in Deutschland durch die alliierten Okkupationsmächte noch später untergegangen ist; das ergibt sich aus der Präambel, aus Art. 16, Art. 23, Art. 116 und Art. 146 GG. Das entspricht auch der ständigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, an der der Senat festhält.
Das Deutsche Reich existiert fort … besitzt nach wie vor Rechtsfähigkeit, ist allerdings als Gesamtstaat mangels Organisation, insbesondere mangels institutionalisierter Organe selbst nicht handlungsfähig. Im Grundgesetz ist auch die Auffassung vom gesamtdeutschen Staatsvolk und von der gesamtdeutschen Staatsgewalt "verankert". Verantwortung für "Deutschland als Ganzes" tragen - auch - die vier Mächte.
Mit der Errichtung der Bundesrepublik Deutschland wurde nicht ein neuer westdeutscher Staat gegründet, sondern ein Teil Deutschlands neu organisiert - Carlo Schmid in der 6. Sitzung des Parlamentarischen Rates. Die Bundesrepublik Deutschland ist also nicht "Rechtsnachfolger" des Deutschen Reiches, sondern als Staat identisch mit dem Staat "Deutsches Reich", - in bezug auf seine räumliche Ausdehnung allerdings "teilidentisch", so daß insoweit die Identität keine Ausschließlichkeit beansprucht. …<<
Die Bundesverfassungsrichter stellten im "Grundlagenvertragsurteil" vom 31. Juli 1973 klar, daß das Deutsche Reich völkerrechtlich weiterhin fortbesteht und mit der Bundesrepublik teilidentisch ist (x028/169).
Die Bundesrepublik Deutschland ist demnach völkerrechtlich nicht Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches, weil das Deutsche Reich weiterhin existiert!
Am 6. Mai 1974 trat Bundeskanzler Willy Brandt infolge der "Spionageaffäre Guillaume" zurück.
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete später am 30. November 2013 über Willy Brandt (x887/...): >>**Nicht nur sein Kniefall polarisierte**
Kein Kanzler der Bundesrepublik Deutschland war zeitlebens umstrittener als Willy Brandt
... Nach der Bundestagswahl 1969 entschied sich Brandt für eine Koalition mit der FDP. Mehrere bis heute wirkende Schlagworte und Zielsetzungen prägten Brandts Amtszeit in der sozialliberalen Koalition: "Wir wollen mehr Demokratie wagen", "Neue Ostpolitik", "Wandel durch Annäherung".

Willy Brandts Kniefall am Mahnmal des Ghetto-Aufstandes in Warschau setzte im Dezember 1970 ein weltweit beachtetes Zeichen. Er war Ausdruck einer Politik gegenüber den Ostblockstaaten, die 1970 die Ostverträge mit der Sowjetunion und Polen zum ersten Ergebnis hatte.
In beiden Verträgen wurde die Oder-Neiße-Linie faktisch als Westgrenze Polens anerkannt und auf jegliche Besitzansprüche aus der Vergangenheit verzichtet. 1971 erhielt Willy Brandt für diese gegen den entschiedenen Widerstand von CDU und CSU durchgesetzte Politik den Friedensnobelpreis. 1972 folgte der Grundlagenvertrag mit der DDR. Darin wurde der Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik aufgegeben.
Am Ende stand zwar nicht die völkerrechtliche Anerkennung der DDR, wie von dieser angestrebt, sondern die abgestufte staatsrechtliche Anerkennung, doch mit diesem Schritt galt die DDR letztendlich als souverän.
Erst sehr viel später wurde bekannt, in welchem Maße die Stasi der DDR jenseits der Verhandlungstische mitmischte. Als der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Rainer Barzel 1972 versuchte, Brandt über ein konstruktives Mißtrauensvotum zu stürzen, da scheiterte er an zwei fehlenden Stimmen aus dem eigenen Lager. Jeweils ein Abgeordneter der CDU und der CSU waren von der Stasi gekauft worden. Der Verrat kostete pro Stimme 50.000 Mark.
Die dem Mißtrauensvotum noch im selben Jahr folgende vorgezogene Bundestagswahl brachte beiden Regierungsparteien Stimmengewinne. Um so überraschender war für die Öffentlichkeit das rasche Ende der Regierung Brandt. Über den Hang "Weinbrand-Willys" zum Alkohol und seine überdurchschnittliche Zuwendung zum weiblichen Geschlecht gab es massive Gerüchte. 1974 kursierte ein Geheimdossier des Bundeskriminalamtes, das akribisch auflistete, welche erotischen "Zuführungen" wann und wo stattgefunden hatten.
In dieser - etwas längeren - Liste war nachzulesen, welche Damen dem Kanzler außerhalb des Ehebetts zu Diensten gewesen waren. Das Papier hatte Horst Herold, Präsident des Bundeskriminalamtes, veranlaßt, es war also amtlich. Das war schon pikant genug.
Sehr viel schlimmer aber war der Umstand, daß der Referent des Kanzlers, der die Damen seinem Herrn auf den letzten Metern "zuführte", der enttarnte DDR-Spion Günter Guillaume war. Schlimmer noch: Brandt hatte dessen spezielle Dienste noch lange weiter in Anspruch genommen, nachdem der Hauptmann der Nationalen Volksarmee bereits in Verdacht geraten war. Die Stasi hatte weiter ungestört mithorchen können.
Am 6. Mai 1974 erklärte Bundeskanzler Willy Brandt seinen Rücktritt. Er blieb aber weiter politisch aktiv. So behielt er den 1964 von Erich Ollenhauer übernommenen Parteivorsitz bis 1987. Ein halbes Jahrzehnt später, am 8. Oktober 1992, starb er an den Folgen einer Krebserkrankung. Auf dem Waldfriedhof in Berlin wurde er beigesetzt.<<
Radio Prag" dementierte am 5. August 1974 angebliche Nachkriegsverbrechen an Deutschen (x025/71): >>... Man braucht nicht viel Phantasie, um zur Erkenntnis zu kommen, daß die rund um die sog. "Dokumentation" entfesselte Kampagne über an Deutschen begangene Verbrechen eine schamlose Geschichtsfälschung bedeutet.<<
Die "BILD-Zeitung" berichtete am 9. Oktober 1975: >>**2,3 Milliarden - Polen läßt Deutschstämmige raus**
Verträge mit Polen: Kredit der Bundesrepublik von 1 Milliarde Mark und 1,3 Milliarden Pauschale für in ehemals deutschen Gebieten Lebende mit Ansprüchen an die deutsche Rentenversicherung. Dafür sollen weitere 125.000 Deutschstämmige in die Bundesrepublik ausreisen dürfen.<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über das deutsch-polnische Rentenabkommen (x268/215): >>Polen kassierte aufgrund des Rentenabkommens vom 9. Oktober 1975 1,3 Milliarden DM und zugleich einen "Jumbo-Kredit" von über einer Milliarde, der später weitgehend erlassen wurde. Weitere Milliardenkredite folgten nach 1990, und

der Erlaß ist auch hier wohl nur eine Frage der Zeit. ...<<
Im Jahre 1975 veröffentlichte der deutsche Journalist Wilfried Ahrens eigenmächtig die seit 1954 vom Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte erstellte "Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa".
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die unbefugte Veröffentlichung dieser brisanten Dokumentation (x025/194-195): >>Dieser "Raubdruck" blieb umstritten, bis die Unterlagen dann wenige Wochen nach dem Bonner Regierungswechsel vom Oktober 1982 freigegeben wurden.
Ähnliche Querelen wie bei der Dokumentation der Vertreibungsverbrechen gab es übrigens auch um die Dokumentation "Zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkrieges", die über 10 Jahre in den Kellern eines Bielefelder Verlages unter Verschluß lag, bevor die Bücher verkauft werden durften.<<
Der CDU-Abgeordnete und spätere Bundespräsident Karl Carstens kritisierte am 19. Februar 1976 im Bundestag die unbefriedigende Berichterstattung über die Vertreibungsverbrechen an Deutschen (x025/210): >>Herr Kollege Brandt hat gesagt, man könne Aussöhnungspolitik nicht mit halbem Herzen betreiben, ... aber man kann Aussöhnungs- und Verständigungspolitik auch nicht mit halben Wahrheiten bestreiten. ...<<
Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" berichtete am 12. Juni 1978 über das Buch "Kudenow oder An fremden Wassern weinen" des deutschen Journalisten und Schriftstellers Arno Surminski: >>**Chronik aus dem Stall**
Sibirisch kalt war der Winter 1946, als Kurtchen Marenke, vom selben Jahrgang 34 wie sein Autor, nach langer Wanderung im holsteinischen Kaff Kudenow Mutter und Schwester wiederfand. Nun haust und hungert er mit ihnen im Hühnerstall des reichen Bauern Fiete Kock, gleich neben der Scheune, wo die vielen anderen "Beutegermanen" kampieren -- Flüchtlingslos nach dem großen Krieg, als "im Osten die Dämme brachen, und die riesige Menschenflut hereinquoll ins "Land zwischen den Meeren".
Der in Hamburg lebende Wirtschaftsjournalist Arno Surminski, der vor vier Jahren in seinem autobiographischen Erstlingsroman "Jokehnen" eine ostpreußisch-ländliche Kindheit der Hitler-Ära bis zum Schreckensfinale beschrieb - Untertitel: "Wie lange fährt man von Ostpreußen nach Deutschland?", kann sich auch dieser endlosen Null-Stunde gut noch erinnern: der Notaufnahmelager, Bahnhofsmissionen und Züge voll verdreckter Gestalten, der Schleichpfade über die Zonengrenze, der Schieber, Schwarzhändler und Kartoffelfechter, der Zigarettenwährung und der 1.300 Kalorien pro Tag.
In den Dörfern verfluchten die Einheimischen, wohlgenährt von Wurst und Speck, die Millionen fremder Hungerleider, diese verlauste "Mischung aus Polen und Deutschen mit asiatischem Einschlag", die ihren Frieden störte: "Geht doch hin, wo ihr hergekommen seid!"
Und während viele Mutter Marenkes der masurischen Heimat nachtrauerten und dem Mann, den die Russen vor ihren Augen erschossen, und dem älteren Sohn, der auch nicht mehr zurückkam, besang Rudi Schuricke im Radio die "Capri-Fischer".
Hiobs-Tage, aber Kurtchen nimmt sie nicht allzu tragisch. Er klaut den harten Dörflern Äpfel und Eier, steckt ihnen auch mal ungestraft eine Scheuer in Brand. Am liebsten hockt er zwischen Spinnweben im Halbdunkel des Stallboden-Verstecks, träumt von der handlichen Maschinenpistole des jungen Pjotr aus Nowgorod und spielt mit der Kollektion von Kriegsorden, inklusive Ritterkreuz, die er auf seinen Irrfahrten erbeutet hat. Und ganz allmählich wächst er dabei satteren, besseren, normalen Zeiten entgegen: der Währungsreform, ... dem Honigmond der Bundesrepublik.
Surminski ist gewiß kein Autor von hochliterarischen Finessen. Unbefangen und ohne Pathos. in einfachen Sätzen und schlichter Psychologie entsinnt er sich des Kurtchens, das er selbst wohl einmal war.

Doch das Garn ist solide. Seine holsteinische Flüchtlings-Pastorale voller Lindenblüten-Duft und Kuhstall-Dunst, mittlerweile auf der SPIEGEL-Bestsellerliste, liefert, für jeden halbwegs beteiligten Zeitgenossen deutlich erkennbar, die ziemlich exakte Chronik der noch einmal Davongekommenen.<<

Der deutsche Historiker Manfred Kittel berichtete später während einer Tagung der Konrad-Adenauer-Stiftung und des Instituts für Zeitgeschichte in Berlin über die "neue Ostpolitik in den 1960er und 1970er Jahren" (x879/37-50): >>Die Schlesier und die Ostpreußen würden "zunehmend aus der deutschen Geschichte exkommuniziert"; zu den Gebieten jenseits von Oder und Neiße bestehe "im deutschen Geschichtsbewußtsein gar kein Verhältnis mehr".

Mit diesen Worten zog der Vizepräsident des Bundes der Vertriebenen, Herbert Hupka, 1982 gleichsam eine erinnerungspolitische Bilanz der zu Ende gehenden sozialliberalen Regierungszeit. Ähnliche Verdrängungsbefunde haben aber keineswegs nur konservative Politiker erstellt, sondern auch Wissenschaftler unterschiedlichster Prägung.

Der angesehene Historiker Alfred Heuß etwa äußerte sich noch drastischer über die Bewußtseinslücke der Bundesdeutschen in bezug auf den historischen deutschen Osten. Kaum jemand sei sich doch der Folgen der Vertreibung bewußt, eines Phänomens, "das man in Analogie zu Genozid mit der Bezeichnung Phylozyd" belegen müßte: Stammesmord. Denn es gebe seitdem "keine Schlesier, Pommern, Ostpreußen, Sudetendeutsche mehr" und ihre Sprachen "haben aufgehört zu existieren".

Auch SPD-nahe Historiker haben zumindest davon gesprochen, daß die Vertreibung seit den 1960er Jahren "immer mehr aus dem kollektiven Bewußtsein verdrängt und lediglich als Sache der Betroffenen angesehen worden" sei. Aber kann man das wirklich so sagen? ...

Was mindestens bis 1965 zu der von allen Parteien gemeinsam getragenen politischen Kultur gehört hatte: den Verzicht auf die Ostgebiete und das Heimatrecht als Verrat zu brandmarken, eben diese Position galt schon fünf Jahre später, 1970, plötzlich als moralisch vollständig verwerflich, politisch inkorrekt, ja rechtsradikal.

Kann man den Opfern der Vertreibung und ihren demokratisch legitimierten Sprechern tatsächlich einen Strick daraus drehen, so frage ich mich, daß sie nicht in der Lage waren, in demselben Tempo entspannungspolitisch umzudenken wie der übrige, größere Teil der bundesdeutschen Gesellschaft, dem das Schicksal des Heimatverlustes erspart geblieben war?

Daß die sozialliberale Regierung den renitenten Landsmannschaften den Geldhahn zudrehte, das mochte machtpolitisch nachvollziehbar sein - erinnerungskulturell produktiv aber war das alles nicht. Ganz im Gegenteil: Viele, viele Zeitgenossen, nicht nur im sozialliberalen Milieu, meinten nun, etwas für Frieden und Entspannung zu tun, indem sie … "die Geschichte Ostdeutschlands leugneten", Breslau nur noch Wroclaw nannten, Patenschaften für Landsmannschaften aufkündigten bzw. einschlafen ließen oder bei den deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen politische Konzessionen zu Lasten historischer Fakten machten.

Wie stark dieser Zeitgeist war, erhellt vielleicht am besten daraus, daß selbst die Jugendorganisation der Vertriebenen, die Deutsche Jugend des Ostens, sich 1974 veranlaßt sah, einen neuen Namen zu erfinden. Künftig firmierte sie als "Deutsche Jugend in Europa", um die "neuen Perspektiven" der Wiederbegegnung mit den Völkern Osteuropas ganz in den Mittelpunkt zu rücken.

Für den Fortgang der Erinnerungskultur war es entscheidend, daß Vertriebenenpolitiker nicht nur an den deutschen Rechtspositionen prinzipiell festhielten, an den Grenzen von 1937; dazu war man als verfassungstreuer Bürger bis 1990 - infolge der Karlsruher Urteile zu den Ostverträgen - ohnehin verpflichtet. ...

Vor allem aber eine Entscheidung der Bundesregierung hatte negative erinnerungskulturelle Signalwirkung: Ich meine den Beschluß von 1974, die vom Bundesarchiv fertiggestellte Dokumentation der Vertreibungsverbrechen nicht zu veröffentlichen - letztlich auch dieses mit

Rücksicht auf den aktuellen Entspannungskurs Richtung Sowjetblock. …
Ende 1958 erfolgte die Gründung der Ludwigsburger Zentralstelle zur Verfolgung von NS-Verbrechen; dann wurde infolge der Hakenkreuzschmierereien zu Weihnachten 1959 die historisch-politische Pädagogik massiv verstärkt; und bald darauf kam es zu den großen NS-Prozessen gegen Eichmann in Jerusalem und gegen die Auschwitz-Mörder - ab 1963 - in Frankfurt. Je stärker damit das Dritte Reich und seine Verbrechen in den Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit gerieten, desto mehr nahm man den ostdeutschen Exodus von 1945 nur noch ganz ausschließlich als zwingendes Ergebnis dieser deutschen Katastrophe wahr - und insofern als eine Art Belanglosigkeit. …
Und waren nicht die Ostdeutschen ohnehin die größten Nazis gewesen und besonderen Mitgefühls nicht würdig? Eine Überinterpretation? Wohl kaum. Man sehe sich nur einmal alte Spielfilme an: "Am grünen Strand der Spree" etwa, die Verfilmung des Erfolgsromans von Hans Scholz, in der 1960 wieder einmal ein Ostdeutscher, der Ex-Unteroffizier Jaletzki, als übelste Figur des Stückes herhalten mußte. Und dieses übrigens, obwohl die Ostdeutschen in der NS-Führung tatsächlich eher unterrepräsentiert gewesen waren. …
Daß Vertreibungsverbrechen und NS-Verbrechen stets in einem gewissen Spannungsverhältnis zueinander standen, hatte manchmal aber auch erinnerungskulturell durchaus produktive Folgen; etwa als die Reaktion auf den Holocaust-Film 1979 endlich einen nachhaltigeren Impuls der Beschäftigung mit dem Untergang des deutschen Ostens auch im Massenmedium Fernsehen auslöste.
Während bis dahin zum schrecklichen Geschehen des Judenmordes bereits an die 100 TV-Sendungen ausgestrahlt worden waren, hatte die Vertreibungsverbrechen noch kaum ein Fernsehfilm eigens thematisiert.
Man fragt sich unwillkürlich, so hieß es dazu in einem Gutachten für die Bavaria Fernseh GmbH, "weshalb ein so dramatisches, einschneidendes und so viele betreffendes historisches Ereignis wie der Verlust der ehemals deutschen Ostgebiete innerhalb von drei Nachkriegsjahrzehnten" im deutschen Film kein "irgendwie bemerkenswertes und dem Faktum angemessenes Echo gefunden hat". Ein vergleichbarer Vorgang wäre undenkbar, so weiter, wenn "ein ähnliches Schicksal ... Frankreich, Italien oder England getroffen" hätte.
Aufschlußreich ist es auch, einmal den Stellenwert zu vergleichen, den die Fragen der strafrechtlichen Verfolgung von NS- bzw. Vertreibungsverbrechen in der gerichtlichen Realität wie im öffentlichen Diskurs der 60er und 70er Jahre eingenommen haben. Nationalsozialistische Verbrechen waren seit 1949, und seit 1958 entschlossener denn je, in zehntausenden Ermittlungsverfahren verfolgt worden.
Wir wissen, daß es dabei zu einer Reihe höchst problematischer Unterlassungen kam - im Ergebnis bleibt jedoch festzuhalten: In den von der Öffentlichkeit meist vielbeachteten Prozessen haben Staatsanwälte und Richter einen herausragenden Beitrag zur zeitgeschichtlichen Aufklärung über das Dritte Reich geleistet.
Die Vertreibungsverbrechen dagegen sind in aller Regel nicht nur nicht gerichtlich verfolgt worden; verstörender noch wirkt ein anderer Befund: Daß die praktische Schwierigkeit, der meist in kommunistischen Staaten lebenden Täter habhaft zu werden, in der Bundesrepublik nicht einmal größere gesellschaftliche Debatten ausgelöst hat.
Mitte der 60er Jahre, es war einmal mehr eine heftige Diskussion um die Verjährung von NS-Verbrechen im Gang, unternahmen einige Landsmannschaften entsprechende Vorstöße: Sie regten an, zumindest eine zentrale Erfassungsstelle für Vertreibungsverbrechen zu schaffen, so wie sie 1961 in Salzgitter für die ebenfalls schwer zu verfolgenden Schandtaten des DDR-Regimes eingerichtet worden war.
Allein, dieser Vorstoß blieb ohne Widerhall. Wie Rufer in der Wüste wirkten Vertriebenensprecher, wenn sie immer wieder einmal die Bundesregierung ermahnten, "den an Millionen

Deutschen im Zusammenhang mit der Vertreibung begangenen Verbrechen genauso" rechtsstaatlich nachzugehen, wie sie "jene Verbrechen verfolgen hilft, die von Deutschen begangen wurden".
Auf die monierte Schieflage warf das Verschwinden von Akten über polnische Vertreibungstäter 1975 ein bezeichnendes Schlaglicht. Einräumen mußte diesen Skandal der Oberstaatsanwalt am Landgericht Hagen auf Anfrage der Landsmannschaft Oberschlesien.
Der Vertriebenenverband hatte bereits zehn Jahre früher, 1965, Klage gegen sieben Wächter des berüchtigten Lagers Lamsdorf bei Oppeln erhoben, wo nach dem Zweiten Weltkrieg Tausende Menschen unter schrecklichen Umständen ums Leben gekommen waren.
Unter den Tätern befand sich etwa auch Czeslaw Geborski, der nun als Polizeimajor in Kattowitz tätig war. 1975 hieß es im Schreiben des bundesdeutschen Oberstaatsanwalts, die Akten seien "bedauerlicherweise außer Kontrolle geraten"; sie hätten in der Zwischenzeit trotz eifriger Nachsuche nicht aufgefunden werden können. Im September 1979 schließlich wurde die Einstellung des Verfahrens mit der Begründung verfügt, die Bundesregierung habe davon abgesehen, wegen der Täter "an die Regierung der Volksrepublik Polen heranzutreten".
Auch wenn man die ungleich größere Dimension der NS-Verbrechen berücksichtigt, wird man sagen müssen: So harmlos war die Vertreibung der Deutschen, "das größte Vertreibungsgeschehen der Weltgeschichte" - neben dem, freilich anders gelagerten, indisch-pakistanischen Fall, nun auch wieder nicht, als daß dies den enormen Spalt ganz erklären könnte, der in der öffentlichen Thematisierung beider Komplexe spätestens während der 1970er Jahre entstand. Und zwar nicht etwa, weil über die NS-Verbrechen zu viel, sondern weil über die Vertreibung zu wenig geredet wurde.
Natürlich konnte der Prozeß der Verdrängung in einer offenen Gesellschaft letztlich kein totaler sein, Gegenkräfte vor allem in den Landsmannschaften … pflegten … das ostdeutsche Kulturerbe. Und doch ist nicht zu übersehen, daß der Verdrängungsimpuls in der Hochzeit sozialliberaler Entspannungspolitik gesellschaftlich zweifelsohne dominiert hat und daß er vieles an Kenntnissen, auch an Interessen über den Osten unter sich begrub, was besser bewahrt worden wäre. ...<<
Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" berichtete am 21. Januar 1980 über das Buch "Die Wehrmacht-Untersuchungsstelle" des nordamerikanischen Völkerrechtlers und Historikers Alfred M. de Zayas: >>**Aggression mit Grausamkeit beantwortet**
Dokumente über Kriegsverbrechen an Deutschen im Zweiten Weltkrieg
Eine Dienststelle des Oberkommandos der Wehrmacht untersuchte gewissenhaft Meldungen über Kriegsverbrechen an deutschen Soldaten und Zivilisten. Was nun ein amerikanischer Historiker bei der Auswertung der Originalakten fand, belegt Völkerrechtsverletzungen und "Grausamkeit im Einzelfall" durch die Alliierten. …
Leutnant Heinze, Abteilung I c beim Armeeoberkommando 6, erstattete am 1. Juli 1941 um 16 Uhr Feindlagemeldung: "In Skomorochy wurden bestialisch verstümmelte Leichen eines deutschen Majors, eines Oberleutnants, eines Oberfeldwebels und anderer Soldaten gefunden."
Unteroffizier Eduard Sandner gab am 30. Juli 1944 zu Protokoll: "Ich habe am 27. Juli 1944 um 8.20 Uhr folgenden russischen Funkspruch, der im Klartext gesandt war und Teil eines Gesprächs zwischen zwei russischen Offizieren bildete, aufgenommen: "Ich habe einen Gefangenen …" Die Antwort der vorgesetzten Dienststelle lautete: "Machen Sie mir keine Meldungen über Gefangene. Sie sind alle zu erschießen." …
Meldungen solcher Art kamen von allen Fronten der deutschen Wehrmacht. Manche, grausam, handelten von ausgestochenen Augen und abgeschnittenen Nasen, andere, profan, von Diebstahl durch Feindeshand. …
Empfänger all der Anzeigen, teils beweisbar richtig, teils in der ersten Aufregung oder nach

nur flüchtigem Augenschein nicht ganz oder ganz und gar nicht zutreffend abgesetzt, war eine Dienststelle beim Oberkommando der Wehrmacht, die "Wehrmacht-Untersuchungsstelle für Verletzungen des Völkerrechts". …

Die OKW-Dienststelle war gleich nach Kriegsbeginn im September 1939 gebildet worden. Sie sollte "die von den gegnerischen Militär- und Zivilpersonen gegen deutsche Wehrmachtsangehörige begangenen Verstöße gegen das Völkerrecht feststellen und zugleich die vom Ausland gegen die deutsche Wehrmacht in dieser Hinsicht erhobenen Anschuldigungen aufklären".

226 Aktenbände der bisher weithin unbekannt gebliebenen Behörde hat der amerikanische Historiker und Völkerrechtler Alfred Maurice de Zayas im Freiburger Bundesarchiv ausgegraben und nach dreijähriger wissenschaftlicher Prüfung zusammen mit dem holländischen Völkerrechtler Walter Rabin in einem Buch beschrieben, das jetzt erschienen ist.

"Die traurige Forschung" betrieb Harvard-Absolvent de Zayas, 32, der mit einer Dissertation über "Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen" in Göttingen promoviert hat, als wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Völkerrecht der Universität Göttingen mit zunächst heftigem Mißtrauen in die Glaubwürdigkeit der großdeutschen Papiere.

Um nicht noch im nachhinein nationalsozialistischer Propaganda aufzusitzen, prüfte de Zayas "die innere Folgerichtigkeit der Akten" und verglich die darin geschilderten Vorgänge mit einschlägigen Materialien in Bonner, Londoner, amerikanischen und schweizerischen Archiven. Er machte Hunderte von Zeugen ausfindig, darunter rund 150 ehemalige Heeres-, Marine- und Luftwaffenrichter, die er nach dem Zustandekommen der Dokumente befragte. …

Am Ende stand für de Zayas fest, "daß die Wehrmacht-Untersuchungsstelle eine gewissenhafte justizkonforme Dokumentation betrieben hat", dies erklärbar womöglich schon dadurch, daß der Behördenleiter Johannes Goldsche und sein Vorgesetzter Rudolf Lehmann, Chef der Wehrmachtrechtsabteilung, "alte Richter waren, die ... der NSDAP nicht angehörten und dem Gedankengut des Nationalismus fernstanden".

Andererseits bestätigten die Dokumente die "Tatsache", daß Streitkräfte der Versuchung unterliegen, sich über völkerrechtliche Schranken hinwegzusetzen und die Regeln der Menschlichkeit zu mißachten, wenn erst einmal der Krieg entfesselt ist. So etwas "passierte häufiger, als ich dachte", sah Autor de Zayas ein, und es passierte an allen Fronten, auf beiden Seiten und nicht erst im letzten Weltkrieg. …

Was de Zayas in den Akten der Wehrmacht-Untersuchungsstelle fand, belegt Völkerrechtsverletzungen alliierter Truppen, wie sie an allen Fronten Zivilisten und Soldaten trafen:

- In Polen starben Hunderte von Volksdeutschen, viele waren nach Zeugenaussagen "mit Brechstangen, Seitengewehren, Gewehrkolben und Knüppeln zusammengeschlagen" und "bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt" worden.
- In Frankreich exekutierten britische und französische Soldaten deutsche Landser, obschon sie sich ergeben hatten; Piloten wurden beim Absprung aus ihren getroffenen Maschinen in der Luft beschossen.
- Britische Kriegsmarine schoß nach der Versenkung deutscher Schiffe in der Ägäis auf schwimmende Flüchtlinge, an Leichen deutscher Soldaten auf Kreta stellten Ermittler der Wehrmacht-Untersuchungsstelle Verstümmelungen fest.
- In Rußland wurden deutsche Truppenangehörige erschossen, nachdem sie sich ergeben hatten, Lazarettschwestern wurden vergewaltigt und ermordet. …

Auch in Frankreich wurden deutsche Soldaten, die längst aufgegeben hatten, exekutiert. …

In den Akten der Wehrmacht-Untersuchungsstelle über das Seegefecht vor der norwegischen Hafenstadt Narvik im April 1940 sind völkerrechtswidrige Angriffe durch Engländer auf Schiffbrüchige belegt. …

Unter Eid bezeugten Soldaten, wie Fallschirmjäger, die im Mai 1941 bei Castelli auf Kreta

gelandet waren, verstümmelt wurden …
Rund 4.000 derartige "Fallkomplexe" sind in den 226 verfügten Aktenbänden der Wehrmacht-Untersuchungsstelle enthalten. Nur ein Band davon allerdings behandelt Rechtsverstöße deutscher Truppen und zusammenhängend auch nur einen einzigen solchen Fall -- die britische Anschuldigung nämlich, Soldaten der Wehrmacht hätten im April 1943 in Nordafrika drei wehrlose britische Kriegsgefangene erschossen. Nach einem halben Jahr teilte der Oberbefehlshaber Süd jedoch mit, der Vorfall lasse sich nun "nicht mehr aufklären".
"Einige tausend Berichte" betreffen die Tötung deutscher Kriegsgefangener, vor allem zurückgelassener Verwundeter an der Ostfront. Sie verdeutlichen "in aller Schärfe", schließt de Zayas, "mit welcher Grausamkeit die deutsche Aggression beantwortet wurde" …
De Zayas will seine Veröffentlichung keineswegs als "Anrechnung gegen Holocaust" verstanden wissen und wendet sich vorsorglich gegen "Beifall von der falschen Seite". Aber: "Wenn das nun mal alles so stimmt, muß man auch darüber reden können."<<
Rudolf Mühlfenzl, Chefredakteur des Bayerischen Fernsehens, kritisierte am 28. Januar 1981 die systematische Verdrängung der Vertreibungsverbrechen in Ost-Mitteleuropa (x025/193): >>Es ist unglaublich, daß über die Jahre voller menschlicher Schicksale so lange nicht gesprochen wurde. ...<<
Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann versprach am 29. Januar 1983 in München (x024/350): >>Tendenzen, die deutsche Frage auf die Bundesrepublik Deutschland und die DDR zu beschränken und die ostdeutschen Gebiete jenseits von Oder und Neiße nicht einzubeziehen, wird es bei der neuen Bundesregierung nicht geben.
Wir werden auch keinen Zweifel daran aufkommen lassen, daß die Vertreibung von Deutschen und die entschädigungslose Enteignung ihres Grundeigentums sowie anderer Entschädigungswerte völkerrechtswidrig ist. ...<<
Von 1950 bis 1984 kamen 1,3 Millionen Spätaussiedler aus den östlichen Vertreibungs- und Deportationsgebieten in die Bundesrepublik Deutschland (x024/301).
Herbert Czaja schrieb im Juni 1985 über die Verletzung von Menschenrechten (x077/11-12): >>... Gravierende Menschenrechtsverletzungen kann man auf die Dauer nicht verschweigen. Menschenrechte sind ein hohes Gut, das man nicht durch entstellende oder verflachende, dem politischen Kampf dienende Bilanzen gefährden soll.
... Menschenrechtsverletzungen in Europa kann man nicht mit dem Hinweis auf frühere schwere Verbrechen Deutscher an Angehörigen fremder Völker zurückweisen. Schwere Verletzungen der Menschenrechte kann man nicht gegeneinander aufrechnen; frühere Verletzungen der Menschenrechte erfordern eine gerechte Sühne, können aber nicht zur Rechtfertigung neuen aktuellen Unrechts dienen. ...
... Man muß um der Betroffenen willen reden. Beim Sacharow-Hearing in Kopenhagen erklärte die Ehefrau von A. Sinjavskij: "Am schlimmsten ist der dran, von dem niemand spricht – für den niemand protestiert."<<
Die israelische Zeitung "Jerusalem Post" berichtete am 4. September 1985 über den deutschen Bundespräsident Richard von Weizsäcker (x354/71): >>… (Weizsäcker hat) die junge Generation in Deutschland … konfrontiert mit der Unsühnbarkeit kollektiver deutscher Schuld.<<
Die neue Zeitung "Akzent" berichtete im Januar 1986 über eine Gespräch mit dem BdV-Präsident Herbert Czaja (x024/316-318): >>... Frage: Kann man heute von "Vertriebenen" überhaupt noch sprechen? Empfinden sich die hier seit 40 Jahren lebenden Ostdeutschen noch als solche?
Czaja: Ja. Das umfassende Unrecht der Massenvertreibung und deren Folgen sind nicht aufgearbeitet, eine friedensvertragliche Regelung über die Gebiete und die personellen Rechte der vertriebenen Deutschen steht aus. Der geistige Vertreibungsdruck gegen die in der angestammten Heimat lebenden Deutschen dauert an. Ebenso der Strom der Aussiedler. …

Frage: Ist der Verlust Ostdeutschlands nicht eine "gerechte Strafe für die nationalsozialistischen Verbrechen", die die Deutschen verdient und darum hinzunehmen haben?
Czaja: Nein, so einen Strafprozeß gibt es im Völkerrecht nicht. Die Deutschen und andere Völker tragen die Verantwortung für falsche Regierungsentscheidungen und deren Aufarbeitung. Dafür kann man aber nicht als "Strafe" ein Sonderopfer nur einem Teil des Volkes aufbürden.
Oft könnte man diejenigen, die so viel nach gerechter Aufarbeitung auf Kosten anderer rufen, bitten, selbst zu prüfen, ob sie nicht Anlaß haben, dafür einen größeren persönlichen Beitrag selbst zu leisten. Wenn die Deutschen acht Jahrhunderte der Mitgestaltung ihrer Heimatgemeinden ersatzlos preisgeben, schaden sie auch den Nachbarn; es wäre ein Versagen der Deutschen, nicht eine "Strafe". ...<<
Der deutsche Völkerrechtler und Jurist Otto Kimminich schrieb im Jahre 1986 über die öffentliche Diffamierung der Sudetendeutschen (x024/326-327): >>... Wenn diejenigen, die Unrecht getan haben, Angst vor jeder Berufung auf das Recht haben, so ist das durchaus verständlich. Ob ihnen die Angst durch den beharrliche Hinweis auf die mit der Friedensfunktion des Rechtes verbundene Bereitschaft zum Ausgleich und zur Verständigung genommen werden kann, muß immer wieder geprüft werden.
Unverständlich aber ist es, wenn das Vertrauen auf die friedensschaffende Kraft der Gerechtigkeit als hinterhältig, rückwärtsgewandt oder gar revanchistisch gebrandmarkt wird. Es gehört viel Seelenstärke dazu, solche Verteufelungen zu ertragen. ...<<
Margarete Mitscherlich-Nielsen (1917-2012, deutsche Psychoanalytikerin, Ärztin und Autorin) erklärte im Jahre 1986 in einer ZDF-Talkshow (x354/105): >>… Wissen Sie, daß die Deutschen aussterben, so wie sie bisher waren - zwei Weltkriege haben sie vom Zaun gebrochen, millionenfachen Völkermord haben sie hinter sich gebracht ... in ihrer besonderen Art des Nationalgefühls - das kann man eigentlich nicht bedauern.<<
Der ehemalige deutsche Generalbundesanwalt Ludwig Martin schrieb im November 1987 im Vorwort des Buches "Vertreibungsverbrechen an Deutschen" (x025/I-V): >>... Geschichtliche Wahrheit ist nicht teilbar: Verbrechen gegen die Menschlichkeit, zumal solche, die den Umfang und das Gewicht eines Völkermordes annehmen, bleiben Verbrechen, gleichviel, von wem sie begangen werden und wer die Verantwortung dafür zu tragen hat.
Es geht nicht an, die marxistisch-leninistische Unterscheidung zwischen "gerechten" und "ungerechten" Kriegen auf die im Krieg, bei Kriegsende und nach dem Krieg an der Zivilbevölkerung begangenen Verbrechen zu übertragen und je nach der Zuordnung der Tätergruppe zu einem "sozialistischen" oder "imperialistischen" Regime zwischen verdammenswerten und entschuldbaren Menschenrechtsverletzungen zu differenzieren.
Die jüngste Vergangenheit und die Gegenwart ist voll von Beispielen, daß auch in unserer hochentwickelten Zivilisation unter bestimmten politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen Menschen jedweder Herkunft, Rasse und Nationalität zu Untaten fähig sind, die sie unter normalen Verhältnissen nie begehen würden. Man denke nur an die Völkermorde in Kambodscha und Afghanistan und an die Massaker im Libanon ...
Vor Jahren stellte ich in Jerusalem einem angesehenen jüdischen Juristen und Publizisten die Frage, ob er glaube, daß zu der Massenvernichtung im "Dritten Reich" nur Deutsche fähig gewesen seien, oder ob er es für denkbar halte, daß Gleiches unter der Zwangsherrschaft eines "Hitler" und den dadurch geschaffenen politischen und massenpsychologischen Bedingungen auch in anderen Ländern hätte geschehen können. Nach kurzer Besinnung bejahte der Gefragte das letztere.
Gleichwohl mag man es hinnehmen und sogar als Gebot der Gerechtigkeit ansehen, daß das deutsche Volk während der im "Dritten Reich" von Deutschen an Juden, Angehörigen anderer Minderheiten und politischen und weltanschaulichen Gegnern begangenen Massenmorde auch

nach fast vier Jahrzehnten immer und immer wieder auf die Anklagebank gesetzt und verurteilt wird.
Schwer verständlich und durch nichts zu rechtfertigen ist es aber, daß die im Krieg und vor allem bei Kriegsende und nach dem Krieg von fremden Truppen, Widerstandskämpfern und fanatisiertem Mob an Millionen Deutschen verübten Morde und sonstigen Gewaltverbrechen auch heute noch totgeschwiegen und geleugnet oder mit dem Hinweis entschuldigt werden, daß "die Deutschen" es angesichts der auf ihnen lastenden Blutschuld nicht anders verdient hätten. ...
1. Opfer der "Vertreibungsverbrechen" waren nicht nur NS-Funktionäre, Parteigenossen und ihre Sympathisanten, sondern die Deutschen schlechthin, weil man sie mit den Nazis identifizierte und zu Untermenschen bzw. Nicht-Menschen abqualifizierte, wie etwa Ilja Ehrenburg. Damit erklärte man sie in ähnlicher Weise für vogelfrei, wie dies die Nazis hinsichtlich der Juden getan hatten.
Bei der Verbrechenshäufung handelte es sich nicht um das zufällige Ineinanderlaufen unzähliger Einzelaktionen blindwütig gewordener Soldaten oder Zivilisten, sondern um ein von führenden Kreisen der UdSSR und der anderen sozialistischen Staaten – mit Billigung der USA und Großbritannien – "wohlvorbereitetes System zur Dezimierung und Vertreibung der Deutschen" aus den Ostgebieten, um "eine neuartige Form staatlich gelenkter Liquidationspolitik" und um die gewollte Folge der von höchsten Stellen ausgegebenen Appelle an Haß, Rachsucht und Tötungsinstinkte. ...
Sehr zu Recht stellt der englische Philosoph Bertrand Russell die Frage, ob Massenvertreibungen nur dann Verbrechen seien, wenn sie "von unseren Feinden während des Krieges vorgenommen werden", dagegen gerechte Mittel für die gesellschaftliche Neuordnung, wenn "unsere Verbündeten sie in Friedenszeiten durchführen". ...
Eine schonungslose Offenlegung finsterer Kapitel der Menschheitsgeschichte ohne Rücksicht auf die Nationalität der für diese Tragödien Verantwortlichen ist ein Gebot der Wahrheit und der Gerechtigkeit; sie allein kann Grundlage gegenseitigen Verzeihens und echter Verständigung sein. Man kann nicht, wie es in Nürnberg geschehen ist, Deutsche durch die Repräsentanten von Mächten aburteilen lassen, die selbst gleiche Verbrechen angeordnet oder geduldet haben, wie sie dem deutschen Volke vorgeworfen werden.
Es verstieße gegen seine Würde und sein Selbstverständnis, wenn sich das deutsche Volk widerspruchslos auf Generationen hinaus mit der ihm zugedachten Büßerrolle abfinden und zu all dem schweigen würde, was ihm von den Siegern an Furchtbarem angetan worden ist. Eine Besinnung hierauf - fernab von Rache- und Vergeltungsgefühlen - schulden wir Deutschen auch den Millionen der unschuldigen Opfer der Vertreibungsverbrechen, die stellvertretend für das deutsche Volk Unsägliches erduldet haben. ...
Der tschechische Staatspräsident Eduard Benesch soll die Vernichtung der sudetendeutschen Volksgruppe nach dem Krieg mit den Worten begründet haben: "Unsere Deutschen ... haben den Staat verraten, die Demokratie verraten, uns verraten, die Menschlichkeit verraten und die Menschheit verraten. ...
In Abwandlung dieser Anklage kann man die von sowjetrussischen Soldaten, von Polen, Tschechen und Jugoslawen gegenüber Deutschen begangenen Vertreibungsverbrechen mit dem Satz überschreiben. Die Initiatoren und Täter dieser Verbrechen haben die Menschlichkeit und die Menschheit verraten.
Das muß vor der Geschichte klargestellt werden.<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil schrieb im November 1987 in seinem Buch "Vertreibungsverbrechen an Deutschen" über die ungenügende Würdigung der eigenen Opfer (x025/15,196-198): >>Dieses Buch möchte dazu beitragen, die Grabkreuze wieder aufzurichten und den Toten endlich die verdiente letzte Ehre zu erweisen.

Wenn es wahr ist, daß alle Menschen gleich sind, gleich an Wert und Würde, dann hat jede verfolgte Gruppe einen uneingeschränkten Anspruch auf Würdigung ihrer Opfer, auch und gerade in publizistischer Hinsicht. ...<<

>>... Ähnlich wie die Justiz haben auch die öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten unseres Landes ihren Beitrag zur Aufarbeitung der Epoche des Dritten Reiches geleistet. Über die Judenverfolgung allein wurden bis zum Jahr 1978 mindestens 100 Sendungen ausgestrahlt. Seit der Serie "Holocaust" - Anfang 1979 - hat sich die Zahl der einschlägigen Produktionen drastisch erhöht. Hinzu kommt eine Vielzahl von Sendungen über andere NS-Verbrechen in den besetzten Gebieten und in binnendeutschen Konzentrationslagern, über die Lage der sowjetischen Kriegsgefangenen usw.

Im Gegensatz zu dieser moralisch gebotenen und weltweit beispiellosen Aufklärungsarbeit kann die Bewältigung des Vertreibungsthemas im Fernsehen in keiner Weise befriedigen. Abgesehen von zwei kurzen Erwähnungen im Jahr 1979 war ... der Dokumentarbericht "Flucht und Vertreibung" aus dem Jahre 1981 der einzige erwähnenswerte Fernsehbeitrag zur intellektuellen Auseinandersetzung mit dem größten Verbrechen der Nachkriegsgeschichte.

Jeder großen und auch mancher kleineren Tragödie dieses Jahrhunderts ist bisher ein würdiges Denkmal gesetzt worden. Man denke z.B. an das imposante Mahnmal auf dem Hügel "Schwalbenburg" in Eriwan, der Hauptstadt der Sowjetrepublik Armenien. Es wurde 1965 zum 50. Jahrestag des türkischen Völkermords an 1,5-2 Millionen Armenier errichtet.

Trotz östlicher Kritik wurde am 6. März 1982 ... im Londoner Zentrum … ein bemerkenswertes Denkmal enthüllt. Es soll an über 2 Millionen Russen und andere Osteuropäer erinnern, die nach dem Krieg gegen ihren Willen von den Westmächten ausgeliefert wurden und zu einem großen Teil im Osten umkamen. ...

Zu den Gedenkstätten von Hiroshima und Nagasaki pilgert die Welt, und im Ostblock existiert eine so große Zahl von historischen Gedächtnisstützen zum Thema NS-Besatzung, daß ihre Auflistung hier zu weit führen würde. ...

Die Erinnerung an beinahe drei Millionen Vertreibungsopfer dagegen wurde im kommunistischen Machtbereich mit großer Gründlichkeit ausgelöscht; für sie dürfte im Osten keine einzige Gedenkstätte existieren. ...

Die ehemaligen Konzentrationslager in Deutschland erinnern heute durchwegs als würdige Gedenkstätten und Museen an den Leidensweg der Antifaschisten, Juden, Zigeuner, Zeugen Jehovas, Homosexuellen und anderen Naziopfer.

Am vollkommensten ist die Aufarbeitung der Vergangenheit naturgemäß in Israel. Außer regelmäßigen staatlichen Gedenktagen mit öffentlicher Schweigeminute und Unterrichtsschwerpunkten in den Schulen ist vor allem an Yad Vashem zu erinnern, die gewaltige Forschungs- und Gedenkstätte auf dem Herzl-Berg in Jerusalem.

Während sogar Chruschtschow die Errichtung eines großen Denkmals für die Opfer des Stalinismus plante, sucht man bei uns vergeblich nach einer adäquaten Gedenkstätte für die Opfer der Vertreibungsverbrechen "als Warnung vor Gleichgültigkeit". ... Der Hundefriedhof von Cobham bei London, ein Produkt englischer Tierliebe und liebenswerten Spleens, ist ungleich größer und eindrucksvoller als das größte und eindrucksvollste Denkmal für die Millionen Vertreibungsopfer. ...<<

Der deutsche Moraltheologe Johannes Bökmann (1926-1998) berichtete im Mai 1988 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 5 - 1988 (x853/...): >>**Kardinal Hlond und die Tragödie der ostdeutschen Diözesen**

Zwischen Staatsräson und Evangelium

Dieses in vielfacher Hinsicht außerordentlich bedeutsame Buch *(Verlag Josef Knecht, Frankfurt/M. 1988)* des Moraltheologen Prof. Franz Scholz (79), Priester der Erzdiözese Breslau, habe ich mit hoher Spannung und seltener Anteilnahme in drei bis vier Nächten gelesen. Die

Wirkung war wie eine Befreiung aus dem Bann eines bedrückenden Nichtwissens, eines quälenden Nichtverstehens, dem unbefriedigten Verlangen nach Wahrheit und Rechtlichkeit.
Ohne Zögern nenne ich diese mit großer sachlicher Kenntnis, persönlich-christlichem Engagement und ethischem Ernst geschriebene Arbeit eine höchst dringliche Tabu-Auflösung. Nämlich die unter dem Schleier von Geheimhaltung, Entstellung und Verharmlosung der Wirklichkeiten bisher erschwerte Erhellung der "Tatsachen, Hintergründe, Anfragen" im Zusammenhang mit der Vertreibung von 10 bis 12 Millionen Deutschen aus ihrer ostdeutschen Heimat - im Hinblick auf die umstrittenen kirchenpolitischen Aktivitäten des damaligen polnischen Primas Kardinal Hlond.
1. Zunächst einige Informationen über dies Buch und seinen Verfasser. Franz Scholz ist schon bekannt geworden durch sein in bisher drei Auflagen erschienenes Buch "Wächter, wie tief ist die Nacht? Görlitzer Tagebuch 1946", Eltville 1986. Der damalige Görlitzer Pfarrer schildert die erschütternden Vorkommnisse jener Zeit mit der Dichte des Betroffenen.
Seine Kenntnis der polnischen Sprache, Verhältnisse, Mentalität, Geschichte, seine auch freundschaftlichen Beziehungen zu nicht wenigen Polen, seine priesterlichen Erfahrungen, seine Zeitzeugenschaft in den entscheidenden Monaten 1945 gaben seltene Voraussetzungen, um mit besonderer Kompetenz die extraordinären Vorgänge zu erhellen. Eigene Forschungen, genaue Literatur- und Quellenkenntnisse (auch der polnischen) kommen hinzu.
Die 165 Textseiten bieten deshalb komprimiert dramatische Geschichte und – darin sehe ich den besonderen Vorzug - ethisch-christliche Reflexion darüber. Mit welcher Sorgfalt gearbeitet und belegt wird, zeigen die 282 Anmerkungen (auf die Kapitel in 31 Seiten verteilt), die z.T. erstmalig publizierte Informationen enthalten.
Auf neun Seiten findet sich ein Quellen- und Literaturverzeichnis. Hinzu kommt eine Zeittafel "Leben und Wirken des Kardinal Hlond" sowie ein Namensregister. Der durch sieben Exkurse (z.B. Die polnischen Ostgebiete; Der Mißbrauch von Predigt und Gottesdienst für nationalistische Ausschreitungen; Warum wurde das Tischtuch radikal zerschnitten?) durchsetzte Text ist in fünf Abschnitte gegliedert.
Unter I: "Die militärisch-politischen Voraussetzungen für die Polonisierung der ostdeutschen katholischen Kirche durch Kardinal Hlond". II: "Die kirchliche Amtsgewalt in Ostdeutschland kommt in polnische Hände." Für uns am eindringlichsten - erscheinen die Abschnitte III: "Die Vollmachten des polnischen Primas" und IV: "Reaktionen auf das Vorgehen Kardinal Hlonds". Die ethische Durchleuchtung dieser Tragödie, von der polnischen Kirche als Sieg und Wiedergewinnung angeblich urpolnischen Landes umjubelt, geschieht dann im Abschnitt V: "Die Frage nach Unrecht und Schuld beim Rückschlag 1945."
2. Zum erstenmal finden sich die soviel genannten "schicksalhaften Vollmachten für Kardinal Hlond", auf die dieser sich - als angeblichen Willen des HI. Vaters – gegenüber den rechtmäßigen deutschen kirchlichen Amtsinhabern berief, in diesem Buch in deutscher Sprache publiziert.
Sie datieren vom 8.7.1945 als Brief von Monsignore Domenico Tardini von der Kongregation für die außerordentlichen kirchlichen Angelegenheiten. Wie überaus bezeichnend, daß dies Dokument, bislang nie formell und wörtlich veröffentlicht, gerade von denen so lange unpubliziert blieb, die sich unablässig zur Legitimierung ihres fragwürdigen Vorgehens darauf beriefen! Scholz hat es mit Hilfe polnischer Freunde im italienischen Urtext in die Hand bekommen. Prof. Puza (Tübingen) hat es ins Deutsche übersetzt.
Was geben nun diese Vollmachten her? Keinesfalls das von Kardinal Hlond behauptete Recht, "die kanonisch bestehende Territorialorganisation eines Landes zu unterminieren." Die Vollmachten, deutlich von den vom Kardinal erbetenen unterschieden, bezogen sich 'in tutto il territorio polacco'. "Am 8. Juli 1945, als das Reskript ausgefertigt worden ist, kann damit nur Altpolen ohne Einbeziehung des Oder-Neiße-Gebietes gemeint gewesen sein." (S. 99)

"Obwohl die Verdrängung der deutschen Ordinarien wie die Einsetzung diözesanfremder Priester als ‚Apostolische' Administratoren gegen den Willen des Papstes erfolgt sind, sehen Dr. Kominek und die polnische Hierarchie keine Probleme. Die Ursprungslinie für die neue polnische Wirklichkeit klingt an: ‚Apostolische' Administratoren, Kardinal Hlond, der Papst und dahinter Gott selbst, der die 'uralten polnischen Gebiete' durch seinen Stellvertreter wieder an Polen zurückgebracht hat." (S. 103)

3. Es mag als das besonders Aufklärende dieses im tiefen Sinne packenden Buches gelten, daß der hier berührte "polnische Messianismus", ein heißes Eisen, in seiner Vorgeschichte, Eigenart und Wirkung dargestellt wird. Dabei ist der leitende ethische Gesichtspunkt der allein weiterführende.

"Diese Ursprungslinie schneidet schnell alle möglichen Gewissensregungen ab: Gott hätte eben dahintergestanden und die polnische Hierarchie sei - von Rom gleichsam angestoßen - nur dem von Gott kommenden 'Ruf der Stunde' ‚gehorsam' gewesen. Dabei könne dann auch kein Unrecht geschehen sein.

In dieser Überzeugung ist das polnische Kirchenvolk belehrt worden." (S. 103) Daß auf diese Weise die Millionen Umgekommener, Vertriebener, Geschändeter, Gedemütigter einfach verdrängt und unterschlagen werden, ist eine Tragödie kirchlichen Handelns, an der die polnische Kirche wird leiden müssen, solange sie nicht zu Klarheit, Wahrheit und Einsicht in begangenes Unrecht - wie nun schon unsererseits seit Jahrzehnten und chronisch - bereit ist.

Welche Qualität könnte politische und innerkirchliche Versöhnung haben, die um den Preis der Verheimlichung, Faktenunterschlagung (man denke an die Tausende ermordeter Deutsche alleine im fürchterlichen polnischen KZ Lamsdorf und in vielen anderen), chauvinistischer Geschichtsklitterung und Amtsanmaßung zustande kam?

Das Buch von Scholz, der zum Schluß die wenigen "Pioniere" auf den echten Wegen der Versöhnung nicht verschweigt, hält der Vermischung von Religion und Staatsräson, wie sie dem polnischen Katholizismus eignet, den Anspruch natürlicher Ethik (die "Goldene Regel", Recht und seelsorgliche Zuwendung zu allen Menschen) sowie das Evangelium, das Glaubensbrüder mit Verweigerung elementarer Rechte und Verfolgung zu behandeln ausschließt, entgegen.

Auch wir sind gehalten, in demütiger Betroffenheit Verletzungen zu heilen, Nationalismus zu übersteigen, aber auch Naivität und geschichtliche Ignoranz zu überwinden, wenn nach dem Fürchterlichen der Segen des gelebten Evangeliums uns zuteil werden soll. Dies Buch könnte Katharsis bewirken.<<

Der deutsche Historiker Prof. Dr. Hellmut Diwald (1924-1993) berichtete im Juni 1989 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 6 - 1989 (x853/...): >>**Laudatio für Alfred Schickel**

Träger des Kulturpreises für Wissenschaft

gehalten am 12. Mai 1989 in Stuttgart

Geschichtsforschung ist ein interessantes, anstrengendes, mitunter sogar aufregendes oder auch amüsantes Geschäft. Selbst in unseren Tagen hängt dieser Tätigkeit noch ein wenig von dem Ruch an, daß sie am erfolgreichsten in den vom Tagesgewirr abgeschiedenen Elfenbeintürmen betrieben wird. Denn zu den auszeichnenden Tugenden des Geschichtsforschers gehört nicht zuletzt die Selbstvergessenheit, die Fähigkeit, in der Sache aufzugehen und sich um nichts anderes zu kümmern als um die Dinge, "die vergangen sind".

Das alles gilt kaum für den jüngsten Zweig am Baum der historischen Disziplinen, für die Zeitgeschichtsforschung. Wer die Zeitgeschichte erforscht, trägt seine Haut zu Markte. Urplötzlich werden von dem vermeintlich selbstvergessen arbeitenden Historiker Eigenschaften verlangt, die man eher bei den Angehörigen waghalsiger Berufe voraussetzt, etwa bei Seiltänzern, Stierkämpfern oder dem Begleitschutz für Geldtransporte.

Zeitgeschichtsforschung in korrekt wissenschaftlichem Sinn verlangt bei uns Mut, Unbeirr-

barkeit, kategorische Wahrheitsliebe und die Entschlossenheit, sich durch keine Forderungen des politisch Zutunlichen korrumpieren zu lassen.
Diese Vorbemerkungen sind unerläßlich, wenn man versucht, das wissenschaftliche Werk von Dr. Alfred Schickel angemessen zu würdigen. Dies um so mehr, als dergleichen dem am 18. Juni 1933 in Aussig an der Elbe Geborenen nicht an der Wiege gesungen wurde. Die ersten Etappen des Schulbesuchs fielen noch in die Zeit vor 1945.
Dann wurde seine Familie ins Innere der Tschechoslowakei deportiert und im Jahr darauf nach Bayern vertrieben; Alfred Schickel setzte den Schulbesuch im Jesuitenkolleg St. Blasien im Schwarzwald fort und beendete ihn 1954 mit dem Abitur. Danach studierte er sechs Jahre Geschichte und Philosophie in München, wurde 1960 Studienpräfekt am Studienseminar St. Canisius in Ingolstadt und promovierte 1966 extern bei dem international hochangesehenen Münchener Althistoriker Prof. Siegfried Lauffer mit einer Arbeit über römische Rechtsgeschichte.
1974 wurde ihm die Leitung des Katholischen Stadtbildungswerkes Ingolstadt übertragen. Dr. Schickel, der die Möglichkeit einer Habilitation mit anschließender Universitätslaufbahn bewußt ausschlug, lehrt und unterrichtet bis heute in der traditionsgesättigten, inzwischen zu einem markanten Industriezentrum ausgebauten Stadt an der Donau.
Das wissenschaftliche Werk Dr. Schickels entwickelte sich vergleichsweise ungewollt aus seiner lehrenden Aktivität, aus seinen regelmäßig veranstalteten Vortragsreihen im Katholischen Bildungswerk und den Erträgen zahlreicher Diskussionen.
Bemerkenswert ist dabei die Konsequenz, mit der sich sein Forscherinteresse zunehmend auf Probleme der Zwischenkriegszeit und die Klärung strittiger Fragen der Nachkriegszeit konzentrierte. Jedoch geradezu als spektakulär muß man bezeichnen, daß sich Dr. Schickel seinen Weg durch das dornige Feld der Zeitgeschichte nicht mit Hilfe der Scheuklappen suchte, welche die offiziöse und politisch opportune Zeitgeschichtsforschung ebenso beflissen wie kostenlos jedem frei Haus liefert, der auf diesem Gebiet tätig wird.
Dadurch aber richtete Dr. Schickel in unseren Tagen so etwas wie ein Mahnmal für jene Art von Geschichtsforschung auf, die dereinst, im neunzehnten Jahrhundert, die Grundlagen der modernen Historiographie legte und deren Arbeit *unter dem Imperativ* stand: *"Wahrheit, nichts als die Wahrheit!"*
In Hunderten von Vorträgen, Aufsätzen, Fernsehbeiträgen, Zeitschriften- und Zeitungsartikeln, vor allem aber auch in zahlreichen Buchveröffentlichungen befaßte sich Dr. Schickel mit strittigen, ja mit den strittigsten Komplexen der zeitgeschichtlichen Forschung. Unversehens erwuchs daraus die selbständige Sparte einer Disziplin, die sich vollständig frei gehalten hat von politischen Optionen.
Die erstaunlich souveräne Gelassenheit, mit der Dr. Schickel auch die delikatesten Probleme behandelte, ließen sein wissenschaftliches Werk zu einer Verkörperung des alten Prinzips werden, daß man "ruhig in der Rede, aber hart in der Sache" zu bleiben habe. Dies bestimmt auch seine persönliche Haltung bei den zahlreichen Anfeindungen, denen er ausgesetzt war, und deren Hektik sich in einem umgekehrten Verhältnis zur Sachkenntnis befand.
Dr. Schickel - Mitglied zahlreicher wissenschaftlicher Gesellschaften, u.a. der "Sudetendeutschen Akademie der Wissenschaften und Künste" - war einer der ersten Wissenschaftler der Bundesrepublik, der intensive Studien in den Archiven der USA betrieb, er war auch der erste bundesdeutsche Wissenschaftler, der von den "American Jewish Archives" in Cincinnati (den größten jüdischen Archiven außerhalb Israels) zu einem Vortrag eingeladen wurde. Seine Aktivitäten erhielten 1981 durch die Gründung der "Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt" (ZFI) eine institutionelle Form.
Die ZFI besitzt inzwischen weithin internationales Renommee und ist auf dem besten Weg, sich zu der maßgeblichen Instanz der bundesdeutschen Zeitgeschichtsforschung zu entwik-

keln. So unersetzlich auch die Unterstützung seiner zahlreichen Mitarbeiter ist: die ZFI steht und fällt mit Dr. Schickel - mit seinem stupenden Wissen, seiner Arbeitskraft, seiner organisatorischen Begabung, und schließlich seiner Fähigkeit, die Ergebnisse seines Engagements zu publizieren.
Eigens muß aber auch etwas Privates erwähnt werden. Dr. Alfred Schickel ist seit 20 Jahren verheiratet, die Familie hat drei Kinder (die 16jährige Annemarie ist ein Junggenie des Geigenspiels, schon mehrfach mit höchsten Preisen geehrt, eine der größten Hoffnungen unseres Musiklebens):
Ohne die entsagungsvolle Unterstützung durch seine Frau Maria hätte Dr. Schickel nicht ein Bruchteil dessen leisten können, was bis heute vorliegt, und wären ihm nicht bereits zahlreiche Preise zuteil geworden. Als jüngster kommt nunmehr der "Kulturpreis für Wissenschaft" hinzu, mit dem nicht nur das wissenschaftliche Werk eines bedeutenden Landsmannes, sondern auch eines Forschers von internationalem Rang ausgezeichnet wird. …<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtete im Juli 1989 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 7 - 1989 (x853/...): >>**Schmährede auf Dr. Schickel** (*Vorgetragen in Ingolstadt am 28. April 1989 als Einleitung der Frühjahrstagung der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt*)
Liebe Freunde der Geschichtswissenschaft,
nachdem unser verehrter Dr. Schickel vor zwei Wochen das Bundesverdienstkreuz erhalten hat, müßte ich an dieser Stelle eigentlich die traditionelle Laudatio, die Lobrede halten.
Aus gegebenem Anlaß aber habe ich es für passender befunden, eine Schmährede zu halten und die zahlreichen Laster des Geehrten endlich einmal schonungslos zu brandmarken.
Das kleinste seiner Laster ist noch die *ungesunde Lebensweise.* Statt es wie andere machen, über den Weltkrieg fünf Bücher zu lesen und dann ein sechstes zu schreiben, durchstöbert er Tausende von Originalakten und Dokumenten. Ich warne Herrn Schickel: Das viele Lesen ist nicht gut für die Augen! Und dann noch der Aktenstaub in den Archiven, der ist ganz schlecht für die Lunge! Sie müssen nämlich wissen, daß Dr. Schickel einer der wenigen deutschen Historiker ist, der sich z.B. an die riesigen Aktenbestände des Nationalarchivs in Washington heranwagt.
Der Geehrte wird sich sicher erinnern, was ihm bei seinem vorletzten Besuch in den USA der Direktor des National Archives sagte: *Von der bundesdeutschen Historikerprominenz läßt sich hier kaum einer blicken.* Und weil eben so wenige die Originalakten lesen, liegt darauf so viel Staub. Und je mehr Staub, desto größer die Gefahr für die Lunge. Daher mein wohlgemeinter Rat für Dr. Schickel:
Schonen Sie Augen und Lungen. Der Mai steht vor der Tür. Genießen Sie die Frühlingssonne bei einem geruhsamen Spaziergang, gehen Sie ins Fitneß-Studio, wenn's regnet, aber lassen Sie diese vollkommen sinnlosen Quellenstudien! Es geht auch ganz gut ohne sie, wie zahlreiche Bestseller beweisen.
Als nächstes Laster unseres Laureaten wäre seine *Verschwendungssucht* zu nennen. Statt seine Hypotheken abzuzahlen, wie es sich für einen ordentlichen Familienvater gehört, vergeudet er sein Geld für Reisen in Europa und Amerika, interviewt Zeitzeugen und kauft ganze Berge von Dokumenten auf Mikrofilm. Oh, welche Verschwendung!
Betrachten Sie doch beispielsweise die Autoren historischer Dokumentationen im Fernsehen. Ich denke da momentan an einen gewissen *Ralf Giordano,* weil ich sein Buch "Die zweite Schuld" vor einiger Zeit gelesen habe. Sein Literaturverzeichnis umfaßt fünf oder sechs Autoren. Aber beim Lesen kamen mir Zweifel, ob der Verfasser auch nur diese wenigen Bücher gelesen hat, so viele historische Fehler enthält sein opus magnum.
Diese Ungereimtheiten waren natürlich kein Hinderungsgrund für begeisterte Rezensionen im Spiegel, Stern, Zeit und im öffentlichrechtlichen Fernsehen. - Apropos Fernsehen, dieser Herr

Giordano hat uns bisher schon über 100 TV-Dokumentationen geschenkt. Während Herr Schickel für einen Vortrag beim Katholischen Bildungswerk vielleicht 150 Mark bekommt, kassiert Herr Giordano für seine letzte Produktion "Die Bertinis" nach meiner Schätzung mindestens 150.000,- DM.
Daher mein zweiter Rat für Dr. Schickel: Vergessen Sie schnellstens die Wissenschaft und Ihren Objektivitätsfimmel, entscheiden Sie sich fürs Fernsehen und für die richtige Ideologie, und bei unserer nächsten Tagung werden Sie eine goldene Rolex-Uhr vor sich liegen haben und nicht diese japanische Uhr mit dem billigen Stahlarmband, die ich hier auf Ihrem Tisch sehe.
Damit sind wir schon fast beim dritten Kritikpunkt: Dr. Schickel hat die *falschen Freunde* und Verwandten. Er leitet das Katholische Bildungswerk in Ingolstadt; was ist das schon? Er hat einen Bischof in der Verwandtschaft. Na und? Mit dem eben zitierten Fernsehautor wird er so nicht mithalten können.
Herr Giordano ist zwar zur Zeit parteilos, aber er war jahrelang KP-Mitglied, er saß wegen einschlägigen Gewalttätigkeiten im Gefängnis, und das macht eben einen Autor interessant, das gibt seinen Freunden und Lobrednern das pikante Gefühl der Liberalität und Toleranz; denn wer will schon ein primitiver Antikommunist, ein hirnloser Kalter Krieger sein?
Gleiches gilt natürlich auch auf anderen Gebieten. Als einen von vielen anderen nenne ich nur den *Wiener Bildhauer und Alt-Kommunisten Hrdlitschka*, der an Donau und Rhein die Millionenaufträge der linksregierten Kommunen einsammelt. Wie könnte er sich im Geschäft halten, wenn er nicht ab und zu - wie erst vor wenigen Monaten in einer österreichischen KP-Zeitung - Stalin als eine "nicht unnotwendige Erscheinung" bezeichnen würde?
Wenn unser Dr. Schickel also nicht mit politischer Blindheit geschlagen ist, wird er schnellstens Mitglied bei einer dezenten kleinen K-Gruppe werden - nicht unbedingt bei der DKP, das ist gar nicht nötig -, und er wird sich an einigen militanten Aktionen beteiligen, sagen wir an Kasernenblockaden. Aber bitte wohldosiert, nicht zu viel und nicht zu wenig.
Wenn er dabei das nötige Feingefühl an den Tag legt, ein bißchen über Kollektivschuld meditiert und ein bißchen vor den aggressiven Absichten der NATO und der bevorstehenden Machtergreifung der Faschisten warnt, wird sein Name bald in den progressiven Medien respektvoll genannt werden, und alle, alle werden sie ihn bewundern; die einen mit dem Auguren-Lächeln der Eingeweihten, die anderen mit dem offenen Mund bürgerlicher Einfalt. Also, lieber Herr Doktor, worauf warten Sie noch?
Bliebe noch als letzter Vorwurf Dr. Schickels krasse *Unwissenheit.* Dieser Mensch kennt zwar unglaublich viele historische Einzelheiten, aber die wichtigsten Dinge übersieht er. Er lebt z.B. in dem Kinderglauben, daß man hierzulande so einfach vor sich hin forschen und eine nachweisbare Tatsache überall frei aussprechen darf. Wie naiv diese Wissenschaftler doch sind! ...
Sie werden wahrscheinlich einwenden, daß wir doch im 20. Jahrhundert leben und obendrein eine Demokratie haben. Man wird Sie schnell eines besseren belehren. Versuchen Sie, verehrter Dr. Schickel, z.B. den Vortrag, den Sie uns gleich anschließend halten wollen, an einer Universität zu halten, meinetwegen in Berlin. Es werden vermutlich dann die gleichen freundlichen Herren erscheinen, die schon letzte Woche dort regelrechte Pogrome veranstaltet haben. Man wird Ihnen (ich zitiere den Berliner Polizeibericht vom vergangenen Freitag) Messer und Brandsätze, Schlagstöcke und Fahrradketten oder nagelbesetzte Baseball-Schläger zeigen. Ich wette jede Summe, Sie werden der Überzeugungskraft dieser Argumente nicht widerstehen können ...
Bei *Prof. Hillgruber* hat Rudolf Augstein überlegt, ob dessen Schriften nicht Grund genug seien, ihn als Hochschullehrer zu feuern, und im Fall des *Prof. Nolte* mußte der Ketzer zwar nicht persönlich brennen, wohl aber sein Auto.

- Nehmen wir an, die Morde von Katyn wären bis heute ungeklärt, und Dr. Schickel wäre der erste Historiker, der herausfände, daß Stalin und nicht Hitler hinter den Verbrechen steckte. Was würde wohl passieren!?
Vermutlich würde zuerst der Spiegel den "Skandal" anprangern. Eine Woche später wird sich der WDR im Ersten Fernsehen mit den faschistischen Umtrieben in Ingolstadt beschäftigen, und wieder eine Woche später werden die bewußten freundlichen Herren mit ihren Schlagstöcken und Brandsätzen zu einem Höflichkeitsbesuch vorbeikommen.
Und nach fünf Jahren, wenn nicht Gorbatschow inzwischen gestürzt und unser Forscher am Herzinfarkt gestorben ist, wird ihm eine historische Zeitschrift aus Moskau auf den Tisch flattern mit einer Meldung, daß überraschend neue Dokumente über Katyn aufgetaucht seien ... na ja, den Rest der Geschichte können Sie sich selbst zusammenreimen. Wie schrieb doch der Freiheitsdichter Ludwig Börne: 0 närrische Leute, o komische Welt!
Dabei mein letzter Rat für Dr. Schickel: Nehmen Sie die Welt so, wie sie nun einmal ist, seien Sie flexibel, schreiben Sie, was die Mächtigen hören wollen ... Schreiben Sie, was schon 100 andere vor Ihnen geschrieben haben, *schreiben Sie ideologische Erbauungsliteratur,* und bei Ihren Talenten sind Sie ein gemachter Mann!
Starrsinnig, wie ich Dr. Schickel kenne, wird er sich als unbelehrbar erweisen und blind an seinem Glück vorbeigehen. Vielleicht denkt er an einen Satz aus der Bergpredigt: "Wehe, wenn alle Menschen gut von euch reden; denn ebenso taten ihre Väter den falschen Propheten" (Lukas 6, 26). Und vielleicht hat er damit sogar recht.<<
Der deutsche Historiker Alfred Schickel berichtete im August 1989 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 8 – 1989 über "das Deutsche Reich und seine völkerrechtlichen Grenzen" (x853/...): >>... **Klarstellungen zu einem aktuellen Streit**
Seit der CSU-Vorsitzende Theo Waigel auf dem Schlesiertreffen von der offenen deutschen Frage sprach, zu welcher auch das endgültige Schicksal der Ostgebiete des Deutschen Reiches gehöre, ist hierzulande ein erbitterter Streit entbrannt.
Politische Gegner und aufgebrachte Kommentatoren werfen Waigel im Verein mit der kommunistischen Warschauer Regierung "revanchistische Gesinnung" und Anpassung an die "Republikaner" vor und forderten Bundeskanzler Kohl zu einer klärenden Stellungnahme auf. Dieser kam im Rahmen seiner Möglichkeiten dieser Aufforderung nach und warnte vor einer unersprießlichen Grenzdiskussion.
Mehr konnte Helmut Kohl auch nicht tun. Denn als Verfassungsorgan ist der Bundeskanzler an die Aussagen des Bundesverfassungsgerichts gebunden. Und dieses hat in insgesamt 6 Urteilen vom 23. Oktober 1952 … bis zum 31. Juli 1973 den Fortbestand des Deutschen Reiches über den Zeitpunkt der bedingungslosen Kapitulation der Deutschen Wehrmacht hinaus festgestellt. Dabei ging es in Anlehnung an den Grundgesetz-Artikel 116 von "dem Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937" aus. Zu diesem "Gebiete" gehörten im Osten Schlesien und Pommern ebenso wie Ost- und Westpreußen und sind daher nach der Aussage des Bundesverfassungsgerichts Bestandteile des Deutschen Reiches.
- Da nach der eigenmächtigen Inbesitznahme dieser Gebiete durch die Sowjets und die Polen im Jahre 1945 die tatsächliche Hoheitsgewalt dort seit Jahrzehnten aber nicht mehr vom Deutschen Reich wahrgenommen werden kann, andererseits jedoch auch noch kein rechtsverbindlicher Friedensvertrag abgeschlossen worden ist, befindet sich die endgültige Zugehörigkeit der deutschen Ostgebiete in der Tat noch in der Schwebe und gehört mithin zur offenen deutschen Frage.
Bundesfinanzminister Waigel bewegte sich daher mit seiner Aussage auf dem Schlesiertreffen völlig im Rahmen des Völkerrechts und der höchstrichterlichen Feststellungen des Bundesverfassungsgerichts. Jede Kritik an den Ausführungen des CSU-Vorsitzenden ist mithin auch ein Widerspruch gegen Völkerrecht und innerstaatliche Rechtspraxis, was in einem Rechtsstaat

wie der Bundesrepublik nicht unproblematisch ist. Noch bedenklicher erscheinen die Einwürfe gegen die Waigel-Rede vor dem Hintergrund der geschichtlichen Fakten.
Da ist nämlich Tatsache, daß die Sieger des Zweiten Weltkriegs in ihren grundlegenden Aussagen über Deutschland vom Deutschen Reich des Jahres 1937 ausgegangen sind. Das belegen die Dreimächtevereinbarungen zwischen USA, UdSSR und Großbritannien vom August und September 1944 ebenso wie eine von ihnen am 12. September 1944 abgezeichnete Deutschlandkarte "Germany …
Auf dieser Karte erstreckt sich Deutschland von Aurich bis Oppeln und von Freiburg bis zur Memel, umfaßt also eindeutig die deutschen Ostgebiete. Daran ändert sich auch nach der deutschen Kapitulation nichts, wie die Viermächte-Erklärung vom 5. Juni 1945 ausweist. Darin verkündeten England, Frankreich, die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion, daß "Deutschland innerhalb seiner Grenzen, wie sie am 31. Dezember 1937 bestanden, für Besatzungszwecke in vier Zonen aufgeteilt wird".
Illustriert wird dieses Deutschland-Bild von einer Karte, welche die amerikanische Besatzungszeitung für Bayern, "Münchener Nachrichten", am 28. Juli 1945 veröffentlichte. Als "Karte der endgültigen Zonen" stellt sie das Deutsche Reich in den Grenzen von 1937 vor und weist der "Russen-Zone" neben der heutigen DDR auch Pommern und Schlesien zu. Aus Platzgründen fehlt die Einzeichnung Ostpreußens.
So blieb die Deutschland-Definition als das Gebiet in den Grenzen von 1937 auch in den Nachkriegsjahren gültig - zumindest für die drei Westmächte. Diese bewirkten dann, daß der Parlamentarische Rat gleichfalls von einem solchen Deutschland ausging und den Grundgesetz-Artikel 116 entsprechend formulierte. Dieser Grenzbeschreibung folgte wiederum das Bundesverfassungsgericht in seinen erwähnten Urteilen über die Gültigkeit des Reichskonkordates von 1933 und die Verfassungsmäßigkeit des Grundlagenvertrages von 1972.
Die im Moskauer Vertrag vom August 1970 und im Warschauer Vertrag vom Dezember 1970 beschriebenen Grenzverläufe mit der namentlichen Erwähnung der Oder-Neiße-Linie als der polnischen Westgrenze und der innerdeutschen Grenze als Staatsgrenze beanspruchen nach dem Verständnis des Grundgesetzes keine Endgültigkeit, da sie nicht Bestandteil eines Friedensvertrags oder einer friedensvertragsähnlichen Regelung sind.
In diesem Falle hätten die beiden Ostverträge mit Zweidrittel-Mehrheit gebilligt werden müssen. Sie haben aber bekanntlich nur eine relative Mehrheit im Deutschen Bundestag bekommen und diese auch nur nach Annahme einer von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion durchgesetzten gemeinsamen Resolution des Deutschen Bundestages. ...<<
Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" berichtete am 2. Oktober 1989 über das Buch "Der geplante Tod" des kanadischen Journalisten James Bacque: >>**Eine lange Nacht der Lügen**
Nach Kriegsende mußten Hunderttausende deutscher Gefangener in US-Lagern sterben
Bestseller in Kanada, aufsehenerregende Neuerscheinung in der Bundesrepublik: In dem Buch "Der geplante Tod" behauptet ein kanadischer Autor, die USA hätten nach Kriegsende Hunderttausenden von deutschen Gefangenen bewußt Hilfe verweigert und damit deren Tod in Kauf genommen. Historiker reagieren skeptisch.
Stundenlang stand er am Zaun des Lagers. Dort draußen lag sein Dorf fast zum Greifen nah, für ihn war es unerreichbar. Eines Morgens wurde der 17jährige Bursche tot am Fuße des Zaunes gefunden - offenbar erschossen beim Versuch, heim zur Mutter zu flüchten. Ein US-Projektil hatte ihm eine Gesichtshälfte weggeschmettert.
Seine deutschen Mitgefangenen mußten am toten Körper vorbeimarschieren. "Mörder, Mörder!" schleuderten sie dem amerikanischen Kommandanten entgegen - was böse Folgen hatte: Drei Tage lang kappte der Offizier die ohnehin schmale Essensration, etliche Menschen starben vor Hunger.

In Rheinberg am Niederrhein lagerten Häftlinge "ohne Obdach tagein, tagaus", berichtete ein Augenzeuge. Das Bild war zum Erbarmen: "Amputierte schlitterten wie Amphibien durch den Matsch, durchnäßt und fröstelnd." Viele überlebten die Tortur nicht.
Um sich gegen die Kälte zu schützen, schmiegten Männer sich in lange Erdlöcher, die sie mit bloßen Händen gegraben hatten - Bauch an Rücken, Knie an Kniekehle. Manche tranken den eigenen Urin, weil es nichts gab, andere "leckten den Boden in der Hoffnung, ein bißchen Feuchtigkeit zu bekommen". Sie wurden krank - und krepierten.
Hitlers Krieg war längst zu Ende, aber nicht für alle.
"Nie", notierte ein 50jähriger Feldwebel in sein Tagebuch aus grobem Verpackungspapier, habe er "den Siegern eine solche barbarische Art der Kriegsgefangenen-Behandlung zugetraut". Wer sich über peinigenden Durst oder peitschenden Regen beschwerte, wurde obendrein ausgelacht: "Du hast keine Rechte."
Fast sechs Jahre nach dem Überfall auf Polen, der mit 1,5 Millionen Soldaten begonnen hatte, verharrten rund 10 Millionen Deutsche in Kriegsgefangenschaft - weltweit verteilt auf mehr als 20 Staaten. Allein in amerikanischem Gewahrsam befanden sich 3,1 Millionen Menschen.
Diese Daten sind historisch einigermaßen gesichert, und bislang galten die Amerikaner den meisten Deutschen seit damals als Erlöser. Ein Buch des kanadischen Lektors und Journalisten James Bacque, 60, könnte diese Einschätzung ins Wanken bringen.
In dem amerikanischen "Bestseller", so das US-Nachrichtenmagazin Time, der diesen Monat in deutscher Sprache erscheint, behauptet Bacque aufgrund neuer Archivfunde, die US-Führung habe 1945 in deutschen Camps "furchtbare Verbrechen gegen die Menschlichkeit" begangen:
- Gefangene bekamen bewußt so wenig zu essen, daß sie sterben mußten, "obschon genügend Lebensmittel" zur Verfügung standen;
- die hygienischen und sanitären Bedingungen waren miserabel und führten schnell zu tödlichen Krankheiten;
- Hilfsorganisationen wie dem Roten Kreuz blieb der Zutritt verwehrt, eine internationale Kontrolle fehlte.
Der Autor schätzt, daß in amerikanischen und französischen Lagern, in die Washington Deutsche überstellen ließ, die Zahl der Toten "wahrscheinlich bei mehr als einer Million liegt"; die Behandlung der Verlierer in anderen verbündeten Ländern des Westens wie England und Kanada sei hingegen durchaus human gewesen.
Eine konkrete Ziffer, räumt Bacque ein, werde "immer umstritten sein", weil Akten "vernichtet, geändert oder als geheim unter Verschluß gehalten worden" seien - "bis auf den heutigen Tag". Die Geschichtsschreibung ist bisher, offiziellen amerikanischen Quellen folgend, von lediglich einigen zehntausend Opfern ausgegangen, der Vorwurf systematisch herbeigeführter Hungersnöte ist neu. Bacque will deshalb "nach einer langen Nacht der Lügen" diese "amerikanische Tragödie" aufrollen. …
"Ein Jammer, daß wir nicht mehr umgebracht haben", notierte General Eisenhower ins Postskriptum eines Briefes an General Marshall. Eisenhower "haßte" die Deutschen, wie er seiner Frau … schrieb. Bei einem Besuch des britischen Botschafters forderte er, alle Offiziere des deutschen Generalstabes sollten "ausgerottet" werden, auch alle Führer der Nazi-Partei vom Bürgermeister an aufwärts sowie alle Angehörigen der Gestapo.
Je weiter seine Truppen ins Innere des Hitler-Reiches eindrangen, desto schroffer wurde Eisenhowers Haltung den Deutschen gegenüber. Bei ihrem Vormarsch über den Rhein hinweg machten die US-Soldaten schaurige Entdeckungen, als sie, so der Passauer Zeitgeschichtler Winfried Becker, "auf die Spuren der letzten Morde der Gestapo und der SS" stießen.
Wo sie es konnten, ließen sie die Leichen exhumieren und neu bestatten - meist wurden die örtlichen Parteigenossen zu diesen Arbeiten herangezogen. Bald schämte sich Eisenhower,

daß er "einen deutschen Namen" trug.
"Die Deutschen", sagt der Passauer Becker, hätten folgerichtig "kaum erwarten" können, daß die Entdeckung der "zuletzt begangenen Scheußlichkeiten und die Greuel der Konzentrationslager ohne Rückwirkung auf das Verhalten der Alliierten ihnen gegenüber" blieben.
Und so kam es auch. Am 10. März 1945, gerade war mit Köln einer der wichtigsten Brückenköpfe genommen, regte Eisenhower … schriftlich die "Schaffung einer neuen Klasse von Gefangenen" an. Immer noch galt Artikel 7 der Anlage zur Haager Landkriegsordnung, wonach Kriegsgefangene "in Beziehung auf Nahrung, Unterkunft und Kleidung auf demselben Fuße zu behandeln" seien wie die siegreichen Truppen; eine ähnliche Verordnung enthält auch die Genfer Konvention von 1929.
Eisenhower störte das nicht. Ihm erschien es angesichts der Versorgungsnotlage im Lande "nicht wünschenswert", deutschen "Streitkräften Rationen zuzuteilen, die weit über das für die Zivilbevölkerung verfügbare Maß" hinausreichten; die andere Kategorie Kriegsgefangener wurde entwaffnete Feindkräfte genannt.
Es handelte sich um Soldaten, die - aus welchen Gründen auch immer - nicht die Menschlichkeit der völkerrechtlichen Vereinbarungen erfahren sollten oder durften …
Die Briten in der CCS lehnten Eisenhowers Vorschlag ab, der wählte daraufhin den Alleingang. Vor der Öffentlichkeit verbarg Eisenhower sein Vorhaben: Auf einer Pressekonferenz in Paris erklärte er, die "gesamte Geschichte der Vereinigten Staaten" bestehe "auch darin, einem besiegten Feind gegenüber großmütig zu sein: Wir beachten alle Gesetze der Genfer Konvention".
Als im April und im Mai vor allem am Rhein entlang für Hunderttausende deutscher Soldaten Camps eingerichtet wurden, schaltete sich Eisenhower persönlich ein. Er ordnete an, die Gefangenen dürften weder "Obdach noch irgendeinen anderen Komfort" haben - was er nicht ironisch meinte.
Die Camps, ob in Remagen oder Sinzig, Rheinberg oder Andernach, waren lediglich mit Stacheldraht umzäunte Weiden und Wiesen, feste Unterkünfte gab es nicht. Ursprünglich sollte jeder Gefangene 16 Quadratmeter Platz haben, meist blieben nur 2 oder 3.
Manche Männer standen tage- und nächtelang apathisch in ihren Erdlöchern, unfähig, "um sich krank zu melden noch um zu essen", wie ein US-Leutnant notierte - sofern es überhaupt etwas zu beißen oder zu trinken gab.
Autor Bacque hegt den Verdacht, die Amerikaner hätten "alles für die Gefangenen Notwendige absichtlich in Mangel gehalten"; darunter mußten vor allem jene Soldaten leiden, denen das Eisenhower-Verdikt den gängigen Kriegsgefangenen-Status einfach wegbefahl - allein zwischen dem 2. Juni und dem 28. Juli 1945 wurden fast 600.000 Soldaten in den tödlichen Status "entwaffnete Feindkräfte" überführt".
Eisenhowers Truppe hingegen lebte im Überfluß. "Wir hatten Lebensmittel reichlich", bemerkte ein hoher Offizier, "unser Problem bestand darin, alles zu kochen." In den Akten der Quartiermeisterei fand Bacque die Bestätigung für den "gewaltigen Lebensmittelüberschuß" - in den Monaten April bis Juli besaß die Army einen ungenutzten Vorrat, der für 400 Tage gereicht hätte.
Auch Hilfe von außen wurde verwehrt. Das Rote Kreuz lagerte 13 Millionen Lebensmittelpakete, jedes einzelne hätte einen Menschen zwei Wochen lang mit täglich 1.000 Kalorien versorgen können. Das Oberkommando wußte, ausweislich eines Protokolls, spätestens seit dem 13. Juni 1945 von den riesigen Vorräten - sie blieben eingebunkert.
Statt dessen nahm es in Kauf, daß ihm die Gefangenen … zu Tausenden umkamen. Nach internen Statistiken und Berichten starben bis zu 15 Prozent "eindeutig an Unterernährung und Flüssigkeitsmangel sowie an Erschöpfung". Die anderen erlagen "Krankheiten", schreibt Bacque, "die durch die elenden und schutzlos allen Witterungseinflüssen ausgesetzten Lebensbe-

dingungen verursacht und zweifellos durch Aushungerung verschärft" worden seien.
Von Mai bis Mitte Juni registrierten Ärzte und "4.000-Kalorien-Offiziere" entlang des Rheins eine Sterblichkeitsrate, die 80mal höher lag als normal, eine Zahl, die es "seit dem Mittelalter" nicht gegeben habe. Bacque: "Die medizinische Terminologie selbst reicht nicht mehr ganz aus angesichts dieser Katastrophe."
Seinen Berechnungen zufolge kamen in den amerikanischen Lagern 793.239 Gefangene zu Tode, in französischen rund 167.000. "Sonstige Verluste", hießen sie in der nüchternen Sprache der US-Kriegsstatistiker, Paris sprach von Menschen, die "verloren aus verschiedenen Gründen" seien.
Amerikanische Wissenschaftler haben auf Bacques Buch skeptisch bis abwartend reagiert. "Kein Historiker könnte dieses Buch geschrieben haben", kritisierte der Geschichtsprofessor Gabriel Kolko aus Toronto die Bacque-Methode, Daten aus nur bruchstückhaft erhaltenen Statistiken zu Gesamtzahlen hochzurechnen.
Der Bielefelder Historiker Hans-Ulrich Wehler begrüßt gleichwohl das Erscheinen des Buches: Bacque solle "veröffentlichen, wo immer er will, und wir können über seine Quellen debattieren". Das Magazin "Time" allerdings warf letzte Woche die Frage auf, ob die deutsche Geschichtswissenschaft zu dieser Debatte genug beitragen könne: Sie habe sich seit dem Kriege "mehr auf die Verfehlungen Deutschlands konzentriert als auf die seiner jetzigen Verbündeten".
Autor Bacque spricht zu Recht von einer politischen Konzession. Den Amerikanern sei "verziehen" worden, "ohne daß sie auch nur angeklagt waren".<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 24. Oktober 1989 über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen in den nordamerikanischen und französischen Lagern: >>**Ein Kapitel, das lange verschwiegen wurde**
... Auf stacheldrahtumzäunten Rheinwiesen, die sich rasch in grundlosen Morast mit unzähligen Löchern verwandelten, erlebten Hunderttausende deutscher Kriegsgefangener das Frühjahr und den Sommer 1945. Mit den Städten Kreuznach, Remagen, Andernach oder Rheinberg verbinden zahllose ehemalige deutsche Soldaten, die nach dem Kriegsende oder kurz davor in amerikanische Gefangenschaft gerieten, die Erinnerung an die grauenvollste Zeit des ganzen Krieges. Ohne Zelte, ohne Schutz gegen den Dauerregen und nahezu ohne Nahrung und Wasser mußten sie Gras essen und ihren eigenen Urin trinken. Hunderttausende starben an Durchfall und Ruhr, an Hunger und anderen Krankheiten.
Ein kanadischer Autor, James Bacque, ist jetzt diesem von der deutschen Geschichtsforschung bisher ausgeklammerten Kapitel der Nachkriegszeit nachgegangen und errechnete bei seinen akribischen Recherchen in amerikanischen, britischen, kanadischen, französischen und deutschen Archiven eine Zahl von etwa einer Million deutscher Soldaten, die in amerikanischen und französischen Gefangenenlagern umkamen. Das Buch "Der geplante Tod" … erschien in diesem Herbst auf dem deutschen Büchermarkt.
Denn es war keineswegs das Durcheinander in der Endphase des Krieges und der "unerwartete" Zustrom von Millionen Kriegsgefangenen, der die Organisation zusammenbrechen ließ, sondern eine vom damaligen Oberbefehlshaber Eisenhower bewußt herbeigeführte Ausrottungspolitik. So jedenfalls die für die Geschichtsforschung absolut neue These des kanadischen Autors.
Das Buch landete in Kanada rasch auf den Bestsellerlisten, berichtet das US-Magazin "TIME" und löste bei den Historikern der Neuen Welt Ratlosigkeit aus, denn Kriegsverbrechen der Alliierten waren bisher noch nicht Gegenstand amerikanischer Geschichtsforschung.
Entgegen landläufiger Annahme, die auf den Erinnerungen und Rechtfertigungen der Beteiligten beruhen, stellt Bacque klar, daß in Europa selbst in der schlimmsten Zeit nach dem Kriege alles andere als Mangel an Lebensmitteln geherrscht habe, sondern sogar ein gewaltiger Über-

fluß. Sowohl die US-Armee als auch das Rote Kreuz und amerikanische Hilfsorganisationen saßen auf gefüllten Lagerhäusern. "Wir hatten Lebensmittel reichlich", bemerkt ein US-Offizier, "unser Problem bestand darin, es zu kochen." Von April bis Juli besaß die Armee einen ungenutzten Vorrat, der 400 Tage gereicht hätte. Das Rote Kreuz hatte 13 Millionen Lebensmittelpakete, die es nicht verteilen durfte.

Der Eisenhower-Biograph Stephen Ambrose räumt ein, daß das Buch eine große historische Endeckung enthalte: "Wir Amerikaner können nicht unterschlagen, daß furchtbare Dinge geschehen sind. Und sie ereigneten sich am Ende eines Krieges, den wir für Demokratie und Freiheit führten, und sie sind nicht zu entschuldigen."

Ein Oberst der US-Armee beschrieb die Lage in den amerikanischen Lagern am Rhein so: "Eng zusammengedrängt, um sich gegenseitig zu wärmen, bot sich den Blicken auf der anderen Seite des Stacheldrahts ein tief erschreckender Anblick: nahezu 100.000 ausgemergelte, apathische, schmutzige, hagere Männer mit leerem Blick, bekleidet mit schmutzigen, feldgrauen Uniformen, knöcheltief im Schlamm stehend. ... Ein Lagerinsasse von Rheinberg war über 80 Jahre, ein anderer neun Jahre alt. ... Andauernder Hunger und quälender Durst waren ihre Begleiter, und sie starben an Ruhr."

Der juristische Trick, mit dessen Hilfe es Eisenhower gelang, den Soldaten ihren Status als Kriegsgefangene zu entziehen und sie damit außerhalb des Schutzes der Genfer Konvention von 1929 zu stellen, hieß … entwaffnete Feindkräfte.

Damit war die Armee der Verpflichtung enthoben, sie gemäß den Genfer Abmachungen zu behandeln und zu ernähren. Nicht einmal das Internationale Komitee vom Roten Kreuz erhielt die Erlaubnis, den 1.800 amerikanischen und französischen Lagern, in denen ähnliche Zustände herrschten, einen Besuch abzustatten.

Am schlimmsten war, trotz des Regens, offenbar der Durst. "Einige legten sich der Länge nach hin und leckten den Boden in der Hoffnung, ein bißchen Feuchtigkeit zu bekommen", heißt es in einem Bericht den Bacque zitiert. "Ich habe Tausende sterben sehen. Sie haben die Leichen auf Lastern abtransportiert."

Bacques Berechnungen zufolge starben in den US-Lagern 793.239 Gefangene, in den französischen Lagern 167.000. Über die Behandlung in britischen und kanadischen Lagern gab es keine Beanstandungen, die Engländer hatten sich auch geweigert, Eisenhowers Überführung der Kriegsgefangenen in den Status "entwaffnete Feindkräfte" zu übernehmen.

Bacque stützt seine Behauptung, daß Eisenhower ausschließlich von Rachegefühlen geleitet war, außer auf das Verbot der Auslieferung von Rote-Kreuz-Spenden auch auf das Verbot, daß die deutsche Zivilbevölkerung den hungernden Lagerinsassen etwas zukommen lassen durfte.

Selbst Spenden von deutschen Gefangenen in den USA, die dort gut versorgt wurden, durften nicht weitergegeben werden. Für die Dauer eines Jahres war überhaupt jeder Postempfang unterbunden. Millionen Familien wußten also nicht, wo sich ihre Angehörigen befanden.

"Mindestens zehnmal so viele Deutsche starben in den französischen und amerikanischen Lagern, wie in allen Kämpfen an der Westfront vom Juni 1941 bis hin zum April 1945 gefallen sind", notierte Bacque. "Darüber stand kein Wort in der Presse", heißt es bei Bacque.

Die Zahl von einer Million Toter stammt nicht aus einer offiziellen amerikanischen Quelle. Bacque rechnet sie aus einer Vielzahl von verstreuten Quellen zusammen. …

Eine fachkritische Auseinandersetzung um Bacques Daten hat es noch nicht gegeben. Dafür ist das Buch zu kurz auf dem Markt und sein Anspruch zu hoch wie auch seine umfassende Quellensammlung zu umfangreich.

Daß sich bislang niemand um dieses dunkle Kapitel kümmerte, hängt auch damit zusammen, daß nach dem Eintritt der Bundesrepublik in die NATO niemand diesseits und jenseits des Atlantiks Interesse daran hatte, diese Kapitel aufzuschlagen.

Bacque stellt denn auch seinem Buch ein Wort Bernard Shaws aus dem "Teufelsschüler" voraus: "Die ärgste Sünde an unseren Mitmenschen ist nicht, sie zu hassen, sondern gegen sie gleichgültig zu sein; das ist die Quintessenz der Unmenschlichkeit."<<

Dr. Friedrich Zimmermann, damaliger Bundesminister des Innern, schrieb im Geleitwort der Bundesarchiv-Dokumentation "Vertreibung und Vertreibungsverbrechen 1945-48", die 1989 veröffentlicht wurde (x010/9-10): >>... Eine verantwortungsbewußte Verarbeitung des Themas Vertreibung braucht den Vorwurf nicht zu scheuen, sie könne das Verhältnis zu anderen Staaten belasten und Entspannung verhindern. Wie könnte Entspannung dauerhaft sein, wenn sie das Verschweigen oder die Verfälschung geschichtlicher Ereignisse in Kauf nimmt?

Nach meiner Überzeugung ist die Aufarbeitung des Vertreibungsgeschehens mit seinen schrecklichen Begleiterscheinungen im Interesse der geschichtlichen und politischen Bewußtseinsbildung notwendig.

Vorgänge solchen Ausmaßes dürfen nicht aus dem Bewußtsein eines Volkes verdrängt werden. Findet eine wissenschaftliche Aufarbeitung nicht statt, die sich von unbestechlicher Wahrheitsliebe leiten läßt, so entstehen verzerrte Bilder der Vergangenheit und entstellende Legenden. Damit ist niemandem gedient. ...<<

Der deutsche Theologe Prof. Dr. Georg May berichtete im Oktober 1989 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 10 - 1989 (x853/...): >>**Die Wunde gegenüber Polen**

(Bökmann) Das folgende Polen-Kapitel ist dem bedeutenden Werk von Professor Georg May entnommen:

Ludwig Kaas. Der Priester, der Politiker und der Gelehrte aus der Schule von Ulrich Stutz, Band I, S. 664-677, Verlag B. R. Grüner, Amsterdam 1981. …

1. Die knappe, ausgewogen-objektive Darstellung ist um so besser geeignet, treffend die bis zum verhängnisvollen, schändlichen Diktatvertrag von Versailles zurückreichende, dort vorprogrammierte Geschichte der mit Hilfe des deutschen Kaiserreiches und Österreich-Ungarn wiederentstandenen polnischen Staatlichkeit zu verstehen.

Versailles und seine Folgen traten die so hehr und feierlich von Präsident Wilson als Kriegsziel proklamierten Selbstbestimmungsrechte der Völker mit Füßen. Polen und die Tschechoslowakei, Begünstigte und Nutznießer solcher Zerstückelungspolitik, entwickelten – sich sofort militärisch hoch aufrüstend - daher eine Unterdrückungspraxis gegenüber den ihnen zugeschlagenen Minderheiten.

Polen verfolgte darüber hinaus von Anfang an eine Gewalt-, Kriegs- und Blutpolitik, die auf Eroberungen im imperialistischen Stil aus war. Man denke an den Krieg gegen Rußland (Vorstoß bis etwa Kiew) 1920/1921, als dies durch Revolution und Weltkriegsniederlage geschwächt war (das "Wunder an der Weichsel" wurde v.a. durch die Hilfe der Franzosen gemacht).

Man beachte die mehrfachen Kriegsdrohungen und Kriegsvorbereitungen gegen Deutschland in den Jahren 1930 bis 1933, zu einer Zeit, da Deutschland militärisch ganz schwach und unterlegen war. Die "Provozierende Arroganz" jener Politik steigerte sich in und durch Außenminister Oberst Beck.

Die geschichtliche Wahrheit gebietet, die Haltung Hitlers gegenüber Polen zu erinnern. "Trotz der am 6. März 1933 von den Polen mit dem Kriegsschiff "Wilja" in Danzig durchgeführten Provokation und obwohl ihm Sachverständige des Auswärtigen Amtes und der Reichswehr davon abrieten, entschloß sich Hitler zu einer polenfreundlichen Politik ...

Die Bemühungen Hitlers zeitigten schon im nächsten Monat den ersten, wenn auch bescheidenen Erfolg. Pilsudski berief am 30. Mai l933 Jozef Lipski zum polnischen Botschafter in Berlin ... Lipski war in Deutschland aufgewachsen und begünstigte die Politik einer polnisch-deutschen Zusammenarbeit" (aus dem außerordentlich instruktiven, sehr um Objektivität be-

mühten 2-bändigen Werk des führenden deutschen Offiziers der Abwehr Oskar Reile: Der deutsche Geheimdienst im II. Weltkrieg, Bd. I Ostfront. Die Abwehr im Kampf mit den Geheimdiensten im Osten, Weltbild Verlag Augsburg, 1989, hier S. 116 ff. "Kriegsgefahr im Jahre 1933").
2. Als Hitler am 19. Oktober 1933 aus dem Völkerbund austrat, weil man Deutschland auf der Abrüstungskonferenz in Genf die Gleichberechtigung verweigerte (die polnischen und französischen Vertreter stimmten gegen die Gleichberechtigung Deutschlands) kam es erneut zur Krise. Marschall Pilsudski plante einen Krieg gegen das Reich, solange es noch schwach war. Er bemühte sich, Frankreich für eine aktive Beteiligung zu gewinnen. "Die im Zusammenhange damit von der deutschen Abwehr in Polen durchgeführte Erkundung führte zum Ergebnis, daß die Lage sehr ernst sei und mit der Möglichkeit eines polnischen Angriffs auf Deutschland gerechnet werden müsse."(0. Reile, a.a.0., S. 117).
Hitler bemühte sich erneut um Ausgleich. Nach längerem Zögern von polnischer Seite wurde am 26. Januar 1934 ein deutsch-polnischer Nichtangriffsvertrag unterzeichnet.
Dennoch: "Die Deutsche Militärische Abwehr konnte im Sommer 1933 an Hand beschaffter Geheimdokumente melden, daß der polnische Aufmarschplan gegen Deutschland aufgestellt sei und Pilsudski seit dem Frühjahr nur auf die Zustimmung Frankreichs warte, um losschlagen zu können. Im Dezember 1933 wies die Abwehr die Berliner Ministerien ferner daraufhin, daß Polen im Begriff war, seine Beziehungen zur Sowjetunion zu festigen." (0. Reile, a.a.0., S. 118).
3. Jozef Beck spielte die entscheidende kriegstreibende, verhängnisvolle Rolle als polnischer Außenminister, insbesondere nach dem Tode von Marschall Pilsudski 1935. "Unter seiner Leitung kam es zur Entwicklung einer außenpolitischen Konzeption Polens gegenüber Deutschland, die geradezu als teuflisch bezeichnet werden muß." (Reile, S. 102). "Mehr und mehr entschied sich Beck für die Thesen des Historikers Adolf Bochenski, der eine Politik des Blutvergießens als die einzig richtige für Polen verkündete.
Ihm schwebte vor, mit Hilfe der Westmächte Europa erneut in einen großen Krieg zu stürzen. Da der Erste Weltkrieg Polen die Selbständigkeit und einen Teil der ursprünglich polnischen Gebiete gebracht habe, sei zu hoffen, daß ein zweiter großer Krieg Polen auch noch die restlichen Gebiete bescheren werde, auf die es Anspruch erheben könne." (0. Reile, S. 213).
Winston Churchill schreibt in: Der Zweite Weltkrieg (Hamburg 1949-1952), I, 5.193: "Es bleibt eine geheimnisvolle Tragödie in der europäischen Geschichte, daß ein Volk, das jede heroische Tugend besaß, dessen Individuen begabt, tapfer und liebenswert sind, wiederholt und hartnäckig Fehler in fast jedem Teil seines Staatslebens beging."
Und der Danziger Völkerbundshochkommissar Carl J. Burckhardt schrieb in einem Bericht vom 20.12.1938 über die Polen:
"Die Polen haben ein Gran Narrheit. Sie zerbrechen die Gläser um Mitternacht. Sie sind das einzige unglückliche Volk in Europa, das Sehnsucht nach dem Schlachtfeld hat. Sie sind ruhmsüchtig und kennen darin kein Maß." (Freund, Michael: Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten 1938-1939, Bd. 1, Freiburg 1954-1956, S. 394).
Über die Stimmung bei den Polen, die einer zum Krieg und zur Gewalt treibenden Hysterie gleichkam (auf deutscher Seite gab es nichts Vergleichbares, vielmehr Ernst, Besorgnis, große konzentrierte Ruhe), schrieb derselbe Burckhardt am 5.7.1939 an Roger Makius, einen britischen Völkerbundsdelegierten in Basel:
"Bei den Polen setzte sich eine gefährliche Stimmung durch. Man gab vielfach zu, oder was schlimmer ist, man erklärte sogar, daß ein allgemeiner Krieg das letzte Heil für die Republik bedeuten würde. Man begann, was besonders gefährlich ist, sich mit dem Gedanken einer unvermeidlichen Katastrophe vertraut zu machen; maßlose Aussprüche fielen, und das Ergebnis von alldem war eine Art von psychischer Vergiftung in dieser unglückseligen Stadt ..."

(Burckhardt, Carl J.: Meine Danziger Mission 1937-1939, München 1960, S. 318).
4. In seiner lesenswerten Dokumentation "Das Jahrhundert der Lüge - Von der Reichsgründung bis Potsdam 1871-1945, mit einem Vorwort von Prof. Hellmut Diwald", Arndt- Verlag Kiel 1989 (dem Buch sind die o.a. Zitate entnommen), schreibt Hugo Wellems:
"Seit der polnischen Teilmobilmachung am 23.3.1939 sowie dem Erhalt der einseitigen britischen Garantieerklärung vom 31.3.1939 war Polen gegenüber dem Deutschen Reich betreffs Regelung des Korridor- und Danzig-Problems nicht mehr wirklich verhandlungsbereit.
Der Völkerbundskommissar für Danzig, Burckhardt, schrieb: "April 1939 sind für Polen die Würfel gefallen". Bestärkt durch Großbritannien und die USA glaubten die Polen, zwischen den "Riesen" Deutschland und Sowjetunion selbständige Großmachtpolitik betreiben zu können." (S. 124)
Der Historiker Michael Freund schrieb über die Intransigenz der Polen in den entscheidenden Wochen vor dem 1.9.1939: "Ihre (die polnische) Diplomatie war wie die Angriffe ihrer Reiterei auf deutsche Panzer. Sie verweigerten jede Verhandlung mit selbstmörderischer Großspurigkeit. Sie lehnten es ab, einen deutschen Vorschlag auch nur entgegenzunehmen, als ob man nicht hätte nein sagen können, nachdem man die Vorschläge gelesen hat." (Deutsche Geschichte, München 1979, S. 1.296).
5. Kurz: die gängige Rede vom unprovozierten Überfall der Deutschen auf ein (was der Ausdruck ja impliziert) friedlich-argloses Polen entspricht nicht der geschichtlichen Wahrheit. Das Kalkül der Briten (balance of power), hinter denen - antreibend und unterstützend - die Roosevelt-Administration (aus ideologischen und Machtgründen) stand, begleitet von den Franzosen, ließ die Polen hoffen, nach einem Weltkrieg, den sie deshalb bewußt riskierten, Vorteile im Sinne neuerlichen Landgewinns kassieren zu können.
Das Ziel war keineswegs Verteidigung sondern Angriff Sieg und Eroberung zum Zwecke imperialistischer Machterweiterung. Aber diese ziemlich zynische Rechnung ging nicht auf. Als Hitler - nach Erschöpfung aller Verhandlungs- und Vermittlungsmöglichkeiten - am 1. September 1939 die Wehrmacht einmarschieren ließ und deswegen die Westfront fast völlig entblößte, hielt Frankreich (mit einer Streitmacht von 6 Millionen Soldaten) völlig still. Ein Angriff in diesen Tagen hätte das Ende des Krieges bedeutet. Aber die Franzosen wollten in Wahrheit nicht "für Danzig sterben".
Der spätere General Nikolaus von Vormann schreibt in seinen lebendig die entscheidenden Tage schildernden Erinnerungen "So begann der Zweite Weltkrieg. Zeitzeuge der Entscheidungen - Als Offizier bei Hitler 22.8.1939 - 1.10.1939", Druffel-Verlag Leoni 1988, S. 104:
"Die Lage im Westen war grotesk, ohne jeden Vorgang in der Kriegsgeschichte. Die französische Regierung hatte den Krieg erklärt und augenscheinlich verweigert das Heer, also das Volk, die Gefolgschaft. Es war noch kein scharfer Schuß gefallen ... Bei Saarbrücken zeigten die Franzosen große Spruchbänder "Von uns fällt der erste Schuß in diesem Krieg nicht".
Mit englischen Truppen bestand keine Berührung ... Französische Überläufer erklärten, daß die vordersten Postierungen nicht scharf geladen hätten und auch nicht laden dürften."
6. Über Frankreichs ziemlich unrühmliche, die Polen täuschende und im Stich lassende Taktik schreibt er: "In erstaunlichem Widerspruch zu diesem Zustand standen die französischen Heeresberichte. Sie meldeten schwere Kämpfe und ließen zwischen den Zeilen diese als Einleitung baldiger großer Operationen durchschimmern. Für dieses merkwürdige Verhalten schien mir eine einzige Erklärung möglich zu sein: Frankreich war bemüht, den Anschein zu erwekken, daß es getreulich seinen Vertragsverpflichtungen nachkam, es war aber nicht gewillt, wirklich zu kämpfen. ...
Es war durchaus zu erwarten, daß Polen voller Vertrauen auf seinen Verbündeten bis zum Verbluten kämpfte. Das entsprach durchaus polnischer Mentalität. Die Sowjets haben noch 1944 dasselbe Spiel wiederholt und in kluger Berechnung dieser geistigen Einstellung im Au-

gust den großen Aufstand in Warschau inszeniert. Sie haben ihren Vormarsch dann gestoppt und abgewartet, bis wir für sie die Nationalisten erledigt hatten." (S. 115). "Es müssen bei der polnischen Führung weitgehende Versprechungen und eine wahrheitswidrige Orientierung über die Entwicklung im Westen vorgelegen haben."
Wie die Polen also die Briten/Franzosen für ihre Großmachtträume benutzen wollten, so haben die Franzosen sie bluten lassen, bis sie als Vertragspartner verschwunden waren. Und die Engländer haben sie später bei Monte Cassino für sich und die Amerikaner verbluten lassen. Hitlers Kriegswille war wiederum Stalin willkommen, der anstrebte, als Letzter auf den Plan zu treten, um die Hauptbeute einstreichen zu können. Am Ende hatten sich alle blutreich getäuscht.
Man sollte meinen, daß die Rachesaat von Versailles und das chauvinistische Kalkül mit seinem furchtbaren Scheitern die Mitschuldigen endlich zur Besinnung brächten. Aber davon kann keine Rede sein.
7. Die haßerfüllten brutalen Vertreibungen vor und nach Ende des Krieges - Deutsche durch Polen - hat die Wunde Polen erneut blutend aufgerissen. "Im Zuge von Flucht, Vertreibung sowie Verschleppung in die Sowjetunion sind 2,8-3 Millionen Menschen teils durch Verbrechen, teils durch Hunger, Seuche und Erschöpfung zu Tode gekommen." (Heinz Nawratil: Die deutschen Nachkriegsverluste unter Vertriebenen, Gefangenen und Verschleppten, Herbig Materialien zur Zeitgeschichte, herausgegeben von der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt, Herbig Verlagsbuchhandlung München-Berlin 1986, S. 66). Der Autor schreibt S. 34 ff.:
"Der Tod bei Flucht und Vertreibung wurde billigend in Kauf genommen - rechtlich gesehen ein Fall des bedingten Vorsatzes (dolus ventualis), der dem dolus directus gleichgestellt ist. Auch bei den NS-Verbrechen haben Wissenschaftler untersucht, welcher Prozentsatz der Opfer gezielt getötet wurde und wie viele "an Überarbeitung, Seuche, Hunger und Elend" zugrunde gingen, ohne daß deswegen die Gesamtzahl der Opfer relativiert worden wäre.
Nicht zu übersehen ist ferner, daß Vertreibungen als solche auch nach Auffassung der Alliierten Verbrechen darstellten. Schon am 17. Oktober 1942 hatte das polnische Exilkabinett in London ein Dekret gebilligt, das im Hinblick auf die Umsiedlungsaktionen Hitlers und Stalins in Polen für Deportation die Todesstrafe vorsah. Tatsächlich erklärte dann am 8. August 1945 der Londoner Vertrag über die "Verfolgung und Bestrafung der Hauptkriegsverbrecher der europäischen Achse" Deportationen aller Art zu Kriegsverbrechen bzw. Verbrechen gegen die Menschlichkeit (Titel II, Art. 6, Buchst. b und c des Status zu Art. 2 des Vertrages). Eine Verfolgung alliierter Täter war in dem Vertrag allerdings nicht vorgesehen.
Am 30. September und 1. Oktober1946 verurteilte das Internationale Militärtribunal von Nürnberg mehrere führende Nationalsozialisten zum Tode. Einige von ihnen waren u.a. des Versuchs für schuldig befunden worden, in gewissen annektierten Gebieten "den bisherigen Volkscharakter dieser Gebiete zum Verschwinden zu bringen".
Zu diesem Zweck - so hatte schon die Anklageschrift ausgeführt - "deportierten die Angeklagten gewaltsam Einwohner ... und brachten dafür Tausende von deutschen Siedlern in die betreffenden Gebiete". Dazu stellt das Urteil ergänzend fest: "Die Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung ... waren Teil eines Planes, sie zu beseitigen und ihr Gebiet für deutsche Siedlungszwecke frei zu machen." –
Als Völkermord betrachtet die UNO-Resolution über den Genozid vom 9. Dezember 1948 ebenso wie das deutsche Strafrecht (§ 220 a des Strafgesetzbuches) nicht nur die physische Vernichtung bestimmter Gruppen, sondern auch andere Formen der Verfolgung, die zur Zerstörung der Identität dieser Gruppen führen. Die Stämme der Schlesier, Ostpreußen, Wolgadeutschen usw. haben praktisch zu existieren aufgehört; das Geschehen in den Vertreibungsgebieten - die größte Völkervertreibung der Weltgeschichte - müßte als Genozid eingestuft

werden, selbst wenn es nicht so viele Menschenleben gekostet hätte.
Unter diesen Aspekten dürfte es kaum zu vermeiden sein, sämtliche Menschenopfer im Rahmen der Vertreibung als Verbrechensopfer zu betrachten."
8. Man kann nicht umhin, sich klarzumachen, daß die nun seit Jahrzehnten hartnäckig, barbarisch, gewalttätig und blutig durchgesetzte polnische Minderheitenpolitik, insbesondere gegenüber den Deutschen, eine Schande ist. Auch auf diesem Hintergrund ist der, selbst von hohen kirchlichen Personen Polens gepflegte polnische Unschuldswahn (auf seine mehr messianisch-katholisch-politische Weise ähnlich der Hitler'schen Devise: gut ist, was dem Volke nützt) entweder reiner Macht-Zynismus oder - viel wahrscheinlicher - eine bis zum Wirklichkeitsverlust gehende echte (tiefenpsychologisch aufzufassende) Verdrängung.
Wir Deutsche haben gelernt, das Verhängnis der nationalsozialistischen Ideologie zu erkennen. Die deutschen Katholiken haben ihm - geführt von ihren Bischöfen, bestärkt von Papst Pius XI. - widerstanden. Auch unsere Mitschuld am Kriege, insbesondere das unverantwortliche Hasardspiel Hitlers mit seinem Volk; erst recht seine verbrecherischen neodarwinistischen Rassenwahn-Aktionen lasten auf uns, die wir zu haften haben. Kann aber Versöhnung reifen durch ein interessiertes dauerndes Alleinschuld, Anerkenntnis fordern, um dann von daher endlose Milliardenforderungen zu erpressen? Noch dazu in ein "Faß ohne Boden"?
"So wird die angebliche Alleinschuld Deutschlands instrumentalisiert, um alle etwaigen Forderungen nach Wiedergutmachung des entsetzlichen Unrechts, das dem deutschen Volk nach 1945 widerfahren ist, im Keime zu ersticken. Das Argument von der deutschen Alleinschuld muß dazu herhalten, den Fortbestand der völkerrechtswidrigen Fremdbesetzung deutschen Staatsgebietes und die Mauer quer durch die deutsche Hauptstadt zu rechtfertigen.
Das Argument von der deutschen Alleinschuld wird angeführt, um ... sogar das System von Jalta und Potsdam, also die Fremdbestimmung eines ganzen Kontinents, mit dem Schein des Rechts zu versehen." (Helwig, Adolph – Auffenberg - Komarow in seinem Vorwort zu der von Prof. Berthold Rubin herausgegebenen Dokumentation: War Deutschland allein schuld? Der Weg zum Zweiten Weltkrieg, DSZ-Verlag München 60, 1988).
9. Monsignore Ulrich Paul Lange bezieht sich in einer Besinnung aus gegebenem Anlaß auf "Das Apostolische Schreiben des Papstes zum fünfzigsten Jahrestag des Kriegsbeginns" (Deutsche Tagespost Nr. 103, Seite 4, Dienstag, den 29. August 1989).
Er schreibt: "Natürlich gibt es da nur einen Schuldigen, die Deutschen und ihre Verbündeten. Natürlich haben die Deutschen auch hier die Polen "überfallen". Natürlich wird nur die Zeit von 1939 bis 1945 berücksichtigt. Für den Papst gibt es nur "sechs furchtbare Jahre"; daß noch 1946 und1947 viele Millionen deutsche Menschen gequält, gepeinigt, unterdrückt, vertrieben und ermordet wurden, scheint ihm entgangen zu sein.
Nur mit Beklemmung kann man lesen: "Nach 1945 sind wir (der Papst und die Staatsmänner, an die er sich wendet) Zeugen und Teilnehmer an lobenswerten und erfolgreichen Anstrengungen geworden, um Europa in materieller wie geistiger Hinsicht wieder aufzubauen" (DT, S. 5).
Die Vertreibung und die damit verbundenen Verbrechen werden vom Papst mit einem Satz als "gewaltsame Umsiedlung von Volksgruppen" erwähnt, wobei man nicht einmal weiß, ob damit die fast 12 Millionen Deutschen, 6.944.000 aus den Ostgebieten des Deutschen Reiches, 2.921.000 aus dem Sudetenland und der Tschechoslowakei und die anderen aus den übrigen Ländern gemeint sind (vgl. "Ostdeutschland", herausgegeben vom Ständigen Rat der Ostdeutschen Landsmannschaften ... Königswinter,1982, S. 56).
Wenn der Papst gleichzeitig die Menschen einlädt "Vorurteile zu überwinden", weiß man eigentlich nicht, was dies bei seiner eigenen einseitigen Betrachtungsweise bedeuten soll. Mit Recht nennt der Papst "die organisierte Barbarei, die gegen das jüdische Volk gewütet hat" beim Namen. Der fürchterliche Antisemitismus in Polen bleibt unerwähnt.

Der "nucleare Holocaust von zwei japanischen Städten" wird nicht verschwiegen, der Holocaust der sich zu Hunderttausenden in Dresden drängenden Flüchtlinge, "als britische und amerikanische Bomber am 13. und 14. Februar 1945 ihre tödliche Fracht über der Stadt entluden und mehr als 250.000 Menschen töteten - soviel wie die Vereinigten Staaten insgesamt im Zweiten Weltkrieg verloren und mehr als der Atombombenangriff auf Hiroshima an Menschenleben kostete", (Wilfried Ahrens, Verbrechen an Deutschen, … Arget, S. 14), wird nicht erwähnt.
Bei allem Respekt vor dem Amt des Papstes muß man doch feststellen: Diese Schwarz-Weiß-Malerei ist seines Amtes nicht würdig! Er liegt ganz offensichtlich immer noch auf der Linie des Hirtenschreibens der polnischen Bischöfe vom 10. Februar 1966 an die Gläubigen in Polen, wo sie ihre angebliche Versöhnungsbereitschaft mehr als relativierten. Wörtlich heißt es da: "Wir sagten: Wir bitten um Vergebung. Hat die polnische Nation einen Grund, unsere Nachbarn um Vergebung zu bitten? Sicherlich nicht." (0. Golombek, Die katholische Kirche und die Völkervertreibung, Köln 1966, S. 230-237.)
"Was sollen auf diesem Hintergrund Mahnungen und fromme Floskeln für die jeweils anderen? Ein Papst sollte eigentlich, ganz egal woher er kommt, über den Parteien stehen." Soweit Monsignore Lange.
10. Es hat schon sehr befremdet, daß der Papst den polnischen Insurgenten Korfanty, der mit seinen Banden mitten im Frieden in Oberschlesien Terrorangriffe mit brutalen Morden anzettelte, auf dem Annaberg wie einen Nationalheiligen feierte. Was indes bei einer großen Jugendkundgebung auf der Danziger Westernplatte zu hören war, erscheint wie das Zeichen eines völlig unabgeschwächten katholisch-polnischen Chauvinismus.
Man erinnere sich, daß auf der dem Danziger Hafen vorgelagerten Halbinsel Westernplatte provokativ von den Polen ein Munitionslager eingerichtet und schwer befestigt wurde. Dort beschoß zu Beginn des Krieges (1.9.1939) ein deutsches Kriegsschiff die polnischen Geschützstellungen. Die Polen wehrten sich tapfer, aber sinnlos.
Am 12. Juni 1987 nun wird hier dem Papst ein martialischer Empfang gegeben. Ein Kriegsschiff feuert 21 Schuß Salut, General Jaruzelski hatte Befehl gegeben ("als Oberbefehlshaber der Streitkräfte"), daß die Fahne gehißt wird und alle Kriegsschiffe ihre Sirene ertönen lassen. Und dann sagte der Papst der polnischen Jugend: "Auch jeder von euch, junge Freunde, findet in seinem Leben seine Westernplatte: Eine Dimension der Aufgaben, die er übernehmen muß, eine gerechte Sache, für die er kämpfen muß ..." (Die Welt vom 13.6.87).
In einer seltsam imperialen Geographie sprach er von der Ostsee als dem "polnischen Meer" und vor dem Westernplatte-Ehrenmal mahnte er, "sich stets der Herausforderung dieses Symbols zu stellen".
Nun: drei Tage später, am15. Juni 1987, wurde der Tender "Nekkar" der Bundesmarine bei der samländischen Küste, in der Höhe von Pillau, ohne jede Warnung von sechs Einheiten der polnischen Marine mit den verfügbaren Rohrwaffen (30 mm-Revolver-Kanonen und 76 mm-Geschütze) scharf an Bug und Heck beschossen. Acht Treffer zählte die Besatzung und über 200 Splitter-Einschläge. Es gab drei Verletzte. Nach allen Umständen fiel es schwer, an ein "Versehen", an einen "Zufall" zu glauben. Also auch heute noch, mit anheizend-patriotischen Reden möglicherweise Spiel mit dem Feuer!
11. Wir sind der Meinung, daß nur die volle ganze Wahrheit, ohne Verschweigen, Aufbauschen, Verharmlosen Grundlage einer Versöhnung sein kann. Auschwitz wird schon fast routinemäßig seit Jahrzehnten besucht und zwecks Anklage der Deutschen genutzt. Wie wäre es, wenn auch mal eines der polnischen KZs, z.B. Lamsdorf wo tausende Deutsche umgebracht wurden, nur weil sie Deutsche waren, eine viel und regelmäßig von Polen besuchte Stätte des Gedenkens und der Erschütterung über soviel kriminelle Energie eines doch frommen Volkes würde?

Am 22. April 1947 richteten die bayerischen Bischöfe einen Aufruf "an alle, welche die natürlichen, gottgegebenen Menschenrechte heilig halten wollen." Darin heißt es: "Die katholischen Bischöfe der Vereinigten Staaten Amerikas haben in dem Rundschreiben vom 17. November 1946 mit Recht betont:
"Wir halten es für eine selbstverständliche Wahrheit, daß alle Menschen gleich geschaffen sind, daß sie vom Schöpfer mit gewissen unveräußerlichen Rechten ausgestattet wurden, wie mit dem Recht auf Leben, Freiheit und Streben nach Wohlstand. Daher ist unseres Erachtens die Hochachtung vor den Rechten und Pflichten des Menschen, als Einzelmensch und als Glied der häuslichen und bürgerlichen Gemeinschaft, die erste Pflicht jeder Regierung gegenüber ihren Bürgern.
Der Staat fordert mit Recht von seinen Bürgern Mitarbeit am Gemeinwohl, aber das berechtigt ihn nicht zur Zwangsherrschaft mit Unterdrückung der persönlichen, politischen, sozialen und religiösen Grundrechte. Was jedoch eine Regierung beim Gebrauch ihrer eigenen Hoheitsrechte nicht tun darf, das darf sie auch nicht genehmigen oder gar in versteckter Form begünstigen, wenn es um eine andere Regierung sich handelt bei Abmachungen, die wie Friedensschluß und Friedensschutz die Nationen betreffen."
In Anwendung dieser Grundsätze auf das Flüchtlingselend sagen die Bischöfe Amerikas mit großem Ernst: "In Europa ist etwas geschehen, was die Geschichte noch nicht kannte. Auf Grund eines Abkommens zwischen den Siegerstaaten wurden Millionen von deutschen Menschen, die seit Jahrhunderten in Osteuropa ansässig waren, von ihrer Heimatscholle vertrieben und mittellos ins Herz Deutschlands gestoßen. Die Leiden dieser Menschen auf ihren harten Wanderwegen, ihre Heimatlosigkeit und Hoffnungslosigkeit erzählen uns eine traurige Geschichte von der Unmenschlichkeit solcher Vertreibung.
Wäre bei den Besprechungen der Sieger die rechte Wertung von menschlicher Würde vorherrschend gewesen, so würde man sicher ein anderes Abkommen gefunden haben, um diese Bevölkerung in menschenwürdiger Weise umzusiedeln. Wir rühmen uns unserer Demokratie. Aber bei diesen Menschenverschiebungen haben wir uns, ohne es zu merken, in das Schlepptau der grausamen Theorien einer herzlosen totalen Staatsauffassung zerren lassen ..."
12. Die überaus gerechtdenkende, faire, auf naturrechtlichen Prinzipien aufgebaute Polenpolitik des Zentrums, repräsentiert von Prälat Kaas, über die hier Prof. May berichtet, hat also - nach wie vor - exemplarische Bedeutung. Sie könnte, in Kirche und Politik, bewahren vor wirklichkeits- und wahrheitsenthobenem, einseitigem oder gar interessiertem Moralismus, vor Leicht- und Gutgläubigkeit aus Ignoranz und falschem "schlechten Gewissen", aber auch vor mangelnder Unterscheidung zwischen Tätern, Ideologen und Opfern.
Weder Polen-Euphorie noch abschätzige Gleichgültigkeit sind angemessen. Aber auch nicht jene polnische Naivität, die meint, alle Welt müsse jetzt Milliarden schenken, weil Polen angeblich am meisten gelitten habe. Die genannten Zahlen sind oft Phantasie-(symbolische) Zahlen, nicht selten von Stalin übernommen. Auch wird die Eigenverantwortung für den Bankrott der "polnischen Wirtschaft", trotz verschleuderter Milliarden, nicht zurückgezahlter Schulden und Zinsen, übersehen. Uns allen ziemt immer erneute Selbstreinigung und faires wechselseitiges Gelten lassen.
Kaas war kein einseitig nach Westen blickender Politiker; er beobachtete auch den Osten. Allerdings war der Fachmann für Fragen des deutschen Ostens, vor allem Oberschlesiens, in der Zentrumsfraktion Karl Ulitzkal. Bei ihm lag die Ostpolitik in guten Händen. Dennoch hat sich auch Kaas deutlich dazu geäußert und einen eigenen Beitrag geleistet. …<<
Der deutsche Moraltheologe Johannes Bökmann (1926-1998) berichtete im Dezember 1989 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 12 – 1989 (x853/...): >>**Politische und ideologische Interessen an der Alleinschuldthese**
Folgende Behauptungen des Politologen Theodor Eschenburg wurden in der Nachkriegszeit

und verstärkt bis heute zu einem tabuierten Credo erhoben:
"Bei der Frage nach der Schuld am Zweiten Weltkrieg, die wissenschaftlich eindeutig beantwortet ist, handelt es sich nicht etwa um eine fachhistorische Angelegenheit. Die Erkenntnis von der unbestrittenen und alleinigen Schuld Hitlers ist vielmehr eine Grundlage der Politik der Bundesrepublik."
Also jenseits der historischen Wahrheit hochpolitisch. Wahrheitsenthobene Alleinschuldanerkenntnis, Buß- und Demutsgebärden nebst endloser Schuld-Milliarden-Zahlungen als Staatsräson der Bundesrepublik, keineswegs der DDR, die vielmehr durch Menschenhandel und Dauer-Milliarden-Tribute zu - kündbaren - "menschlichen Erleichterungen" bewegt (subventioniert) werden soll. Eine Art "Hilfe", die auch nach der Öffnung der Mauer- und Todesschußgrenzen weiter empfohlen wird.
Was nun Eschenburg anlangt, so schreibt das Lexikon "Prominente ohne Maske" (Hrsg. von Dr. Gerhard Frey, FZ-Verlag München 1984) S. 121 ff. "Führender Umerzieher in Deutschland. Geboren 1904 in Kiel. In der Weimarer Zeit gehörte er der Deutschen Volkspartei und der Deutschen Staatspartei an, die beide gegen die Versailler Kriegsschuldlüge Sturm liefen. Nach dem Dritten Reich, in dem er als Geschäftsführer in Industrieverbänden zum "Endsieg" beitrug, sah er das Thema Kriegsschuld anders ... Er war SS-Mitglied.
Seine originelle Begründung: Er sei von der SA verfolgt worden und habe sich dieser Verfolgung durch Eintritt in die SS entziehen wollen."
Inzwischen hat die von Eschenburg beiseitegeschobene fachhistorische Forschung die These von der deutschen Alleinschuld obsolet gemacht und Stück um Stück in Frage gestellt. … Im "Historikerstreit" kam die Angst der Ideologie-Interessenten an der Gefährdung der Tabus ihres sie so außerordentlich - nämlich "moralisch" - begünstigenden Geschichtsbildes zum heftigen Ausbruch. So wurde dieser Streit mit den Fachhistorikern hochpolitisch und ideologisch zugleich. Denn die Linke nebst den entsprechenden Liberalen hatten mit ihrem primitiven "Antifaschismus" automatisch sich das moralische Gütesiegel angeheftet.
Der letzte lebende "Kirchenvater" der "Frankfurter Schule" und Chefideologe der 68-er Kulturrevolution Jürgen Habermas nennt nun die bösen Folgen der geschichtswissenschaftlichen Infragestellung dieses pseudomoralischen Geschichtskonstruktes beim Namen, "als er in der "Zeit" seinen Kontrahenten vorwarf, sie wollten den Deutschen "die Schamröte" austreiben, was dazu führen könne, daß "die nationalen Symbole ihre Prägekraft" wiedergewinnen könnten.
Dadurch aber würde die "Bindung an universalistische Verfassungsprinzipien" gefährdet und die Möglichkeit einer Rückbesinnung auf die nationale Identität befördert, wodurch "der einzige Patriotismus, der uns dem Westen nicht entfremdet", nämlich der "Verfassungspatriotismus " in Gefahr gebracht würde." (Aus Hugo Wellems: Das Jahrhundert der Lüge. Von der Reichsgründung bis Potsdam 1871-1945, ARNDT-Verlag Kiel, 1989, S. 15).
Im Dienste des abstrakten Kunstprodukts "Verfassungspatriotismus " soll also nationale Identität niedergehalten, durch "multikulturelle Gesellschaft" (= Hereinströmenlassen von Millionen von Scheinasylanten aus aller Welt) ersetzt und der jedem gesunden Volk eigene Zusammenhalt sowie gottgegebene spezifische Auftrag durch leicht vom Schreibtisch aus handhabbare "universalistische Prinzipien" denunziert und detruiert werden.
In diesen Tagen und Wochen wurde solch Geschichtskonstrukt übrigens von den elementar aufgebrochenen Zeugnissen der Zusammengehörigkeit der Deutschen durch die Ausreiseströme und die bewegende Wiederbegegnungsfreude mit Millionen deutscher Landsleute aus der DDR ad absurdum geführt.
"Das Dogma von der Singularität deutscher Verbrechen und von der deutschen Alleinschuld am Zweiten Weltkrieg hat also eine rein politische Funktion als Waffe gegen eine Rekonstruktion der nationalen Identität der Deutschen. Da aber ein Volk ohne Identität nicht lebens-

fähig ist, wird die Bedeutung jener Historiker, die sich dem Eschenburg-Dogma entziehen, offenkundig" (H. Wellems). Die Perversion von historischen Schuldfragen zu Werkzeugen der Aufrechterhaltung ideologisch-politischer Machtinteressen, ihre Besetzung mit pseudomoralischen Tabus, ist in eine wohlverdiente tiefe Krise geraten.<<

Der deutsche Journalist Ekkehard Kuhn schrieb im Jahre 1989 in seinem Buch "Nicht Rache, nicht Vergeltung ..." über das Schicksal der deutschen Vertriebenen (x024/333-334): >>... Die Vertriebenen hatten vor allem in der Zeit, als um die Ostverträge gerungen wurde, stark unter ... dem Sensationsjournalismus zu leiden.

Die ablehnende Haltung vieler Vertriebener den Verträgen gegenüber wurde als "Kalte-Krieger-Mentalität" verteufelt. Der Gedanke, daß etwa ein Schwabe hier leichtern Herzens würde zustimmen können als ein Ostpreuße, wurde gar nicht erst bedacht. Durch solchen Journalismus wurde der Begriff "Vertriebener" geradezu anrüchig, obwohl dem Schicksal eines Vertriebenen – egal wo in der Welt – immer Mitgefühl entgegengebracht werden sollte. Die Diskussion um das Motto des Schlesiertreffen 1985 zeigte, daß der Umgang mit den Vertriebenen noch immer nicht differenziert ist, da selten unterschieden, vernünftig gewichtet und geurteilt, sondern pauschaliert und heillos übertrieben wird.

Solange noch Politiker und Journalisten Gräben zwischen Vertriebenen und Nichtvertriebenen aufreißen, so lange ist noch nicht von einer vollkommenen Eingliederung zu sprechen. Dabei waren es doch gerade die noch immer verteufelten Vertriebenenfunktionäre, die die großartige Haltung der Vertriebenen wesentlich beeinflußt haben. Hätte nur einer von ihnen zu Haß und Gewalt aufgerufen, wäre vielleicht alles anders gekommen. Aber kein einziger deutscher Vertriebener hat zu Gewalt gegriffen, es gab keine einzige terroristische Aktion. Kein Flugzeug wurde entführt, keine Geisel genommen.

Die Bekundung des Willens der Vertriebenen geschah ausschließlich mit Worten. Unter ihnen gibt es keinen "Revanchismus". Wer es ihnen laufend vorwirft, gibt damit eigentlich nur zu, daß es eigentlich Anlaß für eine solche Haltung gäbe. Wenn vertriebene oder nichtvertriebene Deutsche gegen die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als endgültige Grenze zu Polen sind, so sind dies damit noch lange keine Revanchisten.

Aus polnischer und sowjetischer Sicht könnte man sie allenfalls als Revisionisten bezeichnen, wie sie auf eine Revision dieser Grenze im Rahmen eines Friedensvertrages hoffen. Es sind Leute, die auf völkerrechtlich nie widerrufene Verträge pochen und sich nicht durch die "normative Kraft der Geschichte" das Recht beugen lassen wollen.

Aus dieser Haltung kann man aber keinen "Revanchismus" ableiten, wie es die Sowjetunion und Polen tun. "Revanchisten" muß es aber in der Bundesrepublik Deutschland geben, weil der Ostblock diesen Popanz braucht. ...<<

Der deutsche Moraltheologe Franz Scholz berichtete im Juni 1990 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 6 – 1990 (x853/...): >>... **Durch Gewalt und Verbrechen geschaffene Fakten als Recht anerkennen?**

Werden vorstaatliche Rechte, sittliche Ordnung, christlicher Rechtschutz bei der Preisgabe Ostdeutschlands mißachtet?

Die unbewiesene Behauptung, die Vereinigung der bisher durch die Berliner Schandmauer und durch die Todesstreifen-Grenze quer durch Deutschland getrennten Teile Deutschlands sei nur um den Preis der völkerrechtlichen Anerkennung der letzten Stalin-Grenze, der Oder-Neiße-Linie, zu erreichen, läßt bei vielen die geschichtliche Tiefe, die völkerrechtliche Krise sowie die grundgesetzliche Problematik solcher seltsamen "Anerkennung" vergessen.

Ganz zu schweigen von der menschlichen Tragödie von ca. 15 Millionen Menschen, die - enteignet, verachtet, gehaßt, ausgeplündert, von Haus und Hof unmenschlich vertrieben - nun auch noch das Recht auf Heimat aberkannt bekommen sollen. Aus manchen Briefen, die mir im Gefolge von Veröffentlichungen zu diesen Fragen zugingen, spricht abgründige Trauer,

manchmal fassungslose Verzweiflung, tiefe Bitterkeit, brennende Sorge. Man reagiert damit auf verbreitete Ignoranz, Leichtfertigkeit, ja Gleichgültigkeit jener Internationalisten, denen die Massen von Asylschwindlern, die sich bequem ins bundesdeutsche Sozialnest fallen lassen "heiliger" sind, als die eigenen Landsleute sowie die Geschicke Ostdeutschlands und die Tragödie seiner deutschen Bewohner.
Hinzu kommt ein wegwischender politischer Erledigungswille, sowie jener schnöde National-Masochismus, der alles, was man Deutschen antat, für recht und billig hält und für immer Buße für die geheimen Untaten einer kleinen Machtclique fordert. …
Aber auch die deutsche Kirche erkennt nicht die ethische, völkerrechtliche, verfassungsrechtliche, staatspolitische und grundrechtsbezogene Tiefe, Brisanz und menschliche Dramatik der Frage. Die vielen Besuche mit allerlei Nettigkeiten, die Milliardenhilfen von seiten der Deutschen, das Preisgeben eines Drittels von Deutschland - seit 800 Jahren bebaut und blühend gemacht, das alles löst nicht den ethischen Ur-Grund der Frage: dürfen durch brutale Gewalt und die Massenverbrechen der Vertreibung erzwungene, völkerrechtswidrig zustande gekommene Fakten als Recht anerkannt werden?
Was in dieser dunklen Welt denkbar ist: Unter dem Druck einer Macht- und Zwangslage, angesichts des rechtsenthobenen chauvinistischen Durchsetzungswillens Polens und der UdSSR sowie derjenigen auch bei uns, die diese Interessen aus unterschiedlichen Motiven mitvertreten, könnte man unter Protest gegen das Unrecht, die Unrechtsfakten hinnehmen.
Keineswegs aber und nie als Recht anerkennen. Die ohnehin inflationär verschlissene Vokabel "Versöhnung" könnte sonst zum unverbindlichen Zudecken der Tragödie einer Kirche, in der ein katholisches Volk Katholiken und Christen des Nachbarvolkes derart vergeltungsartig und tödlich behandelt, mißbraucht werden.
Sieht man nicht, wie unglaubwürdig und peinlich eine derartige Kirche, ein solches Volk werden, wenn "eines der größten Verbrechen der Geschichte" mit Duldung, Billigung, sophistischer und geschichtsfälschender Scheinlegitimierung, ja sogar mit dem Segen und unter Berufung auf den angeblichen göttlichen Willen von Bischöfen für gutes und hohes Recht erklärt wird?
Wenn hier keine Einsicht in Mitschuld erfolgt, Rechtsbeugung nicht bedauernd zugegeben, auch nicht nur individuell privatisiert wird, dann bleiben alle Gesten, Freundlichkeiten, Hilfen; ja auch Umarmungen, Messen nebst gemeinsamen liturgischen Feiern, Predigten und Papiere nur entwertete Billig- und Falschmünzen statt der mit dem Gewissen, dem Recht und dem Herzen gedeckten "harten" christlichen Währung der Wahrheit und Schuldeinsicht und Wiedergutmachung. ...<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 9. April 1992 über ungarische Entschädigungen für enteignete Deutsche: >>**Ungarn entschädigt Deutsche**
... Wiedergutmachungsleistungen für die nach 1945 enteigneten Angehörigen der heute rund 200.000köpfigen deutschen Minderheit in Ungarn hat das Budapester Parlament beschlossen.
Mit der Verabschiedung des zweiten Entschädigungsgesetzes wurden nicht nur die Ansprüche der Deutschen, sondern auch der jüdischen Gemeinde anerkannt, weil es die Zeit vom 1. Mai 1939 bis 8. Juni 1949 erfaßt. ...<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa (x309/102-103): >>... Nach im Jahr 1996 durchgeführten Meinungsumfragen wußte die Hälfte der Befragten – bei den unter 24-Jährigen sogar 59 Prozent – überhaupt nichts von einer Vertreibung der Deutschen. Eine Hälfte der "wissenden" Befragten sah in der Vertreibung "eine gerechte Strafe", die andere Hälfte hielt sie jedoch für ein "Unrecht an der deutschen Zivilbevölkerung, die dieses Land seit Jahrhunderten bewohnte.
Bei Politikern und Publizisten dürfte der Glaube an eine "gerechte Strafe" noch viel weiter

verbreitet sein.
Georg W. Strobel vermerkt: Durch die in Polen vier Jahrzehnte praktizierte "außerordentlich geschickte, politisch effiziente, von Teilen der Historiker sowie Publizisten vor allem in populären Darstellungen zweckvoll verfälschende Manipulation von Generationen, deren Wirkung verständlicherweise noch heute anhält", habe in der polnischen Bevölkerung ein tiefgreifender Tabuisierungs- und Verdrängungsprozeß gegriffen.
Andere Staaten dagegen haben die Vertreibung als Verbrechen anerkannt und sich entschuldigt, einige haben sogar eine – mehr oder minder symbolische – Entschädigung bezüglich des enteigneten Vermögens beschlossen.
Vorreiter war Ungarn, wo das Parlament am 7. April 1992 das "Zweite Gesetz über die teilweise Entschädigung von zu Unrecht vom Staat den Staatsbürgern zugefügte Eigentumsschäden" verabschiedete. In diesem Zusammenhang sind noch zu nennen: Rumänien, Kroatien, Estland und Lettland.<<
Andreas von Schoeler (von 1991 bis 1995 Oberbürgermeister von Frankfurt am Main) berichtete am 12. November 1992 in der Frankfurter Rundschau (x354/54): >>… Auschwitz ist Deutschlands Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft.<<
Während der polnisch-deutschen Konferenz "Zwangsaussiedlung, Deportation und Aussiedlung als gemeinsame Erfahrung" meinte die polnische Historikerin Prof. Krystyna Kersten im Dezember 1993 in Posen (x152/31): >>... In Anbetracht der Naziverbrechen, Konzentrationslager, Gaskammern und Hinrichtungen müsse die Aussiedlung der Deutschen als fast humanitäre Aktion gewirkt haben ...<<
Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" Nr. 49/1994 berichtete am 2. Dezember 1994: >>**Schwientochlowitz-Zgoda war der Name einer Außenstelle des Konzentrationslagers Auschwitz.**
Die Rache des Kommandanten
Von *Helga Hirsch*
… "Wo ist mein Vater begraben?" wollte Erna Kolodzejczyk nach nun 44 Jahren vom polnischen Justizminister wissen "Wie ist er umgekommen und durch wen?" Und weil der polnische Justizminister keine Antwort wußte, leitete er den Brief weiter an die Zweigstelle Kattowitz der "Kommission zur Untersuchung von Hitler Verbrechen", die seit 1990 nicht nur die Untaten der braunen, sondern auch die der roten Diktatur untersucht und sich seitdem "Kommission zur Untersuchung der Verbrechen gegen das polnische Volk" nennt. Im Februar nahm der Staatsanwalt Piotr Brys die Ermittlungen auf.
Brys suchte Überlebende des Arbeitslagers Swietochlowice Zgoda, wo Frau Kolodzejczyk Vater und andere Oberschlesier interniert gewesen waren: über das Einwohnermeldeamt in Warschau, über die Gruben, in denen sie gearbeitet hatten, über das Standesamt von Swietochlowice und Aufrufe in regionalen Zeitungen und im Fernsehen. Schnell kamen die ersten Antworten. Jadwiga Sonsola aus Kattowitz schrieb: Mein Mann ist dort umgekommen. Helena Maria Kula aus Bytom (Beuthen) schrieb: Mein Vater ist dort umgekommen.
Henryk Frysztacki gab vor der "Kommission" zu Protokoll, er habe sich Ende April kurze Zeit im Lager aufgehalten "Die Gefangenen müssen geschlagen worden sein, denn ich hörte Schreie. Irgendwann sah er unter den Toten, die zur Leichenhalle transportiert wurden, auch seinen Vater. Die Sterbeurkunde vom Standesamt Swietochlowice trägt das Datum des 17. September 1945. Gezeichnet: Morel - Lagerkommandant.
Solomon Morel, seit dem 15. März 1945 aufgrund des "Personalbefehls Nr. 111" vom Sicherheitsministerium Leiter des Arbeitslagers Swietochlowice, wurde vor die "Kommission" zitiert und am 21. Februar 1991 vernommen - als Zeuge.
… "In einigen Zeiträumen starben die Gefangenen infolge einer Typhusepidemie", räumte der inzwischen Siebzigjährige ein. "Aber ich erkläre, daß die Gefangenen im Lager gut behandelt worden sind". Damals, vor drei Jahren, ahnte noch niemand, welche Schwierigkeiten für das

Verfahren sich aus Morels jüdischer Abstammung ergeben würden.
Wer heute, mit dem Auto von Swietochlowice kommend, die scharfe Rechtskurve der Straße an den Zgoda Werken vorbei Richtung Ruda Slaska nimmt, kann die Geschichte nicht erahnen, die sich hinter den Schrebergärten zur linken Hand verbirgt.
Nur noch ein Tor mit Pfosten aus gemauerten Ziegelsteinen erinnert daran, daß hier das Arbeitslager Schwientochlowitz stand: eine Nebenstelle von Auschwitz, in der seit Sommer 1943 Gefangene untergebracht waren, die in der nahen Eintrachtshütte "kriegswichtige" Güter montierten ein Lager mit sieben Holzbaracken, einer Ambulanz, einer Leichenhalle, einem Strafbunker, einem elektrisch geladenen, doppelten Stacheldraht, vier Wachtürmen und - vor dem umzäunten Terrain - einer Baracke für die Wachmannschaft und einer für den Kommandanten.
So sah Schwientochlowitz bis zum 21. Januar 1945 aus, als die Deutschen das Lager aufgaben. So sah Swietochlowice aus, als es wenige Wochen später, nachdem die Rote Armee Kattowitz erobert hatte, vom polnischen Sicherheitsdienst übernommen wurde: jetzt als Straflager für Reichsdeutsche, die der Mitgliedschaft in der NSdAP, der HJ und des BdM verdächtigt waren, sowie für ehemals polnische Staatsbürger, die aufgrund ihrer deutschen Abstammung unter nationalsozialistischer Besatzung als "Volksdeutsche" galten.
Gerhard Gruschka zum Beispiel, aus einer katholischen Familie in Gleiwitz. Zwar war er wegen seines Glaubens aus dem "Deutschen Jungvolk" ausgeschlossen worden, aber nach zwei Wochen Dunkelhaft und Folter in einem Gefängnis von Gleiwitz hatte Gerhard, gerade vierzehneinhalb Jahre alt, gestanden: Ich bin der Hitler-Junge Gruschka.
Dorota Boreczek zum Beispiel, aus der alten schlesischen Familie der Skiba. Ihr Großonkel war letzter Bürgermeister von Kattowitz gewesen, bevor es vor gut hundert Jahren zur Stadt erklärt wurde. Das gerade vierzehnjährige Mädchen mußte mit der Mutter ins Lager, nur weil diese in die Volksliste II eingestuft worden war.
"Wir hatten ein gutes Gewissen", sagt Gerhard Gruschka, der bald nach seiner Freilassung im November 1946 in die Bundesrepublik übersiedelte, als Lehrer für Deutsch und katholische Religion in einer Realschule tätig war und nach der Pensionierung weiter in Nordrhein Westfalen lebt. "Flucht war beim Herannahen der Roten Armee kein Thema für uns."
Oberschlesien, ein ethnisch äußerst gemischtes Gebiet, hatte bis 1921 zu Deutschland gehört, war dann nach einer Volksabstimmung mit dem Gebiet um Kattowitz an Polen gefallen und sollte unter Hitler wieder "eingedeutscht" werden. Von den 2,45 Millionen Einwohnern wurden nach einer Statistik des Reichskommissars für die Festlegung des deutschen Volkstums von 1944 etwa 130.000 in Volksliste I eingestuft: Sie hatten sich durch "aktive Tätigkeit" im Volkstumskampf hervorgetan. Unter Volksliste II wurden 210.000 Personen geführt: Sie hatten das Deutschtum "gewahrt", ohne dafür aktiv gewesen zu sein.
Beide Gruppen erhielten sofort die deutsche Staatsbürgerschaft. In der Volksliste III (875.000 Personen) wurden die Autochthonen und Personen prodeutscher Gesinnung erfaßt, die aber "Bindungen zum Polentum" eingegangen waren - sie erhielten die Staatsbürgerschaft "nur auf Widerruf". …
Nach dem Krieg wendete sich das Blatt. Nach einem Dekret der provisorischen polnischen Regierung in Lublin vom 28. Mai über den "Ausschluß feindlicher Elemente aus der polnischen Gesellschaft" (geringfügig korrigiert durch ein Gesetz vom 7. Mai 1945) wurden Oberschlesier der Volksliste III und IV in der Regel als polnische Bürger anerkannt. Für Personen der Volksliste II waren zwar individuelle "Rehabilitationsverfahren" vorgesehen, faktisch jedoch kamen die meisten in Internierungslager - wie Józef Wiesiolek.
Als Rentner lebt er immer noch in jener verrußten, eintönigen Bergarbeitersiedlung in Kattowitz Dab, in der er damals als Achtzehnjähriger in der Nacht vom 28. Februar auf den 1. März 1945 abgeholt wurde. Nur die Wohnung hat er getauscht. Die Holztreppe hinauf zum ersten

Stock knarrt. Die Küche dient als Wohnzimmer. Denn die beiden hinteren Räume, ohnehin durch die angrenzende schwarze Wand des Nachbarhauses ohne Sonnenlicht, fassen jeweils gerade einen Schrank und ein Bett.
Manche Oberschlesier haben noch immer Angst, von damals zu erzählen: Weder die Nationalsozialisten noch die Kommunisten fragten, ob sie sich als Deutsche oder Polen oder als Oberschlesier fühlten. Sie erhielten den nationalen Stempel je nach politischer Erfordernis aufgedrückt. Besser also, sich gar nicht zu exponieren. "Wer weiß denn", so die bange Frage eines alten Häftlings von Swietochlowice, "ob nicht irgendwann wieder jemand kommt und sagt: Du bist ein Schwabe (Deutscher). Oder Pole - je nachdem, was gerade gefällt.
Aber Józef Wiesiolek will der neuen Zeit trauen. Sein Schwiegersohn war sogar Abgeordneter im ersten Parlament des demokratischen Polen. Und es erleichtert ihn auch, nach 45 Jahren erzwungenen Schweigens endlich offen darüber zu reden, wie es damals begann, am 1. März 1945, als er mit vielen Kollegen von Kattowitz nach Swietochlowice geführt wurde.
"In jeder Gruppe wurde einer ausgewählt: Mit einer Hakenkreuzfahne umschlungen oder einer SA- oder SS Mütze auf dem Kopf … Dort begann der Terror. "Sie schlugen jeden. Oft mit einer Reitpeitsche. Dann befahlen sie, daß sich einer über den anderen legt, ganz viele übereinander - und wenn die unteren anschließend nicht schnell genug hinunterglitten, weil sie schon keine Luft mehr bekamen, wurden sie erst recht geschlagen und gestoßen. Hier gab es die ersten Toten. Einige Männer hielten es psychisch nicht aus. "Sie hingen in den Toiletten. Sie hatten sich an Gürteln erhängt."
Die "Begrüßung" im Lager war bei jeder Gruppe ähnlich. Bevor die Transporte bestimmten Baracken zugewiesen wurden, mußten sie erst stundenlang stehen - oft mit erhobenen Armen. In den Baracken selbst herrschte erdrückende Enge. Tote und Abgänge in andere Lager wurden ununterbrochen durch Neuzugänge aufgefüllt. In den dreistöckigen Etagenpritschen aus deutschen KZ-Zeiten lagen oft zwei oder drei Personen ohne Strohsack, ohne Decke, auf einfachen Brettern, die so viel Zwischenraum freiließen, daß Häftlinge manchmal nach unten durchfielen und die Darunterliegenden verletzten. Ein Laib Brot mußte für mindestens sechs Personen am Tag reichen, dazu gab es eine Wassersuppe, in der gesäuerte Rübenstücke schwammen.
Zum wirklichen Alptraum aber gerieten die Nächte. Denn die Wachmannschaften kamen zu "Inspektionen", um die Gefangenen zu "besichtigen" "Einmal mußten wir mit nacktem Oberkörper drei Stunden im Schneeregen stehen", erinnert sich Józef Wiesiolek. "Und immer wurden wir geschlagen oder mußten uns gegenseitig schlagen. Ich meinen Vater und mein Vater mich. Wenn ich mich weigerte, wurde ich selbst geschlagen. Als mein Vater schon zu schwach war, den großen Kübel zu tragen, der zur Toilette geschafft werden mußte, schlugen sie ihm mit dem Gewehrkolben die Zähne aus.
Sein Vater überlebte das Lager nicht. Er starb am 7. oder 8. Juni an Typhus. Eine Sterbeurkunde erhielt die Familie nie. "Als Volksliste II", sagt Jozef, der im Lager noch Herbert Josef hieß, aber bei der Hochzeit vor dem polnischen Standesamt den Herbert streichen und den Josef in Józef umwandeln mußte, "als Volksliste II waren wir einfach DIE DEUTSCHEN. Sie wollten Rache. Sie wollten Vergeltung. Sie - die Wachmannschaften und besonders der Lagerkommandant Solomon Morel. "Eine massive Gestalt. Es hieß, er sei in der kommunistischen Volksarmee gewesen. Ein Jude. Er hat sich so vorgestellt. Vielleicht sind seine Verwandten umgekommen."
Solomon Morel wurde am 15. November 1919 in einer religiösen jüdischen Familie im Dorf Garböw bei Pulawy geboren. Bis zum vierzehnten Lebensjahr besuchte er die Schule, anschließend arbeitete er in einer Konfektionsfirma der Industriestadt Lodz; 1939 kehrte er zurück nach Garböw. Um der Übersiedlung in ein Ghetto zu entgehen, tauchte er mit den Eltern und einem Bruder im April 1942 unter.

Vater, Mutter und Bruder Israel, erklärte Morel später in seiner Personalakte für das Sicherheitsministerium, seien von den Deutschen mit Hilfe der "blauen (d h. polnischen) Polizei" im Dezember 1942 umgebracht worden. Einmal nannte er sogar nur die "blaue Polizei", die den Bruder Israel in seinem Heimatdorf Garböw erschossen habe. Der älteste Bruder Izak Morel hingegen sei im Dezember 1943 im "Kampf mit den Nationalen Bewaffneten Kräften NSZ" (einer antisemitischen polnischen Untergrundorganisation) im Dorf Lugöw bei Lublin umgekommen. Über das Schicksal des Bruders Józef, der 1939 vor den Nationalsozialisten in die Sowjetunion flüchtete, sei ihm nichts bekannt.
Morel selbst hatte sich im November 1942 der kommunistischen Untergrundorganisation "Volksgarde" angeschlossen, nach dem Einmarsch der Roten Armee im Sommer 1944 war er der Bürgermiliz der prokommunistischen neuen Macht in Lublin beigetreten. Erst arbeitete er im Gefängnis des Schlosses von Lublin, dann im Gefängnis von Tarnobrzeg. Am 15. Februar 1945 schließlich gelangte er mit der "Operativgruppe" des Sicherheitsdienstes nach Oberschlesien und ins Lager von Swietochlowice. In Polen dürfte sein Lebenslauf vielen nur als Bestätigung für die verbreitete Vorstellung dienen, der kommunistische Geheimdienst sei geradezu von Juden beherrscht gewesen.
"Man muß sich das so vorstellen", erläutert Krzysztof W., Nachkomme einer wohlhabenden jüdischen Familie der Vorkriegszeit, der im Nachkriegspolen erst Kommunist, dann Oppositioneller war: Im ersten Halbjahr 1945, noch vor der Konferenz von Potsdam, war über die Grenzen Polens nicht endgültig entschieden. Doch um vollendete Tatsachen zu schaffen, das System und das Territorium festzulegen, eignete sich das prokommunistische "Lubliner Komitee" in den von der Roten Armee besetzten Gebieten die Regierungsbefugnis an und baute den Sicherheitsdienst als politische Polizei auf - selbstverständlich mit jenen, die als absolut zuverlässig galten.
In den Spitzenpositionen waren das meist ältere Kommunisten aus dem Moskauer Exil, die schon deswegen Vertrauen besaßen, "weil sie alle Säuberungen Stalins überlebt" hatten. Auch Krzysztof W., als er von der Zwangsarbeit in Berlin zurückkam, wurde nach bereits drei Tagen dem Sicherheitsdienst zugeteilt; Weil er Kommunist gewesen sei. Daß er eine jüdische Abstammung hatte, sei der Partei gar nicht bekannt gewesen.
Sicher sei die Loyalität zur Partei das primäre Auswahlkriterium gewesen, räumt der Historiker Andrzej Paczkowski ein, aber - viele Genossen stammten eben aus jüdischen Familien: Weil sie im Kommunismus die Alternative nicht nur zum Rassenwahn eines Hitler, sondern auch zum polnischen Nationalismus und Antisemitismus sahen.
Als Paczkowski jüngst untersuchte, wie hoch der Anteil von Sicherheitsbeamten mit jüdischer Herkunft vom Ministerium über das Department bis zur Abteilung hinunter in den ersten Jahren gewesen sei - ein "bißchen", bekennt er, habe er sich für diese Schnüffelei geniert, fand er die vermutete Überrepräsentation tatsächlich bestätigt: Von den 447 führenden Funktionären bis November 1953 waren 131 jüdischer Abstammung - immerhin 29,3 Prozent bei einem Bevölkerungsanteil von nicht einmal einem Prozent.
Allerdings sei wahrscheinlich unten an der Basis - gerade in den ersten Tagen und Wochen nach dem Rückzug der Wehrmacht - wichtiger als das ideologische Motiv das Bedürfnis nach Rache gewesen: das Bedürfnis nach irgendeiner Vergeltung für sechs Millionen Tote, für den Genozid, für das perfekteste und grausamste Verbrechen der Geschichte.
"Er sagte langsam und ruhig: Ich heiße Solomon Morel und bin der Kommandant dieses Lagers. Dann aber schrie er: Meine Eltern und Geschwister sind in Auschwitz von euch Deutschen vergast worden, und ich werde nicht eher Ruhe geben, bis alle Deutschen ihre gerechte Strafe bekommen."
Als Insasse des Blocks 7, des "braunen Blocks", in dem vermeintliche NSdAP-, SA- oder HJ-Mitglieder untergebracht waren, erlebte Gerhard Gruschka den Lagerkommandanten von sei-

nen dunkelsten Seiten.
Wenn Morel sich einen Gefangenen vornahm, schrieb Gruschka in seinem Bericht über die Haftzeit, "war dessen Todesurteil meist schon gefällt".
Seine "Spezialität" war es, die aus deutscher KZ-Zeit übriggebliebenen schweren Sitzschemel an den Füßen zu packen und mit der dicken Sitzfläche in voller Wucht auf die Gefangenen einzuschlagen. Immer wieder blieben nach solchen Razzien Mitgefangene schwerverletzt liegen und mußten in die Lagerambulanz getragen werden, einige mit zertrümmertem Kopf auch gleich in die Leichenbaracke".
Gruschka bezweifelt, daß in dem berüchtigten "braunen Block" tatsächlich Nazigrößen einsaßen - sie hätten sich meist schon in den Januartagen 1945 abgesetzt. Da aber niemand verhört, bei niemandem nach individueller Schuld geforscht worden sei, werde sich eine eindeutige Antwort nicht mehr finden lassen. Für die Wachmannschaften jedenfalls genügte es, daß sie reichsdeutsche Staatsbürger vor sich hatten, um sie als Hitleristen alle mit derselben Brutalität zu strafen.
"Oft schlug Morel mit bloßen Fäusten zu, meist gezielt ins Gesicht … Und in regelmäßigen Abständen befahl er nachts: Horst Wessel Lied singen, aber schnell, und während wir sangen, prasselten die Gummi- und Holzknüppel auf uns nieder."
Der erst vierzehnjährige Eric van Calsteren, ebenfalls Insasse des "braunen Blocks", beschloß zu fliehen. Obwohl er die holländische Staatsbürgerschaft besaß, hatten polnische Sicherheitsbeamte in blonden Haaren und blauen Augen einen ausreichenden Beweis für sein "Edelgermanentum" gesehen. Calsteren versteckte sich in der Latrine des Lagers und entkam morgens mit einem Arbeitskommando. Allerdings stellte er sich freiwillig wieder, als seine Mutter verhaftet und er erpreßt wurde: entweder er oder sie ins Lager. Solomon Morel holte ihn persönlich mit seinem beigefarbenen DKW bei der Gleiwitzer Polizei ab. Er kam zurück in den Block 7.
Zunächst, berichtete van Calsteren 1992 aus seiner niederländischen Heimat der "Kommission" in Kattowitz, habe er als Strafe für die Flucht nur stundenlang auf Schottersteinen knien müssen. Doch das war nur das Vorspiel "Mitten in der Nacht kam das schon erwartete Überfallkommando der Bewacher.
Alles aus den Betten, und man stellte mich vor den Spind. Warum er geflüchtet sei, fragten ihn vier Männer und schlugen ihm bei jeder Frage in die Magengrube. Beugte sich van Calsteren vor Schmerz nach vorn, schlugen sie ihm ins Genick, daß er zu Boden sackte. Als er die Schläge nicht länger ertragen konnte, floh er zwischen die Betten. Da griffen sie nach der Eisenstange, mit der die Bottiche für das Essen geschleppt wurden.
"Mit dieser Stange schlug man mir meine beiden Beine ganz kaputt, und als ich wieder auf dem Boden lag, wurde ich noch mit Fußtritten bearbeitet. Halbtot legten meine Kumpel mich aufs Bett. Schlafen konnte man kaum in diesem Lazarett, es gab keine richtigen Kranken, sondern nur kaputtgeschlagene Menschen, die die ganze Nacht stöhnten. Daß es tatsächlich Tote gab, war schon ganz normal. Überall Sterbende, im Waschraum, auf der Toilette, im und neben dem Bett. Es geschah fast immer in der Nacht, und wenn man zur Toilette mußte, stieg man über die Toten."
Schon einige Monate vor diesem Bericht für Kattowitz hatte sich van Calsteren an die deutsche Justiz gewandt: Regelmäßig höre man Berichte über die Verurteilung deutscher NS-Verbrecher aber wie stehe es mit der Verfolgung von Verbrechen an Deutschen? Und er bot sich an als Zeuge gegen Solomon Morel, dessen Adresse er durch Zufall erfahren hatte …
Erst über ein Jahr später, Ende September 1993, bat der Leitende Oberstaatsanwalt in Dortmund seinen Kollegen in Rijswijk, van Calsteren "eingehend zu vernehmen", da ein Ermittlungsverfahren gegen Morel wegen Mord geprüft werde. Doch da lebte Eric van Calsteren nicht mehr. Er war am 16. Februar 1993 im Alter von 63 Jahren verstorben. Solomon Morel

hingegen hatte sich zu seiner Tochter nach Tel Aviv abgesetzt.
Da Israel generell nicht ausliefert, nutzte die Oberstaatsanwaltschaft Dortmund die Chance, sich dem äußerst unbequemen Verfahren mit Schreiben vom 29. August 1994 an die Witwe zu entziehen: "Das auf Strafanzeige Ihres Ehemannes eingeleitete Ermittlungsverfahren ist vorläufig gemäß Paragraph 205 der Strafprozeßordnung eingestellt worden, da der gegenwärtige Aufenthaltsort des Beschuldigten nicht ermittelt werden konnte Hochachtungsvoll Göke, Staatsanwalt.
Die Villa in Ludwigsburg ist repräsentativ, der Garten groß und mit gepflegtem Baumbestand. Doch die Radiologin Dorota Boreczek kann weder das eigene Heim noch Reisen oder andere Annehmlichkeiten des Lebens in Frührente genießen. Sie kann gar nicht genießen. Fast obsessiv kreisen ihre Gedanken in der unendlich langen, freien Zeit um Kattowitz, ihr altes Zuhause und das große Unrecht, das sie erlebte.
Sie erwarte eine "Entschädigung für den Aufenthalt in Gefängnissen während der Stalin-Zeit", teilte sie der "Kommission" in Kattowitz mit Schreiben vom 18. März 1992 mit. Denn auch sie saß mit der Mutter in Swietochlowice. Ein gutes halbes Jahr. Und der Vater, inhaftiert im Gefängnis von Krakau und im Lager von Jaworzno (ebenfalls einer alten Auschwitz Nebenstelle), kam aufgrund einer Amnestie erst 1951 frei. Doch da war sein Besitz von sieben Mietshäusern in Kattowitz und einem Sägewerk, einer Ziegelei und einem Kieswerk in Ostpolen längst enteignet.
Dorota, die damals noch Niesporek hieß, war in der Frauenbaracke untergebracht "Der Dreck", sagt sie, "der Dreck und die Läuse" - das war anfänglich das Schlimmste. Als den Frauen prophylaktisch die Haare geschoren werden sollten, verloren einige die Nerven und begingen im elektrisch geladenen Stacheldraht Selbstmord. Daraufhin wurde die Maßnahme eingestellt. Als sich die Krätze ausbreitete, litten Frauen besonders an eitrigen Entzündungen an den Brüsten. Später kam die Kleidung einmal in der Woche zur Entlausung - dann aber warteten die Frauen zehn Stunden nackt in der Baracke: "abgemagerte Wesen, kaum von Männern zu unterscheiden, knapp über dreißig Kilogramm".
Wenn ein Teil der Sachen bei der Entlausung verbrannte, stritten die Frauen um die Kleider der Kranken. "Hildegard Igla, eine wohlhabende Freundin meiner Mutter, besaß ein silbergraues Kostüm. Als sie fast in der Agonie lag, hat man ihr das Kostüm vom Leib gerissen, obwohl sie bat: Laßt mich in meinen Kleidern sterben."
Einen tiefen Einschnitt ins Lagerleben brachte die Typhusepidemie. Sie brach im Juli aus und ebbte erst nach sechs bis acht Wochen ab. Aus Angst vor Ansteckung kamen die Wachen kaum noch hinter den Stacheldraht. Die Folterungen hörten auf, Appelle fanden nicht mehr statt, die Disziplin löste sich auf.
Dorota stieg täglich in die Nachbarbaracke, wohin ihre Mutter im fortgeschrittenen Krankheitsstadium verlegt worden war. Hilflos, aber mit der hoffnungsvollen Verzweiflung eines Kindes versuchte sie, mit Wadenwickeln aus Schlüpfer und BH das Fieber zu senken. Doch Glombitza, der Lagerarzt, selbst ein Häftling, drohte ihr als Strafe mit dem Bunker: einer mit Wasser gefüllten Zelle, die so tief war, daß Dorota sicher ertrunken wäre.
Inzwischen war auch das Mädchen infiziert. "Komm unter meine Decke", sagte da eine Schweizerin zu ihr "Sie hatte eine Decke! Sie war gut zu mir. Wir hatten beide Typhus und lagen unter dieser Decke. Eines Morgens merkte ich, daß sie nicht mehr lebte. Und bis heute verfolgt mich, daß mein erster Gedanke war: Wie gut, daß sie gestorben ist, jetzt habe ich ihre Decke."
Die Leichenbaracke konnte nicht so viele Tote aufnehmen wie täglich starben. Sie wurden einfach auf Chlorkalk vor die Baracken geworfen, lagen stundenlang in der Sommersonne, zogen Ratten an. Der Totenwagen, ein einfacher, von Häftlingen gezogener Karren, war mehrfach täglich zu den Massengräbern unterwegs, erst zum evangelisch augsburgischen, dann

zum katholischen Friedhof. Wenn Anfang Juli - rechnete Gerhard Gruschka später - Swietochlowice mit 1.500 Personen noch voll belegt war, Anfang September die Blöcke 4, 6 und 7 aber bereits leer standen und die restlichen nicht mehr voll belegt waren, können sich nur noch knapp 500 Häftlinge im Lager befunden haben:
Mindestens 1.000 Männer und Frauen müssen der Epidemie somit zum Opfer gefallen sein. Viele von ihnen sind nirgends namentlich erfaßt worden. Wenn sich aber auf dem Standesamt Swietochlowice dennoch 1.600 Originalsterbeurkunden anfanden (meist von Morel unterzeichnet), müssen - sehr vorsichtig geschätzt - mindestens 2.500 Menschen in nur gut sieben Monaten im Lager umgekommen sein. Dorota aber lebte. Und die Mutter auch, obwohl sie nur noch auf allen vieren kroch.
Im Oktober 1945 erschien eine Kommission unter Leitung des Staatsanwalts Jerzy Rybakiewicz und befragte alle Lagerinsassen nach Zeitpunkt und Grund ihrer Verhaftung. Mit Befehl vom 15. September 1945 nämlich hatte Sicherheitsminister Radkiewicz angeordnet, "alle Gefängnisinsassen zu entlassen, gegen die keine staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen laufen" - oder reguläre Anklage zu erheben.
In Swietochlowice kamen die meisten Männer und Frauen innerhalb weniger Tage frei, der kleinere Teil wurde in andere Lager oder ins Gefängnis von Krakau geschafft. Vor dem Lager traf Dorota auf Frauen mit Bildern von ihren Söhnen und Männern, die fragten, ob ihr bekannt sei, daß sie überlebt hätten. Aber Dorota "sah nur wie hypnotisiert auf das Tor. Ob die Mama käme. Und plötzlich stand sie da. Plötzlich konnte sie laufen. Sie kam durch das Tor. Und als sie draußen war, brach sie wieder zusammen Dorotas Mutter wog 32 Kilogramm und hatte einen gebrochenen Schädel. Erst nach einem halben Jahr konnte sie wieder gehen.
Vor der Entlassung hatten Mutter und Tochter schriftlich gelobt, niemals und niemandem zu erzählen, was ihnen widerfahren war.
Wem auch erzählen? Das Thema fiel im kommunistischen Polen unter die Zensur, und Dorotas Familie war ins Abseits gedrängt. Der Vater endete in der Psychiatrie, aus der Mutter war ein Pflegefall geworden. Und 25 Jahre lang erhielt Dorota nicht einmal die Ausreisegenehmigung. Als sie dann schließlich 1970 in die Wahlheimat Bundesrepublik übersiedeln konnte, kam die zweite bittere Erfahrung: Auch hier konnte sie nicht erzählen.
Niemand wollte hier ihre Geschichten hören. Niemand wollte nach 1968 mehr von deutschem Leiden erfahren, das einige politische Kräfte in den fünfziger und sechziger Jahren hervorgehoben hatten, um die deutsche Schuld vor 1945 zu relativieren. Mit den Kollegen am Arbeitsplatz, mit den Nachbarn fand sie keine gemeinsame Sprache - und verschloß die Erfahrungen weiter tief in ihrem Innern. Denn auch die Tochter wollte damit nicht belastet werden. Und die Mutter sprach bis zu ihrem Tod über Swietochlowice nie mehr ein einziges Wort.
Erst die Ermittlungen der "Kommission" ließen Frau Boreczek Hoffnung schöpfen. Mit unglaublicher Energie sucht sie nun selbst nach weiteren Zeugen in Polen, trifft sich mit Frauen aus ihrer Baracke, kämpft um die Rehabilitierung der Eltern und die Rückgabe des Familienbesitzes. Morel hingegen verhärtete unter zunehmendem Erklärungsdruck immer mehr.
Nicht nur die Kattowitzer Lokalpresse und die polnischen Wochenzeitungen Wieset und März 1993 war endlich auch in der New Yorker Journalisten John Sack erschienen - eines Juden wie Morel, dem er vertraut und monatelang vieles ungeschützt erzählt hatte. Sieben Jahre lang hatte Sack recherchiert. Amerikanische Redaktionen hatten ihm Reisekosten nach Polen und Deutschland finanziert und hohe Vorschüsse gezahlt.
Doch dann lehnten sie alle den Abdruck seiner Geschichte ab: Gentlemens Quarterly, Harpers brachte wenigstens John Sacks Recherchen als Buch heraus ("An Eye for an Eye - The Untold Story of Jewish Revenge against Germans in 1945") - kaum eine Zeitung besprach das Werk. Als schließlich die Village Voice Sacks Geschichte doch druckte, waren die Fakten nicht mehr zu übersehen.

Nun fühlte sich Solomon Morel umstellt und betrogen - und leugnete jede Schuld: Es habe keinen Todesbunker gegeben, keinen einzigen Selbstmord in dem unter Hochspannung stehenden Stacheldraht, die Läuse seien von den Häftlingen mit dem Typhus eingeschleppt worden und: "Ich erkläre mit Nachdruck, daß es neben den an Typhus Gestorbenen keine anderen Todesfälle gegeben hat."
Dabei waren die Methoden, mit denen Morel das Lager führte, bereits von seinen damaligen Vorgesetzten beanstandet worden. Mit Schreiben vom 24. September 1945 hatte Oberstleutnant T. Duda, Direktor der Gefängnisse und Lager im Sicherheitsministerium, einen dreitägigen Hausarrest und die Kürzung des Gehalts um die Hälfte verfügt, da Morel die Lagerordnung nicht aufrechterhalten, den wirtschaftlichen Bereich "paralysiert" und die Verbreitung der Typhusepidemie hingenommen habe.
Noch 1948 - Morel war Leiter des Gefängnisses in Ratibor - hatte sein Vorgesetzter am Schluß einer überwiegend positiven Einschätzung immerhin zu bedenken gegeben: "Manchmal vergißt er sich, und dann brechen Partisanenangewohnheiten durch, was nicht positiv und eines Parteimitglieds unwürdig ist. Ende 1946 hatte er in Oppeln wegen eben dieser "Partisanenangewohnheiten" bereits eine "schwere Rüge" erhalten.
Morel aber wollte zu all diesen Erkenntnissen nicht mehr aussagen. Er erschien weder zu der Zeugenbefragung der "Kommission" im Juni noch im November 1993. Einmal entschuldigte ihn seine Ehefrau Wieslawa, die er 1945 im Lager kennengelernt hatte, wo sie zur Wachmannschaft gehört haben soll: Er sei auf Urlaub in Israel. Das andere Mal meldete sich Morel selbst mit einem kurzen förmlichen Schreiben aus Tel Aviv: Er habe seinen beiden früheren Aussagen nichts mehr hinzuzufügen.
Statt dessen suchte er Verbündete für eine offensive Verteidigungsstrategie. "Seit dreieinhalb Jahren klagen mich die Deutschen wegen Rechtsbruch an, daß ich geschlagen und erschlagen hätte", beschwerte er sich Ende 1993 von Tel Aviv aus beim politischen Justizminister: Über Zeugen, die vier Jahrzehnte seine Mitbürger in Kattowitz und Umgebung waren und die polnische Staatsbürgerschaft besitzen wie er. Plötzlich sollen sie wieder - einige hatten es befürchtet - Deutsche sein, Fremde, Feinde.
Dabei haben sich auch damals viele von ihnen in erster Linie als Oberschlesier gefühlt, Kinder einer Grenzkultur mit deutschen, polnischen, böhmischen Anteilen, und sie haben - zweisprachig, wie sie waren - im Unterschied zu den Reichsdeutschen in der "braunen" Baracke 7 auch im Lager überwiegend ihr Oberschlesisch gesprochen einen polnischen Dialekt mit deutschen Einsprengseln.
Aber Morel braucht das denunziatorische Stereotyp für seine Entlastung: "Ich denke, daß die Deutschen attackieren, um zu zeigen, daß nicht sie (die Polen und Juden), sondern Polen und polnische Juden die Deutschen ermordet haben. Gegen mich sagen einige Dutzend Revanchisten aus, mit denen John Sack zusammenarbeitet.
Ich bitte Sie", wandte er sich an den Minister, auf dessen Verständnis aufgrund der gemeinsamen kommunistischen Vergangenheit hoffend, "sich mit dieser schändlichen Provokation, die internationalen Charakter annimmt, eingehend vertraut zu machen. Die Deutschen machen das aus Rache und John Sack, der amerikanische Jude, gegen Geld." Der Minister jedoch hatte offensichtlich kein Verständnis, denn er leitete den Brief weiter an die "Kommission", die Morel doch gerade zu umgehen trachtete.
Ohne Fürsprecher im heimatlichen Polen muß sich Morel ein zweites Mal im Stich gelassen fühlen. Schon 1968 nämlich, als er die Karriereleiter bis zur Stufe des Gefängnisleiters von Kattowitz im Range eines Oberst emporgeklommen war, hatte ihn die Partei von einem Tag auf den anderen fallengelassen. Zwar konnte ihn die antisemitische Kampagne der nationalistischen Genossen nicht wie 20.000 anderer Polen jüdischer Herkunft aus dem Land treiben. Aber ein ärztliches Attest stellte ihn mit der Diagnose einer "dauerhaften Berufsunfähigkeit"

kalt. Er war 48 Jahre jung. Kann er es noch wagen, aus dem fremden Israel, dessen Klima ihm zusetzt, heimzukehren, ohne das Risiko einer Verhaftung einzugehen?
Die "Kommission" in Kattowitz jedenfalls hielt die Beweislage Ende 1993 für ausreichend, um die Unterlagen der Staatsanwaltschaft zu übergeben. Nur die Zentrale in Warschau bremste noch: Es sei "verfrüht", gab sie zu bedenken und forderte die Vernehmung auch noch von Zeugen aus dem Block 7.
Doch Gerhard Gruschka wurde nie geladen, und Eric van Calsteren ist tot. "Unter Berufung auf die sogenannte Staatsräson wird alles getan", schrieb Dorota Boreczek enttäuscht und bitter im Januar 1994 an die Zentrale in Warschau, "um das Problem der juristischen wie moralischen Verantwortung sowie der Wiedergutmachung zu umgehen."
Doch nicht nur einige Juristen in der "Kommission zur Untersuchung der Verbrechen am polnischen Volk" haben offensichtlich grundlegende Bedenken gegen einen Prozeß. Spielt die Veröffentlichung der Geschichte eines jüdischen Lagerkommandanten - fragte ein Reporter des amerikanischen Fernsehmagazins "Sixty minutes" nicht tatsächlich jenen in die Hände, die behaupten, der Holocaust sei gar nicht so schlimm gewesen?
Hatten vielleicht nicht jene amerikanischen Redaktionen und Verleger recht, die John Sack den Abdruck des Artikels und den Druck des Buches ("An Eye for an Eye") verweigerten? Ja, stimmt dem Reporter der Direktor des Jüdischen Weltkongresses Elan Steinberg zu: Der Fall Morel stellt die Geschichte auf den Kopf, macht aus Opfern Täter und aus Tätern Opfer. Zumindest stellt er eine Symmetrie her: Die einen waren so schlecht wie die anderen "Diese Art von Relativismus ist ein Verbrechen an der Geschichte."
Ja, meinte in Warschau auch die Redaktion der Wochenzeitung Polityka, weil sie wohl fürchtete, der Fall könne Wasser auf die Mühlen des Antisemitismus im Land sein.
Und auch die Redaktion der ZEIT diskutierte vor einem Jahr heftig darüber, ob sie den Artikel von John Sack aus Village Voice nachdrucken sollte. Man müßte die Wahrheit doch schreiben dürfen, meinten die einen. Die Gegenargumente: Wird nicht der industriell betriebene Massenmord der Nazis verharmlost, wenn man John Sacks Frage dagegensetzt, weshalb Juden dasselbe getan hätten wie die Nazis - da es doch dasselbe nicht war?
Dürfen Deutsche (und deutsche Zeitungen) sich hinter der jüdischen Selbstbefragung verstekken, ohne sich eines "Tonfallschwindels" schuldig zu machen? Und äußert sich Antisemitismus nicht auch darin, daß man von den polnischen Verantwortlichen nur jene namhaft macht, die jüdischen Glaubens sind?
Am Ende wurde der Abdruck des Artikels von John Sack verworfen und beschlossen, eine eigene Geschichte zu recherchieren. Die Argumente für die Behandlung des Themas sind gewichtig "Man muß die Wahrheit sagen", urteilt auch Feliks Lipman, der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde in Kattowitz, obwohl Solomon Morel ihn aus Tel Aviv moralisch zu erpressen versuchte: Wenn er ihn nicht verteidige, sei er kein Jude mehr. Doch für Lipman, der den Krieg mit falschen Papieren und in schlesischen Arbeitslagern überlebte und seit 1983 die kleine jüdische Gemeinde in den kärglichen Räumen unweit des Bahnhofs leitet, kann es Loyalität unter diesen Umständen nicht geben
"Nicht alle Deutschen sind Hitleristen und nicht alle Polen und Juden unschuldig", befindet er "Wer Verbrechen begangen hat, soll dafür bestraft werden." Weil sie wissen und endlich die weißen Flecken der kommunistischen Geschichtsschreibung füllen wollen, haben auch junge polnische Journalisten und Wissenschaftler mit der Aufarbeitung der Geschichte Oberschlesiens begonnen.
Der Journalist Jakub Cieckiewicz widmete seine bewegende Reportage über Swietochlowice allen, die wegen (vermuteter) propolnischer Gesinnung in deutsche oder sowjetische Lager kamen, ihres Besitzes beraubt oder zur Wehrmacht eingezogen wurden, sowie jenen, die nach 1945 litten, als sie wegen (vermuteter) prodeutscher Gesinnung in sowjetische Bergwerke ver-

schickt wurden, in polnische Zwangsarbeitslager kamen, sich vor Gericht gegen den Vorwurf der "Abweichung von der polnischen Nationalität" verteidigen und "Treueerklärungen zur polnischen Nation" unterzeichnen mußten. Cieckiewicz wollte der Opfer beider totalitärer Regime gedenken.
"Die Toten von Auschwitz, Treblinka, Majdanek, Buchenwald, Ravensbrück dürfen nicht vergessen werden. Unsere Zukunft kann nicht vor Radikalismus bewahrt bleiben, wenn wir uns der Vergangenheit nicht stetig erinnern", schreibt Gerhard Gruschka. "Aber", fügt er hinzu - nicht um gleichzusetzen, nicht um zu relativieren, sondern um das Leid im ganzen Ausmaß kennenzulernen - "Die Aufarbeitung darf nicht 1945 enden. Die Toten von Auschwitz, denke ich, werden nichts dagegen haben, wenn ich die Toten von Swietochlowice in der Erinnerung neben sie lege."
Der Holocaust nämlich, sagt John Sack, werde durch Geschichten wie die von Solomon Morel nicht relativiert. Im Gegenteil "Der Holocaust war schlimmer, als wir dachten. Wir wußten, daß die Deutschen sechs Millionen Juden töteten. Jetzt wissen wir auch, daß sie einige hundert Juden so stark brutalisierten, daß sie wie Deutsche wurden. Was in den Lagern, was mit Morel passierte, ist eine weitere Folge des Holocaust."
Gerhard Gruschka, der ehemalige Reichsdeutsche, der sein ganzes Erwachsenenleben in der Bundesrepublik verbrachte, hat Mitte Oktober in den ziegelroten Pfosten des Tors von Swietochlowice einen kleinen Gedenkstein eingemauert. Jozef Malik, der Volksdeutsche aus Rybnik, der zeit seines Lebens in Polen blieb, stellte fast zur gleichen Zeit ein 2,70 Meter großes Holzkreuz auf dem Friedhof neben dem Lager auf. Viele Unbekannte legten zu Allerseelen hier und dort Blumen nieder und zündeten Kerzen an: zum Gedenken an die Opfer der Opfer. …<<
Der deutsche Journalist Alfred Theisen berichtete am 10. Februar 1995 in einer Beilage der Wochenzeitung "DAS PARLAMENT" über "Die Vertreibung der Deutschen – Ein unbewältigtes Kapitel europäischer Zeitgeschichte" (x163/17-18): >>... **VII. Ausblick**
Zu einer zukünftigen deutschen Friedensordnung, die diesen Namen verdient, muß es gehören, daß auch mit den deutschen Vertriebenen und den in deren Heimat verbliebenen Landsleuten nach den Grundsätzen von Recht und Wahrheit umgegangen wird. ...
Das Bemühen um historische Wahrheit als Grundlage einer realistischen Verständigungspolitik, aber auch die Würde der Opfer und ihr Vermächtnis, Vertreibungen für alle Zeit als Mittel der Politik zu ächten, sollten Deutsche und ihre östlichen Nachbarvölker dazu anhalten, sich sachlich mit dem lange verdrängten Kapitel der Vertreibung der Deutschen zum Ende des Zweiten Weltkrieges auseinanderzusetzen.
Zu Recht fragt Johan Georg Reißmüller in einem Leitartikel der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" vom 23. Januar 1995: "Wie kann man behaupten, das Verhältnis der Deutschen zu ihrer Nation sei normal, da die große Mehrheit des Volkes, angeführt von der großen Mehrheit der politisch wirkenden, von allen Opfern der Staats-Unmenschlichkeit auf unserem Kontinent im 20. Jahrhundert eine Kategorie nicht einmal zur Kenntnis nehmen will: Diejenigen Deutschen, die in der östlichen Hälfte Europas in den Jahren 1944, 1945, 1946 völkermordartigen Vernichtungsaktionen anheimfielen?"
Reißmüller weiter: "Wer an sie erinnert, dem schlägt in Deutschland sogleich der Vorwurf entgegen, er wolle 'aufrechnen'. Das ist eine als Anspruch ans Gewissen zurechtgemachte Unwahrheit.
Den Völkermord an den Juden, die von Deutschen verübten Massenmorde an Polen, Tschechen, Russen bemäntelt nicht und die Schuld Deutschlands am Zweiten Weltkrieg verkleinert nicht ... Es ist ein unsägliches Armutszeugnis, daß ... die ungezählten Deutschen, die am Ende des Krieges und nach dem Krieg von massenmordender Hand starben, ... im Gedächtnis der Nation keinen Platz haben. Doch es sind wenige unter unseren Politikern, die zu solchen Ge-

danken aufrufen."
Die Vertreibung und die damit zusammenhängenden Probleme können heute nicht mehr so verdrängt werden, wie es noch vor wenigen Jahren zu Zeiten der kommunistischen Diktaturen im ehemaligen Ostblock der Fall war. Auch mit Blick auf das aktuelle Vertreibungsgeschehen auf dem Balkan haben die deutsche und europäische Politik allen Grund, ihre bisherige Haltung gegenüber den berechtigten Forderungen vertriebener Deutscher zu überdenken.
Dies gilt ganz besonders für die östlichen Nachbarstaaten, wo die Offenlegung der eigenen Schuldverstrickung in die damalige Vertreibung der Deutschen jetzt erst möglich geworden ist. Prag und Warschau sollten die historische Chance nutzen, nach dem Überwinden der kommunistischen Diktatur sich endlich einem freien und versöhnenden Dialog sowie einem in die Zukunft gerichteten Miteinander mit den vertriebenen Ost- und Sudetendeutschen zu öffnen. ...<<
Vaclav Klaus, von 1993-1997 Ministerpräsident der Tschechischen Republik, hielt am 24. Februar 1995 in Hamburg eine Rede über die tschechisch-deutsche Vergangenheitsbewältigung (x154/20): >>... Ich bin der Meinung, daß bittere historische Erfahrungen oder Mißverständnisse in Folge eines einfachen Rezepts oder Schrittes verschwinden können. Für deren Beseitigung ist es vor allem erforderlich, gegenseitiges Vertrauen aufzubauen, sich mehr kennenzulernen und in die Zukunft, nicht in die Vergangenheit zu schauen.
Gerade das hat unser Präsident Václav Havel in seiner Rede in Prag vor einer Woche betont: "Die Vergangenheit kann nicht unser Programm sein. ... Es ist erforderlich, ein für allemal klar zu sagen, was in die Geschichte gehört und als Geschichte behandelt werden sollte. ... Das Einzige, was wir tun können und auch tun wollen, ist uns zu bemühen, diese Geschichte zu begreifen und alles dafür zu tun, daß sie sich nie mehr wiederholt".<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die tschechische Vergangenheitsbewältigung (x309/130): >>Auch nach dem Ende der Diktatur ist in den Vertreiberstaaten Osteuropas von einem Sinneswandel nicht allzu viel zu spüren. Dazu ein tschechisches Beispiel.
Auf einem Feld im südmährischen Pohrlitz zum Beispiel konnte man an der unterschiedlichen Farbe der jungen Saat die Lage von Massengräbern erkennen, in denen Opfer des Todesmarsches der Brünner Deutschen vom Frühjahr 1945 liegen. Über einem Teil der Gräber errichtete man in den 70er-Jahren landwirtschaftliche Gebäude – dem Vernehmen nach Kuhställe. 1994 mußten die letzten Gräber einer Schnellstraße weichen; die Toten wurden auf Kosten des österreichischen Schwarzen Kreuzes nach Drasenhofen/Niederösterreich verfrachtet. Und so folgte der Vertreibung der Lebenden die Vertreibung der Toten. ...<<
Der tschechische Verfassungsgerichtshof in Brünn verwarf am 8. März 1995 die Verfassungsbeschwerde eines tschechischen Staatsbürgers deutscher Nationalität. In der Urteilsbegründung hieß es z.B., daß die kollektive Bestrafung der Sudetendeutschen gemäß Benesch-Dekret Nr. 108 aufrecht erhalten werden müsse.
Dieses Gerichtsurteil des tschechischen Verfassungsgerichtshofes bestätigte, daß Entrechtung und Abschub der deutschen Bevölkerung auf der Grundlage des sog Benesch-Dekrets in Einklang mit den "Rechtsprinzipien der zivilisierten Gesellschaften Europas" standen (x151/50).
Das Gericht sah im Benesch-Dekret 108 "nicht nur einen legalen, sondern auch einen legitimen Akt", weil die verjagte Bevölkerung "der Demokratie und ihrer Wertordnung feindlich gegenüberstand und in der Folge einen Angriffskrieg unterstützte" (x151/67).
Der deutsche Staats- und Völkerrechtler Gilbert Gornig schrieb später über das Urteil des tschechischen Verfassungsgerichtshofes in Brünn vom 8. März 1995 (x151/44): >>... Die Brünner Entscheidung spiegelt die Unversöhnlichkeit wider, die in der tschechischen Gesellschaft vorzuherrschen scheint. Die Entscheidung des Brünner Gerichts sowie die Reaktionen der tschechischen Bevölkerung zeigen, daß Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit, wozu auch der

Respekt vor dem Völkerrecht gehört, in der Tschechischen Republik noch nicht ausreichend verankert sind.
Der tschechische Staat muß die Kraft aufbringen, sich in politischen Äußerungen vom Unrecht der Vertreibung zu distanzieren und in den Entscheidungen seiner Gerichte Konsequenzen aus der Rechtswidrigkeit der Vertreibungen und Enteignungen zu ziehen. Ansonsten wird man der Tschechischen Republik die Reife absprechen müssen, Mitglied in der europäischen Union zu werden.
Ein Staat, der Vertreibungen und Enteignungen ganzer Volksgruppen als legitim betrachtet sowie kollektive Schuldzuweisungen und kollektive Bestrafungen billigt, hat keinen Platz in einem Staatenverbund, der sich "zu den Grundsätzen der Freiheit, der Demokratie und der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten und Rechtsstaatlichkeit" bekennt.<<
Der deutsche Filmproduzent Arthur Brauner schaltete am 6. Mai 1995 in mehreren deutschen Tageszeitungen Anzeigen, um an sein persönliches Schicksal als jüdischer Verfolgter zu erinnern und um die Vertreibung der Deutschen zu rechtfertigen.
In diesen Anzeigen wurde die Vertreibung der Deutschen als legitime Maßnahme bezeichnet (x268/103): >>... Die Vertreibung der Deutschen war demnach eine kausale Folge, die bei jedem humanen und politisch integer denkenden Menschen auf Verständnis stößt.<<
Der deutsche Völkerrechtler und Jurist Otto Kimminich berichtete am 3. Juni 1995 während einer Tagung der Sudetendeutschen über das Unrecht der Vertreibung der Deutschen in völkerrechtlicher Bedeutung (x150/36-45): >>... Die welthistorische Bedeutung dieses Gesamtvorgangs wird erst jetzt auch von Nichtbetroffenen erkannt. Eine neue interdisziplinäre Wissenschaft, die sogenannte Migrationsforschung, die sich im Hinblick auf die im 21. Jahrhundert zu erwartenden weiträumigen und umfangreichen Wanderungsbewegungen zu entfalten beginnt, untersucht die Wanderungsbewegungen früherer Zeiten, und dabei stellt sich heraus, daß 1945/46 im Herzen Europas die gewaltigste Bevölkerungsverschiebung der Weltgeschichte stattgefunden hat.
In den Gebieten, die in der trockenen Gesetzessprache als Vertreibungsgebiete bezeichnet werden, lebten 17 Millionen Deutsche. 12 Millionen von ihnen gelangten in den Westen, 2 ¼ Millionen fanden den Tod, die übrigen erlebten unterschiedliche Schicksale, die durch die Begriffe Deportation, Assimilierung, Denationalisierung, Untertauchen, Familienzusammenführung, Spätaussiedlung gekennzeichnet werden. ...
Die Vertreiberstaaten – und diejenigen, die deren Politik zu rechtfertigen suchen, worunter sich allerdings keine Völkerrechtler befinden - haben immer wieder auf die Umsiedlungsverträge hingewiesen, um ihre Maßnahmen völkerrechtlich zu rechtfertigen. ...
Nun ist aber gerade das Potsdamer Abkommen schon wegen seines Inhalts nicht als Umsiedlungsvertrag zu betrachten. Hinzu kommt, daß es auch deshalb kein Umsiedlungsvertrag sein kann, weil es nicht zwischen dem die Bevölkerung abgebenden und dem die Bevölkerung aufnehmenden Staat abgeschlossen worden ist. Rechtlich ist es nichts anderes als das Schlußkommunique einer Konferenz von drei Siegermächten am Ende des Zweiten Weltkriegs.
Darüber hinaus ordnet es keineswegs Zwangsumsiedlungen an, sondern fordert in seinem Artikel XIII – dem einzigen Artikel, in dem überhaupt von einem Bevölkerungstransfer die Rede ist – die tschechische und polnische Regierung und den Alliierten Kontrollrat in Ungarn auf, von weiteren Vertreibungen abzusehen, bis das Problem durch interalliierte Gespräche geklärt sei.
So ist es nicht verwunderlich, daß das Argument Winiarskis, das Potsdamer Abkommen sei ein Umsiedlungsvertrag, der ausnahmsweise zulässig sei, bei den anderen Völkerrechtlern keinen Anklang gefunden hat.
Mehrere Mitglieder der Weltvereinigung haben ausdrücklich erklärt, daß die im Potsdamer Abkommen enthaltenen Passagen über die Ausweisung der Deutschen – obwohl sie diese

Ausweisung nicht anordnen, sondern nur die bereits erfolgten sogenannten wilden Austreibungen zur Kenntnis nehmen und die Debatte über das gesamte Problem in Aussicht stellen – völkerrechtswidrig sind.
Es sind insbesondere deutsche und österreichische Völkerrechtler gewesen, die sich schon bald nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges mit dieser Problematik beschäftigt und dabei nachgewiesen haben, daß das bereits 1945 geltende Völkerrecht ein Vertreibungsverbot enthielt. Die Tatsache, daß es damals keine Konvention über die Verhütung und Bestrafung von Vertreibungen gab – ein Defizit, das heute noch besteht -, ändert an der Geltung des völkerrechtlichen Vertreibungsverbotes nichts.
Trotz der stetig wachsenden Zahl von internationalen Konventionen besteht das Völkerrecht heute wie damals überwiegend aus Völkergewohnheitsrecht. Gerade das Vertreibungsverbot läßt sich, wie schon erwähnt, aus Völkerrechtsnormen ableiten, die seit Jahrhunderten gelten. ...
Über die verzweifelten Versuche des Internationalen Roten Kreuzes, im Sommer 1945 auf die Vertreiberstaaten einzuwirken, berichtet auch der amerikanische Völkerrechtler Alfred Maurice de Zayas. ...
... Sein großes Buch "Nemesis at Potsdam" ist sofort ins Deutsche übersetzt worden. Andere Bücher und zahlreiche wissenschaftliche Aufsätze folgten. Vor zwei Jahren veranstaltete de Zayas als Gastprofessor an der Universität Chicago dort eine Ausstellung über die Vertreibung der Deutschen, die vielen Tausend Amerikanern die Augen öffnete. Daß dieser gerechte und tapfere Mann, nachdem er sich intensiv dem Völkerrecht zugewandt hatte, schließlich im Menschenrechtszentrum der Vereinten Nationen arbeitete und heute eine führende Position im Beamtenstab der UNO einnimmt, ist ein Lichtblick in unserer dunklen Zeit.
Aber es ist doch kein Einzelfall. Bereits vor einigen Jahren hatte ich das Buch eines anderen amerikanischen Völkerrechtlers über die Oder-Neiße-Linie zu rezensieren. ...
Auch er ging als Völkerrechtler der Frage nach und war erschüttert. So entstand das Buch, an dessen Schluß die Sätze stehen, die Oder-Neiße-Linie sei die ungerechteste Grenze der ganzen Welt und dürfe niemals Bestand haben. Das konnte und kann nur ein amerikanischer Völkerrechtler schreiben. Ein Deutscher darf das natürlich nicht, und zwar deshalb, weil die Bundesrepublik Deutschland in mehreren Verträgen die Endgültigkeit dieser Grenze feierlich anerkannt hat. Wir wissen das und halten uns daran. Aber es ist natürlich erlaubt, einen Amerikaner zu zitieren. ...
... Warum fährt man fort, die Parolen des Hasses zu verkünden? Warum sieht man nicht ein, daß es hier um Frieden und Menschenrechte geht? Warum weigert man sich, die Gerechtigkeit als Grundlage eines dauernden Friedens anzuerkennen?
Wenn es darum ist, weil man die Redlichkeit der Friedliebenden anzweifelt und ihren Motiven mißtraut, so kann uns das nicht entmutigen, sondern im Gegenteil: Es spornt uns an, beharrlich fortzufahren, Beweise unseres guten Willens zu zeigen und den Weg der Rechtlichkeit zu verfolgen.
Wenn es aber darum ist, weil das böse Gewissen die Angst vor der Vergeltung nicht einschlafen läßt, oder weil eine völlige Rechtsblindheit die völkerrechtskonforme Beurteilung unmöglich macht, so werden die Beweise unserer Friedensliebe wenig nützen. …
Als Christen sind wir verpflichtet zu vergeben, aber wir sind nicht verpflichtet, zu vergessen. Das kann jeder Theologe bestätigen, und das weiß wohl auch jeder, der im Religionsunterricht aufmerksam zugehört hat. Eine Christenpflicht zum Vergessen gibt es nicht.
Der Jurist kann sich der moralischen Aufforderung zur Versöhnung anschließen; denn sie beeinträchtigt das in die Zukunft gerichtete Vertreibungsverbot nicht. Aber er muß hinzufügen: Um des Friedens und des Rechtes willen sind wir nicht nur nicht verpflichtet zu vergessen, sondern wir sind verpflichtet, nicht zu vergessen. Anders läßt sich die Wahrheit als Grundlage

des Friedens zusammen mit der Gerechtigkeit, der Liebe und der Freiheit, nicht erhalten. Die Arbeiten der Völkerrechtler zu den Fragen der Vertreibung haben dies deutlich gezeigt.
Die Pflicht nicht zu vergessen, bezieht sich nicht nur auf das Denken im stillen Kämmerlein. Sie beinhaltet die Pflicht, die Kenntnis der historischen Wahrheit zu verbreiten, damit die künftige Generation sie zur Erhaltung von Recht und Frieden verwenden können.
Es geht also um viel mehr als nur um das Erinnern. Es geht tatsächlich um die Gestaltung der Zukunft. Freilich erwächst die Verpflichtung auch aus dem Andenken an die Gemordeten und Gequälten. Doch darüber hinaus ist es eine im Schicksal der Vertreibung begründete Pflicht, deren Erfüllung das Ziel hat, künftige Generationen vor ähnlichem Schicksal zu bewahren. Deshalb kommt auch die völkerrechtliche Beurteilung zu dem Schluß: vergeben ja, vergessen niemals.<<
Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 6 berichtete im Juni 1995 (x853/...):
>>*Die britische Zeitung "Sunday Correspondent"; 16.9.1989 (zitiert in FAZ, 17.9.89):*
"Wir müssen jetzt ehrlich über die deutsche Frage sein, so unbequem sie auch für die Deutschen, für unsere internationalen Partner und für uns selbst sein mag ... Die Frage bleibt in der Essenz die gleiche. Nicht, wie wir verhindern, daß deutsche Panzer über die Oder oder Marne rollen, sondern wie Europa mit einem Volk fertig wird, dessen Zahl, Talent und Effizienz es zu unserer regionalen Supermacht werden läßt.
Wir sind 1939 nicht in den Krieg eingetreten, um Deutschland vor Hitler oder die Juden vor Auschwitz oder den Kontinent vor dem Faschismus zu retten. Wie 1914 sind wir für den nicht weniger edlen Grund in den Krieg eingetreten, daß wir eine deutsche Vorherrschaft in Europa nicht akzeptieren können".<<
Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 7/8 – 1995 berichtete im Juli 1995 über das Buch "Kollektivschuld und Vertreibung" des deutschen Moraltheologen Franz Scholz (x853/...): >>**Kollektivschuld und Vertreibung**
... Scholz vergleicht das Verhalten der spanischen Konquistadoren in Lateinamerika mit der Haltung der Sieger von 1945 und kommt zum Ergebnis, daß letztere sich derselben verbrecherischen Machenschaften bedienten wie einst die Spanier. …
Die Deutschen waren 1945 - ähnlich den von Kolumbus entdeckten Indios - der Willkür und Grausamkeit der Sieger wehrlos ausgeliefert. Erstere waren rechtlos, weil sie noch nicht getauft waren, letztere, weil sie Deutsche waren. …
Das Grundgesetz der Bundesrepublik verstand im Artikel 23 Deutschland in den Grenzen von 1937. Den "Enkeln" Adenauers seien die Worte ihres "Großvaters" in Erinnerung gerufen, der am 20.9.49 erklärte:
"Wir können uns daher unter keinen Umständen mit einer von Sowjetrußland und Polen später einseitig vorgenommenen Abtrennung dieser Gebiete abfinden. ... sie widerspricht nicht nur dem Potsdamer Abkommen, sie widerspricht auch der Atlantik-Charta vom Jahre 1941, der sich die Sowjetunion ausdrücklich angeschlossen hat."
Und der Alterspräsident des Bundestages Paul Löbe von der SPD sagte am 13.6.50:
"Niemand hat das Recht, aus eigener Machtvollkommenheit Land und Leute preiszugeben und eine Politik des Verzichts zu betreiben."
Nur 3 Monate später erklärte der Fraktionsvorsitzende der SPD im Bundestag, Herbert Wehner: "Das deutsche Volk sieht in der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie ... in der Mißachtung des Schicksals und des Heimatrechts der Vertriebenen, Verbrechen an Deutschland und gegen die Menschlichkeit."
Am 20.10.53 bekräftigte Bundeskanzler Adenauer, daß "das deutsche Volk die sogenannte Oder-Neiße-Grenze niemals anerkennen (wird)."
Haben die "Enkel" dies schon alles vergessen?
Und wenn binnen knapp 40 Jahren ein so radikaler Gesinnungswandel möglich ist, wie wir

ihn bei den verantwortlichen Politikern hinsichtlich der östlichen "Friedensgrenze" erleben, warum sollte dann nicht in absehbarer Zeit eine erneute Schwenkung vorgenommen werden, zumal wenn sie begründete Aussicht auf einen stabilen Frieden in Europa verspricht?
- Im Aufruf der SPD zum Schlesiertreffen am 20.10.53 hieß es: "Breslau - Oppeln - Gleiwitz - Hirschberg - Glogau - Grünberg: das sind nicht nur Namen, das sind lebendige Erinnerungen. ... Verzicht ist Verrat, wer sollte das bestreiten?"
Am 22.3.64 sagte Herbert Wehner zutreffend: "Was aber gewönne die Welt, wenn die Deutschen sich dazu überreden oder übertölpeln ließen, zu heucheln und anzugeben, daß geraubtes, vorenthaltenes oder mißhandeltes Recht nicht mehr sogenannt werden soll? ... Sie gewönne vielleicht oder höchstens eine zeitweilige Betäubung, aber sie wäre damit Opfer einer Täuschung."
Auf demselben Kongreß sagte Bundeskanzler Erhard, was unbestreitbar heute genauso gültig ist wie damals:
"Wir verzichten nicht - und können angesichts der Verantwortung vor dem deutschen Volk, dem Recht und der Geschichte auch nicht verzichten auf Gebiete, die die angestammte Heimat so vieler unserer Brüder und Schwestern sind ... Das Recht kann nicht nur für eine bestimmte Gruppe von Völkern gelten, es muß für alle gelten. Die Vertreibung von Millionen Deutschen aus ihrer seit Jahrhunderten angestammten Heimat hat keine neuen Rechtsrealitäten geschaffen. Aus Unrecht kann niemals Recht werden."
Das Genfer Abkommen vom 12.8.1949 bestimmt unmißverständlich:
"Zwangsweise Einzel- oder Massenaussiedlung sowie Deportation sind ohne Rücksicht auf den Beweggrund untersagt. Die evakuierte Bevölkerung ist unmittelbar, nachdem die Feindseligkeiten innerhalb des fraglichen Gebietes ihr Ende gefunden haben, zu ihren Heimatstätten zurückzuführen. Die Besatzungsmacht darf Teile ihrer eigenen Zivilbevölkerung nicht in das von ihr besetzte Gebiet deportieren oder umsiedeln." …
- Wenn Bundeskanzler Kohl dagegen 1990 erklärte: "Was zwischen Deutschen und Franzosen möglich war, kann und muß auch endlich zwischen Deutschen und Polen möglich sein", offenbart er ein für einen studierten Historiker merkwürdiges Verständnis historisch völlig unvergleichbarer Tatbestände.
Frankreich hat nicht nur keine Deutschen vertrieben, sondern ist auch nicht für den Mord an hunderttausenden unschuldigen deutschen Männern, Frauen und Kindern verantwortlich. Durch die Zustimmung zur Rückkehr des Saargebietes zu Deutschland hat es die Prinzipien beachtet, auf die es sich gemäß den Statuten der UNO verpflichtete. Dagegen ist Polen nicht nur hauptverantwortlich für die Vertreibung von Millionen Deutschen mit all den Massenverbrechen, sondern weigert sich nach wie vor hartnäckig, diese Verbrechen, die schwerste Verstöße gegen das Völkerrecht darstellen, als solche anzuerkennen.
Zahllose Polen haben genau das getan, wofür mehrere Angeklagte in Nürnberg zum Tode verurteilt und durch den Strang hingerichtet wurden. …
Die "bestätigte Grenze", mittels derer Stalin ewige Feindschaft zwischen Deutschen und Polen zementieren wollte, sollte den Frieden in Europa garantieren? Ist "Väterchen Stalin", einer der größten Massenmörder der Weltgeschichte, also ein Friedensstifter? …
Sämtliche "Freunde" Deutschlands, Amerikaner, Franzosen, Sowjets, Engländer, Niederländer, Dänen, Tschechen, Italiener und das Europäische Parlament forderten, die "bestehende Grenze" an Oder und Neiße unzweideutig anzuerkennen, ein in der Geschichte einmaliger Vorgang. Genauer gesagt, muß man einräumen, daß sich ein ähnlicher Vorfall bei der zweiten Teilung Polens 1793 ereignete. …
Der amerikanische Präsident Wilson sagte am 7.4.1919: "Das einzige wahre Interesse Frankreichs an Polen besteht in der Schwächung Deutschlands, indem Polen Gebiete zugesprochen werden, auf die es kein Anrecht besitzt."

Gelten diese Worte nicht auch für alle "Freunde" Deutschlands, die kategorisch die Abtretung eines Viertels unseres nach dem Versailler Diktat noch verbliebenen Landes fordern? ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 29. August 1995: >>**Schweineställe wurden "Tor zur Freiheit"**

Vor 50 Jahren wurde das Grenzdurchgangslager Friedland errichtet

... Das Grenzdurchgangslager Friedland wurde für Millionen von Flüchtlingen, Vertriebenen und Aussiedlern das Tor zur Freiheit. Am 21. September feiert das Lager in Anwesenheit von Bundespräsident Roman Herzog sein 50jähriges Bestehen.

Das ausgerechnet das kleine Dörfchen Friedland im Landkreis Göttingen einmal Schauplatz erschütternder Szenen werden würde, die die ganze Welt bewegten, lag sowohl an seiner geographischen Lage als auch an der politischen Entwicklung nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs. In Deutschland, das inzwischen in vier Besatzungszonen aufgeteilt war, gab es gewaltige Bevölkerungsbewegungen. Viele Einwohner aus dem Ruhrgebiet waren in den letzten Kriegsmonaten vor den Bombardierungen der Alliierten gen Osten evakuiert worden oder geflohen und wollten nun wieder zurück in ihre zerstörten Städte.

Aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie waren riesige Flüchtlingstrecks aufgebrochen, um sich vor den sowjetischen Truppen in Sicherheit zu bringen. Entlassene Kriegsgefangene machten sich auf den Rückweg in ihre Heimatorte. Schnittpunkt der Flüchtlingsströme wurde das Gebiet um Friedland, weil hier im südöstlichen Zipfel des späteren Bundeslandes Niedersachsen, die sowjetische, die britische und die amerikanische Zone aneinandergrenzten. ...

Vor allem der Flüchtlingsstrom von der sowjetischen in die britische Zone stellte die britischen Militärbehörden vor immer größere Probleme. Spätestens im September 1945 eskalierte die Lage. Täglich kamen mehr als 1.000 Flüchtlinge aus dem Osten im Kreis Göttingen an. Allein in der Nacht vom 5. auf den 6. September strömten 3.100 Menschen aus Thüringen in die Dörfer Rittmarshausen und Bremke. Um die Flüchtlingsbewegungen unter Kontrolle zu bekommen, ließ der britische Kreisoffizier von Göttingen, Oberstleutnant Perkins, schließlich die Viehställe beschlagnahmen.

Schon nach wenigen Tagen zeigte sich, daß sie nicht ausreichten. Die Kriegsgefangenen bauten deshalb auf einem höher gelegenen Rübenacker in der Nähe des Friedländer Bahnhofes ein größeres Flüchtlingslager aus Zelten und runden Wellblechbaracken, den sogenannten Nissenhütten. Seit 50 Jahren befindet sich das Lager Friedland auf diesem Gelände.

Anfang Oktober ordnete die britische Militärregierung an, daß jeder, der in die britische Zone einreiste, durch ein Auffang- und Durchgangslager zu gehen habe. Nur dort erhielten die Neuankömmlinge den begehrten Registrierschein, der geradezu lebensnotwendig wurde. Ohne Registrierschein gab es keine neuen Papiere, und ohne Papiere gab es keine Arbeit, keine Wohnung und vor allem keine Lebensmittelkarten.

Allein in den letzten Monaten des Jahres 1945 kamen 533.000 Menschen in das Lager Friedland. ...

Der erste Nachkriegswinter war für die Flüchtlinge mit großen Entbehrungen verbunden. Viele von ihnen mußten bei Temperaturen von bis zu 30 Grad im Freien übernachten. Einige erholten sich nicht mehr von den Strapazen ihrer Flucht: 66 Menschen, darunter 10 Kinder, starben in den ersten Jahren im Lager, die meisten von ihnen an Erschöpfung, Herzschwäche oder Unterernährung.

Diese Bilder des Elends kann Franz Binder bis heute nicht vergessen, ebensowenig die fahlen Gesichter und ausgemergelten Gestalten der heimkehrenden Soldaten, die ab 1948 aus der sowjetischen Kriegsgefangenschaft entlassen wurden. "Viele hatten gar keine Schuhe an, sondern nur Lappen um die Füße", erinnert sich Hilde Binder, die spätere Ehefrau des Lagerkochs. Sie lief damals immer auf die Straße hinaus oder hinüber ins Lager, um die Busse mit den Heimkehrern zu empfangen. Die Begrüßungsszenen auf dem Appellplatz des Lagers, wo

schon viele Angehörige auf die Heimkehrer warteten, waren unbeschreiblich.
Nur die letzten 10.000 deutschen Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion kamen zunächst nicht. Erst Adenauers Moskau-Besuch im Herbst 1955 machte ihnen den Weg frei zur Heimkehr. Die Bilder vom begeisterten Empfang in der Heimat gingen damals um die ganze Welt, Friedland war endgültig das "Tor zur Freiheit".
Insgesamt sind seit 1945 rund 3,5 Millionen Menschen durch das Lager gegangen. Heute ist Friedland vor allem Erstaufnahmelager für die Spätaussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion. ...<<
Jose Ayala Lasso, von 1994-1997 erster Hoher Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte, erinnerte im Jahre 1995 an den 50. Jahrestag der Vertreibung der Reichs- und Volksdeutschen (x268/98): >>Wenn die Staaten seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges mehr über die Vertreibung der Deutschen nachgedacht hätten, dann wären die heutigen Katastrophen und Vertreibungen, die vor allem als ethnische Säuberungen bezeichnet werden, vielleicht nicht in diesem Umfang vorgekommen. ...<<
Der deutsche Staats- und Völkerrechtler Dieter Blumenwitz berichtete am 13. März 1996 während einer völkerrechtlichen Fachtagung über die völkerrechtswidrige Vertreibung der Reichs- und Volksdeutschen (x151/66-68): >>... **Der Wiedergutmachungsanspruch**
Die Vertreibung der Deutschen ist weiterhin eine ungelöste Frage des Völkerrechts.
a) Zur Rechtfertigung der Vertreibung der Deutschen
Zur Rechtfertigung der Vertreibung der Deutschen werden im wesentlichen 4 Argumente vorgetragen:
- die "debellatio", also der völlige Untergang Deutschlands durch die Kriegsereignisse im Jahre 1945 und damit die - angebliche – völlige Freizeichnung der Siegermächte von der Einhaltung des Völkerrechts
- die Deutung des Potsdamer Abkommens als Umsiedlungsvertrag
- die Deutung der Vertreibung als Repressalie für die deutscherseits vorgenommenen Vertreibungs- und Deportationsmaßnahmen
- die Kollektivhaftung und Bestrafung des deutschen Volkes.
Keines der genannten Argumente ist stichhaltig:
Debellatio bzw. völlige Vernichtung der Staatsgewalt
Aus der Berliner Erklärung vom 5.6.1945 ergibt sich eindeutig, daß Deutschland nach dem Willen der Siegermächte als Völkerrechtssubjekt nicht untergehen sollte. Eine "debellatio" bzw. ein völliger Untergang des Staates wäre ihrerseits ein Völkerrechtsdelikt gewesen, daß der Besatzungsmacht keine weitergehenden Rechte vermittelt hätte. Auf alle Fälle wäre der Bevölkerung gegenüber ein menschenrechtlicher Minimumstandard einzuhalten gewesen, der das Vertreibungsverbot mit einschließt.
Potsdamer Abkommen als Umsiedlungsvertrag
Das Potsdamer Abkommen ist kein Umsiedlungsvertrag. Es fehlt nicht nur die Einwilligung des betreffenden Staates, sondern auch die Zustimmung der umzusiedelnden Bevölkerungsteile. Seinem Wortlaut nach nimmt Art. XIII des "Abschlußberichts der Dreimächte-Konferenz" von der Tatsache der Massenausweisung nur Kenntnis und fordert deren humane Durchführung.
Recht auf Repressalien
Die Kriegsrepressalie bzw. Vergeltungsmaßnahme darf nicht mit Rache an Unschuldigen verwechselt werden. Auch im Kriegsvölkerrecht ist der menschenrechtliche Minimumstandard und damit das Vertreibungsverbot der Repressalie entzogen. Im übrigen war mit der bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht jeder Rechtsgrund für die Durchführung einer Kriegsrepressalie entfallen.

Kollektivhaftung der Vertriebenen
Auch wenn Deutschland die alleinige Schuld am Zweiten Weltkrieg trifft, läßt sich damit nicht die Kollektivhaftung aller Deutschen im In- und Ausland begründen. Schuld ist stets individuell und persönlich. Bis zum gerichtlichen Nachweis seiner Schuld wird vermutet, daß der wegen einer strafbaren Handlung Angeklagte unschuldig ist.
Das Recht auf die Heimat
Die Vertreibung der Deutschen erfüllt nach wie vor den Tatbestand eines völkerrechtlichen Delikts. Die Vertreiberstaaten sind, da eine Verwirkung oder Verjährung zwischenzeitlich nicht eingetreten ist, nach wie vor zur Wiedergutmachung verpflichtet.
Das Prinzip der Naturalrestitution
Der völkerrechtliche Wiedergutmachungsanspruch verlangt mehr als nur Genugtuung im Sinne einer förmlichen Entschuldigung; er richtet sich zunächst auf die "Naturalrestitution", d.h. Rückführung der völkerrechtswidrig vertriebenen oder zwangsweise umgesiedelten Menschen zur alten Heimstätte und zu ihrem Besitz. Die Rückkehr hat freiwillig zu erfolgen. Der Heimatvertriebene, der seinen neuen Aufenthaltsort der alten Heimat vorzieht, hat Anspruch auf Schadensersatz in Geld.
Kollidierende Heimatrechte
... Auch wenn die Rücksiedlung faktisch scheitern muß, bleiben alle vermögensrechtlichen Ansprüche auf privaten Besitz und Eigentum, die aus Anlaß der Vertreibung von den Vertreiberstaaten eingezogen wurden, erhalten.
Freie Wahl zwischen Rückkehr und Entschädigung
... Auch im Falle der Begründung einer "neuen" Heimat im Aufenthaltsstaat bleiben alle in der alten Heimat konfiszierten Vermögenswerte ausgleichspflichtig. ...<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 20. Mai 1996 über ein "Schlesiertreffen" in Görlitz und Erfurt: >>**Schlesier fordern Niederlassungsfreiheit**
Ein Beitritt Polens zur Europäischen Union sollte nach Ansicht der Schlesischen Landsmannschaften an Bedingungen geknüpft werden. ...
Auch der Bund der Vertriebenen forderte bei einem Schlesiertreffen in Erfurt vor rund 1.500 Teilnehmern, Polen und Tschechien die eine Mitgliedschaft in die EU anstrebten, sollten zuvor das Unrecht der Vertreibung nach dem 2. Weltkrieg anerkennen und sich für ein Überwinden der Folgen einsetzen. ...<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 28. Mai 1996 über ein Pfingsttreffen der Sudetendeutschen in Nürnberg: >>**Prag entrüstet über Theo Waigel** ...
Prags Ministerpräsident Vaclav Klaus zeigte sich entrüstet über CSU-Chef Theo Waigel. Bundesfinanzminister Waigel und der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber (CSU) hatten Prag aufgefordert, die Vertreibung von mehr als 3 Millionen Sudetendeutschen als einen Verstoß gegen das Völkerrecht anzuerkennen. Zudem verlangten sie, die Vertriebenen an den Gesprächen über die deutsch-tschechische Erklärung zur Aussöhnung zu beteiligen, der EU-Beitritt sei "nicht um jeden Preis zu haben". ...<<
Der deutsche Staats- und Völkerrechtler Gilbert Gornig schrieb in der Zeitschrift "Deutschland und seine Nachbarn – Forum für Kultur und Politik" im Mai 1996 über die Völkerrechtswidrigkeit von Vertreibungen und die entschädigungslosen Enteignungen in der Tschechoslowakei (x151/5-41): >>... Man braucht sicherlich keine völkerrechtlichen Kenntnisse, um zu erkennen, daß die Vertreibung von Völkern und Volksgruppen Unrecht ist. Jeder Versuch, Vertreibung zu rechtfertigen, widerspräche unserem Rechtsgefühl, bedeutete eine Billigung der Vertreibung doch auch die Anerkennung von Gewaltpolitik, Rassenwahn, Menschenverachtung und Kollektivschuld. Das Bemühen eine internationale Friedensordnung aufzubauen, würde bereits im Keim erstickt. ...

Haager Landkriegsordnung

Im Falle des Kriegszustands läßt sich das Vertreibungsverbot aus der Haager Landkriegsordnung vom 18. Oktober 1907 ableiten. ... So hat gemäß Art. 43 Haager Landkriegsordnung der Besetzende "nach Möglichkeit die öffentliche Ordnung und das öffentliche Leben wiederherzustellen und aufrechtzuerhalten und zwar ... unter Beachtung der Landesgesetze".

Die öffentliche Ordnung unter Beachtung der Landesgesetze stellt man aber nicht wieder her, wenn man die eingesessene Bevölkerung vertreibt.

Neben Art. 46 und 47 Haager Landkriegsordnung, die die Rechte der Familie, das Leben und das Privateigentum schützen, spricht auch Art. 55 Haager Landkriegsordnung für den Geist, in welchem besetzte Gebiete verwaltet werden sollen. So hat sich der Besetzer "nur als Verwalter und Nutznießer der öffentlichen Gebäude, Liegenschaften, Wälder und landwirtschaftlichen Betriebe", die sich im besetzten Gebiet befinden, zu betrachten. …

Potsdamer Abkommen

Der im Potsdamer Abkommen Abschnitt XIII über die "Ordnungsgemäße Überführung deutscher Bevölkerungsteile" kann nicht als Rechtfertigung der Vertreibung betrachtet werden. Unabhängig von der Frage der Rechtsnatur des Potsdamer Abkommens ist dem Abschnitt XIII kein Umsiedlungsvertrag zu entnehmen.

Ein solcher verlangt nämlich die Einigung zweier Staaten, von denen einer die Personen loswerden will oder bereit ist, sie ziehen zu lassen, der andere bereit ist, diese aufzunehmen. Deutschland und die Tschechoslowakei waren aber am Potsdamer Abkommen nicht beteiligt, so daß sie schon deswegen nicht Partner eines Umsiedlungsvertrages sein konnten. …

Sollte man allerdings das Potsdamer Abkommen so verstehen, daß damit eine Vertreibung angewiesen werde, so wäre das Abkommen jedenfalls insoweit mit dem schon damals geltenden Völkerrecht nicht im Einklang. …

Resümee

Es zeigt sich also, daß die Vertreibung - auch als Folge eines Krieges - völkerrechtswidrig ist. Völkerrechtliche Rechtfertigungsgründe sind nicht denkbar.

Enteignung

Mit der Vertreibung eng verbunden ist in der Regel die Enteignung. Auch hier stellt sich die Frage der Rechtmäßigkeit einer Enteignung, der Haftung und der Wiedergutmachung der betroffenen Bevölkerungsteile. …

Verbot der entschädigungslosen Enteignung

… Völkerrecht ist anzuwenden, wenn sich die Hoheitsakte gegen das Eigentum von Fremden richten. ...

... Die Sudetendeutschen waren ... zum Zeitpunkt der Enteignung und Vertreibung als deutsche Staatsangehörige zu betrachten. …

Völkerrecht ist hier relevant, da die enteignenden Maßnahmen Ausländer betreffen. In bezug auf das Vermögen von Fremden gelten die Regeln des völkerrechtlichen Fremdenrechts, nach denen die gegenüber Ausländern bestehende völkerrechtliche Verpflichtung nicht allein durch eine Gleichbehandlung mit Inländern erfüllt werden kann, sondern darüber hinaus die Beachtung eines internationalen Mindeststandards erforderlich ist. …

Entschädigung

… Die Enteignungen der Deutschen erfolgten hingegen ohne jegliche Entschädigung der Betroffenen. Die Enteignungsakte des tschechoslowakischen Staates waren damit auch wegen fehlender Entschädigungsleistung mit den allgemeinen Grundsätzen des Völkerrechts unvereinbar. ...

Völkerrechtliche Haftung

Wie jede Rechtsordnung enthält auch das Völkerrecht den Grundsatz, daß seine Subjekte für die ihnen zuzurechnenden rechtswidrigen Handlungen, die völkerrechtlichen Delikte, einzu-

stehen haben. Sie sind dabei dem oder den unmittelbar verletzten Völkerrechtssubjekten gegenüber verantwortlich. Die Rechtsverletzung ist wiedergutzumachen. Der Staat haftet. …

Subjekt und Objekt völkerrechtlichen Unrechts

… Zur Wiedergutmachung sind die Vertreiberländer, also die Staaten, deren Organe bzw. deren Privatpersonen die Bevölkerung aus ihrer angestammten Heimat vertrieben haben, verpflichtet. Es spielt keine Rolle, daß unterdessen die Regime, die zur Zeit der Vertreibung regierten, heute nicht mehr an der Macht sind. Haftungssubjekt ist das Völkerrechtssubjekt unabhängig von seiner jeweiligen Verfaßtheit.

Die Vertreiberstaaten sind für alle Völkerrechtswidrigkeiten wie Mord, Mißhandlung, Vergewaltigung usw. der ortsansässigen Bevölkerung verantwortlich. Die Vertreiberstaaten haben sich auch das völkerrechtswidrige Verhalten von Individuen zurechnen zu lassen, wenn diese im Rahmen einer staatlichen Organisation tätig waren.

... Auch für die Ausschreitungen von privaten Personen tragen die Vertreiberstaaten die völkerrechtliche Verantwortlichkeit, soweit sie nicht hinreichend Vorsorge zur Verhinderung solcher Handlungen getroffen haben oder die Privatpersonen sogar ermunterten, rechtswidrige Handlungen an Privatpersonen vorzunehmen. …

Wiedergutmachungspflicht

Ein Staat, dem ein völkerrechtswidriger Unrechtstatbestand zugerechnet wird, ist dem verletzten Staat gegenüber zur Wiedergutmachung verpflichtet. Die Wiedergutmachung hat soweit wie möglich alle Folgen des Unrechtstatbestandes zu beseitigen. ...

Verjährung

Die Haftung kann unter Umständen kraft Verjährung enden. Allerdings kennt das Völkerrecht keine festen Verjährungsfristen. ... Handelt es sich um Verbrechen gegen die Menschlichkeit, so wird eine Verjährung auch des Wiedergutmachungsanspruchs analog der UN-Konvention über die Nichtverjährbarkeit von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit ausgeschlossen sein. ...

Resümee

Die Tschechische Republik ist für sein völkerrechtswidriges Handeln im übrigen völkerrechtlich verantwortlich und hat den verschuldeten Schaden wiedergutzumachen.

Wegen der gegen das Völkerrecht verstoßenden Enteignungsmaßnahmen ist das Eigentum zurückzugeben und soweit dies nicht möglich ist, ein Ausgleich zu leisten. Dieser Anspruch ist völkerrechtlich nicht dadurch ausgeschlossen, daß dritte Personen private Rechte an dem Eigentum aufgrund des tschechoslowakischen Zivilrechts erworben haben. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 9. September 1996: >>**Eklat bei Vertriebenen: "Herzog ein Verräter"**

Bundespräsident Roman Herzog ist am Sonntag bei einer Festrede vor Vertriebenen in Berlin von einem Zuhörer als "Vaterlandsverräter" beschimpft worden. ...

Zuvor hatte der Bundespräsident allen Ansprüchen auf ehemalige deutsche Gebiete eine Absage erteilt: "So schmerzhaft dies für Menschen ist, die in Hinterpommern, in Ostpreußen oder Oberschlesien als Deutsche in Deutschland geboren worden sind: Richtig ist - und das werden wir nicht mehr ändern können - diese Gebiete sind heute völkerrechtlich unbestritten polnisches bzw. russisches Staatsgebiet."<<

Die katholische Monatsschrift "THEOLOGISCHES" 9 – 1996 veröffentlichte im September 1996 eine Predigt zum Tag der Heimat (x853/...): >>**Wir dürfen den Anspruch auf unsere Heimat nicht aufgeben**

Predigt zum Tag der Heimat am 7.9.96 in Berlin

Meine lieben Christen!

Im vergangenen Jahr veröffentlichten schlesische Heimatvertriebene zum 50. Jahrestag der Vertreibung eine Anzeige, in der es hieß:

"Wir gedenken in tiefer Trauer des Untergangs Schlesiens und seiner 700jährigen Geschichte. Wir gedenken in großer Trauer des qualvollen Leidens und Sterbens hunderttausender Unschuldiger während der Vertreibung und wir gedenken des aufopferungsvollen Abwehrkampfes unserer tapferen Soldaten an der Ostfront.
Betet für sie." ...
- Man hat argumentiert, der Verlust eines Viertels unseres Vaterlandes - und wenn man die Gebietsverluste nach dem Ersten Weltkrieg hinzunimmt - eines Drittels Deutschlands seit 1918 - sei der Preis für den von uns begonnenen Krieg.
Mit derselben Logik und Konsequenz müßte man - um von den USA ganz zu schweigen - England, Frankreich, Rußland und Polen große Teile ihres Landes wegnehmen, denn sie alle haben seit 1800 weit mehr Kriege geführt als Deutschland. Von den 287 seit 1800 geführten Kriegen liegt England mit 80 Kriegen an der Spitze, dicht gefolgt von Frankreich mit 75 Kriegen. Rußland führte in dieser Zeit 63 und Polen 32 Kriege. Das angeblich so kriegslüsterne Deutschland liegt mit 23 Kriegen merklich dahinter.
- Politiker und Medienleute mahnen uns seit nunmehr 50 Jahren, den Massenmord von Auschwitz stets im Gedächtnis zu behalten, ihn nicht aus der Erinnerung zu streichen. Nicht weniger darf dies aber von der brutalen millionenfachen Massenvertreibung von Menschen aus ihrer angestammten Heimat gelten, die seit 700 bis 800 Jahren unangefochten deutsches Land war. Nicht weniger einmalig als Auschwitz ist das Massenvertreibungsverbrechen. …
Die Heimat im Osten - Mitteldeutschland ist nicht Ostdeutschland - und Südosten Europas, wohin Deutsche vor Jahrhunderten gerufen wurden, um das Land zu kultivieren, mußten wir nach dem Willen der Siegermächte in krassem Gegensatz zu geltendem Völkerrecht abtreten. Hier bewahrheitete sich wieder einmal das Wort: Wehe den Besiegten!
Es war ein erschreckender Höhepunkt nationaler Würdelosigkeit und zugleich tiefsten Schmerzes für alle Heimatvertriebenen, als unsere Politiker und Parlamentarier die Abtretung uralten deutschen Landes mehrheitlich mit Beifall bedachten.
Ein derartig schmähliches Verhalten wäre in keinem anderen Land auch nur vorstellbar, am wenigsten in den beiden Ländern, die weit mehr Angriffskriege geführt haben als Deutschland und die Hauptnutznießer unserer Niederlage waren, Polen und Rußland. So wurde unser verstümmeltes Vaterland zum Rumpfdeutschland, wie es Churchill in seinen Memoiren selber nannte, zum kleinsten Deutschland unserer Geschichte mit der größten Bevölkerungsdichte.
Wenn dann Politiker behaupten, unser Land sei noch niemals in seiner Geschichte von so vielen befreundeten Ländern umgeben gewesen wie heute, mag dies der heute üblichen political correctness entsprechen, hat aber mit der Wahrheit und Wirklichkeit nichts zu tun.
Der damalige deutsche Außenminister behauptete, wir hätten freiwillig auf ein Viertel deutschen Landes verzichtet, so als wäre es sein privates Eigentum, über das er nach Belieben verfügen könne. In schroffem Gegensatz zu ihm erklärte der Bundeskanzler, ohne den Verzicht auf die Oder-Neiße-Gebiete hätten die europäischen Länder und die USA der deutschen Teil-Wiedervereinigung nicht zugestimmt. Ist eine solche Nötigung die Handlungsweise von Freunden?
Polen behauptet, ohne die deutschen Ostgebiete könne es nicht existieren. Dabei hatte Polen nach 1945 ohnehin nichts verloren, was es vor seinem Angriffskrieg gegen das geschwächte Rußland 1921 besessen hatte. Ein Blick in die Statistik von 1996 zeigt uns, daß auf jetzigem polnischen Gebiet 123,2 und in Rußland, das den nördlichen Teil Ostpreußens an sich gerissen hat, ganze 8,7 Menschen auf einem Quadratkilometer leben, während sich im verstümmelten Rumpfdeutschland 228 Menschen auf einem Quadratkilometer drängen. Zudem strömen seit Jahr und Tag Millionen Ausländer mit fremder Kultur und Religion in unser Land, das inzwischen zu einem multirassischen, multiethnischen Schmelztiegel mit gewaltigem sozialen Sprengstoff wurde.

Die "Welt am Sonntag" - gewiß kein Naziblatt - schrieb am 8.4.95:
"Nicht mehr die Ausländer werden - ob gewollt oder nicht – 'integriert' - sondern umgekehrt. In immer mehr Städten sind die Ausländer gegenüber den deutschen Kindern längst in der Überzahl. Viele unserer Landsleute fragen sich, ob wir noch Herr im eigenen Haus sind." ...
Da die Vertreibung gegen jegliches Völkerrecht verstieß, zutiefst unmenschlich ist und keine echte Versöhnung zustande kommen läßt, dürfen wir den Anspruch auf unsere verlorengegangene Heimat nicht aufgeben.
- Schon sehr bald nach dem furchtbaren Verbrechen der Massenvertreibung sagte Papst Pius XII., der große Freund der Deutschen, die Menschen, die zu Unrecht aus ihrer Heimat vertrieben wurden, sollten wieder in ihre Heimat zurückkehren dürfen.
- Die deutschen katholischen Bischöfe erklärten in ihrem Pastoralbrief an die heimatvertriebenen Katholiken anläßlich der 40jährigen Wiederkehr der Charta der Heimatvertriebenen am 5. August 1990:
"(Eine) alte jüdische Weisheit sagt: Das Geheimnis der Versöhnung heißt Erinnerung. Versöhnung ist nicht durch Verdrängung historischer Fakten möglich. Gerade wir Deutschen sind dazu aufgerufen, alles zu tun, damit niemals wieder Unrecht zu Recht erklärt wird. Vertreibung der alteingesessenen Bevölkerung ist eine Verletzung elementarer Menschenrechte, die nicht zu rechtfertigen ist, gleichgültig von wem oder wann sie geschieht. Heimatvertriebene wirken mit der Forderung nach Anerkennung der völkerrechtlichen Gegebenheiten dem Eindruck entgegen, daß sich Verbrechen lohne: wenn man nur lange genug wartet, werde dieses Unrecht schon zu Recht erklärt." …
In der Erklärung der deutschen Bischöfe zur Charta der Heimatvertriebenen heißt es: "Versöhnung kann nicht durch Verdrängung historischer Fakten erreicht werden."
Kein Volk dieser Erde hat jemals so nachhaltig und so unzählige Male seine Schuld aus vergangenen Tagen bekannt wie das deutsche. So kam es, daß im vergangenen Jahr der estnische Präsident Lennart Meri am Tag der Heimat Deutschland als Canossa-Republik bezeichnete. Erst kürzlich äußerten sich hochrangige englische Politiker besorgt über den deutschen Nationalmasochismus. So sagte Lord Marsh vor dem Oberhaus:
"Es ist eine Tatsache, daß die deutsche Paranoia, d.h. Geistesgestörtheit, und das Schuldgefühl über die zwölf fürchterlichen Jahre zwischen 1933 und 1945 bereits übertrieben sind und einen unheilvollen Einfluß auf eine bestimmte Generation gehabt haben. Die Art und Weise, wie manche Deutsche diese Bürde tragen, ja - ich möchte dies nicht als beleidigend aufgefaßt wissen - sich in ihr suhlen, ist nicht gut für Deutschland und somit nicht gut für Europa."
Es geht nicht um Leugnung und Verdrängung vergangener Schuld. Allerdings erfordert die Wahrheit, die eine echte Versöhnung erst möglich macht, daß auch Polen, Russen, Tschechen, Jugoslawen und wer auch immer in die zahllosen Verbrechen an deutschen Menschen verstrickt ist, vor aller Welt sich zur eigenen Schuld bekennt und gesteht. …<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über den Begriff "Versöhnung" (x309/169): >>**Was ist Versöhnung?**
Beim Verhör Jesu fragte Pilatus: Was ist Wahrheit? (Johannes 18,38).
Nicht leichter zu beantworten ist die Frage: Was ist Versöhnung?
Im Eingangkapitel wurde schon Papst Benedikt XVI. mit der Aussage zitiert, daß ohne der Kenntnis der Wahrheit Versöhnung nicht möglich sei.
Auch Professor Alfred de Zayas, Historiker und Völkerrechtler, bestätigt aus seiner Sicht die Erkenntnis des Papstes: "Die Erörterung der Vertreibung der Deutschen hat eine eminente Bedeutung für die Gegenwart. Sie ist kein abgeschlossenes Kapitel der Geschichte, wie nicht zuletzt die unverändert belasteten deutsch-polnischen Beziehungen zeigen.
Ein bis zur Selbstverleugnung reichendes Entgegenkommen Deutschlands hat es nicht vermocht, das unaufgearbeitete Trauma der Vertreibung, Enteignung und Grenzverschiebung als

beherrschendes Thema der deutsch-polnischen Beziehungen zu überwinden. Diese Erfahrungen der letzten Jahre bestätigt nur, was in den 90er-Jahren auch im deutsch-tschechischen Verhältnis zu beobachten war und dort latent weiterschwärt:
Ohne eine wahrhaftige und völkerrechtlich saubere Aufarbeitung der Vertreibung gibt es nur Verdrängung, aber keine Versöhnung, die diesen Namen verdient." ...<<
Der deutsche Jesuit und Publizist Lothar Groppe berichtete im Oktober 1996 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 10 – 1996 über Ostdeutschland bzw. die deutschen Ostgebiete (x853/...): >>... **47. Tag der Heimat - ein Rückblick**
... Es war eine peinliche Entgleisung, als ein einsamer Zwischenrufer die Rede des Bundespräsidenten mit "Vaterlandsverräter" unterbrach. Dieser bedauerliche Fauxpas spiegelt aber keineswegs die Einstellung der Heimatvertriebenen wider, wenngleich sie von den Ausführungen Roman Herzogs sicher etwas anderes erwartet hatten. Sein Redenschreiber bewies keine glückliche Hand, als er manche Formulierung wählte, welche die Heimatvertriebenen zutiefst verletzen mußten.
Wenn der Bundespräsident ausgerechnet vor Menschen, die mit unglaublicher Brutalität unter Verlust von etwa 3 Millionen Angehöriger sagte, "daß die durch den Krieg verlorenen Ostgebiete zu unserem geschichtlichen und kulturellen Erbe, aber nicht mehr zu unserem Staat gehören", mag dies den Forderungen der political correctness genügen, kaum aber den Erwartungen der Heimatvertriebenen an ihr Staatsoberhaupt gerecht werden.
Ein Wort des Trostes für das unermeßliche Leid vergangener Tage hätte den gedemütigten und geschundenen Opfern haßerfüllter Sieger gutgetan. Der barmherzige Samariter des Evangeliums goß Öl und Wein in die Wunden dessen, der unter die Räuber gefallen war. Warum sich der Redenschreiber für Essig entschied, bleibt unerfindlich. Westdeutschen, die unangefochten in ihrer Heimat leben konnten, mag der Verlust der Heimat von Millionen Ostdeutscher wenig bedeuten. Um so schwerer wiegt er für die Betroffenen, deren Wunden nicht heilen wollen.
Kehren wir zum Zwischenrufer zurück. So inakzeptabel sein "Vaterlandsverräter" war, so menschlich begreiflich erscheint sein Fauxpas auf dem Hintergrund jahrzehntelanger Beteuerungen sämtlicher verantwortlichen Politiker von Konrad Adenauer über Willy Brand bis Herbert Wehner, die sich über alle Parteigrenzen hinweg einmütig zu den Grenzen Deutschlands in den Grenzen von 1937 bekannten. Alle stimmten mit der Erklärung der sozialdemokratischen Politiker Ollenhauer, Wehner und Brandt in ihrem Grußwort zum Schlesiertreffen im Juni 1963 überein:
"Breslau, Oppeln, Gleiwitz, Hirschberg, Glogau, Grünberg, das sind nicht nur Namen, das sind lebendige Erinnerungen, die in den Seelen von Generationen verwurzelt sind und unaufhörlich an unser Gewissen klopfen. Verzicht ist Verrat. Wer wollte das bestreiten!
Das Recht auf Heimat kann man nicht für ein Linsengericht verhökern. Niemals darf hinter dem Rücken der aus ihrer Heimat vertriebenen und geflüchteten Landsleute Schindluder getrieben werden."
Wenn der Bundespräsident erklärte, Deutschland habe keine Gebietsansprüche, wird ihm auch jeder Heimatvertriebene zustimmen. Natürlich erheben wir keine Gebietsansprüche an Polen und Russen, wohl aber stimmen alle rechtlich denkenden Deutschen mit der Erklärung Professor Hallsteins vom Oktober 1956 vor dem Deutschen Bundestag überein, daß die Heimatvertriebenen "niemals auf den Anspruch verzichtet haben, ihre Heimat in Gerechtigkeit, Frieden und Freiheit wiederzuerlangen."
Wenn Politiker erklären, der Verlust eines Viertels Deutschlands sei der Preis für den von uns begonnenen Krieg, steht ihr Argument auf tönernen Füßen. Mit derselben Logik und Konsequenz müßten England, Frankreich, Rußland und Polen erhebliche Teile ihres Landes abtreten, weil sie ausnahmslos alle seit 1800 wesentlich mehr Kriege geführt haben als Deutsch-

land.
England liegt mit 80 Kriegen an der Spitze, dicht gefolgt von Frankreich mit 75 Kriegen. Rußland zog in 63 Eroberungskriege und Polen in 32. Das angeblich so kriegslüsterne Deutschland, einschließlich Preußen, liegt mit 23 Kriegen merklich dahinter.
Erinnern wir uns der Worte des großen Friedenspapstes Pius XII: "Ohne Gerechtigkeit gibt es keinen Frieden!"
Der völkerrechtswidrige und menschenverachtende Raub eines Viertels Deutschlands mag Europa vor neuen gewaltsamen Konflikten bewahren. Zu echter Versöhnung oder gar Freundschaft mit den östlichen Nachbarn leistet er keinen Beitrag. ...<<
Die Zeitung "Le Figaro" berichtete am 5. November 1997 über "Das Schwarzbuch des Kommunismus" (x087/21,25): >>Eine ungeheuerliche Anklage, ein mit Beispielen und Fakten untermauerter Bericht und eine blutige Bilanz: Gegenstand ist das knappe Jahrhundert kommunistischer Diktaturen in der Welt. ... Der Titel ist nicht willkürlich gewählt. Seit Lenins Machtübernahme im Oktober/November 1917 hat die "bessere Zukunft" weltweit etwa 100 Millionen Menschen das Leben gekostet. ...<<
>>... Das Buch geht einer entscheidenden Frage nach. Über den Nationalsozialismus, die Gaskammern, die Ausrottung der Juden, die 3 Auschwitzlager mit ihrer grauenhaften Vernichtungsindustrie wissen wir heute Bescheid. Keiner kann dies mehr anzweifeln. Warum jedoch weigert man sich immer noch, aus einem Jahrhundert Kommunismus die Bilanz zu ziehen? Warum will man ihn retten? "Was wußte man von den Verbrechen des Kommunismus? Was wollte man davon wissen? Warum mußte sich erst das Jahrhundert seinem Ende nähern, damit sich die Wissenschaft dieses Themas annimmt?"
Ohne das Massaker allzusehr von der arithmetischen Seite zu betrachten, stellen die Schwarzbuch-Autoren fest, daß "im allgemeinen die Forschung über den stalinistischen und kommunistischen Terror gegenüber den Studien zu den Nazi-Verbrechen gewaltig im Rückstand ist".
An die hundert Millionen Tote, zum Teil mit, zum Teil ohne Grabstätte ...<<
Der französische Historiker Stéphane Courtois schrieb im Vorwort des Buches "Das Schwarzbuch des Kommunismus" (x265/13): >>Die Geschichte ist die Wissenschaft vom Unglück des Menschen."
Diesen Satz Raymond Queneaus scheint unser von Gewalttätigkeit bestimmtes Jahrhundert eindrucksvoll zu bestätigen. Gewiß, auch in früheren Jahrhunderten gab es kaum ein Volk, kaum einen Staat, in dem es nicht zu Gewaltausbrüchen gegen bestimmte Gruppen gekommen wäre. Alle großen europäischen Mächte waren in den Sklavenhandel verwickelt.
Frankreich hat einen Kolonialismus praktiziert, der zwar auch Positives leistete, aber bis zu seinem Ende von vielen widerwärtigen Episoden gekennzeichnet war.
Die Vereinigten Staaten durchdringt nach wie vor eine Kultur der Gewaltausübung, die in zwei großen Verbrechen wurzelt: der Versklavung der Schwarzen und der Ausrottung der Indianer.
Aber man kann es nicht anders sagen: Was Gewalttätigkeit angeht, scheint dieses Jahrhundert seine Vorgänger übertroffen zu haben. Blickt man darauf zurück, drängt sich ein niederschmetterndes Resümee auf: Dies war das Jahrhundert der großen Menschheitskatastrophen – zwei Weltkriege und der Nationalsozialismus, einmal abgesehen von begrenzteren Tragödien in Armenien, Biafra, Ruanda und anderswo.
Das Osmanische Reich hat sich zum Genozid an den Armeniern hinreißen lassen und Deutschland zu dem an Juden, Roma und Sinti. Das Italien Mussolinis massakrierte die Äthiopier. Den Tschechen fällt es schwer zuzugeben, daß ihr Verhalten gegenüber den Sudetendeutschen in den Jahren 1945/46 nicht über jeden Verdacht erhaben war. Und selbst die kleine Schweiz wird heute von ihrer Vergangenheit als Raubgoldverwalter eingeholt, auch wenn sich die Abscheulichkeit dieses Verhaltens nicht mit der des Völkermords vergleichen

läßt.
In dieser Epoche der Tragödien gehört der Kommunismus, ja, er ist eines ihrer stärksten und bedeutendsten Momente. Als wesentliches Phänomen dieses kurzen 20. Jahrhunderts, das 1914 beginnt und 1991 in Moskau endet, steht er im Zentrum des Geschehens. Der Kommunismus bestand vor dem Faschismus und dem Nationalsozialismus, er hat sie überlebt und sich auf den vier großen Kontinenten manifestiert.
Was genau verstehen wir eigentlich unter "Kommunismus"? Schon an dieser Stelle muß man zwischen Theorie und Praxis unterscheiden. ...<<
Das Nachrichtenmagazin "Focus" berichtete im November 1997 über "Das Schwarzbuch des Kommunismus" (x087/111,112): >>... Zum 80. Jahrestag der Oktoberrevolution haben sechs französische Historiker eine Bestandsaufnahme der im Namen der marxistisch-leninistischen Heilslehre begangenen Verbrechen vorgelegt. Demnach sind weltweit zwischen 85 und 100 Millionen Menschen dem bislang mörderischsten Menschheitsmythos zum Opfer gefallen. ...<<
>>... Courtois kritisierte die verbreitete Meinung, "dem Völkermord an den Juden das 'Monopol' als Verbrechen gegen die Menschheit zu überlassen". Nicht nur Auschwitz sei "einzigartig" gewesen, sondern auch der gezielte Einsatz der "Waffe des Hungers" seitens kommunistischer Diktatoren. ...<<
Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" berichtete am 4. Juni 1998 über "Das Schwarzbuch des Kommunismus" (x087/130-132,137-144): >>Nun erhebt es wieder sein Haupt, das alte Problem: Ist "roter" Terror gleich "brauner" Terror oder noch schlimmer?
Was vor zehn Jahren im "Historikerstreit" hohe Wellen schlug und nach Ernst Noltes Buch über den "Bürgerkrieg" im 20. Jahrhundert Schlagzeilen machte, dringt von Frankreich wieder in die deutsche Diskussion ein.
Damals ging es zwar primär um die "Einzigartigkeit" von Auschwitz. Aber die Frage stellte sich vor dem Hintergrund der implizierten Gegenthese: daß die "Rattenkäfige" der Tscheka primär waren und Hitler letztlich "nur", wenn auch perfektioniert und industrialisiert, nachahmte, was ihm das Sowjetregime vorgemacht hatte. …
Die "kommunistischen Diktaturen" des 20. Jahrhunderts werden immer wieder mit dem Nationalsozialismus verglichen. Maßstab sind dabei die "Massenverbrechen", die auch der Kommunismus "regelrecht zum Regierungssystem" erhoben habe. "Gnadenloser Klassenkampf ... nahm die Züge eines Genozids" an, war Rassenkampf mit anderen Zielen, aber sehr ähnlichen Mitteln und Folgen. Zum Leitmotiv wird auch hier der berüchtigte Satz des Tschekisten Latsis: "Wir führen nicht Krieg gegen bestimmte Personen. Wir löschen die Bourgeoisie als Klasse aus."
Wenn damit nur auf die Pauschalität des Terrors als gemeinsamer Nenner verwiesen würde, wäre das Argument überzeugend. Aber das Buch will mehr und überschreitet seinen erklärten Zweck auf verräterische Weise: Ohne "irgendwelche makabren Vergleiche" aufstellen zu wollen, müsse doch auf das "unwiderlegbare" Faktum hingewiesen werden, "daß die kommunistischen Regime rund hundert Millionen Menschen umgebracht haben", während es im Nationalsozialismus "25 Millionen waren".
Daraus wird zwar nicht abgeleitet, daß der Kommunismus - jedenfalls im Weltmaßstab - schlimmer war als der Nationalsozialismus, aber doch angeraten, über die "Ähnlichkeit" beider Systeme nachzudenken. Und auch ein Hinweis, wie die Verwandtschaft unter anderem erklärt werden könnte, fehlt nicht: "Die von Lenin erarbeiteten, von Stalin und seinen Schülern systematisierten Methoden" nahmen nämlich die "Methoden der Nazis ... oftmals vorweg".
Daraus lasse sich zwar keine kausale Beziehung ableiten, aber ein Argument gegen die Einzigartigkeit des Juden-Genozids. Auschwitz habe das Böse des Totalitarismus so vollständig

in sich verkörpert, daß der Blick für die Verbrechen des Kommunismus vernebelt worden sei. Eine solche "halbseitig gelähmte Geschichte" aber sei "nicht länger akzeptabel". So bleibe es dem "Schwarzbuch" überlassen, das siebzigjährige Schweigen zu brechen und nun die ganze Wahrheit ans Licht zu bringen, "als moralische Verpflichtung, das Gedächtnis der Toten zu ehren". ...<<

>>... Die Fixierung der westlichen Welt, vor allem aber der USA auf den jüdischen Holocaust macht es schier unmöglich, die historische Wirklichkeit zu begreifen, daß im 20. Jahrhundert annähernd 170 Millionen Menschen Opfer rechter und linker Terrorregime geworden sind. Die These von der Einzigartigkeit des Holocaust läßt die wissenschaftliche Diskussion über die Vergleichbarkeit völkermörderischer Terrorregime fast als illegitim erscheinen. Wissenschaftler, die dieses Frageverbot nicht akzeptieren und den Holocaust mit anderen Terrorregimen vergleichen, setzen sich der Gefahr aus, als historische Revisionisten denunziert zu werden.

Diese Gefahr ist neueren Datums, da die vier Siegermächte des Zweiten Weltkrieges um diese mögliche Vergleichbarkeit von Terror gewußt und sie gefürchtet haben und deshalb den Genozid an den europäischen Juden, der damals noch nicht Holocaust genannt wurde, nicht unter die Anklagepunkte im Nürnberger Prozeß aufnehmen wollten. Entgegen den populären Vorstellungen über den Prozeß sind die Hauptangeklagten nicht wegen des Holocaust, sondern wegen anderer Verbrechen verurteilt und hingerichtet worden.

Das erstaunliche Ausklammern des jüdischen Holocaust in Nürnberg wurde von Justice Robert Jackson, dem amerikanischen Hauptankläger, damit begründet, daß, wie er in den Londoner Vorverhandlungen zum Prozeß im Juni 1945 seinen britischen, französischen und sowjetischen Kollegen erklärte, "wir gelegentlich in unserem eigenen Land bedauernswerte Umstände haben, in denen Minderheiten unfair behandelt werden".

Ob diese Bemerkung Jacksons auf Indianer oder Schwarze gemünzt war, erläuterte er nicht. ...

Demozide sind das direkte Resultat von Machtbefehlen, die aus dem politischen Funktionszentrum eines Regimes kommen. Sie entstehen nicht als spontane Pogrome oder als kulminierende Aktion einer ideologischen Entwicklung …

Demozide werden von Regimen veranstaltet, um wahnlogische Projekte der Weltveränderung, die Führer wie Lenin, Stalin, Hitler, Mao oder Pol Pot konzipierten, in die Tat umzusetzen.

Hannah Arendt hatte bereits 1951 in ihrem Werk "Ursprünge und Elemente totaler Herrschaft" auf die Vergleichbarkeit zweier ideologischer "Zwangsdoktrinen" hingewiesen. Sie schrieb damals:

"Die eine ist die zur Ideologie erstarrte marxistische Lehre vom Klassenkampf als dem eigentlichen Motor der Geschichte und die andere ist die von Darwin angeregte und mit dem marxistischen Klassenkampf in mancher Beziehung verwandte Lehre von einem von der Natur vorgeschriebenen Rassenkampf, aus dem sich der Geschichtsprozeß, vor allem der Auf- und Abstiegsprozeß von Völkern ableiten läßt."

Sie begriff das Böse nicht als Spezifikum der deutschen Kulturentwicklung, sondern als menschliches Verhaltenssyndrom, dessen Banalität universal ist und sich deshalb auch anderswo manifestieren kann.

Das Schwarzbuch belegt auf vergleichender kontinentaler Breite, wie richtig Hannah Arendts Einsichten schon damals gewesen sind. ...

Je mehr Daten von den Szenarien des politischen Demozids im 20. Jahrhundert die vergleichende Forschung erfaßt, um so klarer ist das Ergebnis. Demozide vom Charakter des Holocaust sind nicht einzigartig.

Angesichts der überwältigenden Terror-Evidenz des Jahrhunderts ist eine Rangordnung des Völkermords, mit dem Holocaust als Paradigma, für das Verständnis unnütz. Im Gegenteil: Die These von der Einzigartigkeit des Holocaust lenkt von der deprimierenden Evidenz ab,

indem sie den Deutschen die Verwirklichung des Bösen als ewigen Zivilisationsbeitrag überläßt, während sich der Rest der Menschheit in bewußtloser Unschuld und Sicherheit der normalen Tagesordnung des Lebens zuwenden kann.<<

Die "Deutsche Tagespost" berichtete am 4. Juni 1998 über "Das Schwarzbuch des Kommunismus" (x087/200-201): >>... Auch wenn das "Schwarzbuch des Kommunismus" nichts prinzipiell Neues auftischt, es ist ein großes, überaus bedeutsames Werk, die erste tiefschürfende Enzyklopädie der Verbrechen des Kommunismus. Ihr ist weiteste Verbreitung zu wünschen, nicht zuletzt unter dem Gesichtspunkt, den Courtois klar herausstellt, daß viele "große" und kleine Geister den Massenmördern großen Stils, Lenin, Stalin, Tito, Mao, Pol-Pot bis hin zu Castro gehuldigt, zumindest als "nützliche Idioten" gedient haben.

Gerade Katholiken sollten es wissen und kundtun: Bereits zwei Jahre vor dem Erscheinen des Manifests der Kommunistischen Partei verurteilte Papst Pius IX in der "Enzyklika Qui pluribus" den Kommunismus als eine "abscheuliche Lehre, die in höchstem Grad dem Naturrecht entgegengesetzt ist und die, einmal zur Herrschaft gelangt, zu einem radikalen Umsturz der Rechte, der Lebensverhältnisse und des Eigentums, ja der menschlichen Gesellschaft führen muß."

Von dieser Betrachtungsweise wurden offiziell keine Abstriche gemacht, vielmehr wurden sie mehrmals ausdrücklich wiederholt ...<<

Die Zeitschrift "Politische Meinung" berichtete im August 1998 über "Das Schwarzbuch des Kommunismus" (x087/156): >>... Zuweilen kann das Werk aufgrund des jetzigen Forschungsstandes nur Splitterwissen vermitteln. Gleichwohl besteht der generelle Wert des Buches darin, ein Luftloch geschlagen zu haben in das Packeis des organisierten Vergessens und Verharmlosens bis 1989. ...

"Es gibt unter Zeitgenossen", so Ehrhart Neubert von der Gauck-Behörde, "widersinnige Rechtfertigungen und Verharmlosungen der kommunistischen Herrschaft samt ihrer Verbrechen. Doch diese bestätigen eigentlich nur, wie leicht Menschen zu Tätern und politischen Verbrechern werden können." ...<<

Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann berichtete später über "Das Schwarzbuch des Kommunismus" (x046/172-174): >>Die Erkenntnisse von Stéphane Courtois ... lassen sich in folgenden Sätzen kurz zusammenfassen:

1. Die Sowjetherrschaft ist allein durch Massenverbrechen gesichert worden. In den Mittelpunkt einer Analyse des Sowjetsystems ist das Verbrechen zu stellen, das methodische Massenverbrechen, das Verbrechen gegen die Menschlichkeit.
2. Lenin und Stalin betrieben die gesellschaftliche und physische Ausmerzung aller derer, die sie als offene oder geheime Gegner ihrer Herrschaft betrachteten.
3. Sie haben das System der Konzentrationslager eingeführt.
4. Und sie haben den Tod von mindestens 25 Millionen Menschen verschuldet. Massenmord war ein konstitutives Element der bolschewistischen Herrschaftsausübung.
5. Hitler hat den Weltkrieg ausgelöst, aber die Beweise für die Verantwortung Stalins sind niederschmetternd.
6. Stalin war im Vergleich zu Hitler ein noch größerer Verbrecher. Stalin war der größte Verbrecher des Jahrhunderts. Damit trifft das SCHWARZBUCH DES KOMMUNISMUS die Leninisten-Stalinisten in ihrem Wesenskern. Denn die physische Auslöschung von insgesamt 100 Millionen Menschen, von 25 Millionen allein durch die sozialistische Sowjetmacht, kann nicht mit der Behauptung bemäntelt werden, es habe sich in der Theorie doch um eine "Befreiungsideologie" gehandelt. ...

Sogar das linksideologische Wochenblatt DIE ZEIT kommt daher nicht umhin, seinen mehrseitigen Beitrag zum SCHWARZBUCH DES KOMMUNISMUS unter das vernichtende Motto "Der rote Holocaust" zu stellen.

Courtois läßt den Begriff der "Einzigartigkeit", der "Singularität", nicht gelten, denn die Bolschewisten haben für ihn dieselben oder ganz ähnliche Schreckenstaten begangen wie die zu Unrecht heutzutage fast allein noch geächteten "Faschisten". Mochten die Verfahrensarten in mancher Hinsicht auch unterschiedlich gewesen sein, es gibt wie Courtois betont, keine Eigentümlichkeit des Völkermordes.
Unmißverständlich geht aus dem SCHWARZBUCH DES KOMMUNISMUS hervor, daß die Menschheitsverbrechen Lenins und Stalins denen Hitlers nicht nur zeitlich um Jahrzehnte vorausgingen, sondern diese auch in ihren Ausmaßen um ein Vielfaches und teilweise in der Abscheulichkeit der Durchführung noch übertroffen haben. "Was das, leninistische und stalinistische Rußland betrifft", schreibt Courtois, " so gefriert einem das Blut in den Adern". ...<<
Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 16. Januar 1999 (x887/...): >>…
Dänemark revidiert vorsichtig seine Nationalgeschichte
Daß die Darstellung der Zeit des Zweiten Weltkrieges in den Massenmedien von Legenden verzerrt wird, ist inzwischen Allgemeingut. Nun gibt es jetzt erste Anzeichen dafür, daß sie - vor allem im Ausland - in sich zusammenbrechen und einer nüchternen Betrachtung Platz machen. Interessante Beispiele lieferte dafür in der jüngsten Zeit unser Nachbarland Dänemark.
Bereits in Folge 31/1995 konnte das Ostpreußenblatt von Enthüllungen eines dänischen Historikers berichten, dänische Soldaten hätten nach Kriegsschluß deutsche Kriegsgefangene völkerrechtswidrig zum Minenräumen eingesetzt.
Derselbe Autor, Helge Hagemann, hat nunmehr seine Forschungsergebnisse als Buch vorgelegt, das unter dem Titel "Unter Zwang" erschienen ist und erneut für Aufsehen sorgt. Hagemann, dessen Vater als Major der sogenannten "Dänischen Brigade" für die Minenräumkommandos zuständig war, deckt auf, daß die deutschen Kriegsgefangenen gezwungen wurden, mit einfachsten Mitteln, häufig nur mit ihren Händen, die zum Schutz vor alliierten Invasionen an der dänischen Westküste verlegten Minen zu suchen und auszugraben. Dabei wurden viele getötet.
Weitere Opfer forderte die menschenverachtende Methode der Dänen, nach der Räumung einer Fläche die Gefangenen zu zwingen, untergehakt in Reihen über das Feld zu laufen, wobei immer wieder eine noch nicht entdeckte Mine explodierte. Am frühen Morgen des 22. Juli 1945 wurden beispielsweise sieben Soldaten in die Luft gejagt, als mehrere miteinander verbundene Minen gleichzeitig detonierten. Insgesamt, so schätzt Hagemann, dürften mindestens 250 deutsche Kriegsgefangene auf diese Art umgebracht worden sein.
Seinen Vater, der dafür verantwortlich war, nennt Hagemann einen Kriegsverbrecher. Wie schon 1995, als die ersten Ergebnisse von Hagemanns Forschungen in die Presse drangen, so erlebt er auch jetzt nach Erscheinen seines Buches, daß er von ehemaligen Widerstandskämpfern in anonymen Telefonanrufen beschimpft und in Drohbriefen als "Deutschenfreund" verleumdet wird. …<<
Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 22. Mai 1999 (x887/...): >>**Die unbewältigte Vergangenheit**
Heinz Nawratils "Schwarzbuch der Vertreibung" schließt eine peinliche Wissenslücke der Deutschen
Obwohl hierzulande gleichsam eine Erinnerungswelle der anderen auf dem Fuße folgt, klafft doch bei den meisten deutschen Zeitgenossen über ein bestimmtes geschichtliches Ereignis eine schier unglaubliche Kenntnislücke: über die Vertreibung von über 15 Millionen Landsleuten zwischen 1945 und 1947. Die dabei zu Tode gekommenen Millionen finden auch nur selten historiographische Würdigung und verschwinden immer mehr in der Summe der "Opfer von Krieg und Verfolgung", der man pauschal am Volkstrauertag gedenkt.
Die staatlichen politischen Treuhänder zeigen nicht nur Desinteresse an solcher Vergangenheitspflege, sie koppeln diesen geschichtlichen Zeitraum geradezu von der Gegenwart ab und

ziehen den ansonsten streng verpönten "Schlußstrich".
Gegen solche Geschichtsvergessenheit und nationale Indifferenz stellt sich das hier anzuzeigende Buch von Heinz Nawratil; ein fast hoffnungsloses Unterfangen, möchte man meinen. Der Autor, renommierter Jurist sudetendeutscher Herkunft und durch profunde zeitgeschichtliche Arbeiten in der Fachwelt anerkannt, bringt das Kunststück fertig, diese Herkulesaufgabe zu bewältigen. Klug bereitet er den Stoff auf und gliedert das "letzte Kapitel unbewältigter Vergangenheit", wie er die Deutschen-Vertreibung nach Kriegsende zutreffend nennt, in drei Hauptteile: "Tatbestand", "Motive" und "Bewältigung".
Die Vertreibung geschah nach jahrhundertelanger Nachbarschaft in Mittel- und Osteuropa und hehren Versicherungen der Alliierten vor der Welt, daß die "Umsiedlung der deutschen Bevölkerung" in "humaner Weise" durchgeführt werde. Massendeportationen, blutige Ausschreitungen und Todesmärsche waren die Wirklichkeit und bestimmten das Geschehen zwischen Ostpreußen und der Batschka.
Was die Sieger nachmalig vor ihrem Nürnberger Tribunal als Verbrechen anprangerten und hart bestraften, begingen Angehörige ihrer Verbündeten zur gleichen Zeit an den wehrlosen Deutschen auf dem Balkan, in der Tschechoslowakei und jenseits von Oder und westlicher Neiße. Die Namen Nemmersdorf, Lamsdorf, Aussig, Brünn und Kikinda sind den Überlebenden Synonyme für grauenhafte Untaten - den nachgeborenen Zeitgenossen für gewöhnlich aber nicht einmal als geographische Orte ein Begriff. Nawratil ruft sie in Gestalt von dokumentierten Berichten in Erinnerung und überläßt es der Seelenkraft des Lesers, sich die geschilderten Scheußlichkeiten bis zum Ende zu vergegenwärtigen. …
Nawratil geht den Ursachen für das große Informationsdefizit nach, das hierzulande - immerhin das Land der Opfer! - über die Vertreibung von über 15 Millionen Deutschen herrscht. Er stößt dabei auf unterschiedliche Gründe und Umstände. Sie reichen vom öffentlichen Desinteresse der deutschen Massenmedien bis zu offiziösen Distanzierungen der politischen Gewaltenträger von der moralisch-rechtlichen Aufarbeitung der Vertreibungsverbrechen.
Heinz Nawratil führt deprimierende Beispiele für diese entsolidarisierenden Nachlässigkeiten der Regierenden an; etwa die Ablehnung von amtlicher Rechtshilfe bei der Verfolgung vom Vertreibungsverbrechen oder die jahrelange Nichtveröffentlichung einer einschlägigen Dokumentation des Bundesarchivs. Neuerdings wäre - gleichsam als Gipfel solcher Obhutsverletzung - noch die jüngste "Schlußstrich-Bemerkung" des amtierenden Bundeskanzlers hinzugekommen und hätte das Maß der Vernachlässigungen voll gemacht.
Denn mit der Erklärung, daß die "aktuellen gegenseitigen Beziehungen nicht durch Forderungen aus der Vergangenheit belastet werden" sollen, läßt man die Vertriebenen mit dem Verlangen nach Wiedergutmachung des ihnen angetanen Unrechts allein stehen. Private Klagen um Erstattung des konfiszierten Eigentums stünden den Vertriebenen schließlich frei, sucht man sich nachträglich von Schuld freizusprechen. …
Der promovierte Jurist Nawratil nimmt auf diese Tatsachen und Unzumutbarkeiten Bezug und weist mit bitterer Ironie auf die Tatsache hin, "daß sich zur gleichen Zeit in Den Haag Serben vor Gericht verantworten müssen, die 1992 bis 1995 in Bosnien Gleiches getan haben wie viele Tschechen 1945 und 1946 in Böhmen", um mit dem biblischen Spruch zu kommentieren: "Zweierlei Gewicht und zweierlei Maß, beides ist dem Herrn ein Greuel".
Bei solcherlei "Aufarbeitung" der Geschichte verwundert es nicht, daß man mit Nawratil die Deutschen-Vertreibung auch über 50 Jahre danach noch einen "unbekannten Völkermord" nennen muß.
Auf der Spurensuche nach den Hintergründen derartiger geschichtlicher Selbstvergessenheit der Deutschen fördert der Autor so manche Besonderheit zutage, die der Zeitgenosse fast nur hierzulande antreffen konnte. Sie beginnen bei der Ausnahme-Situation der totalen Niederlage 1945 und reichen bis zur nationalen Verinnerlichung schier aller erhobenen Anklagen und

Schuldzuweisungen der einstigen Gegner. Sie gehen mittlerweile so weit, daß man sogar Ausländer zurechtweist, wenn sie die Deutschen von einem übertriebenen Schuldkomplex lösen wollen. Nawratil erinnert in diesem Zusammenhang an US-Präsident Reagans Ermunterung an die Deutschen, sich nicht von Kollektivschuldtönen niederdrücken zu lassen, zumal sich "die Mehrheit nicht mehr an den Weltkrieg entsinnen könne".
Prompt fuhr ihm ein leitender Bediensteter des "Deutschen Informationszentrums" über den Mund und spielte den Appell Reagans mit der Bemerkung herunter, "der Präsident habe sich von Emotionen hinreißen lassen". Als ob der amerikanische Staatschef eines deutschen Vormunds bedurft und nicht gewußt hätte, was er gesagt habe. Deutsche Reaktionen auf ausländische Fairneß, die für viele krankhaft starre Züge annehmen. Im britischen Oberhaus sprach man angesichts solchen Verhaltens der Deutschen von der "Sucht, sich in Selbstbeschuldigungen zu suhlen". …
Da wurde selbst der Terrorangriff auf Dresden zur menschenfreundlichen "Kriegsverkürzungsaktion" und erschien die ausgebombte Zivilbevölkerung am Schluß fast selbst schuld am erlittenen Schicksal. ...<<
Der damalige Bundesinnenminister Otto Schily erklärte am 29. Mai 1999 auf einer Veranstaltung des Bundes der Vertriebenen (x358/10): >>"Die politische Linke hat in der Vergangenheit, das läßt sich leider nicht bestreiten, zeitweise über die Vertreibungsverbrechen, über das millionenfache Leid, das den Vertriebenen zugefügt wurde, hinweggesehen, sei es aus Desinteresse, sei es aus Ängstlichkeit vor dem Vorwurf, als Revanchist gescholten zu werden, oder sei es in dem Irrglauben, durch Verschweigen und Verdrängen eher den Weg zu einem Ausgleich mit unseren Nachbarn im Osten zu erreichen. Dieses Vorhaben war der Ausdruck von Mutlosigkeit und Zaghaftigkeit."<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 24. September 1999: >>**Vom Land kein Geld für Ostkreuz**
Die Landesregierung wird das sog. "Kreuz des Deutschen Ostens" bei Bad Harzburg im Landkreis Goslar nicht in Eigenregie wieder aufbauen. ... Es werde auch keinerlei Geld gestellt.
Gegen eine private Initiative zum Wiederaufbau habe das Land aber nichts einzuwenden. Voraussetzung sei eine Zustimmung der Naturschutzbehörden.
Das rund 20 Meter hohe alte Kreuz, das von Landsmannschaften und Vertriebenenverbänden aufgestellt worden war, war Anfang vergangenen Jahres von einem Sturm zerstört worden. Der Goslarer Kreistag hat den Wiederaufbau mehrheitlich beschlossen. Gegen die Pläne zum Wiederaufbau gibt es Widerstand von Umweltinitiativen.
Die Kosten für den Wiederaufbau werden auf rund 100.000 DM geschätzt. 50.000 DM hat eine Bürgerin aus Bad Harzburg bereits gespendet.<<
Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (11/2000) berichtete am 12. März 2000 über das "Thema der deutschen Reparationen" für Schäden und Opfer des Zweiten Weltkrieges: >>**Elegant verschleiert**
Für den Zweiten Weltkrieg hat Deutschland nicht genug bezahlt - so sieht es die US-Regierung.
Weltgrößte Bank, Anspruch auf den Chefposten des Weltwährungsfonds, Vormarsch in den Uno-Sicherheitsrat - da war ein Warnschuß fällig wider deutschen Übermut. Stuart Eizenstat, der US-Verhandler über die Entschädigung von NS-Zwangsarbeitern, fügte den deutsch-amerikanischen Wirrungen der letzten Wochen eine hoch-brisante Frage hinzu: Wie steht es eigentlich um die deutschen Reparationen für den Zweiten Weltkrieg?
Otto Graf Lambsdorff, der deutsche Beauftragte, bemerkte in der Drohgebärde seines amerikanischen Verhandlungspartners höflich einen "weitgehenden Dissens", Regierungskreise sprachen von einer "bösen Überraschung".

Seit drei Monaten verhandeln Eizenstat und Lambsdorff über die Aufteilung von zehn Milliarden Mark. Nun mußte eine Einigung für die NS-Opfer - jeden Monat stirbt ein Prozent von ihnen - wieder verschoben werden. Die deutschen Unternehmen wollen im Vertrag den Schlußstrich haben, den sie "Rechtssicherheit" nennen, die "legal closure" nach US-Recht: Keine weitere Klage wegen Ansprüchen aus Nazi-Zeit und Krieg sollte mehr möglich sein.
Doch vorige Woche legte Vizefinanzminister Eizenstat ein Neun-Punkte-Memorandum vor: Nur Zwangsarbeit, medizinische Experimente und "Arisierung" von Vermögen dürften fortan als abgegolten gelten. Das "Thema der Reparationen", so hieß es im ersten Punkt, bleibe vom Vertrag unberührt. Von Rechtssicherheit war keine Rede und ein neues Faß mit Milliarden-Forderungen hatten die Amerikaner damit auch noch aufgemacht.
Bis dahin hatten sich die Deutschen beruhigt, dieses Thema sei endgültig erledigt. In Potsdam hatten die Sieger 1945 zwar größtmögliche Buße der Deutschen für die Verluste und Leiden anderer Nationen beschlossen, sich über den Umfang aber nicht einigen können. Die Sowjets holten sich, was sie brauchten, aus ihrer Besatzungszone im Wert von 70 Milliarden Mark und beteiligten daran auch Polen. Beide Staaten erklärten sich 1953 für befriedigt.
Auch die Westmächte demontierten emsig in der westdeutschen Industrie, fällten ganze Wälder und kassierten deutsches Auslandsvermögen. Im Londoner Schuldenabkommen aber wurden 1953 alle Vorkriegs-, Kriegs- und Nachkriegsschulden geregelt.
Die Alliierten hatten gelernt, daß die deutsche Reparationslast von 132 Milliarden Goldmark aus dem Versailler Friedensvertrag nach Weltkrieg I die erste deutsche Republik ruiniert und auch die Empfängerstaaten in die Weltwirtschaftskrise getrieben hatte. Die Bundesregierung zahlt ohnehin noch immer an Reparationsschulden von 1919 fast zehn Millionen Mark im Jahr ab - bis 2020.
Laut Artikel 5 des Londoner Abkommens wurde die Reparationsfrage zurückgestellt, nämlich bis zum - unwahrscheinlichen - Fall eines Friedensvertrags mit einem vereinten Deutschland.
Als die Wiedervereinigung kam, achtete Bonn streng darauf, den Zwei-plus-Vier-Vertrag der vier Mächte mit den zwei Deutschländern, die "abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland" (Vertragstitel) von 1990, ja nicht als Friedensvertrag zu definieren: Darin steht kein Wort über Reparationen. Sonst hätten Vorleistungen aufgerechnet werden müssen: Wie viel sind Deutschlands Ostprovinzen wert?
Ein Eingehen auf Reparationen, klagte im Jahr 1990 Kanzler Helmut Kohl seinem US-Kollegen George Bush, bringe ihn "in eine innenpolitisch katastrophale Lage. Die Menschen in der Bundesrepublik würden solche Forderungen nicht mehr akzeptieren". Gemeinsam schmetterten Deutsche und Amerikaner polnische Wünsche ab.
Doch im laufenden US-Wahlkampf sorgt sich der republikanische Verteidigungsminister William Cohen auch noch, die gut organisierten und einflußreichen Kriegsveteranen könnten fragen, warum Kriegsgefangene nicht entschädigt werden sollen, wenn ehemalige Zwangsarbeiter ihre Ansprüche durchsetzen können.
Dann könnten auch hunderttausende noch lebende sowjetische Kriegsgefangene denselben Anspruch erheben, was allerdings dem Völkerrecht zuwiderläuft: Nirgendwo gibt es für gefangene Soldaten eine Entschädigung.
Lambsdorff zeigte sich vorigen Donnerstag verstört, daß nach einem halben Jahrhundert ein wichtiger Verbündeter das Problem wieder anschneide - sonst mache das nur Griechenland, das über 50 Milliarden Mark von Deutschland haben möchte.
Er erreichte bei Eizenstat immerhin eine Neuformulierung von dessen erstem Punkt: Reparation von Immobilien und Sachvermögen sei kein Thema mehr. Im Gegenzug muß die Bundesregierung aber akzeptieren, daß im geplanten Gesetz über die "Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft" zur Entschädigung der Zwangsarbeiter auch Vermögensansprüche nicht rassisch Verfolgter berücksichtigt werden.

Das würde schätzungsweise nur 50 Millionen bis 100 Millionen Mark kosten, wäre aber ein Fall von Reparationen. Nun suchen die Verhandler nach einer Formulierung im Stiftungsgesetz, die das elegant verschleiern soll.
Offen bleiben Ansprüche von Kriegsgefangenen und auch Schmerzensgeld, wie es ein griechisches Gericht den Hinterbliebenen der 228 Opfer eines SS-Massakers zusprach: 60 Millionen Mark. Dabei überwies schon Kanzler Konrad Adenauer 1960 für "Personenschäden durch NS-Verfolgung" 115 Millionen Mark nach Athen.<<
Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 13. Mai 2000 (x887/...): >>**Vertreibung ist ein unverjährbares Verbrechen**
Resolution des BdV-Landesverbandes Rheinland-Pfalz
... Wir Heimatvertriebenen fordern alle Staaten und Völker guten Willens dieser Welt auf, das Recht auf die angestammte Heimat als Grundrecht von Menschen und Volksgruppen zu wahren und Verstöße dagegen rigoros zu ahnden. Dabei darf es keinen Unterschied zwischen Siegern und Besiegten geben, zumal wir aus tiefster christlicher Überzeugung jegliche Kollektivschuld oder Kollektivhaftung strikt ablehnen. Nach verbindlicher Rechtsauffassung der vereinten Nationen ist jede Vertreibung ein unverjährbares Verbrechen gegen die Menschlichkeit und erfüllt den Tatbestand des Völkermordes. Dieser ist als Delikt grundsätzlich zu ahnden und hat keinen Anspruch auf Nachsicht oder "Toleranz". ...
Aber nicht nur materielle Entschädigung in bezug auf Eigentumsdelikte ist zu leisten. Viel gravierender sind die bisher völlig unberücksichtigten Schäden an Leib und Seele. Die Okkupation der deutschen Ostprovinzen wie der deutschen Siedlungsgebiete außerhalb der völkerrechtlich gültigen Grenzen des Deutschen Reiches ging mit einer unvorstellbar unmenschlichen Brutalität vor sich. Durch Mord, Vergewaltigung, Verschleppung und Zwangsarbeit verloren nahezu drei Millionen Menschen ihr Leben.
Ein Großteil dieser Delikte geschah nach der Kapitulation der Wehrmacht am 7. und 8. Mai 1945 und vollzog sich bis in das Jahr 1949 hinein. Auch hier fordert das Recht Sühne, Bestrafung der Täter und Verantwortlichen sowie Wiedergutmachung. ...
Wir Heimatvertriebenen waren stets für "Europa", aber unser erhofftes "Europa" war stets ein Europa der Völker, des Selbstbestimmungsrechts, des Friedens und des Rechts. Wahrer Frieden kann aber nur eintreten, wenn sich alle Völker zum Prinzip von Wahrheit und Wahrhaftigkeit bekennen, die historische Wahrheit nicht manipuliert und unterdrückt wird, das Recht herrscht. Wir sind überzeugt von der alten Weisheit nur "Gerechtigkeit schafft Frieden". ...<<
Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 8. Juli 2000 (x887/...): >>**Bundestag debattierte über Benesch-Dekrete und Wiedergutmachung / Vollmer attackiert Vertriebene**
Die Abgeordnete Petra Ernstberger, SPD, nahm zu den Benesch-Dekreten Stellung: "Natürlich sind die Passagen in diesen Dekreten, die die Vertreibung betreffen, ein Punkt, der zu Kritik Anlaß gibt. Die Dekrete, die sich auf Vertreibung, Ausbürgerung und Enteignung von Deutschen in der ehemaligen Tschechoslowakei beziehen, sind nach wie vor völkerrechtswidrig. Dies ist gegenüber der tschechischen Regierung stets deutlich gemacht worden. Es handelt sich um unterschiedliche Rechtsordnungen, zu denen es unterschiedliche Rechtsauffassungen gibt."
Zur Aufnahme Tschechiens in die EU sagte sie: "Dabei werden wir Tschechien ohne Einschränkungen und ohne bilaterale Vorbedingungen unterstützen." …
Die Abgeordnete Antje Vollmer, Grüne, vertrat heftig Positionen zu Gunsten Tschechiens und gegen die Sudetendeutschen. Sie griff auch die Präsidentin des BdV, Erika Steinbach, an, so daß diese sich zu einer Kurzintervention veranlaßt sah. Antje Vollmer sagte: …
Ich möchte eine dringende Bitte an die Vertriebenenverbände richten. Ich finde, daß der Begriff "Vertreibung" nach 50 Jahren gelungener Demokratie für eine Gruppe nicht mehr identi-

tätsstiftend ist.
Das Thema der Vertreibung gehört in das Museum der deutschen Geschichte, in das Museum der Zeitgeschichte; das gehört in die Hände von Wissenschaftlern, Forschern und Museumsleuten. Da gehört es hin.
Das ist auch eine Antwort an Sie, Frau Steinbach. Wir werden Sie nicht unterstützen, wenn Sie diese gigantische zentrale Gedächtnisstätte in Berlin haben wollen."
Erika Steinbach, CDU/CSU: …
Die heutigen Regierungen in Polen, in Tschechien, in Ungarn und in anderen Ländern sind keine Regierungen, die dafür verantwortlich sind, daß es Vertreibungen gegeben hat. Aber es gibt schon eine Verantwortung, Dinge aus den Gesetzeswerken zu eliminieren, die Vertreibung im Grunde genommen heute noch absegnen.
Eine Demokratie kann doch nicht leben und fruchtbar in der Zukunft wirken, wenn in ihren Gesetzeswerken Passagen enthalten sind, die Völkerrechtswidrigkeiten begründet haben und auch bis heute noch abdecken. Wenn es bis zum heutigen Tage in der Tschechischen Republik ein Amnestiegesetz gibt, das ausdrücklich Täter straffrei stellt, die Frauen und Kinder erschlagen haben, dann ist dessen Abschaffung eine Hausaufgabe, die in einem solchen Land erledigt werden muß.
Ich habe in Gesprächen in Prag und in Warschau festgestellt, daß die junge Generation in diesen Ländern sehr offen mit dieser Thematik umgeht. Mir hat ein junger tschechischer Student gesagt: Ich möchte, daß meine Kinder wissen, daß hier Deutsche gelebt haben, ich möchte, daß meine Kinder wissen, daß wir sie vertrieben haben, und ich möchte, daß wir dann miteinander in Frieden leben.
So wie es zwingend zu unserer deutschen Geschichte gehört, unsere eigene finstere Vergangenheit aufzuarbeiten, so ist es auch eine Aufgabe in unseren östlichen Nachbarländern, sich mit der eigenen Vergangenheit so auseinanderzusetzen, daß daraus am Ende ein Friedenspotential geschaffen werden kann. …<<
Der deutsche Journalist und Historiker Klaus Rainer Röhl schrieb am 9. September 2000 in der Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" (x887/...): >>**Gegen das Vergessen**
Ethnische Säuberung heißt, einen Landstrich oder ein ganzes Land von Angehörigen eines bestimmten Volkes zu "säubern" wie eine Wohnung von Kakerlaken oder einen Keller von Ratten. Alle Bewohner des Landes, die sich durch Sprache und ihre Kultur von den anderen unterscheiden, werden vertrieben, viele getötet. Das Ergebnis ist ein Landstrich oder ein Land, in dem nur noch Angehörige eines Volkes leben. Das Land ist jetzt ethnisch "sauber".
Vertreibungsverbrechen meint sowohl die Verbrechen, die während der Vertreibung der Bewohner des Landes begangen werden: Raub, Brandstiftung, Folter, Verstümmelung, massenhafte Vergewaltigung und Mord als auch das völkerrechtliche Verbrechen der Vertreibung selbst.
Vertreibung und ethnische Säuberung sind ein Bruch des Völkerrechts und ein schweres Verbrechen. So steht es in der Resolution der Uno-Menschenrechtskommission und auch im Bundestagsbeschluß vom 13. April 1994. Das gilt für alle Völker, jedenfalls für Kurden, Tibeter, Äthiopier, Hutus und Tutus, Serben, Bosnier und Albaner aus dem Kosovo.
Gilt es auch für Deutsche?
13 Millionen Deutsche wurden nach 1945 aus ihrer Heimat vertrieben, viele Hunderttausende deutscher Frauen vergewaltigt. 2,2 Millionen Deutsche in ganz Europa fanden bei den ethnischen Säuberungen den Tod. Die Zahlen werden inzwischen von niemandem mehr bestritten. Eigentum wurde zerstört oder enteignet, Milliardenwerte. Die Länder Polen und Tschechei sind seitdem, was die Deutschen anbetrifft, ethnisch sauber.
Doch die Millionen Toten, Vergewaltigten, aus ihrer Heimat Vertriebenen und Enteigneten wurden von grünen und sozialdemokratischen Politikern, auch von der Mehrheit der linkslibe-

ralen Medien bisher als eine Art Sühneopfer für die einmaligen Verbrechen Hitlers angesehen. Warum gerade sie? Ja - Pech gehabt.
Vertreibungsverbrechen sind zu verdammen. Gut so, Rudolf Scharping und Joschka Fischer. Aber wo ist die Empörung über die ethnische Säuberung von Pommern, Ostpreußen, Danzig, Schlesien und dem Sudetenland, der Vertreibung - und Ermordung von Millionen Landsleuten. Die Vergewaltigungen von rund zwei Millionen deutscher Frauen und Mädchen - zum Teil noch Kindern - war kein einmaliger spontaner Akt unmittelbar nach der Hitze des Gefechts, sie wurde von den Propagandisten wie dem Dichter Ilja Ehrenburg ausdrücklich gefordert, von den Militärbehörden geduldet. Über ein halbes Jahr lang wurden Hunderttausende Frauen Tag für Tag und Nacht für Nacht vergewaltigt!
Und dennoch reichten die deutschen Vertriebenen die Hand zur Versöhnung. Zuerst waren es kirchliche Gruppen, Katholiken aus meiner Heimatstadt Danzig.
Und dennoch haben die deutschen Vertriebenen, vertreten durch ihre Organisationen, fünf Jahre nach dem Krieg, am 5. August 1950, die Charta der Vertriebenen veröffentlicht.
Doch in den Augen der Ostblockstaaten, ebenso wie in den Augen der deutschen Linken und Liberalen, blieben die Vertriebenen Revanchisten und Kriegshetzer, wenn nicht Schlimmeres.
Heute, mehr als 50 Jahre nach der Charta, fragen sich manche Vertriebene, haben wir damals etwas falsch gemacht, waren wir zu schüchtern, haben wir uns vielleicht nicht deutlich genug ausgedrückt?
War der "Verzicht auf Rache und Vergeltung" gleichbedeutend mit dem Verzicht auf das Gedächtnis?
Vergessen? Vergessen das Leid, die Todesopfer und die erlittenen Demütigungen, der Lebenszeit und der erlittenen materiellen Verluste?
Wird nicht nahezu an jedem Tag, unaufhörlich in allen Medien das deutsche Volk gemahnt, das maßlose Leid der unschuldigen Opfer des Hitler-Regimes nicht zu vergessen?
Sind die Millionen ostpreußischer, pommerscher, schlesischer und sudetendeutscher Frauen und Kinder weniger unschuldig, nur weil sie Deutsche waren?
Gibt es zweierlei Sorten von unschuldig Ermordeten und Zwangsarbeitern?
Wird es nicht Zeit, daß auch von seiten der Tschechen und Polen ein Wort des Bedauerns fällt, die Menschenwürde der Vertriebenen und ihr Recht auf Heimat anerkannt wird?
Gegen das Vergessen: Ist es nicht langsam Zeit, an die deutschen Vertriebenen zu denken, die Ermordeten, die Gequälten und Geschundenen, die oft in Lagern jahrelang Zwangsarbeit leisteten, von denen die meisten krank und gebrechlich geworden sind, viele schon gestorben sind und in den nächsten Jahren sterben werden, ohne daß auch nur ein Wort des Bedauerns fällt, auch nur eine Geste der Wiedergutmachung, geschweige denn eine Entschädigung überhaupt zur Diskussion gestellt wird? –
Oder sollen nur jene Opfer entschädigt werden, die von New Yorker Anwälten wie Ed Fagan vertreten werden?
Ist nicht allmählich auch für die deutschen Opfer der Gewalt das Ende der Bescheidenheit angesagt?
Die Forderungen der Vertriebenen, die sich der Ministerpräsident von Bayern und die prominente CDU-Politikerin Erika Steinbach zu eigen gemacht haben, lauten: Anerkennung ihres Rechts auf Heimat, einschließlich des Anspruchs auf Entschädigung für die erlittenen Enteignungen. …
Vielleicht hätten die deutschen Heimatvertriebenen 1950 und in den vielen Jahren danach sich nicht immer nur entschuldigen sollen. Sondern auch um Entschuldigung der anderen Seite bitten. Die andere Seite, das waren damals Kommunisten, Anhänger eines Terrorregimes, Stalinisten.
Warum sollten sich die heute in der Tschechei und Polen herrschenden Demokraten nicht ent-

schuldigen für die Verbrechen bei der Vertreibung? Für die 2,2 Millionen Toten. Wäre das nur eine symbolische Geste ohne Bedeutung?
Warum denn war der Kniefall Willy Brandts vor den Opfern deutscher Gewalt von solcher herausragenden Bedeutung? Wäre nicht nach diesem vielbewunderten Kniefall auch ein kleiner, verschämter Knicks vor den Millionen ermordeter deutscher Zivilisten angebracht? …
Werden deutsche Opfer beim Bundestag die Errichtung eines Mahnmals für die ermordeten Vertriebenen beantragen? Die Gruppe um Lea Rosh wird es nicht tun. In einer Fernsehdiskussion des Bayerischen Rundfunks stellte ich Frau Rosh die Frage: "Würden Sie auch ein Mahnmal für die mehr als zwei Millionen toten Vertriebenen unterstützen?" Die Antwort kam kurz und wie aus der Pistole geschossen: Nein. ...<<
Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 16. Dezember 2000 (x887/...): >>**Schröder als Anwalt Polens**
Kanzler-Besuch in Warschau
Wo bleibt der Kniefall vor den deutschen Vertriebenen?
Am 7. Dezember 1970 kniete der damalige Bundeskanzler Willy Brandt in Warschau vor den jüdischen Toten des Warschauer Ghetto-Aufstandes nieder. Eine Geste, die angeblich wesentlich, so will es jedenfalls die offizielle Geschichtsschreibung, zur Rehabilitierung Deutschlands in der Welt beigetragen haben soll. Willy Brandt damals wörtlich:
"Die Last der jüngsten deutschen Geschichte ist enorm. Hiermit tue ich, was Menschen tun, wenn Worte versagen. So gedenke ich der Millionen Ermordeter."
Dieses denkwürdige Ereignis liegt inzwischen 30 Jahre zurück. Bundeskanzler Schröder nahm diesen Jahrestag zum Anlaß, nach Polen zu reisen, um zusammen mit dem derzeitigen polnischen Ministerpräsidenten Buzek ein Denkmal für den Kniefall des ehemaligen deutschen Bundeskanzlers einzuweihen. Mit seinem Kniefall vor dem Warschauer Ghetto-Denkmal habe sich Brandt, so Schröder, zur Verantwortung für die von Deutschen begangenen Verbrechen bekannt. "Dieses Bild des knienden Willy Brandt ist zum Symbol geworden", betonte Schröder. "Zum Symbol dafür, die Vergangenheit anzunehmen und sie als Verpflichtung zur Versöhnung zu begreifen."
Der Bundeskanzler erinnerte in seiner Rede an das Leid der polnischen Bevölkerung unter der nationalsozialistischen Besatzung, aber auch an das Leid der Deutschen, die nach 1945 Opfer von Flucht und Vertreibung wurden. Mit Brandts Politik der Entspannung und der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze als der Westgrenze Polens habe dieser, so Schröder weiter, den kommunistischen Diktatoren jeden Vorwand entrissen, mit dem Schreckensbild eines deutschen Revanchismus "die Unterdrückung ihrer eigenen Völker zu rechtfertigen".
Weiter sagte Schröder die deutsche Unterstützung der polnischen Interessen und die der anderen Beitrittskandidaten bei der EU-Osterweiterung zu. Deutschland werde, so Schröder wörtlich, als "Anwalt der Beitrittskandidaten" auftreten. Der EU-Beitritt Polens sei ein "Gebot historischer Gerechtigkeit".
Die Bundesrepublik Deutschland trat also in Nizza als Sachwalter der Interessen eines Staates auf, dessen Repräsentanten sich bis heute weigern, sich klar und unmißverständlich für eines der größten Verbrechen in der Menschheitsgeschichte zu entschuldigen: für die Austreibung und Ermordung von Millionen von Deutschen aus dem Osten Deutschlands. Auch dies gehörte zwingend zum "Gebot der historischen Gerechtigkeit," von dem Bundeskanzler Schröder gesprochen hat.
Diese "Gerechtigkeit" geböte es weiter, nicht nur die deutsche, sondern auch die polnische Verantwortung für begangene Verbrechen beim Namen zu nennen. Viele dieser Verbrechen, und dies verdient besondere Erwähnung, sind überdies nach Kriegsende begangen worden. …
Es waren insbesondere polnische Milizen, die sich bei den Vertreibungsverbrechen gegen Deutsche ganz besonders "hervorgetan" haben. Eine von der Bundesregierung eingesetzte

wissenschaftliche Kommission stellte zu diesen Milizen fest, daß diese den Deutschen mit "einem ausgeprägten Deutschenhaß" begegneten. Kennzeichen dieser Milizen war "ein wahrer Sadismus in der Erfindung von Grausamkeiten und sonstigen Erniedrigungen".
Beim Namen genannt werden muß auch der polnische staatliche Sicherheitsdienst, der Konzentrationslager für Deutsche errichtete. …
Verbrechen wie diese belegen, daß es sich bei der Austreibung der Deutschen nicht nur um eine "Vertreibung" handelte, sondern um einen Völkermord, der systematisch betrieben wurde. Bis heute ist von den damaligen polnischen Tätern niemand zur Rechenschaft gezogen worden. Trotzdem soll Polen ohne weitere Vorbehalte nach dem Willen der deutschen Bundesregierung Mitglied der Europäischen Union werden, die ihrem eigenen Verständnis nach eine "Wertegemeinschaft" darstellen soll.<<
Der deutsche Jurist und Historiker Erhardt Bödecker schrieb am 1. November 2003 in der Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" über die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa (x887/...): >>… Ein … Verstoß gegen das Völkerrecht, besonders seiner humanen Bedingungen, war die von England schon 1940, also vor dem Angriff der deutschen Wehrmacht auf Rußland, den anderen Alliierten vorgeschlagene Austreibung von 13 Millionen Deutschen aus ihren angestammten preußischen Siedlungsgebieten. Diese Austreibung stellte ein schweres Menschheitsverbrechen dar, das nicht nur gegen die Regeln des damaligen, sondern auch des heute noch gültigen Völkerrechts verstößt. Rund 2,5 Millionen Menschen kamen dabei ums Leben.
Die Anwendung von Terror bei der Austreibung der bäuerlich geprägten ostdeutschen Bevölkerung wurde im englischen Außenministerium als notwendig angesehen. Der britische Unterstaatssekretär Sargent schlug sogar vor, die Deutschen aus Ostpreußen und Schlesien nach Sibirien zu deportieren. Nicht der Nationalsozialismus, sondern Preußen als Kern Deutschlands sollte mit dieser Vertreibung niedergeworfen werden.
Wer die Hauptschuld unter den Alliierten an der Vertreibung und seiner Durchführung trägt, ist ohne Belang, denn alle haben diese Unmenschlichkeit akzeptiert und zugesehen, wie Millionen von Frauen, Kindern und alten Leuten erfroren, verhungerten oder zum Teil bestialisch umgebracht wurden. Mit dem Hinweis auf Hitler läßt sich die Vertreibung weder rechtfertigen noch entschuldigen, sie bleibt ein internationales Menschheitsverbrechen. …<<
Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 8. November 2003 (x887/...): >>**Zweiter Weltkrieg: "... ein Geheimnis bleibt der Tod"**
Die deutschen militärischen Verluste betrugen 5.318.000 Gefallene
Es wird viele Leser überraschen, daß bis vor kurzem eigentlich nicht bekannt war, wie viele deutsche Soldaten während des Zweiten Weltkrieges den Tod gefunden haben. In der Literatur wurden ganz unterschiedliche Angaben gemacht; am häufigsten fand man eine Zahl von drei bis fünf Millionen toter Soldaten, die im Kampf gefallen, in Gefangenschaft umgekommen oder verschollen sind.
Jetzt liegt eine wissenschaftliche Erhebung des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes vor, die den Anspruch erhebt, realistische Zahlen über die deutschen militärischen Verluste im Zweiten Weltkrieg zu liefern. …
Sie besagt, daß die deutschen militärischen Verluste höher waren als bisher angenommen. Overmans, der in einem umfangreichen Buch unter dem Titel "Deutsche militärische Verluste im Zweiten Weltkrieg" seine Arbeit und deren Ergebnisse vorstellt, kommt zu dem Schluß, daß im Zweiten Weltkrieg 5.318.000 Soldaten der Deutschen Wehrmacht und der Waffen-SS gefallen sind. Eingeschlossen sind die in den Reihen der deutschen Truppen kämpfenden Volksdeutschen aus Ost- und Südosteuropa, Elsaß-Lothringen und Luxemburg sowie aus Südtirol.
Nicht ermittelt werden konnten die Verluste der Soldaten der Wehrmacht und der Waffen-SS,

die als Ausländer freiwillig gegen den Bolschewismus kämpften, weil die "Wehrmachtsauskunftsstelle", die einen großen Teil der Unterlagen beisteuerte, für die Anzeige dieser Sterbefälle nicht zuständig war.
Hans Werner Neulen, der Standardwerke über die ausländischen Freiwilligen verfaßt hat, schätzt die Verluste der ausländischen Waffen-SS-Einheiten auf 50.000. Bei ihm fehlen aber ebenfalls die Verluste der etwa eine Million Sowjetbürger, die auf deutscher Seite kämpften. Die Unterlagen über die Ostfreiwilligen verbrannten im Juli 1948 unter ungeklärten Umständen.
Die sowjetischen Sieger erzwangen außerdem die Herausgabe der Erkennungsmarkenverzeichnisse der fremdländischen Einheiten innerhalb der Deutschen Wehrmacht. Auch die Unterlagen über die in deutsche Kriegsgefangenschaft geratenen Soldaten der slawischen Staaten wurden von der Sowjetunion geraubt und in die UdSSR gebracht. Angeblich sollen sie in Podolsk in 377 Kisten mit Unterlagen lagern. …
Es … mußten unendliche Schwierigkeiten überwunden werden, um die Unterlagen der für die Erfassung der Verluste zuständigen Institutionen vor Chaos und vor dem Zugriff der Sieger zu sichern. Wie gefährdet sie waren, mag daraus hervorgehen, daß amerikanische Truppen die umfangreichen Nachlässe Gefallener, die nicht sofort den Angehörigen hatten zugestellt werden können und die daher zeitweise bei den von Berlin nach Thüringen ausgelagerten deutschen Dienststellen aufbewahrt wurden, nach der Besetzung Thüringens plünderten. Und was die amerikanischen Soldaten nicht stahlen, daß raubten die Sowjets, die nach den US-Streitkräften in das grüne Herz Deutschlands einrückten.
Allerdings konnten die verbleibenden deutschen Betreuer der Wehrmachtsauskunftsstelle im Juli 1945 auf 275 LKW insgesamt 531 Tonnen Akten - das waren 40 Prozent des gesamten Bestandes - in die Gegend von Kassel retten. Ein Jahr später wurden sie wieder nach Berlin transportiert, um Teil des amerikanischen Document Centers zu werden.
Im selben Jahr 1946 aber ordnete die amerikanische Besatzungsmacht völkerrechtswidrig die Verbrennung aller Unterlagen an. Ein für die Unterlagen verantwortlicher US-Offizier aber wandte sich hilfesuchend an die ebenfalls in Berlin residierenden französischen Besatzungstruppen. Die Franzosen waren vor allem an den Unterlagen über Elsaß-Lothringer in der Wehrmacht interessiert.
Daher waren sie bereit, die gesamten Unterlagen der Wehrmachtsauskunftsstelle zu übernehmen, wodurch sie vor amerikanischer Vernichtung gerettet wurden.
Zwar begannen sich die Verhältnisse allmählich zu normalisieren, doch konnte nicht verhindert werden, daß im Juli 1948 bei einem ominösen Brand in der Deutschen Dienststelle ein Teil der Akten vernichtet wurde, darunter bezeichnenderweise nicht nur die Unterlagen über die Ost-Freiwilligen, sondern auch die Friedhofslisten der von den US-Truppen unter unmenschlichen Bedingungen auf den Rheinwiesen eingerichteten riesigen Gefangenenlager, in denen Zigtausende deutscher Kriegsgefangener elendiglich umgekommen waren.
Den britischen Besatzungstruppen fielen die Unterlagen der Marine-Personal-Dokumentations-Zentrale in die Hände, die sie ebenfalls vernichten wollten. Auch hier rettete derselbe französische Offizier die Unterlagen, der schon 1946 die amerikanische Vernichtungsabsicht vereitelt hatte.
1951 wurden die verschiedenen Dienststellen, die über Unterlagen zu den Soldaten verfügten, zur "Deutschen Dienststelle" vereinigt. …
Ein besonders trauriges Kapitel für die Erfassung deutscher Gefallener stellt die entsprechende Arbeit auf dem Gebiet der ehemaligen DDR dar. Seit 1960 wurden in der DDR keine deutschen Gefallenen mehr geborgen und bestattet. Kriegsgräber, seien es Einzelgräber oder Kriegsgräberfriedhöfe, wurden von den zuständigen kommunistischen Stellen auf Berliner Weisung hin an vielen Orten eingeebnet. Immerhin ließ die DDR in den 70er Jahren die noch

vorhandenen Kriegsgräber registrieren.
Zur Zeit sind noch etwa 200.000 Gefallene im Oderbruch nicht geborgen. Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge ist seit der Wende intensiv mit den Bergungsarbeiten beschäftigt. Man hofft, daß etwa die Hälfte der überall im Gelände verscharrten deutschen Gefallenen noch identifiziert werden kann. Nach der Wende entdeckte man in der DDR Gräberkarteien der bis 1945 erstatteten Kriegssterbefälle und die Unterlagen der Wehrmachtsgräberoffiziere, die von der Sowjetunion erbeutet und verschlossen worden waren. Auch im Militärarchiv der DDR wurden umfangreiche Unterlagen über deutsche Soldaten gefunden, die immer noch ausgewertet werden. …
Damals fielen 5.318.000 Soldaten der Wehrmacht und der Waffen-SS (ohne Ausländer). Damit ist im Deutschen Reich jede 8. männliche Person gefallen. Besonders groß waren die Verluste der Jahrgänge 1920 (hier fielen 41,1 Prozent), 1924 (38 Prozent), 1914 (36,7 Prozent). Zu den Gefallenen zählen auch die in der Kriegsgefangenschaft zu Tode gekommenen Soldaten. 28 Prozent aller Wehrmachtssoldaten fielen, von der Waffen-SS aber waren es 34 Prozent, was sicherlich darauf zurückzuführen ist, daß deren Truppenteile häufig als "Feuerwehr" an Brennpunkten eingesetzt wurden und daß die Soldaten der Waffen-SS besonders intensiv kämpften.
Allein an der Ostfront starben 2,7 Millionen Soldaten; rechnet man die Verluste im Endkampf in Ostdeutschland hinzu, sowie die deutschen Kriegsgefangenen, die in der UdSSR ums Leben kamen, betrugen die Opfer im Osten sogar vier Millionen. Overmans bestätigt übrigens, daß von den deutschen Soldaten, die vom Beginn bis zum Frühjahr 1945 in sowjetische Kriegsgefangenschaft gerieten, 95 Prozent umgekommen sind, und das heißt in den meisten Fällen, daß sie ermordet wurden. Während im Ersten Weltkrieg 1,8 Millionen deutsche Soldaten fielen (14 Prozent aller Soldaten), mußten im Zweiten Weltkrieg 5,3 Millionen deutsche Soldaten ihr Leben lassen, das waren 28 Prozent aller Soldaten. …<<
Der deutsche Historiker Horst Möller berichtete am 25. November 2004 während einer Tagung der Konrad-Adenauer-Stiftung und des Instituts für Zeitgeschichte in Berlin über "Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten in der Erinnerungskultur" (x879/10-16): >>... Warum sind Vertreibungen im 20. Jahrhundert nicht nur ein deutsches, nicht nur ein europäisches, sondern ein welthistorisches Schicksal? ...
Wenn wir heute über diese Fragen diskutieren, dann wird oft gesagt: Wie könnt ihr über die Vertreibung reden? Ihr müßt über den Nationalsozialismus reden! Nun versteht es sich geschichtswissenschaftlich von selbst, Vorgeschichte und Ursachen historischer Phänomene einzubeziehen, und man braucht Historikern nicht zu sagen, daß auch das Jahr 1945 nicht ohne das Jahr 1933 und nicht ohne das Jahr 1939 zu erklären ist, d.h. selbstverständlich steht die Vertreibung der Deutschen aus ihren angestammten Siedlungsgebieten im historischen Kontext der nationalsozialistischen Diktatur und der Massenverbrechen gegen die unter deutscher Besatzung stehenden Völker im Osten Europas.
Allerdings muß auch gesagt werden: Die Besetzung Ostpolens durch die Sowjetunion im September 1939 - und damit die historische Voraussetzung der "Westverschiebung" Polens 1945 - konnte weder chronologisch noch kausal eine Reaktion auf deutsche Verbrechen sein, sondern war ihrerseits aufgrund des Hitler-Stalin-Paktes vom August 1939 eine brutale Annexion fremden Staatsgebiets. Auch die historische Vorgeschichte der Vertreibung der Deutschen 1945 ist also komplizierter, als daß sie ausschließlich als Reaktion auf Vertreibungen und Verbrechen angesehen werden kann, die die deutsche Besatzungsmacht zwischen 1939 und 1945 zweifellos begangen hat.
Keinesfalls aber kann die historische Erklärung als Legitimation, als Rechtfertigung für andere Verbrechen akzeptiert werden. Kein Verbrechen legitimiert ein anderes, auch wenn es zur Erklärung beitragen kann. Unter den deutschen Vertriebenen waren Millionen Unschuldige,

die buchstäblich für die Verbrechen der deutschen Besatzungsmacht in "Sippenhaft" genommen wurden. ...
Ohne historisches Erinnern gibt es keine politische Kultur, und leider sehen wir in Politik und Gesellschaft immer wieder, daß die Abwesenheit der historischen Perspektive, auch die Abwesenheit der historischen Bildung, sehr kurzfristig angelegte politische Entscheidungen bewirkt. ...
Man sollte jedoch meines Erachtens nicht Konkurrenzen zwischen verschiedenen Erinnerungsfeldern, verschiedenen historischen Schichten oder gar verschiedenen Opfergruppen aufbauen: "Nur das Wahre ist das Ganze" hat der Philosoph Hegel einmal gesagt, und das gilt auch hier.
Das heißt also: Zu unserer historisch-politischen Kultur muß selbstverständlich auch die Realität der Vertreibung nach 1945 gehören, und zwar in dreifacher Perspektive: Zum einen darf, muß und soll sich auch jedes Volk, jede Nation ihrer eigenen Opfer erinnern, zum zweiten muß sie natürlich nach den Ursachen fragen und zum dritten muß sie selbstverständlich die Frage miteinbeziehen, welchen Anteil an historischer Verantwortung, ja an historischer Schuld, sie selbst an dieser Entwicklung trägt. ...
Wir dürfen als Historiker diesen Erinnerungen nicht ausweichen, auch dann nicht, wenn sie schmerzhaft sind. Wir könnten natürlich mit Friedrich Nietzsche sagen: "Gesund ist, wer vergißt." Wir können aber auch mit Sigmund Freud sagen: "Wer verdrängt, wird krank." Die Historiker halten es natürlich mit letzterem. Die Verdrängung historischer Tatbestände wirft auf die Dauer Probleme auf, die historische Legendenbildung - wir haben das in der Geschichte - nicht nur der deutschen - immer wieder gesehen - führt zu politischen Belastungen und Vergiftungen, manchmal extremen Ausmaßes. Deshalb muß dagegen immer wieder die historische Aufklärung gesetzt werden. ...<<
Die deutsche Journalistin Helga Hirsch berichtete während dieser Tagung der Konrad-Adenauer-Stiftung und des Instituts für Zeitgeschichte in Berlin über die "Erinnerung an die Flucht und Vertreibung der Deutschen" (x879/114-121): >>... Insgesamt sind etwa 14 Millionen Deutsche von 1944 bis 1950 aus den deutschen Ostgebieten und den ehemals deutschen Siedlungsgebieten im Osten und Südosten geflohen oder vertrieben worden; knapp zwei Millionen von ihnen kamen um. Fast jede fünfte Familie in Nachkriegsdeutschland hatte somit ihre Heimat verloren. Wie hat sich unsere Gesellschaft der Entwurzelung gestellt, und wie sind die Entwurzelten selbst mit sich umgegangen?
Die Erinnerungen an Flucht und Vertreibung haben im Westen Deutschlands mehrere Phasen durchlaufen. Gleich nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs waren sie in Familiengeschichten, Filmen, Romanen und Dokumentationen allgegenwärtig als Ausdruck des authentischen Schocks, der die Menschen in ihren Alpträumen verfolgte, sie sich hilflos, ohnmächtig und abhängig fühlen ließ und sehr häufig in die soziale Deklassierung stieß.
Gleichzeitig aber wurden die dramatischen Erlebnisse jener, die von der Roten Armee überrollt, von Sowjetsoldaten vergewaltigt oder von Polen und Tschechen zur Zwangsarbeit eingesetzt worden waren, in der politischen Propaganda eingesetzt, da sich im beginnenden Kalten Krieg mit den Greueltaten eindringlich begründen ließ, warum sich das christliche Europa gegen "barbarische Rotarmisten" und die "bolschewistische Gefahr" schlechthin zusammenzuschließen und zu rüsten habe.
In den sechziger Jahren änderte sich die Situation radikal. Hatten sich die Vertriebenen wie der Rest der Nation bis dahin unter weitgehender Ausblendung der NS-Verbrechen fast ausschließlich als Opfer der Alliierten gesehen, nahmen die Nachgeborenen sie nur noch verächtlich als Täter und Mitläufer wahr. Der Verlust der Ostgebiete galt nun als gerechte Strafe für die Verbrechen des NS-Regimes; schon wer sentimentalen Kindheitserinnerungen nachhing, stand im Verdacht des Revanchismus. ...

Hinzu kommt ein anderer Faktor. Jahrzehntelang hatten sich die alte Bundesrepublik und die DDR gerühmt, die Vertriebenen in vorbildlicher Weise integriert zu haben. Die DDR hatte schon nach wenigen Jahren verkündet, die vier Millionen "Umsiedler" hätten sich mit der einheimischen Bevölkerung verschmolzen - das Problem sei also nicht mehr existent.
Im Westen hatte man geglaubt, die Unterschiede zwischen Einheimischen und Zugereisten spätestens Ende der 60er Jahre behoben zu haben. Dem Stolz von Politikern - "Wir haben sie integriert!" - entsprach der Stolz der Betroffenen: "Wir haben es geschafft!" Doch mit der Angleichung der Lebensverhältnisse waren die seelischen Verwundungen noch keineswegs geheilt.
Gleich nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs galten Flucht und Vertreibung als "normal". "Das war nichts Besonderes", sagen einige Betroffene bis heute. Auch ausgebombte Familien standen vor dem Nichts und waren zum Neuanfang gezwungen. Also verdrängten Flüchtlinge und Vertriebene ihre Verzweiflung, ihre Trauer und die Gefühle von Hilflosigkeit und Ohnmacht und konzentrierten sich mit aller Kraft auf die Gründung einer neuen Existenz.
... Allerdings drängten sie, auch wenn sie aufstiegen in Beruf und Politik, nur selten in die erste Reihe, da, wer auffällt, Neid und Aggression auf sich zieht.
Daß Vertriebene und ihre Kinder, obwohl äußerlich seit langem auffällig unauffällig, innerlich häufig noch geprägt sind von Flucht und Heimatverlust, gerät erst seit einigen Jahren ins Blickfeld. Bei einer Umfrage des Psychologischen Instituts der Universität Hamburg aus dem Jahre 1999 ergab sich beispielsweise, daß noch 62 Prozent der Befragten unter belastenden Erinnerungsbildern und dem Wiedererleben traumatischer Situationen litten.
Ermutigt durch die Berichte über die massenhaften Demütigungen der Frauen im zerfallenden Jugoslawien brachen seit Anfang der neunziger Jahre auch viele Frauen ihr Schweigen und berichteten erstmals über ihre eigenen Vergewaltigungen fünfzig Jahre zuvor. Ein "abgesunkenes Stück kollektiver Leidensgeschichte des Zweiten Weltkriegs", so formulierte es der Historiker Hans-Ulrich Wehler, könne endlich "ruhig besprochen werden". …
All dies, was uns als positiv erscheint, weil es uns also reifer, souveräner, berechenbarer machen könnte, wenn es die Einseitigkeiten der Vergangenheit überwindet und Verdrängtes bewußt macht und damit unserer Einflußnahme unterstellt - all dies macht unseren Nachbarn Angst.
Vor allem die Polen befürchten eine Geschichtsrevision, da die Deutschen, so der durchgängige Vorwurf, den Zusammenhang von Ursache und Wirkung zerreißen und die Vertreibung 1945 losgelöst vom Überfall 1939 darstellen würden. Außerdem, so eine weitere Kritik, wollten sich die Deutschen nun nach den Juden als die größten Opfer des Zweiten Weltkriegs stilisieren und andere Opfergruppen (weiter) aus dem öffentlichen Gedächtnis verbannen. …
Wenn nämlich Deutsche nicht nur Täter und böse sind, sondern durch die Vertreibung auch gelitten haben, stellt sich die Frage nach dem Anteil der Polen an diesem Vorgang. Polen ist nicht nur der gezwungene Vollstrecker der Politik der alliierten Siegermächte gewesen, Polen hat auch von sich aus die ethnische Homogenisierung seines Staatsgebiets betrieben, mit den "wilden Vertreibungen" der Deutschen und der verwaltungsmäßigen Übernahme der deutschen Ostgebiete noch vor der Potsdamer Konferenz vollendete Tatsachen geschaffen und eigenständig Internierungslager für die verbliebenen Angehörigen der deutschen Minderheit eingerichtet.
Zwar haben polnische Historiker und Publizisten bereits einige Mal eingeräumt, das "kleinere Übel" der Vertreibung der Deutschen sei nicht durch das "größere Übel" der deutschen Verbrechen zu rechtfertigen. In der Zeit der augenblicklichen ökonomischen, politischen und vor allem moralischen Verunsicherung aber pochen nationalistische Politiker auf die uneingeschränkte Opferrolle Polens als Fundament des nationalen Selbstverständnisses:
Für sie sind alle Behauptungen über eine Mitschuld von Polen am Holocaust oder an der Ver-

treibung der Deutschen Verleumdungen, und alle Deutschen sind "Hitleristen", mit denen sich Empathie selbstverständlich verbietet.
Es ist offenkundig eine Eigenschaft des Menschen, daß er auch als Opfer zu einem Konkurrenzdenken tendiert. Wie könnten Deutsche es wagen - so sinngemäß der polnische Schriftsteller Stefan Chwin - über ihre Vertreibung zu reden, wo Polen mit KZ-Haft, Zwangsarbeit und ebenfalls mit Vertreibung viel Schlimmeres erlebt hätten und nach dem Krieg nicht in einer "zivilisierten Welt" wie die Westdeutschen, sondern in der "roten kommunistischen Zone" gelandet seien?
Diese Art der Fragestellung führt allerdings in eine Sackgasse, da das Leiden des Individuums nicht meßbar ist und zudem nicht abhängt von der Schuld oder Unschuld seiner Nation. Erinnerung ist immer subjektiv und damit singulär. Sie ist gebunden an die spezifischen historischen Umstände eines Landes und kann ihre integrierende, heilende Wirkung nur dann entfalten, wenn diesem besonderen Charakter Rechnung getragen wird. ...<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 20. August 2005 (x887/...): >>**Einführung der Sklaverei**
Über die Unterlassung der kommentierenden Nachkriegsbetrachtungen
Der 8. Mai ist vorüber, seine Bewertung als "Tag der Befreiung" scheint sich durchgesetzt zu haben. Oder hat der 60. Jahrestag des Kriegsendes insgeheim einen geschichtspolitischen Gezeitenwechsel markiert, und sei es nur deshalb, weil die beängstigende Einmütigkeit in Artikeln, Publikationen, Reden und Verlautbarungen die Neugierde auf Verschwiegenes und Verdrängtes anschwellen läßt? Auf wieviel Nichtwissen der aktuelle Meinungskonsens beruht, davon vermittelt das von Karlheinz Weißmann herausgegebene Buch "Die Besiegten" eine Ahnung.
Weißmann stellt in der Einleitung den Bedeutungswandel des 8. Mai in der öffentlichen Wahrnehmung von 1945 bis heute dar. Die breite Akzeptanz des Befreiungspostulats resultiert aus dem Wunsch, sich politisch der Position der Sieger anzuschließen, was zugleich eine psychologische Entlastung bedeutet.
Das Buch behandelt die Zeitspanne von den letzten Kriegswochen 1945 bis zu den ersten Monaten der Besatzung. In den Kapiteln "Endkampf", "Besetzung", "Kriegsgefangene", "Internierung", "Vertreibung", "Verschleppung", "Interregnum" und "Siegermacht" wird das ganze Spektrum der Unterwerfung erfaßt. Jedem dieser Abschnitte ist eine Einleitung vorangestellt, die auch einen Überblick über die historische Forschung gibt.
Danach folgen die Zeitzeugenberichte: Tagebücher, Briefe, eidesstattliche Erklärungen und nachträgliche Aufzeichnungen. Themenbeispiele sind die Zerstörung Demmins durch die Rote Armee nach der Einnahme der Stadt, die schweren Folterungen deutscher Kriegsgefangener durch die Amerikaner im Zuge des Malmedy-Prozesses sowie die Greuel in den deutschen Ostgebieten. Bei der Auswahl ging es nicht um die Kumulation des Grauens, sondern um die exemplarische Bedeutung.
Für die offiziöse deutsche Geschichtsschreibung existieren diese Ereignisse kaum. Wie weit sie sich damit vom wissenschaftlichen Ethos und objektiven Kategorien entfernt hat, deutet der amerikanische Historiker Alfred M. de Zayas in seinem Vorwort an. Die im Februar 1945 in Jalta von Roosevelt, Churchill und Stalin getroffene Entscheidung zur "Verwendung deutscher Arbeitskräfte", auf deren Grundlage hunderttausende deutsche Zivilisten und Millionen Soldaten als Zwangsarbeiter eingesetzt wurden, nennt er die Wiedereinführung der "Sklaverei".
Den deutschen Historikern wirft er vor, bisher keine seriösen Statistiken erstellt, Zeitzeugen nicht befragt und keine kommentierte Ausgabe der Nürnberger Akten vorgelegt zu haben. Neben dem dokumentarischen Wert dieses Buches liegt ein weiteres Verdienst darin, auf solchen Lücke hinzuweisen und für ihre Schließung - soweit sie noch möglich ist - einen Anfang ge-

setzt zu haben.
Karlheinz Weißmann: "Die Besiegten - Die Deutschen in der Stunde des Zusammenbruchs 1945", Schnellroda 2005 ...<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 25. März 2006 (x887/...): >>**Thesen zur Vertreibung**
Neuauflagen der Standardwerke von Prof. Alfred M. de Zayas
Zu den Standardwerken über Flucht und Vertreibung der Deutschen aus dem Osten zählen seit Jahrzehnten die Werke des Völkerrechtlers Prof. Dr. Alfred M. de Zayas - "Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung", 1977, sowie "Anmerkungen zur Vertreibung", 1986. ...
Vorab dokumentieren wir hier Auszüge aus diesen "Thesen zur Vertreibung":
- Heimatrecht ist Menschenrecht.
- Die Vertreibung der Deutschen war völkerrechtswidrig.
- Die Haager Landkriegsordnung von 1907 war im Zweiten Weltkrieg anwendbar. Artikel 42 bis 56 beschränken die Befugnisse von Okkupanten in besetzten Gebieten und gewähren der Bevölkerung Schutz, insbesondere der Ehre und der Rechte der Familie, des Lebens der Bürger und des Privateigentums, Artikel 46, und verbieten Kollektivstrafen, Artikel 50. Eine Massenvertreibung ist mit der Haager Landkriegsordnung in keiner Weise in Einklang zu bringen ...
- Vertreibungen waren im Jahre 1945 völkerrechtswidrig, auch in Friedenszeiten, denn sie verletzen die Minderheitenschutzverträge, die Polen und die Tschechoslowakei verpflichteten.
- Die Rechtsprechung des Internationalen Militär-Tribunals in Nürnberg verurteilte die Vertreibungen, die von den Nationalsozialisten durchgeführt worden waren, als Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschheit. Das Völkerrecht hat per definitionem universale Geltung, und darum stellten die Vertreibungsaktionen gegen die Deutschen, gemessen an denselben Prinzipien, ebenfalls Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschheit dar.
- Artikel XIII des Potsdamer Protokolls hat keine Legalisierung der Vertreibung der Deutschen bewirkt und konnte es auch gar nicht. Die Alliierten hatten keine unbeschränkte Verfügungsgewalt über das Leben der Ostdeutschen. Auch wenn es ein "Interalliiertes Transferabkommen" gegeben hätte und Artikel XIII stellt kein solches Abkommen dar, müßte es nach völkerrechtlichen Prinzipien beurteilt werden.
- Vertreibung und Verschleppung können sehr wohl als Völkermord bezeichnet werden, wenn die Absicht des Vertreiberstaates nachweislich ist, eine Volksgruppe auch nur teilweise zu vernichten. Dies war zweifelsohne die Absicht Beneschs, wie in seinen Reden und in den Benesch-Dekreten ausreichend belegt.
- Flüchtlinge und Vertriebene haben ein Recht auf Rückkehr sowie ein Recht auf Restitution - siehe Uno-Unterkommission für Menschenrechte, Resolutionen 2002 und 2005 …<<
Der deutsche Journalist und Historiker Klaus Rainer Röhl schrieb am 22. April 2006 in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" (x887/...): >>**Vergewaltigungen deutscher Frauen kein Thema**
Ende April wird die erste deutsche Ausstellung über Flucht und Vertreibung im Bonner "Haus der Geschichte" geschlossen. Über die Ausstellung haben wir bei ihrer Eröffnung berichtet. Wie alle Vertriebenen, die entgegen fester Versprechungen immer noch kein eigenes Zentrum gegen Vertreibungen besitzen, haben wir uns darüber gefreut, daß 60 Jahre nach der völkerrechtswidrigen Vertreibung von 15 Millionen Deutschen aus ihrer Heimat ihr Schicksal in dem zentralen deutschen Geschichtsmuseum Thema wurde.
Die Ausstellung geht jetzt nach Berlin und Leipzig. Hoffentlich nicht in unveränderter Form. Denn hinter den Kulissen wird seit einem Jahr ein Konflikt verborgen gehalten, der seit Eröffnung der Ausstellung zwischen dem Ausstellungskurator und seinen Kritikern schwelt.
Dabei geht es nicht darum, was Gutes und Lobendes über die Ausstellung "Flucht, Vertrei-

bung, Integration" zu sagen, sondern darum, was in dieser Ausstellung fehlt, so auffällig fehlt, daß man getrost davon sprechen kann, daß dieses Thema bewußt ausgeblendet werden sollte: Daß viele Hunderttausende deutscher Frauen und Mädchen, viele von ihnen noch Kinder, während der Flucht oft wochenlang vergewaltigt wurden, von russischen Soldaten und auch von Angehörigen der polnischen und tschechischen Milizen. Viele der Frauen und Mädchen haben die Folgen der massenhaften Vergewaltigungen nicht überstanden, Tausende gaben sich auch selbst den Tod.
Wer dennoch überlebte, war oft für immer traumatisiert, ebenso wie die Kinder, die die barbarischen Akte mit ansehen mußten. Längst sind die Morde, schweren Körperverletzungen und Vergewaltigungen als Kriegsverbrechen geächtet, und überall auf der Welt werden sie heute als solche gebrandmarkt, ob sie in Bosnien, in Albanien, in Afrika oder in Asien verübt werden, und fast jeden Tag wird über Vergewaltigungen berichtet und die Täter werden, wenn möglich vor dem Kriegsverbrecher-Tribunal angeklagt, gleich, ob es um Frauen und Mädchen in Sudan, in Uganda, oder, wie in diesen Tagen im Kongo geht.
Nur für deutsche Opfer schien bisher kein Interesse zu bestehen - dabei handelt sich bei den gezielten Massen-Vergewaltigungen der Roten Armee um das größte Gewaltverbrechen der Nachkriegszeit.
Deutsche Gutmenschen, bei denen die Umerziehung in der dritten Generation schon ins Groteske umgeschlagen ist, haben im Jahr 2006 auch dafür noch eine Entschuldigung zur Hand. Und viel Verständnis.
Diese jungen Soldaten, sagen uns manche unserer nach 1945 geborenen Gutmenschen, mordeten und vergewaltigten deutsche Mädchen und Frauen, weil sie nach vielen Monaten der gnadenlosen Kämpfe mit den deutschen Soldaten - Gefangene wurden auf beiden Seiten kaum noch gemacht - nur noch Haß gegen die Deutschen kannten und diesen Haß auf die deutschen Frauen übertrugen. Und ihn an ihnen ausließen.
Außerdem hätten die jungen Soldaten bei ihrem Vormarsch überall die von Deutschen zerstörten Dörfer und Städte und ihre getöteten Landsleute gesehen, und so aus Rache die Gewalttaten an Frauen begangen. Diese These wird uns immer wieder aufgetischt, wenn von den Vergewaltigungen der Roten Armee die Rede ist, auch in Guido Knopps Fernsehserie "Die große Flucht".
Die sich im Wortlaut gleichenden, fast stereotypen Erklärungen, vorgetragen von wohlmeinenden, letzten Endes aber voreingenommen Publizisten und Wissenschaftlern, sogar von Augenzeugen und Opfern selbst (!) sollen Kriegsverbrechen entschuldigen, die auch gern abschwächend "Übergriffe" genannt werden.
Auffallend oft, meist erst auf bohrende Nachfragen der Reporter, kommt der Hinweis auf die Verbrechen der Nazis, an deren Schuld ohnehin niemand der Zuschauer gezweifelt hat. Vielleicht steckt keine Absicht dahinter, aber die Wirkung ist eindeutig. Die Kriegsverbrechen der Russen, Polen oder Tschechen werden relativiert. Sie sollen gegen deutsche Geiselmorde und andere Kriegsverbrechen aufgerechnet werden.
Aber man kann Völkermord und Kriegsverbrechen nicht relativieren und die Toten nicht gegeneinander aufrechnen. Das genau ist ja die Methode der Rechtsextremisten. Und der Stalin-Anhänger, von denen es in Deutschland weit mehr bekennende Anhänger gibt als NPD-Leute.
Außerdem sprechen die heute bekannten Tatsachen gegen die Rache-These. Die kämpfende, kampfgewohnte Truppe, vor allem die Besatzungen der Panzer und Sturmgeschütze, das bestätigen alle Augenzeugen, vergewaltigte im allgemeinen nicht, griff vielleicht nach Uhren und Schnaps und zog rasch weiter.
Die nachrückenden Reserven junger Rekruten aber hatten in ihrer Heimat, in der Mongolei keine Toten oder verbrannte Häuser zurücklassen müssen, die sie jetzt an halbwüchsigen Mädchen oder alten Frauen hätten rächen wollen. Sie hatten gerade, einige Wochen zuvor, bei

ihrem Einmarsch ins Baltikum, auch die Frauen und Kinder der Letten, Esten und Litauer vergewaltigt und getötet. Sie wurden mit der gleichen Brutalität behandelt, wie später die jungen Mädchen und Frauen aus Ostpreußen.
Die jungen Männer aus der Mongolei, die im Raum Königsberg und in Danzig, in Pommern und in Schlesien besonders barbarisch wüteten, waren nicht grausamer geboren als andere Männer. Der Grund für die an allen Frontabschnitten auftretenden Gewalttaten und Morde war ein anderer: Sie begingen die Verbrechen, weil sie es durften. Weil das Gewaltverbot, das seit Kain und Abels Zeiten gilt, für sie aufgehoben war.
Den angeblichen "Rassestolz" der deutschen Frauen sollten die russischen Soldaten nach einem Aufruf des Schriftstellers Ilja Ehrenburg durch massenhafte Vergewaltigungen "brechen". Wörtlich heißt es in einem Flugblatt aus dem November 1944: "Folgt der Weisung des Genossen Stalin und zerstampft für immer das faschistische Tier in seiner Höhle. Brecht mit Gewalt den Rassehochmut der germanischen Frauen! Nehmt sie als rechtmäßige Beute!"
Die Urheberschaft des berühmten Schriftstellers an diesem Text ist nicht zweifelsfrei nachzuweisen, aber seine rund 3.000 veröffentlichten Flugblatt-Texte und Aufrufe atmen den gleichen Geist des Hasses.
Der Ermunterungen durch solche Flugblätter bedurften die jungen Soldaten aus den asiatischen Provinzen der Sowjetunion nicht - sie wußten schon, was sie mit den Frauen und Mädchen tun wollten - und taten. Das, was sie in ihren verborgensten Träumen und Phantasien schon immer gewollt hatten, das gleiche, was sich alle potentiellen Sexualtäter und Mörder überall auf der Welt auch heute in ihren gar nicht so seltenen Gewaltträumen wünschen, was aber in allen Kulturstaaten mit lebenslangem Gefängnis oder der Todesstrafe bedroht ist: Das junge Mädchen, die Frau demütigen, mit Gewalt nehmen, dem Opfer Schmerz zufügen und es am Ende sogar ermorden.
Tatsächlich wurden die bis zur Bewußtlosigkeit mißbrauchten deutschen Frauen und halbwüchsigen Mädchen von den russischen Soldaten nicht selten nach der Vergewaltigung getötet. Viele empfanden es als Erlösung.
Seit Eröffnung der Ausstellung "Flucht, Vertreibung, Integration" fordert eine Kölner Frauenhilfsorganisation … in Gesprächen mit dem Ausstellungsleiter Hans-Joachim Westholt eine "angemessene Würdigung des Themas".
Aber nicht einmal, als Prominente wie die Psychoanalytikerin Margarete Mitscherlich oder ihr Kollege Horst Eberhard Richter Protestbriefe schrieben, wurde eine Ergänzung der Ausstellung ins Auge gefaßt.
Es war offenkundig, daß der Kurator während der ganzen Zeit das Thema blockierte. Angeblich sei das Thema Vergewaltigung nicht ins Bild zu setzen. ...<<
"SPIEGEL ONLINE" berichtete am 20. November 2007: >>**Kriegsgefangen**
Auf dem Rücken weiße Lettern
Seuchen, Hunger, Lagerkoller: Hunderttausende deutsche Kriegsgefangene sperrte die US-Armee zwischen April und September 1945 in den Rheinwiesenlagern ein - unter teils unmenschlichen Bedingungen. Als 18-Jähriger erlebte *Hans-Joachim Möller* den grausamen Alltag im Lager Bad Kreuznach.
Es regnete. Der Aprilwind heulte. Vor den Toren von Bad Kreuznach an der Nahe hatten die Amerikaner ein gigantisches Areal ausgeschaut, darauf nichts als Weinstöcke. Sie sammelten alle uniformierten Deutschen ein: Männer, Frauen, Halbwüchsige. …
Die Amerikaner sammelten alle ein, obwohl sie Probleme mit der Bewachung, der Unterbringung und der Versorgung bekamen. Sie waren vorbereitet aufs Kämpfen, auf die Bedienung ihrer Waffen, auf das Fahren ihrer Panzer und auf taktische Aufgaben. Mit der Organisation von enormen Kriegsgefangenenlagern kannten sich die Sieger jedoch nicht aus.
Zunächst transportierten sie uns per Lastwagen-Treck auf die große Freifläche. An die hun-

dertvierzigtausend kamen zusammen, darunter Offiziere, Unteroffiziere, HJ-Jungs, "Helferinnen und Helfer". Manche bekamen Töpfe mit weißer Farbe und Pinsel in die Hand gedrückt. In langen Reihen aufgestellt, trieb man uns an den "Pinselmännern" vorbei, die uns mit großen Buchstaben ein "PW" für "Prisoner of War" auf die Rücken malten.
… Langsam bekamen wir Hunger und Durst. Wir hatten kein Dach über dem Kopf, um uns vor dem eiskalten Regen zu schützen. Keine Decken, keine Medikamente, nichts. Die Amerikaner scheiterten daran, uns zu ernähren, ja, sie schafften es nicht einmal, uns am Leben zu erhalten. Mit der Zeit wurden sie nervös, reagierten nicht mehr normal. Sie zäunten das ganze Areal mit Stacheldraht ein, doppelt und dreifach, drei Meter hoch. Der wurde von Scheinwerfern angestrahlt, Tag und Nacht. An den Ecken saßen die Posten auf Wachtürmen an Maschinengewehren. Über der Latrine hing bald ein Pesthauch.
Und dann war da noch der Lagerkoller. Wohl aus Versehen oder aus reiner Gedankenlosigkeit fand jemand seinen Löffel, seine Büchse nicht gleich wieder. Er schrie: "Ein Dieb, ein Dieb! Ich bin bestohlen worden!" Endlich passierte etwas - und schon geiferten alle, dankbar für die Abwechslung. "Kameradendieb - faßt ihn", brüllten sie und jagten ihn. Ob es nun der Schuldige war oder nicht, egal. Wichtig war, einen zu haben, ihm ein Pappschild umzuhängen, ihn durchs Lager zu prügeln.
An der Hatz beteiligten sich alle. Schließlich stürzte man den Gejagten in die "Scheißgrube", in der er jämmerlich erstickte - nur hier und da versuchten die Amerikaner, solche Übergriffe zu vereiteln. Dann bestimmten sie einige von uns dazu, in die Grube hinabzusteigen und den Toten zu bergen. Auch ich gehörte mal dazu - noch Tage danach stank ich, und keiner wollte mit mir in der Schlange nach Wasser oder bei der Büchsenverteilung stehen. Der Erstickte kam ins Leichenzelt - zu den anderen, die jeden Tag abgefahren wurden. Wir haben nie erfahren, wohin die Toten kamen.
… Verzweiflung, Schrecken, Neid, Böswilligkeit und Brutalität. Zum Schlimmsten aber gehörte es, Episoden wie diese miterleben zu müssen: Ein hoch dekorierter Feldwebel machte sich ein Feuerchen aus Pappresten, um seinen Kaffee-Becher darüber zu halten. Aus Versehen kam jemand an seinen Becher, der Kaffee verspritzte. "Paß doch auf", sagte der Mann am Feuer, doch schon grölte die Gruppe: "Halt bloß die Schnauze! Ihr habt uns lange genug herumkommandiert, Ihr Arschlöcher!" Und: "Jetzt hast du uns endlich nichts mehr zu sagen!"
Sie rempelten ihn an, prügelten auf ihn ein, brüllten laut und ließen ihn liegen. Er blutete. Als er sich nicht mehr erhob sagte einer schließlich: "Der ist hin, der Scheißkerl." Viele haben sich ihre Rangabzeichen entfernt, um so etwas nicht zu erleben. Zahlreiche Orden nahmen sich die GIs mit nach Hause, als Andenken - im Tausch gegen Zigaretten.
Ältere starben zuerst, zu gering war ihre Widerstandskraft. Erkältungen waren die Todesursache, körperliche Schwäche durch unzureichende Nahrung - oder auch einfach Lethargie, Teilnahmslosigkeit, Verzweiflung. Viele von uns wurden wegen Kleinigkeiten zu Tode geprügelt. Schon beim Anstehen am Trinkwassertank ging es los. Es wurde gestoßen, gerempelt und gepöbelt wegen Nichtigkeiten, die aber in dieser Situation von ungeheuerer Bedeutung waren. Und die "Verpflegung"? Büchsen aus den amerikanischen Depots, Ration A. Wenn es nicht schnell genug ging, wurde zugeschlagen. Und es regnete weiter.
… Am Stacheldrahtzaun stand manchmal einer, der zufällig aus der Gegend war, und versuchte, etwas zu den Zivilisten hinüberzurufen. "Sag Bescheid, ich lebe noch!" zum Beispiel. Die Amerikaner vereitelten dies brutal. Schossen von den Wachtürmen, erst in die Luft, manchmal auch gezielt, ganze Salven, mit ihren MPs. Manchmal auch … um den Deutschen Angst einzujagen. Wenn die dann auseinander liefen, lachten sie - und freuten sich, wenn sie die "Krauts" rennen sehen konnten.
So mancher lockte einen amerikanischen Wachsoldaten auch an den Stacheldraht, um sich Zigaretten oder etwas Eßbares einzutauschen. Gab seinen Ehering durch den Stacheldraht. für

eine Schachtel Chesterfield. Immer wieder fielen Schüsse, keiner wußte warum. Die Amis waren nervös, brüllten herum. Die Panzer kehrten wieder und umkreisten das Areal. Falls wir wirklich mal eingeschlafen waren, wachten wir durch das Klirren der Sherman-Panzerketten auf. Wer dieses Geräusch einmal gehört hat, vergißt es nie wieder. So schlimm er auch war - wir konnten uns einfach nicht vorstellen, wie es sein mochte ohne Krieg. Ich war damals 18 Jahre alt.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 22. Dezember 2007 (x887/...): >>**Einseitige Sichtweise**

Deutsch-polnische Geschichte: Darstellungen für den Schulunterricht ...

Deutschen Schülern die polnische Geschichte und zugleich den Verlauf der deutsch-polnischen Beziehungen nahezubringen, ist ein verdienstvolles, wenn auch nicht einfaches Unternehmen. …

Zu registrieren ist allerdings - wie bei vielen gutwilligen deutschen Publizisten und Wissenschaftlern - ein Geschichtsbild, das trotz aller Bemühungen um Objektivität hin und wieder schwerpunktmäßig einseitige polnische Sichtweisen wiedergibt, die nicht oder in ihrer Gewichtung nicht den Fakten entsprechen. Zum Beispiel wird die aggressive Großmachtpolitik des Marschalls Pilsudski, der Angriffskriege gegen mehrere Nachbarländer geführt hat, beiläufig und eher unkritisch abgehandelt.

Immerhin wurden nach dem Ersten Weltkrieg weite Teile der Ukraine, Weißrußlands und Litauens, wie auch später noch das tschechische Olsa-Gebiet annektiert und "polonisiert". Aus diesen Gebieten stammten größtenteils die Menschen, die von Polen 1945 als polnische Vertriebene in den deutschen Ostgebieten, heute etwa ein Drittel des polnischen Territoriums, angesiedelt wurden.

Die nach dem Ersten Weltkrieg durchgeführten Volksabstimmungen werden nur am Rande erwähnt. Es ist von "strittigen Gebieten um Allenstein, Marienwerder und in Oberschlesien" die Rede, und daß es "im südlichen Ostpreußen und in westpreußischen Plebiszitgebieten 1920 nur wenige Stimmen für Polen gab, weshalb die Gebiete größtenteils bei Deutschland verblieben". Die Teilung Oberschlesiens, des seinerzeit zweitgrößten deutschen Industriegebiets, auf Betreiben Polens durch den Völkerbund entgegen dem Votum der Volksabstimmung von 1921 - 60:40 zu Gunsten Deutschlands - findet keine analytische Beachtung. …

Auch unter Berücksichtigung der polnischen Teilungen und der von Deutschen zu verantwortenden Leiden des polnischen Volkes während des Zweiten Weltkriegs erscheint es sehr gewagt und undifferenziert, Schülern die Polen sozusagen als ein überwiegend friedliebendes und tapferes, wenn auch bemitleidenswertes Volk vorzustellen, die Deutschen dagegen als eher übergriffig, dominant und aggressiv. …

Es ist kontraproduktiv und gefährlich, wenn aus Scham über die NS-Vergangenheit und aus falsch verstandenem Entgegenkommen Geschichtsklitterung betrieben wird. Versöhnung oder wenigstens ein gutes nachbarliches Verhältnis kann nicht mit Selbstverleugnung bezahlt werden. …

Solange wir Tendenzen und Geschichtsklitterung noch erkennen, sollten sie benannt werden. ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 19. April 2008 (x887/...): >>**Humanität im Krieg ist möglich**

Bis zur Kapitulation behandelten die Westalliierten gefangene Wehrmachtsangehörige korrekt ...

In heutigen Darstellungen des Zweiten Weltkrieges vermißt man weitgehend die Hinweise, daß der Krieg - vor allem dort, wo sich Gegner mit annähernd gleichen Wertvorstellungen gegenüberstanden - überwiegend ritterlich und nach den Grundsätzen des internationalen Kriegsvölkerrechts geführt wurde. So ist es den allermeisten unbekannt, daß zwischen dem

Deutschen Reich auf der einen sowie Großbritannien und den USA auf der anderen Seite in bemerkenswertem Umfang schwerverwundete Kriegsgefangene ausgetauscht wurden. Die juristische Grundlage war die sowohl vom Vereinigten Königreich als auch von der Weimarer Republik, nicht jedoch von der Sowjetunion unterzeichnete Genfer Konvention aus dem Jahre 1929 über die Behandlung von Kriegsgefangenen. Die vereinbarten Regeln beruhten auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit.
… Diese humanitären Regelungen funktionierten zwischen Großbritannien und den USA sowie dem Deutschen Reich bis zum 8. Mai 1945 im großen und ganzen gut. Stellten die Delegierten bei ihren Kontrollen der Kriegsgefangenenlager Mängel fest, drangen sie auf deren Beseitigung oder meldeten sie weiter an das Land, aus dem die Gefangenen stammten. Das konnte dann gegebenenfalls Sanktionen oder sogar Repressalien verhängen. So lag es im Interesse beider kriegführenden Seiten, das Völkerrecht einzuhalten. …
Es darf nicht unerwähnt bleiben, daß die völkerrechtlich korrekte Behandlung der deutschen Kriegsgefangenen schlagartig mit der Kapitulation der deutschen Wehrmacht ein Ende hatte. Da die USA und Großbritannien nicht mehr mit der Gegenseitigkeit rechnen mußten, schoben sie alle rechtlichen Regelungen, die zum Schutze der Kriegsgefangenen vereinbart waren, beiseite. Den Gefangenen wurde der Kriegsgefangenenstatus abgesprochen; sie galten nun als "entwaffnete feindliche Soldaten", die keinen Anspruch auf den völkerrechtlich zugesagten Schutz genossen.
Demzufolge gab man beispielsweise den auf den Rheinwiesen zu Zigtausenden zusammengezogenen Gefangenen keine angemessenen Unterkünfte, nur mangelhaftes Essen und häufig nichts zu trinken, so daß sie zu Tausenden starben. Man setzte deutsche Gefangene völkerrechtswidrig zum Minenräumen ein, wobei viele den Tod fanden. Das Deutsche Reich war nicht mehr in der Lage, seine gefangenen Soldaten zu schützen.
Der kleine Ausschnitt aus der Geschichte des Zweiten Weltkrieges zeigt, daß auch der moderne Krieg Möglichkeiten bietet zu humanitären Maßnahmen - aber nur unter der Voraussetzung, daß beide Seiten bereit sind, sich ehrenhaft zu verhalten. Sind diese Voraussetzungen nicht vorhanden, dann entartet der Krieg, wie es nicht nur die Sowjetunion während des Zweiten Weltkrieges unter Beweis stellte, sondern wie es auch zahlreiche Kriege, die seitdem geführt worden sind, bewiesen haben und noch beweisen. ...<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 9. August 2008 (x887/...): >>**"50 Thesen zur Vertreibung"**
Interview der Preußischen Allgemeinen Zeitung mit Prof. Dr. Alfred de Zayas über sein neustes Buch …
Preußische Allgemeine Zeitung: *Ihre Bücher sind auch schon kritisiert worden.*
De Zayas: Natürlich, aber kein Kritiker hat bisher behauptet, daß meine Quellen nicht stimmten oder meine wissenschaftliche Methodik falsch wäre. Der Dissens liegt anderswo: Manche haben einfach ein Problem mit meiner Prämisse, daß das allgemeine Völkerrecht immer und für alle gilt - also auch zwischen 1945 und 1948 für die Deutschen - und mit den Schlußfolgerungen, zu denen diese Prämisse unvermeidlich führt.
Mehrere der vielen exzellenten Rezensionen, die meine Bücher bekommen haben, sind erst in den letzten zwei oder drei Jahren geschrieben worden. In den 70er und 80er Jahren wurden meine Bücher noch im "Spiegel", in der "Süddeutschen Zeitung" und im WDR glänzend besprochen, ja geradezu gefeiert - wenn das heute anders ist, dann deswegen, weil diese Medien sich geändert haben, meine Position ist die gleiche geblieben.
Preußische Allgemeine Zeitung: *Was ist an Ihren Büchern besonders?*
De Zayas: Ich behandle die Thematik der Vertreibung der Deutschen als Völkerrechtler und Historiker interdisziplinär. Dabei stelle ich die historischen Fakten in einen größeren historischen Kontext und beurteile sie nach völkerrechtlichen Normen und Prinzipien. Das haben

andere Wissenschaftler bisher nicht getan. Entweder haben wir es mit Historikern zu tun, die oft wenig vom Völkerrecht verstehen, oder mit Völkerrechtlern, die die Historie nur unvollständig kennen. Außerdem habe ich Hunderte Vertriebene persönlich interviewt, um mir ein eigenes Bild zu verschaffen,

Preußische Allgemeine Zeitung: *Das Leiden der von Nazi-Deutschland besetzten Länder nimmt in Ihren Veröffentlichungen heute einen breiteren Raum ein als früher, dennoch werden Ihre Arbeiten und auch Sie als Person von linken Medien heute kritischer gesehen …*

De Zayas: Ja, und ich nehme es entsprechend zur Kenntnis. Es gibt in Deutschland inzwischen viele, die ein Buch über Flucht und Vertreibung erst dann positiv aufnehmen würden, wenn es mit dem Satz beginnt, daß die Nazi-Verbrechen die Vertreibung quasi rechtfertigen, und wenn es damit schließt, daß jede Wiedergutmachung für die Vertriebenen ausgeschlossen sein muß. Genau diese politisch-ideologische Linie werden Sie bei mir niemals finden, weil das Völkerrecht es eben anders will.

Preußische Allgemeine Zeitung: *Was halten Sie von der sogenannten Opfer-Täter-Schablone?*

De Zayas: Die ist wissenschaftlich völlig unhaltbar und verletzt fundamentale menschenrechtliche Prinzipien. Schuld ist immer individuell, nie kollektiv. Die Nazis haben das anders gesehen und auch Stalin, der ganze Völker wegen angeblicher Kollaboration deportiert hat. Es ist schon bedrückend, daß solche Kategorien jetzt in der deutschen öffentlichen Diskussion mit umgekehrten Vorzeichen wieder auftauchen. Der Gedanke an die Kollektivschuld muß aus menschenrechtlichen Gründen endgültig abgelehnt werden.

Preußische Allgemeine Zeitung: *Hitler war aber zweifelsohne der Hauptschuldige.*

De Zayas: Am Zweiten Weltkrieg ja, aber nicht an der Vertreibung. Um ihm auch noch die Schuld an diesem Verbrechen anlasten und jede Wiedergutmachung ablehnen zu können, spricht man dann vom "kausalen Nexus" zwischen beiden Ereignissen. Ein kleines Gedankenexperiment zeigt schon, wie heikel das ist: Sicher wäre die Vertreibung ohne Hitler und den Zweiten Weltkrieg nicht möglich gewesen.

Aber Hitlers Machtergreifung wäre ihrerseits ohne das Unrecht der Verträge von Versailles und St. Germain von 1919 völlig undenkbar gewesen. So öffnet dieses Argument Tür und Tor dafür, je nach dem willkürlich gewählten Ausgangspunkt jedes Unrecht auf der Welt zu exkulpieren. Ein etwas makabres Wort für diesen Umgang mit Wahrheit und Recht heißt "Geschichtspolitik". Aber das Völkerrecht funktioniert anders: Es gibt Dinge, die sind absolut verboten und zudem unverjährbar. Geschehen sie trotzdem, müssen sie wieder gutgemacht werden - egal welche Nationalität Täter und Opfer haben.

Preußische Allgemeine Zeitung: *Welche der 50 Thesen ist für Sie am wichtigsten?*

De Zayas: Vielleicht die letzte: "Es gilt, Vertreibungen überzeugend zu ächten und damit künftige 'ethnische Säuberungen' zu verhindern. Eine gründlichere Auseinandersetzung mit allen Aspekten der Vertreibung der Deutschen in ihrem gesamteuropäischen und menschenrechtlichen Kontext und sinnvolle, für alle Seiten tragbare Anstrengungen zur Überwindung der Unrechtsfolgen würden eine solche Prävention fördern. Die Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen und das geplante 'sichtbare Zeichen' in Berlin können dazu einen wichtigen Beitrag leisten, wenn sie sich strikt an der historischen Wahrheit und am Völkerrecht orientieren." ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 9. August 2008 (x887/...): >>**Klassiker aktualisiert**

Opferzahlen und mehr

Heinz Nawratil, bayrischer Notar sudetendeutscher Herkunft, sehr erfolgreicher Autor juristischer Taschenbücher, setzt sich seit fast 30 Jahren vehement für Wahrheit und Gerechtigkeit in der deutschen Geschichte ein, indem er die Tatsachen über die Verbrechen an Deutschen

dokumentiert ("Schwarzbuch der Vertreibung", 14. Auflage 2007) und den "Kult mit der Schuld" ad absurdum führt. Dabei will er als Jurist naturgemäß nicht aufrechnen, aber Geschehenes gerecht einordnen, wie es bei jedem ordnungsgemäßen Gerichtsverfahren geschehen muß.
"Die deutschen Nachkriegsverluste", erstmals 1986 erschienen, hat er völlig überarbeitet und um neuere Erkenntnisse erweitert. Damit liegt jetzt eine umfassende, nachvollziehbare Dokumentation dieses grauenvollen Kapitels der Weltkriegsgeschichte vor. …
… Es gelingt ihm in aller Knappheit, unterstützt durch Dokumente und Bilder, die unermeßlichen Leiden spürbar zu machen, die hinter jeder Zahl stehen. Die sachliche Darstellung ist bar anklagender Zusätze.
Der Leser erkennt selbst: Die Opfer sind nicht nur einfach Getötete, sondern fast immer direkt oder indirekt bestialisch zu Tode Gequälte: unter sowjetischer, polnischer, tschechoslowakischer und jugoslawischer Herrschaft mehr handgreiflich, unter angloamerikanischer und französischer Herrschaft mehr, auch an Umfang, durch Versagen des Lebensnotwendigen.
Nawratil zählt 8,8 Millionen Nachkriegstote, davon 4,0 Opfer der Hungerpolitik, 2,8 Opfer der Vertreibungen, 1,6 tote Kriegsgefangene, 0,3 Opfer der Sowjetarmee in Mitteldeutschland und Österreich plus 0,1 Tote in sowjetischen KZ und Gefängnissen in Deutschland. Zum Vergleich stellt er daneben: Krieg und Diktatur verursachten in Millionen 5,1 Opfer, davon etwa 4,25 Militärverluste, etwa 0,6 Bombenopfer, 0,17 deutsche Juden, 0,125 sonstige KZ-Opfer und 0,1 Euthanasieopfer.
Die Dokumentation ist so klar und kompakt, daß jeder Interessierte sich ohne nennenswerten Aufwand ein Bild der Greuel machen kann und Beschönigen sich nicht mehr mit unschuldiger Unwissenheit entschuldigen läßt.
Solch eine Entschuldigung gilt tatsächlich allerdings schon lange nicht mehr, denn das Grundlegende über die Vertreibungen war spätestens 1960, über die Kriegsgefangenen 1974 amtlich veröffentlicht, wie das Buch ausweist.
Daß ein Bundespräsident dennoch 1985 den 8. Mai 1945 als "Tag der Befreiung" deklarierte, kann man nur zynisch gegenüber den Opfern und beschämend würdelos nennen. ...<<
Der deutsche Historiker und Diplomat Guntram von Schenck berichtete im Juni 2009 über die Wiedervereinigung West- und Mitteldeutschlands (x878/...): >>**Kontinuität deutscher außenpolitischer Interessen im 20. Jahrhundert? ...**
1989/1990 konnte das kurze Zeitfenster genutzt und die staatliche Einheit Deutschlands unter den einmalig günstigen Umständen wieder hergestellt werden. Die friedliche Revolution der ostdeutschen Bevölkerung von 1989 schuf eine Voraussetzung. Allein entscheidend war sie aber nicht. Die außenpolitischen Kontinuitäten und Interessendifferenzen traten offen zutage. Die deutsche Einheit war kein Selbstläufer, es gab Widerstände.
Vor allem von britischer Seite. Frau Thatcher tat so ziemlich alles, was in ihrer Macht stand, um die Wiedervereinigung zu verhindern. Frankreichs Präsident handelte hinter den Kulissen ebenso. Noch in letzter Minute versuchte er u.a. mit einer Reise nach Kiew und einem dortigen Treffen mit Kreml-Chef Gorbatschow den Lauf der Dinge zu bremsen, um Zeit zu gewinnen und die Entwicklung zu steuern. Allerdings fehlte den ehemaligen Entente-Mächten Großbritannien und Frankreich wie 1918/1919 der Partner im Osten.
Wie Ende des Ersten Weltkriegs war Rußland handlungsunfähig. 1917 hatte die russische Revolution für einige Jahre ein Machtvakuum verursacht. Siebzig Jahre später begann die Sowjetunion ab 1987/1988 zu erodieren und implodierte Anfang der 90er Jahre völlig. Moskau war in dieser Situation nicht imstande und nicht mehr willens, die Entwicklung in Mitteleuropa zu steuern oder aufzuhalten. Rußland zog sich nach der Überspannung und Überbeanspruchung seiner Kräfte in der Sowjetzeit freiwillig hinter seine Grenzen zurück.
Ausschlaggebend für den Erfolg des deutschen Strebens nach Wiedervereinigung waren die

USA. Die Weltlage hatte sich seit 1914 in der Tat dramatisch verändert. Die europäischen Mächte waren nicht mehr allein Herr der Entscheidungen. Schon im Ersten Weltkrieg hatten die USA mit ihrem Kriegseintritt 1917 den Ausschlag für den Kriegsausgang zu Gunsten der Entente gegeben. Im Zweiten Weltkrieg wurden sie im Westen absolut dominant und die Briten sahen sich gezwungen, der US-Politik als Juniorpartner zu folgen. Nach 1945 entstand ein Patt zwischen den USA und der Sowjetunion, das bis 1989/1990 hielt.
Die USA wurden mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion alleinige Weltmacht, eine Situation, die sie tatkräftig zur Zurückdrängung Rußlands nutzten. Im Kontext dieser Entwicklung sahen die USA die Möglichkeit, ihre Interessen über die deutsche Wiedervereinigung zu fördern. …<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 3. Oktober 2009 über die "neue Ostpolitik" (x887/...): >>**Die erste "Wende"**
Erstmals seit der Weimarer Zeit kann die SPD mit Brandt wieder den Kanzler stellen
Die Wahl zum 6. Deutschen Bundestag am 28. September 1969 brachte die Bundesrepublik Deutschland auf einen neuen Kurs. Erstmals in ihrer Geschichte stellte die CDU/CSU nicht mehr den Bundeskanzler. …
Am 21. Oktober wählte der Bundestag Willy Brandt mit den Stimmen von SPD und FDP zum Bundeskanzler. Damit stand 39 Jahre nach dem Kabinett Hermann Müller wieder ein Sozialdemokrat an der Spitze einer deutschen Regierung. Seinem Kabinett gehörten elf SPD-Minister, drei von der FDP und ein Parteiloser an. Walter Scheel wurde Vizekanzler und Außenminister.
Die sozialliberale Koalition läutete einen innen- und außenpolitischen Politikwechsel ein, der tiefe Einschnitte brachte. Unter dem Motto "Mehr Demokratie wagen" kündigte Brandt in seiner Regierungserklärung mehr Transparenz und Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürger an. In der Deutschland- und Ostpolitik verfolgte er einen umstrittenen "Wandel durch Annäherung", um "über ein geregeltes Nebeneinander zu einem Miteinander zu kommen".
Diese Politik führte zur weitestgehenden Erfüllung der Forderungen des Ostblocks mit der Konsequenz der Anerkennung der DDR, dem Viermächteabkommen über Berlin und der - wenn auch nicht völkerrechtlich endgültigen - Anerkennung der Oder-Neiße-Linie in den Verträgen von Moskau und Warschau. Nichts illustriert diesen außenpolitischen Kurswechsel deutlicher als der berühmt-berüchtigte Kniefall des Bundeskanzlers vor einem Ehrenmahl in der polnischen Hauptstadt. ...<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 26. Dezember 2009 (x887/...): >>**Tod und Elend noch nach Kriegsende**
Das Schicksal der 1,065 Millionen deutschen "Kriegs-Gefangenen" in französischem Gewahrsam
Im und nach dem Zweiten Weltkrieg befanden sich über eine Million Deutsche in französischer Kriegsgefangenschaft. Zwischen ihrem traurigen Schicksal und der in der Regel völkerrechtskonformen Behandlung französischer Kriegsgefangener durch die Wehrmacht liegen Welten. …
Es ist heute unbestritten, daß Deutschland sich 1940 an diese Regelung hielt. Unmittelbar nach Abschluß der Waffenstillstandsverhandlungen wurden etwa eine Million französische Gefangene freigelassen. Die übrigen waren in Lagern untergebracht, die sich überwiegend auf dem Territorium des Deutschen Reiches befanden. Offiziere waren vertragsgemäß von Arbeit freigestellt, Unteroffiziere und Mannschaften waren im Arbeitseinsatz, größtenteils in der Landwirtschaft.
Im Oktober 1941 wurden die Regelungen für französische und belgische Kriegsgefangene gelockert. Sie konnten nun Ausgang beantragen und in Gruppen Spaziergänge in die Umgebung unternehmen. Ihre Frauen, Töchter und Mütter bekamen Besuchserlaubnis. Den Gefan-

genen wurde der Besuch von Gottesdiensten angeboten.
Aufschlußreich ist der Vergleich mit dem Schicksal deutscher Kriegsgefangener in Frankreich nach der Kapitulation der Wehrmacht im Mai 1945. Millionen von deutschen Soldaten gerieten in Kriegsgefangenschaft auch der westlichen Alliierten, davon nur ein eher kleiner Teil - etwa 300.000 - in die Hand der Franzosen. Daher lieferte die USA zahlreiche deutsche Gefangene an Frankreich aus, das sie als billige Arbeitskräfte einsetzen wollte. Es waren 740.000, darunter 500 bis 600 Frauen, aber auch viele Jugendliche und Kinder. Britische Streitkräfte übergaben den Franzosen 250.00 Kriegsgefangene. Sie alle waren auf französischem Boden in 115 Lagern untergebracht.
Das Völkerrecht verlangt zwingend, Kriegsgefangene bald nach dem Ende der Feindseligkeiten freizulassen, sofern im Einzelfall kein begründeter Verdacht auf Kriegsverbrechen oder andere Straftaten besteht. Denn die einzige Rechtfertigung der Kriegsgefangenschaft besteht darin, den entwaffneten feindlichen Soldaten an der Wiederaufnahme des Kampfes zu hindern. Insofern war die jahrelange Gefangenschaft Hunderttausender Deutscher auch in westalliiertem Gewahrsam nach Kriegsende schon per se rechtswidrig.
Hinzu kam, daß die Lebensverhältnisse vor allem in den ersten Monaten grauenhaft waren. In den meisten Lagern gab es zunächst weder Betten noch Tische und Stühle. Im Winter froren die Gefangenen erbärmlich, weil Öfen fehlten. Die Franzosen nutzten den deutschen Zusammenbruch, um Rache an Wehrlosen zu nehmen. Die Verpflegung bestand aus Hungerrationen. Krankheiten breiteten sich aus.
Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz, das nach mehreren Monaten endlich Zugang zu den Lagern bekam, protestierte bei der französischen Regierung gegen die unmenschlichen Zustände in den Lagern. Wenn nicht sofort entsprechende Maßnahmen ergriffen würden, so das Internationale Komitee vom Roten Kreuz, dann sei das Leben von Zigtausenden gefährdet. Fast alle seien ungenügend bekleidet.
Im Januar 1946 mußten 70.000, die am Rande des Verhungerns waren, an die Amerikaner zurückgegeben werden, weitere 60.000 wurden nach Hause entlassen, weil sie zu keiner Arbeitsleistung mehr fähig waren. Im März 1946 waren 90 Prozent unterernährt. Es kam zu zahlreichen Arbeitsunfällen aus Schwäche. Nach Protesten des Roten Kreuzes erhielten die Gefangenen wenigstens Seife, um sich reinigen zu können.
Um nur einen Zeitzeugen zu Worte kommen zu lassen, hier der Bericht des Soldaten Richard Heß aus Ludwigshafen - veröffentlicht in "Die Gefangenen" von Paul Carell und Günter Böddeker - über die Lebensverhältnisse, denen die deutschen Kriegsgefangenen im Lager Nr. 404 … bei Marseilles ausgesetzt waren: "Wir lebten dort fünf Monate im Freien ohne Zelt, ohne Decken, ich hatte noch nicht einmal einen Mantel. Wir schliefen immer auf dem Boden, Mann an Mann. Das Essen ein Minimum, unter anderem Sauerkrautsuppe. Fünf Monate auf der Erde schlafen. Fünf Monate ohne die Wäsche wechseln zu können, die Strümpfe faulten in den Stiefeln. Nach fünf Monaten kam ich dann in das sogenannte Stammlager 306, dort wurde es langsam besser."
Ebenfalls unter dem Druck des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes erlaubte die französische Regierung endlich, daß die Gefangenen Pakete aus Deutschland empfangen durften. Die Schweiz schickte Kartoffeln in die Lager. Erst im Frühjahr 1947 bezeichnete das Internationale Komitee vom Roten Kreuz die Lage der deutschen Gefangenen bezüglich ihrer Ernährung als normal.
Nach amtlichen französischen Angaben starben in französischer Gefangenschaft etwa 24.000 deutsche Kriegsgefangene - eine Zahl, die von deutschen Sachverständigen als viel zu niedrig bezeichnet wurde. Viel wahrscheinlicher sind Schätzungen, die auf 115.000 Tote kommen. Nicht wenige von ihnen starben durch völkerrechtswidrigen Einsatz beim Räumen von Minen und Bombenblindgängern - zunächst ohne jede Hilfsmittel. Die Verlustrate bei den 40.000

Deutschen, die zu diesen Einsätzen gezwungen wurden, betrug monatlich 2.000 Mann.
Von 1945 bis Ende 1948, als die letzten deutschen Kriegsgefangenen freigelassen wurden, hatten sie an 383 Millionen Arbeitstagen, 3,06 Milliarden Arbeitsstunden geleistet. Als unter dem Druck des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes die letzten Kriegsgefangenen entlassen wurden, blieben von den insgesamt rund 1.065.000 deutschen Kriegsgefangenen in französischem Gewahrsam 71.000 als Zivilarbeiter in Frankreich zurück. In Frankreich wurde kein einziger Verantwortlicher für das schreckliche Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen vor Gericht gestellt.<<
Altbundeskanzler Helmut Schmidt erklärte am 7. Dezember 2010 in einem Handelsblatt-Interview (x354/43): >>… Wegen der Nazizeit und des Zweiten Weltkriegs wird Deutschland für lange Zeit in der Pflicht stehen - für das ganze 21. Jahrhundert, vielleicht sogar noch für das 22. Jahrhundert.<<
Wilhelm von Gottberg, ehemaliger Lehrer an einer Polizeifachschule, schrieb am 14. Mai 2011 in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" (x887/...): >>**Der 8. Mai will nicht vergehen**
Totale Niederlage, millionenfaches Leid und Entrechtung wirken bis heute
Keine der heutigen Beschwörungsformeln zum Ende des Zweiten Weltkrieges am 8. Mai vor 66 Jahren als Tag der Befreiung kann verdecken: Für die Masse der Deutschen wurden die Schrecken des Krieges abgelöst durch einen Zustand der Erniedrigung, durch Ehr- und Rechtlosigkeit, durch Verzweiflung, Hungertod, millionenfache Verschleppung, Gefangenschaft und Vertreibung.
Wir wurden durch Siegerwillkür graduell zu einem Sklavenvolk degradiert. Noch heute versuchen die "befreundeten" Nachbarstaaten mit Hinweis auf die NS-Zeit den Status eines gleichberechtigten Partners zu verweigern. Mit Hinweis auf die deutsche Schuld helfen viele Angehörige der politischen Klasse in Deutschland mit, Deutschland im Status der Unmündigkeit zu halten.
Den ostdeutschen Vertriebenen gegenüber ist das Wort von der stattgefundenen Befreiung am 8. Mai 1945 eine Verhöhnung ihres Schicksals und eine Mißachtung ihrer Menschenwürde. Für die Ostdeutschen bestand die sogenannte "Befreiung" aus dem Verlust von Heimat und Besitztum, für die Frauen und Mädchen beinahe ausnahmslos aus Schändung, soweit sie nicht rechtzeitig davonkamen.
Wie war die Situation am 8. Mai 1945 in Deutschland? Am 8. Mai 1945 war Deutschland besiegt und vernichtet. Seine Städte lagen in Schutt und Asche. Es wurde als Feindstaat besetzt. Deutschland mußte sich allen Forderungen der Siegermächte bedingungslos unterwerfen. Die beendete NS-Diktatur wurde für das halbe Europa ersetzt durch eine neue Diktatur, auch für die SBZ-DDR.
Rund elf Millionen Wehrmachtsoldaten gerieten bei Kriegsende in Gefangenschaft. Hunderttausende sahen gleichwohl die Heimat nicht wieder. Man "befreite" sie vom Leben, indem man ihnen schlichtweg die für die menschliche Existenz notwendige Mindesternährung verweigerte. Die vermeintliche Befreiung äußerte sich auch in der Befreiung von unserem Wirtschaftspotential aufgrund der Demontage und im Raub von Kunstschätzen, Patenten und den deutschen Auslandsvermögen.
Auch 66 Jahre nach Kriegsende haben die Befreier noch nicht die Feindstaatenklausel der Uno gestrichen, die sich ausschließlich gegen Deutschland und Japan richtet. Zwei Jahre nach der vermeintlichen Befreiung Deutschlands leisteten sich die Siegermächte noch einen besonders schändlichen Willkürakt. Mit einem Federstrich und einer unglaublich verlogenen Begründung löschten sie die Existenz des deutschen Bundesstaates Preußen aus. Deutschland war vernichtet.
Besonders schändlich ist auch die Verlängerung des Überleitungsvertrages 1990 im Zuge der

Wiedervereinigung mit der DDR. In diesem Vertrag verpflichtet sich Deutschland - es muß offen bleiben, ob gezwungenermaßen oder freiwillig - gegen die Siegerwillkür nach dem Zweiten Weltkrieg nicht gerichtlich vorzugehen. Nie wurde ein Land unterschiedslos und in seiner Gesamtheit für die Hybris seiner verbrecherischen Machthaber schrecklicher bestraft. Das sind die Fakten über das Kriegsende und die Rolle der Siegermächte.
Es ist an der Zeit, daß wir nunmehr, 66 Jahre nach dem 8. Mai 1945, 66 Jahre nach der schlimmsten Zäsur, die Deutschland in seiner 1.200-jährigen Geschichte hat hinnehmen müssen, unseren Nachbarstaaten, unseren EU-Partnern und Nato-Verbündeten nachdrücklich klarmachen: Jede moralische Belehrung, jeder erhobene Zeigefinger in Richtung Deutschland hinsichtlich der schrecklichen zwölf NS-Jahre ist im 21. Jahrhundert unangebracht. Wir haben unsere Lektion, die sich aus der Zeit 1933 bis 1945 ergab, gelernt.
Das Gleiche schreiben wir den eigenen Landsleuten ins Stammbuch, die den Kult mit der deutschen Schuld jahraus jahrein gebetsmühlenartig aufs Höchste kultivieren. Diese Vertreter der politischen Klasse und der evangelischen Kirche haben es fertiggebracht, daß unser Land vor lauter Vergangenheitsbewältigung eine erfolgreiche Zukunftsbewältigung nicht mehr zustande bringt. Sie sind auch verantwortlich dafür, daß die materiellen und sozialen Grundlagen unseres Staates in beunruhigendem Maße beschädigt sind.<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete im Jahre 2011 über die "Polonisierung Ostdeutschlands (x309/126-127): >>... Nach der Vertreibung tat man alles, um möglichst alle Spuren der Landesbewohner zu beseitigen. Eine Sektion des Posener "Westinstituts" und staatliche Ortsnamenskommissionen machten sich daran, polnische Ortsnamen zu erfinden; auch Vornamen und Familiennamen der verbliebenen Deutschen wurden polonisiert; aus Schulz wurde Szulz, aus Georg wurde Jerzy und so weiter. Viele deutsche Friedhöfe wurden verwüstet oder ganz nivelliert und deutsche Inschriften in Kirchen, Schulen und Privathäusern entfernt.
Erscheinungen dieser Art hat Alexander Solschenizyn in seiner Dankrede für den Literaturnobelpreis 1970 angesprochen:
Dreist und siegreich schreitet die Gewalt auf der ganzen Welt voran, sich immer weniger um den Rahmen der jahrhundertealten Gesetze kümmernd, ohne sich darüber Gedanken zu machen, daß die Fruchtlosigkeit der Gewalt in der Geschichte bereits vielfach aufgezeigt und erwiesen ward. Und es triumphiert nicht einmal die simple, rohe Gewalt, sondern der Posaunenchor ihrer Verteidiger; die Welt wird von der dreisten Behauptung überrumpelt, daß die Gewalt alles kann, das Recht aber nichts.
Doch vergessen wir nicht, daß die Gewalt nicht allein leben und weiter bestehen kann; - sie ist unweigerlich mit der Lüge verflochten. Zwischen den beiden besteht die natürlichste, die tiefste Verwandtschaft und Bindung; ... Jeder, der einmal die Gewalt zu seiner Methode erklärt hat, muß unweigerlich die Lüge zu seinem Prinzip erklären.
Alles in allem beweisen Planung und Durchführung der Deutschenvertreibung aus dem polnischen Machtbereich, daß hier ein Fall von Völkermord vorliegt; denn es ging der Regierung und den Tätern darum, durch Terror die ethnischen Gruppen der Schlesier und Ostpreußen ganz und die der Pommern und Brandenburger zum Teil zu zerstören. Dies ist auch die Ansicht führender Völkerrechtslehrer wie Felix Ermacora, Dieter Blumenwitz, Otto Kimminich und Alfred M. de Zayas.<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 25. Februar 2012 (x887/...): >>**Im Grunde selber Schuld**
Tagung fragt "War die 'Vertreibung' Unrecht?" …
Während das Zentrum gegen Vertreibungen nicht so richtig vom Fleck kommt, formieren sich die Kräfte in Deutschland, die das Verbrechen der Vertreibung relativieren und verdrängen wollen. Dies geschieht sogar mit finanzieller Unterstützung vom Staat und unter dem Mantel

staatlicher Förderung. Dabei kommen Vereinigungen zum Tragen, die ganz offen verfassungsfeindliche Ziele verfolgen. …
Das Motto lautete: "War die 'Vertreibung' Unrecht? Die Umsiedlungsbeschlüsse des Potsdamer Abkommens und ihre Umsetzung in ihrem völkerrechtlichen und historischen Kontext." In der Einladung hieß es: "Bitte haben Sie Verständnis, daß wir wegen der erforderlichen Fördermittel eine Teilnehmerliste mit Anschrift und Unterschrift benötigen." Also wurde die Veranstaltung mit dem gesponsert, was in linken Kreisen "Staatsknete" heißt. Was also bekamen die Steuerbürger von der Veranstaltung, bei der kein Vertreter der Betroffenen geladen worden war, geboten?
Die einführenden Worte von Christoph Koch von der Freien Universität gaben der Veranstaltung die inhaltliche "Marschrichtung" vor. … Die Deutschen hätten sich selbst vertrieben, so das Fazit seiner Ausführungen. …
Die Vertreterin der Deutsch-Polnischen Akademischen Gesellschaft kritisierte pauschal die Charta der Heimatvertriebenen und befand, die Vertreibung sei das Resultat deutscher Verbrechen gewesen und schließlich habe es ja einen sehr großzügigen Lastenausgleich gegeben. …
Der in Gießen lehrende Völkerrechtler Thilo Marauhn gelangte allerdings in seinem Vortrag zu dem Endergebnis, daß der Menschentransfer völkerrechtswidrig gewesen sei. Von einer Sonderregelung zu Lasten der Deutschen hält er nichts. Er hatte das Recht von heute rückblikkend betrachtet, die Römischen Statuten, das Genfer Abkommen von 1949, die Nürnberger Prozesse, die Potsdamer Beschlüsse und schließlich die Haager Landkriegsordnung, und diesen Schluß gezogen. …
Die frühere Bundesjustizministerin Herta Däubler-Gmelin, SPD, legitimierte sich durch ihre Geburtsstadt Preßburg als "Vertriebene", um dann ihren verstorbenen Parteikollegen Peter Glotz für sein Engagement für das Zentrum gegen Vertreibungen zu kritisieren. Dann sprach sie über das Heimatrecht der wegen des Braunkohletagebaus umzusiedelnden brandenburgischen Dorfbewohner. ...<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 21. Juli 2012 (x887/...):
>>**Westalliierte tragen Mitschuld**
"Ordnungsgemäße Überführung. Die Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg"
US-Historiker R. M. Douglas schreibt über die brutale Vertreibung der Deutschen und die Heuchelei seiner Landsleute
Nach verlorenen Kriegen setzen die Siegermächte das Recht und schreiben die Geschichte in ihrem Sinne. Die Wahrheit ist das erste Opfer vor, aber auch nach einem Krieg! Wenn mehr als 60 Jahre nach einem Krieg ein "Sieger" sich die Mühe macht, die Wahrheit ans Licht zu befördern und die Geschichtsschreibung einer Revision zu unterziehen, dann ist das schon eine Sensation, auch wenn dies für die überwiegende Mehrheit der Betroffenen zu spät kommt. In einem akribischen Quellenstudium hat der US-Historiker R. M. Douglas vor allen den Siegermächten in Ost und West den Spiegel ihres ambivalenten und unrechtmäßigen Tuns vorgehalten.
Um so mehr ist die Lektüre des Buches "Ordnungsgemäße Überführung: Die Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg" ein Muß für die nachfolgenden Generationen, insbesondere für die handelnden Politiker, damit sie sich der Dimensionen ihrer Entscheidungen bewußt werden und weitere Fehler vermeiden.
Das Buch ist extrem faktenreich, anspruchsvoll, ja anstrengend. Vor allem erfordert es Charakter- und Nervenstärke, um die Wallungen der Gefühle angesichts der Grausamkeiten wie der Verbrechen an den Heimatvertriebenen unter Kontrolle zu behalten. Der Stempel auf der Titelseite "Ordnungsgemäße Überführung" ist eine Ironie, die ein Ereignis formal-bürokra-

tisch abschließt. Die Vertreibungen waren brutal und völkerrechtswidrig, zogen die Würde des Menschen in den Dreck. Ob "wild" oder "organisiert", Vertreibungen als "Kollektivbestrafung" sind immer ein Willkürakt und nie "ordnungsgemäß". …
Douglas: "Ich habe bestimmte Elemente betont, die meiner Meinung nach besondere Aufmerksamkeit verdienen: die Durchführung der Massenvertreibungen, das Archipel von Konzentrations-, Internierungs- und Sammellagern, das in ganz Mitteleuropa nach dem Krieg entstand, die Implikationen der Vertreibungen für die Entwicklung des Völkerrechts und die viel zu wenig beachtete Mitwirkung der Westalliierten bei der Operation, die sehr weit über bloße Zustimmung hinausging."
Erstaunlich ist die Bereitschaft, mit der vor allem Historiker aus Polen und Tschechien zum Gelingen dieses Werkes beigetragen haben. Das Buch beginnt 1938 mit "Der Planer" und zeigt auf, welch zentrale Rolle Präsident Edward Benesch spielte, der zwar 1918 den Alliierten einen "multinationalen Musterstaat" Tschechoslowakei versprach, doch genau das Gegenteil schuf. Er betrieb zielstrebig die Vertreibung der Sudetendeutschen und "Ende 1943 hatte das Vertreibungsprojekt aber eine solche Eigendynamik gewonnen, daß nur ein eindeutiges Veto der Großen Drei es noch aufgehalten hätte".
Aufschlußreich ist das Kapitel "Der Plan": "Die Vertreibung unerwünschter Völker ist fast so alt wie die dokumentierte Menschheitsgeschichte." Und dann: "In vieler Hinsicht war der Erste Weltkrieg eine Generalprobe für die Bevölkerungsverschiebungen im 20. Jahrhundert." Wenig bekannt ist die "Säuberung" der Franzosen in Elsaß-Lothringen zwischen 1918 und 1921, der zirka 100.000 Deutsche zum Opfer fielen.
Interessant das Spiel von Stalin mit der Mehrdeutigkeit "Oder-Neiße-Linie", denn es gab eine "östliche" und eine 200 Kilometer westlich davon verlaufende "westliche" Neiße.
"Stalin versicherte den Lubliner Polen sarkastisch, Churchill werde den Unterschied gar nicht merken." Und so war es dann auch, obgleich der polnische Exil-Premier Arciszewski der Presse sagte: "Polen hat nicht den Wunsch, Breslau und Stettin zu annektieren, es wolle höchstens ein von der deutschen Bevölkerung geräumtes Ostpreußen."
Während die Briten und Amerikaner die Schuld an den zu "hohen" Verlusten und dem "schrecklichen" Leid nun den Vertreibungsländern und der Sowjetunion gaben, kommt Douglas zu dem Schluß: "Das war und ist eine völlig unaufrichtige Interpretation." Die Westalliierten "hatten ihre Verbündeten zu Handlungen ermutigt und ihre Mitarbeit dabei versprochen, die sie bei ihren Feinden später als Kriegsverbrechen anklagten".
Die Kapitel "Die wilden Vertreibungen" und "Die Lager" offenbaren die ganze Bestialität und Brutalität, zu der Menschen aller Völker selbst gegenüber wehrlosen Kindern, Frauen und Greisen fähig sind. Die Zustände in den Internierungslagern müssen so schrecklich gewesen sein, daß die Polen, Tschechen, Rumänen und Jugoslawen selbst der Internationalen Kommission des Roten Kreuzes den Zugang verweigerten.
Wie es im gewonnenen "Wilden Westen" zuging, faßt Douglas wie folgt zusammen: "Die Aussage ist nicht übertrieben, daß 'Goldgräber-Stimmung' die gesamte tschechoslowakische und polnische Gesellschaft von ganz unten bis ganz oben durchdrang. Nach seiner Rückkehr aus dem Londoner Exil verschaffte sich beispielsweise Hubert Ripka, der neu ernannte Außenhandelsminister, eine große Villa mit 17 Zimmern, die deportierten deutschen Besitzern gehört hatte. Der Minister stattete das Haus bald mit besten Möbeln aus gleicher Quelle aus. Für ein paar eifrige Pioniere war das "Goldgräbertum" nichts weiter als die Fortsetzung eines Profitstrebens, das während des Holocaust begonnen hatte.
Wie der "Economist" im Juli 1946 verächtlich feststellte, hatte sich "in Mitteleuropa während des Krieges eine neue Lumpenbourgeoisie ausgebreitet, die zuerst den Besitz ermordeter Juden und dann vertriebener Deutscher plünderte". Im Kapitel "Der Neubeginn" schreibt Douglas: "Rational betrachtet, war das 'Abladen' einer riesigen verarmten und traumatisierten Be-

völkerungsgruppe in einem zerbombten Land, das sie nicht haben wollte und wo keine Vorbereitungen für ihre Aufnahme getroffen waren, ein Rezept für eine Katastrophe."
Daß es dazu nicht kam, ist kein Verdienst der Besatzungsmächte, sondern einzig und allein ein Verdienst der Heimatvertriebenen, die sozial degradiert sich in ihr Leid wie ihr grauenvolles Schicksal fügten, es aber zugleich wendeten, um sich diszipliniert und fleißig am Wiederaufbau zu beteiligen.
Wenn auch Ende 1947 der "Alliierte Kontrollrat" als Deutschlands provisorische Viermächteregierung die Vertreibung aus "Gründen wirtschaftlicher, sozialer und religiöser Ungerechtigkeiten" verurteilt, so ist dies auf juristisch-völkerrechtlicher Ebene bis heute unterblieben und wird es ohne "Friedensvertrag" auch bleiben. ...<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 1. Juni 2013 (x887/...): >>**Der Anspruch auf Konfisziertes besteht fort**
Es ist still geworden um die Entschädigung des konfiszierten Eigentums in den Heimatgebieten der deutschen Vertriebenen. Viele Anspruchsberechtigte sind verstorben, die rechtmäßigen Erben haben resigniert oder sind ahnungslos hinsichtlich ihrer Ansprüche. Der Bund der Vertriebenen hat sich letztmalig 2006 hörbar zu der Problematik geäußert. Bei der Bundesdelegiertenversammlung 2006 wurde dazu eine Resolution verabschiedet. Sie hatte einen Appell an die Bundesregierung und die Nachbarstaaten im Osten zum Inhalt, die offenen Vermögensfragen einer Lösung zuzuführen.
Die 2007 gegründete Europäische Union der Flüchtlinge und Vertriebenen hat als Hauptziel die Entschädigung des zurückgelassenen Eigentums im Programm. Abgesehen von den Landsmannschaften Ostpreußen, Schlesien und dem Landesverband Baden-Württemberg der Sudetendeutschen Landsmannschaft wurde und wird die Europäische Union der Flüchtlinge und Vertriebenen von allen übrigen deutschen Vertriebenenverbänden nicht unterstützt. Inzwischen haben die Bundeskanzlerin und 2004 auch der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder erklärt, daß sie Entschädigungsforderungen nicht unterstützen werden; ja, sogar darauf hinwirken wollen, daß diese unterbleiben. Dem scheint das BdV-Präsidium Rechnung zu tragen.
Jedenfalls haben alle Bundesregierungen seit 1990 versäumt, die offenen Vermögensfragen einer Lösung zuzuführen. Dabei gab es gute Gelegenheiten, das Problem auf höchster diplomatischer Ebene zu lösen. Bevor Polen Mitglied der EU wurde, hätte man deutscherseits die entsprechenden Verhandlungen führen müssen. 2003 erklärte der damalige polnische Staatspräsident Kwasniewski bei seinem Deutschlandbesuch, daß die Entschädigungsfrage ungelöst sei. Er wisse auch keine Lösung. Mit gutem Willen auf beiden Seiten wäre damals eine Übereinkunft möglich gewesen.
Den Enteigneten ist immer klar gewesen, daß eine Lösung der Eigentumsproblematik nur im Rahmen einer humanitären und symbolischen Geste möglich gewesen wäre. Doch noch nicht einmal eine derartige Geste des guten Willens haben die Regierungen zustande gebracht. Die Bundesregierung hat den gebotenen diplomatischen Schutz der eigenen Landeskinder in der Wiedergutmachungsfrage unterlassen. Deshalb hat sie sich nun entschädigungspflichtig gemacht. Diese Auffassung hatte schon 2004 der verstorbene Völkerrechtler Blumenwitz vertreten.
Ein weiterer Aspekt, der diese Auffassung stützt, kommt hinzu. Die Bundesregierung hat im Rahmen des Natobeitritts Deutschlands 1955 den Überleitungsvertrag unterzeichnet. In diesem Vertrag verpflichtet sich die deutsche Regierung, jetzt und zukünftig, keine Entschädigungsansprüche gegenüber den Siegermächten geltend zu machen.
Als Siegermächte gelten auch die Vertreiberstaaten. Kanzler Kohl hat diesen Überleitungsvertrag 1990 erneut unterzeichnet. Kohl, dem Wahrheit und Klarheit zweitrangig waren, wenn es ihm opportun erschien, hat den Überleitungsvertrag nicht dem Bundestag zur Genehmigung

vorgelegt, sondern in einer kurzen Protokollnotiz die weitere Gültigkeit des Vertrages bekanntgegeben. …
Die Entschädigungsansprüche der Vertriebenen wegen ihres konfiszierten Eigentums in Heimatgebieten gegen die Bundesregierung bestehen weiterhin. Der in den 50er und 60er Jahren gezahlte Lastenausgleich war keine Entschädigung. Schon in der Präambel des Lastenausgleichgesetzes wird klargestellt, daß die Leistungen aus diesem Gesetz lediglich ein Ersatz für Nutzungsausfall sind.<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 5. Mai 2015: >>**Zweiter Weltkrieg: So grausam wüteten die Amerikaner**
BERLIN. Unzählige deutsche Zivilisten fielen dem Wüten der Roten Armee gegen Ende des Zweiten Weltkriegs zum Opfer. Die Verbrechen der amerikanischen Truppen dagegen wurden lange Zeit nicht thematisiert. Das ZDF berichtet in einer Dokumentation nun ausführlich über Vergewaltigungen, Gefangenen-Ermordungen und Leichenschändungen der US-Truppen.
Die Ergebnisse sind erschreckend: "Es hat Gewaltexzesse und auch Fälle von Blutrausch gegeben", sagt die für den Film zuständige *ZDF*-Redakteurin Annette Harlfinger. Besonders während der Landung in der Normandie im Sommer 1944 kam es zu zahlreichen Kriegsverbrechen gegen Wehrmachtssoldaten. "Allein am D-Day hat fast jeder zweite deutsche Kriegsgefangene am Landungsabschnitt Omaha den Tag nicht überlebt", betont Co-Autor Michael Renz. Nur ein Bruchteil der Straftaten wurde dabei von US-Gerichten geahndet. Studien des US-Kriegsministeriums, die auf überproportional viele Übergriffe hinwiesen, wurden kurzerhand für geheim erklärt.
190.000 Vergewaltigungen durch US-Soldaten
Renz und Harlfinger stellten jedoch fest, es gehe nicht darum, deutsche Verbrechen zu verharmlosen. "Vergewaltigungen und das Töten von Kriegsgefangenen waren im 'Dritten Reich' Teil des Systems. Es war legitimiert, solche Verbrechen zu begehen", sagt Harflinger. Renz rechtfertigte zudem die Auslöschung Dutzender deutscher Städte durch die alliierten Bomberflotten. "Natürlich war es für die Zivilbevölkerung fürchterlich, aber dadurch wurden viele Leben gerettet."
Erst kürzlich hatte die Historikerin Miriam Gebhardt die sexuellen Übergriffe von amerikanischen Truppen in ihrem Buch *"Als die Soldaten kamen"* thematisiert (eine Besprechung lesen Sie in der kommenden Ausgabe 20/15 der JUNGEN FREIHEIT). Ihrer Schätzung nach verübten die US-Soldaten dabei etwa 190.000 Vergewaltigungen.
"Die Verbrechen der Befreier - Amerikas dunkle Geheimnisse im Zweiten Weltkrieg", ZDF, 5. Mai, 20.15 Uhr.<<
Die Berliner Tageszeitung "taz" berichtete am 1. November 2016: >>**"Über Grenzen"**
… Kaum jemand kann sich mit dem Niedersachsenlied identifizieren. Wieso eigentlich?
taz: Herr Rösner, ist die Niedersachsen-Hymne ein politisches Lied?
Hans Rösner: Im weitesten Sinne ja, denn es bezieht sich auf die Zeit der Sachsenkriege, als Herzog Widukind 777 bis 785 im Sachsenhain bei Verden den erfolglosen Kampf gegen die Franken anführte. Darüber hat Hermann Löns 1913 die Erzählung "Die rote Beeke" - der rote Bach, gefärbt von Sachsenblut - verfaßt. Dieses Werk wiederum hat wohl der Braunschweiger Lehrer Hermann Grote gekannt, als er 1926 Text und Melodie des Niedersachsenliedes schuf.
taz: Merkwürdig. Die eigene Niederlage als Kern einer Hymne?
Hans Rösner: Es geht wohl eher um den entschlossenen Kampf gegen die Feinde. Außerdem gibt es ja auch eine Strophe, die von der erfolgreichen Varusschlacht gegen die Römer im Teutoburger Wald handelt.
taz: Im Lied heißt es, Niedersachsen reiche "Von der Weser bis zur Elbe". Wo bleiben Ostfriesen, Oldenburger, Emsländer, Osnabrücker?
Hans Rösner: Es geht eher um historische Grenzen. Andererseits war der Begriff "Nieder-

sachse" schon Mitte des 19. Jahrhunderts ein Konstrukt mit nicht klar definierten Zugehörigkeiten. Die Oldenburger zum Beispiel singen bei feierlichen Anlässen lieber ihre Oldenburg-Hymne. Mit dem Niedersachsenlied identifizieren sich wohl am ehesten die Menschen im Bereich des alten Hannoverschen Landes um Lüneburg herum.
taz: Wieso hatte das Lied in der Nazi-Zeit Hochkonjunktur?
Hans Rösner: Die Machthaber des Dritten Reichs empfanden das Lied offensichtlich als geeignet, um ihre Ideologie zu transportieren. Dazu muß man sagen, daß der Lieddichter Hermann Grote - obwohl als Lehrer wahrscheinlich Parteimitglied - über den Mißbrauch seines Liedes nicht erfreut war. Meinen Recherchen zufolge kam es deshalb zu einem ideologischen Streit mit der NSDAP-Führung, woraufhin er zur Unperson erklärt wurde.
taz: Lea Rosh, von 1991 bis 1997 Direktorin des NDR-Landesfunkhauses Hannover, hat verboten, daß der Text gespielt wurde. Sie fand ihn faschistoid.
Hans Rösner: Ja, seither erklingt auf NDR 1 nur ein Teil der Melodie, an mehreren Stellen im Tagesprogramm.
Die ersten zwei Strophen des Niedersachsenliedes
taz: Während der Fußballverein Hannover 96 das Lied gar nicht mehr spielt, seit Fans beim Refrain "Heil Herzog Widukinds Stamm" den Hitlergruß zeigten.
Hans Rösner: Das wußte ich nicht. Aber es ist natürlich eine geeignete Reaktion.<<
Schlußbemerkungen: Die deutsche Autorin Eva Herman schrieb am 28. April 2017 in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" (x887/...): >>**"Deutschland sollte kein besetztes Land mehr sein"**
Ein erstaunliches Interview wurde vor wenigen Tagen von dem Internet-Sender Querdenken.TV veröffentlicht. Michael Friedrich Vogt, Publizist und ehemaliger Honorarprofessor für Journalistik an der Universität Leipzig, hatte Mitte April 2017 in Moskau den stellvertretenden Vorsitzenden der russischen Duma, Wladimir Wolfowitsch Schirinowski, getroffen. Der Rechtsanwalt und studierte Türkeiwissenschaftler ist Chef der liberaldemokratischen Partei und sitzt im russischen Parlament. Die Sichtweise der Russen, die Schirinowski hier vertritt, steht im konträren Widerspruch zu den Aussagen der deutschen Politiker und Medien. Um so interessanter ist es, diesen selten zu findenden Aussagen zuzuhören.
Gleich vorweg: Am Ende des Interviews stellte Schirinowski fest, daß man von russischer Seite aus bereit sei, die berühmte Frage der "deutschen Ostgebiete" zusammen mit Deutschland zu lösen. Vogt dazu: "Damit stellt sich Wladimir Schirinowski in eine über 70-jährige Tradition sowjetisch/russischer Politik. Schon Stalin hatte 1952 mit seiner berühmten Stalinnote die Wiedergewinnung der deutschen Ostgebiete im Tausch gegen eine deutsche Neutralität und Nichteintritt in die NATO angeboten.
Nikita Chruschtschow wiederholte ein solches Angebot 1955, Andropow in den 80er Jahren und bei der deutschen Wiedervereinigung kam im Sommer 1990 ein neues Angebot über die Rückgabe des sowjetischen Teils Ostpreußens mit Königsberg von Gorbatschow."
Vogt fügt in der Ankündigung des Interviews eine Aussage des offiziellen Russischdolmetschers Ernst Nagorny aus dessen Nachlaß an: "Als Gorbatschow 1990 in Dresden gefragt wurde, ob im Zusammenhang mit einer Vereinigung Mitteldeutschlands mit der BRD auch eine Angliederung der deutschen Ostgebiete in Aussicht genommen sei, war Gorbatschows Antwort:
"Ja, das wollte ich. Wir hatten die Universität in Moskau beauftragt, Pläne für die Wiedervereinigung von Deutschland mit seinen polnisch besetzten Teilen auszuarbeiten. Aber bei den 2-plus-4-Verhandlungen mußte ich zu meinem Erstaunen feststellen, daß Bundeskanzler Kohl und sein Außenminister Genscher die deutschen Ostgebiete Ostpreußen, Pommern und Schlesien gar nicht wollten. Die Polen wären bereit gewesen, die deutschen Provinzen Deutschland zurückzugeben. Aber der deutsche Außenminister Genscher hat die polnische Regierung in

Warschau bekniet, an der Oder-Neiße-Linie festzuhalten. 'Die Deutschen akzeptieren diese Grenze', waren seine Worte. Nur die DDR sollte angegliedert werden." …
Schirinowski verurteilte die NATO-Osterweiterung, vor allem in den baltischen Ländern. Sie stelle eine immense Gefahr für den Frieden in Europa, ganz speziell für Deutschland, dar: "Wir haben Deutschland gebeten, aus der NATO auszutreten. Und es würde ein großes Deutschland sein, ohne Besatzungstruppen, das demokratischste in Europa. Aber, nein! Und die DDR wurde hineingezogen, und sie alle zusammen sind jetzt in der NATO. Die deutschen Soldaten sind schon im Baltikum! Doch warum machen sie das? Dieser Krieg wird der letzte sein. Alles wird vernichtet. Ganz Europa wird vernichtet. Man sollte darüber nachdenken. Amerika ist weit weg. Und wir haben noch hinter dem Ural genug Territorium. Und was bleibt von Europa nach dem Krieg?"
Schirinowski erläuterte die seit nahezu 200 Jahren verursachten Störungen der russisch-deutschen Beziehungen durch Großbritannien, die USA und Frankreich. Ihnen sei die russisch-deutsche Allianz ein Dorn im Auge, die zu friedvoller Macht führen und ihnen deshalb gefährlich werden könnte. Und so würden seit 200 Jahren Konflikte und Störungen produziert:
"Man soll damit Schluß machen. Deutschland ist doch eine kluge Nation. Es ist an der Zeit, sich endlich aus der Falle zu befreien, in die Deutschland seit fast 200 Jahren getrieben wurde und endlich mit Rußland zusammenzuarbeiten. Wir mischen uns nicht ein in die inneren Angelegenheiten Deutschlands. In erster Linie sollte es aufhören, ein besetztes Land zu sein und immer nach Washington zu fahren und um Erlaubnis nachzufragen. Es soll vollständig selbstständig sein, und ich bin sicher, daß die meisten Deutschen für ein Bündnis mit Rußland sein werden anstatt für das Bündnis mit Amerika." …
Schirinowski beendete das Interview mit der bereits zu Anfang erwähnten Thematik der deutschen Ostgebiete: "Wir haben den Deutschen die östlichen Gebiete weggenommen und den Polen gegeben. Aus welchem Grunde befinden sich heute die Polen auf dem deutschen Territorium? Man kann alles Deutschland wiedergeben. Dabei können wir helfen. Beim deutschen Hafen Memel, Klaipeda, wir können dabei helfen, für Deutschland das ganze Preußen wieder herzustellen. Keiner hilft, nur wir!"<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 05/2018 berichtete im Mai 2018: >>**"Die Deutschen gehorchen, wie seit über 70 Jahren"**
_Rolf Hochhuth im Gespräch mit Jürgen Elsässer
Ami go home: Der gefeierte Autor analysiert die Lage der Nation und teilt nach allen Seiten kräftig aus. Angesichts der Großen Koalition fürchtet er um den Bestand der Demokratie. Besonders die Unterwürfigkeit gegenüber den Vereinigten Staaten bringt ihn zur Weißglut. …
Die BRD als US-Bundesstaat
Woran arbeiten Sie derzeit?
Rolf Hochhuth: Germany, 52. US-Bundesstaat, so wird mein nächstes Stück heißen.
Um was geht es darin?
Rolf Hochhuth: Im ersten Akt muß Verteidigungsstaatssekretär Willy Wimmer dem Bundeskanzler Ende der 1980er Jahre melden, was die USA uns als ihrem charakterlosen Satelliten zumuten: die atomare Vernichtung Dresdens und Potsdams. Genau wie es, als einziger Deutscher (!), Schäuble sinngemäß gesagt hat: "Wir waren seit Kriegsende nicht eine Stunde souverän."
Im zweiten Akt bittet Putin Siemens-Chef Joe Kaeser in sein Büro und bietet an, daß die Deutschen den Russen ihren ICE bauen können: der größte Industrieauftrag, den es je gab! Doch der US-Präsident verbietet das, und die Deutschen gehorchen, wie seit über 70 Jahren. Vollkommen unterwürfig und ekelhaft, wie seit ihrer totalen Kapitulation 1945. Als hätten wir zum zweiten Mal Auschwitz verbrochen, zwingen uns die Amerikaner, dieses märchenhafte

Riesengeschäft an China abzutreten! Merkwürdig, daß hierzulande keinem aufgeht: Eine Regierung, die sich derart von den USA maßregeln läßt, kann gar nicht im Interesse Deutschlands handeln!
"In entscheidenden Fragen sind wir ohne jedes Selbstbestimmungsrecht gegenüber dem Pentagon."
Und der dritte Akt, auch angezettelt auf Geheiß Amerikas: Abriß der zwei 90 Jahre alten, höchst ruhmreichen Kudamm-Bühnen, die von den zwei großen Juden Max Reinhardt und Oskar Kaufmann aus eigener Tasche finanziert worden sind. So wie Fontane es schriftlich gab: "Die Juden finanzieren uns Deutschen die Kultur, und wir Arier finanzieren den Antisemitismus." Eine Kulturschande, wie Berlin sie bisher allein mit der Bücherverbrennung unter den Nazis erlebt hat, und zweitens mit der Vernichtung des Schlüter-Schlosses durch die SED-Verbrecher.
Sie sind ein zorniger Mann und schreiben Sätze wie diese hier zum Raubtierkapitalismus: "Nie hat er sich, der in der BRD längst schrankenlos ausartet - in meiner Jugend undenkbar -, so ehrlich und schäbig geoutet, wie heute durch den Abriß der Kudamm-Bühnen. Er ist verbrennungsreif! Doch keine Illusion. Da helfen keine parlamentarischen Korrekturen, sondern nur noch Mord und Totschlag." Mir ist da ein bißchen mulmig: Ist das nicht ein Aufruf zur Gewalt?
Rolf Hochhuth: Diese Forderung, die ich höchst ungern ausspreche, dennoch leider als legitim anerkennen muß, stammt von dem erzkonservativen Historiker Jacob Burckhardt in Basel. Der hat in seinem bedeutendsten Buch über die Weltgeschichte, das je vor Spenglers Untergang des Abendlandes erschienen ist, festgehalten - so wörtlich: "Der Mord ist ein Hilfsmittel, da man bei Abwesenheit aller legalen Rechtsmittel Richter in eigener Sache wird."
Wollen Sie damit sagen, daß wir in der Bundesrepublik keine legalen Mittel mehr haben, um Opposition und Widerstand zu betreiben?
Rolf Hochhuth: Genau das will ich sagen. Denn in entscheidenden Fragen, nicht in so Nebensächlichem wie Scheidungen oder Steuerhinterziehung oder Bestechung im Sport, sind wir ohne jedes Selbstbestimmungsrecht gegenüber dem Pentagon. Auf dessen Geheiß schicken wir deutsche Soldaten nach Litauen, 180 Kilometer vor Petersburg - also dorthin, wo wir Deutschen in nur 26 Jahren schon zwei Mal gestiefelt sind!
"Ich habe Frau Wagenknecht gewählt - also zum ersten Mal in meinem sehr langen Leben links."
Wen kann man noch wählen?
Aber wir könnten doch eine andere Regierung wählen, die uns aus der babylonisch-amerikanischen Gefangenschaft führt?
Rolf Hochhuth: Nein, aus der kommt die BRD niemals mehr heraus - genau der Grund, warum ich nicht von Deutschland spreche, sondern von dem 52. US-Bundesstaat, der wir ja in Wahrheit nur noch sind, dank Hitlers Krieg und seiner Ermordung der sechs Millionen!
Dokumentiert ist zum Beispiel die sehr verständliche Ausrede des Schweizers Ackermann, viele Jahre Chef der Deutschen Bank, warum er nicht trotz überbordenden Reichtums der Europäer den Dritte-Welt-Ländern den Schuldenschnitt gewähre: "Weil ich dann ebenso ermordet werde wie Herrhausen!" Der war sein Vorgänger und wurde von den Amerikanern totgemacht - genau deshalb, weil er riskiert hatte, als anständiger Europäer diesen Schuldenschnitt vorzuschlagen.
Wir haben ja in der BRD als maßgebend - alle anderen sind viel zu schwach -, nur noch die Einheitspartei CDU-SPD. Warum? Weil hier sogar unsere Politiker nicht wissen, daß in den zwei Demokratien England und Amerika die Große Koalition nur im Krieg erlaubt wird! Denn wem Demokratie am Herzen liegt, der weiß, mit der großen Koalition wird diese abgewürgt - jedenfalls wenn sie länger dauert als ein Jahr -, weil der stärkere Partner, bei uns im-

mer die Schwarzen, die Roten mundtot und blöde quatscht.
Wir Deutschen merken es aber deshalb nicht, weil wir im Hinblick auf die sogenannte innere Freiheit immer willenlos-unzurechnungsfähig waren. Natürlich keineswegs, was Freiheit gegenüber Fremden betrifft, sonst hätte es ja unseren höchst ruhmvollen Krieg gegen Napoleon nie gegeben. So ist die SPD mit ihren jammervollen 18 Prozent, wie die letzte Umfrage belegt, keine eigene Partei mehr; sie wurde in der Umarmung der Merkel-Regierung vollständig entmannt. …<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete am 27. Oktober 2018 im COMPACT-Spezial 18 (x322/8): >>Es mag Sie vielleicht überraschen, aber ich bin eine Volksverräterin. Ich liebe und fördere den Volkstod, beglückwünsche Polen für das erlangte Gebiet und die Tschech/innen für die verdiente Ruhe vor den Sudetendeutschen (Die Linke-Politikerin Christin Löchner in einer Mail an einen FDP-Politiker, 20.1.2012).<<
Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel erklärte am 6. Dezember 2019 während ihrer Rede im ehemaligen NS-Vernichtungslager Auschwitz (x354/90): >>… An die Verbrechen zu erinnern, die Täter zu nennen und den Opfern ein würdiges Gedenken zu bewahren - das ist eine Verantwortung, die nicht endet. Sie ist nicht verhandelbar; und sie gehört untrennbar zu unserem Land. Uns dieser Verantwortung bewußt zu sein, ist fester Teil unserer nationalen Identität, unseres Selbstverständnisses als aufgeklärte und freiheitliche Gesellschaft, als Demokratie und Rechtsstaat.<<

Der NWO-Moloch "Nordatlantische Verteidigungsgemeinschaft" (NATO)

> Um klar zu sehen, genügt oft genug ein Wechsel der Blickrichtung.
> *Antoine de Saint Exupery, eigentlich Marie Roger Comte (1900-1944, französischer Schriftsteller)*

In Washington wurde am 4. April 1949 die NATO gegründet. 10 europäische Staaten (Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Island, Italien, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Portugal) schlossen mit den USA und Kanada den Nordatlantikpakt.
Die Präambel der NATO (North Atlantic Treaty Organization) lautete wie folgt (x243/220): >>Die vertragsschließenden Staaten ... sind entschlossen, die Freiheit, ... gegründet auf die Prinzipien der Demokratie, auf die Freiheit des einzelnen und die Grundsätze des Rechts, sicherzustellen, ... die Stabilität und Wohlfahrt im nordatlantischen Gebiet zu fördern, ... ihre Bemühungen um eine gemeinsame Verteidigung und um die Erhaltung von Frieden und Sicherheit zu vereinigen. ...<<
In diesem Nordatlantikpakt vom 4. April 1949 hieß es z.B. (x301/154-155): >>Artikel 1: Die Parteien verpflichten sich, in Übereinstimmung mit der Satzung der Vereinten Nationen jeden internationalen Streitfall, an dem sie beteiligt sind, auf friedlichem Wege so zu regeln, daß der internationale Friede, die Sicherheit und die Gerechtigkeit nicht gefährdet werden, und sich in ihren internationalen Beziehungen jeder Gewaltandrohung oder Gewaltanwendung zu enthalten, die mit den Zielen der Vereinten Nationen nicht vereinbar sind. ...
Artikel 5: Die Parteien vereinbaren, daß ein bewaffneter Angriff gegen eine oder mehrere von ihnen in Europa oder Nordamerika als ein Angriff gegen sie alle angesehen werden wird; sie vereinbaren daher, daß im Falle eines solchen bewaffneten Angriffs jede von ihnen in Ausübung des in Artikel 51 der Satzung der Vereinten Nationen anerkannten Rechts der individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung der Partei oder der Parteien, die angegriffen werden, Beistand leistet, indem jede von ihnen unverzüglich für sich und im Zusammenwirken mit den anderen Parteien die Maßnahmen, einschließlich der Anwendung von Waffengewalt trifft, die sie für erforderlich erachtet, um die Sicherheit des nordatlantischen Gebietes wiederherzustellen oder zu erhalten. ...<<
Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über die Gründung der NATO (x068/272-275): >>... Das amerikanische Wesen ist das Geld: der Inbegriff des Yankee-Daseins. Natürlich erfaßt dies nicht alles, aber das Wichtigste. ...
Für ihre ungeheure Aufrüstung hatten die Amerikaner militärische, mehr jedoch wirtschaftliche Gründe. Deshalb traten auch viele jener, die das Geschwätz von der Gefahr aus dem Osten keinen Augenblick glaubten, für Aufrüstung und Nato ein.
Derart konnte enorm verdient werden und wurde enorm verdient. Und gerade nach dem Verlust Chinas benötigte man Europa auch als Absatzmarkt. Der Verlust des chinesischen Riesenreichs aber seit der Flucht Tschiang Kai-scheks samt seiner unfähig-korrupten Regierung 1949 nach Formosa (Taiwan), seit dem Sieg Mao Tse-tungs hatte die Öffentlichkeit in den USA nahezu unvorbereitet überrascht. Und er war um so größer, als nun nicht nur jeder amerikanische Einfluß in China ausschied, sondern auch im gesamten pazifischen Raum gefährdet schien.
In Europa aber begann jetzt nach dessen militärischer Eroberung die friedliche. Ein US-Konzern nach dem anderen investierte in den zuvor zerbombten und zerschossenen Städten. Und die Rechnung, daß eine im Krieg ruinierte Wirtschaft schneller wächst als eine, die den Krieg so glänzend überstand, erwies sich als richtig, zumal auch die US-Banken von Anfang an mitspielten, deren Politik in Europa war: alte Investitionen retten, neue vornehmen. Ja, das Bankhaus Dillon, Read, setzte so sehr auf die Rentabilität seiner Anlagen im Nachkriegsdeutschland, daß es deutschen Industriebossen noch vor Kriegsende eine Privatanleihe von

einer Milliarde Dollar anbot.
Man gründete Filialen, baute Fabriken, erwarb Aktienmajoritäten. Man nahm Fusionen vor, kaufte ganze Betriebe, kaufte Bergwerke und Banken. Die Sache nahm einen ähnlichen Verlauf wie das frühere Vorgehen in Lateinamerika. Die Beherrschung der Alten Welt durch die Neue begann. Man schuf hunderteweise Tochter- und Beteiligungsgesellschaften. Man überzog Westeuropa mit einem Netz wirtschaftlicher Einfluß- und Machtsphären, und alles geschah mit einem Tempo ohnegleichen. Ganze Branchen, die Mineralöl-, die Büromaschinen-, Landmaschinen-, die Kosmetikindustrie u.a. wurden von US-Firmen beherrscht. Selbst im kleinen Holland gab es schon im März 1960 nicht weniger als 105 Filialen der größten amerikanischen Gesellschaften. …
Die USA sind bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts hinein in vielen Ländern Europas weder sehr bekannt noch sehr angesehen gewesen. Man kannte sie kaum besser als China, Südafrika oder Australien. Und bis ins 20. Jahrhundert hinein dachte man über sie in Europa fast ausnahmslos negativ, dachte darüber wie der berühmte englische Romancier D.H. Lawrence, der lange in New Mexico gelebt hatte: "Die Neue Welt bedeutet mir nichts".
Es ist bezeichnend, daß es bis zum Zweiten Weltkrieg in ganz Europa nur drei Lehrstühle für Amerikakunde gab. Offenbar hatte man für US-Wertvorstellungen in der Alten Welt noch gar keinen Sinn entwickelt, kannte man die Höhe der Zivilisation in Übersee überhaupt nicht. Als dann aber die Massen der GIs über den großen Teich schwappten, "Camel" und "Lucky Strike" kamen, der Jazz und Rock und Pop, Giftgas und Atomsprengköpfe, kurz alles, was die Neue Welt der Alten an Kultur zu bieten hatte, da ließ sie sich rasch vom Sieger eines anderen und natürlich besseren belehren.
Da beurteilte man plötzlich die USA fast ausnahmslos positiv. Zumal in Deutschland war man servil, devot, fast wie in einem Bananenstaat. Und wie man eben noch Hitler in den Hintern kroch, so nun den Amis. Die Politiker voran. "Wir alle sind Amerikaner", rief ein sozialdemokratischer Bundeskanzler schließlich beim Empfang des Ehrendoktorhutes in Übersee.
Alles nahm man nach dem Zweiten Weltkrieg hier mit ausgestreckten Händen auf, alles von drüben, Soldaten, Bankiers, Fabrikanten, die Anleihen, Kredite, sogar ihre mildtätigen Spenden.<<
Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (46/1951) berichtete am 14. November 1951 über die Nordatlantikpakt-Organisation: >>**Ende des Wunschtraums**
Kaum hatte Ike Eisenhower die Tür seiner viermotorigen Constellation-Maschine geöffnet, als ein Vertreter der "Chicago Tribune", des Hausblattes der amerikanischen Isolationisten, wissen wollte, ob die Nordatlantikpakt-Organisation "kurz vor ihrem Zusammenbruch" stehe. Erbost fuhr Eisenhower herum und keuchte: "Was für eine dumme Frage. Ich habe nie etwas Unsinnigeres gehört."
Von einem totalen Zusammenbruch der NATO ist keine Rede. Aber die Organisation steckt in schweren Nöten. Um sich über sie zu unterrichten, hatte Präsident Truman den General nach Washington kommen lassen. Nach der Konferenz mit dem General erklärte Truman: "Ich glaube nicht, daß sich viele Leute bewußt sind, daß wir mitten in der größten Krise stehen, die uns je widerfahren ist. Wir müssen ihr ins Auge sehen ..."
Den Grund für diese Bemerkung Trumans zeigt Roscoe Drummond, der Washingtoner Korrespondent der nüchternen, hochangesehenen Zeitung "Christian Science Monitor": "Alle Empfehlungen General Eisenhowers an Washington kreisen um seine Überzeugung, daß der Kreml den totalen Krieg im Jahre 1952 starten könnte ... Eisenhower erklärt nicht, daß der Krieg unvermeidlich sei. Aber er besteht darauf, daß die sicherste und notwendigste militärische Entscheidung der Vereinigten Staaten und ihrer Alliierten so ausfallen müsse, als ob der Krieg im nächsten Jahr unvermeidlich sei. Eisenhowers Schätzungen der sowjetischen Gefahr entspringen nicht einer hoffnungslosen Überzeugung vom jetzigen westlichen Rüstungsstand,

sondern der Gewißheit, daß die wachsende Stärke der Atlantik-Allianz das Aktionsgebiet des Kreml gegen die freie Welt immer mehr einengt."
Seit der NATO-Konferenz in Ottawa sitzen in Paris die "drei Weisen" (die Vertreter der USA, Frankreichs und Großbritanniens) und die "zwölf Apostel" (die Vertreter der zwölf NATO-Staaten) unter dem Vorsitz von Trumans "Problemknacker" W. Averell Harriman zusammen, um zu untersuchen, weshalb es mit dem großen atlantischen Verteidigungs-Programm nicht vorangeht.
Das Programm wurde 1949 von den NATO-Mitgliedsstaaten auf einer Konferenz in Brüssel aufgestellt. Damals wurde entschieden, daß man zunächst ein zeitliches Planziel für die Aufrüstung haben müsse. Es wurde geschätzt, wann die Sowjets genug Atombomben besitzen würden, um einen großen Krieg starten zu können. Dann wurde einkalkuliert, wann den Deutschen erlaubt werden solle, der NATO-Armee beizutreten (ohne sich zu vergewissern, wie die Deutschen dazu stehen). Schließlich einigte man sich auf einen Termin: Juli 1954. Zu diesem Zeitpunkt müsse die NATO über 60 kampfbereite Divisionen verfügen, um die östlichen Invasoren zurückzuschlagen.
Der Ausbruch des Korea-Krieges verlieh dem Programm einige Dringlichkeit. Aber da stiegen auch die Rohstoffpreise, die Marshall-Hilfe versiegte. Die eben einigermaßen gesund gewordene Wirtschaft Europas erlebte einen schlimmen Rückfall.
Als Ike Eisenhower im Januar 1951 in Paris eintraf, um das Kommando über das europäische NATO-Hauptquartier (SHAPE) zu übernehmen, war auf dem Festland noch nichts geleistet worden.
Auf Eisenhowers Drängen stationierten die USA insgesamt fünf Divisionen als anspornendes Beispiel in Europa, aber die Franzosen kamen lediglich mit ihrem Europa-Armee-Plan, um den amerikanischen Wunsch nach dem deutschen Wehrbeitrag zu neutralisieren.
Halb aus Verzweiflung über Frankreichs passive Résistance, halb aus idealistischer Begeisterung an den europäischen Einheitsplänen ("Auf die Dauer sind Europas Probleme nur durch völlige Integrierung zu lösen") akzeptierte Eisenhower schließlich den Pleven-Plan. Europa-Armee-Experten aus den sechs Schuman-Plan-Nationen trafen sich in Paris, um über die Stärke der nationalen Kontingente Haare zu spalten und verwirrend komplizierte Organisationspläne aufzustellen. Nur die Nichtexistenz einer wirksamen Verteidigungsstreitmacht blieb bestehen.
Den entmutigenden Beweis dafür erbrachten die Herbstmanöver der NATO-Streitkräfte in Westdeutschland. Sie zeigten, daß in Westeuropa insgesamt zehn Divisionen (Zwischenziel 1951 im 1954er Plan: 20 Divisionen) stehen, die laut Urteil des US-Kommandos in Europa "den Vormarsch des Feindes möglicherweise bremsen können." Die beiden französischen Divisionen in Deutschland haben Munition für drei Tage.
Ergebnisse der zum Teil mit amerikanischen Rüstungshilfe-Geldern in Gang gesetzten eigenen französischen Rüstungsproduktion:
Artillerie: 120 Steilfeuergeschütze, Kaliber 10,5 cm, im Bau. 100 15,5-cm- und 100 12-cm-Geschütze, in Auftrag gegeben.
Panzer: Eine Entscheidung, ob der neue 50-Tonnen-Panzer der Franzosen serienmäßig hergestellt werden soll, ist noch nicht gefallen. Bei der Parade am Bastillen-Feiertag (14. Juli) wurde ein moderner Panzer vorgeführt. Er ist 13 Tonnen schwer, hat eine Stundengeschwindigkeit von 70 Kilometern und trägt eine durchschlagskräftige acht Meter lange 7,5-cm-Kanone zur Panzerjagd. Für die französische Armee waren nur Versuchsmodelle gebaut worden, als die Schweizer Regierung sich entschloß, gute geländegängige Panzerabwehrwaffen für die Verteidigung der Eidgenossenschaft einzukaufen. Kaufverhandlungen der Schweizer mit USA, Schweden und Großbritannien hatten sich wegen zu langer Lieferfristen zerschlagen (nach Beendigung des laufenden Brüsseler NATO-Programms 1954-55).

Aber die NATO-Macht Frankreich sagte den nicht im Atlantikpakt organisierten Schweizern sofortige Lieferung zu, und zwar für 200 Panzerjäger für 120 Millionen harte Schweizerfranken.
Entrüstung im SHAPE. Oberst Fawler vom US-Waffenlieferungsbüro überbrachte französischen Stellen mündlich Bescheid, daß die US-Waffenlieferungen an Frankreich bei Ausführung des Auftrags gekürzt würden. Großbritanniens Vertreter, Generalmajor McNabb, schloß sich dem US-Protest an. SHAPE erklärte, daß Frankreich ohne SHAPE-Genehmigung nicht liefern dürfe. Paris protestierte durch General Goué vom Armee-Sekretariat, das sei eine "unstatthafte Einmischung in die französischen Hoheitsrechte".
An Pleiten dieser Art ist nicht nur mangelnder französischer Wehrwille schuld. Dazu kommt die Desorganisation der zum großen Teil altmodischen Wirtschaft Frankreichs, die mangelnde Steuer- und Arbeitsmoral der Franzosen. Das Kernproblem der europäischen NATO-Partner ist wirtschaftlicher Natur.
Im laufenden Finanzjahr (1. Juli 1951 bis 30. Juni 1952) beträgt das Dollar-Defizit Frankreichs 750 Millionen. Den projektierten Ausgaben in Höhe von 1,025 Milliarden Dollars stehen Dollar-Einkünfte in Höhe von 275 Millionen gegenüber. Das Defizit wird nicht einmal zu einem Drittel durch einen Betrag der US-Wirtschaftshilfe (im günstigsten Falle 200 Millionen Dollar) und amerikanische Industrieanleihen gedeckt.
Das Budget-Problem zeichnet sich in den Zahlen ab, die Frankreich im laufenden Finanzjahr für militärische Zwecke vorgesehen hat, nämlich rund 800 Milliarden Francs, ein Viertel des Gesamtetats.
Von diesen 800 Milliarden wird der Krieg in Indochina rund 350 Milliarden verschlucken. Der Rest in Höhe von 450 Milliarden reicht eben hin, den jetzigen kümmerlichen Rüstungsstand aufrechtzuerhalten.
Für Großbritannien, das im Finanzjahr 1950/51 für militärische Zwecke 777 Millionen Pfund Sterling ausgegeben hatte, ist das finanztechnische Rüstungsproblem der Dollar. Die gegenwärtigen Dollar-Reserven Großbritanniens belaufen sich auf rund 3 Milliarden. Wenn aber der gegenwärtige Dollar-Rückfluß aus England anhält, werden sie innerhalb von 10 Monaten aufgebraucht und das Land völlig bankrott sein.
Das waren die Resultate der Untersuchungen des "Rates der Weisen" in Paris. Ihre Schlußfolgerung: das Brüsseler Aufrüstungsprogramm ist dabei, die prekären Volkswirtschaften Westeuropas zu ruinieren.
Inzwischen mehrten sich die beunruhigenden Meldungen über die Fortschritte in der Aufrüstung in den Ostblockstaaten (SPIEGEL Nr. 45/51). Eisenhowers Geduld war zu Ende. Man müsse das 1954er Programm, argumentierte er, aufgeben, weil voraussichtlich auch bis 1954 nur eine Vergrößerung des gegenwärtigen Konglomerats halbausgerüsteter, halbausgebildeter Rekruten zustande käme.
Dagegen müsse sofort (Termin: Sommer 1952) eine gutausgerüstete, kampfbereite Kern-Streitmacht von 20 Divisionen aufgestellt werden, die zwar bei weitem nicht ausreiche, aber "elektrisierend" auf die ferneren Rüstungsanstrengungen wirken müsse.
Eisenhowers Durchbruch zu dieser rein realistischen Konzeption ließ den Europa-Plan Plevens in Fetzen zurück. Aus dem letzten vertraulichen Memorandum des SHAPE (von Eisenhowers Informationschef Oberst L. Cross redigiert) an die einzelnen Gebietskommandos geht hervor, daß die Verwirklichung der an sich guten Idee einer Einheitsarmee angesichts der gegenwärtigen Situation zu zeitraubend sei. Die Idee einer Flagge, einer Uniform und eines Verteidigungsministeriums, heißt es wörtlich, "is dream stuff" ("ist ein Wunschtraum").
Die bis 1952 aufzustellenden Einheiten sollen wie die UN-Truppen in Korea organisiert werden, also nationale Elemente mit eigenem Kommando, jedes für sich dem vereinigten Oberkommando, also dem SHAPE-Stab Eisenhowers, unterstellt.

Nach amerikanischer Auffassung soll der Europa-Plan auf der beschleunigt einberufenen NATO-Konferenz in Rom am 24. November aufgehoben und dafür die 20-Kampfdivisionen-Vorschläge der US-Stabschefs und Eisenhowers in Kraft gesetzt werden. Berichtet die "New York Times" aus dem SHAPE: "... Die Politik der Vereinigten Staaten wird sich wieder auf sofortige Aktionen richten, die Westdeutschland erlauben wiederaufzurüsten, obwohl ein solcher Schritt beunruhigende Wirkung unter den NATO-Mitgliedern haben würde."
Für das neue 20-Divisionen-Programm müssen die USA die Waffen - und zwar moderne - liefern. Dadurch wird die Aufstellung amerikanischer Truppen im US-Heimatland verzögert, aber um der NATO willen scheint die US-Regierung dazu bereit zu sein, obwohl auch die massive US-Wirtschaft von einer stetig wachsenden und anscheinend unkontrollierbaren Inflation bedroht wird. Erklärte Eisenhower in Washington: "Ich bin an einer Aufgabe tätig, in die die USA eine ganze Welt von Materie, Zeit und Ideen investiert hat." NATO sei die wichtigste und entscheidende Sache der Welt, an der das "Schicksal Amerikas hängt".
Damit gab Eisenhower auch eine Antwort auf die wirren Gerüchte, die letzte Woche durch Washington schwirrten: daß Truman Eisenhower nur deshalb nach Hause geholt habe, um ihn zu fragen, ob er für die 1952er US-Präsidentschaft kandidieren wolle. Öffentlich sagte Eisenhower weder ja noch nein. Die "Ike for President-Kampagne" kommt in vollen Schwung. Amerika will ihn als Präsidenten. Aber die NATO, heißt es in Washington, käme ohne ihn nicht über ihre Krise, denn, meint die "New York Times", der Name Eisenhowers "wirkt magisch auf die Völker Europas".<<
Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (7/1952) berichtete am 13. Februar 1952: >>**Wie die Hühnerhunde**
In Eisenhowers SHAPE-Hauptquartier wurde jetzt eine besondere Kommission zur Abwehr der "wahrscheinlichen ersten Angriffsphase" der Ostblock-Armeen gegen Westeuropa gebildet. Chef dieses Gremiums ist der US-Colonel F. Kindley. Der ist merkwürdigerweise nicht Offizier, sondern Spezialist für psychologische Kriegsführung.
(Die) SHAPE-Abwehr hat nämlich festgestellt, daß - sollte der dritte Weltkrieg stattfinden - dem Schießkrieg ein Nervenkrieg vorangehen wird. Die Generalstäbler ... sehen die Lage, wie sie 5 Minuten vor X-Zeit sein wird so:
Der Aufmarsch auf dem rechten sowjetischen Angriffsflügel wird sich mit gemischten russisch-polnischen Verbänden in der Ostzone Deutschlands vollziehen. Aber nicht verschleiert, wie bisher solche Bereitstellungen erfolgten, sondern in demonstrativ offener und breiter Drohbewegung.
Die Begleitfanfaren zu diesen Truppenbewegungen schmettern die Rundfunksender der Sowjetunion, Polens und der Ostzone in allen westeuropäischen Sprachen. Kommunistische Agenten werden Flüsterparolen über angebliche Greueltaten und Vergewaltigungen durch Ostblocksoldaten in Umlauf setzen und Störmeldungen über den Einsatz mongolischer Verbände ausstreuen.
Zweck dieser den eigentlichen Schießkrieg vorbereitenden psychologischen Offensive: Auslösung eines Massenschrecks. Die Sowjets rechnen damit, daß sich sofort ein europäischer Flüchtlingsstrom über die Straßen und Eisenbahnen ergießen wird, der Verkehrsverstopfungen und Produktionshemmungen verursacht und deutsche Hilfsverbände der westlichen Alliierten zu Massendemonstrationen veranlaßt. Sabotageaktionen werden die Verwirrung steigern. Das dann hereinbrechende westeuropäische Chaos wird alle Abwehrmaßnahmen der NATO unmöglich machen oder zumindest auf das Äußerste erschweren.
Die SHAPE-Offiziere unterstreichen ihre Hypothese, indem sie auf die Persönlichkeit des Oberbefehlshabers der polnischen Armee, den Sowjetmarschall Rokossowski, hinweisen. Der hat ... Erfahrungen auf dem Gebiete des Nervenkrieges. Als er im Weltkrieg II - schon damals als Befehlshaber des rechten sowjetischen Flügels - in Ostpreußen einbrach und durch West-

preußen und Pommern hindurch bis nach Swinemünde stieß, überstürzte sich die ostdeutsche Bevölkerung in chaotischer Angst vor seinen Panzern. Die propagandistische Peitsche Ilja Ehrenburgs holte damals aus den Flüchtlingen die letzte Kraft der Verzweiflung und aus den kriegsmüden Iwans den letzten Angriffspfeffer heraus. Die zwischen dem Flüchtlingsstrom und der roten Panzerflut eingekeilten deutschen Heeresverbände waren nicht mehr operationsfähig. So soll es auch jetzt werden.
Oberst Kindley meint, daß die wirkungsvollste Abwehr gegen solchen Nervenkrieg ein kraftvoller NATO-Aufmarsch an der Elbe wäre. Doch er befürchtet: In das Durcheinander werden beim eigentlichen Kriegsausbruch die polnisch-sowjetischen Verbände "wie die Hühnerhunde" hineinstoßen, um das gehandikapte westalliierte Wild aufzuscheuchen.
Die Panzerarmee der sowjetischen Heeresgruppe West unter Timoschenko aber werden solange zurückgehalten, bis sich an den Rheinübergängen zeigt, ob ein starker Offensivstoß die Chance verspricht, das Gros der Atlantik-Truppen in Belgien und Ostfrankreich zu kesseln. Polens Soldaten sichern dann Nord- und Nordwestdeutschland sowie Dänemark als rückwärtige Heeresgebiete.
Auf solchen Krieg hat sich auch die polnische Rüstungsindustrie eingestellt. Ihr Schlager ist heute ein 5-cm-Minenwerfer aus Leichtmetall, der von den staatlichen Rüstungswerken PZON 4 und 7 in Rzeszow und Lublin hergestellt wird. Der Werfer ist die leichteste Type dieser Waffe überhaupt. Er kann bequem von einem Mann getragen werden. Ein zweiter trägt die Munition, Minen aus Leichtmetallhülsen mit 2,5 kg Hexal-Sprengstoff. Bei einfacher Handhabung der Waffe, einwandfreier Zielsicherheit und einer Reichweite von 9.000 m ist der Werfer eine Idealwaffe für den Guerilla- und Partisanenkrieg und für Kommandounternehmen.<<
In einer Sitzung des Deutschen Bundestages forderte der CSU-Abgeordnete Franz Josef Strauß im Februar 1952, der "Europäischen Verteidigungsgemeinschaft beizutreten" (x067/-228): >>... Wer auf den Anschluß der Bundesrepublik an die Gemeinschaft der freien Völker verzichtet, gibt die deutsche Einheit preis, ob er will oder nicht, ob er es weiß oder nicht. Die verhängnisvolle These, die manchmal auch in der SPD angeklungen ist: Zuerst Einheit, dann Europa, wird von uns mit der klaren Parole beantwortet: Über die Einheit Europas zur Wiedervereinigung Deutschlands!<<
Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (7/1952) berichtete am 13. Februar 1952 über die Europa-Armee: >>**Ende einer Illusion**
Wie stand es mit der Europa-Armee? Während ein bleicher, abgespannter Konrad Adenauer vor dem Bundestag erklärte, daß alles in bester Ordnung sei, gab es sonst nur betrübliche Nachrichten für die Europa-Enthusiasten. Hier, wie es zu dem gegenwärtigen Dilemma kam und wie dieses Dilemma im einzelnen aussieht:
Im Oktober 1950 billigte die Pariser Nationalversammlung Premier René Plevens Konzession an die Forderung der Korea-geschockten Amerikaner nach deutschen Soldaten: eine internationale Westarmee unter Einschluß unselbständiger deutscher Einheiten in Kampfgruppenstärke (3.000-4.000 Mann).
Pleven wurde vom einmütigen Protest aller Militärs (einschließlich der französischen) angeblasen. US-Stabschef Bradley: "Die Franzosen täten besser daran, den Tatsachen ins Auge zu sehen ... Der Plan ist völlig undurchführbar ..."
Pleven blieb hart. Im Februar 1951 stimmte Acheson der ursprünglich für Aufnahme einer deutschen Nationalarmee in die NATO-Streitmacht dem Pleven-Plan widerwillig zu: Es schien der einzige Weg zu den begehrten deutschen Soldaten. In der folgenden Woche, ein paar Tage vor Beginn der Atlantik-Konferenz über den Pleven-Plan, sprach Kanzler Konrad Adenauer in der Mensa der Bonner Uni die vernünftigsten Worte, die er über dieses Projekt geäußert und seitdem vergessen hat: "... Zu dieser Frage Europa-Armee möchte ich Ihnen ei-

nige Worte sagen. Ich bejahe den Plan. Ich bejahe den Gedanken allerdings nicht in dem Sinne, daß der Aufbau einer Europa-Armee uns vor der jetzt vom Osten drohenden Gefahr schützen könnte, denn der Aufbau einer Europa-Armee wird lange Zeit erfordern ..."
Nicht lange danach ging Sicherheitsbeauftragter Theo Blank zu den ersten Sachverständigen - Besprechungen über die Europa-Armee-Planung nach Paris. Die Experten, die nach der Zweckmäßigkeit gingen und keinen Wert darauf legten, der französischen Nationalversammlung eine Freude zu machen, zertrümmerten den ersten Kernpunkt der Pleven-Idee. Nicht leicht zu kontrollierende Kampfgruppen, sondern 14.000-Mann-Divisionen sollten auf nationaler Basis rekrutiert werden. Die Franzosen waren schon dagegen, daß Deutschland ebensoviel Divisionen bekommen sollte wie Italien, nämlich 12 (Frankreich: 14). Ihr Argument laut "New York Times": "Es ist schierer Unsinn, 12 deutsche und 12 italienische Divisionen gleichzusetzen."
Diese Fragen wurden den Politikern zugeschoben. Auf der ersten Plevenplan-Tagung der sechs Westeuropa-Außenminister (auch Deutschlands) im Februar 1951 schon erhoben sich die Benelux-Staaten geschlossen gegen die vorgesehene Beschränkung der nationalen Souveränität: Das sei mit ihren monarchistischen Verfassungen unvereinbar. Damit wurde das ganze Prinzip der Europa-Armee angefochten.
Auf der NATO-Konferenz Ende November in Rom stellten die Amerikaner ein Ultimatum: Bis zur NATO-Konferenz in Lissabon (damals auf den 3. Februar 1952 festgesetzt) sollten sich die westeuropäischen Außenminister über die Europa-Armee geeinigt haben.
Mit hektischer Dringlichkeit versammelten sich die sechs Westeuropa-Außenminister am 27. Dezember wieder im Quai d'Orsay (in Paris). Präsident Truman wollte bis zum 3. Januar 1952 wissen, ob sich die kontinentale Verteidigungsgemeinschaft durchführen lasse und ob die deutsche Wiederbewaffnung über den Umweg einer Europa-Armee finanziert werden könne; er wollte den Kreditantrag 1952/53 an den Kongreß vorbereiten.
Doch wieder fing Robert Schuman mit einfachen, untergeordneten Punkten an, um dann erst notgedrungen auf die schwierigsten Probleme zu kommen, von denen alles abhängt.
Aber die Außenminister Belgiens und Hollands warteten nicht so lange. Punkt für Punkt lehnten sie sich kategorisch gegen die wichtigsten Voraussetzungen der französischen Europa-Armee-Idee auf,
- Nicht ein einziger Verteidigungskommissar (möglichst französischer Nationalität) soll an der Spitze der Europa-Armee-Exekutive stehen, sondern ein "Kollegium" oder "Kommissariat" aus Vertretern aller Mitglieder.
- Die Beschlüsse der höchsten Autorität, des Ministerrates, sollen nicht mit Zweidrittelmehrheit gefaßt werden, sondern einmütig. Damit unterliegen sie dem Veto-Recht jedes Mitgliedes.
- Der Anfang jeder Rüstung, das Militärbudget, könne nicht von einer übernationalen Behörde festgelegt werden, da die fünf Länder (außer Westdeutschland) bereits mit der NATO (als deren Mitglieder) die genauesten finanziellen Verpflichtungen vereinbart haben. Die Benelux-Staaten würden sich an das Prinzip halten: Wenn die Atlantik-Organisation von ihnen Divisionen verlangt, würden sie sie aufstellen und bewaffnen; aber sie weigerten sich, in einen Fonds zu zahlen, der ihnen wiederum helfen solle, sich zu bewaffnen, bloß damit Frankreich (dem im letzten Jahr mit knapper Not die Aufstellung von zwei Divisionen gelang) die deutsche Rüstung kontrollieren könne.
Schuman, in der Klemme, wehrte sich mit einem Schauer von Gegenvorschlägen. Denn die von Benelux geforderte Souveränitätsherrlichkeit gäbe Deutschland genau das, was Frankreich ihm vorenthalten wollte: ein Veto im Ministerrat, das es in der Schumanplan-Behörde nicht besitzt und das ihm Chancen zur Durchsetzung einer eigenen Politik öffnet.
Er schlug zur völligen Verwirrung der Sachlage vor, daß die Befehlsgewalt der Europa-Armee

nicht nur an der "Front", sondern auch in den "Heimatgebieten" der Kontingente gelten sollte (eine solche Trennung war bisher überhaupt nicht gemacht worden). Zweck: Das Kontingent Deutschlands auch bei der Aufstellung genau zu kontrollieren. Nicht Adenauer wehrte sich, sondern Hollands sehr churchillianischer Stikker wetterte so heftig gegen dieses Attentat auch auf die königlich niederländische Souveränität, daß Schuman die zweite Sitzung abbrechen mußte, um den holländischen Kollegen zu beschwichtigen.

Am nächsten Tag kam Schuman den grimmigen Benelux-Leuten entgegen, indem er vorschlug, daß die Rekrutierung in den NATO-Mitgliedsstaaten zunächst von den nationalen Behörden im Sinne der NATO-Verpflichtungen vorgenommen werden solle, während die deutsche Rekrutierung vom Europa-Kommissariat überwacht werden soll. Hier zum ersten Male protestierte Adenauer energisch.

Inzwischen hatten sich die sechs Finanzminister eine Nacht hindurch über die Budgetfrage auseinandergesetzt. Ergebnis: Westdeutschlands Schäffer mußte vor der Unmöglichkeit kapitulieren, ein "gemeinsames Budget" für die Europa-Armee aufzustellen. Erst später, wenn die ins Unbestimmte hinausgeschobene "bundesstaatliche Periode" Europas beginnen soll, ist an ein gemeinsames Budget gedacht. Dafür soll der Ministerrat das Veto-Recht über die nationalen Verteidigungsbudgets erhalten, damit Frankreich verhindern kann, daß Deutschland sein Geld "für die mißbräuchliche Entwicklung seiner Streitmacht" benutzt. Kanzler Adenauer erhob sich wiederum: Deutschland könne kein diskriminierendes Veto über seine Rüstung akzeptieren.

Er forderte sofortige Aufstellung eines gemeinsamen Budgets. Das ist die einzige Möglichkeit für Adenauer, die Besatzungskosten zu beseitigen. Schäffer, erklärte der Kanzler, habe sich gegen Morgen von der Müdigkeit überwinden lassen. Auch Schuman und de Gasperi kehrten sich gegen ihre Finanzminister, um den völligen Zusammenbruch der Verhandlungen zu verhindern, und unterstützten Adenauers Antrag. Doch Benelux wankte nicht.

Vor ihrer Abreise aus Paris ließ die holländische Delegation vertraulich durchblicken, daß sie als einzig mögliche Lösung des Verteidigungs-Dilemmas die Aufnahme Deutschlands in die NATO ansehe. Es sei klar, daß Deutschland in dem durch die Benelux-Opposition so radikal umgemodelten Plevenplan-System so gut und so schlecht kontrolliert werden könnte wie in der NATO.

Die Amerikaner drängten: Die Westeuropa-Staaten sollten zumindest einen Modus finden, unter dem mit der Aufstellung deutscher Verbände begonnen werden könnte. So trafen sich die sechs Vertreter am letzten Wochenende des Januar abermals. Die Franzosen hatten jegliches Interesse an einer Europa-Armee verloren, in der Deutschland ein Veto besitzen soll. Die Atmosphäre des Mißtrauens war durch die Saar-Krise undurchdringlich geworden. Adenauer war gar nicht gekommen. Hallstein sollte Deutschlands Beitritt zur NATO zur Sprache bringen.

Am Stillstand vom Jahresende wurde nur geruckt: Das Verteidigungskommissariat soll statt sechs Mitglieder neun bekommen und damit noch schwerfälliger werden. Die Sachverständigen unterbreiteten einen ausgesprochen idiotischen Vorschlag zum Budgetproblem: Die Einzelbudgets der Länder sollen doch vom Ministerrat festgelegt, danach aber von den Nationalparlamenten ratifiziert werden. Wenn ein Parlament nicht ratifiziert, scheidet das Land automatisch unter Vertragsbruch aus der Verteidigungsgemeinschaft aus. Die Minister verwiesen das Problem sofort wieder zurück an die Sachverständigen.

Unverdrossen indes begann Belgiens Van Zeeland mit erneuter Energie seinen Kampf für eine Erweiterung des Veto-Rechts im Ministerrat auf sämtliche zu treffenden Entschlüsse von Gewicht.

Da sagte Schuman, mit einem derartig erweiterten Veto-Recht (das dann auch Deutschland zustehen würde) habe der Europa-Plan keine Aussicht auf Annahme in der Nationalversamm-

lung. Jetzt stand Hallstein auf. Das deutsche Volk und das Parlament würden niemals die durch Wegfall des Vetos entstehende Majorisierung der Bundesrepublik durch die anderen Länder der europäischen Verteidigungsgemeinschaft (die ja alle vollberechtigte NATO-Mitglieder sind) annehmen.
Die Konferenz wurde aufgegeben.
An diesem Punkt endigt die kurze Geschichte von der Europa-Armee. Die Punkte, in denen Einigkeit erzielt werden konnte, wurden, weil keine Aussicht auf weitere Übereinkommen bestand, zur Grundlage der europäischen Verteidigungsgemeinschaft erklärt. Es sind ein paar völlig sinnlose Fetzen des ursprünglichen Plans:
- Der Ministerrat als beschlußfassende Behörde, in dem alle Mitglieder in wichtigen Fragen das Veto-Recht besitzen.
- Das Neun-Mann-Kommissariat, das über die Ausführung der Beschlüsse wachen soll.
- 43 projektierte Divisionen (14 für Frankreich, je 12 für Deutschland und Italien, 5 für Benelux).
Was der Ministerrat beschließen und das Kommissariat durchführen soll, ist unklar. Denn es gibt weder ein gemeinsames Budget, noch ein Beschlußrecht des Ministerrates über die Rüstungen der einzelnen Länder. Die Truppen sollen sowieso dem NATO-Hauptquartier Eisenhowers unterstellt werden. Keine Übernationalität.
Für die fünf NATO-Mitglieder dieses immer noch frei als "Europa-Armee" bezeichneten Projekts hat sich nichts geändert. Sie behalten ihre absolut nationale Vertretung innerhalb der NATO. Ministerrat und Kommissariat bestehen somit lediglich zu dem Zweck, als Befehlsübermittlung zwischen NATO und Deutschland zu fungieren. Robert Schuman nannte das großzügig "indirekte NATO-Mitgliedschaft". Darüber hinaus sollen Deutsche auch als Verbindungsleute von der "Europa-Armee" in Eisenhowers Hauptquartier entsandt werden.
Aber immerhin erlaubt diese Organisationsform eine nationale deutsche Rekrutierung und Aufrüstung, nur eben nicht unter dem Namen "Armee der Bundesrepublik", sondern als "Deutsches Kontingent, Europa-Armee". Das wollte Frankreich - außer Deutschlands NATO-Mitgliedschaft - geradezu verhindern.
Wie aber soll die Bundesrepublik kontrolliert werden (nachdem die Kontrollen via Europa-Armee am Benelux-Widerstand gescheitert sind), wenn es doch noch zu einem deutschen Wehrbeitrag kommen sollte? Da war noch der "Generalvertrag zur Ablösung des Besatzungsstatuts", der - wie Adenauer immer wieder versichert - die "Gleichberechtigung" für die Bundesrepublik bringen soll. Der Preis für diesen Vertrag ist der Wehrbeitrag. Seit September 1951 ringt Adenauer höflich, aber zäh mit den Hochkommissaren um einen neuen Status für die Bundesrepublik, mit dem er sich vor dem Bundestag sehen lassen könnte.
Englands Eden und Schuman entschlossen sich letzte Woche in Paris, ihre Hochkommissare auf Kontrollklauseln bestehen zu lassen, die Frankreich im Rahmen der Europa-Armee nicht erreichen konnte. Es waren schlechte Nachrichten für den Kanzler:
- England und Frankreich dringen darauf, daß die deutsche Aufrüstung von den drei Westalliierten überwacht wird. Die deutsche Waffenproduktion soll unter ständige alliierte Überwachung gestellt werden.
- England und Frankreich fordern, daß Deutschland auch unter dem Generalvertrag Besatzungskosten für die britischen und französischen "Schutztruppen" zahlt.
Diese beiden Bedingungen allein würden die Annahme des Generalvertrages durch den Kanzler unmöglich machen.<<
Stalin schlug den 3 Westmächten am 10. März 1952 Grundzüge eines Friedensvertrages mit Deutschland vor (x149/156): >>Deutschland wird als einheitlicher Staat wiederhergestellt. Damit wird der Spaltung Deutschlands ein Ende gemacht, und das geeinte Deutschland gewinnt die Möglichkeit, sich als unabhängiger, demokratischer, friedliebender Staat zu entwik-

keln. ...
Deutschland verpflichtet sich, keinerlei Koalitionen oder Militärbündnisse einzugehen, die sich gegen irgendeinen Staat richten, der mit seinen Streitkräften am Krieg gegen Deutschland teilgenommen hat. ...
Es wird Deutschland gestattet sein, eigene nationale Streitkräfte ... zu besitzen, die für die Verteidigung des Lands notwendig sind. ...<<
Der deutsche Historiker Alexander Demandt berichtete später über die Stalin-Note von 1952 (x283/239-241): >>... Stalins Angebot weckte in Deutschland große Hoffnungen. Es fand verbreitete Zustimmung, zumal bei der SPD. In diesem Sinne empfahl auch Ernst Reuter, auf das Angebot behutsam einzugehen.
Anders dachte der frankophile (franzosenfreundliche) Adenauer, der 1923 die Lostrennung des Rheinlandes von Preußen betrieben hatte.
Berlin wäre nach Stalins Plan 1952 wieder Hauptstadt geworden. Bei den avisierten gesamtdeutschen Wahlen war mit einem Sieg der Sozialdemokraten zu rechnen, und überhaupt schien dem Kanzler wohl ein Zuwachs an Preußen und Protestanten unsympathisch.
Gleichwohl verleugnete Adenauer das Ziel einer Wiedervereinigung nicht geradewegs, verstand sich dazu aber erst nach erfolgter Westbindung der Bundesrepublik und einer Umwälzung in Osteuropa. Damit war er seiner Zeit allzu weit voraus. Zunächst wollte Adenauer verhindern, daß seine Politik in Gefahr geriet, was Stalin in aller Offenheit bezweckte. Denn der Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft stand unmittelbar vor dem Abschluß.
Es wurde dann jedoch nicht durch Moskau, sondern – eine Ironie der Geschichte – durch Paris torpediert. Erst drei Jahre später erfolgte der Beitritt der Bundesrepublik zur NATO.
Adressat der Stalin-Note war nicht Adenauer. Seine Meinung fiel nicht wesentlich ins Gewicht. Gefragt waren die Westmächte. ...
Eine Verhandlung über die Stalin-Note wurde von Washington keineswegs offen abgelehnt, aber auf Druck von Paris, London und Bonn bewußt an Bedingungen gebunden, die für Stalin unannehmbar waren, nämlich an die vorab eingeräumten Möglichkeiten einer Revision der Oder-Neiße-Grenze und eines Beitritts Gesamtdeutschlands zur NATO. Damit war die Chance verspielt, festzustellen, ob Stalins Angebot gutwillig war.
Wäre die von ihm entworfene Lösung zustande gekommen, so hätte sich der wirtschaftliche Aufschwung Westdeutschlands verzögert, aber es hätte sich auch das unendliche Leid erübrigt, das in den Folgejahren das SED-Regime verschuldet und die fortdauernde Teilung Deutschlands mit sich gebracht hat. Das, was schließlich 1990 mühsam errungen wurde, wäre bereits 1952 erreicht gewesen.
Um diese schmerzhafte Konsequenz einer versäumten Gelegenheit zu vermeiden, empfahl sich der Ausweg, zu bestreiten, daß eine solche Gelegenheit tatsächlich bestand, und die Stalin-Note für bloßes Störfeuer, für Bluff zu erklären. Da der Westen sich aber weigerte, dies durch Verhandlung aller Welt vor Augen zu führen, so kann das nur aus der Besorgnis erklärt werden, daß Stalin es am Ende doch ernst meinte. Aber man wollte das von Moskau vorgesehene Resultat nicht. Daher erübrigte sich der Test, ob Stalin wirklich bereit gewesen wäre, die DDR aufzugeben.
Die neuere Aktenlage zeigt, daß Stalins Vorstoß nur ein propagandistisches Manöver war. ...<<
Der deutsche Historiker Alfred Schickel (1933-2015) berichtete später in der Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" vom 23. März 2002 über die "Die Stalin-Note" (x887/...): >>**Moskaus gescheiterter Störversuch**
Die Aufregung bei den Westmächten war groß und die Besorgnis im Bonner Kanzleramt spürbar, als am 10. März 1952 die Nachricht aus Moskau einging, daß die Sowjetregierung

einen Friedensvertragsentwurf für Deutschland vorgelegt habe und eine Viererkonferenz darüber vorschlage.
Tatsächlich hatte an diesem Tag der stellvertretende Außenminister der UdSSR, Andrej Gromyko, den diplomatischen Vertretern Englands, Frankreichs und der USA eine Note und ein Memorandum übergeben. Darin regte die Regierung der Sowjetunion die Einberufung einer "Konferenz der vier Großmächte über die Ausarbeitung eines deutschen Friedensvertrages" an und schrieb wörtlich:
"Um die Vorbereitung des Entwurfs eines Friedensvertrages zu erleichtern, legt die Sowjetunion ihrerseits den Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten von Amerika den beigefügten Entwurf für die Grundlagen eines Friedensvertrages mit Deutschland zur Prüfung vor."
Zugleich erklärte sich Moskau bereit, "auch andere eventuelle Vorschläge zu dieser Frage zu prüfen".
Und was die Aufregung im Westen letztlich auslöste: "Die Regierung der UdSSR rechnet damit, in kürzester Frist eine Antwort auf den oben erwähnten Vorschlag zu erhalten".
Der Kreml suchte also, den Westen unter Zugzwang zu setzen und machte seinen Druck geschickt propagandistisch plausibel, als er im beigefügten "Grundriß zu einem Friedensvertrag mit Deutschland" feststellte:
"Seit Beendigung des Krieges mit Deutschland sind fast sieben Jahre vergangen. Jedoch hat Deutschland immer noch keinen Friedensvertrag. Es ist gespalten und befindet sich gegenüber anderen Staaten in einer nicht gleichberechtigten Situation. Diesem unnormalen Zustand muß ein Ende gemacht werden."
Worte, denen niemand widersprechen konnte und die in den Ohren der national bewußten Deutschen wie Musik klingen mußten, wie man auch diesseits und jenseits der Zonengrenze gern zur Kenntnis nahm, daß nach Meinung Moskaus "der Friedensvertrag unter unmittelbarer Beteiligung Deutschlands, vertreten durch eine gesamtdeutsche Regierung, ausgearbeitet werden" müsse. Eine demütigende Aussperrung von den Verhandlungen, wie sie Deutschland 1919 in Versailles widerfuhr, sollte es nicht geben.
Diese wohlberechneten Schmeicheltöne sollten besonders national-konservative Kreise in Westdeutschland für den Vorschlag des Kremls einnehmen und Adenauers eingeleitete Westintegrationspolitik stören. Entsprechend beunruhigt war man im Bonner Kanzleramt über die möglichen psychologischen Auswirkungen der Moskauer Wiedervereinigungsinitiative auf die Stimmung in der westdeutschen Bevölkerung.
Starke politische Kräfte gaben damals immer noch dem Streben nach nationaler Einheit den Vorzug vor einer Westbindung. Die gerade in jenem Jahre 1952 stattfindenden Olympischen Winterspiele in Oslo und Sommerspiele in Helsinki dokumentierten durch die Teilnahme einer gesamtdeutschen Olympiamannschaft noch zusätzlich diesen Einheitswillen und konnten in dieser Tendenz von Moskau für seine Zwecke eingesetzt werden. Alles dieses erfüllte Kanzler Adenauer mit Sorge.
Über die Beibehaltung einer gemeinsamen deutschen Olympiamannschaft hinaus bereitete ihm die augenscheinlich "konzertierte Aktion" zwischen den Ost-Berliner Kommunisten und dem Kreml ungleich größeres Kopfzerbrechen.
Der als "Stalin-Note" in die Geschichte eingegangenen Deutschland-Initiative Moskaus war nämlich ein Ersuchen der DDR-Regierung in Ost-Berlin an die vier Hauptsiegermächte vorausgegangen. Darin wurden die Regierungen in London, Moskau, Paris und Washington gebeten, "den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland zu beschleunigen", worauf die Sowjetführung mit der Versicherung geantwortet hatte, "alles, was möglich ist, zu tun, um den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und die Wiederherstellung der Einheit des deutschen Staates zu beschleunigen". Schon knapp drei Wochen später, am 10. März 1952,

übergab dann Gromyko den drei westlichen Vertretern in Moskau die erwähnte Note mit dem beigefügten Memorandum.
Der vorgelegte Friedensvertragsentwurf enthielt neben diskutablen und annehmbaren Punkten wie die Wiederherstellung der deutschen Einheit, den Abzug der Besatzungstruppen und die Errichtung einer eigenen Wehrhoheit auch Auflagen wie die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als endgültige deutsche Ostgrenze und die Neutralisierung Gesamtdeutschlands, Vorbedingungen, von denen der Kreml wissen mußte, daß sie vom Westen und von der Bonner Regierung schwerlich angenommen werden würden und deren Nennung die ganze sowjetische Deutschland-Initiative in den Verdacht brachte, nichts anderes zu bezwecken, als die sich gerade vollziehende Westintegration der Bundesrepublik zu verhindern.
Adenauer war es bekanntlich gelungen, den drei westlichen Besatzungsmächten gegen die Zusage eines deutschen Wehrbeitrags große Zugeständnisse wie die Beendigung ihrer Oberherrschaft in Westdeutschland und die Mitgliedschaft in internationalen Einrichtungen und Organisationen zu erreichen. Dabei nahm die Teilnahme am westeuropäischen Einigungsprozeß absoluten Vorrang ein und innerhalb diesem wiederum die Verständigung mit Frankreich. Als Zeitzeuge der leidvollen Auseinandersetzungen des 20. Jahrhunderts wußte der deutsche Kanzler, daß am Anfang einer europäischen Einigung die endgültige Beendigung der sogenannten Erbfeindschaft zwischen Deutschland und Frankreich stehen mußte.
Um dieses Ziel zu erreichen, nutzte er alle sich bietenden Möglichkeiten und Gelegenheiten und begriff selbst Nachteile als Chancen wie etwa die Teilung Deutschlands, mit der er den wiederholt von deutscher Stärke sich bedroht fühlenden Franzosen die Furcht vor einer gegenseitigen Annäherung nahm oder die weitgehend fehlende Souveränität der Bundesrepublik, die es ihm erleichterte, seine deutschen Landsleute für die Zustimmung zur Übertragung von Hoheitsrechten auf übernationale Institutionen wie die Hohe Behörde der Montan-Union zu gewinnen.
Westlichen Nachbarn wie eigenen Landsleuten wußte er, unpopuläre Entscheidungen wie das Ja zur Aufstellung einer westdeutschen Armee mit der sich augenscheinlich verstärkenden Bedrohung durch die Sowjetunion plausibel zu machen. Der Ausbruch des Koreakrieges gab Adenauers besorgter Beurteilung, daß "die Lage noch nie so ernst" gewesen sei, ein hohes Maß an Glaubwürdigkeit.
Scharfsichtig erkannte der deutsche Kanzler auch die große Bedeutung der handelnden Personen in der Politik und ihrer gegenseitigen Wertschätzung. So fand er für seine Verständigungspolitik gegenüber Frankreich im französischen Außenminister Robert Schumann einen gleichgesinnten Partner und konnte mit ihm die deutsch-französische Annäherung ein gutes Stück voranbringen; wie er im Übrigen auch im italienischen Ministerpräsidenten Alcide de Gasperi einen ebenso überzeugten Mitstreiter für ein vereinigtes Europa hatte.
Daß er sich mit dem einst reichsdeutschen Rechtsanwalt aus Elsaß-Lothringen und dem ehemals österreichischen Korporal aus Südtirol auf Deutsch unterhalten konnte, empfand der nicht allzu polyglotte frühere Kölner Oberbürgermeister als eine zusätzliche Ermunterung zu weiteren Gemeinsamkeiten.
All' das stand in den Augen des Kanzlers der Bundesrepublik Konrad Adenauer jedoch zur Disposition, wenn die Moskauer "Friedensvertrags-Initiative" ihre erhoffte Resonanz im Westen finden würde. Da kam es ihm zupaß, daß die deutschen Heimatvertriebenen entschieden gegen die in der Moskauer Note geforderte Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als endgültige deutsche Ostgrenze Stellung nahmen und vor einem "unbedachten Entgegenkommen des Westens" warnten.
Entsprechend geschlossen standen sie hinter Adenauers Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser, der am 12. März 1952 in einer Rundfunkansprache zum einschlägigen Punkt im sowjetischen Friedensvertrags-Entwurf erklärte: "… Nur eines muß gesagt werden:

Deutschland kann auf unbestreitbar deutsche Gebiete nicht Verzicht leisten. Wir haben ja schließlich auch die klare Bestätigung der Westmächte, daß in Potsdam keine endgültigen Beschlüsse über die künftigen Grenzen gefaßt wurden."
Dem widersprach erwartungsgemäß die DDR-Regierung in Ost-Berlin. In einer Regierungserklärung vor der Volkskammer führte dazu Ministerpräsident Otto Grotewohl (SED) am 14. März 1952 aus: "Die im Entwurf der Sowjetregierung vorgeschlagene Regelung der territorialen Fragen auf der Grundlage der Potsdamer Beschlüsse stellt die einzige reale Lösung dieser Frage dar. Die Großmächte haben sich im Potsdamer Abkommen über die Grenzen Deutschlands geeinigt. In enger Zusammenarbeit mit der Regierung Polens ist die Oder-Neiße-Grenze zu einer wirklichen Friedensgrenze zwischen Deutschland und Polen geworden. Es wird keiner chauvinistischen Hetze mehr gelingen, das enge Freundschaftsbündnis zwischen dem deutschen und dem polnischen Volk zu trüben."
Worte, die deutsche Heimatvertriebene aus Schlesien, Pommern und Ostpreußen 45 Jahre später inhaltsgleich bekanntlich wieder hören sollten - nur diesmal von Vertretern einer gesamtdeutschen Regierung und nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Ostblocks.
1952 sollte nach den Vorstellungen Moskaus eine gesamtdeutsche Regierung als Vorstufe zur Friedenskonferenz gebildet werden, um sie an den Verhandlungen der Siegermächte zu beteiligen und von ihr die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als endgültige deutsche Ostgrenze bestätigt zu bekommen. Ein Ansinnen, das damals - nicht zuletzt auch auf Betreiben Kanzler Adenauers - abgelehnt wurde, zumal die Sowjetunion die von ihr vorgeschlagene gesamtdeutsche Regierung nicht aus freien Wahlen hervorgehen lassen wollte.
Noch weniger akzeptabel erschien den Westmächten die vom Kreml geforderte Neutralisierung Gesamtdeutschlands. Sie sahen - im Verein mit dem deutschen Bundeskanzler - in einer solchen Festlegung nicht nur eine Bevormundung des deutschen Volkes sondern darüber hinaus auch den durchsichtigen Versuch Moskaus, die sich damals gerade formierende westeuropäische Einigung zu stören.
Die am 18. April 1951 begründete Montan-Union und die am 14. September des selben Jahres ausgesprochene "Billigung eines westdeutschen Wehrbeitrages" durch die drei Westmächte sollten durch die sowjetrussischen Vorschläge in Frage gestellt werden und die in jenen Wochen des März 1952 zur Unterzeichnung anstehenden Verträge "über die Beziehung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Westmächten" sowie die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft im Papierkorb landen. Adenauer betrachtete jedoch diese Verträge als ganz wesentliche Bestandteile seiner Außen- und Deutschland-Politik und wollte sie nicht durch die sowjetischen "Friedensvorschläge" gefährden lassen.
Dem vom Moskauer Kreml vorgetragenen Gedanken, Deutschland eigene nationale Land-, Luft- und Seestreitkräfte zu gestatten, parierte er am 16. März 1952 mit den Worten: "Die in der Sowjetnote vorgeschlagene nationale deutsche Aufrüstung ist in Anbetracht der fortschreitenden Waffentechnik nicht möglich.
Seit 1945 sind in der militärischen Forschung so große Fortschritte gemacht worden, daß Deutschland aus finanziellen und materiellen Gründen allein auf sich gestellt eine nationale Rüstung nicht aufbauen kann", um dann das Grundkonzept seiner Politik mit dem Satz zu beschreiben: "Ziel der deutschen Politik ist nach wie vor, daß der Westen so stark wird, um mit der Sowjetunion zu einem vernünftigen Gespräch zu kommen".
Diese als "Politik der Stärke" in die Geschichte eingegangene außenpolitische Strategie wurde bekanntlich 30 Jahre später von US-Präsident Ronald Reagan gegenüber Michail Gorbatschow neu aufgenommen und von seinem Nachfolger George Bush schließlich zum Erfolg gebracht. Späte Erfüllung einer Vision des "Alten von Bonn", die ohne die Abwehr der Stalin-Note vom März 1952 schwerlich eingetreten wäre.
Die Stalin-Note verursachte einen diplomatischen Schlagabtausch, der bis zum Herbst 1952

dauerte. Er konzentrierte sich immer mehr um die Frage, auf welche Weise eine gesamtdeutsche Regierung zustande kommen sollte. Der Kreml wollte sie aus "Vertretern der Deutschen Demokratischen Republik" und der "Deutschen Bundesrepublik" hervorgehen lassen. Der Westen vertrat dagegen die Meinung, daß sie durch freie gesamtdeutsche Wahlen legitimiert sein sollte und teilte dies der Sowjetregierung in einer gemeinsamen Note Großbritanniens, Frankreichs und der USA am 23. September 1952 mit: "Es kann vor Abhaltung von Wahlen weder eine gesamtdeutsche Regierung gebildet noch Deutschland vereinigt werden."
Und weiter: "Vor der Bildung einer gesamtdeutschen Regierung, die in der Lage ist, frei zu verhandeln, ist es unmöglich, die Bestimmungen eines Friedensvertrages mit Deutschland zu erörtern. Ein Friedensvertrag mit Gesamtdeutschland kann durch eine deutsche Vertretung weder verhandelt noch angenommen werden, die nicht die Regierung Gesamtdeutschlands ist, die ihn durchzuführen hätte."
Doch: "Eine solche Regierung kann nur aus freien Wahlen hervorgehen." Und über deren Definition gingen schließlich die Auffassungen zwischen West und Ost fundamental auseinander. Die Note der Westmächte vom 23. September 1952 machte dies unmißverständlich klar, indem sie darauf bestand, "daß wahrhaft freie Wahlen der Bildung einer gesamtdeutschen Regierung vorausgehen und sie vorbereiten". Denn "die bittere Erfahrung der letzten Jahre hat gezeigt, daß der Ausdruck 'freie Wahlen' in der üblichen Sprache einen und im amtlichen sowjetischen Sprachgebrauch einen anderen Sinn hat. Der Gegensatz zwischen der Vorstellung von freien Wahlen, wie sie in Westdeutschland und wie sie in der Sowjetzone herrscht, ist offensichtlich."
Nach diesen Klarstellungen verlor der Kreml sichtlich jedes weitere Interesse an der Fortsetzung des Notenwechsels, zumal sich der Westen geschlossen zur Weiterführung seiner bisherigen Deutschlandpolitik bekannte und die Bundesrepublik konsequent Schritt für Schritt zur politischen Selbständigkeit führte.
Konrad Adenauer wurde freilich die Sorge über eine mögliche Verständigung der Westmächte mit ihrem einstigen Kriegsverbündeten Rußland über den Kopf Deutschlands hinweg nicht ganz los. Dies dokumentiert ein Brief, den Mitarbeiter der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt (ZFI) in der Eisenhower-Forschungsstätte ('Dwight-D-Eisenhower-Library') in Abilene/Kansas gefunden haben und den der Kanzler am 29. Mai 1953 an den neu gewählten US-amerikanischen Präsidenten geschrieben hatte. Darin setzte er sich gleichermaßen kritisch wie freimütig mit der Haltung Großbritanniens beziehungsweise seines damaligen Premierministers Winston Churchill auseinander.
Ohne diplomatische Schnörkel schrieb Adenauer an den einstigen US-Oberbefehlshaber in Europa und nunmehrigen amerikanischen Staatschef: "Wir werden positive Ergebnisse in der Auseinandersetzung mit Sowjetrußland nur erzielen, wenn wir selbst klar und eindeutig wissen, was wir wollen, und dies auch vor dem Beginn einer Verhandlung mit Sowjetrußland deutlich zum Ausdruck bringen."
Hintergrund seiner Kritik war eine Rede Churchills vor dem britischen Unterhaus am 11. Mai 1953, in welcher der Londoner Premierminister für eine "Konferenz auf höchster Ebene zwischen den führenden Mächten" eingetreten war und dazu wörtlich gemeint hatte:
"Diese Konferenz sollte nicht durch eine gewichtige und rigorose Tagesordnung belastet sein oder zu einem Irrgarten oder Dschungel technischer Details führen, die zelotenhaft von Horden von Experten und Beamten verfochten werden, die in einer weiten und schwerfälligen Schlachtordnung aufgereiht sind. Die Konferenz sollte auf die kleinstmögliche Zahl von Mächten und Personen begrenzt werden. Sie sollte mit einem Maß von Informalität und einem noch größeren Maß von Geheimhaltung in Abgeschiedenheit abgehalten werden."
Dieser mit den Bündnispartnern nicht abgestimmte Vorschlag einer Gipfelkonferenz erinnerte den Kanzler an die überraschende Stalin-Note vom 10. März 1952 und ließ ihn fürchten, daß

die Allianzen von Teheran und Jalta wiederauferstehen und Deutschland isolieren könnten. Von dieser Sorge konnten ihn auch die überaus schmeichelhaften Worte Churchills, er sei "der weiseste Staatsmann seit den Tagen Bismarcks", nicht befreien; vielmehr betonte er in seinem Brief an Eisenhower, "daß die Alliierten keine Regelung der Deutschlandfrage mit den Sowjets treffen sollten, ohne daß die Bundesregierung gehört worden ist und ihre Zustimmung erklärt hat".

Damit nicht genug. Adenauer regte "angesichts der schicksalhaften Bedeutung einer Regelung der Deutschlandfrage für das deutsche Volk und für Europa" Eisenhower gegenüber noch zusätzlich an, vor einem etwaigen Treffen mit den Sowjets eine Konferenz der westlichen und deutschen Außenminister-Stellvertreter abzuhalten, "in welcher eine Übereinstimmung des für die Lösung der Deutschlandfrage auf einer Viererkonferenz einzuschlagenden Weges erzielt werden sollte".

In der begründeten Annahme, daß Präsident Eisenhowers amtierender Außenminister, John Foster Dulles, die Notwendigkeit einer solchen vorherigen gegenseitigen Abstimmung genau so sah, brachte Adenauer seine Überzeugung zum Ausdruck, "daß einer solchen Bitte die Berechtigung nicht versagt werden kann, wenn man an die Aufgaben denkt, die Deutschland innerhalb der westlichen Gemeinschaft gestellt" seien.

Der Kanzler trat also in seiner Intervention bei Präsident Eisenhower keineswegs nur als ergebener Bittsteller auf, sondern nahm auch auffallend selbstbewußt die deutschen Interessen wahr.

Dies um so mehr, als er seiner obigen Feststellung gleich eine zweite Erwartung folgen ließ, nämlich den Vorschlag, daß die Bundesrepublik "am Verhandlungsort einer Viererkonferenz durch eine Persönlichkeit vertreten" sein sollte, "die laufend und in vollem Umfang von den Delegationen der Westmächte über die Verhandlungen unterrichtet wird". Damit wäre in den Augen Adenauers "eine schnelle Abstimmung der Auffassungen gewährleistet".

Um gleich etwaigen Zugeständnissen der Westmächte zu Ungunsten Deutschlands vorzubeugen, fügte der Bundeskanzler seinem Schreiben "eine Skizze von Gedanken und Zielen" bei, "deren Beachtung" ihm "vom deutschen Standpunkt für die Lösung des Deutschlandproblems wesentlich" erschien.

Stalins Tod am 5. März 1953 und die nachfolgenden Turbulenzen in der Moskauer Führungsschicht ließen die Wahrscheinlichkeit einer baldigen Viererkonferenz freilich schnell schwinden - und mit ihr auch Adenauers Sorgen um die Zukunft einer freiheitlich-demokratischen Bundesrepublik. Schließlich sollte diese das Muster für das anzustrebende wiedervereinigte Deutschland bleiben.<<

Die deutsche Bundesregierung begründete am 27. Mai 1952 den Vertrag über die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (x156/80-81): >>... Der erste Anstoß kam aus militärischen Überlegungen.

Die Ereignisse in Korea im Jahre 1950 ließen die Notwendigkeit einer gemeinschaftlichen Organisation der Verteidigung des Westens erkennen. An dieser Verteidigung sollte sich nach allgemeiner Ansicht auch die Bundesrepublik Deutschland beteiligen können. ...

Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft ist ebenso wie die Europäische Montangemeinschaft, eine mit eigenen Hoheitsbefugnissen ausgestattete überstaatliche Gemeinschaft. ...

Der Vertrag regelt nicht, wie frühere Militärbündnisse, Rechte und Pflichten der Staaten zu militärischem Beistand und Zusammenwirken, sondern er schafft auf dem Gebiet der Verteidigung, in ähnlicher Weise, wie es die Montangemeinschaft auf dem Gebiet der Grundstoffindustrie getan hat, ein europäisches Gebilde mit eigenen Organen, eigenen Streitkräften und eigenem Haushalt. ...

Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft zeigt hiernach, ähnlich wie die Montangemeinschaft, starke Ähnlichkeit mit bundesstaatlichen Begriffen und Einrichtungen. Sie ist aufge-

baut auf der unbedingten Gleichstellung aller Mitgliedstaaten, und ihre Normen binden nicht nur die beteiligten Staaten, sondern unmittelbar die Bürger dieser Staaten.
Hierbei greift die Verteidigungsgemeinschaft weit stärker als die Montangemeinschaft in die nationalen Hoheitsrechte ein. Eines der wesentlichsten Hoheitsrechte, das Recht der Selbstverteidigung, geht mit ihrer Errichtung der Ausübung nach auf die Gemeinschaft über. Das wirkt weit über das Militärische hinaus auf die Finanz- und Wirtschaftspolitik. ...<<
Die sechs EGKS-Länder unterzeichneten am 27. Mai 1952 in Paris einen Vertrag zur Errichtung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (Ziel: Integration der jeweiligen Streitkräfte).
Dieser Vertrag scheiterte schließlich an der Ablehnung der französischen Nationalversammlung vom 30. August 1954.
Bundeskanzler Adenauer sprach am 9. Juli 1952 im Bundestag über die geplante Europäische Verteidigungsgemeinschaft (x156/97-98): >>... Auch die Integration Westeuropas, meine Damen und Herren, schreitet fort.
Sie begann mit dem Europarat, sie erhielt den ersten kräftigen Anstoß durch den Abschluß über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, den Schuman-Plan. ... Er wird die Integration Europas in kräftiger Weise fördern. Der Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft wird, wie ich schon ausführte, die Integration Westeuropas ein großes Stück vorwärts bringen.
Leider können wir infolge der gesamten internationalen Lage zur Zeit immer nur von der Integration Westeuropas sprechen. Aber alle diese Pakte, die die Integration fördern, und diejenigen, die noch zu schließen sind, um sie zu vollenden, sehen den Beitrag auch der anderen europäischen Länder vor und werden ihn vorsehen, so daß wir mit Bestimmtheit hoffen können, im Laufe der Zeit zu einer Integration ganz Europas zu kommen.
... Zuruf von der KPD: Bis zum Ural! ...
Lassen Sie mich jetzt noch die Lage der Bundesrepublik infolge der seit 1945 eingetretenen Entwicklung skizzieren.
Die Bundesrepublik steht noch unter Besatzungsstatut. Sie ist unbewaffnet. Sie ist nicht in der Lage, sich zu verteidigen. Sie ist - und darauf lassen sie mich besonders hinweisen - zur Zeit rechtlich gesehen nur Objekt politischer und strategischer Überlegungen. ...
Durch den Einbau in das größte Verteidigungssystem der Geschichte erhalten wir die denkbar größte Sicherheit, und, meine Damen und Herren, wir sind nicht mehr Objekt politischer und strategischer Überlegungen, sondern wir werden Mithandelnde.
... Solange wir besetztes Land sind, solange wir uns nicht in das westliche Verteidigungssystem eingefügt haben, sind wir ein Niemandsland zwischen 2 großen Mächtegruppen. ...
Wenn wir Mithandelnde werden, können wir auch unsere Kraft dafür einsetzen, daß die bestehenden Spannungen zwischen Ost und West auf friedlichem Wege gelöst werden.
Bleiben wir Objekt, so haben wir diese Möglichkeit nicht. ...<<
Der SPD-Abgeordnete Carlo Schmid (1896-1979, 1949-72 Mitglied des Bundestages, 1966-69 Bundesminister) erklärte am 9. Juli 1952 im Bundestag zu den Folgen des geplanten Beitritts in die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (x301/126): >>... Dieser EVG-Vertrag ist in Wirklichkeit die Verpflichtung, die Bundesrepublik unlöslich in ein politisches und militärisches Vertragssystem einzubringen, das die russische Besatzungsmacht, ohne deren Zustimmung wir die Voraussetzungen für die Schaffung der Einheit Deutschlands nicht erfüllen können – ob mit Recht oder Urecht – nun einmal als gegen sich gerichtet betrachtet, und wir übernehmen darin recht präzise Verpflichtungen. ...
Nun kann die Einheit Deutschlands doch nur zustande kommen, wenn die Russen – ja, auch die Russen – mit gesamtdeutschen freien Wahlen einverstanden sind. Und glaubt man denn, daß sie dazu bereit sein werden, wenn von vornherein feststehen soll, daß der Teil Deutsch-

lands, den sie aufgeben, aufgrund einer heute geschaffenen vertraglichen Verpflichtung einem Block zugeschlagen werden soll, den dieses Rußland nun einmal als feindlich empfindet? ...
Wir können uns dagegen nicht mit den Worten trösten, daß wir durch diese Verträge nunmehr zusammen mit dem Westen so stark werden, daß wir mit den Russen endlich die Sprache sprechen können, die sie allein verstehen. Glaubt man denn wirklich, mit diesen Verträgen die Russen zur politischen Kapitulation zwingen zu können? ...
Sie sagen: Wir machen durch die Verträge uns und den Westen stark, und nur, wenn wir den Westen stark machen -, kann man den Russen gegenüber eine offensive Deutschland-Politik betreiben, denn sie verstehen nur die Sprache der Macht.
Dazu sagen wir Ihnen: Die Macht, die wir dazu brauchten, schaffen diese Verträge nicht. Keiner unserer Partner ist durch diese Verträge zu konkreten politischen Maßnahmen für die Einheit Deutschlands verpflichtet. Jeder einzelne bleibt in jedem einzelnen Falle Herr seiner Entscheidung. ...
Es sollte das vornehmste Nahziel unserer Politik sein, auf die Abhaltung einer Viermächtekonferenz hinzuwirken, auf der der Osten und der Westen klipp und klar zum Ausdruck bringen sollen, wie man sich dort, wo man noch Geschichte machen kann, die Lösung unserer Schicksalsfrage vorstellt und welche Voraussetzungen von der einen oder von der anderen Seite für das Verständnis verlangt werden.
Einen anderen Weg gibt es schlechthin nicht!<<
Herbert Wehner (SPD-Abgeordneter) sprach am 10. Juli 1952 im Bundestag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (x156/102-105): >>... Die vom Herrn Bundeskanzler geführte Politik der sog. Integration ist nicht identisch mit der von der Sozialdemokratischen Partei geforderten Politik der Zusammenarbeit der Nationen auf der Grundlage der Gleichberechtigung.
Wenn es richtig ist, daß alle Parteien die Wiedervereinigung als Ziel der deutschen Politik wollen, so muß es auch möglich sein, über die Wege zur Erreichung dieses Zieles ernsthaft zu diskutieren. ...
Denn diejenigen Kräfte des Auslandes, die es vorziehen, ein geteiltes Deutschland zu haben, haben leichteres Spiel, wenn die deutschen Parteien in der fundamentalen Frage der deutschen Politik fundamentale Gegensätze auszutragen haben. ...
Es drängt sich einfach die Frage auf: Was wäre, wenn der Herr Bundeskanzler den Bemühungen um die Wiederherstellung der deutschen Einheit mindestens soviel Kraft und Zeit geopfert hätte wie seinen Bemühungen um die sog. Integration? ...
Die deutsche Politik läuft Gefahr, daß die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands an so viele weltpolitische Voraussetzungen geknüpft wird, so vielen weltpolitischen Fragen untergeordnet und zum Gegenstand nationalegoistischer Erwägungen fremder Mächte gemacht wird, daß eine Regelung mit friedlichen Mitteln aus dem Bereich des Möglichen herausrücken könnte.
... Die westlichen Vertragspartner erlangen durch die Verträge in Wirklichkeit ein ausgesprochenes Vetorecht gegen die Wiedervereinigung Deutschlands.
(Zuruf von der SPD: "Sehr richtig!")
Der Bundeskanzler hat keinerlei Sicherheit dagegen, daß z.B. die französische Politik die Verträge dem französisch-russischen Pakt von 1944 unterordnet. Schon jetzt machen sich doch Tendenzen bemerkbar, mit Sowjetrußland auf der Grundlage der Teilung Deutschlands zu paktieren.
Bei den Verhandlungen im Senat der Vereinigten Staaten wurde übrigens ausdrücklich darauf hingewiesen, und zwar vom amerikanischen Außenminister, daß in der Frage der Wiedervereinigung "Frankreichs traditionelle Furcht" durch die Verträge verkleinert worden sei.
Es wird sich bald herausstellen, daß von allen vertragsschließenden Partnern nur die Bundes-

republik wirklich gebunden ist. ...
Aufrichtiger wäre es - ich sage das freimütig -, wenn die Befürworter der Verträge sagten: Jawohl, wir geben zu, für eine geraume Zeit müssen wir die Wiedervereinigung zurückstellen, aber wir haben dafür die und die Begründung. Denn das ist ja der Tatbestand, den Sie mit Kopfschütteln oder mit Ihren Wünschen nicht aus der Welt schaffen können!
Die Bundesrepublik unterwirft sich damit in dieser ihrer Lebensfrage einer Strategie, auf deren Ausgestaltung sie ohne Einfluß ist, die aber für die deutschen Lebensinteressen entscheidend ist. ...
Aus Besatzungsfesseln werden Bündnisfesseln, und es ist mehr als fraglich, wie diese Bündnisfesseln, die unter dem Übergewicht der Besatzungsmächte geschmiedet worden sind, bei unseren Bemühungen um die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit und mit friedlichen Mitteln fördern statt hemmen sollen. ...
Nach der mehr oder weniger offen ausgesprochenen Ansicht westlicher Vertragspartner und ihrer Publikumsorgane und nach ihren Interessen ist unter Umständen das Fortbestehen der Teilung Deutschlands das "kleinere Übel". ...
... Wiedervereinigung bedeutet die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der Deutschen in den 4 Zonen und Berlin ohne Zonenunterschiede. ...
Die Bundesregierung wird ersucht, den Besatzungsmächten förmlich mitzuteilen, Bundestag und Bundesregierung erwarten, daß die Regierungen der 4 Besatzungsmächte so bald wie möglich in Verhandlungen über die Wiedervereinigung Deutschlands durch freie Wahlen eintreten. ...<<
In der Schlußakte der "Londoner Neun-Mächte-Konferenz" (28. September bis 3. Oktober 1954) wurde die Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland in das westliche Verteidigungssystem bestätigt (x156/81): >>... II. Brüsseler Vertrag ...
a) Die Bundesrepublik Deutschland und Italien werden aufgefordert werden, dem Vertrag beizutreten, der in geeigneter Weise geändert wird, um dem Ziel der europäischen Einheit Nachdruck zu verleihen; die beiden Staaten haben sich zu diesem Beitritt bereit erklärt. Das System der gegenseitigen automatischen Beistandsleistung im Angriffsfalle wird damit auf die Bundesrepublik Deutschland und Italien ausgedehnt. ...
Der Umfang und die allgemeine Beschaffenheit des deutschen Verteidigungsbeitrags werden dem für die EVG festgesetzten Beitrag entsprechen. ...
Der Bundeskanzler erklärt, daß sich die Bundesrepublik verpflichtet, auf ihrem Gebiet keine Atomwaffen, chemische Waffen oder biologische Waffen herzustellen. ...<<
Bundeskanzler Adenauer verpflichtete sich ferner in der "Londoner Erklärung", die Wiedervereinigung Deutschlands oder Änderung der gegenwärtigen Grenzen niemals mit gewaltsamen Mitteln herbeizuführen (x125/94-95).
Bundeskanzler Konrad Adenauer schrieb am 4. Oktober 1954 an den britischen Premierminister Churchill (x095/177): >>... Auf der Neunmächtekonferenz in London ist die so stark gefährdete Einheit der westlichen Welt wiederhergestellt worden.
Für die Bundesrepublik bedeutet diese Konferenz zugleich einen entscheidenden Schritt vorwärts auf dem Wege zur Wiederherstellung ihrer Souveränität und ihrer Aufnahme in die beiden großen Vertragssysteme der westlichen Welt, den Pakt von Brüssel und die nordatlantische Organisation.
Damit wird, sobald die Verträge ratifiziert sind, die Bundesrepublik Deutschland ihren Platz als ein gleichverpflichteter und gleichberechtigter Partner innerhalb der freien Welt finden. ...<
Bundeskanzler Adenauer unterrichtete den Bundestag am 5. Oktober 1954 über den Abschluß der "Londoner Neun-Mächte-Konferenz" (x156/82-83): >>... Es wird in aller Deutlichkeit klargestellt werden können, daß die Bundesrepublik die volle Macht eines souveränen Staates

über ihre inneren und äußeren Angelegenheiten haben wird. Die Notstandsklausel entfällt. ... Ein neuer Truppenvertrag nach dem Modell des NATO-Truppenstatus wird ausgehandelt werden, um den Truppenvertrag des Bonner Vertragswerks abzulösen.
Auf finanziellem Gebiet ist es gelungen, zu einer Gesamtvereinbarung zu kommen, die das Auslaufen des Besatzungskostenrechts, die Stationierungsverhältnisse während der Interimszeit und gewisse Finanzfragen für die Zeit nach dem NATO-Eintritt regelt. Die Bundesrepublik wird schnell auch finanziell den Status aller übrigen NATO-Staaten erhalten. Es ist Sorge getragen, daß über alle Verpflichtungen neu verhandelt wird, wenn der Eintritt in die NATO nicht bis zum 30. Juni 1955 vollzogen sein sollte. ...
Das Ergebnis von London erfüllt uns mit Genugtuung und Hoffnung. Die Tatsache, daß unsere Außenpolitik eine Zeit schwerer Erschütterungen überwinden konnte, scheint mir ein sicherer Beweis zu sein, daß ihre Grundkonzeption richtig war und ist. Ich halte es für notwendig, daß wir uns in dieser Stunde noch einmal vergegenwärtigen, welche Ziele unser außenpolitisches Handeln in den letzten Jahren bestimmt haben.
Als die Bundesregierung ihre Arbeit aufnahm, ergaben sich folgende zentrale Probleme:
1. Die Herstellung der Unabhängigkeit und Selbstbestimmung der Bundesrepublik.
2. Die Wiedervereinigung Deutschlands.
3. Der Zusammenschluß des freien Europas und die Eingliederung Deutschlands in die europäische Gemeinschaft. ...
... Der europäische Gedanke hat unser nationales Leben tiefgehend und in der glücklichsten Weise beeinflußt. Die Deutschen haben dem reaktionären Nationalismus abgesagt. Sie haben in vielen Wahlen die extremen politischen Auffassungen zur Bedeutungslosigkeit verurteilt. Das deutsche Volk ist auch der Bundesregierung gefolgt, als sie sich mit aller Kraft für das Zustandekommen der EVG eingesetzt hat. ...
Ich wiederhole deshalb die Erklärung, die ich den 9 Mächten gegenüber abgegeben habe, daß die Bundesregierung bereit ist, ihre Streitkräfte in eine integrierte europäische Organisation zu überführen, sobald eine solche geschaffen wird. ...<<
Obwohl Stalin im Jahre 1952 die Rückgabe der deutschen Ostgebiete im Tausch gegen eine deutsche Neutralität und Nichteintritt in die NATO angeboten hatte, wurde die Bundesrepublik Deutschland am 9. Mai 1955 Mitglied der Nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft. Die geplante deutsche Bundeswehr wurde danach in die NATO-Strukturen integriert und die Bundesrepublik Deutschland erklärte sich damals bereit, auf die Entwicklung von ABC-Waffen zu verzichten.
Für die Mitgliedschaft in der Nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft entfiel im Jahre 1955 angeblich das Besatzungsstatut und die Bundesrepublik Deutschland sollte endlich die zugesagte Souveränität und fast alle Hoheitsrechte erhalten. Tatsächlich blieben jedoch weiterhin wesentliche Befugnisse und Vorbehaltsrechte des Besatzungsstatutes der alliierten Siegermächte bestehen.
Die Staaten des Sowjetblocks (UdSSR, Albanien, Bulgarien, CSR, Polen, Rumänien und Ungarn, zu denen als 8. Staat die DDR gehörte) schlossen am 14. Mai 1955 in Warschau den Warschauer Beistandspakt bzw. ein Militärbündnis gegen die Abwehrbemühungen der nichtkommunistischen Staaten Europas und unterstellten sich dem Oberbefehl des Sowjetmarschalls Konjew.
Die Mitgliedstaaten des Warschauer Paktes beschlossen am 25. Februar 1991 in Budapest die Auflösung des Militärbündnisses (Ende des sog. "Kalten Krieges").
Die Bundeswehr begann am 2. Januar 1956 ihren Dienst.
Der Fahneneid der Bundeswehr lautete wie folgt (x243/211): >>... Ich gelobe der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen.<<

Am 18.1.1956 wurde in der Volkskammer das "Gesetz über die Schaffung der NVA und des Ministeriums für Nationale Verteidigung" verabschiedet.
Der Fahneneid der Nationalen Volksarmee (NVA) lautete wie folgt (x243/211): >>Ich schwöre: Der Deutschen Demokratischen Republik, meinem Vaterland, allzeit treu zu dienen und sie auf Befehl der Arbeiter- und Bauernregierung gegen jeden Feind zu schützen.
Ich schwöre: An der Seite der Sowjetarmee und der Armeen der mit uns verbündeten sozialistischen Länder als Soldat jederzeit bereit zu sein ...
Ich schwöre: ... Sollte ich jemals diesen meinen feierlichen Fahneneid verletzen, so möge mich die harte Strafe der Gesetze unserer Republik und die Verachtung des werktätigen Volkes treffen.<<
Während der Wiedervereinigungsverhandlungen Mittel- und Westdeutschlands im Jahre 1990 setzten die USA schließlich die Verlängerung der NATO-Mitgliedschaft der Bundesrepublik Deutschland durch.
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 13. April 1995: >>**Russischer General warnt vor Weltkrieg**
Eine Erweiterung der NATO nach Osten würde nach Überzeugung des russischen Generals Alexander Lebed zum Dritten Weltkrieg führen.
Lebed sagte am Mittwoch in einem Gespräch mit der tschechischen Zeitung "Lidove noviny", die westliche Militärallianz sei eine große Gefahr für Rußland. Ihre Erweiterung auf Reformstaaten wie Polen und Tschechien würde den Beginn des Dritten Weltkrieges bedeuten. Nach seiner Ansicht würde "selbstverständlich" die NATO diesen Krieg auslösen. "Das beginnt bereits damit, wenn sich ihre Streitkräfte unseren Grenzen nähern", sagte der in Rußland zu den populärsten Militärs zählende General. ...<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 21. März 1996: >>**NATO hält an Osterweiterung fest**
... Rußland kann die Osterweiterung der NATO nach Auffassung ihres Generalsekretärs Javier Solana nicht verhindern. ...
US-Außenminister Christopher versicherte am Mittwoch in Prag vor Vertretern von 12 östlichen Reformstaaten in einem Vortrag: "Wir lassen Sie nicht auf unbestimmte Zeit im Wartesaal der NATO sitzen."
Die USA seien entschlossen, den Weg der Erweiterung des westlichen Verteidigungsbündnisses zu beschreiten.
Mit Rußland werde es keine Verhandlungen über das Thema Nato-Osterweiterung geben. Allerdings müsse auf Moskau Rücksicht genommen werden.<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 8. Juli 1997 über die NATO-Erweiterung: >>**Teures Vergnügen**
Auf ihrer heute beginnenden Gipfelkonferenz werden die Staats- und Regierungschefs der NATO-Staaten die Ausdehnung des westlichen Bündnisses nach Osten als großen Erfolg feiern. ... Im amerikanischen Senat sind die Kosten der NATO-Osterweiterung ausgiebig diskutiert worden, in Deutschland sind sie merkwürdigerweise praktisch unbeachtet geblieben. Dabei handelt es sich um einen Brocken. In einer Ausarbeitung der amerikanischen Regierung sind sie auf 35 bis 60 Milliarden DM geschätzt worden.
Bei der augenblicklichen Finanzklemme in sämtlichen Mitgliedsländern ist das ein gewaltiger Betrag. Bei aller Freude, die der bevorstehende Beschluß von Madrid bei den neuen Mitgliedern auslösen wird – es ist ein teures Vergnügen. ...
Die Notwendigkeit dieser Geldausgaben scheint niemand zu bestreiten. Aber schon jetzt ist abzusehen, daß dem feierlichen Beschluß alsbald ein unfeierliches Gerangel folgen wird, wer denn dies alles bezahlen soll. Polen, Tschechien und Ungarn werden dazu am allerwenigsten imstande sein. Die drei hoffen auf Hilfe der Amerikaner und Westeuropäer. ...

Soweit bekannt ist, hat nur Amerika kluge Vorsorge getroffen. Die Amerikaner haben im Bündnis verkündet, sie fühlten sich bloß verpflichtet, sich an der Verbesserung der Kommunikationsmittel zu beteiligen. Das bedeutet für sie, daß sie nur sehr geringe Kosten zu tragen haben ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 9. Juli 1997: >>**NATO macht Ungarn, Polen und Tschechien zu neuen Mitgliedern**

Ungarn, Polen und Tschechien werden als erste Staaten des ehemaligen Ostblocks in die NATO aufgenommen. Darauf einigten sich die Vertreter des Bündnisses am Dienstag in Madrid.

US-Präsident Clinton verteidigte die Entscheidung der Allianz als "riesigen Schritt für eine friedliches Europa".<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 27. September 1997: >>**Deutsche zahlen halbe Milliarde**

... Wenn Polen, Ungarn und die Tschechische Republik in die NATO eintreten, kommen auf Deutschland in den nächsten 10 Jahren mindestens eine halbe Milliarde Mark an Kosten zu. Diesen Betrag, berechnet vom NATO-Stab in Brüssel, hat das Bundesfinanzministerium in einem vertrauten Schreiben an den Haushaltsausschuß des Bundestages genannt.

In amerikanischen Studien werden Summen genannt, die um das 10fache höher sind. ... Sind diese Berechnungen korrekt, dann müßte Deutschland jedes Jahr die halbe Milliarde aufbringen, die der NATO-Stab jetzt für 10 Jahre angesetzt hat. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 13. März 1999: >>**NATO nimmt drei neue Mitglieder auf ...**

Rußland bekräftigte seine ablehnende Einschätzung. Außen- und Verteidigungsministerium in Moskau bezeichneten die Erweiterung am Freitag erneut als schweren historischen Fehler. Das Außenministerium warnte, ... die Osterweiterung könne zum Aufbrechen neuer Trennungslinien führen. ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 13. März 1999: >>**Scharping: Gewinn für Deutschland**

Bundesverteidigungsminister Rudolf Scharping sieht im NATO-Beitritt von Polen, Tschechien und Ungarn einen Gewinn für Deutschland.

Die Bundesrepublik stehe damit vor einer "historisch einmaligen Situation, nämlich zum ersten Mal nur von Freunden und Partnern umgeben zu sein", sagte er der in Berlin erscheinenden Tageszeitung "Die Welt".

Zugleich wies Scharping Bedenken Rußlands zurück: "Die NATO-Erweiterung richtet sich gegen niemand. Sie ist Export von Sicherheit und Stabilität."

Die Erweiterung werde verknüpft mit einer sehr engen Kooperation mit Rußland: "Insgesamt wird die Lage in Europa sicherer."<<

Die Tageszeitung "Berliner Zeitung" berichtete am 14. April 2014: >>**Rußland und Deutschland: Es geht nicht um die Krim**

Rolf Hochhuth

Genau so, als hätte Kalifornien einst dem Warschauer Pakt beitreten wollen, muß heute umgekehrt auf Rußland die Einladung des Westens an die Ukraine wirken, der EU, ja sogar der Nato beizutreten. Das wird westlich der Weichsel so ungern gehört, wie es unerfreulich wahr ist. Daß ausgerechnet Deutschland sich seit Beginn der 90er-Jahre von den USA vorspannen läßt bei deren Bemühen, ihre Einflußmacht bis zur Trennung der Moskau-Russen von denen der Kiew-Russen zu treiben, ist insofern unentschuldbar, als bekanntlich wir Deutschen es gewesen sind, die sich von ihrem Braunauer und späteren Auschwitzer zum Amoklauf nach Stalingrad haben benutzen lassen.

Wobei man ehrlicherweise hinzufügen sollte - ich war erst zehn, als der begann, konnte aber die Generation meiner Eltern schon ziemlich genau beobachten -, daß es keinesfalls Hitler

allein war, der allen Ernstes geglaubt hat, es könne, mit einem noch völlig ungeschlagenen Großbritannien samt seinem Churchill im Rücken, glücken, Rußland zu besiegen: Wir können uns heute keine Vorstellung mehr davon machen, die Jahrgänger meiner Kinder und Enkel schon gar nicht mehr, wie der "Siegeszug" über Frankreich in nur sechs Wochen, die ganze Nation um Maß und Verstand gebracht hatte!

In der Regel die Russen unterschätzt

Das ist mit uns Deutschen besonders leicht anzustellen: "Kein Augenmaß", urteilte hellsichtig Bismarck über den Twen Wilhelm der Letzte, der ihn drei Wochen vor seinem 75. Geburtstag hinauswarf. Viele Deutsche leben mit diesem Mangel: Hitlers Stabschef Halder, der im Vorjahr binnen sechs Wochen, ab 10. Mai bis Mitte Juni, durch Frankreich bis zur Kanalküste gepanzert war, schrieb 14 Tage nach Beginn von Hitlers Überfall auf seinen getreuen Rohstoff-Lieferanten Stalin, es sei nicht zu viel gesagt, stelle man fest, daß "der russische Feldzug in drei Wochen gewonnen" worden sei: So hatte der deutsche Generalstab auch nicht für nötig gehalten, den Soldaten Handschuhe nach Rußland mitzugeben. ...

Nur an solchen Einzelheiten, die in psychiatrische Krankenblätter gehören, ist heute noch annähernd abzulesen - die so sich nennenden Historiker halten es meist für unter ihrer Würde, derartige Albernheiten zu berichten - wie Deutsche nicht ausnahmsweise, sondern in der Regel die Russen unterschätzt haben!

Mit zwei Ausnahmen: Friedrich der Große und Bismarck. Der König, in seinem Testament, hat allen Nachfolgern verboten, mit den "Barbaren im Osten" Händel anzufangen, da man ihnen "den Schaden, den die einem zufügen können, niemals heimzahlen kann"!

Und Bismarck - "Ich habe in das Auge des Bären gesehen" sagte er, einst Botschafter in Petersburg, noch angstvoll im Alter -, konnte erst ruhig schlafen, als er seinen "Geheimen Rückversicherungs-Vertrag mit Petersburg" schriftlich hatte: Die beiderseitige Garantie, ihre Staaten blieben "wohlwollend neutral", werde einer von ihnen in Konflikt mit einer Großmacht verwickelt.

Doch der Kaiser lehnte wenige Wochen nach Bismarcks Sturz ab - diesen Vertrag zu verlängern, mit dem kleinstkariert-idiotischen "Argument", das Geheimrat Holstein ihm eingeredet hatte: Der Vertrag sei amoralisch, nämlich Ehebruch, Bigamie - da er vor Wien geheim gehalten werden mußte. ...

Groteske Pointe

Man glaubt dies alles nicht mehr, so albern-verjährt ist das heute! Doch durchaus geblieben ist die deutsche Instinktlosigkeit, den USA zu parieren, wenn die ihre Interessen vertreten, die niemals die unseren sein können. Einfach deshalb nicht, weil die Russen unsere allernächsten Nachbarn sind, nicht aber die Amerikas. Und weil nicht USA-Truppen vor 70 Jahren zur Krim stiefelten, sondern deutsche. Stalin sagte damals trostlos zu Churchill, weil die Invasion der Briten und Amerikaner in Frankreich drei Jahre auf sich warten ließ: "Die Rote Armee verliert am Tag 10.000 Mann!"

Ein Beispiel noch, fast schon überflüssig: Welcher Deutsche hätte welches "Recht", sich einzumischen, wenn Putin darauf besteht, Rußlands einziger eisfreier Hafen - bevor Stalin, nach Ende des Hitlerkrieges, Königsberg behielt -, müsse weiterhin Rußland gehören wie seit Jahrhunderten?

Man frage sich: Wie würden die Russen Putin aburteilen, wenn er die Krim der Ukraine überließe - ausgerechnet in dem Moment, in dem die Ukrainer sich bemühen, ebenso in die Nato aufgenommen zu werden wie schon das Baltikum! Würde Putin nicht geradezu die Sicherheit Rußlands aufs Spiel setzen?

Groteske Pointe: Eine Deutsche war es, Sophie von Anhalt-Zerbst, später von den Russen als ihre Katharina die Große vergöttert - und so heißt sie noch heute dort -, die der Großmacht Türkei die Krim abgekämpft hatte. Und erst der Ukrainer Chruschtschow hatte die Krim der

Ukraine vor 60 Jahren zugeschlagen!
Übrigens sind diese ganzen zum Konflikt aufgebauschten Stänkereien nichts als das Ergebnis von immer glück-verdummender Problemlosigkeit, die ziemlich oft schon zu Kriegen geführt hat, nach der Erfahrung von Shakespeare, der in seinem Drama über den Trojanischen Krieg schreibt: "Allzu langer Friede führet zum Streit." Denn in beiden Weltkriegen empfanden Russen und Ukrainer sich als das, was sie seit 1.000 Jahren sind, als Brudervölker, die ihr gemeinsames Vaterland gegen Deutsche, Österreicher und Türken verteidigten.
Helmut Schmidt, noch mit 94 der klügste BRD-Politiker, hat durchschaut, was in Wahrheit gespielt wird: Nicht um die Krim geht es momentan, diese Insel ist nur der sichtbarste Ausdruck dessen, was seit Jahrzehnten von der westeuropäischen Vormundschaftsbehörde Pentagon angezielt wird: "Die Idee, die Ukraine und Georgien in die Nato aufzunehmen, stammt aus den USA. Nach den Reden einiger amerikanischer Zeitungen sind dafür menschenrechtliche Gesichtspunkte ausschlaggebend, ... aber es sind imperiale Motive, die dahinterstehen.
Wir Deutschen haben angesichts unserer Geschichte im 20. Jahrhundert gute Gründe, mit eigener Beteiligung an militärischen Interventionen zurückhaltend zu sein. Bisweilen hört man, wir müßten uns aus Solidarität im Nato-Bündnis an militärischen Interventionen beteiligen. Das Argument paßt besser in die Nibelungensage als in die heutige Wirklichkeit. Denn das nordatlantische Bündnis war und ist ein Verteidigungsbündnis, nicht etwa ein Bündnis zur Umgestaltung der Welt."
Bismarck würde sich im Grabe umdrehen, wenn er wüßte, was Europäer sich hier von den Amerikanern aufbürden lassen.
Doch die USA können trotzdem ruhig schlafen: Sie wissen ja, was wir Europäer, mit denen sie seit dem Kalten Krieg Blinde Kuh spielen, erst vor zwei Jahren erfahren haben. Und was sie sogar dem allertreuesten ihrer Partner, Konrad Adenauer, stets verschwiegen haben:
Daß Kreml und Weißes Haus seit 1952 ein Geheimabkommen haben, demzufolge, sollte doch der Kalte Krieg in einen heißen ausarten, garantiert in Rußland und Amerika keine Fensterscheibe kaputtgeht, sondern "lediglich" Polen und Germany weggemacht werden: Der ungeheuerlichste Verrat an einem Verbündeten, von dem je erfahren hat, wer noch Geschichte liest. ...
Doch verraten - man hüte sich vor jedem, der einem dankbar sein muß - haben vor allem wir Deutschen wieder einmal die Russen!
So mußte Michail Gorbatschow gegenüber dem Bild-Chefredakteur Kai Diekmann resümieren, und damit ist hier hoffentlich genug gesagt, was uns Deutsche endlich zur kritischen Selbstbefragung hinsichtlich unserer noch andauernden Betrugspolitik gegen Rußland anregen sollte. Gorbatschow sagte: "Kohl, US-Außenminister James Baker und andere sicherten mir zu, daß die Nato sich keinen Zentimeter nach Osten bewegen würde. Daran haben sich die Amerikaner nicht gehalten, und den Deutschen war es gleichgültig. Vielleicht haben sie sich sogar die Hände gerieben, wie toll man die Russen über den Tisch gezogen hat. Was hat es gebracht? Nur, daß die Russen westlichen Versprechungen nun nicht mehr trauen."
Kanzler Kohl hatte sein Versprechen an Herrn Gorbatschow sogar unter Zeugen mit "Ehrenwort" bekräftigt.
Der Dramatiker Rolf Hochhuth lebt in Berlin. …<<
Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" berichtete am 10. Januar 2015 über mögliche Folgen der NATO-Osterweiterung: >>**Gorbatschow warnt vor einem großen Krieg in Europa und erhebt schwere Vorwürfe gegen Putin, Deutschland und Amerika**
Michail Gorbatschow warnt vor einem großen Krieg in Europa wegen der Ukraine.
"Ein solcher Krieg würde heute wohl unweigerlich in einen Atomkrieg münden. Wenn angesichts dieser angeheizten Stimmung einer die Nerven verliert, werden wir die nächsten Jahre nicht überleben", erklärte der Friedensnobelpreisträger gegenüber dem SPIEGEL. "Ich sage so

etwas nicht leichtfertig. Ich mache mir wirklich allergrößte Sorgen."
Angesichts eines "katastrophalen Vertrauensverlustes" zwischen Rußland und dem Westen forderte er dazu auf, die Beziehungen zu "enteisen", und wandte sich gegen Versuche, Rußland zu isolieren, und gegen westliche Wirtschaftssanktionen.
"Es war auch falsch, Rußland aus der G8 auszuschließen. Das erinnert an Blutrache und führt ins Nichts", sagte Gorbatschow.
In scharfen Worten kritisierte er die deutsche Ukraine-Politik. "Das neue Deutschland will sich überall einmischen. In Deutschland möchten anscheinend viele bei der neuen Teilung Europas mitmachen", sagte er.
"Deutschland hat im Zweiten Weltkrieg schon einmal versucht, seinen Machtbereich nach Osten zu erweitern. Welche Lektion braucht es noch?"
Als "saudumm und höchst gefährlich" bezeichnete der letzte Staatschef der Sowjetunion Gedankenspiele im Westen, Putin zu stürzen.
Amerika und der Nato warf Gorbatschow vor, die europäische Sicherheitsstruktur durch die Erweiterung des westlichen Verteidigungsbündnisses zerstört zu haben.
"Kein Kremlchef kann so etwas ignorieren", sagte er, Amerika habe leider angefangen, ein Mega-Imperium zu errichten.
Gorbatschow verteidigte Putins Annexion der Krim, kritisierte aber Putins autoritären Führungsstil. "Wir brauchen freie Wahlen und die Teilnahme der Menschen am politischen Prozeß", sagte er.
"Es ist schlicht nicht in Ordnung, wenn jemand wie der Anti-Korruptions-Blogger und Politiker Alexej Nawalny unter Hausarrest gestellt wird, nur weil er den Mund aufgemacht hat."<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 3. September 2015: >>**Von Hiroshima zu Euroshima**
Die USA wollen auch auf unserem Kontinent wieder nuklear aufrüsten: Wie in den 1980er Jahren wird die Stationierung von Marschflugkörpern geplant. …
Was die Öffentlichkeit kaum zur Kenntnis nimmt: Der Einsatz von Massenvernichtungswaffen gegen Rußland wird bereits geprobt! Zum Beispiel im Manöver Steadfast Noon im Oktober 2014: Kampfflugzeuge aus sieben NATO-Staaten starteten von der Luftwaffenbasis Ghedi Torre in Norditalien, wo etwa 20 US-Atombomben gebunkert sind. Getestet wurde die sogenannte nukleare Teilhabe: Trägerstaaten aus Staaten wie der Bundesrepublik, die selbst auf Massenvernichtungswaffen verzichtet haben, werden im Ernstfall mit US-Nuklearsprengköpfen bestückt. …
In einer aktuellen Studie fordert das regierungsnahe Polish Institute for International Affairs einen "radikalen Wechsel im bürokratischen NATO-Herangehen in Bezug auf Atomwaffen". Die NATO solle nicht nur insgeheim den Atomwaffeneinsatz üben - genannt wird die Beteiligung von strategischen B-52-Bombern am Ostsee-Manöver Baltops im Juni 2015 -, sondern das auch offensiv kommunizieren. Um eine "atomare Botschaft" an Moskau zu schicken, sollten in solche Testläufe "so viele Alliierte wie möglich" einbezogen werden.
Parallel will das Pentagon "implizit - wenn auch nicht explizit erklärt - die Fähigkeit von US-Atomwaffen verbessern, militärische Ziele auf russischem Territorium zu zerstören". Genau dazu dürften die neuen Cruise Missiles in Europa dienen. Man bedenke: Es geht hier um "preemptive strikes", also um "vorbeugende Schläge", noch bevor Rußland NATO-Territorium attackiert hat, also um einen Angriffskrieg mit Atomwaffen! Aber das paßt ja zur Aussage von General Joseph Dunford, ab September 2015 Nachfolger von Dempsey im US-Oberkommando, der die "Atommacht Rußland … für gefährlicher als die Terrormiliz Islamischer Staat hält". …<<
Die "Neue Rheinische Zeitung-ONLINE" veröffentlichte am 27. April 2016 ein Interview mit dem deutschen Dramatiker Rolf Hochhuth: >>**Krieg und Frieden**

Zum Erscheinen des Buches "Ausstieg aus der NATO – oder Finis Germaniae"
"Wir Deutschen, willenlose Satelliten des Pentagons"
Am 31. März 2016 ist ein ungewöhnliches Buch erschienen. Autor ist Rolf Hochhuth. Es trägt den Titel: "Ausstieg aus der NATO – oder Finis Germaniae". …

"Wir sind keine souveräne Macht" - "Wir sind Entmündigte"

Herr Hochhuth, Sie nennen Ihr Buch "Ausstieg aus der Nato oder Finis Germaniae". Was meinen Sie damit?

Ich meine damit, daß die Amerikaner sehr bald ihren geplanten Krieg gegen Rußland anfangen und wir Deutschen dann vernichtet werden - als stärkstes europäisches Kontingent der Nato, als willenloser Satellit des Pentagons. Ich habe ein ganzes Buch geschrieben, um das zu belegen. Daß ich nicht in Panik rede, sondern aufgrund von Fakten panisch bin, möchte ich an folgenden Beispielen zeigen. Warum führt die Nato einhundert Meter, nicht Kilometer, vor der russischen Grenze, in Narwa, Estland eine Militärparade durch? …

Mein Hauptzeuge ist Altbundeskanzler Helmut Schmidt, der vierzehn Tage vor seinem Tode mit höchster Beunruhigung gesagt hat, hört endlich mit dem Unfug der Sanktionen auf. Auch Frau Merkel will das natürlich nicht. Aber wir sind Entmündigte. Das Kabinett hat einen ehrlichen Menschen, den Minister Schäuble, der fatalistisch gesagt hat: "Wir müssen uns eben daran gewöhnen, wir sind keine souveräne Macht." …<<

Schlußbemerkungen: Angesichts der aggressiven Osteuropapolitik der NATO sollte die Bundesrepublik Deutschland umgehend die Neutralität bzw. Bündnisfreiheit - nach dem Vorbild Finnlands, Österreichs, Schwedens und der Schweiz - anstreben.

Falls das US-Imperium den vermutlich bereits geplanten Krieg gegen Rußland beginnt, werden die Russen sicherlich zuerst die US-Atomwaffenstützpunkte in Deutschland angreifen und vernichten.

Die Tageszeitung "Berliner Zeitung" berichtete am 14. April 2014 über ein US-Geheimabkommen mit der UdSSR: >>**Rußland und Deutschland: Es geht nicht um die Krim**

Rolf Hochhuth

… Helmut Schmidt, noch mit 94 der klügste BRD-Politiker, hat durchschaut, was in Wahrheit gespielt wird: Nicht um die Krim geht es momentan, diese Insel ist nur der sichtbarste Ausdruck dessen, was seit Jahrzehnten von der westeuropäischen Vormundschaftsbehörde Pentagon angezielt wird: "Die Idee, die Ukraine und Georgien in die Nato aufzunehmen, stammt aus den USA. Nach den Reden einiger amerikanischer Zeitungen sind dafür menschenrechtliche Gesichtspunkte ausschlaggebend, ... aber es sind imperiale Motive, die dahinterstehen.

Wir Deutschen haben angesichts unserer Geschichte im 20. Jahrhundert gute Gründe, mit eigener Beteiligung an militärischen Interventionen zurückhaltend zu sein. Bisweilen hört man, wir müßten uns aus Solidarität im Nato-Bündnis an militärischen Interventionen beteiligen. Das Argument paßt besser in die Nibelungensage als in die heutige Wirklichkeit. Denn das nordatlantische Bündnis war und ist ein Verteidigungsbündnis, nicht etwa ein Bündnis zur Umgestaltung der Welt."

Bismarck würde sich im Grabe umdrehen, wenn er wüßte, was Europäer sich hier von den Amerikanern aufbürden lassen.

Doch die USA können trotzdem ruhig schlafen: Sie wissen ja, was wir Europäer, mit denen sie seit dem Kalten Krieg Blinde Kuh spielen, erst vor zwei Jahren erfahren haben. Und was sie sogar dem allertreuesten ihrer Partner, Konrad Adenauer, stets verschwiegen haben: Daß Kreml und Weißes Haus seit 1952 ein Geheimabkommen haben, demzufolge, sollte doch der Kalte Krieg in einen heißen ausarten, garantiert in Rußland und Amerika keine Fensterscheibe kaputtgeht, sondern "lediglich" Polen und Germany weggemacht werden: Der ungeheuerlichste Verrat an einem Verbündeten, von dem je erfahren hat, wer noch Geschichte liest. ...<<

Der NWO-Moloch "Europäische Union" (EU), Teil 1

> Wenn Menschen gottlos werden, sind ... die Lügen grenzenlos, ... die Aufklärung hirnlos.
> *Antoine de Saint Exupery, eigentlich Marie Roger Comte (1900-1944, französischer Schriftsteller)*

In Rom wurden am 25. März 1957 die zeitlich unbegrenzten Verträge über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ("EWG") und die Europäische Atomgemeinschaft ("EURATOM") unterzeichnet.
Innerhalb von 12 Jahren sollten in den 6 Gründerstaaten der EWG (Frankreich, Deutschland, Italien, Belgien, Holland und Luxemburg) die Binnenzölle und Handelsschranken abgebaut und ein gemeinsamer Markt mit einheitlichen Außenzöllen entstehen, um eine gemeinsame Wirtschaftpolitik, eine Zollunion, eine harmonische Entwicklung der Gemeinschaft, Wachstum und Wohlstand sowie die Angleichung des Lebensstandards in den Mitgliedstaaten zu realisieren.

Das deutsche "Wirtschaftswunder"
Zweckmäßige Wirtschaftspolitik ("soziale Marktwirtschaft"), Arbeitseifer und Unternehmungslust der Deutschen förderten den wirtschaftlichen Aufschwung (sog. "Wirtschaftswunder"). Die Industrieproduktion stieg von 1950-1958 um rd. 177 %. Ende 1958 besaß die Bundesrepublik Deutschland bereits wieder Devisen in Höhe von 25,2 Milliarden DM, während die gesamten Schulden nur noch 22,3 Milliarden DM betrugen (x069/215).
Der deutsche Journalist Diether Stolze schrieb im Jahre 1962 über den Wirtschaftsaufschwung der fünfziger Jahre in der Bundesrepublik Deutschland (x128/220-221): >>... Die Industriepolitik in der Bundesrepublik ist in den letzten 11 Jahren, von 1950 bis 1961, um nicht weniger als 164 % gestiegen. Mit anderen Worten: die deutsche Industrie produziert gegenwärtig mehr als zweieinhalbmal soviel Waren als vor 11 Jahren. Dabei ist 1950 ein sehr gutes Vergleichsjahr: die Produktion in der Bundesrepublik hatte damals bereits wieder den Vorkriegsstand von 1936/37 erreicht.
Noch augenfälliger sind die Exporterfolge der Bundesrepublik. Seit 1952 erzielt die deutsche Wirtschaft jedes Jahr einen Exportüberschuß, der 1961 die Rekordhöhe von 7 Milliarden Mark erreicht. Im letzten Jahr wurden in Westdeutschland erzeugte Waren im Wert von über 50 Milliarden Mark auf dem Weltmarkt abgesetzt – nur noch die Vereinigten Staaten mit ihrer dreimal größeren Bevölkerungszahl erzielten ein höheres Exportergebnis. Allein die deutsche Autoindustrie konnte für 5 Milliarden Mark Wagen im Ausland verkaufen, weit mehr als das "klassische" Autoexportland USA.
Das Volkseinkommen in der Bundesrepublik, das 1950 rund 75 Milliarden Mark betragen hatte, stieg im Jahre 1961 auf 230 Milliarden Mark.
Vielleicht am eindrucksvollsten sind die Ziffern des Wohnungsbaus, weil hier die Erinnerung an die schweren Zerstörungen noch lebendig ist. In den Jahren nach dem Krieg kamen Fachleute zu dem Urteil, daß der Wiederaufbau der zerstörten Häuser und Wohnungen mindestens 30 Jahre, wahrscheinlich aber 40 Jahre in Anspruch nehmen werde.
Tatsächlich dauerte er aber noch nicht einmal 10 Jahre – und obwohl wir heute noch immer über Wohnungsnot klagen, gibt es in der Bundesrepublik bereits viel mehr Wohnungen als vor dem Krieg.
In Zahlen: seit 1950 wurden mehr als 100 Milliarden Mark in den Wohnungsbau investiert, davon über 50 Milliarden Mark als Zuschüsse des Staates und der Gemeinden.
Etwa 20 Millionen Menschen konnten in Wohnungen einziehen, die in den letzten 11 Jahren errichtet wurden – mehr als ein Drittel der Bürger der Bundesrepublik wohnt also in Neubauten. In der Bundesrepublik gibt es heute über 15 Millionen Wohnungen, rund 40 % mehr als

vor dem Krieg.
So hat die Bundesrepublik, was die wirtschaftlichen Zahlen betrifft, Großbritannien, Frankreich, Italien und alle anderen westeuropäischen Industriestaaten hinter sich gelassen.
... Die westeuropäische Wirtschaft hatte also in den vergangenen Jahren ein Expansionstempo aufzuweisen, daß nahezu doppelt so groß war wie das der USA und noch erheblich größer als das Rußlands.
Am deutlichsten wird der wirtschaftliche Aufstieg der Bundesrepublik wohl, wenn man die Entwicklung der Industrieproduktion betrachtet. Die Expansion war zeitweise so stürmisch wie in keinem anderen Land der Welt: Innerhalb der letzten 10 Jahre erhöhte sich die industrielle Produktion der westdeutschen Industrie um nicht weniger als 150 %.
Sinnbild der industriellen Macht Deutschlands in den Jahren zwischen den Kriegen war der Konzern der IG-Farben-Industrie, neben DuPont das größte Chemieunternehmen der Welt. Auf Befehl der Alliierten wurde die IG nach dem Krieg in einige kleinere Unternehmen aufgespalten. Und die Folge dieser Entwicklung? Jede der drei großen Nachfolgegesellschaften erzielt heute einen Umsatz, der größer ist als der Gesamtumsatz des alten Konzerns. ...<<
Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred M. de Zayas schrieb später über das "deutsche Wirtschaftswunder" (x028/157): >>... Das hochgerühmte "Wirtschaftswunder", ermöglicht durch den Zustrom des Dollars, gründete auch zum andern Teil auf die vielen ausgebildeten Arbeiter, die vorher ohne Beschäftigung gewesen waren. Zwei wichtige Ziele wurden mit einem Schlag erreicht: die schnelle wirtschaftliche Erholung und die Integration von Millionen Vertriebenen.
Wenn auch die meisten Vertriebenen aus vorwiegend landwirtschaftlichen Gebieten kamen, darf nicht übersehen werden, daß dort auch beachtliche Industrien zu Hause waren und daß viele Vertriebene entsprechendes Fachkönnen und Fachkenntnisse mitbrachten. ...<<
Der deutsch-amerikanische Historiker und Autor Frank Fabian berichtete später über das "deutsche Wirtschaftswunder" (x313/386-387): >>Die Bundesrepublik Deutschland nahm nach dem Zweiten Weltkrieg einen unglaublichen wirtschaftlichen Aufschwung, den Gegner wie Freunde nur mit ungläubigen Augen verfolgen konnten.
Die Wirtschaft faßte relativ früh wieder Tritt. Deutsche Ingenieure und deutsche Wissenschaftler legten sich ins Zeug. In kürzester Zeit verfügte Deutschland schon wieder über eine der besten Infrastrukturen Europas. Das flächenmäßig kleine Land im Herzen Europas hatte in der Vergangenheit zahlreiche blitzgescheite Köpfe hervorgebracht; das gereichte Deutschland jetzt zum Vorteil. Nahezu in jedem Fachgebiet und jeder Wirtschaft fand sich nun erneut ein berühmter Name deutscher Herkunft.
Die Industrie zog an und erlangte binnen weniger Jahrzehnte wieder Weltbedeutung – denken wir nur an die Elektro-Industrie, den Maschinenbau oder an die deutschen Autos. Der Export boomte.
Die Statistiken schrieben eine fast ungebrochene Erfolgsgeschichte. "Schon zwischen 1948 und 1952 stieg die deutsche Industrieproduktion um 110 Prozent und das reale Bruttoinlandsprodukt um 67 Prozent." Die Stahlproduktion, 1946 praktisch nicht existent, entwickelte sich zur größten Europas mit über 34 Millionen Tonnen im Jahre 1960.
Ähnliche märchenhafte Expansionsraten erreichten andere wichtige Industriezweige. Das Bruttoinlandsprodukt liest sich in dürren Zahlen wie folgt:
1952 = 32 Milliarden Dollar,
1962 = 89 Milliarden Dollar,
1979 = 600 Milliarden Dollar,
2000 = über 1.000 Milliarden Dollar.
Im Jahre 1960 betrug das verfügbare Pro-Kopf-Einkommen in Deutschland 1.186 Dollar – in den Vereinigten Staaten zu diesem Zeitpunkt 2.491 Dollar. 1970 aber sah es bereits folgen-

dermaßen aus:
In der Bundesrepublik Deutschland verdiente man im Durchschnitt 10.837 Dollar, in den USA lediglich 9.595 Dollar. Die Deutschen hatten sogar die "erfolgreichste Nation der Welt" überholt.
Nach kürzester Zeit hatte Deutschland zumindest in wirtschaftlicher Hinsicht wieder eine der führenden Positionen auf dem Globus inne. "Made in Germany" wurde Inbegriff für Präzision und Langlebigkeit – ein Prädikat, mit dem allenfalls die Schweizer Uhren mithalten konnten.<<
Staatspräsident de Gaulle erklärte am 4. Februar 1965 während einer Pressekonferenz zur zukünftigen Europapolitik (x300/219): >>... Europa, Mutter der modernen Zivilisation, muß vom Atlantik bis zum Ural entstehen, um seine gewaltigen Hilfsmittel zu entwickeln und damit es gemeinsam mit Amerika, seiner Tochter, die Rolle spielt, die ihm zukommt, um 2 Mrd. Menschen zu dem dringend benötigten Fortschritt zu verhelfen.<<
Am 8. April 1965 wurde ein Vertrag über die Fusion der Exekutivorgane der drei Europäischen Gemeinschaften - EGKS, EWG und Euratom - unterzeichnet. Aufgrund dieses Fusionsvertrages wurden die Organe von Montanunion, EWG und Euratom zu einem gemeinsamen Rat und einer gemeinsamen Kommission der "Europäischen Gemeinschaften" zusammengeschlossen. Der Fusionsvertrag trat am 1. Juli 1967 in Kraft.
Am 1. Juli 1967 entstand die Europäische Gemeinschaft (EG). Es handelte sich um den Zusammenschluß der Europäischen Vertragsgemeinschaften: Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ("EWG"), Europäische Atomgemeinschaft ("EURATOM") und Montanunion (EGKS).
Der französische Staatspräsident Georges Pompidou erläuterte am 1. März 1971 während einer Pressekonferenz den Aufbau einer Konföderation von europäischen Staaten (x128/281-282): >>... Es kann nur darum gehen, auf dem, was schon vorhanden ist, eine Konföderation von Staaten aufzubauen, die entschlossen sind, ihre Politik zu harmonisieren und ihre Wirtschaft zu integrieren.
Wenn man das Problem so betrachtet, wird man feststellen, daß der Streit um die Supranationalität ein falscher Streit ist. Wenn die europäische Konföderation eines Tages eine Realität ist, wird es sicher auch eine Regierung geben müssen, deren Entscheidungen für alle dazugehörenden Staaten verbindlich sein werden.
Das Problem besteht darin zu wissen, wie, auf welche Weise und unter welcher Form man zu dieser Regierung gelangen wird. Daß man zu ihr gelangt, indem man von technischen Einrichtungen oder von Kommissionen ausgeht, ist eine durch die Tatsachen hinweggefegte Illusion.
...
Es steht für mich fest, daß es an dem Tage, an dem eine echte europäische Regierung zustande kommt, auch ein echtes europäisches Parlament vorhanden sein muß. Dies wirft zahlreiche Fragen auf, und sei es auch nur wegen der unterschiedlichen Meinungen und Gewohnheiten, die in den verschiedenen Ländern der Gemeinschaft in bezug auf die Beziehungen zwischen Regierung und Parlament bestehen.
Bis dahin jedoch erscheinen mir die Spekulationen über die europäische parlamentarische Versammlung vollkommen unnütz. Man kann eine erhebliche Erweiterung dieser Befugnisse nur denken, wenn ihnen eine wirkliche Exekutivgewalt gegenübersteht.<<
Die Regierungen von Großbritannien, Dänemark, Irland und Norwegen schlossen am 22. Januar 1972 Beitrittsverträge mit den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft. Die Beitrittsverträge traten am 1. Januar 1973 in Kraft. Da sich die norwegische Bevölkerung später in einer Volksabstimmung gegen den Beitritt aussprach, wurde Norwegen kein EG-Mitglied.
Die Staats- und Regierungschefs der EG beschlossen am 19./20. Oktober 1972 den weiteren Ausbau der Gemeinschaft zur Europäischen Union und die Verwirklichung der WWU.
Der EG-Rat beschloß am 2. April 1973 die Errichtung eines "Europäischen Fonds für wäh-

rungspolitische Zusammenarbeit".
Die EG unterzeichnete am 14. Mai 1973 ein Freihandelsabkommen mit Norwegen. Das Abkommen trat am 1.7.1973 in Kraft.
Die EG beschloß am 22. Juli 1975 die Errichtung eines Europäischen Rechnungshofes (Sitz: Luxemburg).
Der Europäische Rat beschloß am 6./7. Juli 1978 in Bremen ein Europäisches Währungssystem und die Europäische Währungseinheit ECU.
In der Bundesrepublik Deutschland wurden am 10. Juni 1979 erstmalig Abgeordnete für das Europäische Parlament gewählt. Von den 410 Abgeordneten aus 9 Ländern stellten die Deutschen 81. Das EU-Parlament konnte zwar noch keine Gesetze erlassen, sondern erfüllte nur beratende und kontrollierende Funktionen, beschloß aber bereits den ersten eigenen Haushalt. Die Mitglieder des Europäischen Parlaments wurden seit dem 7. Juni 1979 in allgemeinen und direkten Wahlen alle fünf Jahre gewählt.
In Straßburg fand vom 17.-20. Juli 1979 die erste Tagung des direkt gewählten Europäischen Parlaments statt. Simone Veil wurde zur ersten Präsidentin des Parlaments gewählt.
Am 1. Januar 1981 trat Griechenland als zehntes EG-Mitglied der Europäischen Gemeinschaft bei.
Die Bevölkerung Grönlands stimmte am 23. Februar 1982 in einer Volksbefragung für den EG-Austritt.
Die zehn EG-Mitgliedstaaten beschlossen am 19. Juni 1983, eine Europäische Union zu gründen.
In Maastricht schlossen die Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten am 11. Dezember 1991 einen Vertrag über den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Ausbau zur Europäischen Union mit einer einheitlichen stabilen Währung. Grundlagen der Europäischen Union waren:
1. Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion.
2. Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik.
3. Die polizeiliche und gerichtliche Zusammenarbeit in Strafsachen.
Das völkerrechtlich bindende Abkommen leitete die bisher weitreichendste Reform der EG bzw. EU ein. Großbritannien widersetzte sich damals energisch den EU-Plänen, einen föderalen europäischen Bundesstaat zu errichten.
Am 1. Januar 1993 trat in den 12 EG-Staaten der Europäische Binnenmarkt in Kraft (sog. "vier Freiheiten": freier Verkehr von Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital zwischen den EG-Staaten). Jeder EG-Bürger konnte sich überall im Binnenmarkt niederlassen, sofern er Arbeit oder Vermögen hatte und krankenversichert war.
Der CSU-Europaabgeordnete Otto von Habsburg, von 1982-1999 Abgeordneter im Europäischen Parlament, schrieb am 10. Februar 1993 in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" (x268/204): >>Die größte Belastung für die Arbeit als Europapolitiker sind die allzu zahlreichen deutschen Politiker, die tief gebeugt durch die Gegend schleichen und die Welt ununterbrochen dafür um Verzeihung bitten, daß sie überhaupt leben. ...<<
Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe wies am 12. Oktober 1993 eine Klage gegen den Maastrichter Vertrag ab und bestätigte die Verfassungsmäßigkeit des Vertrages über die Europäische Union, da angeblich keine Einschränkungen der Souveränität entstehen würden. Deutschland bleibe als Nationalstaat frei in seinen Entscheidungen. Es sei aber darauf zu achten, daß Hoheitsakte der EU und weitere Integrationen von den nationalen Parlamenten sanktioniert würden.
Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" berichtete am 18. Oktober 1993 über den Vertrag von Maastricht: >>**Neues vom Turmbau zu Babel**
Die Richter in Karlsruhe hatten eine Aufgabe zu bewältigen, vor die wohl noch kein seriöses

Verfassungsgericht der Welt gestellt war. Ernsthaft konnten sie nicht erwägen, die Verträge von Maastricht in ihrer jetzigen Form abzulehnen und Neuverhandlungen zu verlangen. So bedienten sie sich des üblichen Richtertricks. Sie gaben der Bundesregierung grünes Licht und führten in ihrer 85 Seiten starken Begründung aus, warum sie eigentlich den Klägern hätten recht geben müssen.
Hätte Deutschland als einziges Land die schludrig und inkonsequent ausgehandelten Verträge zu Fall gebracht, wäre dies einer Katastrophe gleichgekommen. Dergleichen durfte man von den Richtern nicht erwarten.
Aber wie kam es dazu, daß die Richter in eine solche Lage gerieten? Weil in der Bundesrepublik bis in die Regierungsspitze hinein nicht ernsthaft über die Probleme, die zu Maastricht führten, diskutiert worden war. Die Wähler mußten arglos gehalten werden.
So billigte die Bundesregierung in Maastricht ein Monstrum, das weder einen Bundesstaat zum Ziel hatte noch einen föderativen Staatenbund. Den Richtern fiel dazu das schöne Wort "Staatenverbund" ein, sie konnten nicht gut, wie Margaret Thatcher, die Definition "künstlich geschaffener Mega-Staat" wählen. Da sie sich selbst bisher etliche Befugnisse zuerkannt hatten, die nicht in die Rubrik höchstrichterliche Selbstbeschränkung fallen, mußte nicht nur jetzt verhandelt werden; es sind weitere Klagen zu erwarten.
Alle Welt stimmt nun darin überein, daß die Regierungen und die Euro-Bürokratie ihre Mittel ausgereizt hätten. Der Bundespräsidentschaftskandidat der Union, Steffen Heitmann, weist darauf hin, daß Europa nicht von oben verordnet werden könne. Künftig müßten die Regierungen vor ihren Wählern genauer begründen und rechtfertigen, warum und mit welchen Zielen sie Hoheitsrechte abgeben wollen.
Aber hier liegt ja der Hase im Pfeffer. Man hat den Deutschen eindeutig zu verstehen gegeben, daß sie es seien, deren Mark man schwächen wolle, indem man sie vergesellschafte. Sogar Präsident Mitterrand hat sich in vornehmer Weise an diesem unlauteren Spiel beteiligt. Hätten er und seine Büchsenspanner das nicht getan, wäre Maastricht schon an dem Referendum der Franzosen gescheitert.
Le Figaro, altberühmte Tageszeitung Frankreichs, verglich Maastricht frohgemut mit dem Versailler Vertrag von 1919, der beträchtlich zum Zweiten Weltkrieg beigetragen hat. So ließ er sich vernehmen:
"Die Gegner von Maastricht fürchten auch, daß die Einheitswährung und die europäische Zentralbank die Überlegenheit der Mark und der Bundesbank festigen würden.
Aber genau das Gegenteil ist der Fall. Wenn der Vertrag angewandt wird, muß Deutschland seine Geldmacht teilen, die es heute gebraucht und mißbraucht, indem es sich die Wiedervereinigung vom Ausland bezahlen läßt."
"Deutschland wird zahlen, sagte man in den zwanziger Jahren. Heute zahlt es: Maastricht, das ist der Versailler Vertrag ohne Krieg."
Diese Argumentation war bei uns nicht werbewirksam. Auch der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber schrieb an Kohl, er halte Maastricht für einen Irrweg.
Obwohl man sich im Kreise der Regierungschefs befriedigt zeigt, machen die Ministerialbeamten säuerliche Gesichter. Zu deutlich haben die Karlsruher Richter die Klippen des Vertrages aufgezeigt. ...<<
Am 1. November 1993 trat der Maastrichter Vertrag über die Europäische Union in Kraft - Gründung der Europäischen Union.
Der deutsche Moraltheologe Johannes Bökmann berichtete im Januar 1994 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 1 – 1994 (x853/...): >>**Der Todesschlaf Europas**
"Europa" ist - ohne große Überlegung - positiv besetzt. Wer ist nicht dafür? Dagegen zu sein, erscheint "unmöglich". Aber was ist Europa, woher kommt es? Was ist aus ihm geworden?

Was kann, was sollte es wieder sein oder werden?
Auf solche naheliegenden Fragen bekommt man - wenn überhaupt - die allerunterschiedlichsten Antworten. Offenbar fehlen sowohl geschichtliche Kenntnisse und von geistigen Gehalten genährtes Interesse und Erinnern wie auch konzeptionelle Vorstellungen und Bewertungsmaßstäbe. Schön frei reisen und "multikulturell" herumschnuppern und abschmecken, scheint doch ziemlich oberflächlich.
Nachdem der Kriegstreiber Roosevelt und der imperialistische Churchill sich Stalin zum Bundesgenossen nahmen, erlaubten sie ihm, sein kolossales Zwangs- und Blut-Imperium bis ins Herz Deutschlands und Europas auszudehnen, mit den hohlen Phrasen der Atlantik-Charta und der heuchlerischen Kreuzzugs-Propaganda im Rücken. Teheran, Jalta, Potsdam waren Verrat an Europa.
Der "kalte Krieg" bescherte, begünstigt durch die Interessen der Großen, befördert durch das Interesse der ehemaligen Komplizen am Niederhalten von Wahrheit, Recht und geistigem Abwehrwillen, jenen Todesschlaf Europas, der noch anhält und der in so makabrem Gegensatz steht zu den völlig geschichtsvergessen "Europa" genießenden Touristen.
Seit der 68er Kulturrevolution hat sich insbesondere die Jugend für den "Osten" - wozu für sie auch der sowjetisch besetzte Teil Deutschlands zählte - kaum interessiert - viel mehr für Rot-Vietnam, Rot-China, Persien, Guatemala, Chile, Südafrika. Auch für viele katholische Abendländer schlug das Herz im "Westen". Die später einsetzende würdelose, rechtsenthobene, Deutschland, Europa und die Völker Mittel- und Osteuropas verratende, konspirative Methoden nicht scheuende Verzichts- und sog. Entspannungspolitik der SPD-Politiker Wehner, Bahr und Brandt tat ein übriges.
"Todesschlaf" kennzeichnet den Zustand. Man könnte auch sagen: geistige Abwesenheit mit gebrochenem Rückgrat - das meint z.B. den anerkannten Bruch und dann den Verzicht auf das Natur- und Völkerrecht als des Fundaments Europas. Auch ideologische Vergiftung wäre eine treffende Charakterisierung, hatte sie doch jene geistig-ethische Lähmung zur Folge, für die grenzenloser Pragmatismus, ein abwärts vorauseilender Gehorsam gegenüber dem Zeitgeist, sowie eine Pervertierung von Recht und Sitte zur totalen Gottlosigkeit unter dem Flitterkleidchen der "Selbstverwirklichung" kennzeichnend sind. Ein mit wirren, illusionär-utopischen oder niedrigrangigen Wunsch-Träumen parasitär durchwirkter und gefährlicher Schlaf zum Tode. ...
Prof. Ivo Höllhuber schreibt:
... Zum politischen Erwachen ist nötig, die Geschichte des letzten halben Jahrhunderts, frei sowohl von politischem Chauvinismus als auch - und dies gilt vor allem für das deutsche Volk - von nationalem Masochismus, gründlich zu revidieren. Erst mit dem Falle des Dogmas von der Alleinschuld des deutschen zur "Verbrecher-Nation" gestempelten Volkes wird auch die künstliche Sandschicht ins Wanken kommen, auf der man vergeblich versuchte, in einem künstlich geteilten Herzen Europas eine zweifelhafte "Vierte Weltmacht" zu errichten. ...<<
Der deutsche Studiendirektor Rudolf Willeke berichtete im Mai 1994 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 5 – 1994 über die "Neue Weltordnung" (x853/...):
>>**EUropa – "das gemeinsame Haus"?**
... Um das "Gemeinsame Haus Europa" herum stehen viele bekannte und weniger bekannte Architekten, Baumeister, Maurer und Handlanger. Zusammen haben sie dieses Projekt der Moderne seit 1944 entworfen, konstruiert und aufgezogen. Jetzt sind die zukünftigen 360 oder 630 Millionen Bewohner freundlich eingeladen, einzuziehen und sich wohnlich darin einzurichten. Aus allen Lautsprechern der Zusteigebahnhöfe schallen die Werbeslogans:
"Wer zu spät kommt", ... "wer jetzt nicht auf den anfahrenden Trans-Europa-Expreß aufspringt, sieht alsbald nur noch zwei rote Schlußleuchten", "nur ganz unverbesserliche Nationalisten wollen nicht zur Endstation Sehnsucht, wollen schon in Berlin 'aussteigen' "der Euro-

TGV Brüssel-Wladiwostok, via Swerdlowsk rollt unaufhaltsam weiter - Richtung Phantasialand."
Der Euro-Bürger schwankt noch zwischen Furcht und Europhorie. Für die einen ist das "Gemeinsame Haus" das idyllische Euro-Dorf im Grünen, der Hort friedlichen Zusammenlebens, Ort gegenseitiger kultureller Bereicherung der verschieden-unterschiedlichsten Mietparteien im Hause und der unumkehrbare Fortschritt zur Großfamilie "aller Menschen guten Willens" in einem Großreich ohne Krieg für die nächsten 100 oder 1.000 Jahre.
Andere sehen in dem … Friedensreich EU vom Atlantik bis zum Ural oder Pazifik den alles einebnenden, egalisierenden und uniformierenden Leviathan, den Prozeß der Irreversibilität, den Expreß ohne Wiederkehr in die Heimat.
Besonders verlockend erscheinen der kaum ins Gewicht fallende Preis für die Fahrkarte und die kontrafaktisch in Aussicht gestellte Wohlstandsmehrung für jeden im "Sanatorium Euro 2000" - Die Wirtschafts-Union kennt nur Chancen und Vorteile für alle, zumindest aber für die Deutschen.
Da die Zeit drängt und der Expreß schon an Geschwindigkeit zunimmt, hat sich eine volkspädagogische Euro-Lyrik und Integrations-Semantik über die Lautsprecheranlagen eingespielt, mit denen Fragen übertönt und Antworten gegeben werden, die nicht erfragt wurden. …

1. Europa wird "christlich" sein?

Die Devise "Europa - christlich", die von den ersten drei Baumeistern Adenauer, de Gasperi und Schuman in den Umlauf gebracht wurde, wird an den Meinungsbörsen der Metropolen nur noch lustlos gehandelt, dementsprechend niedrig ist ihr Kurs. …
Eine Weltreligion soll es werden, die den Weltfrieden garantiert. Plakative Werbung unterscheidet allerdings oft nicht, ob die Trommel für die "Stadt Gottes" oder die "City of Man", für die "Stadt Babylon" oder das "Neue Jerusalem" gerührt wird.
- Das Europa-Parlament, das kein Parlament ist, sondern der "teuerste Gesangverein Europas", hat die Probe aufs christliche Exempel nicht bestanden, als es am 12.3.1990 mit 3/4 Mehrheit (!) einen Entschließungsantrag an alle Mitgliedsstaaten annahm, die Abtreibung bis zum Eintritt der Geburt für "nicht rechtswidrig" oder "nicht strafbar" zu erklären.
- Der Euro-Staat in Errichtung hat bisher weder eine Verfassung mit Menschen-, Grund- und Bürgerrechten noch eine Verfassungsgebende Versammlung der besten Fachleute Europas.
Auch der Maastrichter Vertrag enthält in Art. B "Ziele der Union" keine ideellen, kulturellen oder religiösen Ziele.
- Das "Gemeinsame Haus Europa" - Haus ohne Hausordnung - ist nicht auf christlichem Fundament errichtet, ein Super-Staat ohne Verfassung ist ein monströses Konstrukt ...

2. Europa wird "multikulturell-multinational" sein

... Ob man sie kauft oder anbietet, sie ist da, die gemischte Gesellschaft. Auch der multinationalisierte Staat ist Realität. Die sogenannte doppelte Staatsbürgerschaft macht Ausländer zu Inländern. Seit 1993 leben 7 Mio. Nicht-Deutsche unter 80 Mio. Deutschen und verlangen und erhalten Gruppen-Rechte von ihren Gastgebern gemäß Artikel 20b Grundgesetz, die den Deutschen jegliche Integrationsanstrengungen untersagt.
- Menschen aus 60 (!) Nationen/Kulturen werden in deutschen Haftanstalten "resozialisiert", bevor sie sozialisiert werden konnten. Wer nach Dunkelziffern fragt, ist unhöflich, wer die Vermutung artikuliert, neben den 7 Mio. registrierten könnten noch weitere 7 bis 10 Mio. Ausländer "illegal" bei uns eingewandert sein, wird kurzerhand der "ausländerfeindlichen Gesinnung" verdächtigt und ausgegrenzt. "Überfremdung" war das "Unwort", das negativste, unaussprechlichste Wort des Jahres 1993.
Wo beginnt Überfremdung, bei 7 %, bei 21 % …
- Den einen bedeutet "Multikultur" soviel wie Öffnung, Weite, Modernität, wie gegenseitige Bereicherung durch Austausch von Folklore, Backrezepten, Moden und Lebensformen, wie

schiedlich-friedliches Zusammenleben auf den Etagen und Korridoren des "Gemeinsamen Hauses", jeder nach seiner Fasson, aber in unlimitierter Toleranz und Solidarität gegenüber den Mitmenschen …
- Für Informierte und Wissende hingegen ist "Multikulti" der Code für Auflockerung, Vermischung, Integration der Religionen, Weltanschauungen, Lebenswelten, der Sprachen, Bewußtseinsinhalte, Wertmaßstäbe.
So erklärt z.B. der Träger des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels György Konrad am 13.10.1991 selbstgewiß:
"Der Nationalismus, aggressiv von Grund auf, ist eine Ideologie des Hasses und eine Europäische Krankheit. Der Nationalismus hindert die Menschen Europas, Europäer zu werden. Das Zusammenwachsen zu einer europäischen Nation unter einem Weltrecht, muß das Ziel der gegenwärtigen Nationen sein. Das Europa von Morgen ist nur als eine multikulturelle, multinationale Einheitskonstruktion (!) vorstellbar".
Dieser Appell ist an die Menschen in Deutschland und Europa gerichtet: das Zusammenwachsen muß durch Einheitskonstrukteure beschleunigt und befestigt werden. G. Konrad scheint fest überzeugt, daß seine private Nationalismus-Theorie keine Ideologie und frei ist von Haß. Gegenwärtig können die Nationen Europas ihre Ziele noch selbst bestimmen.
Walther Leisler Kiep, CDU, hält mit G. Konrad jedes Europa für "illusorisch", das an der Oder-Neiße-Grenze endet, das nicht alle Kulturen und Nationen zwischen Atlantik und Pazifik einbezieht und "integriert", ob sie wollen oder nicht. Was nicht zusammenwächst, wird zusammengeschmiedet mit Hilfe des Weltrechts und des ECU.
Bedenkenträger gegen diesen Kulturimperialismus/Internationalismus halten "Multikultur" für eine Absage an die christliche Kultur, an die gemeinsame Kultur Alt-Europas. Lebenswelten, Lebensziele, Lebensführung sind eben kulturabhängig, und zwischen der Kultur der Briten, Franzosen, Italiener und Deutschen bestehen gewisse qualitative Unterschiede zu der der Kosovo-Albaner, Azeris, Tschetschenen, Muslime. Die Überformung und Einebnung dieser Unterschiede führt zum Kulturverfall, nicht zu einer neuen, integriert-angereicherten Kultur.
- Roland Baader "Die Euro-Katastrophe - Für Europas Vielfalt - gegen Brüssels Einfalt", der die lebendige Alltagssprache liebt und vor Verschleierungsdeutsch warnt, sieht in "Multikultur" ein "sozialistisches Zersetzungsinstrument, mit welchem das nihilistisch-emanzipatorische Polit-Gesindel des Westens die europäischen Kulturen je einzeln - und somit auch die "Europäische Kulturnation" als Gesamtheit - auflösen und politisch 'entsorgen' will". … "Multikultur" gefährdet die Offene Gesellschaft, ist "Sprengsatz" für die politische Union Europas …
- Nach Bruno Bandulet "Das Maastricht Dossier - Deutschland auf dem Weg in die dritte Währungsreform" kommt unausweichlich mit der "Multikultur", mit dem "Haus der offenen Tür", mit der Ent-Grenzung des Staates die Multikriminalität, die Explosion der Gewalt, das faktische Zurückweichen des Rechts vor der Gewalt, die Re-Barbarisierung der Gesellschaft ins Gespräch.
- Johannes Rothkranz "Der Vertrag von Maastricht - Endlösung für Europa" hält "Multikultur" für ein Instrument zur Auswechselung des "Volkes" - die rassisch-völkisch-nationale Uniformierung des "Volkes" Pan-Europas stehe auf dem Programm der Bauherren eines konstruktivistischen Europas. Dieses Programm sei in der Charta von Paris für ein neues Europa am 21.1.1990 festgeschrieben. Dabei geht es weniger um das Zusammenwachsen als um das Zusammenschmieden der 12/16 Nationen unter einem "Europa-Recht".
- Vor dieser Illusion und Ideologie "Multikulturalismus" glaubt auch Bassam B. Tibi … die Europäer und Deutschen warnen zu müssen: Multikultur bedeute "Abschied Deutschlands von der europäischen Zivilisation" und Verlust der "kulturellen Identität" der Deutschen. …
- In ähnlich eindeutiger Weise äußert sich auch die Tageszeitung "Israel-Nachrichten", Jerusa-

lem zum Einwanderungsthema:
"Schuld an diesem Problem ist auch das Ausland, das von den Deutschen Dinge verlangt, die in anderen Staaten nicht praktiziert werden. Kein Land hält seine Grenzen schrankenlos offen", und weiter "die deutschen Politiker reagieren weltfremd, heuchlerisch und feige" und schließlich "1993 war auch ein Jahr der großen Angst. Die Unsicherheit im täglichen Leben wächst ständig. Man traut sich nachts nicht mehr aus dem Haus. Soweit hat es dieser Staat mit seiner gefühlsdusseligen (!) Nachsicht gegenüber Rowdies und Gewaltverbrechern gebracht."
Wie gesagt, die von deutschen Juden in Israel herausgegebenen "Israel-Nachrichten", nicht die deutsche "Nationalzeitung" äußern sich so.
Die geschichtlichen Erfahrungen mit … Vielvölker-Unionen, wie z.B. in der Sowjetunion, in den Balkanstaaten und im Libanon, sind unheilsverheißende Zeichen auf der Wand und warnen die Euro-Illusionisten, die Spekulation in die "Aktie EUropa multikultura" weiter anzuheizen. Mit dem Papier könnten die Spekulanten selber abstürzen.
Weltfriedensreiche für 100 oder 1.000 Jahre zu errichten, ist Aufgabe von Propheten, Religionsstiftern und Missionaren. Politiker sollten sich damit bescheiden, die Inflations-, Arbeitslosigkeits-, Kriminalitäts-, Staats- oder Abgabenquote um 2 % zu senken.
Nach Karl Popper, dem Verteidiger der "Offenen Gesellschaft" gegen ihre "Feinde", ist von allen Ideen der Wunsch, die Menschen vollkommen und glücklich zu machen, am gefährlichsten. Der Versuch, den Himmel auf Erden zu verwirklichen, produzierte stets die Hölle. Der aufgeklärt-mündige Bürger setzt sein Vertrauen auf Realpolitik, nicht auf "gefühlsdusselige" Politikabstinenz oder nationalmasochistische Einebnungsbemühungen der gerade Herrschenden. Keiner auf der Welt wird reicher, wenn die Deutschen ärmer gemacht werden, damit der Chimäre Nationalismus keine Hörner wachsen.

3. Europa wird "demokratisch" sein - wie demokratisch wird es sein?

Bundeskanzler H. Kohl, der 1991 die europäische Einigung als das "Herzstück der Politik" seines Kabinetts bezeichnete, konnte sich ein geeintes Europa nur als ein "demokratisches" Europa vorstellen, in dem Demokratie und Rechtsstaat unauflöslich mit der europäischen Idee verbunden bleiben.
Bei Verleihung des Bayerischen Verdienstordens bekräftigte er, daß er keinen Euro-Zentral-Staat wolle: "Dieses Europa wird 'föderal' sein oder es wird nicht sein." Zwei Jahre lang hatte der Bundeskanzler Zeit, den Vertragstext von Maastricht zu lesen und nach "demokratisch-föderalen" Spurenelementen darin zu suchen. Was er den Bayern referierte, gehört in die Rubrik "Mythen, Sagen und Legenden aus dem Brüsseler Schatzkästlein". Der Kanzler selbst hat mit den anderen elf Regierungschefs für die Deutschen den Vertrag von Maastricht ausgehandelt.
Straßburg soll entscheiden, ob Homosexuellen-Duos rechtlich den bürgerlichrechtlichen Ehen gleichgestellt werden.
Brüssel soll entscheiden, welche Krümmung Euro-Bananen- und Gurken, welche Maße der Sitz auf Euro-Treckern und der Euro-Kondom haben müssen/dürfen. Bonner Parlamentarier wollen sich nicht länger mit "Petitessen", sondern mit wirklichen Problemen von Weltmaßstab befassen.
Die Bundestagsfraktion von CDU/CSU plädiert für ein taktisches Zurückweichen von den abschreckenden Begriffen "Bundesstaat" und "Vereinigte Staaten". Das "Ausmaß des Souveränitätsverzichts der nationalen Parlamente", das ist die Einschränkung oder Abschaffung des Selbstbestimmungsrechts der Deutschen durch den Deutschen Bundestag sei nach Maastricht erst noch fraktionsintern (!) und dann im Bundestag festzustellen.
Die Aussagen des Grundgesetzes zum Souveränitätsverzicht Artikel 20 und speziell zur sogenannten Ewigkeitsklausel des Artikel 79 Absatz 3 werden in der CDU/CSU-Fraktion und im Deutschen Bundestag sicherlich mitberücksichtigt, wenn es um Verschleierungs-Taktik geht,

denn noch ist das Bundesverfassungsgericht nicht durch den Europäischen Gerichtshof "entrechtet".
Das Bundesverfassungsgericht hat am 12.10.1993 nicht geprüft, ob durch den Vertrag von Maastricht die Souveränität des Staates Bundesrepublik Deutschland abgeschafft oder nur in rechtlich zulässiger Weise eingeschränkt wurde.
Der Frage, wie "demokratisch" Europa schon ist und nach Maastricht sein wird, sind alle drei Autoren, unterschiedlich argumentierend, nachgegangen.
Die Antwort kann vorweggenommen werden: Europa wird keine gewaltenteilende, machtbegrenzte, herrschaftskontrollierende Demokratie sein. Im Vertrag von Maastricht fehlen (fast) alle Verpflichtungen zur Demokratisierung der Institutionen oder Entscheidungen in Straßburg bzw. Brüssel.
- Roland Baader formuliert hier wiederum erfreulich präzise: Der "Euro-Super-Staat in Errichtung" hat keine Verfassung, alle Tendenzen laufen auf die Struktur eines Bundesstaates hinaus mit "absolutistischer Machtvollkommenheit" der 12/16 Regierungschefs bei gleichzeitiger Entdemokratisierung der 12/16 Mitgliedsstaaten.
Im einzelnen:
Der Minister-Rat wird nicht gewählt, sondern von den 12/16 Mitgliedsstaaten gestellt. Bundeskanzler Kohl entsendet Herrn Kohl und Herrn Waigel in den Minister-Rat. In Bonn gehörten der Kanzler und der Finanzminister zur Exekutive, in Brüssel zur Legislative. Zu legislativen Kompetenzen ist der Minister-Rat demokratisch nicht legitimiert. Die "feierlichen Beschlüsse" entbehren zumeist der Legitimation, in der rechtsstaatlichen Demokratie haben Regierungschefs und Kabinettsmitglieder nichts zu "beschließen", es sei denn, sie beschließen zurückzutreten.
- Die Europäische Kommission als zweites Gesetzgebungsorgan und gleichzeitig als Spitze der EU-Exekutive besteht aus derzeit 17 Kommissaren, die von den 12 EU-Regierungen "ernannt" werden. "Ernennung" ersetzt in der Euro-Demokratie die demokratische Legitimation.
Auf gleich schwachen demokratischen Füßen steht die "Autonomie" der Europäischen Zentralbank und die "Unabhängigkeit" des Europäischen Gerichtshofes. Die Judikative des Euro-Staates - 13 Richter und 6 Generalanwälte - wird von den … nationalen Regierungen "ernannt", nicht von Richterwahlausschüssen gewählt.
Zur "Unabhängigkeit" der Europäischen Zentralbank hat Ministerpräsident Mitterand zu verstehen gegeben, daß die EZB ausführendes Organ der Regierung sein werde, daß er und seine Regierung sich an Artikel 7 des Protokolls über die EZB nicht gebunden fühlen. Frankreich hat eben ein anderes Verhältnis von Demokratie und "Autonomie".
Die … Regierungschefs erscheinen als absolutistische Herrscher mit fast schrankenloser Machtvollkommenheit ausgestattet. Aber auch dieser Eindruck täuscht. Über dem Parlament, das nichts zu sagen hat und über Minister-Rat und Euro-Kommission, die viel zu sagen, aber keine demokratische Legitimation vorzuweisen haben, "thront" als Super-Legislative der Europäische Rat der … Regierungschefs, der zweimal jährlich beschließt, was der Minister-Rat zu beraten und zu beschließen hat.
Der Europäische Rat, so beschreibt es eine Informationsbroschüre 1990, "berät ohne feste Regeln", "locker", in "absoluter Vertraulichkeit" und "ohne förmliches Protokoll", er "unterrichtet" danach das Europa-Parlament über Ergebnisse der Beratung. …

7. Kontinental-Europa wird integraler Bestandteil der "Neuen Weltordnung", der Weltgesellschaft "aller Erdbewohner", des Welt-Einheitsstaates mit einer Welt-Religion unter einer Weltregierung des "Auserwählten Volkes" sein

Diese These vertritt natürlich kein Politiker, sie könnte den Bürger verschrecken und wird deshalb nur in volkspädagogisch bekömmlichen Häppchen vorgetragen, zuerst von den Baumeistern, dann von den Maurern und Handlangern.

In der Ansprache des Bundespräsidenten am 12. Januar 1994 wird das Ziel der "langen Reise" wie folgt angedeutet:
"Auch im vergangenen Jahr habe ich auf zahlreichen Reisen Länder in Afrika, Asien und im Pazifik, in Amerika und Europa besucht", "diese Reisen dienen nicht allein dem politischen Dialog, sondern auch den 'Signalen nach Hause'. Wir sind als Deutsche nicht nur Europäer. Wir leben gemeinsam auf unserem Planeten Erde. Unsere gegenseitige Abhängigkeit wächst von Jahr zu Jahr."
So wird aus deutscher Außenpolitik planetarische, globale oder Weltwohlfahrtsstaatspolitik als "neues Kapitel in der Geschichte der europäischen Idee" nach Maastricht. Diese These 7 vertritt Johannes Rothkranz.
- Für Bundeskanzler H. Kohl ist Maastricht-Europa eine Wahlentscheidung über Krieg oder Frieden im 3. Jahrtausend christlicher Zeitrechnung.
Aus der Sicht des Kritikers an sozialistischen Ideen und gnostischen Weltfriedensreich-Utopien ist diese Art Kontinentaleuropa die vielleicht gefährlichste Idee nach der Wende.
Mit Karl Popper und Wolf Biermann wissen wir: "Wer immer den Himmel auf Erden sucht, wird in der Hölle landen. Und wer wie Heine und Marx das Paradies verspricht, der bereitet uns auf eine Karriere als KZ-Opfer oder als KZ-Aufseher vor. Traurig, aber wahr? Nein. Das ist nicht traurig, denn das ist die Wahrheit." …
Die Wahrheit über Europa?
Die Bewohner des "Haus Europa 2000" sind aufgerufen, "in Verantwortung vor Gott und den Mit-Menschen" von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Wer die drei oben genannten Titel gelesen hat, weiß, was zur Wahl ansteht und weiß, wen er wählt, wenn er wählt. Er weiß auch vor allem, was und wen er unter keinen Umständen freiwillig wählen darf.<<
Mit einer Mehrheit von 52,2 % Nein-Stimmen lehnte die norwegische Bevölkerung am 28. November 1994 den Beitritt zur Europäischen Union ab (x175/877).
Ungarn und Polen beantragten im Jahre 1994 den Beitritt zur Europäischen Union.
Finnland, Österreich und Schweden traten am 1. Januar 1995 der EU bei. Die Europäische Union umfaßte damals 15 Mitglieder.
Der Europäische Rat bestätigte am 15./16. Dezember 1995 in Madrid die Einführung der einheitlichen Währung "Euro" zum 1. Januar 1999.
Rumänien, die Slowakei, Lettland, Estland, Litauen und Bulgarien beantragten im Jahre 1995 den Beitritt zur Europäischen Union.
Die tschechische Republik beantragte am 19. Januar 1996 den Beitritt zur Europäischen Union.
Hartmut Hausmann berichtete im Jahre 1996 über die außerordentlich teure EU-Osterweiterung (x303/217): >>... Was gesamtpolitisch und unter dem Sicherheitsaspekt gewollt und sinnvoll erscheint, wird die Union ... vor riesige Probleme stellen.
Alle mittel- und osteuropäischen Staaten weisen ein Bruttosozialprodukt von weniger als 35 Prozent gemessen am EU-Durchschnitt auf. Damit gehören sie zu den ärmsten Regionen der Gemeinschaft und fallen unter die Ziel-1-Regionen der Strukturförderung. ...
Nach den im Europäischen Parlament angestellten Berechnungen wird allein für die Länder Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn ein jährlicher Bedarf von 20,5 Milliarden ECU benötigt, was einem Viertel des EU-Haushalts entspräche.<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die EU-Osterweiterung (x268/204-205): >>Obwohl sich bei Meinungsumfragen unter den Bürgern der 15 Mitgliedsländer der EU keine Mehrheit für die geplante Osterweiterung fand, wurde 2003 die Aufnahme von nicht weniger als zehn EU-Kandidaten beschlossen. Das relative Gewicht der deutschen Stimmen im Ministerrat ist damit abermals gesunken. Nur ein schwacher Trost ist dabei, daß jetzt Beschlüsse im Ministerrat anfechtbar sind, wenn die tragende Mehrheit nicht

für Staaten steht, die mindestens 62 Prozent der EU-Bevölkerung umfassen.
Was die Kosten der Erweiterung angeht, so ist zu bedenken, daß der Lebensstandard der Kandidatenländer bei nur 20 Prozent des EU-Durchschnitts liegt. Nach Berechnung der EU-Kommission wird das Durchschnittseinkommen in der Gemeinschaft durch die Aufnahme von 10 Bewerberstaaten um 13 Prozent sinken.
Aufgrund eines Gutachtens des Münchener Europainstituts, das die Zeitschrift "Capital" in Auftrag gegeben hatte, befürchtet der CSU-Europaabgeordnete Ingo Friedrich, einer der Vizepräsidenten der Straßburger Deputiertenkammer, daß für die auf 14 Jahre geschätzte Aufnahmephase Gesamtkosten von mindestens 822 Milliarden Mark anfallen würden, wobei Deutschland aufgrund des bisherigen Verteilerschlüssels mehr als die Hälfte aufbringen müßte. Es würden Deutschland - so Friedrich – dramatische Probleme erwachsen.
Auch Bundesfinanzminister Eichel rechnet mit einer Verdoppelung des deutschen Nettobeitrags bis 2007. ...<<
Am 19. Februar 1997 trat die EU-Binnenmarkt-Richtlinie "Elektrizität" in Kraft.

Die deutsche Energiewirtschaft nach der Liberalisierung des EU-Strommarktes
Nachdem man die "Soziale Marktwirtschaft" durch den globalen Wirtschaftsliberalismus der "Neuen Weltordnung" ablöste, wurde das deutsche Wirtschaftsgefüge in seinen Grundfesten erschüttert.
In diesem globalen Wirtschaftsliberalismus herrschte das primitive Ausleseprinzip vor: **Der Starke setzt sich durch, der Schwache unterliegt.**
Dieser extreme Wirtschaftsliberalismus zeichnete sich besonders durch ungehemmtes Gewinnstreben der marktbeherrschenden Unternehmen aus, während die Interessen der Allgemeinheit nur noch unbedeutend waren.
Die vom damaligen FDP-Wirtschaftsminister Rexrodt durchgesetzte Binnenmarkt-Richtlinie "Elektrizität" sollte spätestens bis zum 19. Februar 1999 in den jeweiligen EU-Ländern umgesetzt werden.
Die EU-Länder Großbritannien, Schweden, Finnland und Deutschland öffneten bzw. liberalisierten ihre Märkte fristgemäß für den Wettbewerb. Da Frankreich seinen Strommarkt jedoch weiterhin gegen ausländische Konkurrenten abschottete, aber gleichzeitig massiv Strom exportierte, bahnten sich bereits im Jahre 1999 schwere Handelskonflikte innerhalb der EU an. Frankreich plante den eigenen Strommarkt im Jahre 2000 nur zu 30 % zu privatisieren. Diese Quote sollte dann bis zum Jahr 2003 auf 34 % ansteigen. Eine völlige Marktöffnung auch für Privatkunden war in der EU-Richtlinie nicht vorgesehen und wurde in Frankreich auch nicht angestrebt.
Nach der sog. Liberalisierung des EU-Strommarktes begann in der Bundesrepublik überraschend schnell ein heftiger Preiskampf bzw. regelrechter "Energiekrieg", denn die deutschen Versorgungsunternehmen mußten ihre Leitungen aufgrund der EU-Binnenmarkt-Richtlinie "Elektrizität" für den Billigstrom der in- und ausländischen Konkurrenz öffnen.
Die verhältnismäßig kleinen deutschen Versorgungsunternehmen wurden durch die überstürzte Marktliberalisierung in eine ungemein schwierige Lage gebracht, denn sie mußten sich plötzlich mit übermächtigen subventionierten Staatsmonopolen auseinandersetzen.
Der deutsche Energiemarkt wurde für die großen ausländischen Konzerne sehr schnell ein wichtiger Teil des europäischen Strommarktes. Nach den skandinavischen Unternehmen Vattenfall und Fortum drängte auch der größte Stromkonzern Europas, die EdF, aus Frankreich, mit aller Macht auf den deutschen Energiemarkt, um überschüssige Energie als Billigstrom zu verkaufen.
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 21. Juli 1997: >>**Deutschland will weniger an EU zahlen**

In immer schärferer Tonart klagen führende deutsche Politiker über die hohen Zahlungen an die Europäische Union. Die Bundesregierung will eine gerechtere Lastenverteilung in der EU durchsetzen.
Es könne nicht angehen, daß Deutschland "über die Hälfte der gesamten Nettozahlungen der EU trage, aber nur 25 Prozent am Bruttosozialprodukt der Gemeinschaft beteiligt sei, sagte Außenminister Klaus Kinkel, FDP, jetzt der "Welt am Sonntag". ...
Die EU-Kommission hatte bei der Vorlage ihrer "Agenda 2.000" eine Neuregelung der Beiträge abgelehnt. Der Nettobeitrag ergibt sich aus den eingezahlten Beiträgen abzüglich des Geldes, das aus EU-Kassen nach Deutschland zurückfließt.
Nach einem Papier der Finanzminister hat Deutschland von 1991 bis 1994 mit 85,7 Milliarden Mark zwei Drittel aller Nettozahlungen getragen. ...<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 8. Juli 1998: >>**Vertriebene zweifeln an EU-Reife Polens**
Der Bund der Vertriebenen hat erneut die EU-Reife Polens in Frage gestellt.
Präsidentin Erika Steinbach kritisierte ... in Bonn die Zurückweisung einer Entschließung des Bundestages zum Thema Heimatvertriebene durch das polnische Parlament. "Sollte Polen bei dieser Haltung bleiben, dann ist es nicht reif für die Europäische Union", betonte Steinbach. Polen und Deutschland müßten sich vorher um eine Lösung der Vertriebenen- und Vermögensfragen bemühen, weil sonst die noch ungelösten Probleme in der EU wie ein "Eiterherd" wirken würden.
Es widerspreche dem europäischen Geist, wenn Polen nach seiner Aufnahme in die Europäische Union den deutschen Vertriebenen nicht einmal die selbstverständlich in Europa geltenden Rechte wie Freizügigkeit oder Niederlassungsfreiheit einräumen wolle. "Es ist nicht hinzunehmen, daß der polnische Sejm die offenen Vermögensfragen jetzt plötzlich für unantastbar erklärt."<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 7. September 1998: >>**Vertriebene fordern Entschädigung**
Als Voraussetzung für einen EU-Beitritt Polens und Tschechiens hat der Bund der Vertriebenen Entschädigungen und Rückkehrrechte für deutsche Heimatvertriebene nach dem Zweiten Weltkrieg gefordert.
Bundeskanzler Helmut Kohl versicherte in einem Grußwort zum "Tag der Heimat", die Bundesregierung werde die Vertriebenengruppen in den EU-Erweiterungsprozeß einbeziehen. Ihr Mitwirken sei wichtig für eine Aussöhnung mit den mittel- und osteuropäischen Nachbarn.
BdV-Präsidentin Steinbach sagte in Berlin, Polen und Tschechien hätten sich im Gegensatz zu Ungarn, Estland, Litauen und Rumänien bislang dagegen gesperrt, das Vertreibungsunrecht aufzuarbeiten. Die Osterweiterung der EU biete nun die Möglichkeit, "die Verletzung der Menschenrechte wieder in Ordnung zu bringen". Neben der Entschädigung der Opfer gehöre dazu auch die Bestrafung von Verbrechen an Deutschen, sagte die CDU-Bundestagsabgeordnete aus Frankfurt am Main.<<
Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred M. de Zayas erklärte später während einer Rede in Lübeck (x851/...): >>... Die Osterweiterung der EU kann eine gute Sache sein. Gewiß gibt es Staaten, die europareif sind, vor allem Staaten die den europäischen Mindeststandard in Menschenrechte erfüllen, so die baltischen Staaten, die u.a. Rückkehrrecht und Wiedergutmachung gewährt haben.
Meines Erachtens haben weder Polen noch Tschechien diesen Mindeststandard erreicht. Was noch schlimmer ist, anscheinend wollen sie es nicht erreichen. Somit denke ich, daß die Osterweiterung der EU nicht unbedingt zu begrüßen ist, wenn sie auf Kosten der historischen Wahrheit forciert wurde, auf Kosten der nationalen Ehre, und schließlich auf Kosten der Vertriebenen. ...<<

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" berichtete am 27. Dezember 1999 über den luxemburgischen Politiker Jean-Claude Juncker, seit 2014 Präsident der Europäischen Kommission): >> **Die Brüsseler Republik**

Im 21. Jahrhundert wächst der europäische Bundesstaat heran. Er wird ein Multikulti-Staatsvolk von wenigstens 440 Millionen Menschen umfassen.

Jean-Claude Juncker ist ein pfiffiger Kopf. "Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert", verrät der Premier des kleinen Luxemburg über die Tricks, zu denen er die Staats- und Regierungschefs der EU in der Europapolitik ermuntert. "Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter - Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt."

So wurde bei der Einführung des Euro verfahren, als tatsächlich kaum jemand die Tragweite der ersten Beschlüsse 1991 zur Wirtschafts- und Währungsunion wahrnehmen mochte. …<<

Das "Jahrbuch Nr. 1 Aktuell" des "Harenberg Lexikon-Verlags" berichtete im Jahre 1999 über die Europäische Union (x096/214-216):

>>... EU-Haushalt/Deutsche Beiträge: ... In den Jahren 1992 bis 1998 betrugen die deutschen Nettozahlungen an die EU:

1991 = 19,0 Mrd. DM
1992 = 22,1 Mrd. DM
1993 = 23,7 Mrd. DM
1994 = 27,6 Mrd. DM
1995 = 26,1 Mrd. DM
1996 = 22,5 Mrd. DM
1997 = 22,5 Mrd. DM
1998 = 24,1 Mrd. DM
(187,6 Mrd. DM)

EU-Haushalt/Betrug: 1998 gingen der EU ca. 4 Mrd. EUR - ungefähr 5 % des EU-Haushalts - durch Betrug, Korruption und Schlamperei verloren. Durch Schwarzarbeit, Schwarzhandel und mangelhafte Eintreibung von Steuermitteln, die der EU zustehen, wurden weitere Mindereinnahmen von ca. 22 Milliarden Euro erzielt. ...

Euro: Am 1.1.1999 wurde in Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg Niederlande, Österreich, Portugal und in Spanien der Euro als gemeinsame Währung eingeführt. Er konnte bis 2002 nur im bargeldlosen Zahlungsverkehr benutzt werden. Die auf nationale Währung lautenden Scheine und Münzen blieben bis 2002 im Umlauf. ...

Am 31.12.1998 wurde festgelegt, welchen Wert ein Euro in der jeweiligen Landeswährung hat. So entspricht ein Euro genau 1,95583 DM. ...

Der Euro sank seit seiner Einführung bis Mitte 1999 von 1,1789 US-Dollar auf unter 1,04 US-Dollar. Gründe waren das fehlende Vertrauen der Finanzmärkte in die stabilitätsorientierte und wachstumsfördernde Politik der elf EU-Staaten. ...

Die Kosten der Euro-Umstellung belaufen sich für die europäischen Unternehmen auf 77 Mrd. Euro, rund 70 % mehr als 1997 geschätzt. ...<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete im Jahre 1999 über den Euro-Verfall (x887/...): >>**Kränkelnde Frühgeburt**

Warum die Finanzmärkte dem neuen Geld mißtrauen / Scheitern bleibt möglich

von BRUNO BANDULET

Der Euro wird so hart wie die Mark", hatte Theo Waigel den Deutschen immer wieder versprochen. Der Euro sei eine "kränkelnde Frühgeburt", sagte Gerhard Schröder noch vor einem Jahr. Jetzt, ein halbes Jahr nach dem Start der Kunstwährung am 4. Januar, sieht es ganz so aus, als habe Schröder recht behalten. Der Euro wurde schneller schwach, als dies selbst seine

schärfsten Kritiker erwartet hätten. In den ersten sechs Monaten verlor er rund 13 Prozent an Wert gegen den amerikanischen Dollar.
Die großspurigen Reden der Politiker, die euphorischen Kommentare der Medien, die optimistischen Prognosen der Banken - all dies hat sich als Selbsttäuschung und bloße Propaganda entpuppt. Keine Rede mehr davon, daß der Euro Wachstum und Arbeitsplätze bringt, daß er Europa politisch stärkt, daß ihm zuzutrauen wäre, die Hegemonie des Dollars zu brechen.
Noch Anfang Januar hatte Norbert Walter, Chefvolkswirt der Deutschen Bank, dem Euro glänzende Aussichten attestiert. Jetzt empfiehlt er, die hochgelobte Währung einfach dem Markt zu überlassen. Sie könne möglicherweise sogar unter die Parität zum Dollar fallen.
Was ist geschehen? Zum einen haben die internationalen Zentralbanken bisher nicht damit begonnen, ihre Reserven von Dollar in Euro umzuschichten. Zum anderen haben offenbar japanische Großinvestoren schon 1998 - im Vorgriff auf die Europäische Währungsunion - Euro gekauft und sahen sich in den vergangenen Wochen gezwungen, mit Verlust wieder auszusteigen. Die von dem CSU-Politiker Gauweiler als Plastikgeld verhöhnte Währung genießt jedenfalls bisher kein Vertrauen an den internationalen Finanzmärkten.
Dies ist nicht zuletzt die Quittung dafür, daß sich die Beteiligten im Frühjahr 1998, als die "Konvergenz" der Euro-Länder offiziell verkündet wurde, unter Vorspiegelung falscher Tatsachen den Eintritt in die Währungsunion erschlichen haben. In Wirklichkeit war es nie gelungen, Schuldenstand und Defizite, aber auch Wirtschaftswachstum und Arbeitslosigkeit in den beteiligten elf Ländern in Einklang zu bringen.
Wie denn auch: Nicht einmal innerhalb der großen europäischen Nationen kann von "Konvergenz" die Rede sein. Zwischen der Lombardei und Apulien, zwischen Katalonien und Andalusien, zwischen dem Norden und dem Süden Großbritanniens liegen - volkswirtschaftlich gesehen - Welten. Und auch in Deutschland ist es nach zehn Jahren Einheit und gigantischen Finanztransfers nicht im geringsten gelungen, in den neuen Bundesländern ähnliche Verhältnisse wie im Westen herzustellen.
Vergeblich war bisher auch die Hoffnung, das über Jahrzehnte erworbene Vertrauenskapital der Deutschen Bundesbank auf die Europäische Zentralbank übertragen zu können. Dafür sprechen die europäischen Währungsmanager mit zu vielen Zungen, dafür mischen sich die europäischen Politiker zu oft in die Geldpolitik ein, dafür ist, alles in allem, der Euro noch zu jung. Um Ansehen zu erwerben und Vertrauen aufzubauen, benötigt eine neue Währung Jahre, vielleicht sogar Jahrzehnte. Selbst der Erfolg der Deutschen Mark war zunächst keine ausgemachte Sache. Selbst die Mark hat seit 1948 rund drei Viertel ihrer Kaufkraft verloren.
Das Hauptproblem des Euro ist sein virtueller und staatenloser Charakter. Er ist bekanntlich keine nationale Währung, nicht einmal die Währung eines homogenen Wirtschaftsraumes. Vorerst existiert er nur auf den Computerschirmen, als Monopoly-Geld der Großbanken. Und die Euro-Zone verfügt über keine wirklich aussagekräftigen Geldmengen- und Inflationsstatistiken. Zwar publiziert die Europäische Zentralbank regelmäßig entsprechende Zahlen, aber sie sagen wenig aus. Schon Ende 1998, vor dem Start des in der Finanzgeschichte beispiellosen Experiments, stiegen die Preise in Italien dreimal so schnell wie in Deutschland, und in Portugal wiederum doppelt so schnell wie in Italien.
Schon Lenin erkannte, daß in der Verfügungsgewalt über eine Währung eine ungeheure Machtfülle liegt. Wer aber beherrscht und kontrolliert den Euro? Die Frage ist leichter gestellt als beantwortet und zugleich ungemein wichtig für die Beurteilung dessen, was bevorsteht.
Bekannt ist, daß die Europäische Zentralbank (EZB) über eine eigene Rechtspersönlichkeit verfügt, daß sie laut Maastrichter Vertrag (aber nicht unbedingt in der Praxis!) unabhängig von den Regierungen ist und daß die nationalen Zentralbanken alleinige Kapitaleigner der EZB sind.
Bekannt ist auch, daß alle wichtigen Entscheidungen im EZB-Rat fallen und daß diese Ent-

scheidungen vom Direktorium, das die laufenden Geschäfte führt, in praktische Geldpolitik umgesetzt werden. Wer in Frankfurt den Ton angibt, ist freilich immer noch nicht ganz klar. Im EZB-Rat sitzen die Präsidenten von elf nationalen Notenbanken, von denen jede ihre rechtliche Eigenständigkeit bewahrt hat, sowie die sechs Mitglieder des Direktoriums - unter ihnen Präsident Wim Duisenberg aus den Niederlanden und sein französischer Stellvertreter Christian Noyer.

Nun hält zwar die Deutsche Bundesbank mit 31 Prozent den relativ größten Teil des Kapitals der EZB. Die Banque de France liegt an zweiter Stelle und bringt es nur auf 21,3 Prozent. Aber: nach Kapitalanteilen wird nur abgestimmt, wenn es um die Überweisung von Währungsreserven von den Nationalbanken an die EZB oder um Fragen der Gewinnverteilung geht. Ansonsten hat jeder nur eine Stimme. Die Beschlüsse des EZB-Rates werden mit einfacher Mehrheit gefaßt - und die deutschen Vertreter können theoretisch jederzeit überstimmt werden.

Sinnvoll verwaltet werden kann ein derart uneinheitliches Währungsgebiet wie die EU allerdings nur, wenn man sich an den Bedürfnissen der Kernzone - also Deutschlands und Frankreichs - orientiert. Zinsabschlüsse an den wirtschaftlichen Lagen in Portugal oder Irland auszurichten wäre kaum machbar.

In Frankfurt ist denn auch zu hören, daß Duisenberg zwar nach außen hin die Schau dirigiert, daß die Fäden aber von den Deutschen und den Franzosen gezogen werden: von Tietmeyer, der angeblich bald zur Vatikanbank geht, und dem früheren Chefideologen der Bundesbank, Otmar Issing, sowie von Christian Noyer und Jean Claude Trichet, dem Gouverneur der Banque de France, der nach vier Jahren Duisenberg vorzeitig ablösen soll.

Würden die kleineren EU-Staaten im Konfliktfall strikt nach dem Prinzip "eine Nation, eine Stimme" verfahren und auf ihren nationalen Interessen beharren, dann käme es zur ersten großen Euro-Krise. Und würde Frankreich - das ist ebenfalls denkbar - zusammen mit den anderen Romanen die Deutschen überstimmen, dann könnte das ganze Projekt scheitern.

Es kann zwar noch dauern, bis ernsthafte Differenzen sichtbar werden. Aber allein die Tatsache, daß sie in der Konstruktion dieses staatenlosen Geldes von vornherein angelegt sind, muß bei langfristig denkenden Investoren einen erheblichen Rest von Mißtrauen gegen den Euro wachhalten.

Eine andere eingebaute Schwäche der europäischen Währung liegt darin, daß sich die EZB zwar laut Vertrag um Preisstabilität zu kümmern hat, nicht jedoch um Wechselkursvereinbarungen gegenüber Drittwährungen wie Dollar oder Yen. Nur der Ministerrat der EU kann über Zielzonen und Bandbreiten beschließen, konkret also darüber, wo der richtige Kurs des Euro gegen den Dollar zu liegen hat. Die EZB muß dabei nur angehört werden. Wird der EZB aber ein Wechselkursregime aufgezwungen, dann verliert sie leicht die Kontrolle über Geldmengen, Zinsen und Preise. Dann ist ihre vertraglich festgelegte Unabhängigkeit nicht mehr viel wert.

Daß Haushaltsdisziplin und Preisstabilität für manche europäische Politiker kein Evangelium sind, hat sich längst herumgesprochen. Ein typischer Inflationspolitiker war der inzwischen gescheiterte Finanzminister Lafontaine. Der Spiritus rector scheint aber von Anfang an nicht der Saarländer mit dem Napoleonkomplex gewesen zu sein, sondern ein echter Franzose: der Pariser Finanzminister Dominique Strauss-Kahn, der übrigens fließend deutsch spricht. Strauss-Kahn war es vor allem, der die Etablierung eines mächtigen Gegengewichts zur EZB vorantrieb: der Euro-11-Gruppe.

Zu deren geheimen Sitzungen treffen sich ausschließlich die elf Finanzminister der Euro-Zone mit nur je einem Berater. Ein so kleines Gremium ist selbstverständlich aktionsfähiger als das reguläre Treffen aller 15 EU-Finanzminister, wo einschließlich der Beraterstäbe leicht 100 Teilnehmer zusammenkommen.

Daß der Euro einen schwachen Start hatte und gegen den Dollar abwertete, wird den sozialistischen Politikern Europas, aber auch der Exportwirtschaft keineswegs unrecht gewesen sein. Allerdings gehen die französischen Ambitionen weiter als die deutschen: Paris will den Dollar entmachten.
Dollar-Hegemonie bedeutet, daß die USA alle wichtigen Rechnungen in der Währung bezahlen, die sie selbst drucken, daß die ausländischen Zentralbanken den Großteil ihrer Reserven in Dollar halten und damit Uncle Sam Kredit geben und daß die USA ihre Schulden entweder nie oder nur mit entwerteten Dollars zurückzahlen.
Damit haben die Amerikaner die Möglichkeit, mehr zu konsumieren und zu investieren, als sie verdienen. Sie leben seit langem über ihre Verhältnisse. Sie leisten sich enorme Defizite in der Außenbilanz - Fehlbeträge, die sich bald auf 2.000 Milliarden Dollar angehäuft haben werden. Amerika ist heute der größte Schuldner der Welt, ohne dafür büßen oder zahlen zu müssen. Ein in der Geschichte einmaliges Privileg, in dessen Genuß nun auch Europas Politiker gerne kommen würden. Erst wenn sich der Euro einen dem Dollar vergleichbaren Status als Weltreservewährung verschafft hat, dann hätte sich eine Einführung - nach dieser Logik jedenfalls - wirklich gelohnt.
Man kann nicht vollständig ausschließen, daß dieses Kalkül am Ende doch aufgeht - dann aber um den Preis eines erbitterten Konflikts zwischen den USA und der EU.
Denn wenn die EZB wirklich auf Dauer eine solide Geldpolitik betreibt, wenn sie das Vertrauen der Finanzmärkte erwirbt oder wenn der Dollar in den Strudel einer großen Finanzkrise gerissen wird - dann könnte sich der Euro irgendwann doch zu einer Alternative zur US-Währung entwickeln. China zum Beispiel ist brennend daran interessiert, seine Abhängigkeit von den USA zu verringern, denn die gewaltigen Dollar-Guthaben Pekings können im Ernstfall jederzeit von der amerikanischen Regierung blockiert werden.
Aber dies alles ist jetzt noch Zukunftsmusik. Bis auf weiteres muß man sich darauf einrichten, daß sich Perioden eines starken Dollar und solche eines festeren Euro einander abwechseln. Papierwährungen sind immer nur relative Größen. Auch der Dollar und der Yen haben ihre fundamentalen Schwächen. Der Londoner Finanzstratege David Roche hatte recht, als er in einer Untersuchung zu dem Schluß kam: "Alle drei großen Währungen der Welt sehen verletzlich aus."
Für die Deutschen, die ein halbes Jahrhundert die Vorteile einer relativen Hartwährung genießen durften, ist das Fazit unerfreulich. Sie mußten aus rein politischen Gründen - wirtschaftlich war der Euro weder notwendig noch sinnvoll - auf ihre bewährte D-Mark verzichten. Im Jahr 2002 sollen sie ihr Bargeld endgültig in eine synthetische Währung umtauschen, die zwar auf lange Sicht möglicherweise nicht schlechter als der Dollar sein wird, aber bestimmt weniger gut als die Deutsche Mark, die für immer mit dem Namen Ludwig Erhards verbunden bleiben wird.
Niemand kann übrigens garantieren, daß der Euro, die kränkelnde Frühgeburt, nicht doch noch scheitert - daß das Experiment abgebrochen werden muß. Dann müssen die Europäer eben wieder zu ihren nationalen Währungen zurückkehren. Ratsam wäre es auf jeden Fall, den für 2002 geplanten Zwangsumtausch um einige Jahre zu verschieben und dem Euro eine längere Probezeit einzuräumen. Man könnte ihn zunächst als Parallelwährung weiterlaufen lassen. Vielleicht wird er im Laufe der Zeit von den Finanzmärkten und den Privatanlegern doch noch akzeptiert. Wenn nicht, wäre dies nicht die erste Währungsunion der Geschichte, die auf Sand gebaut war.
Dr. Bruno Bandulet ist Herausgeber des Finanzdienstes G & M. Von ihm erschienen zuletzt die Bücher "Was wird aus unserem Geld?" und "Tatort Brüssel - Das Geld, die Macht, die Bürokraten".<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 13. Mai 2000: >>**Fischer denkt an**

Europäische Föderation ...
Bundesaußenminister Joschka Fischer … hat sich für den schrittweisen Ausbau der Europäischen Union zu einer Föderation ausgesprochen. Besonders engagierte Staaten könnten zunächst ein Kerneuropa bilden, sagte Fischer am Freitag in Berlin.
Frankreichs Regierung hat diesen Vorschlag begrüßt. "Die Ideen des deutschen Außenministers sind sinnvoll, Frankreich ist bereit, sie aktiv mitzutragen", erklärte das Außenministerium in Paris. ...
Fischer bekannte sich zur EU-Osterweiterung, die in den nächsten 10 Jahren großenteils zu Wege gebracht werden müsse. Mit einer Erweiterung von 15 auf 30 Mitglieder müßten die Strukturen aber verändert werden, damit die Gemeinschaft handlungsfähig bleibe. ...<<
Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 27. Mai 2000 (x887/...): >>**"Gebt uns die Mark wieder!"**
Der Euro ist Globalisierer-Spielball und Instrument zur Umverteilung
"Gebt uns unsere D-Mark wieder!" - Dieser Ruf ertönt nicht in der Bundesrepublik, wo man sich offenbar längst schon an den Morgenthau-Plan gewöhnt hat. Jawohl, an den Morgenthau-Plan, denn gemeint ist natürlich nicht jenes vergleichsweise primitive Abmontieren der Industrie und Rückverwandeln in ein Agrarland, wie das einst ausgeheckt war. Sondern es geht um das weitaus raffiniertere Konzept der ewigen Schuldknechtschaft in ihren vielfältigen und gut getarnten Ausprägungen!
Eine davon ist etwa das "Kyoto-Protokoll", bei dem der deutschen und österreichischen Wirtschaft unverhältnismäßig hohe CO2-Reduktionen - sprich: Wettbewerbsnachteile - aufgebrummt wurden. Eine andere ist eben der Opfertod der D-Mark.
"Gebt uns unsere D-Mark wieder!" - Dieser Ruf ertönt nicht einmal in Österreich, wo man jahrzehntelang einen festen Wechselkurs zwischen D-Mark und Schilling pflegte, indem man die Entscheidungen der Deutschen Bundesbank "autonom nachvollzog", - statt lieber gleich die D-Mark einzuführen und sich auf diese Weise unzählige Milliarden für den Betrieb der "Österreichischen Nationalbank" zu ersparen. ...<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 4. September 2000: >>**Verheugen verärgert EU-Spitze**
EU-Kommissar Günter Verheugen hat mit der Forderung nach einer Volksabstimmung über die EU-Osterweiterung Irritationen ausgelöst. Die EU-Kommission und Bundesregierung distanzierten sich von Verheugens Äußerungen. ...
Auch Bundesaußenminister Joschka Fischer versicherte in Evian, daß die Vorstellungen Verheugens von der Bundesregierung nicht geteilt werden: "Das ist nicht unsere Position, sondern Verheugens private Meinung." Fischer wies auf die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen in Deutschland hin, die ohne eine Verfassungsänderung keine Volksbefragung zulassen.
In der "Süddeutschen Zeitung" hatte Verheugen auch scharfe Kritik am Verfahren der Euro-Einführung geübt: Ich war schon damals für eine Volksabstimmung. Sie hätte die Eliten gezwungen aus ihrem Elfenbeinturm herauszukommen und im Dialog mit den Menschen für den Euro zu werben." ...<<
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 22. September 2000 über den deutschen Grünen-Politiker Joseph Fischer, von 1998-2005 Außenminister: >>**Mündige Bürger als Risiko**
Parteienherrschaft statt Demokratie: Warum das deutsche Volk nicht abstimmen darf
Aus verschiedenen Gründen können die Reaktionen auf den Vorstoß des deutschen EU-Kommissars Günter Verheugen, SPD, der sich für einen Volksentscheid über die EU-Osterweiterung ausgesprochen hat, als Lehrstück für die mentale Verfassung der Berliner politischen Klasse gewertet werden. Außenminister Joschka Fischer behauptete, daß die Möglichkeit einer Volksbefragung in der deutschen Verfassung nicht vorgesehen sei. "Allein die Mög-

lichkeit, daß Deutschland eine Volksbefragung über den Beitritt Polens zur EU abhält - das muß man sich einmal vorstellen", raunte Fischer vielsagend. In der Tat: Wer die Deutschen als "Risiko" einstuft, der kann und darf ihnen nicht auch noch die Möglichkeit einräumen, über zentrale Fragen der deutschen Politik zu entscheiden.
Daß Bündnisgrüne und SPD im Koalitionsvertrag vereinbart haben, "auch auf Bundesebene Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid durch Änderung des Grundgesetzes einzuführen", interessiert Fischer offensichtlich nicht. …<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 29. September 2000: >>**Mehrheit der Dänen sagt "Nej" zum Euro**
In Dänemark zeichnete sich am Donnerstagabend eine klare Mehrheit gegen die Einführung des Euros ab. ... Die Wahlbeteiligung betrug rund 80 %.
Die Abstimmung wurde vor allem in Schweden und Großbritannien genau verfolgt, da auch dort Referenden zum Euro anstehen. ...
In Berlin hatte Bundesfinanzminister Hans Eichel, SPD, die Dänen aufgefordert, für den Euro zu stimmen. Eichel sagte auf die Frage, was eine Ablehnung der Dänen bedeuten würde: "Europa geht weiter." Die europäische Einigung sei ein unumkehrbarer politischer Prozeß.<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 26. Oktober 2000: >>**"In fünf Jahren hat die EU zehn neue Mitglieder"**
Bundesaußenminister Joschka Fischer hat erstmals öffentlich ein Datum und eine Größenordnung für die geplante Osterweiterung der EU genannt. Spätestens in fünf Jahren werde die Europäische Union zehn neue Mitglieder haben. Dabei müsse Polen eines der ersten Länder sein, das in die erweiterte Europäische Union integriert wird, sagte Fischer am Mittwoch bei einer Halbzeitbilanz über die Außenpolitik der rot-grünen Regierung. Derzeit sind 15 Länder in der Europäische Union. ...
Neben der europäischen Integration, die er als wesentliche Aufgabe für die deutsche Außenpolitik der kommenden Jahre bezeichnete, rückte Fischer die Menschenrechtsfrage in den Mittelpunkt seiner Zukunftspläne. ...<<
Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die finanziellen Hilfen der internationalen Gemeinschaft für den EU-Beitritt Polens (x309/158-159): >>Von der internationalen Gemeinschaft erhielt Polen für Investitionen und Wirtschaftsaufbau Milliardenkredite, die aber überwiegend für Konsumzwecke zweckentfremdet wurden. Ohne die ursprünglich erwartete gesteigerte Produktion war das Land zur Verzinsung und Rückzahlung der Kredite nicht fähig.
Nach diversen Schuldenerlassen, Umschuldungen und Moratorien wurden Polen auf Deutsches Drängen Schulden von insgesamt 19,7 Milliarden US-Dollar erlassen. Als großer Gläubiger trug die Bundesrepublik die schwerste Last. Trotz dieses Entgegenkommens betrugen die polnischen Schulden um die Jahrtausendwende schon wieder weit über 40 Milliarden US-Dollar.
Bei den EU-Beitrittsverhandlungen mit Polen klagten die Brüsseler Verhandlungsführer, Bundeskanzler Schröder erschwere ihre Arbeit, indem er den Polen eine Vorzugsbehandlung in Aussicht stellte und sie so zu immer massiveren Forderungen ermunterte.
Durch die Osterweiterung stieg der deutsche EU-Nettobeitrag auf über acht Milliarden Euro pro Jahr mit Tendenz in Richtung zehn Milliarden. Warschau hingegen konnte einen Nettogewinn von 4,33 Milliarden Euro verbuchen, im Jahr 2010 dürfte er schon bei mindestens 6 Milliarden Euro liegen. ...<<
Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 11. November 2000: >>**Viel Betrug in Europa**
Betrug und Mißmanagement haben die EU im Jahr 1999 Hunderte Millionen Euro gekostet. Rund 6.000 Fälle von Unregelmäßigkeiten wurden der Sondereinheit für Betrugsbekämpfung

gemeldet. 18 % aller Unregelmäßigkeiten hätten sich als Betrug entpuppt, sagte EU-Haushaltskommissarin Michaela Schreyer. Allein die Betrugsfälle könnten den 85 Milliarden Euro umfassenden EU-Haushalt 1999 um mehr als 223 Millionen Euro geschädigt haben. Mehr als 500 Millionen Euro seien durch den Schmuggel verloren gegangen.<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 21. November 2000: >>**EU hilft mit Milliarden**

Die Europäische Union hat eine Milliardenhilfe für den Balkan beschlossen und will den seit dem Zerfall des alten Jugoslawiens weitgehend isolierten Ländern langfristig eine Perspektive für die Mitgliedschaft anbieten. Das beschlossen die EU-Außenminister auf einer Ratstagung in Brüssel. Der Aufbau in der Region soll bis 2006 mit 4,6 Millionen Euro unterstützt werden. ...<<

Am 1. Januar 2002 wurde das Euro-Bargeld in den zwölf Mitgliedstaaten der EU-Währungsunion eingeführt.

Der Euro wurde am 28. Februar 2002 zum alleinigen gesetzlichen Zahlungsmittel in den Mitgliedstaaten der Währungsunion. Die Euro-Einführung war damit erfolgreich abgeschlossen.

"SPIEGEL ONLINE" berichtete am 18. März 2002: >>**Eiserne Lady übt herbe EU-Kritik**

Europakritik aus London ist nicht selten. Jetzt hat die ehemalige Premierministerin Margaret Thatcher zum Rundumschlag ausgeholt. Ginge es nach ihr, würde Großbritannien die EU wahrscheinlich verlassen.

Reformunfähig sei die Europäische Union und "vermutlich die größte Torheit der Moderne", so Margaret Thatcher in ihrem Buch "Statecraft", das die Londoner "Times" zur Zeit als Serie veröffentlicht. Die als "Eiserne Lady" in die Geschichte eingegangene Politikerin empfiehlt einer zukünftigen konservativen Regierung, sich aus wichtigen EU-Verträgen zurückzuziehen. Aus der Agrar- und Fischereipolitik, aber auch aus der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik sollte Großbritannien aussteigen. Die britische Handelspolitik sollte ihr Land nach Meinung Thatchers wieder selbst in die Hand nehmen.

Sie schlägt weiter vor, daß Großbritannien der Nordamerikanischen Freihandelszone beitreten sollte. Das wiederum ließe sich nur schwer mit einer EU-Mitgliedschaft vereinen. Thatcher schreibt es nicht ausdrücklich, aber das würde vermutlich bedeuten, daß Großbritannien aus der EU austritt. "Es wird oft gesagt, es sei undenkbar, daß Großbritannien die Europäische Union verläßt", schreibt die Frau, die von 1979 bis 1990 ihr Land regierte. Doch man solle diesen Gedanken nicht ausweichen. ...<<

Am 1. März 2003 fand in Brüssel die offizielle Eröffnungssitzung des Konvents für die Erstellung einer europäischen Verfassung statt.

In Athen unterzeichneten am 16. April 2003 die 15 Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union und der zehn Beitrittsländer Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn und Zypern die Beitrittsverträge.

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 26. Juli 2003 (x887/...): >>**Hintze: Duckt Euch!**

Kohls Ex-General fordert Kontinuität in der Mißachtung deutscher Interessen

Eigentlich wäre die Diskussion bei Sabine Christiansen am vorletzten Sonntag belanglos gewesen, … wäre da nicht eine Bemerkung des ehemaligen CDU-Generalsekretärs, des Pfarrers Peter Hintze, gewesen.

... Da geht der deutsche Wähler davon aus, daß seine Regierungen bei internationalen Verhandlungen die Interessen Deutschlands wahrnehmen, und nun müssen wir hören, daß tatsächlich alle Bundesregierungen stets alles geschluckt haben, was das Ausland von ihnen forderte. Denn nichts anderes bedeutet doch die Darstellung des Pfarrers Hintze, der auch niemand in der Christiansen-Runde widersprach - im Gegenteil nickten alle verständnisvoll mit dem Kopf.

Dann leuchtet es auch ein, warum die Bundesrepublik mit riesigem Abstand die höchsten Netto-Zahlungen an die Europäische Union zu leisten hat, nämlich in diesem Jahr beispielsweise 14,7 Milliarden Euro, das sind 22,7 Prozent des gesamten EU-Haushaltes. Davon versorgt sich zunächst einmal der EU-Verwaltungsapparat, um dann den Rest an andere Staaten zu verteilen, so zum Beispiel an Griechenland, an Portugal, an Spanien und an Irland (dem es inzwischen wirtschaftlich weitaus besser geht als Deutschland).
Dann wird auch verständlich, warum unser Land die dritthöchsten Beiträge an die Uno zu entrichten hat, warum Bundeswehrsoldaten nahezu in aller Welt die Köpfe bei internationalen Konflikten hinhalten müssen bei Einsätzen, deren Kosten inzwischen in die Milliarden gehen.
Und so geht es beliebig weiter. Offenbar "wegen der deutschen Vergangenheit" schlossen wir mit allen möglichen Ländern Sozialabkommen, die zum Beispiel zur Folge haben, daß in Deutschland lebende Ausländer in der Krankenversicherung erhebliche Vorrechte gegenüber deutschen Versicherten haben.
Wenn Ausländer in Deutschland krankenversichert sind, gleichgültig ob sie arbeiten, ob sie arbeitslos oder Sozialhilfeempfänger sind, dann sind automatisch kostenlos auch ihre Familienangehörigen in den Heimatländern mitversichert, und der Begriff der Familie wird nach der jeweiligen ausländischen Rechtslage ausgelegt. In der Türkei gehören zur Familie auch die Eltern des in Deutschland Versicherten sowie dessen Geschwister. Deren Behandlung in der Türkei hat die deutsche Versicherung zu finanzieren!
"Die deutsche Vergangenheit" ist offenbar auch die Ursache für die unvergleichlich großzügige deutsche Asylregelung. In kein anderes Land sind, zumal wenn man es umrechnet auf die Bevölkerungsgröße, so viele Ausländer geströmt wie in die Bundesrepublik. Das hat dann zur Folge, daß etwa ein Viertel der Ausländer Sozialhilfe oder ähnliche staatliche Leistungen bezieht; das waren 2001 über 600.000. Und das bei einem Ausländeranteil, der nicht einmal neun Prozent ausmacht. …
Deutschland läßt sich permanent "mit unserer Vergangenheit" erpressen, und keine Regierung wagt Widerstand. …
Der deutsche Wähler hat diesen Mechanismus noch nicht begriffen. Er mag sich zwar wundern, daß ein an sich wohlhabendes Land mit einer leistungsfähigen Wirtschaft pleite ist, doch führt er das auf undurchschaubare und nicht zu ändernde internationale Gesetzmäßigkeiten zurück. Nur in seltenen Fällen legt jemand den Finger in die Wunde wie am 18. dieses Monats in der FAZ der namhafte Volkswirtschaftler Prof. Dr. Franz-Ulrich Willeke.
Der Verfasser zahlreicher wissenschaftlicher Werke schreibt: "Die defizitäre Haushaltslage Deutschlands und die Schwächung der öffentlichen Investitionstätigkeit hängen bei allen sonstigen Problemen auch mit dem hohen Nettobeitrag zusammen", den Deutschland an die EU zahlen muß. Und, so sei ergänzt, die exorbitanten Zahlungen wiederum werden begründet mit "der deutschen Vergangenheit."
Natürlich bekämpfen alle, die von der angeblichen Einmaligkeit der deutschen Verbrechen profitieren, jeden Versuch, die damaligen Ereignisse auf ihr wirkliches Ausmaß zurückzuführen, würde ihnen doch durch die Aufklärung die Waffe aus der Hand geschlagen, mit der sie uns erpressen. Das kann aber nicht hindern, die Bemühungen sachlich fortzusetzen.
Man stelle sich vor, daß etwa die Regierung der USA mit gebeugtem Haupt in internationale Verhandlungen ginge, weil das moderne Amerika nur entstehen konnte, nachdem man die Urbevölkerung ausgerottet hatte, oder daß die Briten von Reue über die Unmengen von Blut geschüttelt wären, die ihr gewaltiges Kolonialreich gekostet hat, oder daß Putin die Interessen Rußlands hintan stellt angesichts der 80 Millionen Toten, die sein Land zur Zeit der bolschewistischen Herrschaft verursacht hat. Niemand erwartet das von ihnen.
So mögen endlich auch die Deutschen wieder zur selbstbewußten Nation werden.<<
Der deutsche Volkswirt und CDU-Politiker Wilfried Böhm schrieb am 15. November 2003 in

der Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" (x887/...): >>**Undank ist der Deutschen Lohn**
Erstmals werden in der Bundesrepublik Deutschland die Renten gekürzt. Deutschlands Städte protestieren gegen ihre Finanznot und fürchten den Kollaps der Kommunen. Die Krankenkassen sind im Defizit. Das Geld für die Bildung als der wichtigsten Zukunftsinvestition fehlt. Die erwarteten Steuern bleiben aus. Die eurobedingten Preissteigerungen haben zu einer zusätzlichen Kaufzurückhaltung geführt, die jedermann beim Einkauf des alltäglichen Grundbedarfs und bei jedem Restaurantbesuch spürt, auch wenn Statistiker versuchen, diese Entwicklung schönzurechnen.
So oder so wird eine Steuerreform mit dem Ziel des Abbaus der Arbeitslosigkeit nur auf Pump möglich sein und so zu einer Schraube ohne Ende. Sparen an allen Ecken und Enden wirkt sich als Sozialabbau aus. Eine Inflation an Kommissionen aller Art aus tatsächlichen und vermeintlichen Fachleuten beweist die Ratlosigkeit der Regierung und der Parlamente.
Jedenfalls ist Deutschland nicht mehr in der Lage, den sogenannten Stabilitätspakt zu erfüllen, der einst vom Euro-Kanzler Helmut Kohl und seinem Finanzminister Theo Waigel erfunden wurde, um die Deutschen darüber hinweg zu täuschen, daß ihre geliebte D-Mark auf dem Altar "Europas" geopfert wurde und eine Einheitswährung den Wettbewerb der europäischen Währungen untereinander ablöste. ...
Im Jahr 2007 soll eine neue EU-Finanzplanung beginnen, die Verhandlungen der EU-Regierungen darüber sollen Anfang 2005 abgeschlossen sein. Bis dahin jedenfalls wird alles weiter laufen wie gehabt: Deutschland ist und bleibt der bei weitem größte Nettozahler der EU - und wer glaubt schon, daß es anders werden wird, besonders nach der Ost-Erweiterung, die Deutschland teuer zu stehen kommen wird!
Der famose Konvent mit seinem Vertrag für eine Europäische Verfassung sieht vor, daß auch über die Finanzplanung einstimmig beschlossen werden muß. Wenn dann 25 Regierungen an einem Tisch sitzen, wird jeder, der noch einen Wunsch hat, so lange blockieren, bis er zufrieden ist.
Der Heidelberger Professor Franz-Ullrich Willeke hat unlängst nach einer Auswertung der Zahlungsbilanzstatistik der Deutschen Bundesbank darauf hingewiesen, daß Deutschland seit der Wiedervereinigung von 1990 bis 2002 an die EU Nettobeträge in einem Gesamtwert von 278,9 Milliarden DM, das sind 142,6 Milliarden Euro, entrichtet hat!
Mit anderen Worten: Deutschland hat in dieser Zeit rund 279 Milliarden Mark mehr an die EU gezahlt, als es von ihr zurückbekam! Statt Deutschland wegen seiner enormen innerdeutschen Aufwendungen zur Überwindung der vom Sozialismus angerichteten Schäden zu entlasten, stiegen seine Nettozahlungen an die EU weiter an. ...<<
Am 13. Dezember 2003 scheiterten in Brüssel die Verhandlungen über die europäische Verfassung.
Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 9. April 2004: >>**Mit dem Teufel im Bunde**
… Zu den heute vergessenen, doch einst weitverbreiteten Schriften des berühmten russischen Religionsphilosophen Wladimir Solowjew zählt die "Kurze Erzählung vom Antichrist". Seit er sie seinen Studenten in den späten Februartagen des Jahres 1900 vorlas, hat sie Tag für Tag an beklemmender Aktualität gewonnen. Er sah die blutigen Weltkriege der Völker voraus, den Einfall "der asiatischen Barbaren" infolge Uneinigkeit der europäischen Staaten, "die alle nur an ihre Sonderinteressen dachten", bis endlich im "einundzwanzigsten Jahrhundert ein Bund von Völkern, die alle mehr oder weniger demokratisch regiert werden, entsteht - die Vereinigten Staaten von Europa". …
Seit ihrer Konzeption durch Graf Coudenhove-Kalergi, den noch vor Kriegsende konzipierten Entwürfen für die Nachkriegsordnung Europas, ihrer schrittweisen Verwirklichung über die Rom-Verträge bis hin zu Maastricht und dem Verfassungskonvent, erscheint dem Tieferblik-

kenden die EU als eine Werkstatt des Antichrist, der Europa immer weiter von seinen christlichen Wurzeln "befreit".
Dieses EU-Europa empfiehlt der Kirche die Abkehr von ihren "dogmatischen" und "fundamentalistischen" Positionen, mehr Toleranz in Fragen der Bevölkerungskontrolle, Kontrazeption, Abtreibung, Euthanasie, Genmanipulation, Ehescheidung, Anerkennung und Gleichstellung "eheähnlicher" Partnerschaften, Verständnis und Wohlwollen für Homosexualität. Die Kirche wird zur Mitarbeit an einer "humanistischen Weltethik" aufgefordert, zum Verzicht auf Zölibat oder Geschlechterdiskriminierung bei der Priesterweihe.
Vor allem aber wird ihr der Ersatz ihrer hierarchischen durch "demokratische" Strukturen nahegelegt. Sie soll sich endlich mit einer ähnlichen Stellung begnügen, wie sie anderen "humanistischen Organisationen" und "Tendenzbetrieben", etwa von der Art der Liga für Menschenrechte, Amnesty International oder Greenpeace, innerhalb der EU eingeräumt wird. Ihren Anspruch, herrschendes "Lebensprinzip" oder gar "Seele" der gesamten menschlichen Gesellschaft zu sein und diese nach göttlichem Recht gestalten zu wollen, müsse sie aufgeben.
Um künftig akzeptiert zu werden, habe sie sich mit dem Liberalismus zu versöhnen und auf ethische Vorschriften zu verzichten, die den Menschen zum ständigen Sünder stempeln und ihm die Freude am Leben nehmen. Schließlich lebten wir alle ja nur einmal. Mit dem Glauben an die Auferstehung zum ewigen Leben trösteten sich ja heute nur noch die wenigen, die mit dem irdischen Leben nicht fertigwerden oder zu wenig Spaß haben.
Gibt es noch Rettung? Peter Handke, von dem eine solche Aussage kaum zu erwarten war, bringt die Antwort mit zwei Worten auf den Punkt: "Erneuern? Umkehren!" …<<
Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechische Republik, Slowakei, Slowenien, Ungarn, der griechische Teil Zyperns und Malta traten am 1. Mai 2004 der Europäischen Union bei.
Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schrieb später über die hohen Zuschüsse für die osteuropäischen Beitrittsstaaten und die Steuerpolitik dieser Länder (x281/327-328): >>... Europa ist aus Sicht der Investoren eine große Steueroase.
Der Wettbewerb der Finanzpolitiker trägt mittlerweile alle Züge einer Selbstzerstörung. Sie überbieten sich bei den Ansiedlungshilfen, unterbieten einander bei den Steuersätzen und versprechen investitionswilligen Firmen sogar, ihnen die Finanzaufsicht in den ersten Jahren vom Hals zu halten. Ausgerechnet bei der Geldbeschaffung leistet sich Europa eine Kleinstaaterei, die verblüffend ist.
Der Binnenmarkt kam, die Einheitswährung trat in Kraft, die Normierung von Produkttypen und Haftungsrechten ist weit fortgeschritten, nur die Steuergesetzgebung blieb in nationaler Hand. Die Steuerhoheit gilt als das zentrale Recht der Nation, weshalb sich die Finanzminister daran klammern.
Sie wollen nicht begreifen, daß die Globalisierung ihnen einen bösen Streich gespielt hat. Die nationalen Regierungen haben ihre Steuerhoheit genau dadurch verloren, daß sie sich daran klammerten. Sie wollten frei entscheiden und können genau das nicht mehr tun. Die europäischen Staaten sind heute frei nur noch nach unten; sie dürfen die Steuern senken, einfrieren oder abschaffen. Der umgekehrte Weg ist ihnen versperrt. Nur der Souveränitätsverzicht würde sie in die Lage versetzen, neue Souveränität zu erzeugen.
Das freilich ist leichter gesagt als getan. Osteuropa spielt in der Steuerpolitik eine unrühmliche Rolle. Alle Beitrittsstaaten aus dem Beritt des ehemaligen Sowjetimperiums erhalten hohe Zuschüsse aus Brüssel, die ihren nationalen Haushalten Luft zum Atmen verschaffen. Die Polen bekommen doppelt so viel, wie sie einzahlen. Lettland erhält das Vierfache seines Einsatzes zurück. Das jetzige Europa ist für sie eine Spielbank mit Gewinngarantie.
Dieses Geld ermuntert die Regierungen, es gegen ihre Spender einzusetzen. Da die Staatsfinanzierung in Polen, Ungarn und andernorts auch dank der Brüsseler Zuwendungen schöne Extraeinnahmen verzeichnet, ging man daran, die Unternehmenssteuern zu senken.

So sollen Unternehmer angelockt und abgeworben werden, vor allem solche, die bisher in Westeuropa ihre Heimat hatten. Mittlerweile zählen die Unternehmenssteuern in Polen, Ungarn und Lettland zu den niedrigsten der Welt. Die Firmen müssen nur zwischen 15 und 20 Prozent des Gewinns an den Fiskus überweisen, derweil in Deutschland durchschnittlich 38,3 Prozent des Gewinns dem Staat zustehen. ...<<

Im Rahmen einer Regierungskonferenz einigten sich die EU-Mitgliedsländer am 18. Juni 2004 in Brüssel auf den Vertragstext der Europäischen Verfassung, die von den Mitgliedsländern gemeinsam erarbeitet wurde. Diese Europäische Verfassung sah in ihrer Präambel keinen Gottesbezug vor, sondern bezog sich nur auf das "kulturelle, religiöse und humanistische Erbe Europas".

Die Staats- und Regierungschefs unterzeichneten am 29. Oktober 2004 in Rom die Europäische Verfassung.

Am 29. Mai 2005 lehnten 55 % der Franzosen die Europäische Verfassung während einer Volksabstimmung ab.

Die Niederländer stimmen am 1. Juni 2005 ebenfalls mehrheitlich mit 61,5 % gegen die Europäische Verfassung. Nach den gescheiterten Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden geriet der Ratifizierungsprozeß in den anderen EU-Mitgliedstaaten ins Stocken. Die Europäische Union überlegte danach, wie sie die Europäische Verfassung retten konnte, die von allen EU-Mitgliedstaaten verabschiedet werden mußte.

Der Europäische Rat beschloß am 3. Oktober 2005 die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei.

Der evangelische Theologe und Publizist Dr. Lothar Gassmann berichtete im Jahre 2005 in seinem Buch "Europa - das wiedererstehende Römische Reich?" (x880/...): >>**Europa, Vatikan und die Neue Weltordnung**

Nähert sich das Reich des Antichristen?

1. Einleitung

In absehbarer Zeit wird es nicht nur die **Vereinigten Staaten von Amerika** geben, sondern auch die **Vereinigten Staaten von Europa.** Zugleich zeichnet sich in Gestalt der **Vereinten Nationen** bereits eine Weltregierung ab - mit Weltparlament, Weltgerichtshof, Weltbank, Weltarmee und Weltpolizei.

Die Entwicklung ist faszinierend - und gerade wegen ihrer Faszination gefährlich: Wir sind Zeugen der Wiederentstehung des Römischen Reiches. …

Heutzutage umfaßt die Europäische Union bereits 25 Staaten vom Nordmeer bis zum Mittelmeer und vom Atlantik bis zum Bosporus. Nicht in allen Ländern wurde die Bevölkerung gefragt, ob sie der Europäischen Union beitreten will. In mehreren Staaten regte sich starker Widerstand, so etwa in der Schweiz und in Norwegen, die momentan - aufgrund von Volksabstimmungen und gegen den Willen der Regierenden - noch nicht Mitglieder der Europäischen Union sind. Aber auch in mehreren bereits zur EU gehörenden Ländern ist es keineswegs sicher, ob diese nach dem künftigen Willen der Bevölkerungsmehrheit in der EU bleiben werden. …

Die Paneuropa-Idee

"Jedes große historische Geschehen begann als Utopie und endete als Realität."

Dieses Motto steht über der programmatischen Schrift, die wie keine andere die Entstehung des vereinten Europa im 20. Jahrhundert nach Christus geprägt hat. Es ist das Buch Pan-Europa, im Jahre 1923 veröffentlicht von dem erst 29jährigen Adligen Graf Richard N. Coudenhove-Kalergi. Coudenhove war der Gründer und erste Präsident der Paneuropa-Union. Sein Nachfolger Otto von Habsburg, Sohn des letzten österreichischen Kaisers, bezeichnet Coudenhove im Vorwort zur Neuauflage 1982 dieses Buches als "Prophet Europas".

Coudenhove beginnt sein Werk mit folgenden Sätzen:

"Dieses Buch ist bestimmt, eine große politische Bewegung zu wecken, die in allen Völkern Europas schlummert. Viele Menschen erträumten ein einiges Europa; aber wenige sind entschlossen, es zu schaffen. Als Ziel der Sehnsucht bleibt es unfruchtbar - als Ziel des Wollens wird es fruchtbar. Die einzige Kraft, die Pan-Europa verwirklichen kann, ist: der Wille der Europäer; die einzige Kraft, die Pan-Europa aufhalten kann, ist: der Wille der Europäer. So liegt in der Hand jedes Europäers ein Teil des Schicksals seiner Welt".
Erschüttert von den blutigen Erfahrungen des Ersten Weltkrieges, kommt Coudenhove zu der Erkenntnis, daß nur ein vereintes Europa derartige Konflikte in Zukunft verhindern kann. Er stellt die "europäische Frage":
"Kann Europa in seiner politischen und wirtschaftlichen Zersplitterung seinen Frieden und seine Selbständigkeit den wachsenden außereuropäischen Weltmächten gegenüber wahren - oder ist es gezwungen, sich zur Rettung seiner Existenz zu einem Staatenbunde zu organisieren?".
Für Coudenhove ist die Antwort klar. Sie kann nur lauten:
"Weder der Westen noch der Osten will Europa retten: Rußland will es erobern - Amerika will es kaufen. …
Doch die Vereinigung Europas ist für Coudenhove nicht das Letzte. Sie ist nur die notwendige Vorstufe zur Herstellung der Welteinheit:
"Soll die Weltorganisation an die Stelle der Welt-Anarchie treten, so müssen erst die Staaten sich zu Über-Staaten zusammenschließen. Wie die Einigung Deutschlands, Italiens und Polens notwendige Etappen waren für die Einigung Europas - so wird die Einigung Europas eine notwendige Etappe bilden zur Einigung der Menschheit … Erst muß Europa sich einigen - dann die Menschheit: diese Entwicklung läßt sich nicht umkehren".
In der geistesgeschichtlichen Begründung des Paneuropa-Gedankens geht Coudenhove zurück bis zum Römischen Reich:
… Unter der Überschrift "Wege zu Pan-Europa" nennt Coudenhove konkrete Schritte, die inzwischen - Jahrzehnte nach der Niederschrift seines Buches - zum Teil in verblüffender Weise in die Tat umgesetzt worden sind:
"Der erste Schritt zu Pan-Europa wäre die Einberufung einer paneuropäischen Konferenz durch eine europäische Regierung oder durch mehrere …
Der zweite Schritt zu Pan-Europa ist der Abschluß eines obligatorischen Schieds- und Garantievertrages zwischen allen demokratischen Staaten Kontinentaleuropas…
Der dritte Schritt zu Pan-Europa ist die Bildung einer paneuropäischen Zollunion, der Zusammenschluß Europas zu einem einheitlichen Wirtschaftsgebiet …
Die Krönung der paneuropäischen Bestrebungen wäre die Konstituierung der **Vereinigten Staaten von Europa** nach dem Muster der Vereinigten Staaten von Amerika".
Coudenhove ließ es nicht bei der Theorie bewenden, sondern schritt eifrig zur Tat. So gründete er im Zusammenhang mit der Veröffentlichung seines Buches die Paneuropa-Union. Der erste Europa-Kongreß der Geschichte fand auf Initiative Coudenhoves vom 3. bis 6. Oktober 1926 in Wien statt. Er führte rund zweitausend Teilnehmer aus 24 Ländern zusammen, darunter zahlreiche Politiker. Im Bamberger Programm der Paneuropa-Union vom 9. Juni 1996 heißt es u.a.:
Die Paneuropa-Union erstrebt die Aufnahme der europäischen Völker, die dazu bereit sind und die entsprechenden Bedingungen insbesondere auf dem Gebiete der Rechtsstaatlichkeit, des Menschen-, Volksgruppen- und Heimatrechts erfüllen, in die Europäische Union, eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union zur Sicherung des Friedens und der Freiheit in Europa, die Weiterentwicklung der Europäischen Union zu einer politisch nach außen und innen voll handlungsfähigen Einheit, ein souveränes Europa, das keiner fremden Macht untergeordnet ist.

Dieses Programm - so meine Beobachtung - trägt einerseits die Handschrift einer konservativen Politik mit der Beibehaltung christlich-ethischer Werte - im Gegensatz zu liberalistischen und sozialistischen Konzeptionen im Europäischen Parlament. Zugleich aber wirkt es durch die Forderung einer politischen Vereinigung bisher getrennter Staaten revolutionär - doch nur auf den ersten Blick.
Betrachtet man die Hintergründe ausführlicher, dann erkennt man dahinter das Ziel des wiederhergestellten einheitlichen europäischen Reiches, wie es im Altertum durch den römischen Kaiser und im Mittelalter durch Kaisertum und Papsttum verkörpert war. Nicht zufällig war der Sohn des letzten österreichischen Kaisers, Otto von Habsburg, jahrzehntelang Präsident der Paneuropa-Union und zugleich einer der einflußreichsten Wegbereiter der Europäischen Union. In ihm und seinen Nachfolgern lebt der Gedanke vom politischen Einheitsreich in Verbindung mit dem Papsttum weiter.
Seine Kaiserliche Hoheit Otto von Habsburg war nicht nur jahrzehntelang Europaparlamentarier, sondern auch von 1930 bis 2000 "Chef und Souverän des Ordens vom Goldenen Vlies". Er gab die Leitung aus Altersgründen an seinen Sohn Karl ab. Der Orden vom Goldenen Vlies ist "der Jungfrau Maria gewidmet". Sein Ziel ist "die Erhaltung des katholischen Glaubens, der Schutz der Kirche und die Wahrung der unbefleckten Ehre des Rittertums".
Über weitere weltanschauliche Hintergründe der Begründer der Europa-Idee schreibt der ungarische Jesuit und Freimaurer T. Nagy:
"Die Vorkämpfer der Idee eines vereinten Europas waren Freimaurer, zumal diese Ideologie durch ihre freiheitlichen und brüderlichen Grundsätze typisch maurerisch ist. Einer der Großen dieser Bewegung war Graf Richard von Coudenhove-Kalergi; als ich vor vielen Jahren einmal voller Begeisterung ein Buch von ihm las, hätte ich mir nicht träumen lassen, daß er Freimaurer war und daß ich ihn eines Tages als die Personifizierung des maurerischen Prinzips zitieren würde. Drei bedeutende Förderer des paneuropäischen Gedankens wurden mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet: Aristide Briand, Gustav Stresemann und General George Marshall - alle drei Maurer." - Als der 29jährige Coudenhove-Kalergi sein Werk "Pan-Europa" schrieb, hatte er in seiner Freimaurerloge bereits den 18. Grad des Schottischen Ritus, den "Ritter vom Rosenkreuz", erreicht.
Welche Ziele vertritt die Freimaurerei?
Es ist ein seit langem erklärtes Ziel der freimaurerischen Doktrin, insbesondere der Illuminaten, eine "Weltbruderschaft" zu errichten, in der alle Unterschiede zwischen Menschen - vor allem politischer und religiöser Art - beseitigt sind und es keinen Absolutheitsanspruch irgendeiner Religion auf "Wahrheit" mehr gibt. Laut Auskunft des "Internationalen Freimaurerlexikons" gehört es zu den Grundgesetzen der Freimaurer, sich "bloß zu der Religion zu verpflichten, in welcher alle Menschen übereinstimmen und jedem seine besondere Meinung zu lassen." Der Satz von der "Religion … in der alle Menschen übereinstimmen … ist das Fundament der Freimaurerei geworden."
Mutig und treffend stellt hierzu der katholische Freimaurer-Experte Manfred Adler fest: …"Tatsächlich ist es der geheime und offene Traum der maurerischen Weltpolitik, eine universale Weltregierung in einem universalen Welt-Einheits-Staat zu errichten. Nicht zuletzt um dieses Endziels willen waren einflußreiche kosmopolitische Maurerbrüder maßgeblich an der Gründung der 'Organisation der Vereinten Nationen' beteiligt, die ihr 'Hauptquartier' in New York haben und 1945 an Stelle des Völkerbundes traten, der sich 1920 in Genf konstituiert hatte." …
Welches sind die weltanschaulichen Grundlagen und Ziele der Europäischen Union?
… In Artikel 2 der EU-Charta werden die Werte der Union beschrieben:
"Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte; diese Wer-

te sind allen Mitgliedstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und Nichtdiskriminierung auszeichnet."
Es fällt auf, daß in dieser Präambel sowie in der Beschreibung der Werte und Ziele jeder Bezug auf Gott und die christlichen Wurzeln des Abendlandes fehlt. An der Stelle Gottes wird in der Präambel "die zentrale Stellung des Menschen" betont.
Dementsprechend finden sich dann die "Werte" eines atheistischen Humanismus, vor allem der Gedanke des Pluralismus und der Toleranz. Pluralismus und Toleranz schließen aber gerade feste Werte aus, wie sie uns etwa in den Zehn Geboten der Bibel vermittelt werden. Pluralismus und Toleranz - das bedeutet praktisch: Duldung unterschiedlichster Meinungen und Wertvorstellungen, auch wenn sie in Widerspruch zu Gottes Willen und Geboten stehen. Diese gottlose Basis des neuen Europa zeigt sich besonders folgenreich in Artikel 21 der EU-Charta über "Nichtdiskriminierung", wo es heißt:
"Diskriminierungen insbesondere wegen des Geschlechts, der Rasse, der Hautfarbe, der ethnischen oder sozialen Herkunft, der genetischen Merkmale, der Sprache, der Religion oder der Weltanschauung, der politischen oder sonstigen Anschauung, der Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit, des Vermögens, der Geburt, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung sind verboten."
Unter "Diskriminierung" wird die Herabsetzung eines Menschen - etwa aus den genannten Gründen - verstanden. Die entscheidende Frage freilich ist: Wann beginnt der "Straftatbestand" Diskriminierung? Bei einer üblen Beschimpfung - oder aber bereits bei einer von der Bibel her gebotenen sachlichen Kritik? Darf ein Christ etwa nicht mehr sagen: "Wer einer nichtchristlichen Religion anhängt, kann gemäß Johannes 14,6 nicht zu Gott dem Vater kommen." Oder: "Wer Homosexualität praktiziert, tut Sünde."?
Hier tut sich ein Konflikt zwischen dem "Nichtdiskriminierungs-Gesetz" und der ebenfalls bisher gesetzlich verankerten Meinungs-, Glaubens- und Religionsfreiheit auf, der den Juristen noch viel zu schaffen machen könnte. Der christliche Jurist Thomas Zimmermans schreibt hierzu:
"Es ist damit zu rechnen, daß schon in den nächsten Jahren weitere Gesetze oder Ergänzungen zu bestehenden Gesetzen erlassen werden, in denen die Diskriminierung von Frauen, Homosexuellen usw. unter Strafe gestellt oder in sonstiger Weise rechtlich belangt wird. Dies kann zur Folge haben, daß Werturteile, die sich z.B. gegen Abtreibung, feministische Positionen oder Homosexualität richten, nach solchen Gesetzen für strafbar oder schadensersatzpflichtig erklärt werden. Auch berufliche Konsequenzen insbesondere für Angehörige des öffentlichen Dienstes sind dann nicht mehr auszuschließen.
Eine EU-Richtlinie vom 29.06.2000 sieht z.B. vor, daß niemand einen Vertragsabschluß wegen der Rasse oder der ethnischen Herkunft des Anderen verweigern darf. Die Bundesjustizministerin wollte diese Kriterien u.a. auch auf 'sexuelle Orientierung' ausdehnen. …
In Schweden wurde im Herbst 2002 mit großer Mehrheit ein Gesetz verabschiedet, wonach … kritische Äußerungen über Homosexualität und Homosexuelle mit Freiheitsstrafe bis zu vier Jahren bestraft werden. Dies soll auch dann gelten, wenn sich der Äußernde auf die Bibel beruft; die entsprechenden Bibelstellen sollen wohl noch zitiert werden dürfen, nicht aber als weiterhin verbindliches Wort Gottes verkündigt werden dürfen. Es ist anzunehmen, daß solche Gesetze nicht auf Schweden beschränkt bleiben und auch in den anderen EU-Staaten die erforderlichen Mehrheiten finden werden." …

Fest steht allerdings Folgendes:

Die Weltgeschichte entwickelt sich - besonders auffallend seit dem Ende des 20. Jahrhunderts - auf einen Punkt zu, an dem die Menschheit aus eigener Kraft versucht, ein Friedensreich zu bauen. Sie betreibt damit nichts anderes als den Versuch, das tausendjährige messianische Friedensreich Jesu Christi - vergleiche Offenbarung 20,1-6 - aus eigener Kraft vorwegzuneh-

men. Die Bibel spricht deutlich davon, daß diese Bemühungen der vereinigten Menschheit ohne den einen, lebendigen Gott der Bibel im Antichristlichen - im zweiten Turmbau von Babel - vergleiche 1. Mose 11,1-9; Offenbarung 17 - enden werden.
Doch dieses Friedensreich hat keinen Bestand. Es ist ein Reich "aus Ton und Eisen gemischt" - eine Einheit ohne Wahrheit, eine Einheit durch Vermischung unterschiedlicher Ideologien und Religionen (vergleiche Daniel 2,33,43). Jesus wird sein Gericht über dieses "Sein-Wollen-wie-Gott" der Menschheit halten: "Wenn sie sagen werden: Es ist Frieden! Es hat keine Gefahr! - dann wird das Verderben schnell über sie kommen" (vergleiche 1. Thessalonicher 5,3).

Das wiedererstehende Römische Reich und die Römisch-Katholische Kirche

Am 29. Oktober 2004 wurde die Verfassung der Europäischen Union von Staats- und Regierungschefs aus 25 Ländern auf dem Kapitol in Rom unterzeichnet. Radio Vatikan kommentierte: "Den Text der Verfassung, der völlig ohne die Worte Gott oder Christentum auskommt, unterzeichnen alle - Ironie der Geschichte - unter einer großen, historischen Papststatue."
War dies wirklich nur eine Ironie der Geschichte? Warum hat man denn gerade diesen symbolträchtigen Ort gewählt? Hat der Vatikan vielleicht doch mehr mit der Vereinigung Europas zu tun, als viele denken?
Am 30.10.2004 jedenfalls, einen Tag nach der Unterzeichnung, wurde der Papst mit folgenden Worten zitiert: "Die Unterzeichnung ist ein Ereignis, das auf gewisse Weise den Prozeß der Erweiterung der EU abschließt. … Der Heilige Stuhl und ich persönlich haben diesen Erweiterungsprozeß unterstützt, damit Europa mit seinen zwei Lungenflügeln atmen kann: dem Geist des Westens und dem Geist des Ostens …
Obwohl in der EU-Verfassung ein ausdrücklicher Verweis auf die christlichen Wurzeln fehlt, die doch die Kultur aller heutigen EU-Nationen bestimmt, bin ich zuversichtlich, daß die Werte des Evangeliums weiterhin die Bemühungen jener Menschen inspirieren, die für das Antlitz Europas verantwortlich zeichnen. Und ich hoffe, daß Europa dieses spirituelle Erbe als Basis seiner Einheit bewahrt." …
Auch die Europafahne gibt einen Hinweis auf den Einfluß der Römisch-Katholischen Kirche auf das vereinte Europa. Sie besteht aus einem Kreis aus zwölf goldenen fünfzackigen Sternen auf blauem Grund. …
Heute geht die falsche Einheit mit Riesenschritten voran. Es gibt eine "Globalisierung" in der Politik und Wirtschaft, aber leider genauso in christlichen Kirchen und Gemeinden. Alle Religionen und Konfessionen sollen zusammenrücken um des äußeren und inneren Friedens willen. Einheit und Friede werden über Eindeutigkeit und Wahrheit gestellt. Der Maßstab ist nicht mehr "allein Christus", "allein der Glaube" und "allein die Heilige Schrift", sondern eine falsch verstandene Liebe - ohne Wahrheit, eine Selbstverwirklichungs-Ideologie und ein "Evangelium" zum Wohlfühlen. Hier sollten wir äußerst wachsam sein.<<
Bulgarien und Rumänien traten am 1. Januar 2007 der Europäischen Union bei.
Am 13. Dezember 2007 unterzeichneten die 27 EU Staaten den Vertrag von Lissabon. Dieser Vertrag sollte die EU angeblich transparenter, demokratischer und effizienter gestalten.
Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schrieb im Jahre 2007 über die angestrebte Abschaffung der europäischen Nationalstaaten (x281/320-323): >>... Früher wurde der Nationalstaat gefürchtet, weil er als Quelle großer Grausamkeit aufgefallen war. Er war waffenklirrend, kraftstrotzend und anmaßend, zwischen sich und dem Nachbarn zog er eine Grenze aus Haß, die lange Zeit unüberwindbar schien.
Heute wird der Nationalstaat von denen, die ihn gestern fürchteten, als Schwächling bezeichnet. Er sei zu klein geraten, um in der globalen Welt als Problemlöser bestehen zu können, sagen sie. Der Berserker von gestern gilt nun als antiquiert, besitzt angeblich nur noch als Folkloreverein eine Existenzberechtigung.

Wer so redet, vergißt, daß der Nationalstaat noch immer und womöglich für lange Zeit die einzig legitimierte Macht verkörpert. Wer ihn beiseite schiebt, hat nichts zu gewinnen. Er schafft genau das, was er vorgibt, beseitigen zu wollen: Unsicherheit und Instabilität.
Denn mit denselben Argumenten können wir auch das Wohnen in den eigenen vier Wänden aufgeben und mit den vielen Nachbarn der Stadt in der nächstgelegenen Kongreßhalle zusammenziehen. Keine Familie kann glücklich werden nur mit sich allein, so könnte man den Menschen den Umzug in die Gemeinschaftsunterkunft schmackhaft machen. Das moderne Zusammenleben sei nun mal größer und komplexer als das alte Idyll, das doch in Wahrheit keines war.
Fanden nicht in der Kleinfamilie die grausamsten Dinge statt, die Mißhandlung von Frauen, Kindern und Alten, würden wir listig fragen? War dieses vermeintliche Idyll nicht in Wahrheit eine kulturelle Begrenzung, die fast zwangsläufig zur Engstirnigkeit führte, würden wir ihnen einzureden versuchen.
Mit solchen Propagandareden wurden im deutschen Osten erst das Gesellschaftsleben und dann die Landwirte zwangskollektiviert. Im Westen wurden nach ähnlichem Muster in den Wohngemeinschaften die Türen ausgehängt und in den Dörfern die Zwergschulen planiert. Die einen wollten die kleine Parzelle, die anderen die kleine Privatheit überwinden, was sich in beiden Fällen als Irrtum erwies.
Wir sollten deshalb nicht beleidigt sein, sondern daraus die richtigen Schlüsse ziehen, zum Beispiel den, daß der Mensch nur begrenzt als Herdentier taugt. Er legt Wert auf sein Selbstbestimmungsrecht, die Unverletzlichkeit seiner Wohnung ist ihm heilig und auch die Souveränität seines Staates möchte er erhalten. ...
Natürlich ist der Nationalstaat nicht hermetisch abgeriegelt von der Welt. Es gibt Zugluft an allen Ecken. Krankheitsviren nehmen keine Rücksicht auf Paßkontrolle und Einfuhrbestimmungen, Drogen und Armutsflüchtlinge strömen genauso herein wie das internationale Spekulationskapital. Der Nationalstaat ist kein Bunker und kein Erdloch, sondern ein Haus mit vielen Eingängen. Er ist daher auch der Ausgangspunkt aller Überlegungen, nicht ihr Endpunkt. Wir mögen ihn, aber wir verehren ihn nicht. Er ist keine Gottheit, die neben sich keine anderen duldet.
Europa braucht selbstbewußte Nationen, die Europa als Chance und nicht als Anmaßung verstehen. …<<
Bei dem Referendum vom 12. Juni 2008 stimmten 53,4 % der irischen Wähler gegen den Vertrag von Lissabon.
Ungeachtet der irischen Ablehnung des Lissabon-Vertrages beschloß der Europäische Rat am 18./19. Juni 2008, den Ratifizierungsprozeß fortzusetzen.
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 6. Dezember 2008 (x887/...): >>**Deutsches Geld ja, deutsche Sprache nein**
Deutsch wird in der EU immer noch zurückgesetzt - Bundesregierung verlangt stärkere Präsenz
Es erscheint absurd, aber Deutschland zahlt nun bereits über lange Jahre hinweg riesige Summen in den gemeinsamen europäischen Topf ein, während die Sprache der Deutschen im Brüsseler Europa nur eine untergeordnete Rolle spielt. Die letzten Wochen haben erneut bewiesen, daß alle Anstrengungen vom Bundestag und den verschiedenen Landtagen, diesem Mißstand entgegenzuwirken, in der Realität nichts oder so gut wie nichts erbracht haben. Der seit Jahren andauernde Trend einer systematischen Benachteiligung der deutschen Sprache hält weiter an.
Das Geld ihres Hauptnettozahlers Deutschland schluckt die Brüsseler Kasse der Europäischen Union allerdings gern. Im Jahr 2007 übertrafen die deutschen Einzahlungen mit 7,4 Milliarden Euro die Summen, die an deutsche Empfänger zurückgeflossen sind. ...

Nimmt man zum Beispiel die Jahre von 1995 bis 2003 - wie es der Heidelberger Finanzwissenschaftler Franz-Ulrich Willeke getan hat, den die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" als "einen der besten Kenner der europäischen Finanzen" einstuft -, dann hat Deutschland als Nettozahler in diesem Zeitraum 76,7 Milliarden Euro nach Brüssel gezahlt, gefolgt von Großbritannien mit 16 Milliarden Euro, den Niederlanden mit 14,3 Milliarden und Frankreich mit 11,1 Milliarden Euro. Als Nettoempfänger hielten im genannten Zeitraum die Hand auf: Spanien mit 64,5 Milliarden Euro, Griechenland mit 36,2 Milliarden Euro und Portugal mit 24,1 Milliarden Euro.
Willeke machte zugleich deutlich, daß für eine "angemessene Netto-Zahlung" als Indikator nicht die Einwohnerzahlen von 80 oder 40 Millionen, sondern das Pro-Kopf-Einkommen genommen werden müßte.
Dabei zeigt sich, daß für den genannten Zeitraum von 1995 bis 2003 Deutschland weit hinter anderen liegt: zum Beispiel mit 25.616 Euro hinter Frankreich 26.616 Euro, Belgien 26.470 Euro und Großbritannien 27.179 Euro.
Die Berechnungen Willekes zeigen, daß die tatsächlichen Zahlungen Deutschlands weit über ein angemessenes Maß hinausgehen. Sein Fazit: Die Deutschen wurden in den untersuchten Jahren relativ am stärksten zur Zahlung herangezogen.
Im November haben nun die Bundesregierung und mehrere Bundesländer, ermahnt und gestützt von Bundestag und Landtagen, mit Nachdruck eine Gleichstellung des Deutschen mit den beiden anderen Arbeitssprachen Englisch und Französisch in der Praxis des europäischen Alltags verlangt. Längst wird die deutsche Sprache, die zu den 23 Amtssprachen zählt und formell eine der drei "Arbeitssprachen" ist, bei der Übersetzung wichtiger Arbeitsdokumente schlicht übergangen.
So liegen manche Rechtstexte, die der Bundestag ratifizieren muß, nur auf Englisch oder Französisch vor, wirtschaftlich bedeutsame Ausschreibungen der Brüsseler Behörden sind erst "nach verdächtig langer Zeit" in deutscher Übersetzung vorhanden, Internetseiten der Ratspräsidentschaften ebenfalls. ...<<
Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 27. Februar 2010 (x887/...): >>In einem offenen Brief an die Griechen appelliert "Stern-Autor" Walter Wüllenweber an das Gerechtigkeitsempfinden der Hellenen:
"Liebe Rentner Griechenlands, wenn bei uns jemand sein ganzes Leben lang gearbeitet hat, bekommt er nicht mal 40 Prozent seines durchschnittlichen Einkommens als Rente. Damit sind wir auf dem viertletzten Platz der OECD-Länder. Und wer ist auf Platz eins?
Richtig: Ihr. Über 95 Prozent Eures durchschnittlichen Einkommens gönnt Ihr Euch als Rente ... Von dem Geld, mit dem wir Euch 30 Jahre gesponsert haben, gönnt Ihr Euch eine komfortablere Altersversorgung, als wir uns leisten können. Findet Ihr das gerecht?"<<
Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" berichtete am 13. Dezember 2010: >>**Herrliche Heimat**
Warum die Deutschen Europa brauchen
... Deutschland braucht Europa, und Europa braucht Deutschland. Das gilt immer noch, aber aus anderen Gründen als früher. In den ersten Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg wollten die Nachbarn die Bundesrepublik einbinden, um den deutschen Ungeist bändigen zu können. Die Deutschen brauchten Europa, um international wieder eine Rolle zu spielen. Es ging schon damals um Interessen, aber auch um Gefühle, weil die Kriegsgegner den Deutschen sehr viel verzeihen mußten. Daß sie das geschafft haben, löste bei den politischen Generationen Adenauer, Brandt und Kohl, die eigene Kriegserlebnisse hatten, tiefe Dankbarkeit aus, also große Gefühle. Die EU ist das wohl größte Versöhnungswerk der Geschichte. ...
Die Bundesrepublik ist eine späte Geburt des Westens. Vor 1949 wollten die Deutschen nicht mitmachen. Sie waren skeptisch bis feindlich gegenüber dem, was Heinrich August Winkler

in seinem großen Buch "Geschichte des Westens" das "normative Projekt der beiden atlantischen Revolutionen" nennt. Die Amerikaner hatten 1776 und die Franzosen 1789 für die Demokratie und deren Prinzipien gekämpft: Bekenntnis zur Volkssouveränität, Gewaltenteilung, Herrschaft des Rechts, Menschenrechte. Das alles haben die Westmächte den Westdeutschen nach dem Krieg aufgezwungen.
Durch den Geschichtsbruch 1933 bis 1945 hat die Bundesrepublik keinen Gründungsmythos und keine historisch fundierte Identität wie Frankreich oder die USA, deren Völker sich die Demokratien vor Jahrhunderten selbst erkämpft haben. Erst die Ostdeutschen haben 1989 eine Revolution erfolgreich abgeschlossen, aber das reicht nicht für eine bundesrepublikanische Gesamtidentität.
Die politische Identität der Bundesrepublik ist der Westen. Die Deutschen haben sich die Errungenschaften anderer Völker einverleibt, sie haben die Revolutionen der Franzosen, Engländer und Amerikaner in ihr Selbstbild eingebaut. Auf dem normativen Projekt der atlantischen Revolutionen beruht das, was heute den gelungenen Staat Bundesrepublik ausmacht. Er war von Anfang an nicht als Nationalstaat gedacht. Er sollte Teil von etwas sein, Teil des transatlantischen Bündnisses Nato, Teil Europas, Teil des Westens. Wenn sich nun die Vereinigten Staaten allmählich aus diesem klassischen Westen verabschieden, bleibt Deutschland vor allem Europa als Heimat.
Einen eigenen, nationalen Weg gibt es nicht. …<<
Der SPD-Politiker Günter Verheugen (1999-2010 EU-Kommissar) erklärte im Jahre 2010 in der ZDF-Talkshow "Maybrit Illner" (x353/77): >>… Wir sollten bitte nicht vergessen - dieses ganze Projekt "Europäische Einheit" ist wegen Deutschland notwendig geworden. Es ging immer dabei (sic!), Deutschland einzubinden, damit es nicht zur Gefahr wird für andere. Das dürfen wir in diesem Land nicht vergessen. Wenn Sie glauben, daß das 65 Jahre nach Kriegsende keine Rolle mehr spielt, dann sind Sie vollkommen schief gewickelt. Ich kann Ihnen nach 10 Jahren Brüssel sagen: das spielt jeden Tag noch, jeden Tag noch eine Rolle.<<
Der deutsche Journalist Bruno Bandulet berichtete im Mai 2011 über die EU (x869/...): >>**Der Zahlmeister**
Warum die EU schon vor dem Euro ein teurer Spaß war
Ein teurer Spaß: Professor Willeke rechnet vor, was die EU den Zahlmeister Deutschland bislang gekostet hat.
Im Mai war es ein Jahr her, daß der Deutsche Bundestag die Verfassung brach, die erste Griechenland-Hilfe und das Euro-Rettungspaket billigte, dem Steuerzahler Lasten in unbekannter Höhe aufbürdete und damit die Umwandlung der Euro-Zone in eine Transferunion in Gang setzte.
Damit ist gemeint, daß die Bundesregierung Kredite garantieren und Geld an andere Regierungen überweisen wird, um das gescheiterte Euro-Experiment zu verlängern. Dies nicht etwa aus Haushaltsüberschüssen, die bekanntlich auch in Deutschland nicht existieren, sondern finanziert durch die Aufnahme neuer Schulden, die auf den schon bestehenden Schuldenberg getürmt werden. In der Euro-Zone verschulden sich die Schuldner, damit die noch schlimmer Verschuldeten nicht pleite gehen. Am Ende sind wir alle Griechen. Dabei wird verdrängt, daß die EU schon lange vor der Einführung der Einheitswährung als Transferunion funktionierte. Deutschland spielt seit Jahrzehnten den Big Spender! ...
Im Prinzip handelt es sich bei der EU der aktuell 27 Mitglieder um eine Zweiklassengesellschaft: auf der einen Seite die Nettozahler, auf der anderen die Nettoempfänger. Es findet ein Wohlstandstransfer statt. Was die einen bekommen, fehlt den anderen. ...
Auf diese Weise mußten die Deutschen im Zeitraum 1976 bis 2008 insgesamt 170 Milliarden Euro - in D-Mark fast das Doppelte - für eine angeblich gute Sache opfern, die von den Politikern europäische Solidarität genannt wird. Da D-Mark und Euro im Laufe der Zeit arg infla-

tioniert wurden, weil es sich um ungedeckte Papierwährungen handelte, ist der Betrag natürlich erheblich höher, wenn man ihn kaufkraftbereinigt. Professor Willeke unterstellt eine Inflationierung von 50 % und kommt so auf 255 Milliarden seit 1976 - in Preisen des Jahres 2010. ...
Interessant ist nun, was in den Jahren unmittelbar nach der Wiedervereinigung passierte. Eigentlich wäre eine Entlastung Deutschlands zu erwarten gewesen, denn nach 1990 hatte die Bundesrepublik schließlich auch die riesigen Kosten der Einheit zu tragen. Es kam anders: ausgerechnet ab 1991 stiegen die deutschen Nettobeiträge permanent an.
Von 1991 bis 1994 finanzierte Deutschland 73,7 % der gesamten Umverteilung innerhalb der EU! Das war das Dreifache dessen, was die drei anderen großen Mitgliedsländer zusammen netto aufbrachten. …
Die Preisfrage: Was haben die PIGS-Staaten nur mit den vielen Milliarden gemacht?
Mit den PIGS sind Portugal, Irland, Griechenland und Spanien gemeint - exakt die Staaten, die unter den Euro-Rettungsschirm flüchten mußten oder wie Spanien als Kandidaten gehandelt werden. Das böse Akronym PIGS wurde von den Zynikern an den Finanzplätzen London und New York erfunden.
Pervers ist nun folgendes: Nachdem die PIGS von 1976 bis 2008 netto 287 Milliarden Euro geschenkt bekamen und damit in heutigen Preisen 430,5 Milliarden - mehr als die Hälfte davon aus Deutschland - und nachdem ihnen der Euro jahrelang beispiellos tiefe Zinsen bescherte und dadurch die Bedienung der alten Staatsschulden massiv verbilligte, hatten sie die einmalige Chance, ihre Finanzen zu sanieren. Sie haben davon keinen Gebrauch gemacht. Sie haben schlecht gewirtschaftet. Sie haben die staatliche oder die private Verschuldung oder beide hochgefahren. Mit dem Ergebnis, daß sie jetzt zusätzlich zu den regulären Haushaltshilfen auch noch die Kredite des Rettungsschirms benötigen. Auf die Transferunion I folgte 2010 die Transferunion II.
Da stellt sich die Frage nach dem Sinn des Ganzen. Wo sind die Milliarden geblieben? Wo sind sie versickert? Niemand weiß das genau. Zumindest blieb davon der größte Schilderwald aller Zeiten. Schilder mit dem Sternenkranz auf blauem Grund, die irgendeine Baumaßnahme verkünden - immer mit dem Zusatz "kofinanziert durch die EU". …
Profitiert hat die neureiche Klasse der EU-Absahner. Die Länder selbst hängen am Dauertropf.
Märchenstunde: Warum es nicht stimmt, daß die deutschen Exporterfolge dem Euro zu verdanken sind.
... Sicherlich sind Frankreich, die Niederlande und Österreich, um nur einige zu nennen, überaus wichtige Handelspartner. Aber das war auch der Fall vor der Euro-Einführung. Es ergibt sich ganz selbstverständlich aus der Nachbarschaft. Selbst im Vergleich mit der Zeit vor 1914 hat sich an der Struktur des deutschen Außenhandels nichts Wesentliches geändert. In Wahrheit ist der Unterschied ein ganz anderer: Vor 1999 kamen die Exportüberschüsse Deutschland zugute, seit 1999 verschwinden sie im schwarzen Loch des Euro-Systems.<<
Die schweizerische Online-Zeitung "Zeit-Fragen" Nr. 25 berichtete am 20. Juni 2011: >>**Jean Monnet als Sondergesandter des amerikanischen Präsidenten Roosevelt**
Im ersten Teil unserer Darstellung zu Jean Monnet (Zeit-Fragen Nr. 38 vom 27.9.2010 unter dem Titel "Moloch EU und Strippenzieher Jean Monnet") haben wir gezeigt, wie Monnet, einer der sogenannten "Gründerväter Europas", sich als internationaler Kognakhändler und Bankier in den Jahren vor, während und nach dem Ersten Weltkrieg im angloamerikanischen Finanz- und Politikmilieu vernetzte. Im folgenden Teil werden wir Monnets diverse Aktivitäten bis 1945 beschreiben.
Durch diese Aktivitäten zieht sich wie ein roter Faden das Bemühen, die Souveränität der europäischen Nationalstaaten anzutasten und aufzubrechen, mit dem Ziel der Herstellung eines

großräumigen Marktes, sprich Absatzmarktes im Interesse der US-amerikanischen Wirtschaft. In diesem Zusammenhang muß man auch seine Aktivitäten im Kontext der französischen Politik sehen.
Im folgenden wird viel von Frankreich die Rede sein, dem ganz eindeutig - und das wird im dritten Teil unserer Untersuchung u.a. Thema sein - eine ganz bestimmte Rolle bei der Gründung der "Vereinigten Staaten Europas von Amerikas Gnaden" zugedacht war.
Eine wohl sehr treffende Beschreibung Monnets und der Art, wie er sich bewegte, gibt die Journalistin und erste Alterspräsidentin des Europäischen Parlaments Louise Weiss (1893-1983), die Monnet recht gut kannte, in ihren Mémoires d'une Européenne: "Geniales Leuchten in den dunkelbraunen Augen des kleinen Jean Monnet, wenn er geheimnisvoll, lebendig und charmant seine Einflußnetze knüpfte, die dem Völkerbund von Anfang an eine beträchtliche Macht sicherten.
Seine Verhandlungen während des Kriegs hatten ihm alle Türen geöffnet und auch die Tresore der Finanzbastionen der City, der Wall Street, ja sogar der chinesischen Häfen. Die Eigentümer der Zeitungen kannten ihn, aber er schlich und glitt wie eine Natter zwischen den Federn ihrer Redakteure einher. Öffentlichen Verhandlungen, die ihn gefangengenommen hätten, zog er die freien Suggestionen seiner speziellen Vorstellungen vor. Er hatte so seine Art. Er war ein Eingeweihter. Diese Art faszinierte bald die ganze Welt."

Internationale Hochfinanz

Sehr früh also war Monnet ein einflußreicher Mann geworden, der eine erstaunlich breite Klaviatur besaß, insbesondere für die damalige Zeit. Er ging bei den wichtigsten politischen Führern der Londoner und New Yorker Finanzelite und den hohen Beamten des amerikanischen Außenministeriums ein und aus. 1923 hatte er den Völkerbund verlassen. Seit er 1926 Vizepräsident der neu eröffneten Europa-Abteilung der sehr mächtigen amerikanischen Investment Bank Blair & Co. geworden war, nahm er auch an Finanzoperationen von sehr hohem Niveau teil. Er organisierte die Vergabe von amerikanischen Krediten zur Stabilisierung des Franc im Jahr 1926, der des Zloty, der polnischen Währung, und im Jahr 1928 der des Leu, der rumänischen Währung.
Kurz darauf übte er seine Tätigkeit als Finanzberater in China an der Seite von Chiang Kai-shek aus, organisierte Anleihen für die chinesische Regierung und gründete auf Vermittlung von John Foster Dulles, dem späteren US-Außenminister, die Bank Monnet, Murnane & Co., um den Geldfluß nach China zu sichern. Diese Bank wird später auch einträgliche Geschäfte mit Hitler-Deutschland abschließen. Monnet fungierte als außerordentlich geschickter und erfolgreicher Verbindungsmann zwischen den Interessen der US-amerikanischen Finanz-, Geschäfts- und Politikwelt einerseits und den entsprechenden Kreisen der restlichen Welt, insbesondere Europas.

Geschäfte und Souveränitäten

So war es nicht überraschend, daß der damalige französische Premierminister Daladier (1884-1970) ihn 1938, als England noch seine Appeasement-Politik betrieb, beauftragte, in größter Diskretion für die französische Armee Flugzeuge in Amerika zu besorgen, um die desolate Situation der französischen Luftwaffe zu verbessern. Bei der Ausführung dieses Auftrages lernte er durch Vermittlung von US-Botschafter W. Bullitt den amerikanischen Präsidenten (1933-1945) Roosevelt kennen.
Die Schwierigkeiten bei diesem Projekt bestanden darin, daß Frankreich einerseits Probleme bei der Bezahlung hatte, der amerikanische Finanzminister (1934-1945) Henry Morgenthau aber die Finanzierung gesichert sehen wollte. Außerdem mußten Wege gefunden werden, das Neutralitätsgesetz zu umgehen oder außer Kraft zu setzen. Nachdem dieses im November 1939 gelockert worden war, kamen der britische Regierungsberater in Industrieangelegenheiten und Kabinettchef Chamberlains, Horace Wilson, der schon eine Schlüsselrolle in Cham-

berlains Appeasement-Politik gespielt hatte, und Monnet überein, die französischen und britischen Waffenkäufe zu vereinen.
Monnet, der sich schon während des Ersten Weltkriegs in London mit Waffenkäufen beschäftigt hatte, fand nun die gleichen Bedingungen vor, wie er sie schon damals gekannt hatte und übernahm auch die gleichen Funktionen. Er hatte sehr schnell verstanden, daß die Amerikaner seit dem Ersten Weltkrieg eine größere Rolle in der Welt spielten und sich darauf eingestellt.

Fusionierung der Souveränitäten

Die Idee einer engen britisch-französischen Union kam aus dem Chatham House, das von 1925 bis 1956 von dem Geschichtsphilosophen Arnold Toynbee geleitet wurde. Seit 1938 hatte man in Verbindung mit dem "Zentrum für außenpolitische Studien in Paris die Idee einer Annäherung der beiden Staaten in vielen kleinen Zirkeln unter Ausschluß der Öffentlichkeit diskutiert. Aber als Toynbee 1940 nach Paris fuhr, bekam das Projekt Publizität und Aktualität. Es wurde sozusagen lanciert: Bei seiner Rückkehr ließ Toynbee in London ein Memorandum verfassen, den … Gründungsakt einer dauerhaften Vereinigung Frankreichs und Englands.
Dieser Plan diente auf der einen Seite dazu, Frankreich durch militärische, wirtschaftliche und politische Kooperation mit England gegen einen Angriff Hitler-Deutschlands zu stützen. Auf der anderen Seite war damit die Absicht verbunden, eine Fusion der Souveränitäten beider Länder herbeizuführen. Monnet schlug in Zusammenarbeit mit seinem Freund Vansittart dieses Projekt einer totalen Fusion der Souveränitäten vor. Die Idee war nicht ganz neu. Monnets Freund Bullitt hatte schon 1936 von "these dingy little states" in Europa gesprochen, die es eigentlich nicht wert seien als Staaten bezeichnet zu werden.
Das Projekt war jetzt also lanciert. In England redeten insbesondere die Minister davon. In Frankreich führten es eher Intellektuelle und Pressekreise in die Diskussion ein. Bei seiner Realisierung spielte Jean Monnet eine Schlüsselrolle. 1939 begab er sich nach London und sandte parallel an den englischen Premierminister Churchill (1940 bis 1945 und 1951 bis 1955) und an den französischen Ministerpräsidenten Reynaud (Mai 1940 bis Juni 1940) eine Note, in der er seiner Befürchtung Ausdruck verlieh, daß Hitler England und Frankreich auseinanderdividieren könnte. Deswegen müßten die Verbindungen unauflöslich gemacht werden:
Die Kräfte der beiden Staaten müßten wie eine einzige Kraft eingesetzt werden. Um seiner Argumentation noch weiteres Gewicht zu geben, fügte er - ein für ihn typisches Vorgehen - hinzu: Die fast unbegrenzte Produktionskraft der Amerikaner würde sich ihnen nur dann zur Verfügung stellen, wenn sie selbst eindeutig die Bereitschaft bekundeten, gemeinsam zu kämpfen. Ansonsten könne man die Hilfe der Amerikaner vergessen. Damit wurde Monnet im September 1939 ein "alliierter Funktionär" der britischen und französischen Regierung, der über den nationalen Interessen stand.

Auf der falschen Seite?

Als Frankreich dann in der "drole de guerre", dem "seltsamen Krieg", vom 10.5. bis 22.6.1940 Hitler-Deutschland unterlag, stellte sich für die französischen Eliten die Frage der Kapitulation und des Waffenstillstands oder des Weiterkämpfens von den französischen Kolonien aus. Durch eine gezielte Propaganda wurden die Namen von General Weygand und Marschall Pétain, beide Sympathisanten Hitler-Deutschlands und fanatische Antikommunisten, als Retter Frankreichs verbreitet.
Der aus dem Ersten Weltkrieg in gewissen Kreisen mit großem Ansehen verbundene Name des Marschall Pétain, dem sogenannten "Sieger von Verdun", verleitete viele Politiker dazu, ihm in den Waffenstillstand zu folgen. Pétain unterschrieb diesen als letzter Ministerpräsident der Dritten Republik, um danach Staatschef des neu geschaffenen Etat Français zu werden, der mit Hilfe eines Ermächtigungsgesetzes … die Republik abschaffte und ein mit Hitler kol-

laborierendes autoritäres Regime, das nach dem Regierungssitz benannte Vichy-Régime installierte.
Charles de Gaulle, der in jungen Jahren als Berufssoldat auch ein Bewunderer Pétains gewesen war, vollzog diesen Schritt nicht mit. Er verurteilte den Waffenstillstand mit Nazi-Deutschland und begab sich mit einigen Mitstreitern nach London. Von dort aus forderte er mit der Erlaubnis Churchills am 18. Juni in seinem berühmten Appel du 18 Juin über die BBC das französische Volk auf, den Waffenstillstand nicht zu akzeptieren und den Kampf an der Seite Englands und Amerikas weiterzuführen.
Nur einige wenige waren bei ihm, mit denen er dann eine Widerstandsorganisation, das Comité National Français (CFN) aufbaute. Hier in London begegneten sich Jean Monnet und de Gaulle.
Wie ist es nun zu erklären, daß Monnet, der offiziell ein erklärter Gegner Vichy-Frankreichs war, de Gaulle keineswegs unterstützte, als dieser 1940 in London begann, den Widerstand gegen die deutsche Besatzung Frankreichs zu organisieren?
Monnet fuhr in die USA, um dort im Auftrag Churchills Waffen für England zu kaufen. Er blieb dort und wurde in den harten Kern des Beziehungsnetzes im engsten Kreis um Präsident Roosevelt integriert (Dean Acheson, Staatssekretär im Außenministerium; Felix Frankfurter, Richter am obersten amerikanischen Gerichtshof; Francis Biddle, Justizminister; Phil Graham, Medienzar).
Während dieser Zeit verkehrte er auch in Exilkreisen, die gegen de Gaulle bei der amerikanischen Regierung intrigierten. Monnets diverse Argumente, de Gaulle sei ein Diktator, faschistisch, psychotisch, sei Hitler ähnlich, habe keine Legitimation, die Franzosen zu vertreten usw. wurden beliebig benutzt, um ihn zu desavouieren und als Kopf einer Nachkriegsregierung unmöglich zu machen.
De Gaulles Position paßte ihnen nicht, weil er mit all ihm zur Verfügung stehender Kraft die Souveränität Frankreichs wiederherstellen wollte. Über die Landung der US-amerikanischen Flotte in Algerien wurde de Gaulle in London weder informiert, geschweige denn darin einbezogen.
Die amerikanische Regierung glaubte, in General Giraud einen passenden Mann gefunden zu haben, den sie für ihre Zwecke benutzen konnte. Er wurde im Dezember 1942 zum Hochkommissar für Französisch Nord- und Westafrika gemacht. Es mußte ihm nur noch schnell ein demokratisches Mäntelchen umgehängt werden, damit er für die Weltöffentlichkeit präsentabel wurde. Diese Aufgabe übernahm Monnet in seiner Funktion als Sondergesandter des amerikanischen Präsidenten Roosevelt. Einen französischen Auftrag hatte er nicht.
Die Tatsache, daß Giraud in Algerien die rassistischen bzw. faschistischen, an Hitler-Deutschland angelehnten Vichy-Gesetze gegen Juden und Résistance-Kämpfer anwandte, wurde in diesem Zusammenhang von den Machthabern als quantité négligeable angesehen. Eine Tatsache, die um so schwerer wiegt, als ohne die aktive Unterstützung von etwa 400 Widerstands-Kämpfern die Landung der alliierten Streitkräfte im November 1942 wesentlich schwieriger gewesen wäre, da die Vichy-Verwaltung erheblichen Widerstand leistete.
Diese Tatsachen zeigen deutlich, daß de Gaulle nicht der "Mann Amerikas" war und die Vorwürfe ihm gegenüber als Propagandalügen angesehen werden müssen.

Aktiv im Dienste Roosevelts

In Algier befolgte Monnet als direkter Sondergesandter Roosevelts dessen Aufträge. Dabei halfen ihm große Summen amerikanischer Gelder, ermöglicht durch den Lend-Lease-Act. Insgesamt erhielt Frankreich auf diesem Wege während des Krieges 4 Milliarden Dollar. Monnet organisierte damit u.a. die Versorgung der "Forces françaises libres". Dabei arbeitete er eng mit dem jungen Finanzberater Christian Valensi zusammen, der wie Monnet über ein bedeutendes Beziehungsnetz auf beiden Seiten des Atlantiks verfügte und auch nach Kriegs-

ende maßgeblich beteiligt war an der Beschaffung amerikanischer Kredite zusätzlich zu Geldern aus dem Marshall-Plan.
Gleichzeitig boykottierte Monnet das nationale Befreiungskomitee in London unter Führung de Gaulles, der von der Gesamtheit der französischen Résistance anerkannt und mit deren Leitung beauftragt worden war. Als jedoch immer deutlicher wurde, daß es an de Gaulle kein Vorbeikommen gab, bezog man ihn mit ein, in der Hoffnung, ihn in einem großen Komitee "ertränken" zu können, d.h. kaltzustellen.
Hier in Algier wurden die konkreten Pläne für den Wiederaufbau Frankreichs und Europas nach dem Krieg entworfen und die zukünftigen "Regierungsmannschaften" aufgestellt. Monnet wirkte dabei entscheidend mit. Er selbst war im provisorischen Kabinett oder "großen Komitee" als Minister für Waffenbeschaffung, Versorgung und Wiederaufbau vorgesehen. Er brachte seine in den USA entwickelten Vorstellungen vom wirtschaftlichen Aufbau Frankreichs und Europas ein und traf bei all den Männern, mit denen er seit den Zeiten im Völkerbund Kontakte geknüpft hatte, auf offene Ohren.
Gleichzeitig versuchten Eisenhower und Roosevelt über General Giraud direkt Einfluß auf die Politik des Komitees zu nehmen, indem sie die Einstellung der amerikanischen Waffenlieferungen in Aussicht stellten für den Fall, daß Giraud seine Stellung in dem Komitee, die durchaus umstritten war bei den Franzosen, nicht behalten würde.
Monnet hatte in seinen "amerikanischen Jahren" auf Grund seiner engen Beziehungen zur dortigen Machtelite deren Vorstellungen vom Nachkriegseuropa aufgenommen. So war er eng mit dem späteren Außenminister John Foster Dulles befreundet, der 1941 in einem Artikel vorschlug, Europa nach dem Krieg zentralistisch zu reorganisieren, und behauptete, es sei verrückt, den einzelnen europäischen Staaten wieder die volle Souveränität zuzugestehen.
Das amerikanische Magazin "Fortune" und der Journalist John Davenport, zu denen Monnet sehr enge Beziehungen unterhielt, war das Sprachrohr der Hochfinanz und der amerikanischen Kartelle.
1943 wurde dort die Gründung einer europäischen Transportgemeinschaft vorgeschlagen, die über den Staaten stehen sollte, sowie eine europäische Währungsunion, die von einer europäischen Bank dirigiert werden sollte. Europa sollte sich eng an Amerika und England anlehnen.
Monnet nahm die amerikanische Botschaft auf: Schnell handeln, um Westeuropa zu einen und einen großen Markt schaffen mit oder ohne gemeinsame Behörde, schließlich Frankreich dazu anstiften, eine europäische Föderation zu schaffen, um Deutschland einzubinden.
1943 entwirft er eine Denkschrift für das CFLN, in der er die Gründung einer Wirtschaftsgemeinschaft vorschlägt, die von einer französischen Initiative ausgehen soll, "um eine demokratische Ordnung in Europa zu schaffen. **Europa kann zu einem Staat werden, der Frieden und Glück bringt", indem er sich über die nationalen Souveränitäten erhebt.**
Die Rolle Frankreichs ist damit festgelegt: Speerspitze der europäischen Einigung mit Monnet als treibender Kraft ohne jede parlamentarische Legitimation.
Diese in den USA entwickelten Vorstellungen und Pläne für das Nachkriegs-Europa geben eine erste Antwort auf die Frage, warum die USA de Gaulle ausbooten wollten. Seine Psychiatrisierung und Abstemplung als Faschist waren Mittel zu dem Zweck, den Kopf der Bewegung, die für die Souveränität Frankreichs eintrat, auszuschalten. Wenn man de Gaulle selbst liest und die Untersuchungen zu den Hintergründen der amerikanischen Außenpolitik des 20. Jahrhunderts, wie wir sie in unserem ersten Artikel angedeutet haben, einbezieht, so kommt man der Wahrheit ein weiteres Stück näher.

De Gaulle und Roosevelt - Pläne für die Welt nach dem Krieg

De Gaulle beschreibt in seinen Memoiren seine Unterhaltung mit Roosevelt im Juli 1944 in Washington. Im Laufe dieser Unterhaltung legte Roosevelt seine Strategieüberlegungen für die "Welt" nach dem Zweiten Weltkrieg dar. Roosevelts Vision erschien de Gaulle mehr als

beunruhigend für Europa und insbesondere Frankreich. De Gaulle führt wörtlich aus: "(Roosevelt) gedenkt nun ein internationales System zu schaffen, das auf ständige Intervention hinausläuft. Er denkt an ein Viererdirektorium: Amerika, Sowjetrußland, China und Großbritannien sollen die Weltprobleme regeln.
Ein Parlament der Vereinten Nationen soll der Macht dieser "vier Großen" einen demokratischen Anstrich geben. Aber wenn man (das heißt die USA) die Welt nicht auf Gnade und Ungnade den drei anderen ausliefern will, muß solch eine Organisation, meint Roosevelt, die Anlage amerikanischer Stützpunkte in allen Teilen der Erde und zum Teil auch auf französischem Gebiet einschließen.
Roosevelt glaubt, auf diese Weise die Sowjets in eine Gemeinschaft hineinbringen zu können, die ihre Ambitionen in Schach halten wird und in der Amerika seine Klientel um sich scharen kann. Von den "vier Großen" ist, wie er weis, das China Chiang Kai-schek von seiner Hilfe abhängig, während die Engländer, sofern sie nicht ihre Dominien verlieren wollen, sich seiner Politik beugen müssen. In bezug auf die mittleren und kleineren Länder wird er in der Lage sein, auf sie dank amerikanischer Hilfeleistungen einzuwirken.
Schließlich werden das Selbstbestimmungsrecht der Völker, die amerikanische Auslandshilfe, das Vorhandensein amerikanischer Stützpunkte in Afrika, Asien und Australien dem Entstehen neuer souveräner Staaten förderlich, die die Zahl derer vermehren werden, die den Vereinigten Staaten verpflichtet sind. In solcher Perspektive können die eigentlichen Probleme Europas … nur von nebensächlicher Bedeutung sein".
De Gaulle erkannte in dieser Konzeption einen ausgesprochenen "Willen zur Macht" und den Willen, Europa zu dominieren. Er wies darauf hin, daß dieser Plan den Westen in Gefahr bringen würde. "Werde man nicht, wenn man Westeuropa als zweitrangig behandele, gerade der Sache schaden, der man zu dienen glaubt: der Sache der Zivilisation?" …
"Der Westen ist es, sage ich zu Präsident Roosevelt, den man wieder aufbauen muß. Wenn das geschehen ist, wird ihn sich die übrige Welt wohl oder übel zum Vorbild nehmen. Wenn es nicht geschieht, wird es der Barbarei gelingen, alles hinwegzufegen. Westeuropa ist trotz seiner Zerrissenheit für den Westen von wesentlicher Bedeutung. Nichts kann den Wert, die Kraft, die Ausstrahlung der alten Völker ersetzen."
Roosevelt sprach dann von seiner großen Enttäuschung über das französische Volk, das sich einfach so von den Nazis hatte überrennen lassen. De Gaulle, der sehr höflich war, entgegnete ihm nichts. Aber er dachte: Wenn Amerika Frankreich sowohl nach dem Ersten Weltkrieg geholfen hätte, wie auch zu Beginn des Zweiten, oder wenn man ihn, General de Gaulle, unterstützt hätte anstelle des Vichy-Regimes, dann wäre es vielleicht anders gekommen.
Es wird damit deutlich, daß de Gaulle die angebliche Enttäuschung Roosevelts als unehrlich empfand. Er verließ Roosevelt mit der Überzeugung, daß in den Beziehungen der Staaten untereinander die Logik und das Gefühl nicht schwer wögen im Vergleich zu den Realitäten der Macht. Allein was man sich nehme und was man zu halten wisse habe Bedeutung. Frankreich könne nur auf sich selber zählen, wenn es wieder seinen Platz unter den Nationen erlangen wolle.<<